Tagebuch 2003/2004

2004-05-31

„Unter den ungarischen Künstlern, die mit der Sprache arbeiten, gehört George Tabori zu den wenigen, denen die Emigration nicht geschadet hat. Vielmehr hat sie ihm enorm genützt. Und damit meine ich nicht nur, dass er durch seine Emigration 1944 in Auschwitz nicht getötet wurde wie sein Vater, Kornél Tabori.

Von ihm hat der Sohn sicherlich wichtige Eigenschaften geerbt. Dazu eine Anekdote: 1919, nach der Niederschlagung der Kommune, wurde der Volkskommissar Otto Korvin, ein Buckliger von Geburt her, zum Tode verurteilt. Dem Journalisten Kornél Tabori wurde eine Sondergenehmigung erteilt, ihn in der Todeszelle zu besuchen. In seinem empörten Artikel schrieb Kornél Tabori, was für ein verstockter, unverbesserlicher Kommunist dieser behinderte Korvin doch sein: Auf schreckliche Weise gepeinigt, fast in Stücke geschlagen, habe er auf seiner kommunistischen Überzeugung auf Unschuld beharrt. So entlarvte er, was offiziell geleugnet wurde: Dass in Ungarn der weisse Terror tobte und in den Gefängnissen gefoltert wurde. Schlauheit bedient die Kühnheit – der schielende Metzger starrt auf ein Rind und trifft das benachbarte.

Wie zufrieden, ja stolz lachte George, als ich ihm von diesem Trick seines Vaters erzählte. Das könnte nämlich auch seine Geschichte sein: Der Heldentod – obwohl erbaulich und erhaben – hatte nie irgendeinen Reiz für ihn, lieber sonnte er sich in den verdienten Äusserungen der Anerkennung. Dabei bestand er aber doch darauf, die – genauer: seine – Wahrheit zur Geltung zu bringen. Ich bin überzeugt, dass seine Liebe für Brecht auch der Tatsache zugeschrieben werden kann, dass Brecht das radikale, erbarmungslose Denken mit taktischem Raffinement kombinierte.

Was aber wäre mit George passiert in einer Welt, wo mit riesigen Schlauheiten nur winzige Wahrheiten zutage gefördert werden konnten? Das war im Parteienstaat, sogar in milderen Zeiten, der Fall. Ich rede dabei nicht darüber, dass kritische Aussagen nicht gemacht werden konnten, das ging zuweilen sehr wohl, sondern über Stilfragen.

„Glaubst du, dass man einfach so sagen kann, was man denkt?“, fragte in den Siebziger Jahren in Budapest Istvan Oerkény, ein Dramatiker und Jugendfreund Taboris, György Konrad. „Ja“, erwiderte Konrad. Das aber war keine inhaltliche, sondern eine stilistische

Stellungnahme. Damit wurde die citoyenhafte Bereitschaft, verbotene Gedanken auszusprechen, zum selbstverständlichen Recht erklärt. Innerhalb dieses Rechtes aber spielte die citoyenhafte Schlauheit, wie man bestimmte Wahrheiten in bestimmten Zusammenhängen vorbringen kann, die grössere Rolle.

Konrads Antwort zeigte die Bereitschaft, sich einer ständigen Kampfsituation auszusetzen. In Oerkenys Frage steckte unausgesprochen die Neigung, die ständige Lüge als gesellschaftliche Umgebung zu akzeptieren, als ob sie ein Naturereignis wäre.

George wurde durch seine Emigration von diesem Dilemma gerettet. Ihm hätte es aller Wahrscheinlichkeit nach menschlich und künstlerisch geschadete, weil er weder der Atmosphäre des ständigen Kampfes noch den Dunstkreis der ständigen Lüge unverletzt hätte ertragen können. In Zwangssituationen fallen stilistische Entscheidungen besonders schwer. Inhaltliche Anpassung geht meistens tiefer und kann die Persönlichkeit vernichten.

Bei George hat der Stil eine entscheidende Macht. Darüber könnten wahrscheinlich Frauen am authentischsten sprechen. Sein Lächeln, seine Handbewegungen, seine Kopfhaltung, wie er die Sprechenden zuhört, oder wie er am Anfang der Proben die Schauspieler anschaut, wie er seine Kleider trägt, wie er nachfragt, wenn er etwas nicht ganz glaubt oder etwas gerne glauben möchte: Alle seine Gesten sind für ihn und ausschliesslich für ihn bezeichnend und drücken einen runden, zusammenhängenden Kosmos aus.

Dieser unverwechselbare Stile, diese pathoslose Souveränität wäre in jeder Diktatur inakzeptabel gewesen, obwohl er nicht durch gesuchte Konfrontationen geprägt ist. Um nur ein Beispiel zu nennen: Mehrmals sagte er mir, dass für ihn die Aufführungen und sogar die Premiere nicht besonders interessant sind – er liebt die Theaterarbeit hauptsächlich wegen des Probeprozesses, wegen dem, was mit den Schauspielern im Probenprozess geschieht.

Das ist eine Einstellung, die – um den Titel eines Stückes des wunderbaren Tadeusz Rosewicz zu benutzen – in unserer kleinen Stabilisation keine Chance gehabt hätte. Es war das Ergebnis, das dort ausschliesslich zählte. Dieser Unterschied ist ein entscheidender und unlösbarer Konflikt der Stile. Ohne ergebnisorientierte Einstellung war

der Schaffende im Parteienstaat ein suspektes Individuum, ein Anhänger der L’ ART PUR L’ ART – oder noch Schlimmeres.

Flüchtend vor den Nazis ist George Tabori in eine Gesellschaft geraten, die viele Inhalte und Stile erträgt. Dort konnte er sich ohne erzwungene Kampfbereitschaft nach Herzenslust entfalten: ein ungarischer Jude oder jüdischer Ungar, der auf Englisch schreibt und in Deutschland ein grosser Theatermacher wurde. Die Emigration war sein Glück, weil sie für ihn nicht Verlust des Vaterlandes bedeutete, sondern Entdeckung der Welt.

Aber auch von patriotischer Nostalgie musste er sich nicht lossagen: Der Weltbürger hat einen kleinen Puli, einen ungarischen Schäferhund von symbolischer Bedeutung, er heisst Gobo.“

Istavan Eörsi: Ein Weltbürger und sein Hund namens Gobo. Gratulation: zum 90. Geburtstag des Schriftstellers und Regisseurs Geroge Tabori. In: Frankfurter Rundschau 24. Mai 2004-05-30

Der 1931 geborene Schriftsteller, Dramatiker und Publizist Istvan Eörsi lebt in Budapest und Berlin.

„Unter allen Künstlern, die nach dem Holocaust in Deutschland leben oder gelebt haben, ist George Tabori für die Deutschen sehr wahrscheinlich der heilsamste. Für alle, die seine Aufführungen sehen, die seine Bücher lesen, ist die Existenz dieses Mannes ein unglaubliches Glück. Genauso aber ist es ein im Grunde immer noch unerträgliches Paradoxon, dass er, dessen Familie von den Deutschen ermordet wurde, sie auch noch mit ihrem Schicksal versöhnen sollte.

Die höhere Form dialektischer Menschlichkeit, jenes weiche Dandytum, das Tabori wie kein anderer verkörpert, die gefühlvolle und doch pathosfreie Souveränität dieses modernen Märchenerzählers, zeigten sich am klarsten in seinem Witz. Niemand pflegt mit diesem Geiserfahrer des Gedankens, dieser Sphinx des Wortes so intimen Umgang wie George Tabori.

Der berühmteste Satz Taboris ist vielleicht der, den er seinem Vater in den Mund gelegt hat: „Bitte nach Ihnen, Herr Mandelbaum“, soll er beim Betreten der Gaskammer höflich gesagt haben. Schon in diesem einen Satz spürt man den Sieg über den Nihilismus. Es vermischen sich Milde und Kompromisslosigkeit. Wie sich aber schon ein einem solchen einzelnen Satz auch noch Schmerz und der Sieg über ihn, Vater und Sohn vereinen, das gehört zu Tabori. Und das steckt in jedem seiner Stücke: Es ist schon eine unglaubliche Freiheit vonnöten, Hitler als eine Figur, die Schlomo Herzl, ein Wiener Jude, sich zurechtgebastelt hat, noch einmal zu erfinden, wie es Tabori in seinem Stück MEIN KAMPF getan hat.

Welche Grösse, welche versöhnende, befreiende und gnädige Macht der Witz haben kann, das hat er uns vorgeführt und –gelebt. Wer bei Tabori lacht, lacht über den Abgrund, erlacht über sich, er lacht nie unter Niveau und: Er lacht – trotz allem – nie bitter, sondern mit lächelndem Herzen. In solchem Witz, vielleicht ist es das, was er uns beigebracht hat, steckt etwas von Gnade, die die Menschen nicht von den Göttern bekommen, sondern ihnen voraus haben. Tabori, so scheint es in solchen Momenten, hat für die Überlebenden den Holocaust besiegt. Er hat etwas im Menschen entdeckt, was es vorher nicht gab. Und das alles, es ist immer noch schwierig zu glauben, geschieht seit 1969 hier, unter uns Deutschen und Österreichern.

Wenn er ohne etwas zu tun dasitzt und vor sich hin schaut, wie nur er es kann, wenn er dabei vielleicht raucht, dann glaubt auch der, der ihm zusieht, alles Mögliche spüren zu können, wovon er vorher keine Ahnung hatte. Er glaubt weise zu werden. Wahrscheinlich ist dieser Tabori wirklich ein Weiser.

Sicher aber ist er ein ausserordentlich liebenswerter Mensch. Heute feiert er am Berliner Ensemble, wo der Hausherr Claus Peymann ihm so etwas wie eine späte Heimat gegeben hat, seinen 90. Geburtstag. Auch dieses Datum hat bei George Tabori einen ganz eigenen Witz, wie wenn 90. Geburtstage für ihn erfunden worden wären. Wie schön, dass er unter uns lebt.“

Peter Michalzik; Ein Glück. Wünschen hat geholfen: Tabori und die Deutschen. In: Frankfurter Rundschau 24. Mai 2004

2004-05-30

„...Zur Modeabstinenz gehört beispielsweise auch die Schutzbehauptung: „Ich kann mir nicht leisten, viel Geld für Kleidung auszugeben.“ Tatsächlich wird aber für anderes, für Hobbys oder für Autos, unbekümmert Geld ausgegeben. Auch schlägt sich die soziale Hierarchie der modischen Attribute keineswegs im Preis nieder- der Blazer ist nicht teurer, als die Bikerjacke, eher umgekehrt. Tatsächlich braucht es nur wenig Beharrlichkeit, um auf eine Angst zu stossen, die sich am ehesten mit den Worten umschreiben lässt: „Ich bin ein kleiner Mann mit kleinem Einkommen, es kommt mir nicht zu, einen Blazer zu tragen.“

Eine solche Haltung wäre in romanischen Ländern undenkbar. Mit anderen Worten: Es fehlt in Deutschland der Stolz, mit dem der italienische Kioskbesitzer sich selbstverständlich wie ein Graf zu kleiden verseht. Weit davon entfern, eine klassenlose Gesellschaft zu sein, bildet Deutschland eine Gemeinschaft ängstlicher Untertanen, die sich auch modisch wegducken: nämlich vor dem Zusammenhang von Mode und Gesellschaftsstruktur, der dem deutschen Egalitarismus widerspricht. Selbst der erfolgreiche Aufsteiger muss wenigstens in seinen Lebensgewohnheiten – mindestens in dem, was er auf dem Leib trägt – noch im alten Milieu Bodenhaftung halten; sonst würde ihm übel werden von Höhenschwindel. Daher haben Aufsteiger oft einen gesteigerten Klassenhass auf „die da oben“ – weil ihnen dort oben, wo sie inzwischen angekommen sind, nicht wohl zumute ist. Ballonseide am Steuer eines Luxuswagens, Trainingshosen im Garten der frisch erworbenen Villa im Berliner Nobelstadtteil Grunewald sind Ausdruck jener Sehnsucht, die persönlich verlorene Volksverbundenheit – und mit ihr das soziale Gewissen – wenigstens noch einmal im Medium der Kleidung herzustellen.

Gründe dafür sind leicht zu finden. Sie liegen in der politischen Entmutigung durch den Egalitarismus, der die Unterschiede, wenn er sie schon nicht beseitigen kann, dann wenigsten nicht zur Anschauung gebracht haben will. Sie liegen in der konfessionellen Entmutigung, in protestantischem Moralismus, pietistischer Innerlichkeit, einer stets neu gepredigten Verachtung des falschen Scheins; vielleicht auch in einem Mangel an ästhetischer Erziehung. Unterschätzt wird allerdings oft, dass es nicht nur einen klassenkämpferischen Affekt gegen die Zurschaustellung von Luxus gibt, sondern auch ein recht delikates bis offen maliziöses Understatement der alten Eliten, die mit einer Art finsterer Genugtuung die Merkmale ihres Status verbergen. Alles zusammengenommen führt zu einer Heuchelei des modischen Ausdrucks, zu einer undeutlichen Flüstern und Murmeln der Kleidungsstile, wo diese in romanischen Ländern sich offen und laut artikulieren.

...

Die deutsche Gesellschaft, während ihre Einkommensunterschiede dramatisch zunehmen, maskiert sich in der Öffentlichkeit perfekt als uniforme Masse.

...

Es ist eine alte Geschichte (doch wem sie just passiert, dem bricht das Herz entzwei): Mode und Stil können nicht ohne Bewunderer und Publikum sein. Der Ehrgeizige wird an seinem Ergeiz irre, wenn ihn niemand würdigt. Auch die elegante Brasilianerin, die jeden Tag anders gewandet und anders chic an ihrem deutschen Arbeitsplatz erschien, resignierte nach einem halben Jahr und kam in Sweatshirt, Jeans und Turnschuhe. Ihre Kolleginnen begrüssten den Schritt als überfälligen Abschied von dem, was sie für Arroganz gehalten hatten. Endlich war sie eine von ihnen. Gleiche unter Gleichen, glanzlos unter Glanzlosen, demütig unter Gedemütigten."

Jens Jessen, aus: Leben in Deutschland. Wie man sich in Deutschland kleidet. In: Die Zeit Nr. 6. 29. Januar 2004.

Der wunderbare vollständige Beitrag ist in dem Buch LEBEN IN DEUTSCHLAND enthalten, das im Sommer bei Hoffman und Campe erscheinen wird. Einzelne Nummern der ZEIT lassen sich auch extra nachbestellen.
www.zeit.de

„Einer wie Hans Filbinger gehört nicht in die Bundesversammlung. Nicht 2004, nicht 1999, nicht 1994 und auch nicht all die vielen anderen Male, als dem früheren Militärrichter die Ehre widerfuhr, den Bundespräsidenten mitwählen zu dürfen. Aber warum muss man das wirklich immer wieder kritisieren, ohne dass die Union irgendwann einmal die einzig richtige Konsequenz daraus zieht?...

Es ist schon unsäglich, dass dieser alte Mann, der einst Teil der Justiz-Maschinerie eines Unrechtsstaates war und dies nie glaubwürdig hinter sich gelassen hat, anno 2004 immer noch seinen Schatten auf den demokratischen Prozess werfen darf. Denn einer wie Filbinger gehört nicht in die Bundesversammlung."

Richard Meng, aus: Kommentar. Filbingers Schatten. In: Frankfurter Rundschau 22. Mai 2004-05-29

„In Ihrem neuen Buch DER LEHRER UND DER SCHÜLER sprechen Sie die Frage der auctontas unmittelbar an...

George Steiner: Versuchen wir, die drei grossen Autoritätsverhältnisse zu analysieren. Beim ersten vernichtet der Lehrer den Schüler psychologisch oder physisch. Dieses Verhältnis beginnt mit Pythagoras, der nicht zögert, seinen besten Schüler ertränken zu lassen, weil man ihn beschuldigte, den Lehrer verraten zu haben, indem er das Geheimnis der irrationalen Zahlen öffentlich bekannt machte.

Die zweite Möglichkeit: Der Schüler vernichtet den Lehrer. Dies ist weitaus häufiger und umfassender als das, was die Psychoanalyse als ödipale Revolte bezeichnet. Der Schüler tötet den Lehrer und ersetzt ihn. So etwa erscheint in Prag ein Bettler an der Tür Tycho Brahes, des grössten Astronomen der damaligen Zeit. Dieser nimmt ihn gastfreundlich auf. Danach erkennt er, dass der Junge eine grosse mathematische Begabung hat, und er macht ihn zu seinem Assistenten. Kurz vor seinem Tod erfährt Brahe, dass Kepler das ganze Werk seines Lehrers vernichten wird...

Die dritte Möglichkeit: die Übermittlung durch ein seelisches Verhältnis, durch den Akt des Eros. Viermal in meinem Leben war es mir vergönnt, dass ich Schüler hatte, die viel begabter, fähiger und wirkungsmächtiger waren als ich. Für den Lehrer ist das der höchste Lohn. Nun sagt man aber im englischen Sprachraum, um unser Zeitalter zu definieren, es sei jenes der Respektlosigkeit. Man spottet, man sagt niemals danke, man steht nicht mehr auf, wenn der Lehrer den Saal betritt. Ich denke immer wieder an Adorno, dies grosse Persönlichkeit. Er hatte den Mut bewiesen, sich den Totalitarismen entgegenzustellen. Als Adorno sich drei jungen Frauen gegenübersieht, die sich nackt ausziehen und vor ihm tanzen, stirbt er bald darauf an einem Herzanfall. Dass man ihn lächerlich macht, vernichtet ihn. Damals waren Professoren auf alles vorbereitet, ausser darauf, zur Zielscheibe des Spotts zu werden – jenes Spotts, der tötet. Aus Respektlosigkeit verhält man sich heute im Innern so, als stünde man vor dem Lehrer nicht mehr auf.“

George Steiner, aus dem Lettre-Gespräch mit Olivier Mongin – Vom Schicksal Europas. Lettre. Europas Kulturzeitung, Frühjahr 2004- www.lettre.de

Steiner, George
Der Lehrer und der Schüler
Hanser Verlag, München
2004

2004-05-29

Mit fast einmonatiger Verspätung erreicht mich die Nachricht, dass mein Onkel, Helmut Rappold am 30. April verstorben ist.

„Mein lieber Mann, unser guter Vater, Grossvater und Bruder

Helmut Rappold
Studiendirektor a. D.
geboren am 14.02.1919

ist am 30. April 2004 nach längerer Krankheit friedlich von uns gegangen.

In stiller Trauer

Edith Rappold geb. Kindler
Robert und Christina Rappold
Helge und Rolf Isermann
Michael und Vivian Isermann
Thomas Isermann
Leni Wetzer geb. Rappold.“

Seltsam, all die letzten Jahre hatte ich das falsche Geburtsdatum in meinen Unterlagen. Sorry Helmut. Und: Gute Reise – Alter Charmeur.

„Von hier aus wäre nur schlechtes zu Berichten. Die neue Grossmachtspolitik ....wird ziemlich katastrophale Folgen haben, und zwar für die Freiheit, von der ich ja, wie Sie wissen, mehr halte als von Sozialismus oder Kapitalismus... Ich bin nicht sonderlich sentimental, aber das Blutbad, das wir jetzt da anrichten, und noch dazu die Wahlkampagne, geht mir doch ziemlich an die Nerven.“

Hanna Arendt, Brief an Uwe Johnson. 20 Juni 1972, aus: Hanna Arendt/Uwe Johnson: “Der Briefwechsel 1967 – 1975”, Hrsg. von Eberhard Falke und Thomas Wild. Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main 2004.

Am 23. Mai erhielt Noam Chomsky den Carl-von-Ossietzky-Preis der Stadt Oldenburg. Michael Schiffmann hat Chomsky-Bücher ins Deutsche übersetzt und soeben im Freiburger Orange Press Verlag eine Chomsky-Biografie vorgelegt: „absolute Noam Chomsky“.

„“Die Intellektuellen haben die Verantwortung die Wahrheit zu sagen und Lügen aufzudecken“. Dieser berühmt gewordene Satz aus dem Jahr 1967 in der NEW YORK REVIEW OF BOOKS erschienenen Artikel „Die Verantwortlichkeit der Intellektuellen“ stammt von einem Mann, der damals selbst schon ein weltbekannter Intellektueller war: dem Sprachwissenschaftler Noam Chomsky. In dem Jahrzehnt zuvor hatte Chomsky mit seiner sogenannten generativen Transformationsgrammatik die Linguistik revolutioniert und die Erforschung des menschlichen Sprachvermögens zu einem festen Bestandteil der modernen Kognitionswissenschaft gemacht. In diesem Rahmen hatte er sich mit dem befasst, was er später „Platons Problem“ nannte: Wie kommt es, dass sich Menschen trotz kurzer Lebensspanne und höchst unterschiedlicher Erfahrungen so komplexe Wissenssysteme, wie es die menschliche Sprachen sind, aneignen können? Aufgrund der verstörenden Erfahrung des US-amerikanischen Krieges in Vietnam und der quälend langsamen Entwicklung öffentlicher Reaktionen und Proteste dagegen wandte sich Chomsky Mitte der sechziger Jahre einer genau entgegengesetzten Frage zu: Wie kommt es, dass wir gerade im sozialen und politischen Bereich so erschütternd wenig wissen, obwohl doch in demokratischen Gesellschaften Informationen wie zum Beispiel über die Greuel der US-Armee in Indochina frei verfügbar sind? Und was kann man gegen diese paradoxe Unwissenheit tun? Chomsky spricht hier von „Orwells Problem“, anspielend auf

den aus George Orwells Roman „1984+ stammenden staatskonformen Slogan „Nichtwissen ist Macht“.

Die Äusserung über die Verantwortung der Intellektuellen markierte den Beginn einer zweiten, ausserhalb des Bereichs der Wissenschaften liegenden Karriere Chomskys als unermüdlicher Kritiker der Politik des US-amerikanischen Staates und als politischer Aktivist. Seither hat er in Dutzenden von Büchern, Hunderten von Artikeln und Essays und Tausenden von Reden, Vorträgen und Diskussionsbeiträgen immer wieder demonstriert, was er unter Verantwortung der Intellektuellen versteht. Er beteiligte sich al einer der ersten prominenten US-Amerikaner an der Bewegung gegen den Vietnamkrieg, zu einer Zeit, als die Antikriegsdemonstrationen noch polizeilich vor Gewalttätigkeiten superpatriotischer Lynchmobs geschützt werden mussten. 1968 entging er im Zusammenhang mit dem Verschwörungsprozess gegen die Organisatoren der Massendemonstration vom Oktober 1967 am Pentagon, wo 13 000 Demonstranten verhaften worden waren, nur knapp einer langjährigen Gefängnisstrafe.

Von 1965 bis 1975 waren die Kriege der USA in Indochina Chomskys Hauptthema; in den achtziger Jahren trug er massgeblich zur Entstehung der nordamerikanischen Bewegung gegen die Massenschlächtereien der US-gesponserten Terrorregimes in Mittelamerika und gegen den Contra-Terror in Nicaragua bei, und in den neunziger Jahren beschäftigte sich Chomsky als einer der ersten Intellektuellen von Format mit den Themen, die heute als Globalisierungskritik bekannt sind. Daneben sprach und schrieb er immer wieder über die jeweils brennendsten zeitgenössischen Konflikte wie den indonesischen Völkermord in Osttimor, den Krieg und die Sanktionen gegen den Irak, die Zerschlagung der Demokratie in Haiti, den NATO-Überfall auf Jugoslawien und die auf dem ungelösten Palästinaproblem beruhende Dauerkrise im Nahen Osten.

Chomskys auch auf Deutsch erschienene Bücher „ Amerika und die neuen Mandarine“, „Im Krieg mit Asien“, „Über Erkenntnis und Freiheit“, „Aus Staatsraison, Sprach und Verantwortung“, „Vom politischen Gebrauch der Waffen“, „Die fünfte Freiheit“, „Haben und Nichthaben“, „Sprache und Politik“, „Die politische Ökonomie der Menschenrechte“, „Der neue militärische Humanismus. Lehren aus Kosovo“, „Provit over People“ und „Offene Wunde Nahost, Israel, die Palästinenser und die US-Politik“ sind einige Zeugnisse permanent wahrgenommener Verantwortung, die Chomsky von den Intellektuellen nicht nur eingefordert, sondern selbst praktiziert hat.

Angesichts seiner umfangreichen intellektuellen Produktion könnte man denken, er sähe in den Intellektuellen die eigentliche vorwärtstreibende Kraft der Geschichte und traute ihnen zu, Orwells Problem einfach dadurch zu lösen, dass sie die von ihm postulierte Verantwortung wahrnehmen, „die Wahrheit zu sagen und Lügen aufzudecken“. Doch im Gegenteil: Scharfe und ätzende Kritik am Verhalten von Intellektuellen, ob in den Sozialwissenschaften, in den Medien oder direkt als „Kopflanger“ der Grosskonzerne, zieht sich wie ein roter Faden durch Chomskys Werk, mit der er den Kern der Innen- und Aussenpolitik der herrschenden kapitalistischen Elite der USA aufdeckt. So ist es kein Zufall, dass er in einem seiner wichtigsten Vorträge in den siebziger Jahren die Worte des linken schwedischen Schriftstellers Jan Myrdal über die Intellektuellen zitiert: „Wir sind nicht die Träger des Bewusstseins, wird sind die Huren des Verstandes“; an anderer Stelle sagt er: „Intellektuelle können wirklich wunderbar lügen – sie sind geradezu Profis auf diesem Gebiet“. Der Grund für dieses von ihm diagnostizierte Verhalten der Intellektuellen sieht er darin, dass die Intellektuellen selbst eine Elite darstellen und durch tausend Fäden mit der jeweils herrschenden Elite der Gesellschaft verknüpft sind. Ober wie Myrdal sagt: „ Wir leben unter den Reichen. Wir leben von der Beute und verkuppeln den Reichen Ideen“.

Die treibende Kraft im Kampf gegen die heute weltumspannend gewordene Ausbeutungs- und Unterdrückungspolitik der herrschenden Eliten verortet Chomsky an ganz anderer Stelle: bei den sogenannten „einfachen Leuten“, die Opfer dieser Politik sind und im Gegensatz zu den meisten Intellektuellen kein Interesse daran haben, sie schönzufärben und so zur Vertiefung von Orwells Problem beitragen. Dementsprechend hat er immer wieder darauf hingewiesen, wie manche historischen Fortschritte in Richtung auf mehr Freiheit und Gerechtigkeit ganz ohne Führer aus den Reihen der Intellektuellen zustande gekommen sind, Fortschritte, die seiner Ansicht nach auch in Zukunft möglich sind. Chomsky versucht, seine eigene Tätigkeit in den Dienst solcher Bewegungen zu stellen, und ist seit Jahren in ein breites, dichtes Netzwerk von Aktivistinnen und Aktivisten eingewoben, die an noch weiter reichenden Themen arbeiten als er selbst. Die Zeitschrift Z-MAGAZINE und die Verlage SOUTH END PRESS, COMMON COURAGE und SEVEN STORYS, denen Chomsky zu grösseren Auflagen verhalf, sind Beispiele dafür. Dabei bewertet er seine eigene Rolle als prominenter „öffentlicher Intellektueller „ folgendermassen: „Ich finde, ich bin derjenige, der sich auf die anderen Leute stützt. Wenn ich, sagen wir einmal, nach Chicago gehe, um einen Vortrag zu halten, tue ich ja nicht mehr, als hinzugehen. Die ganze Arbeit ist dann von den Organisatoren schon gemacht

worden... Ich beute die Arbeit anderer Leute aus. Das heisst, eigentlich ist es gegenseitige Ausbeutung...“ Das mag ein wenig kokett klingen, ist aber durchaus ernst gemeint. Seit Jahrzehnten arbeitet Chomsky, der im letzten Dezember 75 Jahre alt geworden ist, beharrlich daran, Intellektuelle und die Massenbewegungen für Freiheit und Gerechtigkeit zusammenzubringen. Engagiert, risikobereit, mutig, leidenschaftlich, konsequent.“

Michael Schiffmann: Der Intellektuelle als Aktivist, in: Ossietzky. Zweiwochenschrift für Politik / Kultur / Wirtschaft . Siebter Jahrgang. Nr. 10. 15. Mai 2004

2004-05-28

„... Das wird in Zukunft anders sein: Rund eine Million Langzeitarbeitslose gibt es, und das werden die armen Alten von morgen sein. Sie werden völlig anders leben als die Einzelkinder, denen irgendwann eine ganze Schar von Grosseltern und kinderlosen Tanten grosse Vermögen vererben wird. In Deutschland droht die Klassengesellschaft alten Stils wiederzukehren.

Als vor einigen Jahren der damalig BDI-Präsident Hans-Olaf Henkel keck und provozierend fragte: „Kennen Sie etwa einen Armen?“, schauten viele Politiker erschrocken und ratlos zurück. Es gab die Armen zwar schon damals, doch inzwischen ist es selbstverständlicher geworden, über Unterschichten und deren Verwahrlosung zu reden. Man weiss, dass Armut nicht nur eine Frage von Besitz und Einkommen ist (sonst wären die meisten deutschen Studenten „arm“.). Es kommt nicht bloss auf die Aussenansicht an.

Vor allem aber wächst die Einsicht in der Politik, dass nicht jede Form von Umverteilung die Wachstumskräfte bremst: Eine höhere Erbschaftssteuer nach amerikanischem Vorbild zum Beispiel wäre nicht leistungsfeindlich – im Gegenteil. Die Umstellung auf ein Gesundheitssystem, aus dem sich die Wohlhabenden nicht länger verabschieden dürfen, würde die Lohnnebenkosten senken und die Arbeit billiger machen.

Selten war so klar, wer in Zukunft Unterstützung verdient und wer mehr für die Gemeinschaft leisten kann. Die Rentner- und Gewerkschafts-Apo hat soeben versäumt, daran zu erinnern. Sie wird für Reformen gebraucht.“

Elisabeth Niejahr, aus: Die kommende Armut. Wenn die Politik weiterschläft, kehrt die Klassengesellschaft zurück. In: Die Zeit Nr. 16. 7. April 2004

„...Als der Prophet Mohammed 632 n. Chr. starb, gab es einen offiziell, schriftlich fixierten Koran noch nicht. Der dritte Kalif Uthman (644-656) liess als Erster eine verbindliche Ausgabe auf der Basis der Auskünfte von Personen, die den Text auswendig gelernt hatten, und teilweise wohl auch nach bereits existierenden Manuskripten herstellen. Zu dieser Zeit gab es noch keine arabische Grammatik, sie wurde erst 150 Jahre später kodifiziert. Auch die so genannten diakritischen Punkte, die die gleich geschriebenen Konsonanten im heutigen Arabisch voneinander unterscheiden, waren damals noch nicht üblich.

Für Luxenberg ist deshalb klar, dass beim Versuch, den Koran arabisch zu lesen und niederzuschreiben, logischerweise Lesefehler und Übersetzungsfehler gemacht wurden...

...Ein plakatives Beispiel für die Übersetzungsfehler sind die Huris, die berühmten Jungfrauen, die den Selbstmordattentätern, den Märtyrern, im Paradies versprochen werden. In Wirklichkeit sind es „weisse Weintrauben als symbolische Ausstattung des christlichen Paradieses." Aufschlussreiches gibt es auch zum Kopftuch zu finden, das der Koran den Frauen angeblich vorschreibt. „In einer Passage der Sure 24, Vers 31 heisst es arabisch gelesen: Sie sollen ihre Chumur auf ihre Taschen schlagen! Diese unverständliche Passage wurde dann so interpretiert, dass sie sich ihre Kopftücher über ihre Brüste ziehen sollen. Syro-Aramäisch ist es aber so zu verstehen, dass sie sich ihre Gürtel um die Lenden (Taille) schnallen sollen."

Für Christoph Luxenberg ist der Koran ein syro-aramäisches liturgisches Buch mit Auszügen aus der Heiligen Schrift zur Verwendung im christlichen Gottesdienst. Er habe Aufforderungen zur Teilnahme an der Abendmahlliturgie und Hinweise auf das Weihnachtsfest gefunden. „Der Koran war von Anfang an nicht als eine Grundlage einer neuen Religion gedacht. Er setzt vielmehr den Glauben an die Schrift voraus und hat insoweit Vermittlerrolle." Der Koran also nur eine arabische Version der Bibel? Eine gewagte These, nicht nur heute, in der Zeit islamischer Militanz.

... .. “Wenn religiöse Staaten wie Saudi-Arabien oder der Iran gewillt wären, den Koran so zu verstehen, wie er objektiv verstanden sein will, würden sich für die islamischen Völker dadurch hoffnungsvolle Perspektiven eröffnen.“

Etwas sehr unrealistisch, würde Amal Saad-Ghorayeb, die Assistenz-Professorin für Politikwissenschaft aus Beirut sagen. Als Hisbollah-Spezialistin weiss sie nur zu gut, dass es für einen Moslem nach 1400 Jahren Islam wohl keinen Weg gibt, den Koran, sein heiliges Buch, als christliches Werk anzuerkennen.“

Alfred Hackensberger, aus: Lesarten des Korans. In: Frankfurter Rundschau 15. April 2004-05-28

„...Es hiess, die Love Parade werde abgesagt, weil Berlin kein Subventionsgeld mehr für sie hat. Dazu sage ich: Die Hippies, die Surrealisten, Greenpeace, die KPdSU, Rainer Langhans, die Rolling Stones, Beate Uhse und der Mainzer Karneval sind auch ohne Subventionen des Berliner Senats ausgekommen. Geht meinetwegen mit der Love Parade und der Fruchtfliege nach Leipzig und übt den Geschlechtsverkehr auf den Zinnen der Moritzbastei aus. Mag sein, dass ich den Anfängen nicht genügend gewehrt habe. Aber niemand soll behaupten können, ich hätte nicht laut genug die Enden gelobpreist.“

Harald Martenstein, aus: Paradebeispiel. Harald Martenstein hofft auf ein Ende der Love Parade. In: Die Zeit Nr. 18,22. April 2004-05-28

2004-05-26

„Die Konzerne klagen, sie müssen so genannte Schattenkraftwerke vorhalten, die bei Windflaute den benötigten Strom liefern. EON spricht von bis zu vier Kohlekraftwerken alleine in seinem Regelbereich. Macht Windkraft da überhaupt Sinn?

Stephan Koller: Ich kenne keinen Fachbegriff Schattenkraftwerk. Das Strom-Verbundnetz ist im 20. Jahrhundert aufgebaut worden, um eine optimale Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Kraftwerkstypen – etwa Wasser und Kohle – sowie Stromkunden mit unterschiedlichen Verbrauchskurven zu ermöglichen. Ziel war schon damals, die notwendige Regel- und Reserveenergie klein zu halten. Jetzt geht es darum, die Windkraft

zu integrieren. Dabei ist es nicht seriös, die Reserve-Kapazitäten für Windkraft nur separat zu betrachten.

FR: Ein Ausbau der Reserve ist unnötig?

Stephan Koller: Natürlich muss die Leistung der Windkraftwerke im Netz abgesichert sein. Man muss mit Flauten rechnen, so wie im Sommer 2003, als grossflächige Hochdruckgebiete über Norddeutschland festlagen und nur wenig Wind wehte. Dann müssen konventionelle Kraftwerke die Versorgung übernehmen. Wir haben aber die einmalige Chance, den Kraftwerkspark in den nächsten Jahren gut auf die neue Lage auszurichten. Bis 2020 muss fast die Hälfte der Kraftwerke, entsprechend 40 000 Megawatt Leistung, erneuert werden, weil sie ihre maximale Lebensdauer erreichen. Wir werden weniger Grundlast-, aber mehr Mittel- und Spitzenlast-Kraftwerke bauen als bisher, um flexibel auf Schwankungen bei der Windkraft reagieren zu können.

FR: Es ist also nicht nötig für jedes Windkraftrad ein Schattenkraftwerk zu bauen?

Stephan Koller: Nein, eben nicht. Man muss das gesamte System betrachten. Wir brauchen ja auch nicht für jedes Atomkraftwerk, das eventuell kurzfristig vom Netz gehen muss, ein Reservekraftwerk. Um dieses Risiko abzufangen, gibt es das Verbundnetz. Ohne dieses könnte man AKW-Blöcke mit 1200 Megawatt und mehr gar nicht betreiben...“

Der Geschäftsführer der Deutschen Energie-Agentur (Dena), Stephan Koller, im Gespräch mit FR-Redakteur Joachim Wille, in: Frankfurter Rundschau 9. März2004

So langsam wird es wieder Zeit, eine neue Weltkarte der Verbote zu gestalten. In Singapur bitte keinen Kaugummi auf den Boden schmeissen (Strafe:? Dollar), keine Drogen zu nehmen (Strafe: Tod). In China empfiehlt es sich, nicht in Sekten a la Fallung Gong Mitglied zu sein und auch der zu freiheitliche Gebrauch des Internet kann tödlich enden.

Im Norden Afrikas sollten Frauen einen Bogen um Männer machen – sie könnten leicht im Stofftuch eingebunden bis zum Kopf eingebuddelt in der Erde landen, auf dass die Steine der Menge sie zu Tode steinige.

Indonesien will jetzt auch im Club mitmachen: „Nach einem Gesetzentwurf des Justizministeriums soll oraler, homosexueller und ausserehelicher Sex mit Haftstrafen zwischen einem und zwölf Jahren bestraft werden. Und Paare dürfen nicht mehr ohne Trauschein zusammen wohnen. Männer, die Heiratsversprechen brechen, sollen ins Gefängnis. Laut Jakarta Post hat das Parlament sich darauf verständigt, mit einem „Pornographiegesetz“ noch nachzulegen. Geplant sei, öffentliches Küssen auf den Mund und erotisches Tanzen mit fünf Jahren Gefängnis oder umgerechnet 25 000 Euro Geldstrafe zu ahnden.“ (Moritz Kleine-Brockhoff in: Frankfurter Rundschau 11. März 2004)

„...Der Preis dieser Strategie ist hoch, das hat dieser Parteitag gezeigt. So viel Vergangenheit war nie. Immerzu wurden die roten Ahnen zitiert. Schröder erinnerte an das Kaiserreich und die Weimarer Republik. Man sprach von Ferdinand Lassalle und August Bebel. Als Müntefering den Heidelberger Parteitag von 1925 erwähnte, glaubte jeder, der Franz sei dabei gewesen. Zwischendurch wurde ihm ein Plakat des Reichsbanners überreicht, und am Schluss sang der Steiger-Chor alle Strophen der Genossen-Hymne „Seit an Seit“ sowie als Zugabe das STEIGERLIED. Das alles war sozusagen die SPD vor der Erfindung des Jazz.“

Bernd Ulrich, aus: Glückauf, bergab. Müntefering und Schröder wollen die SPD retten, selbst um den Preis der Macht. In: Die Zeit Nr. 14. 25. März 2004

„..Zusammen: Die FDP ist führungslos: sie ist themenlos, ohne Ideen und Gesicht. Das ist der Kern ihrer Krise. Und es ist doch verwunderlich. Denn natürlich haben wir eigentlich gute, ja goldene Jahre für Liberale. Wir befinden uns in der Wissensgesellschaft. Wir bemerken die Entwicklung und Expansion einer neuen Bürgerlichkeit. Wir erleben den Zuwachs von Individualität, Selbständigkeit, Autonomie. Wir nehmen Abschied von den Strukturen und Organisationen der Grosskollektivität. Mithin: Die sozialen und kulturellen Voraussetzungen für Liberale werden breiter und grösser; die gesellschaftliche Basis der klassischen Volksparteien dagegen schmilzt. Dazu: Noch nie war die mentale Differenz der Bevölkerungsmehrheit gegenüber den beiden Grossparteien so riesig wie jetzt.

Im Grunde bietet das beste Gelegenheiten für Liberale. Aber eine solche liberale Partei, die die unzweifelhaften Chancen nutzen könnte, braucht wirklich ausdrucksstarke, bemerkenswerte Individuen an der Spitze, braucht eine kraftvolle thematische Ausstrahlung, braucht eine grössere Glaubwürdigkeit als die ziemlich diskreditierten Volksparteien.

Die reale FDP ist anders: Sie wirkt politisch erschütternd unterkomplex, thematisch verblüffend einförmig, personell eklatant ausgedörrt; sie wirkt wie eine dreiste und egozentrische Mittelstandsinteressenvereinigung ohne farbiges Personal, ohne kulturellen Anspruch, ohne Inspiration und Esprit, ohne programmatische differenzierten Weitblick. Sie wirkt, nun ja, unliberal. Man kann es auch so sagen: Für eine liberale Partei gibt es im neuen bürgerlichen Zeitalter grosse Chancen. Für die FDP, wie sie gegenwärtig ist, gibt es diese Chancen nicht.“

Professor Dr. Franz Walter, Professor für Parteienforschung an der Georg-August Universität Göttingen. Er leitet unter anderem das Forschungsprojekt „Zur Geschichte des Liberalismus und der FDP + 1993 bis 1995. In: Frankfurter Rundschau 24. März 2004

www.humanistische-union.de: Hier ist der komplette Gesetzentwurf für ein Informationsfreiheitsgesetz zu finden.

Der Entwurf ist von

www.netzwerkrecherche.de

www.dju.verdi.de

www.djv.de

www.humanistische-union.de

www.transparency.de

„Die Arbeitslosigkeit von 8.7 Prozent lässt Italien im europäischen Vergleich gut dastehen. Aber der zweite Blick auf die Statistik lässt erschrecken: 27,7 Prozent der Arbeitnehmer zwischen 15 und 24 Jahren finden keine Stelle. Und das Gefälle zwischen Norden und

Süden nimmt auf dem Arbeitsmarkt zu. Während manche Regionen im Nordosten auf Vollbeschäftigung zusteuern, sind etwa drei Fünftel aller italienischen Arbeitslosen im Süden zu finden. Die Chancen, im Mezzogiorno eine Stelle zu finden, sind für junge Leute besonders gering und in einzelnen Gegenden/Zonen tendieren sie gar gegen Null.

In Zahlen: Die durchschnittliche Arbeitslosigkeit beträgt im Süden 17,8 Prozent, im Nordosten 3,6,im Nordwesten 4,2 und in Mittelitalien 6,3 Prozent. Für 15- bis 24-jährige liegt die Rate im Süden bei 51, im Nordosten sind es 9,9, im Nordwesten 13,6 und in Mittelitalien rund 21 Prozent."

Roman Arens, aus: Dolce vita ade. Italien steckt in einer tiefen Krise – viele Familien kommen inzwischen bis zum Monatsende kaum über die Runden. In: Frankfurter Rundschau 2. April 2004-05-26

Der Bericht „Erscheinungsformen des Antisemitismus in der EU 2002-2003" der Europäischen Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit (EUMC) ist hier zu finden:

www.eumc.eu.it

„Er wird seinen Geburtstag auf seiner Insel, dem Südseeatoll Tetiaora verbringen. Er wird am Strand sitzen, mit abwesendem Blick übers Meer und mit halb offenem Mund, damit er den Wind schmecken kann. So jedenfalls hat er in seiner Autobiographie die Stunden beschrieben, die ihm die schönsten geworden sind nach dem Rückzug von Broadway und Hollywood und den Turbulenzen des Lebensgenusses.

Irgendwann war es auch auf der Insel, wo er mit alternativer Energie experimentiert und mit Kindern aus drei Ehen und einer anderen Beziehung lebt, sehr turbulent zugegangen; der Freund seiner schwangeren Tochter Cheyenne wurde erschossen von seinem Sohn Christian. Der hatte sich jedenfalls für schuldig erklärt und ging dafür ins Gefängnis, während sich Cheyenne, vorübergehend mitverdächtigt, selbst tötete. So hat das Privatleben dieses gigantischen Schauspielers oft genug seine darstellerischen Leistungen überschattet.

Bei uns kennt man ihn nur zur Hälfte. Denn wir kennen seine Stimme kaum. Wenn Charlie Parker oder Miles Davis sprächen, statt Saxophon oder Trompete zu spielen: so ähnlich müssten ihre Stimmen klingen, wie die von Vito Corleone im DER PATE oder die von Krutz in APOCALYPSE NOW. Aber auch die anderen klingen so, die von Paul vom LETZTEN TANGO IN PARIS, von Terry Malloy aus DIE FAUST IM NACKEN oder von Jonny (Der WILDE) oder – auf ewig unvergesslich – die von Stanley Kowalski. Wenn der im ENDSTATION SEHNSUCHT nach Stelle schreit, kann man sie verstehen, die Frauen und Mädchen, die Marlon Brando im Wortsinn hörig geworden sind.

Auch in den weniger rühmlichen Filmen der neunziger Jahre, als er noch einmal zu filmen anfing, funktionieren sie, der Zauber dieser Stimme und die Magie dieser Gestalt...

Bis Francis Ford Coppola wieder das Äusserste von ihm forderte, als der Pate genauso wie als der wahnsinnige Colonel, der aus dem Roman HERZ DER FINSTERNIS von Joseph Conrad in den Dschungel von Vietnam geraten ist. Als er auf dem Set in Kambodscha ankam – würde jedenfalls Eleanor Coppola, die Frau des Regisseurs, berichten-, hatte er schon die erste von zehn Millionen Dollar bei Vertragsunterzeichnung bekommen und war vertragsbrüchig, weil er nicht, wie vereinbart, abgespeckt hatte. Da er mit annähernd drei Zentnern zu massig war für die Rolle, musste Coppola den Part umschreiben und liess ihn (in der Redux-Fassung: erst nach 150 Minuten!) nur in abgedunkelten Räumen spielen, fünf Auftritte sind es allenfalls. Es war eine der kühnsten und erfolgreichsten Entscheidungen der Filmgeschichte. Weil es nur noch auf den fettglänzenden nackten Schädel im Halbdunkel ankam – und auf die Stimme. Sie erst ist der Mann, grob und rotzig, aggressiv, weil verletzlich. Sie ist immer schier unerträglich, diese Stimme, wie die eines verwöhnten oder vernachlässigten Kindes. Es ist ein einziger Schrei nach Liebe – wie nach Stella.“

Peter W. Jansen, aus: Herz der Finsternis. Die Stimme ist der Mann: Brando wird 80 und blickt übers Meer. In: Frankfurter Rundschau 3. April 2004

Live-Mitschnitte der Reunion von Vanilla Fudge gibt es hier:

www.wallbreaker.de

Der wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen WBGU fordert eine strategische Energiepartnerschaft zwischen der EU und Nordafrika:

www.wbgu.de

„...Ich habe etwas getan gegen die „ethnischen Säuberungen“ im Kosovo; ich habe Veränderungen herbeigeführt. Ich habe es jedoch nicht geschafft, etwas gegen den Genozid in Ruanda zu tun. Aus vielen Gründen war ich dazu nicht in der Lage. Das lastet schwer auf mir. Ich ging dorthin und sah die Auswirkungen des Völkermordes, dieses wirkliche Grauen, das mir fast schon surreal vorkam. Wir flogen zu einem Platz, wo es eine Kirche und einen See gab. Ich dachte: Was ist das bloss für ein schöner Ort! Aber dann gingen wir zu der Kirche hin, und diese Kirche war das KILLING FIELD. Ruanda ist ein katholisches Land, und die Menschen suchten vor ihren Verfolgern Schutz in der Kirche, sie rannten dorthin und wurden dann reihenweise umgebracht. Neben der Kirche war ein riesiges Erdolch, wo UN-Hilfsorganisationen noch heute Skelette ausgraben, um aufzuklären, was dort Grauenvolles passierte.

Ich näherte mich dem Ort, um es mit eigenen Augen zu sehen. Auf einem Tisch lag das Skelett eines Kindes, das ungefähr so gross wie eines meiner Enkelkinder gewesen sein muss. An seinem Schädel konnte man sehen, wo die Machete niedergegangen war. Dann gingen wir in ein Stadion, auf dessen Sitzen noch Blut zu sehen war. Die Mörder hatten Menschen in das Station getrieben und dann erschossen. Als sie nachts keine Munition mehr hatten, schnitten sie den Überlebenden die Fersensehne durch, damit keiner davonlaufen konnten. Am nächsten Tag kamen sie wieder und erschossen die noch Lebenden. Es war ein realer Alptraum, der mit den schönen Träumen des Lebens nichts zu tun hat.

Ich sass zu jener Zeit im UN-Sicherheitsrat und musste miterleben, dass wir keine Sicherheitskräfte nach Ruanda hineinbekamen, um das Blutvergiessen zu beenden. Ich war so hilflos zu jener Zeit, fühlte mich elend und schwach. Wenn ich träumen darf, dann auch davon, dass mir niemals mehr eine solche Situation widerfährt...“

Madeleine Albright, aufgezeichnet von Marc Kayser, aus dem englischen von Jeannine Kantara, aus: Ich habe einen Traum, „Ein Mann kann weinen, weil er damit seine Sensibilität zeigt. Wenn aber eine Aussenministerin weinte, sie würde nie wieder ernst genommen“. In: Die Zeit Nr. 12. 11. März 2004-05-26

„...In einer Laudatio auf den Musikkritiker Joachim Kaiser hat Loriot im Grunde beschrieben, wie sein Humor funktioniert, nämlich musikalisch: „Ich werde nicht müde, Dir zuzuhören. Du bist einer von den wenigen, die ich gern in meiner Nähe wüsste, wenn unser Planet ganz unerwartet detonierte. Du würdest mit verschränkten Armen lauschend, den Kopf zunächst zurück, dann schräg nach vorne geneigt, die Spontaneität der rauschenden 64ste durchaus als Gewinn betrachten, den e-moll-Gedanken im Es-Dur-Kosmos aber eben doch vermissen, zumal die erhofften Presto-Träume trotz ungewöhnlich gross angelegter Durchführung leider nicht stattgefunden hätten. Schöne Momente also, aber kein Ereignis. Ich wüsste nicht, was tröstlicher wäre.“ Vielleicht ist das Loriots Geheimnis: Erwarte musikalisch nicht zu viel vom Weltuntergang. Ach was?!“

Markus Braus, aus: Der Gesang des Loriot. Vicco von Bülow ist so komisch wie Mozart schön, denn was sie eint, ist die Musikalität. Eine Lobeshymne zum 80.Geburtstag. In: Frankfurter Rundschau 6. November 2003

2004-05-25

„...Nach dem 30. Juni den Sieg erklären und abziehen? Das wäre ein Rezept für den Krieg aller gegen alle, den Zerfall in drei De-facto-Staaten und die Intervention ängstlicher oder gieriger Nachbarn. Angesichts lauter übler Optionen drängt sich ein Paradigmenwechsel auf: Die Rücknahme des feinen, aber illusorischen Ziels der Demokratisierung zugunsten der altmodisch-realpolitischen „Stabilität“. Der israelische Strategie Yossi Alpher hat den Unterschied an zwei Personen festgemacht. Kein arabischer Potentat ist so demokratisch gekürt worden wie Jassir Arafat, keiner hat aber als Terrorpate und Verweigerer eine so destruktive Rolle in Nahost gespielt wie er. Dagegen Muammar Al-Ghaddafi, ein Diktator wie aus dem Lehrbuch: Mit ihm können wir gut leben, seitdem er Terror und Massenvernichtungswaffen abgeschworen hat....“

Josef Joffe, aus: Ein Ghaddafi für Bagdad. Demokratie im Irak? Nach einem verpatzten Krieg kann das Ziel nur noch Stabilität sein. In: Die Zeit Nr. 22, 19. Mai 2004-05-25

„Zur Person: Günter Gaus“. So müsste die Sendung heissen, die ich gerne sehen würde, und wenn das Wünschen helfen würde, müsste er auch die Fragen mitformulieren. Dann, ganz sicher, würde man den Ursachen dafür besser auf die Spur kommen, weshalb er

eine derart herausragende politische Figur in der Bundesrepublik geworden ist. Einer, der erklärte; der aber auf eine ganz eigene Weise erklärte, mit einer unverwechselbaren Grundmelodie, seit er 1958 beim SPIEGEL anfing, dann bei der SÜDDEUTSCHEN ZEITUNG als Kommentator, als Interviewer beim SÜDWESTFUNK, nach der Wende 1989 dann beim FREITAG, als Buchautor nicht zu vergessen. So hat sich die Republik erstritten. Mit solchen Personen. Sie haben sie liberal gemacht...

Gaus nahm das ganze Land so ernst wie die Personen, die er kennen lernen wollte. Es wirkte oft unerbittlich. Aber seine Tochter, Bettina Gaus, Journalistin bei der TAZ, hat ihn als leibhaftigen Beweis dafür gesehen, dass sich auch in diesem Metier „hohe Professionalität und Barmherzigkeit bruchlos verbinden lassen“, und das ist nicht übertrieben. Er schnitt nichts weg in seinen Filmen, aber kannte seine Grenzen...

Mein Bild von Gaus ist nicht das eines Stehengebliebenen, auf den immer weniger hören, während die Republik sich wer weiss wohin weiterdreht: Er hat vielmehr auf seinen Massstäben insistiert! Autonomie wird nicht geschenkt! Wie Rudolf Augstein oder Marion Gräfin Dönhoff zählte er damit zu jenen, die der Republik ihr Koordinatensystem vermittelten. Zum Glück. Noch am Tag seines Todes hat er sich darüber erregt, dass sie sich im Hörfunk über eine Verordnung über die Höhe von Frühstücksräumen für Arbeiter lustig machen. Ja, wissen die Schnösel denn nicht, warum das erfunden wurde und mit welchen Schikanen den „Kleinen“ die Lust an der Pause vergällt werden sollte? Gaus wusste es.“

Gunter Hoffmann zum Tode von Günter Gaus, aus: Ein ständig kritischer Vertreter. Dieser Diplomat und Journalist beharrte auf seinen Massstäben. Ein Nachruf auf Günter Gaus. In: Die Zeit, Nr. 22, 19. Mai 2004-05-25

Ich wünsche mir, dass das ARD eine Kollektion herausbringt mit den Interviews ZUR PERSON von GÜNTER GAUS.

Botschaft angekommen, Herr Plog?

„Projekte liberaler Politik im neuen Stadtrat.

Wir wollen

...

. einen „Wagniskapital-Fonds“ der Sparkasse zur Förderung junger Unternehmer in Lörrach

. das Basler Tram wieder in die Lörracher City holen

....

. den Ausbau der Neumattschule zur Ganztagesschule

.....“

FDP .Die Liberalen, aus: Werbeblatt Sachverstand im Stadtrat. 100% für Lörrach. Frühjahr 2004

„... Ich war eine kämpferische Frau. Jetzt bin ich sanfter geworden. Ob ich erreicht habe, was ich im Leben wollte? Natürlich nicht. Niemand tut das. Nie schreibst du das Buch, das du gern geschrieben hättest. Ausser, vielleicht, man ist Goethe. Aber auch er hat im hohen Alter den bemerkenswerten Satz gesagt: Ich habe erst jetzt gelernt, zu lesen. Wenn ich ihn richtig verstehe, meinte er, dass wir immer so sehr uns selbst hineinlesen. Vielleicht erst dann nicht mehr, wenn wir sehr alt sind.“

Doris Lessing, zitiert nach: Bernadette Conrad: Eine Nomadin des Herzens. Eine Begegnung mit der 85-jährigen Doris Lessing im windumtosten Hampstead. In: Die Zeit Nr. 22. Sonderbeilage Zeit Literatur Musik. Mai 2004-05-25

Doris Lessing: Ein süsser Traum. Roman. Hoffmann und Campe 2003

„.... Am Beispiel des Antihelden Omar hält Machfus ein glühendes Plädoyer für die gesellschaftliche Mitte, für Familie und Freundschaft. Diese allein können dem Einzelnen Halt geben gegen die Versuchungen eines schrankenlosen Individualismus. Die extremen Lebensentwürfe, Exzess und Askese, führen in die Asozialität und machen nicht glücklich.

Das ist kein sehr aufregendes Fazit. Aber es zeugt von einer Humanität, die nicht nur die Araber heute dringend benötigen.“

Stefan Weidner, über: Nagib Machfus: Der Rausch. Roman aus dem Arabischen von Doris Killias, Unionsverlag Zürich 2003. In: Die Zeit Nr. 22. Sonderbeilage Literatur Musik. Mai 2004-05-25

„...Von dieser pantoffelntragenden Brüderlichkeit gegenüber dem hinkenden Mitgeschöpf, ja der disproportionierten Menschennatur überhaupt, wo immer nur eine Hälft stimmt und die andere „vom Fuss fällt“ -, findet man viel bei Calvino. Das springt jetzt natürlich ins Auge, da Europas Vergrösserung im Gange ist und ja auch Calvinos Werk immer noch wächst. Gut zwei Dutzend Fabeln und Erzählungen sind soeben aus dem Nachlass erschienen, einige davon zum ersten Mal, die meisten waren Gelegenheitsarbeiten für verschiedene italienische Zeitungen. Hier eine rezensentische Ordnung reinzubringen fällt gar nicht schwer, da wir ja nun diesen schönen Europa-Leitgedanken haben, und als Ariadnefaden auslegen können. Gleich die erste Geschichte, DER MANN, DER TERESA RIEF, noch aus den vierziger Jahren, kann man gar nicht anders lesen denn als Allegorie auf ein kosmisch ambitioniertes Europäertum. Ein Mann steht vor einem Haus und ruft zu den obersten Stockwerken rauf nach Teresa. Ein Passant will ihm helfen, sonst „hört sie’s nicht“, und ruft mit. Im Nu ist die Strasse voller Menschen, die alle im Chor „Te-ree-saaa!“ rufen. „Es klang sehr gut“. Allerdings antwortet niemand. Schon gar keine Teresa. Eine Teresa gibt es hier auch gar nicht, wie der erste Rufer bekennt. „Von mir aus können wir auch etwas anderes rufen“, schlägt er vor. Betretenes Schweigen. Ein unbehaglicher Moment. Und jetzt, Calvino: „Na ja“, sagte einer gutmütig, „wir können ja noch einmal Teresa rufen, und dann gehen wir alle nach Hause.“

Es kommt also gar nicht darauf an, ob das Angerufene (im Haus Europas oder einem Gotteshaus oder sonstwo) existiert. Der Akt des Rufens mag absurd sein – Teresa, Allahu Akbar oder Jesu meine Freude -, Hauptsache, er verbindet, er schafft Nähe zwischen Fremden. Und diese Nähe, so absurd sie auch begründet ist, ist real für diesen Moment in dieser Stadt dieses Landes dieses Kontinents dieser Erdkugel dieses unendlich kalten Raums, in dem alles wieder sang- und klanglos verschwindet. ...“

Gabriele Killert über
Italo Calvino: Ein General in der Bibliothek und andere Erzählungen. Aus dem Italienischen von Burkhart Kroeber. Hanser Verlag, München 2004.

Aus: Gemeinsam Teresa rufen. Der gute alte Europäer Italo Calvino betrachtet uns wohlwollend aus dem Jenseits. In: Die Zeit Literatur Mai 2004-05-25

www.netzeitung.de/medien/280662.html

Dokumentation: Was kostet die Windkraft?

2004-05-24

"Wahl des neuen Bundespräsidenten

Staatsakt mit Schönheitsfehlern

Der große Tag des Horst Köhler und die kleinen Patzer des Wolfgang Thierse: Die Wahl des Bundespräsidenten im Reichstag verlief nicht ganz nach Plan, endete dann jedoch wie erwartet. Die Führer der Union sprechen trotz einer Ermahnung von Altbundespräsident Richard von Weizsäcker von der nächsten Wende.
Von Kurt Kister

...

Das war natürlich ein Katastrophentag“, zischte sie im Vorübergehen den Reporter an, der es gewagt hatte, danach zu fragen. Sie meinte es ironisch, nach dem Motto: Ich habe gerade im ersten Wahlgang meinen Kandidaten durchgebracht und du mäkelst, so seid ihr Journalistenvolk eben, schon wieder herum. Das Problem von Merkel in solchen Situationen ist, dass auch ihre Ironie so kalt daherkommt, wie ihr Ärger heiß ist.

Also: Frau Merkel, Tschuldigung: Köhler, hat gewonnen, und die nächsten Tage werden viel Gelegenheit dazu geben, dass allerorten erwogen wird, warum er knapp gewonnen hat und ob sich das gegen Merkel richtet oder gegen Köhler oder gegen beide oder ob es vielleicht sogar einfach nur Stimmen für Gesine Schwan waren.

Die SPD und die Grünen jedenfalls freuten sich nach der Wahl über ihre ehrenhafte Niederlage, was schon eine ganze Menge in diesen Tagen ist, wo die meisten Niederlagen von Rot-Grün weniger ehrenhaft sind.

Ludwig Stiegler, der giftige Fraktions-Vize der SPD, brummelte seine Analyse des Ergebnisses so zusammen: „Das ist die Quittung für diesen Kandidaten. Was der für einer ist, hat man schon an seiner flachen Rede gemerkt."

Nu ja, nu, nu, heißt es in Hauptmanns Webern, was soll der Staatssekretär a.D. Horst Köhler in ein paar Minuten vor der Hymne schon groß sagen? Wie soll er sich da unter die ciceronischen Rhetoriker einreihen? Er hat es ordentlich gemacht und bot dem geneigten Publikum immerhin einen bunten, wohlsortierten Strauß von gehobenen Gemeinplätzen, die durchaus mit dem einen oder anderen originellen Gedanken garniert waren.

Was soll man mehr erwarten?

Horst Köhler ist nicht Carlo Schmid, und den hat die SPD seinerzeit nicht als Bundespräsidenten durchgebracht. Köhlers Satz zum Beispiel, dass Patriotismus und Weltoffenheit keine Gegensätze seien, sondern sich bedingten, lässt auf eine große Rede demnächst irgendwann einmal hoffen.

...

Richard von Weizsäcker also, mit jedem Zoll der ehemalige Leutnant des Infanterieregiments 9, Potsdam, und nachmaliger Hauptbundespräsident, schritt gravitätisch zum Rednerpult. Von dort aus las er der unter ihm sitzenden Unionsspitze die Leviten. Das Amt des Bundespräsidenten sei „ein Amt der absoluten Überparteilichkeit". Man dürfe zwar in einer Parteiendemokratie auch über „die langfristigen Folgen der Präsidentenwahl" sprechen, dabei aber nicht den Respekt vor dem Amt verlieren.

Schon Gustav Heinemann habe 1969 bedauerlicherweise seine Wahl als ein Stück Machtwechsel bezeichnet. Ohne dass er es so wörtlich sagte, lautete Weizsäckers Botschaft: Ihr wuseligen Machtpolitiker sollt nicht dauernd davon reden, dass Köhler der erste Schritt zu eurer Regierungsübernahme ist.

Versteinerte Mienen

Bei Merkel & Co. versteinerten die Mienen, im Saal erhob sich Gemurre. Nach seiner Rede schritt Weizsäcker zurück, Merkel stand auf und machte den Ansatz, Weizsäcker die Hand zu schütteln. Der antwortete darauf, indem er ihr die Wange tätschelte. Das mag man gern als Parteivorsitzende. Merkel stürmte mehr, als sie ging, anschließend nochmals aufs Podium und sagte ins Mikro: „Es bleibt uns unbenommen, dass wir weiter sagen dürfen, wie wir das alles verstehen.“ Laute Beifallsbekundungen von den Tischen. Im Hinausgehen, so wird kolportiert, habe Köhler später mit Bezug auf den Weizsäcker-Eklat gefragt: „Was hatte das alles zu bedeuten?“ Nun, auch das wird er noch lernen"

Süddeutsche Zeitung 24. Mai 2004

Süddeutsche Zeitung, 24.05.2004

"Die SZ hat schnell reagiert, viel Platz frei geschaufelt und aus dem famosen New York Times Magazine Susan Sontags Essay "Regarding the Torture of Others" übernommen, in dem Sontag über die Folterbilder von Abu Ghraib und die Aktionen und Reaktionen der Bush-Regierung nachdenkt:

"Die Bush-Administration und ihre Verteidiger sind mehr mit dem PublicRelations-Desaster - der Weiterverbreitung der Bilder - beschäftigt als mit der komplexen Schuldfrage in Bezug auf die verantwortlichen Führungskräfte und mit den kriminellen Methoden, die durch diese Aufnahmen ans Licht kamen. Als erstes ist die Realität auf die Bilder verlagert worden: Die US-Regierung zeigte sich schockiert und angewidert von den Aufnahmen - gerade so, als ob diese Bilder selbst das Entsetzliche wären und nicht das, was sie zeigen. Auch das Wort Folter wurde sorgsam vermieden. Die Gefangenen seien möglicherweise 'missbraucht', schließlich auch 'gedemütigt' worden - mehr wurde nicht eingeräumt." Und Sontag setzt hinzu: "Worte verändern, Worte verstärken oder reduzieren. Das angestrengte Vermeiden des Wortes 'Genozid' während des Abschlachtens Hunderttausender Tutsis in Ruanda durch ihre Hutu-Nachbarn wies darauf hin, dass die amerikanische Regierung damals nicht beabsichtigte, etwas dagegen zu unternehmen. Die Weigerung, die Vorkommnisse in Abu Ghraib - und in anderen Gefängnissen im Irak und in Afghanistan, oder in Guantanamo Bay - als Folter zu bezeichnen ist so unerhört wie die Weigerung, das Geschehen in Ruanda einen Genozid zu nennen." Im New Yorker gibt es heute keine neuen Enthüllungen durch Seymour Hersh.

Versöhnlicher als ihre Kollegen, aber auch ein wenig resigniert beurteilt Susan Vahabzadeh das Festival in Cannes und die Goldene Palme für Michael Moore. "Am Ende sind Moores angedeutete Verschwörungstheorien, dass mehr dran ist an der Verbindung zwischen Bush und den Saudis, vielleicht gar nicht so übel - davon kann er nichts beweisen, aber genau deswegen kann man wenigstens darüber streiten. Moore neigt dazu, fertige Meinung zu präsentieren, statt sein Publikum zum Selberdenken zu animieren: er erteilt den Befehl zur Subversion." (Wir verweisen im übrigen auf ein sehr langes und aktuelles Moore-Porträt im Observer vom Wochenende)."

www.perlentaucher.de 24. Mai 2004

23.05.2004 15:43 Uhr

Die Rede von Köhler

„Deutschland soll ein Land der Ideen werden“

Nach seiner Wahl zum künftigen Bundespräsidenten skizzierte Horst Köhler in einer Rede seine politischen Schwerpunkte: Wirtschaftsreformen, Globalisierung und Familienpolitik. Die Rede des künftigen Bundespräsidenten Köhler im Wortlaut.

„Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Allen Mitgliedern der Bundesversammlung, die mich gewählt haben, danke ich für ihr Vertrauen. Und diejenigen, die mir ihre Stimme nicht gegeben haben, will ich mit meiner Arbeit überzeugen.

Ich möchte Bundespräsident aller Deutschen sein und ein Präsident für alle Menschen, die hier leben. Aus gutem Grund ist das höchste Amt in einem demokratischen Staat niemandem in die Wiege gelegt. Für mich persönlich ist die Entscheidung der Bundesversammlung ein sehr bewegender Augenblick. Nach sechs Jahren im Ausland kehre ich mit einem Gefühl von Freude und Dankbarkeit in meine Heimat zurück. Deutschland hat mir viel gegeben. Davon möchte ich etwas zurückgeben. Ich liebe unser Land.

Wahrscheinlich erwarten Sie jetzt alle von mir, dass ich von Reformen spreche. Tatsächlich halte ich eine grundlegende Erneuerung unseres Landes für notwendig und

überfällig. Und als gelernter Ökonom, das werde ich auch weiterhin nicht verstecken, kann ich Ihnen die Feststellung nicht ersparen, dass ich mir Sorgen um den Zustand der deutschen Wirtschaft, die Arbeitsplätze und die soziale Sicherheit in unserem Lande mache. Ich sehe auch inakzeptable Spaltungstendenzen in unserer Gesellschaft.

Viele von Ihnen erwarten, so vermute ich auch, dass ich etwas zur Globalisierung sage. Globalisierung bestimmt mehr und mehr unser Leben. Sie bedarf, und das ist meine feste Überzeugung, hier stimme ich mit Johannes Rau überein, der politischen Gestaltung.

Wenn wir es richtig anpacken, kann Deutschland aus der Globalisierung weiterhin großen Nutzen ziehen. Aber wir müssen auch besonders dafür arbeiten, dass die Globalisierung den Armen dieser Welt zu Gute kommt. Dies wird nur gelingen, wenn sich die Industrieländer, also auch Deutschland, in ihrem Verhalten ändern, und vor allem auch ihre Märkte für die Entwicklungsländer öffnen. Das heißt dann eben auch, dass wir Wettbewerb und Strukturwandel annehmen müssen

Herr Präsident, meine Damen und Herren,

tatsächlich befindet sich die Welt in einem tiefen Umbruch, wir müssen uns der Wirklichkeit stellen. Deutschland muss um seinen Platz in der Welt des 21.Jahrhunderts kämpfen. Ich denke, wir alle werden deshalb auch mit meiner Mitbewerberin, Frau Professor Gesine Schwan, darin übereinstimmen, dass es gerade in Umbruchphasen auf Vertrauen als Sozialkapital ankommt.

Und der Begriff Sozialkapital wird sowohl in der Politikwissenschaft als auch in der Wirtschaftswissenschaft besetzt. Und sehr zu Recht hat Bundespräsident Johannes Rau das Thema Vertrauen und Verantwortung in den Mittelpunkt seiner letzten Berliner Rede gestellt.

In diesem Zusammenhang möchte ich Ihnen, sehr verehrte Frau Schwan, für Ihr Engagement für das höchste Amt im Staate danken. Der Wettbewerb von uns beiden Seiteneinsteigern hat dem Land insgesamt sicher nicht geschadet.

Herr Präsident, meine Damen und Herren,

ja ich werde in meinem Amt zu mehr Entschlossenheit, Tatkraft und auch Stetigkeit bei wirtschafts- und sozialpolitischen Reformen drängen. Doch ich hoffe, ich enttäusche heute

niemanden, wenn ich eine ganz andere Frage voranstelle. Nämlich die Frage, was will Deutschland im 21. Jahrhundert sein? Was kann es sein? Und wo will dieses Land hin? Mit Recht betonen viele in diesem Zusammenhang die Notwendigkeit, vor allem Bildung und Innovation zu stärken.

Deutschland ist mir zu langsam auf seinem Weg in die Wissensgesellschaft. Mein Traum geht aber noch weiter. Deutschland soll ein Land der Ideen werden. Im 21. Jahrhundert bedeutet das mehr als das Land der Dichter und Denker, mehr als „Made in Germany“, mehr als typisch deutsche Tugenden. Das ist sicher etwas ganz anderes als Großmannssucht und Selbstüberschätzung.

Deutschland, ein Land der Ideen, dass ist nach meiner Vorstellung, Neugier und Experimentieren. Das ist in allen Lebensbereichen Mut, Kreativität, Lust auf Neues ohne Altes und Alte auszugrenzen. Das sind neue Gründerjahre, das ist auch die Kraft, mit Rückschlägen umzugehen und wieder neu anzufangen. Das sind Ideen auch für Europa.

Deutschland, ein Land der Ideen, ist für mich zuerst und vor allem ein Land für Kinder. Wie kommt es, dass wir in Deutschland immer weniger Kinder haben? Glauben wir nicht mehr an unsere Zukunft? Kinder bedeuten Neugier, Kreativität und Zuversicht. Kinder sind Brücken in die Welt von morgen. Wir müssen uns alle anstrengen, eine familien- und kinderfreundliche Gesellschaft zu werden.

Und dazu brauchen wir konkrete Antworten auf bestimmte Fragen. Zum Beispiel: Wie schaffen wir es, Elternarbeit anzuerkennen? Wie kann es gelingen, viel besser gelingen, Familie und Beruf besser zu vereinbaren? Was sind uns Kinder wert? Wir müssen auf diese Fragen konkrete Antworten finden.

Aber genauso müssen wir auch eine konkrete Antwort auf die Frage finden, was uns ältere Menschen wert sind. Um die Zukunft zu gewinnen brauchen wir auch deren Erfahrungen und Weisheit. Wir müssen an Freundschaft zwischen den Generationen schon jetzt arbeiten.

Deutschland muss sich also verändern, das ist wahr. Aber wir sollten uns dabei auch unserer kulturellen und religiösen Wurzeln bewusst sein. Wie schaffen wir es, das abstrakte Wort ’Wert’ aus Politikerreden in Alltagsgespräche und Alltagsverhalten zu bringen und so lebendig zu machen? Wie schaffen wir es, uns im größer werdenden

Europa unserer nationalen Identität zu vergewissern und zugleich eine europäische Identität zu gewinnen?

Ich habe übrigens, meine Damen und Herren, die Erfahrung gemacht, Patriotismus und Weltoffenheit sind keine Gegensätze. Sie bedingen einander. Nur wer sich selbst achtet, achtet auch andere.

Herr Präsident, meine Damen und Herren,

der heutige 55. Jahrestag der Verkündung des Grundgesetzes ist ein guter Tag, uns wieder auf unsere Stärken zu besinnen. Deutschland hat die Kraft sich zu verändern. Davon bin ich zutiefst überzeugt. Diese Kraft liegt in den Menschen. Ihre Ideen sind der Reichtum unseres Landes. Damit sich diese Kraft entfalten kann, müssen wir Angst überwinden und Selbstvertrauen zurückgewinnen.

Wir können in Deutschland vieles möglich machen. Aber dazu müssen wir uns erst einmal selbst mehr zutrauen. Und wir müssen wieder mehr auf die Kraft der Freiheit vertrauen. Es war diese Kraft, mit der vor 15 Jahren die Menschen im Osten unseres Vaterlandes die scheinbar unüberwindliche Mauer zum Einsturz gebracht haben, einer der großartigsten Momente unserer Geschichte und auch eine stetige Verpflichtung für uns, die innere Einheit wirklich zu verwirklichen.

Meine Damen und Herren,

die Kraft der Freiheit zu stärken, darauf achten, dass es gerecht zugeht in Deutschland, und dazu beitragen, dass wir ein Land der Ideen werden, dafür will ich eintreten und dafür bitte ich um das Mitmachen aller. Ich grüße alle Landsleute nah und fern, unsere Nachbarn in Europa und unsere Freunde in der Welt. Gott segne unser Land.“

(Dokumentation von ap) nach: Süddeutsche Zeitung 24. Mai 2004

Ungewöhnlich, diese Goldene Palme für Michael Moore, aber das geht schon in Ordnung, meint Daniel Kothenschulte in seiner Bilanz des Filmfestivals von Cannes. "Wenn man ehrlich ist, dann gab es dieses eine, richtungsweisende Meisterwerk, als das Gus van Sants 'Elephant' im letzten Jahr einen miserablen Wettbewerb überstrahlte, diesmal

einfach nicht. Aber es gab auch genug Filme - und das ist für die Kinozeit, in der wir leben, schon allerhand -, die man gleich ein zweites Mal sehen möchte."

Was für ein Glück, dass George Tabori ausgewandert ist, schreibt Istvan Eörsi in seinem Geburtstagsgruß für den Landsmann. Denn "in Zwangssituationen fallen stilistische Entscheidungen besonders schwer. Inhaltliche Anpassung kann schändlich sein, aber stilistische Anpassung geht meistens tiefer und kann die Persönlichkeit vernichten." Peter Michalzik dankt Tabori für die künstlerische Heilung der Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg. Eine Times mager lang tröstet Christoph Schröder seine Mitbürger über den profanen Abstieg der Eintracht in die zweite Liga. Auf der Medienseite lässt die ARD-Geburt "Wie fit ist Deutschland?" Uwe Ebbinghaus an Ionesco und Beckett denken.

Besprochen werden Armin Petras' Inszenierung von Henrik Ibsens "Die Frau vom Meer" am Schauspiel Frankfurt (in "bewährter 'Kill-Bill'-Dramaturgie", berichtet Florian Malzacher), ein Konzert von Elvis Costello zur Eröffnung der Ruhrtriennale-Saison 2004 in Bochum, Hannes Heers Reflexionen über das "Verschwinden der Täter" der Wehrmachtsverbrechen des Zweiten Weltkriegs und zwei Habermas-Bücher: ein Band politischer Schriften und Rolf Wiggershaus' Biografie.

Die Tageszeitung, 24.05.2004

"Zweifelhaft" kommt Cristina Nord die Entscheidung für Michael Moore und seinen Film "Fahrenheit 9/11" in ihrem Cannes-Resümee auf der Tagesthemenseite vor. In ihrer Beurteilung schließt sie sich Jean-Luc Godard an. "Moore, so Godard während der Pressekonferenz zu seinem eigenen Film 'Notre Musique', helfe Bush, anstatt ihm zu schaden. Die Methoden des Agitprop reichen eben nicht aus, um eine filmische Reflexion zu entfachen, erst recht nicht, wenn sie Agitpop werden. Einen Denkprozess regt dieses linke Infotainment nicht an." (Der ehemalige Leiter des Dziga-Vertov-Kollektivs muss es ja wissen!) Dazu noch einmal eine Liste der Preisträger und ein paar interessante Reaktionen aus der amerikanischen Medienlandschaft. Und Niklaus Hablützel leidet mit Quentin Tarantino, der bekannte, Filme aus dem Internet zu ziehen und dafür gescholten wurde."

nach: Perlentaucher 24. Mai 2004

Nachtrag

Bei der TV-Runde auf dem kalten Dach des Bundestagsgebäude Reichstag verwies der FAZ-Kollege auf Brechts Vorschlag einer deutschen Nationalhymne. So wolle er Patriotismus verstanden wissen.

Ja, damit kann ich leben:

Kinderhymne
1. Anmut sparet nicht noch Mühe,
Leidenschaft nicht noch Verstand,
daß ein gutes Deutschland blühe
wie ein andres gutes Land.
Daß die Völker nicht erbleichen
wie vor einer Räuberin,
sondern ihre Hände reichen
|: uns wie andern Völkern hin. :|

2. Und nicht über und nicht unter
andern Völkern wolln wir sein
von der See bis zu den Alpen,
von der Oder bis zum Rhein.
Und weil wir dies Land verbessern,
lieben und beschirmen wir's,
und das Liebste mag's uns scheinen,
|: so wie andern Völkern ihrs. :|

Worte: Bertold Brecht
Weise: Hanns Eisler

Es gibt eine sehr schöne Vertonung dazu. In Basel in der Kulturwerkstatt Kaserene sang sie im Heiner Goebbles Stück xxxx.

DEB

2004-05-21

„...FR: Lynndie England wirkt phänotypisch eher männlich. Welche Rolle spielte eine weibliche Akteurin auf den Folterbildern?

Christina von Braun: Die israelische Soziologin Orna Sasson-Levy hat die Geschlechterbilder in der israelischen Armee untersucht, wo es einen hohen Frauenanteil gibt. In ihren Untersuchungen geht es natürlich nicht um Folter, aber die Ergebnisse sind interessant. Sie hat festgestellt, dass ich die wenigen Frauen in den kämpfenden Einheiten die gleiche Mimikry, die gleiche Körperhaltung, den gleichen Gestus und die gleiche Stimme zulegen wie die Männer, weil sie unter einem enormen Druck stehen, genau so zu sein wie die Männer. Die Tatsache, dass es eine Frau ist, die auf den Bildern gewalttätig wird, bringt ausserdem die pornografische Ebene hinein. Damit sind diese Bilder sexuell aufgeladen, weil einerseits die Frau in dieser Machthandlung ungewöhnlich ist. Andererseits gehört zu jeder Pornographie, dass es so etwas wie einen Voyeur gibt. Der Voyeur ist in diesem Fall der, der diese Bilder gemacht hat und der wiederum uns alle, die wir in der Presse diese Bilder beobachten, in gewisser Weise auch entschuldigt.

FR: Werden damit auch wir zu Voyeurinnen und Voyeuren?

Christina von Braun: Ein Gutteil der Medienrezeptikon besteht ja darin, dass wir schreckliche Bilder sehen wollen. In diesem Fall werden die Bilder noch dadurch aufgeladen, dass es eine Frau ist, die ohnehin Objekt des Blicks in unseren langen Bild- und Sehtraditionen ist. Die Kamera wird zu dem männlichen Voyeur und versetzt uns in die Lage, mit seinen Augen zu sehen. Der Vietnam-Krieg ging zum Teil wegen der Bilder, die aus dem Krieg kamen, zu Ende. Diese Bilder sind heute in Hochglanz-Alben zu sehen, das heisst, sie erfüllen immer noch eine hochvoyeuristische Funktion.

FR: Welche Motive stehen dahinter, die Folterhandlungen in Bildern festzuhalten?

Christina von Braun: Die Bilder der Wehrmachts-Ausstellung zeigen Soldaten bei einer ganzen Reihe von Greueltaten in osteuropäischen Ländern. Man hat sich auch da gefragt, warum haben die das aufgenommen? Die Soldaten trugen die Bilder in ihren Brusttaschen mit sich herum, das waren Trophäenfotos, eine Art von heldischer Selbstspiegelung. Zum Teil war es aber auch eine Art von Fetisch: Der Tod ist etwa, das den anderen betrifft. Der Tod ist etwas, von dem ich verschont werde, solange ich hinter der Kamera stehe. Es

hängt also auch ganz eng mit dem Medium Fotografie selbst zusammen. Warum sind Bilder aus Irak gekommen und keine aus Guantanamo? Und zwar nicht nur fünf oder sechs, sondern anscheinend tausende. Die Kriege sind Bilderkriege geworden, Bilder haben eine kriegerische Funktion. Dass allerdings diese Waffe gegen uns zurückschlagen könnte, das wurde nicht mitbedacht.

FR: Ist die Enthauptung des Amerikaners Nick Berg vor laufender Kamera eine typisch männliche Antwort auf die Folterung von Männern durch eine Frau?

Christina von Braun: Es ist natürlich viel archaischer, die Guillotine oder das Beil zu benutzen als eine Schusswaffe, aber das würde ich nicht als typisch männlich bezeichnen. Die Bilder der Enthauptung entsprechen in ihrer Qualität der von den verbrannten, aufgeknüpften amerikanischen Soldaten (in Falludscha, Anm. d. Red.). Also nicht eine Waffe, sondern eine Hand tötet einen anderen Menschen.

FR: In welchem kulturellen Kontext verorten Sie die Folterbilder?

Christina von Braun: Die Bilder waren sicher auch ein Schock für den Westen. Aber gleichzeitig wissen wir im Westen auch, dass eine solche Gewalthandlung einer Frau gegenüber Männern im islamischen oder arabischen Kontext schwerer vorstellbar ist, weil Frauenrollen und Männerrollen anders definiert werden. Hier tut sich ein kultureller Abgrund auf. Ich bin nicht einmal sicher, dass die Armee das von vornherein geplant hat. Ich glaube eher, dass die Soldaten geschlechtsneutral eingesetzt wurden und die die Fotos nachträglich eine andere Dimension bekommen haben.

FR: Auffällig ist, dass westliche Zeitungen auf den Folterbildern die männlichen Geschlechtsteile schraffiert zeigen. Sollen die Männer, die ja in den Medien ein zweites Mal fremden Blicken ausgesetzt sind, auf diese Weise „geschont“ werden?

Christina von Braun: Das ist ein Phänomen, das man auch aus den Hollywood-Filmen kennt. Das männliche Geschlecht darf nicht gezeigt werden, der weibliche Körper dagegen wird in jeder Form von Entblössung gezeigt. Es ist schon erstaunlich, wie dieses Tabu hier auch jenseits der kulturellen Grenzen noch funktioniert. Der Phallus, wenn er ein wirkliches Machtsymbol sein will, darf nie sichtbar werden, sondern muss unsichtbar bleiben. Es ist etwas Paradoxes darin, dass die männlichen Geschlechtsteile auf den

Bildern zum Verschwinden gebracht werden, obwohl es sich um sexuelle Erniedrigung handelt.

Die Männer, die für die Publikation dieser Bilder verantwortlich sind, haben ein doppeltes Interesse zu verteidigen. Einerseits soll die männliche Erniedrigung dargestellt werden, die eine Frau am arabischen männlichen Körper vollzieht. Andererseits gilt es aber auch, diese westliche Codierung von Geschlechtlichkeit, nämlich die Gleichsetzung des Phallus mit Machtstrukturen und damit einem unsichtbaren Körper, zu erhalten. Männlichkeit ist im westlichen Kulturraum symbolisch geworden: sie wird mit Geld, Auftreten im öffentlichen Raum, der Grösse des Hubraums oder der Anzahl von Leibwächtern besetzt, nicht direkt mit dem Geschlechtsteil des Mannes.

FR: Sexuelle Gewalt gegen Frauen ist dagegen häufig unsichtbar.

Christina von Braun: Die massiven Vergewaltigungen bosnischer Frauen im Jugoslawien-Krieg sind sehr sichtbar geworden. In der modernen Kriegsführung hat die systematische Vergewaltigung des Körpers von Frauen der feindlichen Gruppe eine wichtige Funktion bekommen. Das Problem dabei ist nur, dass nie die Gewalt mitgedacht wird, die dem weiblichen Körper angetan wird. Die einzelne Verletzung verschwindet hinter dem symbolischen Körper.“

Barbara Wündisch im Gespräch mit Christina von Braun, Professorin für Kulturwissenschaften an der Humboldt-Universität Berlin zum Schwerpunkt Gender. Die Essayistin und Filmemacherin hat zuletzt das Buch „Versuch über den Schwindel“ (2001) veröffentlicht.

In: Frankfurter Rundschau 14. März 2004-05-21

„Ich wollt’ es gäb’ kein Alter zwischen 16 und 23, oder die jungen Leute würden’s überschlafen; denn dazwischen gibt’s nichts als Jungfern Kindern machen, dem Alter Schabernack antun, stehlen und raufen“.

His Majesty Sir Shakespeare himself.

Der interne Bericht des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz (IKRK) mit dem Titel “Bericht des IKRK über die Behandlung Kriegsgefangener und anderer von der Genfer Konvention geschützter Personen durch die Koalitionsstreitkräfte während der Festnahme, Internierung und des Verhörs“ vom Februar 2004 wurde durch eine Indiskretion dem Wall Street Journal zugespielt und von dem veröffentlicht. Auszugsweise in einer deutschen Übersetzung von Daniel Regger war in der FR vom 14. Mai 2004.
www.fr-aktuell.de/doku

www.icrc.org

„...Diese Regierung ist, erstens, in einem Masse zur Privatisierung entschlossen, das weit über alles hinausgeht, was das Land bisher gesehen hat. Die Privatisierung von Militärgefängnissen, der militärischen Besatzung, ja vielleicht sogar des Krieges selbst, ist eine Innovation von Bush II. Zum Teil dient diese dazu, die Kosten des Krieges zu verbergen (und sie damit wohl noch zu erhöhen), was die Strukturen der fiskalischen Verantwortlichkeiten unterhöhlt. Wir beginnen gerade erst gerade erst zu erfahren, in welchem Ausmass private Firmen für Aufgaben im Irak angeheuert wurden und wie sie honoriert wurden.

Doch weitaus bedenklicher ist, dass diese Leute nicht in den Geltungsbereich der Militärgesetzgebung fallen, und dass ihnen Straffreiheit unter jeder künftigen irakischen Rechtssprechung zugesichert wurde. Wenn sie Verbrechen in Irak begehen, müssen sie in den USA zur Rechenschaft gezogen werden, und solche Ermittlungen sind sehr schwierig...

Zweites verachten Bush und seine Kollegen nicht nur die internationale Einhaltung von Menschenrechten, sondern diese Rechte selbst – wann immer sie mit den Zielen der Regierung in Konflikt geraten...

Der lockere Umgang mit der Konvention entspricht dem Stil dieser Regierung. Derselbe Stil zeigt sich darin, dass ihre Mitglieder weitaus weniger über die Verletzung der Rechte besorgt sind als über die Fotos, die diese Verletzung zeigen. Monatelange Proteste des Roten Kreuzes blieben ohne Wirkung: der schonungslose, detaillierte und couragierte

Bericht von General Antonio Taguba wurde im Pentagon erst gelesen, als die Fotos zu zirkulieren begannen.

Dies alles sollte uns nicht überraschen. Wir sollten uns vielmehr dafür schämen, dass wir überrascht sind... Denn es zeigt, dass wir das, was wir wussten, verborgen oder verdrängt haben – wie autoritär nämlich unsere Regierung geworden ist. In den abscheulichen Bildern von jungen Amerikanern, die junge Iraker erniedrigen und foltern, erkennen wir die moralische Physiognomie jener älterer Amerikaner, die in Washington am Hebel sitzen.

Die US-Regierung wird die Gefängniswärter, die man auf den Bildern sieht, bestrafen; vielleicht auch ihre direkten Vorgesetzten. In Bagdad wird es militärgerichtliche Prozesse geben. Doch es gibt noch eine andere Art von Gerechtigkeit, politische Gerechtigkeit nämlich, die in Washington verwirklicht werden muss. Diejenigen, die das Klima der Achtlosigkeit, ja der Verachtung gegenüber internationalen Konventionen und Menschenrechten gefördert haben, müssen zum Rücktritt gezwungen oder bei den nächsten Wahlen besiegt werden. Was die Gerichte tun, ist sehr wichtig; doch was das Volk tut, ist noch viel wichtiger.“

Michael Walzer, Professor für Sozialwissenschaften in Princeton.

Aus dem Amerikanischen von Ulrich Speck. Aus: Fehler mit System. In: Frankfurter Rundschau 15. Mai 2004-05-21

2004-05-20

„Der Name Huxley verpflichtet. Zu Fantasie, wenn nicht zu Visionen. Andrey Huxley, Rechtswissenschaftler aus London und Kenner des Pali-Buddhismus in Südostasien entwirft eine schöne neue Welt des Klonens, wie sie ein Buddhist erträumen könnt.

Und das geht so: Im Jahr 2008 heiratet ein Mitglied des Kennedy-Clans einen Spross der Nehru-Gandhi-Dynastie, und sie haben zwölf Kinder. Vierzig Jahre später herrscht der Klügste ihrer Söhne, ausgestattet mit der perfekten Mischung aus Charisma und Geschick, als „König Gandhi-Kennedy I“ über die Vereinigten Staaten von Amerindien. Man schreibt das Jahr 2048, die Genforschung ist viele Entwicklungssprünge weitergegangen. Also empfiehlt das „Comitee of Internal Aggrandisement“, frei zu übersetzen vielleicht als Vermehrungsausschuss, jedenfalls abgekürzt CIA, zwanzig Klone

ihres Königs zu erschaffen. Die könnten dann als Prokonsuln die aufsässigen Provinzen verwalten, Mesopotamien zum Beispiel oder Guatemala oder Java.

„Science-fiction“, sagt Huxley schmunzelnd, und er hoffe doch sehr, “dass ich keine Vorhersage gegeben habe.“ Um dann zur Moral seines Märchens zu kommen, zur Nutzanwendung für das Heidelberger Symposium über religiöse und ethische Perspektiven „auf dem Weg zu einem internationalen Klonverbot“. Huxley selbst hält dies für ein „Missverständnis von Buddhas Lehre“, aber aus der Paldi-Tradition heraus könnten wohl viele „dem CIA-Vorschlag beipflichten“, Gefallen finden an der Vision vom weisen Herrscher, der sich – zum Wohle der Welt natürlich – vervielfältigt.

Religiöse Gefühle von Buddhisten, stimmt der Bonner Indologe Jens Schlieter zu, würden nicht grundsätzlich verletzt durch reproduktives Klonen. Hindi nähmen eher eine „neutrale Position“ ein gegenüber menschlichen Artefakten. „Einen Klon zu generieren, würde den Lauf des Karma nicht behindern“, ob bei einer Widergeburt die Seele in einen natürlich gezeugten oder im Labor gezüchteten Körper schlüpfe, mache keinen grossen Unterschied. Und wenn auf diese Weise das Leid kinderloser Eltern gelindert, wenn kein Leben dabei zerstört würde, - warum nicht? Auf eindeutige Ablehnung stosse dagegen im buddhistisch geprägten Kulturkreis das so genannte therapeutische Klonen: Embryonen herzustellen und auszuschlachten zur Verlängerung anderen Lebens sei nicht zu rechtfertigen in einer Vorstellung, die von mehr als einer einzigen Daseinsstufe ausgeht.

Ein Ausflug nach Heidelberg lohnt doch immer. Auch wenn der Weg nur ins nüchterne Technologiezentrum führt, zum Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht. In diesem Fall erspart er den Trip nach New York. Wer verstehen will, warum es in diesem Jahr wieder nicht zu einer weltweiten Ächtung des Klonens durch eine UN-Konvention kommen wird, kann es hier binnen zehn Stunden erfahren im interdisziplinären Diskurs der Rechts-, Religions- und (wenigen) Naturwissenschaftler.

Nicht einmal die drei grossen monotheistischen Religionen bieten ein gemeinsames Fundament gegen das genetische Experiment. Aus dem Koran leitet Professor Ali-Reza Sheikoleslami, der am Orient-Institut in Oxford lehrt, das „absolute und kategorische“ Nein gegen das Klonen ab. Der Mensch, „aus Staub geschaffen, beseelt vom göttlichen Atem, das Gefäss des Geistes Gottes“, dürfe sich nicht die Rolle des Schöpfers anmassen. „Gott wünscht keinen Partner im Schöpfungsakt“. Da der Islam bereits die Errichtung von Statuen verbiete, wäre der Klon die vollendete Entweihung von „Gottes Ebenbild.“

Mit der Schöpfungsgeschichte argumentiert indes auch Manfred Oeming, Prorektor der Heidelberger Hochschule für Jüdische Studien. Mit der alttestamentarischen Aufforderung, sich „die Erde untertan“ zu machen, erscheint der Mensch bei ihm als „Mitschöpfer“. Da ist es dann nicht mehr Selbstüberhebung, sonder logische Konsequenz, wenn das Ebenbild Gottes „seine Gene verbessern will“. Weil Prä-Embryonen bis zum 40. Tag nach jüdischem Recht nicht als Leben gelten, sondern „nur als Wasser“ sei bis zu diesem Stadium die Genforschung genauso legitim wie eine Abtreibung. Mehr noch: Wenn die Erzeugung von Stammzellen dazu dienen könne, Leben zu retten, zu helfen, zu heilen – dann, so der Theologe, sei „therapeutisches Klonen nicht nur erlaubt“, vielmehr verstosse jede Behinderung der Forschung „gegen jüdische Ethik“...

„Vor ungefähr tausend Jahren“, sagt der Alttestamentler Oeming, der in grösseren Zeitabschnitten zu denken gewohnt ist, „sassen in ähnlicher Runde Leute zusammen, um über die Anatomie zu beraten“. Ob die Forschung am toten Körper ethisch zu begründen wäre. Damals legte die christliche Kirche ihr Veto ein, „man überliess den Fortschritt der jüdischen und islamischen Medizin“...“

Astrid Hölscher, aus: Zwischen Karma und Gott. In: Frankfurter Rundschau 28. Oktober 2003

„...Die für den Bericht verantwortlichen Organisationen empfehlen, dass die Bundesregierung eine Analyse des vatikanischen Rechts im Vergleich zur deutschen Gesetzgebung vornimmt und Felder aufzeigt, in denen die katholische Kirche in Deutschland der deutschen Gesetzgebung zum Schutze der Kinder zuwider handelt.

Der Heilige Stuhl muss mit den staatlichen Behörden zusammenarbeiten, indem er Beweismittel liefert und die Verfolgung katholischer Geistlicher unterstützt, die in den Missbrauch von Kindern und Jugendlichen involviert sind. Das schliesst die Aufhebung der Vertraulichkeit mit ein.

Auch die katholische Kirche in Deutschland muss sicherstellen, dass sie sich im Falle von sexuellem Missbrauch in der Kirche an nationales Strafrecht hält und finanzielle Verantwortung für jegliche Verpflichtung übernimmt, die aus Ansprüchen oder Urteilen entstehen. Ausserdem sollten in den Untersuchungsausschüssen der Diözesen zu

sexuellem Missbrauch und Ausbeutung von Minderjährigen unabhängige Personen und Beobachter/innen mitarbeiten, um einen angemessenen Schutz der Opfer zu gewährleisten. Vor allem aber müssen im Ausschuss auch die Opfer und deren Familienmitglieder vertreten sein. Schliesslich sollen sämtliche Fälle sexuellen Missbrauchs veröffentlicht werden – natürlich unter Wahrung der Privatsphäre von Opfern und Tätern“.

Vernea Mosen, aus: Verschweigen, Verleugnen, Vertuschen. Die Behinderung der UN-Kinderrechtskonvention durch das katholische Kirchenrecht bei sexuellem Missbrauch von Kindern. In: Frankfurter Rundschau 6. Januar 2004-05-20

Verena Mosen ist Sprecherin der Initiative Kirche von Unten.

www.ikvu.de

„Wird der Berggorilla überleben?

Natürlich wird es im Dreiländereck Kongo, Ruanda und Uganda im Jahr 2010 noch Berggorillas geben. Die Frage ist nur: Wie viele? Das Bevölkerungswachstum, die Armut und die anhaltende Krise im Ostkongo sprechen auf jeden Fall dafür, dass es in Zukunft wesentlich weniger ein werden als heute. Der Verlust von Lebensraum durch die Abholzung der Bergwälder stellt dabei die grösste Gefahr dar. Ich kann mir langfristig nur drei Lösungsmöglichkeiten vorstellen, um ihre Ausrottung noch abzuwenden: Schutz der Berggorillas und ihres Habitats durch „Grünhelme“ der Vereinten Nationen. Privatisierung der verbliebenen Schutzgebiete. Nur Bill Gates, Walt Disney oder namhafte Naturschutzorganisationen haben das nötige Kapital, den Willen und die Fähigkeit, ihren Schutz zu gewährleisten.

Ausweitung des Tourismus unter folgenden Bedingungen: Jeder Tourist verteilt 100 Kondome an die Bevölkerung, finanziert einen Arbeitsplatz und nimmt eine Kalaschnikow mit nach Hause.“

Wolf Krug, Umweltexperte, Wissenschaftlicher Referent im Deutschen Bundestag, in: Die Zeit Nr. 2. 31. Dezember 2003

Hörtipp: CDs der Firma Winter und Winter.

Katalog bei: info@winterandwinter.com

„...Das Wichtigste ist, den Zeithorizont von Politikern, Managern und Bürgern zu erweitern. Die Leute müssen die langfristigen Konsequenzen ihres Tuns und Lassens begreifen – so, wie es in den meisten Familien schon heute der Fall ist. Eltern bringen Opfer, damit ihre Kinder eine bessere Zukunft haben. Diese Einstellung muss in sämtlichen Lebensbereichen Platz greifen."

Fritz Vorholz im Gespräch mit Dennis L. Meadows, Autor von „Die Grenzen des Wachstums" – Bericht des Club of Rome.
In: Die Zeit Nr. 2, 31. Dezember 2003

„Zu keiner Zeit hatte es eine derart lebhafte Diskussion über die Rechtspolitik gegeben wie in den vierzehn Weimarer Jahren. Die Zulassung zu Frauen zum Richteramt, die Bestrafung des „publizistischen" Landesverrats, die politische Justiz gegen rechts- und linksorientierte Täter, die so genannten Fememordprozesse und neue Strafrechtsentwürfe, insbesondere das rechtspolitische Programm der SPD mit der geplanten Sicherungsverwahrung, all dies war Gegenstand nicht nur der juristischen Publizistik, sondern auch der öffentlichen Auseinandersetzung.

Schlagartig waren diese Kontroversen beendet mit den Zeitungsverboten und Massenverhaftungen nach dem Reichstagsbrand, der Entlassung jüdischer und republikanisch engagierter Richter und Hochschullehrer sowie dem Ausschluss jüdischer Rechtsanwälte nach den Gesetzen „zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums" und „über die Zulassung zur Rechtsanwaltschaft" vom 7. April 1933 sowie mit der Gleichschaltung der Presse – auch der juristischen Fachpresse – und dem Verbot der juristischen Selbstorganisationen. Nach dem herausdrängen des jüdischen und demokratischen Elements aus Rechtswissenschaft, Anwaltschaft und Publizistik herrscht eine geradezu gespenstische Einigkeit in juristischen Fragen...

Nachdem 1945 alle anderen Fronten zusammengebrochen waren, hat die Rechtsfront als einzige gehalten. Die jüdischen Juristenkollegen waren zum grossen Teil tot. Viele – wie Max Alsberg - hatten sich das Leben genommen, noch mehr waren ermordet worden, ein

Grossteil der Vertriebenen blieb im Exil, nur wenige kamen zurück. Was auch nicht zurückkehrte waren Geist und Rechtskultur, denn mit den Menschen waren ihre Theorien und Ideen, ihre wissenschaftlichen Programme und Pläne vertrieben und vernichtet worden. Die Lehrstühle der jüdischen Professoren blieben mit ihren Nachfolgern besetzt, ihre Bücher hatte man aus den Bibliotheken geworfen und grossenteils verbrannt, ihre intellektuelle Hinterlassenschaft wurde ignoriert, oder wenn auch " subtiler", weiterhin diffamiert...

Die Bemühungen der Besatzungsmächte, nach dem Krieg die deutsche Rechtsordnung zu entnazifizieren, hatte die Juristenschaft regelrecht sabotiert...

In grotesker Verdrehung der Tatsachen schob man nach dem Krieg die Schuld am Niedergang des Rechts den „Rechtspositivisten" zu. Für jeden, der die rechtstheoretische Debatte des Dritten Reichs kannte, hiess das: den jüdischen Juristen. Hervorgetan hat sich bei diesen Schuldzuweisungen Hermann Weinkauff, erster Präsident des Bundesgerichtshofs, der noch 1968 die „pluralistische Gesellschaft" und den „Pluralismus der Weltanschauungen" Dinge nannte, „bei denen die Sache ebenso bedrohlich wie die Bezeichnung widerwärtig ist". Dagegen schwärmte er von einem „geschlossenen Richterstand, ja einem wirklichen Rechtsstand". Und Anfang der Siebziger stellt Fritz Hartung – wie Weinkauff Reichsgerichtsrat a.D. – befriedigt fest, „auf juristischem, insbesondere strafrechtlichen Gebiet (hat) das nationalsozialistische Regime Fortschritte von grundlegender Bedeutung gebracht..., die bis heute Bestand haben und aus dem Strafrecht nicht wegzudenken sind."

Er glaube, schrieb Rudolf Olden 1940 im Geleitwort zum Gedenkbuch Irmgard Littens für ihren Sohn, er glaube, „dass man bis heute nicht verstanden hat, was der Opfergang Hans Littens für uns, die Juristen bedeutet." Das gilt wohl auch heute noch, und nicht allein auf Hans Littens Martyrium bezogen, sondern auch das aller anderen, die für den Rechtsgedanken gestritten und gelebt haben, allzu oft auch gestorben sind, die daran festhielten, dass – so Olden weiter – „unser Beruf mehr sei, als eine bestimmte Methode der logischen Argumentation und als ein Gewerbe, nämlich der breite und feste Quader in der Grundlage abendländischer christlicher Zivilisation". Die geringe Rolle, die diese Erkenntnis heute in der Juristenausbildung spielt, zeigt die Grösse und die Nachhaltigkeit des Verlustes, den das deutsche Rechtssystem durch die Auslöschung des jüdischen Elements erlitten hat."

Prof. Dr. Ingo Müller, Bremen aus: Die Vertreibung des Rechts aus Deutschland.

www.gscbs.de

Den Film ZWISCHEN RAP UND RAMADAN von jungen Muslimen aus Freiburg gibt es für 18 Euro bei hans.steiner@stadt.freiburg.de

Den Film-Soundtrack bei www.element-3.de

Den grossen Peter W. Jansen und seine genialen Filmbeschreibungen gibt es als Doppel-CDs im Bertz Verlag München.

Nr. 42 zum Beispiel:

Taxi/Driver/Apocalypse Now

„Zunächst erscheint Janssens Projekt, 100 Klassiker der Filmgeschichte als Hör-Features vorzustellen, etwas anachronistisch. In Zeiten von Video und DVD mit ihren Surplus-Szenen, Interview, dem Making-of und klugen Kommentaren wirkt es wie ein medialer Rückfall und erinnert an jene Prä-Video-Tage, als Filmwahnsinnige die Tonspuren vom Fernsehgerät anzapften, um die geliebten Filme mit geschlossenen Augen sehen zu können. Doch bald entwickelt die Verschränkung von Analyse, Beschreibung und O-Ton einen Sog, der nicht nur die Augen öffnet, sondern gerade durch das Fehlen der Bilder die Bilder zurückbringt...

Es ist jene Mischung aus bildgenauer Erzählung und kritischer Anmerkung /“nur im Kino vermittelt sich diese Wirkung, im Fernsehen sieht es nach verwackelter Kamera aus“), die JANSENS KINO so verführerisch macht. Manchmal gibt er der Faszination des Films nach, wie der saugenden Musik von Bernhard Herrmann für TAXI DRIVER, wenn nötig, folgt er der „Finsternis des menschlichen Herzens“, indem er den Monolog von Walter E. Kurtz alias Marlon Brando ungeschnitten wiedergibt; oder er lässt die hohe Stimme Belmondos in Jean-Luc Godards AUSSER ATEM ausführlich der schönen Jean Seberg widersprechen, als her er nur zu, als sei es das erste Mal. Er versuche, alles so zu sehen, als sei es das erste Mal, sagt Jean-Luc Godard, auch beim zweiten Mal, das sei eben „das erste Mal, das man zum zweiten Mal sieht“. Und er fährt fort in seiner Einführung in eine wahre Geschichte des Kinos, das man machen müsse, „was man will, aus dem, was man

hat“. Also, darf man folgern, liegt die Stärke dieser Hör-Features in der Beschränkung, im Fehlen der Bilder, in ihrer wunderbaren Anmut.“

Konrad Heidkampf, aus Hörbuch: Filme hinter geschlossnen Augen. In: Die Zeit Nr. 5. 29. Januar 2004

2004-05-19

„..Und für die grosse Welt ist Naumann Spezialist, spätestens seit er für den Rowohlt Verlag 1995 nach New York ging und dort Paul Auster und Salman Rushdie nicht nur zu Autoren des Hauses machte, sonder auch zu seinen Freunden. Von Hamburg, aber auch von Berlin aus gesehen, ist ja jemand, der Kontakt zu amerikanischen Geistesgrössen hat, ein unbedingter Kandidat für alle möglichen wichtigen Posten. Das sah auch der Bundeskanzler so, als er für sein erstes Kabinett das Amt des Kulturstaatsekretärs ersann und Naumann darin installierte. Fortan trank Naumann in der Öffentlichkeit Rotwein und wirkte – seinem Betätigungsfeld angemessen – kultivierter als der Rest von Rot/Grün. Er vermittelte den Eindruck, dass Deutschland nun dem kulturell enteilten Frankreich ähnlicher werde, was es nicht wurde, aber die Hoffnung darauf war schön und hat auch Naumann Spass gemacht.

Natürlich nicht auf Dauer. Nachdem Naumann einiges auf den Weg gebracht hatte – etwa die Aufstockung der Filmförderung und ein grösseres finanzielles Engagement des Bundes in Berlin – brach er seine Mission ab und wechselte als Herausgeber zur ZEIT, und weilt dort ein Chefredakteur ebenfalls fehlte, machte er diesen Job gleich mit.

Der Kanzler war von Naumanns Abgang nicht gerade erbaut, aber er konnte wohl nachvollziehen, dass Kekse essen und Cognac trinken mit Gräfin Marion Dönhoff und Helmut Schmidt auch was für sich haben. Die ZEIT hat ja in punkto kontemplatives Arbeiten einen legendären Ruf.

Es gibt Chefredakteure, die beschränken sich auf das Ausstrahlen angeborener Führungskraft und schreiben selbst keine Zeile – Naumann definiert den Job anders. Er ist der wichtigste (neben den Mitherausgebern Helmut Schmidt und Co-Chefredakteur Josef Joffe natürlich) und deshalb macht er auch die wichtigsten Themen. Ex-Bundesbankpräsident Welteke oder Amerikas Psyche.

Fünfspaltig liess Michael Naumann seine Gedanken zu Folter und Krieg vergangene Woche über die Titelseite laufen. Die ZEIT ist unter Naumann erstarkt. Sie wirkt optisch moderner und inhaltlich relevanter, mal abgesehen von den Wochen, wenn sich ganze Zeitungsteile mit dem Unbill der modernen Mutter auseinander setzen.

Man merkt, dass die Redaktion wieder Spass hat, ein Redakteur spricht sogar davon, dass in den Konferenzen Albernheit herrsche...

Tatsächlich weiss Naumann so einiges, was andere nicht wissen – zum Beispiel, dass ihm Rudolf Augstein mal angeboten hat, Chef beim SPIEGEL zu werden. Er weiss, dass Donald Rumsfeld am Pentagon vorbei den Irak-Krieg geplant hat. Und er weiss, dass man Arschlöcher auch Sykophanten nenne kann, was im Kreis von Journalisten mit weniger Wörtern im Gepäck gut ankommt.

Das Gute an Naumann, dem die teuren Anzüge wesentlich besser stehen als Joschka Fischer, ist, dass er nur aussieht, als wären ihm die Ideale von 68 heute peinlich oder egal. Als er in einer Talkshow zum Thema Friedmann sass, sah er ein paar Minuten so aus, als plädiere er gleich für die Legalisierung von Kokain. Er nannte den Staatsanwalt durchgeknallt und bekam prompt ein Verfahren. Auch wenn dieses Land meistens demokratisch wirkt, weiss Naumann im Gegensatz zu vielen Zeitgenossen, dass der Firnis der Verhältnismässigkeit nur ganz dünn ist. Das hebt ihn aus dem Gros der Vergangenheits-Vergesser heraus.

Naumann steht dazu, bei den Schwabinger Krawallen Mitte der Sechziger mitgemacht zu haben, und dass er nicht in den Untergrund abgerutscht ist, hat er seinem damaligen Professor zu verdanken – der ihm eintrichterte, dass Marx Unsinn sei. Der Mann stand ihm zwar politisch diametral gegenüber, aber irgendwie hatte er wohl mehr Stil als die ganzen Linken zusammen. Und noch etwas spricht für Naumann: Er hat sich seine Wut erhalten. Auf die Frage nach Wunschgästen für seine Talkshow heute um 22.45 Uhr, die der RBB als gediegenes Salongespräch ankündigt, sagt er, dass er gern BILD-Chef Kai Diekmann einlüde, um ihm die Prostituiertenanzeigen vorzulesen, die er im Blatt hat. Mal sehen, ob Diekmann heute da ist.“

Oliver Gehrs, aus: Sag doch mal Sykophant. Einer für die grosse Welt: Der „Zeit“-Herausgeber Michael Naumann hat von heute an auch eine eigene Talkshow. In: Frankfurter Rundschau 18. Mai 2004-05-19

Der von mir sehr geschätzte Michael Naumann hat in der letzten Nummer der Zeit ein – so finde ich – ziemlich dämlichen Artikel über die SPD-Abhängigkeit der Frankfurter Rundschau geschrieben. Er war sich nicht zu blöd, die Berlusconisierung der deutschen Medienlandschaft an die Wand zu malen. Wer sieht, welchen Anteil die SPD-Mediengesellschaft am deutschen Medienkuchen hat, sieht, wie dünn die Argumentation ist. Kritische Studien belegen, dass die FR zu den Medien gehört, die am kritischsten mit der Politik der rot-grünen Regierung umgeht. Und Medienwissenschaftler haben nachgewiesen, dass es keinen – keinen – Versuch gab, auf die redaktionelle Position der Zeitungen zu nehmen, an denen die SPD über ihre Mediengesellschaft beteiligt ist. Von welchem Kapitalgeber lässt sich das sagen. Diese Tonlage passt zu Westerwelle, dem Mann mit den Pickeln, aber nicht für den Kulturmenschen Naumann.

Ja Pickel sind kein Hinderungsgrund Politiker zu werden. Aber sie verweisen doch auf eine Jugend, die so etwas wie Orgasmus, Onanie und andere sexuelle Errungenschaften des letzten Jahrhunderts nicht kannte.

Die Mode der Rot-Grünen ist allerdings zum davonlaufen. Joschka Fischer, immer fetter werdend, trägt seine – vermutlich teueren – Anzüge, wie Hempel sein Sofa. Lange Jahre hatte auch UNS GERHARD das Problem, das so aussah, als würde der Junge aus armen Verhältnissen, einfach nicht in die feinen Brioni-Anzüge passen. Das sah immer so aus, wie der Konfirmand in seinem Anzug von der Stange. Was, nebenbei geschrieben, nicht für Brioni spricht. Inzwischen geht es. Wohlgemerkt: es geht.

Die Welt nehme sich ein Beispiel an Kofi Annan. Wer hat je einen Diplomaten gesehen mit besser geschnittenen und so perfekt getragenen Anzügen? Wenn Männer-Mode Freude am Ansehen macht – dann bei Kofi Annan.

„...Indien braucht mehr, nämlich sozialen Wandel. Nur wer den nicht will, geriet in Panik wie die Börse am Montag.“

Karl Grobe über den Erfolg der italienisch-stammigen Sonia Gandhi und ihrer Kongresspartei bei den indischen Kongress-Wahlen, aus: Gandhis Impulse, in: Frankfurter Rundschau 18. Mai 2004

Leider hat sich die schöne Gandhi der rechtslastigen Kampagne der Nationalisten gebeugt und wird nicht neue indische Ministerpräsidentin.

„...Kostengünstig ist die Erzeugung von Atomstrom vor allem, weil die Betreiber der Kernkraftwerke keine dem Risiko dieser Erzeugungsart angemessene Haftpflichtversicherung abschliessen müssen. Offiziellen Studien der Bundesregierung, u.a. ein Gutachten der Prognos-AG, haben gezeigt, dass durch die derzeitig gültige Deckungsvorsorge für Atomkraftwerke etwa nur 0,1 Prozent der bei einem grösseren Unfall zu erwartenden Schäden entschädigt werden, dass also in diesem Fall wir, die Geschädigten den Schaden tragen. Weiter kam das Gutachten zu dem Schluss, dass eine dem Risiko von Atomkraftwerken angemessene Haftpflichtversicherung wangsweise zu einem nicht mehr konkurrenzfähigen Preis von Atomstrom führte (siehe www.atomhaftpflicht.de)...

FR-Leser Kurt Priess, Frankfurt in: Frankfurter Rundschau, 18. Mai 2004-05-19

2004-05-18

„Johannes Rau, das Fazit kann man kurz vor dem Ende seiner Amtszeit in Schloss Bellevue ziehen, war der Präsident, der mit der Mäkelei gelebt hat. Meistens lief und läuft sie nach dem Motto „falscher Mann zur falschen Zeit“. Irgendwie soll, was der da kann, nicht gepasst haben zu dem, was nötig war.

Stimmt das? In gewissem Sinne ja. Nach der Pleite des Sozialismus als der letzten mächtigen Heilslehre ist auch dem Christenmenschen aus Wuppertal die erlösende Welt-Formel fürs irdische Zusammenleben nicht eingefallen. Er hat lediglich den Neo-Liberalen auf verschiedenen Feldern – Bildung, Bioethik, Wirtschaftspolitik – den ungenierten Anspruch bestritten, legitime Verwalter der gesamten ideologischen Konkursmasse zu sein. Gemessen am grenzenlosen Bedürfnis nach Erlösung war das wenig. Angesichts der Strömungsgeschwindigkeit des politischen Denkens in seiner immer engeren Fahrrinne war es beachtlich. Rau hat dem Zeitgeist etwas zu bedenken gegeben, das war

und ist bitter nötig. Wie sehr, wird man erst ermessen können, wenn sich demnächst mit Horst Köhler ein Mann der Aufgabe stellt, der offenbar nicht an der Richtung zweifelt, sondern lediglich daran, dass das Tempo ausreicht.

Nein, Rau hat in seiner Mischung aus reflektiertem Unbehagen und Fragen stellender Ratlosigkeit sehr gut gepasst, allenfalls ein bisschen zu gut. Nämlich zur Identitäts- und Orientierungskrise, in der das Land steckt. Es ist eines der Symptome dieser Krise, dass die Gesellschaft ihrem obersten Repräsentanten verübelt, sie aus derselben nicht erlöst zu haben – obwohl sie ihm das gar nicht gestatten würde, selbst wenn er wüsste, wie es gehen soll. Das Missverhältnis zwischen den Möglichkeiten, die das Amt mit sich bringt, und den Forderungen an den Inhaber war noch nie so gross."

Knut Pries, aus: Raus Impulse. In: Frankfurter Rundschau 12. Mai 2004

„....

IX.

Eines müssen wir wieder entdecken: Wir können politisch gestalten, wir können Weichen stellen. Wir können sagen, wohin die Reise gehen soll. Dazu braucht es den politischen Willen, den Willen zur Politik. Grosse Spiele, sagt man im Fussball, werden im Kopf entschieden. Da ist viel dran. Was sich ändern muss, das ist die Haltung, die viele resignieren oder Abschied nehmen lässt von Politik und Staat. Diese Haltung führt letztlich dazu, dass unsere Gesellschaft auseinander fällt und dass jeder versucht, irgendwie für sich allein durchzukommen. Das aber wird nicht gut gehen (...)

Unser demokratischer Staat ist mehr als ein Dienstleistungsbetrieb und auch mehr als eine Agentur zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts. Der Staat schützt und stärkt die Freiheit der Bürgerinnen und Bürger auch vor den gesellschaftlichen und ökonomischen Kräften, die die Freiheit des Einzelnen längst viel stärker bedrohen als jede Obrigkeit. Dazu legt er auch Regeln und Pflichten zu Gunsten der Gemeinschaft fest. Damit schafft der Staat Freiräume gegen puren Ökonomismus und das alles beherrschende Dogma von Effizienz und Gewinnmaximierung.

Es gibt eine gefährliche Wechselwirkung von Staats- und Politikverdrossenheit auf der einen Seite und den allzu pauschalen Forderungen nach Privatisierung, Deregulierung und Rücknahme staatlicher Verantwortung auf der anderen Seite. Die solidarische Absicherung gegen die grossen Lebensrisiken, die sozialen Ausgleich in unserer Gesellschaft schafft und damit soziale Stabilität, wird immer häufiger verächtlich gemacht. Sozialer Ausgleich und soziale Gerechtigkeit, so heisst es, bedrohten die Freiheiten des Einzelnen. In Wirklichkeit ist es doch immer noch so, dass die Freiheit der meisten Menschen, dass ihre Chancen, ihr Leben nach ihren eigenen Vorstellungen zu gestalten, ganz wesentlich von der gesellschaftlich organisierten Solidarität abhängen.

Gewiss: Eigene Verantwortung und eigene Anstrengung sind notwendig und unverzichtbar. Mehr Eigenverantwortung darf aber nicht heissen, dass die Starken sich nur noch um sich selber kümmern und die anderen sehen sollen, wo sie bleiben. Solidarität der Schwachen mit den Schwachen – das genügt nicht. Arbeitende für Arbeitslose, Junge für Alte, Gesunde für Kranke, Nichtbehinderte für Behinderte: Darauf bleibt jede Gesellschaft angewiesen.

X.

Wer politisch vertrauenswürdig sein will, der darf nicht über jedes Stöckchen springen, das Interessenvertreter oder Medien ihm hinhalten. Da wird ein Fall von angeblichem Sozialmissbrauch im Ausland medial gross aufgemacht – der bei Licht besehen gar kein Skandal ist -, und schon werden Gesetze geändert. Ähnliches liesse sich im Zusammenhang mit der Gesundheitsreform sagen, ähnliches von der Steuerreform.

Wenn eine angeblich benachteiligte Gruppe nur laut genug schreit oder der blanke Populismus publizistisch Verstärkung erfährt, sind die Vorhaben von gestern heute schon nichts mehr wert. Das zeugt nicht von Souveränität. Es schafft vielleicht kurzfristig Applaus, aber nicht langfristig Vertrauen. Vertrauen gewinnt politisches Handeln durch Souveränität und Solidität. Kurzfristiger Aktionismus schafft eher Misstrauen, weil man dann nur darauf wartet, welches Thema wohl morgen hochgespielt wird. Vertrauen entsteht nur da, wo man einen klaren Kurs erkennen kann. (...)“

Die letzte „Berliner Rede“ des Bundespräsidenten Johannes Rau.

Auszugsweise zitiert nach Frankfurter Rundschau, 13. Mai 2004

Die komplette Rede ist hier nachzulesen:

www.bundespraesident.de

Ok, ob nach dem Bürgerpräsidenten Rau – mit Freude denke ich da noch an den Bürgerpräsidenten meiner Jugendzeit, der im Hotzenwald zusammen mit Gollwitzers Ferien machte und der seine Frau liebte, aber nicht den Staat, klar, von Gustav Heinemann ist die Rede – jetzt ein Mann der neoliberalen Wirtschaft kommt oder eine Frau der Geisteswissenschaften?

.....?

Das engagierte Sich-Bekanntmachen der sympathischen Gesine Schwan die letzten Wochen und kritische, sehr kritische Stellungnahmen zu Horst Köhler und der von ihm verantworteten Politik des IWF.

Wer es nicht geworden ist, Sieger beim europäischen Song-Wettbewerb, wir haben es schon fast vermutet: der nette Gymnasiast aus Waldshut-Tiengen.

Ich hätte wohl für die Griechen gestimmt, hätte ich abstimmen dürfen (snüff, wieder einer, der nicht mitmachen durfte) ...

„... Wie einfach und durchschaubar aber der scheinbar von jeder Doppelbödigkeit freie Ballermann-Humor des gelernten Metzgers aus Köln zunächst auch wirken mag – das, was Stefan Raab macht, kann nicht jeder, denn dazu gehört Cleverness, Talent, Geschäftssinn und vor allem ein Gespür für Strömungen. Die Idee, Guildo Horn als deutschen Teilnehmer zum Grand Prix d'Eurovision durchzupeitschen, fügte sich 1998 noch nahtlos in das Raab'sche Weltraster: Subversion durch Affirmation. Die Schlageridioten wurden nicht von aussen, sondern von innen bekämpft, indem man ihnen einen Anarchisten unterjubelte, der dazu auch noch so tat, als sei er der grösste Schlageridiot von allen. Es gab tatsächlich Menschen, die sich darüber empörten und um den Ruf der Deutschen im Ausland sorgten. Ein grosser Sieg für Raab, der keine Noten lesen kann und Guildo Horns Song spät nachts auf einem Keyboard in einem Hotelzimmer

zusammengebastelt und sich dabei selbst mit einer Videokamera gefilmt hatte, um die Tonfolge wiederzufinden. Zumal sein Kandidat nicht schlechter abschnitt als die Retortendudler des damaligen Grand-Prix-Monopolisten Ralph Siegel in den Jahren (Jahrzehnten) zuvor und Horns Text „Piep piep piep, ich hab euch lieb“) im Vergleich zu deren Lyrik nicht weniger sinnentleert war.

An Guildo Horns Grand-Prix-Beitrag zeigt sich aber noch ein weiteres Charakteristikum des Raab’schen Schlagerschaffens: So sehr Horn als blödelnde, das ganze Schlagergeschäft ironisierende Figur wahrgenommen wurde, als äusserster Punkt der Provokation – das seinem Song zu Grunde liegende musikalische Material bleibt ganz und gar konventionell. Ganz und gar im Sinne der musikalischen Tradition, was etwa Melodie, Rhythmus oder Arrangement angeht. Es scheint, als ob sich Raab in musikalischer Hinsicht gerade nicht durch Ironie vom Betrieb zu distanzieren sucht, sondern durch handwerkliche Akkuratesse und vor allem durch ein ausgeprägtes ästhetisches Formbewusstsein. Als Musiker ist Raab ein Konventionalist. Er, der als Autodidakt über keine profunde musikalische Ausbildung verfügt, achtet die Tradition. Ganz klar: Auf der Textebene mag Raab kaspern wie er will, musikalisch macht er keinen Quatsch, hier ist er so ironiefrei wie sonst kaum jemand in der Branche.

Das schliesst Fehltritte natürlich nicht aus. So hätte es nicht unbedingt sein müssen, dass Raab selbst im Jahr 2000 beim Grand Prix auftrat und uns mit „Wadde hadde dudde da?“ einen unerträglichen Ohrwurm bescherte – ebenso wenig wie so manch andere Doofheit hätte sein müssen, vergessen wir nicht den Song „Hier kommt die Maus“. Und doch, der Medienprofi hatte das Kultpotenzial des Wettbewerbs erkannt und herausgefunden, wie er es für sich nutzbar machen könnt. Nicht zuletzt dankt Raab hat der Grand Prix, der jetzt European Song Contest heisst, in Deutschland einen Paradigmenwechsel erfahren. Die Kandidaten haben sich verändert, ebenso das Publikum. Wahrscheinlich sitzt auch am 15. Mai wieder ein Haufen Leute auf Grand-Prix-Partys vor dem Fernseher, isst Hawaii-Toast und macht sich über die Veranstaltung lustig. Aber im Stillen werden sie trotzdem hoffen, dass WIR gewinnen. Die ironische Distanz hat sich in eine uneingestandenes Fantum gewandelt. Und nun, da es so weit ist, hat auch Stefan Raab die zweite Stufe seiner Grand-Prix-Karriere gezündet. Vollkommen zu Recht, er hat es sich verdient.

Dem von ihm nicht nur produzierten, sondern überhaupt erst gecasteten, gepushten, promoteten Abiturienten Max geht der Trash-Faktor der vorigen Raab-Kandidaten völlig

ab. Den Grand Prix als unfreiwilligen Komödienstadl vorzuführen ist nicht länger opportun, als hat Raab das getan, was er schon immer gut konnte: eine eingängige, sauber produzierte, eher konventionelle Nummer schreiben und sie mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln an die Spitze bringen. Geändert hat sich nur das Vehikel – kein Schocker mehr, sondern ein sympathischer, braver Junge mit leichtem Glatzenansatz, den wahrscheinlich sogar die Programmchefs der ARD gut finden dürfen.

Dass die Idee, überhaupt wieder einen Song ins Rennen zu schicken, zunächst nur als ironischer Kontrapunkt zu den gerade gängigen Talentwettbewerben wie SDDS umhergeisterte, bevor sie dann umso erfolgreicher umgesetzt wurde, stellt nur einmal mehr die ungeheure Professionalität des PR-Mannes unter Beweis, der seine Karriere damit begann, Werbejingles für Blend-a-med und Karstadt zu komponieren. „Can't wait until tonight" ist typisch Raab. Und doch ein Einschnitt. Aber kein Risiko. Schlimmstenfalls ginge er eben als der Ralph Siegel des 21. Jahrhunderts in die Musikgeschichte ein."

Christoph Schröder, aus: Der Konventionalist. Stefan Raab hat uns nicht nur den deutschen Beitrag beschert, sondern den ganzen Grand Prix neu erfunden. In: Frankfurter Rundschau 13. Mai 2004

2004-05-17

Länder und ihre Kulturen fallen mir im Alltag immer dann positiv auf, wenn ich plötzlich Ungewohntem begegne und feststelle, da geht jemand, nein, nicht jemand, eine ganze Gesellschaft völlig normal mit etwas um, was ich so nicht in meiner Welt kannte, kenne.

In der Schweiz: Banknoten mit Kennzeichnung für Blinde. Ganz normal, auf jedem Geldschein aber für mich - als Deutschen - so fremd, als würde ich in Samoa landen und eine langhaarige, braungebrannte Schönheit sehen, die in mir nicht den Eroberer sieht.

Und heute: In Italien - Medikamentenschachteln, auf denen in Blindenschrift die Bezeichnung des Medikaments steht. So naheliegend, so normal - und doch so fern unserer normalen Wahrnehmung.

Wir haben seit zwei Jahren ein Türschild, lesbar auch für Blinde. Wissen wir, ob wir nicht eines Tages - so wie der große Jean Paul Sartre - selber blind werden?

2004-05-16

„Unter Bildung verstehe ich den notwendigen und wünschenswerten Vorgang, im Laufe wir dessen erstens unsere Anlagen, also unsere Person, entfalten, zweitens taugliche Bürger werden und drittens an unserer historischen Lebensform, also unserer Kultur, teilhaben als deren erfreute Nutzniesser und erfreuliche Fortzeuger und Kritiker.....

...Wir sind bei der pädagogischen Puppenküche geblieben. Und nun wird wieder wie in den frühen Siebzigern der Schule etwas zugemutet, was ihr nicht gelingen kann, nein, schlimmer: ihr zum Schein gelingen wird.

Hiergegen setze ich eine andere Lösung. Sie wird eine Utopie bleiben. Aber sie gedacht zu haben, könnte zugleich zu Entkrampfung und zu besseren und möglichen dritten, vierten oder fünften Lösungen führen. Ich schlage vor: Die Wirtschaft, das meint den gesamten lebenspraktischen Bereich der Gesellschaft, übernimmt langfristig auch den lebenspraktischen Teil der Schularbeit. Sie ist nicht nur für die benötigten und verkäuflichen Erzeugnisse und Dienstleistungen verantwortlich, sondern auch dafür, dass es stets den benötigten und bestmöglichen Nachwuchs gibt. (...) Gewiss darf man heute von den existierenden Schulen erwarten, dass sie ihre Schüler „ausbildungsfähig“ entlassen. Aber noch einmal: Können wir das? Worin besteht diese Eigenschaft? Wenn die Unternehmer, Handwerker, Arbeitgeber aller Art das doch bitte selber sorgfältiger prüfen (...). Was die so genannte Arbeitswelt wirklich „braucht“ und auch erwarten darf, wird man dort so lange nicht wissen, wie man nicht selber dafür sorgen muss; und die Schule weiss es schon gar nicht.

Wer meinem Vorschlag in Gedanken weiter folgen will, möge zwei Voraussetzungen mitdenken: Er impliziert ersten eine ungewohnte Haltung zur Erwerbstätigkeit und zweitens einen Umbau der Verhältnisse, eine Verlagerung der Verantwortung. Zu beiden ermutigt mich eine Idee, die ein britischer Nationalökonom vor über vierzig Jahren vorgetragen hat – Robert Theobald, in seinem Buch: The Guaranteed Income. Er selber greift auf die Theorien von John Maynard Keynes zurück, der sich durch die Great Depression von 1929 veranlasst sah, einige der bis dahin geltenden Grundannahmen der Volkswirtschaft radikal in Frage zu stellen.

Die war bis dahin davon ausgegangen, dass sich zwischen der jeweiligen Güterproduktion und dem Zugang zu den Produkten automatische ein Ausgleich herstellen würde über den Preis nach dem Gesetz von Angebot und Nachfrage. Das hatte jedoch nur bis zur Industrialisierung funktioniert. Dann begann die Produktion der Kaufkraft davon zu eilen –

so sehr, dass man mit Verbraucherkrediten, Werbung, Sozialversicherung und Arbeitslosenunterstützung der Nachfrage unter die Arme griff. Den „great slumpe“, den grossen Fall, konnte das nicht aufhalten. Keynes sah, dass der Bedarf sich nicht von allein und vor allem nicht schnell erholt. Er riet darum zu staatlicher Intervention, die Franklin D. Roosevelt erfolgreich einsetzte. (...)

Die Jahrzehnte nach dem Zweiten Weltkrieg brachten die Zweite industrielle Revolution – und wieder rannte die Produktivität dem Bedarf davon und legte Leuten wie Theobald andere Lösungen nahe: Vollbeschäftigung zu erstreben sei sinnlos; man müsse eine neue gesellschaftliche Ordnung erfinden, in der der Überfluss anders verteilt werde. Das habe mit einem Wandel des „Code of morals“, der moralischen Grundvorstellungen zu beginnen, die einige der abscheulichsten Eigenschaften des Menschen zu Tugenden erklärt haben. Die Mehrheit der Öffentlichkeit erträgt den Gedanken noch immer nicht, dass der Mensch etwas bekommt und verbraucht, wofür er nicht vorher gearbeitet hat.

Dabei hatte man das Prinzip für die ganz Alten und die Jungen, für die Versehrten und die Kranken und für die „schuldlos Arbeitslosen“ ja längst akzeptiert. Aber bis heute verschliessen Politiker und die meisten Wirtschaftler ihre Augen vor der Tatsache, und ihre Reden gegen das Eingeständnis, dass die Arbeit Tag um Tag geringer wird – der Rationalisierung und Automatisierung anheim fällt. Theobald dagegen: Die öffentliche geförderte Arbeit ersticke in der Arbeitsverwaltung (wir denken sofort an Nürnberg), mache keine Freude, reihe sich in das falsche System der Produktionssteigerung ein. Stattdessen: Genossenschaften, „consentives“, Hersteller- und Verbrauchergemeinschaften, eine Vermehrung der nicht (wie die Massenproduktion) an die Profitmaximierung geketteten Kleinunternehmen, grosse Vielfalt – ermöglicht eben durch das garantierte Grundeinkommen. Dieses steht jeden von seiner Geburt an zu. Wer nicht arbeiten will oder kann, muss es nicht. Wer sich an den Leistungen und Annehmlichkeiten seiner Gesellschaft beteiligen will, soll einerseits eine Leistung arbeiten – umgekehrt wirbt die Gesellschaft für Teilnahme an ihren Projekten...

Die staatliche Pflichtschule wiederum sollte abgeben, was sie nicht zu leisten vermag. In unserer Vorsorge-Pädagogik steckt nicht nur ein merkantilistischer und aussichtsloser Theorie bebauter Paternalismus: Ihre Anstrengungen, Murrat und Olga für den Arbeitsmarkt fit zu machen, täuschen. Keine Verbesserung der Schulleistungen der unteren Leistungsgruppe führt zu mehr Ausbildungsplätzen und auch diese nicht zu mehr

Arbeitsplätzen. Letztlich trägt die Schule, die diese Aufgabe schultert, dazu bei, dass wir Lösungen wie der von Theobald nicht näher kommen – einer Lösung, die erlaubte, auf Murat und Olga einzugehen, statt sie, mit Verlaub, zu PISAcken, die uns alle von der neurotisierenden Beschäftigungsfrage befreite und die obendrein der Berufsschule ihre zzt. webbröckelnde Funktion zurückgäbe...

Auch mit der persönlichen Bildung sind die herkömmlichen Schulen überfordert, weil überschätzt. Sie ist ja die Hohlform der Kultur und ihrer Möglichkeiten, und deshalb ist diese gehalten, dem einzelnen gleichsam gegen sie selbst zur Hilfe zu kommen. Dafür brauchen wir die Schule. Dies gilt ebenso für die politische Bildung, die in der Erfahrung bekömmlicher Ordnungen, wirksamer Verständigung, glaubwürdiger Bewertung besteht. „Gemeinsame Formen der Erkenntnis und gemeinsame Regeln des Handelns“ war meine Faustregel für eine solche Bildung. Diese Aufgabe kann ihrer Natur nach nicht jedem Einzelnen überlassen werden, weshalb man an der Pflichtschule festhalten muss. Wenn diese Kenntnisse und Übungen auch einen praktischen Nutzen abwerfen, tant mieux.

Schuldig bleibe ich an dieser Stelle den Teil meiner Überlegungen, der damit zu tun hat, was man in einer Schule macht, die dem wirtschaftlichen oder Arbeits-Leben die Ertüchtigung für diese überlässt: Welchen Zeitanteil an welchen Stellen im Lebenslauf sie dafür abgeben muss; wie der solchermassen entlastete Auftrag sie verändert; wie auch diese Schule den wirtschaftlichen Ernstfall im Auge behält. Habe ich es früher für die wichtigste Bemühung gehalten, die bestehende Schule „pädagogisch“ zu machen, sage ich heute gern: Man muss sie vor allem „stimmig“ machen. Das geschieht zunächst, indem man unerfüllbare Erwartungen zurücknimmt“

Hartmut von Hentig, aus: Die überschätzte Schule, in: Frankfurter Rundschau 11. Mai 2004

Der hier auszugsweise dokumentierte Text ist eine Fassung eines Vortrages aus Anlass der Verleihung der Ehrendoktorwürde der Universität Kassel am 5. Mai an Hartmut von Hentig.

2004-05-15

„... Die Wiederkehr der Islamisten.

Im Winter 1994/1995 unternahm ich eine lange Reise, um einer damals neuen islamistischen Bewegung auf den Grund zu gehen, die sich selbst TALIBAN oder BEWEGUNG ISLAMISCHER STUNDENTEN nannte und in Kandahar rasch an Einfluss gewann. Ich kannte fast alle Anführer der Kommunisten und der Mudschaheddin, aber keinen einzigen Anführer der Taliban. Ich wusste nicht, wer sie waren, woher sie kamen und woran sie glaubten. Zuerst fuhr ich nach Quetta, in die Hauptstadt der pakistanischen Provinz Belutschistan. Dort wurden gerade Tausende afghanische und pakistanische Studenten von ihren MADRASSAS (Koranschulen), die pakistanische Islamistenparteien gegründet hatten, mit dem Bus nach Kandahar gebracht, wo sie Seite an Seite mit den Taliban kämpfen sollten.

Ich erfuhr, dass der pakistanische Geheimdienst ISI (INTER SERVICES INTELIIGENCE AGENCY) und die damalige Regierung unter Premierministerin Benazir Bhutto den Taliban Unterstützung gewährten. Der ISI sollte sich später zu einem entscheidenden Förderer des Taliban-Regimes entwickeln. Dessen Anführer wiederum verbündeten sich nach der Rückkehr Osama Bin Ladens nach Afghanistan im Jahr 1996 mit al-Quaida. Nicht zuletzt waren die afghanischen Drogenmafia und die pakistanische Transportmafia an der Wiederbelebung des Schmuggels zwischen dem Iran, Pakistan und Zentralasien interessiert und finanzierten daher mit Begeisterung die Taliban, denen diese befreiten Afghanistans Strassen von den Strassensperren der Kriegsparteien.

Bein meiner Ankunft in Kandahar stellt ich fest, dass die Taliban unter ihrem einäugigen Anführer Mullah Mohammed Omar äussert bizarre, angeblich islamische Gesetze erliessen, die weder mit den Traditionen der Afghanen oder der Paschtunen noch mit dem Islam selbst das Geringste zu tun hatten. Diese Gesetze waren Ausdruck der Dschihad-Mentalität pakistanischer Extremisten, die zuvor den Taliban Unterschlupf gewährt hatten. Die Taliban verfochten eine zunächst aus Pakistan und dann von Al-Quaida übernommene Ideologie.

Fast ein Jahrzehnt später, im vergangen Herbst, machte ich dieselbe Reise noch einmal. Und ich musste feststellen, dass sich die Geschichte auf teilweise noch schlimmere Art wiederholte. „Die Taliban versammeln sich wieder an genau denselben Orten, an denen damals alles anfing. Es ist, also würde man einen alten Film noch einmal sehen“, sagte mir Ahmend Wali Karsai, der in Kandahar lebenden Bruder des Präsidenten. „Sie greifen Wiederaufbauprojekte und Bildungseinrichtungen an“, erzählte er. „Darauf haben sie es

am meisten abgesehen. Aber die Taliban haben in der Bevölkerung keinen Rückhalt mehr. Das grösste Problem der Menschen hier ist die Unsicherheit und das Fehlen einer handlungsfähigen Regierung."

...

Unter solchen Umständen sind die Berichte der New Yorker Menschenrechtsorganisation HUMAN RIGHT WATCH (HWR) zu einer unverzichtbaren Informationsquelle geworden. Mit äusserst knappen Mitteln, ohne dauerhaft in Kabul stationierte Experten in grosszügigen Büros und trotz regelmässigen Zurechtweisungen und Schikanen von seiten der USA, der Vereinten Nationen und der Kriegsherren hat HWR praktisch alle Aspekte der immer akuter werdenden Krise in mehreren Berichten analysiert. Diese Berichte enthalten vernünftige Lösungsvorschläge. Sie sind ebenso schlüssig wie praxisnah, und sie gehen weit über eine blosse Beschreibung der Menschrechtsverletzungen in Afghanistan hinaus.... Es ist im Gegenteil nötig, die Menschenrechtskultur als Teil des NATION-BUILDING zu verstehen, denn die Sicherheit der Zivilbevölkerung ist Teil jeder nationalen Konsolidierung. Solange Afghanistans Kriegsherren die Grundrechte mit Füssen treten, kann es keine Sicherheit geben...

...Ende 2002 beschrieb HRW die entsetzlichen Zustände im Westen Afghanistans: Hier hatte Ismael Khan seine diktatorische Herrschaft bereits auf drei Provinzen ausgedehnt und ignorierte mit stillschweigender Zustimmung der USA die Regierung in Kabul. Der Bericht von HRW trägt den Titel WE WANT TO LIVE AS HUMANS: REPRESSION OV WOMEN AND GIRLS IN WESTERN AFGHANISTAN („Wir wollen wie Menschen leben: Die Unterdrückung von Frauen und Mädchen im Westen Afghanistans") und belegt anhand der Aussagen mehrerer Frauen ausdrücklich, dass das Leben unter Ismael Khan dem Zuständen unter den Taliban in vieler Hinsicht ähnelt...

..."Afghanistan ist dabei, seine Chance zu verspielen", so das HRW-Dokument. „Die andauernde Unsicherheit ist im wesentlichen auf die Politik lokaler Akteure zurückzuführen" – also auf Soldaten, Polizei, Armee, Geheimdienstmitarbeiter und Minister der Regierung.

Deren Vergehen wären durchaus zu unterbinden, denn viele von ihnen kamen erst durch die Vereinigten Staaten und die internationale Gemeinschaft an die Macht oder sind inzwischen auf deren Unterstützung angewiesen. Doch inzwischen gibt es im Südosten

Afghanistans bereits eine neue Redewendung für diese Zustände. Die Verbrechen der Soldaten, sagt man dort, geschähen „direkt unter den Schnurbärten der Amerikaner“...

...Diese Stellungsnahme verlangt von den USA das zu tun, was HRW seit dem militärischen Sieg über die Taliban im wesentlichen erfolglos empfiehlt: die Ausbildung der afghanischen Streitkräfte und Polizeibehörden zu beschleunigen: fünf Jahre lang zumindest eine Milliarde Dollar – zusätzlich zur Hungerhilfe – für den Wiederaufbau zur Verfügung zu stellen, die Autorität der ISAF zu erweitern oder die amerikanischen Truppen mit der Friedenssicherung zu beauftragen; und eine diplomatische Initiative zu starten, um Karsai zu stärken und die Nachbarländer an der Einmischung in Afghanistans Angelegenheiten zu hindern.

Dass die Taliban nur zwei Jahre nach ihrer Niederlage wiederkehren, beweist mehr als ausreichend, wie sehr die westlichen Strategien zur Unterstützung und zum Wiederaufbau Afghanistans gescheitert sind. Der Kampf gegen den Terror in den Bergen und unter der Bevölkerung des Landes ist noch längst nicht gewonnen. Afghanistan ist das grösste und tragischste Opfer des Terrors. Es wartete immer noch auf seinen Wiederaufbau. Bis der kommt, haben al-Quaida und ähnliche Extremisten anderswo wenig zu befürchten.

Wie sehr das Problem Afghanistan drängt, hat auch Kofi Annan in einer Stellungnahme der Vereinten Nationen vom 3. Dezember hervorgehoben. „Haltlose Kriminalität, Ausbrüche von Fraktionskämpfen und die Aktivitäten rund um den illegalen Drogenhandel“, so Annan, „zeigen deutlich negative Auswirkungen“. Der Generalsekretär der Vereinten Nationen stellt die internationale Gemeinschaft vor die Alternative, „sich entweder in Afghanistan mehr zu engagieren oder ein Scheitern zu riskieren.“

Ahmed Rashid, aus: Afghanische Anarchie, in: Lettre, Europas Kulturzeitung Frühjahr 2004

Aus dem Englischen von Herwig Engelmann. Zuerst veröffentlicht in New York Review of Books

www.lettre.de

www.hrw.org

www.nybooks.com

2004-05-12

„...Dann wieder tritt der Antiterrorismus-Chef des Geheimdienstes CIA vor den Kongress und spricht von neuen Formen „operationeller Flexibilität“. Seit dem 11. September, orakelt er, gehe es „zur Sache“.

Was das bedeutet, hat die WASHINGTON POST in einer jahrelangen Recherche enthüllt. Danach werden Häftlinge in verbündete Länder exportiert, die für rabiate Methoden berüchtigt sind: Marokko, Jordanien und Ägypten. Amerikaner können schriftlich Fragen einreichen.

Und erhalten später Vernehmungsprotokolle. Manchmal dürfen sie hinter der Glasscheibe zuschauen. Folter gibt es, jedenfalls offiziell, nicht. Oft werden Häftlinge in eigene Verhörzentren ins Ausland geschafft. Berüchtigt ist neben Guantanamo die afghanische Luftwaffenbasis Bagram. Einer der zuständigen Beamten hat ein bemerkenswertes Berufsverständnis zu Protokoll gegeben: „Wenn du nicht manchmal die Menschenrechte von jemandem verletzt, machst du deine Job nicht ordentlich.“ In Bagram hat irgendwer einen Job so ordentlich gemacht, dass dort im vergangenen Jahr zwei Häftlinge starben, nach dem Ergebnis der Autopsie an „einem Tötungsdelikt“. Mehr ist nicht herauszubekommen aus der amerikanischen Lagerwelt.

Denn es handelt sich um ein Schattenreich, internationalen Regeln weitgehend entzogen. Die Genfer Konvention, reklamiert die US-Regierung, seien auf verdächtige Al-Qaida-Kämpfer in Guantanamo und Afghanistan nicht anwendbar. Viele Häftlinge, auch im Irak, werden an unbekannten Orten festgehalten, unter unbekannten Haftbedingungen. Ohne Kontakt zur Aussenwelt. Wo aber „Häftlinge im Geheimen festgehalten werden“, schreibt Michael Ignatieff, „blüht die Folter“. ....

Die Regierung Bush hat die schiefe Ebene schon wenige Tage nach dem 11. September 2001 betreten. Die Misshandlungen seine „Folge der Weigerung, sich Regeln und unabhängiger Beobachtung zu unterwerfen“, schreibt Leonard Rubenstein, Geschäftsführer der Gruppe Physicians for Human Rights. Die bittere Frage ist jetzt: Hat es angestrengtes Wegschauen gegeben? Oder sogar eine Politik des Wegschauens?

Ob die Antwort je gefunden wird, hängt vom Umfang der Ermittlungen ab. „Glaubt jemand wirklich, ein paar Jungs vom Land haben selbst entschieden, was sie tun?“, fragt Gary

Myers, der Anwalt eines Verdächtigen. „Jeder Verteidiger wird rausfinden wollen, wer da wirklich die Befehle gab. Aus der Sich des Heeres wäre es das Dümmste, die Reservisten anzuklagen.“ Myers weiss, wovon er spricht. Er war schon beim Kriegsgerichtsprozess von My Lai dabei.....“

Thomas Kleine-Brockhoff, aus: Ausser Kontrolle. In: Die Zeit Nr. 20, 6. Mai 2004

„In jedem anderen Land“, so der Kolumnist Richard Cohen nach den Anhörungen zu den Versäumnissen in der Terrorbekämpfung, „würden einige Regierungsmitglieder beschämt ihren Job aufgeben. In diesem Land geben sie noch nicht einmal ihre Selbstgefälligkeit auf.“

Rolf Paasch, aus: Kommentar. Systematik des Versagens. In: Frankfurter Rundschau 6. Mai 2004

„...Der hat eine eigene Website, und auf www.michaelmoore.com ist anderes zu erfahren. Disney hat Miramax am vergangenen Mittwoch den Vertrieb des Film in den USA untersagt, und die NEW YORK TIMES wusste auch gleich warum: In Florida, wo neben Disney World zahlreiche Produktionsstätten des Konzerns stehen, gewährt Gouverneur Jeb Bush, der Bruder des Präsidenten, beachtliche Steuerrabatte. Da will man es sich natürlich nicht verscherzen, zumal Moores Film vor allem eine Fussnote des Vorgängers BOWLIN FOR COLUMBINE auszuschmücken verspricht: Die mysteriösen Familienbande zwischen den Bushs und bin Ladens.

Aber könnte die Entscheidung der Disneys jemanden verwundern? Auch ohne einen US-Start kommt Disney-Miramax auf seine Kosten: Allein in Deutschland spielte BOWLIN FOR COLUMBINE 6,5 Millionen Euro ein – mehr als das Zweieinhalbfache seiner Produktionskosten. Da kann man sogar auf den amerikanischen Markt verzichten.

Michael Moore, der mit Film und zwei schnell hintereinander herausgebrachten Büchern zum Multimillionär geworden ist, hätte im Übrigen das Budget ohne jede Kraftanstrengung selbst stempeln können. Es gibt wohl kein Low-Budget-Projekt, das sich im US-Wahljahr grösserer Gewinnchancen ausrechnen könnte. Jedes Kind weiss, dass Miramax Disney gehört, doch Moore stellt sich naiv: „Liebe Freunde! Ich hatte gehofft, diesmal meine Arbeit an die Öffentlichkeit bringen zu können, ohne es dabei, wie so oft zuvor, mit der Zensur zu tun zu bekommen....Das letzte Jahr war eine Lehre, wie schwer es ist, ein Kunstwerk zu

erschaffen, das die Verantwortlichen verärgern könnte. Alles, was ich sagen kann: Gott sei Dank für Harvey Weinstein und Miramax, die während der gesamten Produktion zu mir gestanden haben.“

Man muss sich fragen, wie Moore, dessen Rhetorik so entwaffnend mit Assoziationsketten vermuteter Konspiration arbeiten kann, eine Überraschtheit über die Verbindung Disney-Bush auch nur vortäuschen kann. Und warum er überhaupt diese Geschäftsverbindung suchte. Immerhin war auch schon der letzte Produzent aus dem Projekt ausgestiegen, und – halten wir uns fest, bei wem es sich dabei handelte: Icon Productions, die Firma eines gewissen Mel Gibson. Wohlgemerkt: Es war nicht Moore, der sich aus politischen Gründen von Gibson distanziert hätte, es war Gibson, der die Zusammenarbeit beendete.

Eines jedenfalls hat der Regisseur der unseligen PASSION CHRISTI dem Oscar-gekrönten Dokumentaristen dann doch voraus: Das Wissen, dass man allein als sein eigener Finanzier wirkliche Unabhängigkeit geniesst. Und mit dem Teufel macht man schlechte Geschäfte. Aber sollte das nicht überhaupt das Thema des Bush-bin-Laden-Films sein? In einer Woche wissen wir hoffentlich mehr – dann beginnt das Filmfestival von Cannes.“

Daniel Kothenschulte, aus: Schach mit dem Teufel. Kann man bei Disney einen Anti-Bush-Film machen? Michael Moore wundert sich. In: Frankfurter Rundschau 7. Mai 2004-05-13

„Dass eine grosse Verhinderungskoalition das „Zuwanderungsgesetz“ kaputt verhandelt hat, ist nicht weiter bedeutsam. Denn die Neigung, nach Deutschland einzuwandern, hat abgenommen und geht mittelfristig gegen null. Die politischen Eliten, ganz auf „innere Sicherheit“ fixiert. Leiden unter Realitätsverlust: Den Zeitpunkt, Stagnation und Schrumpfung der Bevölkerung durch Immigration abzuschwächen, hat die Regierung Kohl verschlafen, und seit 1998 verschleppt die Union, von der Bevölkerungskatastrophe schwadronierend, erneut eine Lösung. Die rot-grüne Regierung hat mit der Änderung des Staatsangehörigkeitsrechts das überfällige Zeichen gesetzt, aber praktisch ist sie bei Immigration und Integration auch nicht vorangekommen.

Für die die Rückwandlung der Bundesrepublik in ein Auswanderungsland gibt die Statistik deutliche Hinweise. Hatte Deutschland Anfang der Neunziger mit einem spektakulären Zuwachs – vor allen an Asylbewerbern, Bürgerkriegsflüchtlingen und ethnischen Deutschen – das Einwanderungsland USA sogar in absoluten Zahlen erreicht, ist der

Saldo von Zu- und Abwanderung mittlerweile auf 133 000 Personen geschrumpft, nachdem es 1997 und 1998 schon keine Nettoeinwanderung mehr gab.

Dabei wäre reguläre Einwanderung gut für ein Land, das stärker als die meisten anderen westlichen Länder mit demographischen Problemen zu kämpfen hat. In allen OECD-Ländern war die Fertilität seit den 1970ern rapide gesunken, doch in Frankreich, Grossbritannien und den USA machte sich dies weniger bemerkbar, weil sie Einwanderungsländer geblieben sind und Immigranten ein bis zwei Generationen lang überdurchschnittlich viele Kinder bekommen. Die Abschreckungsdebatten und –massnahmen, die man hier zu Lande gegen vermeintliche Flutwellen von Einwanderern und „Multikulti“ inszenierte, wirken heute lächerlich und fallen auf ihre Initiatoren zurück.

Wenn Deutschland in Kürze nicht nur kein Einwanderungsland mehr sein wird, sondern eine zunehmende Nettoauswanderung eintreten könnte, kommen sechs soziale Gruppen in den Blick: enttäuschte Arbeitsemigranten, die in ihre Heimatländer zurück-/oder in andere Einwanderungsländer weiterwandern; Unternehmer, die Deutschland wegen der hohen Lohnnebenkosten und anderer vermeintlicher oder tatsächlicher Investitionshemmnisse den Rücken kehren; junge Akademiker, die anderswo günstigere Einstiegsbedingungen vorfinden; Pensionäre, die in sonnige und preisgünstigere Gefilde ausschweifen; Ostdeutsche, die über zehn Jahre nach der Einheit keine Chancen sehen; unternehmungslustige Deutsche, die sich an mentalen und institutionellen Barrieren stossen.

Es gibt genug Beispiele: der Brandenburger Arbeitslose, der nach vielen Fehlversuchen in Polen Arbeit gefunden hat, medizinischen Personal, das scharenweise in England oder den USA anheuert, Nachwuchswissenschaftler, die auf deutsche Elite-Unis nicht warten, weil ihnen Unis im Ausland längst einen Job angeboten haben. Historisch war Deutschland meist Auswanderungsland, doch die Gründe waren andere: Die einen flohen dieses Land, weil es ihnen religiöse und bürgerliche Freiheiten vorenthielt, die anderen, weil der Bevölkerungsüberschuss in Zeiten agraischer und industrieller Krisen ausschloss, im Lande zu bleiben und sich redlich zu nähren.

An Freiheiten mangelt es heute nicht – die noch beachtliche Zahl von Flüchtlingen belegt dies-, wohl aber an offenen Stellen und, vor allem, an Chancen und Perspektiven. Die Gründe für die Dauerkrise des Arbeitsmarktes liegen in politischen Rahmenbedingungen, aber mehr noch im Versagen von Unternehmern, gute Ideen zu vernünftigen Kosten in

Deutschland umzusetzen. Sie und die ihnen zugeneigte Presse reden dieses Land zusätzlich schlecht, so dass zu den Wirtschaftsproblemen noch Aufregungsschäden kommen, was Ideenreiche und im Gegenzug nur wenige (und nicht die besten) Einwanderer anzieht. Das der erste Green-Card-Bezieher dem Land den Rücken kehrte, ist nur ein Beispiel dieser Misere.

Die Folgen der Tendenzwende sind bereits sichtbar in Ostdeutschland, wo die Entvölkerung ganzer Landstriche bevorsteht und unser Mezzogiorno entsteht. Was als Binnenwanderung westwärts beginnt, wird einmal definitiv Auswanderung werden. Man muss von allen guten Geistern verlassen sein, wenn man diese Tendenz durch politisches Nichtstun noch unterstützt.“

Claus Leggewie, Professor für Politikwissenschaft in Giessen, Neigung gegen Null, in: Frankfurter Rundschau 7. Mai 2004

„...Eine weitere Abart der Redaktionskonferenz ist die Video-Schalte. Hierzu versammeln sich alle um einen Tisch, an dessen Kopf ein Fernseher steht, auf dem andere Mitarbeiter per Videoübertragung zugeschaltet werden. Die Technik-Barriere verführt zuweilen zu Unverfrorenheiten, die sich sonst niemand herausnehmen würde. Folgender Dialog aus der Konferenz einer grossen überregionalen Zeitung ist verbürgt. Chefredakteur an Büroleiter (zugeschaltet): „Schönes Stück. Das Wort „ficken“ hatten wir lange nicht mehr im Blatt.“

Büroleiter: „Danke. Wissen Sie denn noch, was das ist?“ Der Büroleiter wurde kurze Zeit später befördert.“

Oliver Gehrs, aus: Im Glashaus. Ficken. In: Frankfurter Rundschau 6. Mai 2004

2004-05-10

„Niemand – und schon gar nicht die Frankfurter Rundschau – gibt sich einer Illusion über die Politik Ariel Scharons hin. Aber dies sollte uns nicht dafür blind machen, dass die palästinensischen Führer seit Jahren ein gefährliches Spiel mit der Intifada spielen. Bis heute kann keiner von ihnen, Yassir Arafat inklusive, nachvollziehbar erläutern können, warum sie das vorteilhafte Abkommen, das sie unter der Vermittlung des US-Präsidenten Bill Clinton im Juli 2000 vom damaligen israelischen Ministerpräsidenten Barak hätten haben können, zurückgewiesen haben.

Viel Politisches ist seitdem nicht von palästinensischer Seite gekommen. Wie immer, wenn eine Spirale der Gewalt sich schon seit Jahren dreht, kann auch heute keiner mehr sagen, welche Schuld bei wem liegt. Darum ist es fruchtlos, die Tat der einen gegen das Leiden der anderen aufzurechnen. Was die Palästinenser brauchen, sind mutige Führer, die politisch denken und handeln. So lange sie aber glauben, durch Gewalt ein besseres Ergebnis erpressen zu können, müssen sie verlieren. Denn militärisch können sie Israel nicht bekommen.

Wenn Europa dem Nahen Osten beim Friedenmachen helfen will, dann muss es die Palästinenser drängen, sich von der Gewalt zu verabschieden und in die Politik zurückzukehren."

Martin Winter, FR-Korrespondent in Brüssel, aus: Dialog: Gewaltpolitik. In: Frankfurter Rundschau 27. April 2004-05-10

„...Die englischsprachige Website www.bitterlemons.org bringt authentische Einschätzungen nach einem simplen Prinzip unters Internet-Volk: Sie lässt direkt und unkommentiert israelische und palästinensische Autoren zu Wort kommen. Pro wöchentlicher Ausgabe widmen sich die Beiträge einem Thema und stellen die jeweilige Perspektive dar: Für die Gegenseite gibt es da immer bittere Pillen zu schlucken. Denn die Autoren gehen hart miteinander um..."

Oliver Bechmann, aus: Netzwert: Kreuzfeuer. In: Frankfurter Rundschau 5. Mai 2004-05-10

„...Durchschnittlich alle 13 Minuten verunglückt auf Deutschlands Strassen ein Kind. Verkehrsexperten kritisierten in Stuttgart, dass bei den im Strassenverkehr getöteten Kindern knapp die Hälfte Auto-Insassen seien. Im Jahr 2003 waren von den insgesamt 209 tödlich verunglückten Kindern 94 Mitfahrer in einem PKW...

Alfred Noell, Erfinder der ARD-Fernsehserie „Der 7. Sinn", berichtete von einem Projekt, bei dem mit einer versteckten Kamera das Fahrverhalten vor einer Schule in einer Tempo-30-Zone aufgezeichnet wurde. Mehr als 40 Prozent der Autofahrer fuhren zwischen 50

und 60 Stundenkilometern, zehn Prozent sogar mit Tempo 60 und 70. Noell sagte: „Das Erschreckende war, dass in den Autos, die zwischen 50 und 60 fuhren, eine grosse Anzahl der Mütter und Väter sassen, deren eigene Kinder dort zur Schule gingen“...“

dpa, nach: Verkehrssicherheit. In: Frankfurter Rundschau 5. Mai 2004-05-10

Über den Freiburger Stadtteil Vauban, in dem es keine Autos gibt, informiert www.forum-vauban.de

Hörtipp
www.jpc.de/...

2004-05-09

„...Aus dem Vietnam-Krieg kehrten 35 Prozent der Soldaten, die in Kämpfe verwickelt waren, psychisch traumatisiert zurück, nahezu 70 Prozent litten an seelischen Störungen. Nach dem Golfkrieg 1991 wurden über 50 000 US-Soldaten psychisch krank, Störungen wurden bei einem Drittel der über 5000 000 eingesetzten Soldaten festgestellt. Im jetzigen Krieg gegen den Irak deutet alles auf erheblich höhere Zahlen hin: untern den US-Truppen im Irak häufen sich die Selbstmorde. In der Statistik der aus medizinischen Gründen Evakuierten stehen jene mit psychischen Problemen an zweiter Stelle, gleich hinter den Verletzten durch Bomben und Granaten. Die US-Armee veranstaltet Selbstmord-Präventionsprogramme, schickt Psychologen und Kaplane ins Kampfgebiet. Jedem, der Probleme habe, werde geholfen, verspricht sie....“

Ingelis Gutzmann, aus: Ein Foto mit General Schwarzkopf, in: Ossietzky Nr. 9/2004 1. Mai 2004-05-09

Ingelis Gutzmann ist Fernsehjournalistin und arbeitet für den WDR und das ARD. Sie machte Filme wie „Besuch beim Feind - Eine Reise durch den Irak“, „Wer zum Schwert greift – Die Christen und der Krieg“ und aktuell „Gebrochene Helden – US-Soldaten nach dem Krieg im Irak“.

„...In Prizren, dem Zentrum der deutschen Besatzungszone, warf die dortige orthodoxe Diözese dem KFOR-Kommandierenden, dem deutschen General Holger Kammerhof, vor,

die Soldaten in dem Augenblick abgezogen zu haben, als der Pogrom begann. „Aufgrund seiner Haltung“, so klagten die Geistlichen in einer Erklärung, „zeigten die Angehörigen der deutschen KFOR ausserordentliche Unfähigkeit und Mangel an Professionalität bei der Erfüllung ihres Auftrages, indem sie die völlige Vernichtung von acht Kirchen in Prizren zuliessen. Trotz aller Warnungen, dass die Gewaltausbrüche vorbereitet werden. Bestand Kammerhof hartnäckig auf Verringerung der KFOR-Kräfte und Auflösung der Kontrollpunkte.“

Wenige Tage später stellt die Diözese fest: „Es ist noch nie geschehen, dass alle Kirchen in Prizren zerstört wurden, nicht einmal in den schlimmsten Zeiten der türkischen Herrschaft. Was die Albaner in der Zeit von Nazi-Deutschland nicht geschafft haben, das haben sie unter den deutschen Truppen der sogenannten Friedensmission getan. Deren Vertreter liessen es zu, dass das gesamte verbliebene christlich-orthodoxe Erbe in einer Nacht verschwand.“

Der Iguman (Abt) des Klosters Visoki Decani, Teodosije, schilderte das unterschiedliche Vorgehen der KFOR-Kommandanten: „In der italienischen Zone sind alle Klöster beschützt wie auch die Brüder und Schwestern, die darin leben. In der deutschen Zone sind dagegen alle Klöster verlassen, zerstört. So sieht die heutige Wirklichkeit in diesem Gebiet aus.“...

Ralph Hartmann, aus: Deutsche verstehen nur Albanisch, in: Ossietzky Nr. 9, 1. Mai 2004

„George Steiner:.... Die zwei Weltkriege waren europäische Bürgerkriege. Zwar haben sie die ganze Welt in ihren Strudel hineingerissen, doch vor allem waren sie kontinentale Kriege, die von einem unheilvollen Waffenstillstand unterbrochen wurden. Europa wollte sich selbst zerfleischen. Und der Holocaust, der Faschismus und sogar der Stalinismus sind in der europäischen Zivilisation seht tief verwurzelt. Man könnte sagen, nach den Massakern des Zweiten Weltkriegs (den Schätzungen der besten Historiker zufolge kostete er 70 Millionen Tote von Madrid bis Odessa, von Oslo bis Palermo) habe es Europa nicht verdient weiterzuleben: oder wie Paul Valéry, der den Tod der Zivilisation vorausgesehen hat, könnte man denken: „Lassen wir sie doch sterben!“. Das wäre gerechtfertigt und doch auch absurd. Aber dieses Urteil hat den Vorzug, unser Denken zu

bestimmen. Meiner Ansicht nach konnte nur Europa das tragische Absolute des Menschen durchleben.

Die Zukunft der Wissenschaften und des Denkens liegt heute in den Vereinigten Staaten. Das Jahresbudget einer einzigen amerikanischen Universität, der Harvard University, ist gegenwärtig höher als das Gesamtbudget aller europäischen Universitäten. Ich lehre in Cambridge, und dort verlieren wir jetzt sieben von zehn Doktoranten. Unsere Studenten gehen in die Vereinigten Staaten, um ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Auf der anderen Seite des Atlantiks herrscht eine hoffnungs- und kraftvolle Aufbruchsstimmung, wie man sie lediglich in zwei europäischen Ländern findet: Spanien und Irrland. In Dublin, wo 50 Prozent der Einwohner jünger als 25 sind, beobachtet man eine wahre Explosion des Schaffensdrangs in der Literatur und der Theaterkunst. Das zweite Land, Spanien, erlebt das Wunder der spanischen Sprache, die wie ein Bumerang aus Lateinamerika zu ihm zurückkehrt. Lateinamerika ist heute die Heimat grosser Schriftsteller, Lyriker und Romanautoren, die in einer Injektion von Energie und Freude die spanische Sensibilität stärken.

In Europa macht man sich nicht klar – oder will man sich nicht klarmachen -, welch ungeheure und weitreichende Auswirkungen der Krieg im Kosovo hatte. Amerika dachte seinerseits, dass Europa nicht über die Mittel verfüge, für Ordnung in seinem eigenen Haus zu sorgen, und dass es die Amerikaner um Hilfe rufe, um sich aus dem Abgrund zu retten. Seit den Ereignissen im Kosovo – und nicht seit denen im Nahen Osten – ist es zu einem Meinungsumschwung in der amerikanischen Öffentlichkeit gekommen, die nun diese hilfesuchende Europa mit Geringschätzung und Verärgerung betrachtet. Der absurde, kindische und lächerliche Streit zwischen Frankreich und Amerika über den Irak hat nichts mit dem eigentlichen Problem zu tun. Es handelt sich um den unabänderlichen Niedergang Europas, der von einer Ermüdung, einer masslosen Ermüdung herrührt. Ich komme gerade aus Deutschland zurück, wo man mir einen Preis verliehen hat. An jedem Haus hängt eine Erinnerungstafel: „1944 oder 1945 am Soundsovielten ist hier ... gestorben...“ Aus der Zeit Kafkas stammt das interessante und schwer zu übersetzende deutsche Wort „weltmüde“. Es ist eine Absurdität, die trotzdem eine sehr ernste psychologische Bedeutung erhalten kann, als hätte es zuviel Geschichte gegeben. Phantome sind eine schrecklich schwere Bürde. Während meiner Deutschlandreise haben mich Deutsche sehr höflich und ängstlich gefragt, warum ihre Universitäten und ihre grossen wissenschaftlichen Institutionen keinen neuen Aufschwung erlebten. Ich habe mir

erlaubt, ihnen zu antworten: „Ich möchte Sie nicht verstimmen, doch es ist vorstellbar, dass Zivilisationen, die all ihre Juden umgebracht haben, nicht zu neuem Leben erwachen können. Das war das Schicksal Spaniens, welches erst heut, nach 300 Jahren, wieder auflebt.“ Ich kann mich irren, denn all das ist ja so überaus kompliziert! Ich kann mir keine einzige Stunde meines Lebens ohne den Reichtum Europas vorstellen, zum Beispiel ohne seine Cafés. Im Café kann man lesen und den ganzen Tag sitzenbleiben oder Schach spielen. Freunde wie auch geistige Widersacher treffen. Man findet Cafés von der Atlantikküste – ich denke an das sehr schöne Café Pessoas in Lissabon – bis nach Sankt Petersburg, Odessa und Kiew. Moskau hingegen hatte nie ein Café, aber in Moskau beginnt ja schon Asien, das sehr grosse Asien. Solche Cafés gibt es auch nicht in den Vereinigten Staaten oder in England. Den Dialog über Glück und Angst, Ironie und Arbeit weiterzuführen, das ist für mich etwas Grundlegendes, was wie durch ein Wunder die beiden Weltkriege und den Holocaust überlebt hat. Gewiss müsste man eine Metaphysik des Cafés kreieren...

Um an die ursprünglich Frage anzuknüpfen, sie erinnert mich an den berühmten Ausspruch Saint-Justs: „Das Glück ist eine neue Idee in Europa“. Nach diesem Ausspruch kam sein Tod auf dem Schafott. Heute habe ich ein wenig den Eindruck, als erlebte ich eine Endzeit, die sich mit jener Athens und Jerusalems vergleichen lässt. Und wenn ich mich leidenschaftlich dafür entschieden habe, in Europa zu bleiben, so stellt sich die Frage, ob man fortgehen soll, für diejenigen, die die Wahl haben, sehr real. Welche Zukunft haben sie in Europa, wo die ideologischen Spaltungen in manchen Regionen immer rigoroser und unerbittlicher werden.

...

George Steiner:... Ich glaube ganz entschieden an diese Würde des Infragestellens, über die wir gesprochen haben, und ich denke auch, dass manche Sünden unverzeihlich sind. Das Christentum, das von den Sünden gegen den Heiligen Geist spricht, hat diesen beunruhigenden Begriff niemals sehr genau definiert. Péguy, der zu meinen Lehrern gehört, lässt seine Jeanne d’Arc am Anfang des ihre gewidmeten Mysteriums sagen: „Nein, ich kann keinen Gott anerkennen, der Judas nicht vergeben hat.“ Péguy selbst äussert sich durch den Mund der kleinen Jeanne. Jeder von uns – so könnte Kant sprechen, doch wir sind ja alle Zwerge im Schatten Kants – sollte ein ganz kleines

Notizbuch in der Seele haben, in dem sich die Absolutheiten abgebildet finden, gegen die man nicht verstossen darf.

Deshalb kann ich nicht Zionist sein, was mich von vielen meiner Schüler und engsten Freunde trennt, denn das Überleben eines Staates ist weniger wichtiger als die Folter. Zweieinhalbtausend Jahre lang hatten wir nicht die Macht zur foltern, was für mich das Kennzeichen der höchsten Aristokratie, des „Jockey Clubs“ des Unsterblichen ist. Und damit wir überleben können, sollten wir uns jetzt wie alle verhalten? Nach meiner Ansicht ist der Preis zu hoch. Man mag mir entgegenhalten, dass sich so etwas in meinem Zimmer in Cambridge leicht sagen lässt. Darauf kann ich nichts antworten, aber der Preis scheint mir zu hoch. Ich habe nicht das Exil kennengelernt, doch ich meine, dass man die Stadt, die sich schlecht beträgt, verlassen muss. Es gibt keine Stadt, bei der es sich nicht lohnte, sie zu verlassen. Und wie kann man im Exil sein, wenn es eine Sprache zu erlernen, eine Kultur zu entdecken gibt? Wenn ich morgen nach Ulan Bator gehen muss, so werde ich das mit Freude tun. Ein Jude – das habe ich meinen Kindern beigebracht – hat immer seinen Koffer gepackt. Zunächst einmal würde es mich ganz schön verrückt machen, Mongolisch zu lernen, denn ich bin etwas bequem geworden. Andererseits wäre es ein äusserst faszinierendes Abenteuer. Schliesslich würde meine erst Arbeit dort abstossend langweilig sein, doch ich habe die nötige Arroganz, um zu glauben, dass die zweite Arbeit schon besser sein würde. Ich verbiete mir einfach, laut zu klagen: „Warum hast Du mir das antun können.“

Ich gehöre zu einem kleinen Volk. Wir sehen uns als Gäste des Lebens an, wir sollen Gäste auf Erden sein; und Gäste versuchen immer, das Haus ein wenig sauberer, interessanter und reicher zurückzulassen, als sie es vorgefunden haben. Nach meinem Verständnis ist dies die Pflicht des Juden: die Männer und Frauen zu lehren, dass die einen Gäste der anderen sind. Wenn wir diese Lektion nicht lernen, ist es möglich, dass es zu einem Massaker kommt. Malraux hat gesagt, die Kriege des 21. Jahrhunderts würden gewaltige Religionskriege sein. Vielleicht hat er das richtig gesehen. Wahrscheinlich werden diese Konflikte mehr als zwei Wolkenkratzer treffen. Doch wenn man lernt, dass die einen Gäste der anderen sind, so bedeutet das auch, zu verstehen, dass die Wahrheit stets im Exil ist, dass sie stets vorübergehend, stets unterwegs ist. Es ist wunderbar Beine zu haben. Wurzeln sind gut für Bäume – und ich habe Bäume sehr gern -, aber Beine sind mir bei weitem lieber. Das ist ein grosser Fortschritt. Die Rückwendung zu einem

territorialen Chauvinismus erschreckt mich, ob da nun in Irland, im Baskenland oder auf der Balkanhalbinsel geschieht...“

George Steiner im Gespräch mit Oliver Mongin in Kooperation mit Isabelle Albaret, aus dem Französischen von Ulrich Kunzmann. Aus: Vom Schicksal Europas. In: Lettre Frühjahr 2004

Copyright: Revue Esprit, Paris

2004-05-08

„ ...Warum musste alles, was der Westen in Jahrzehnten entwickelt hatte, auf den Osten übertragen werden? Warum gab es bei dieser nationalen Gelegenheit zum Beispiel keine Überprüfung des deutschen Bildungswesens? Warum mussten alle Fehlentwicklungen, die schon den Kundigen Jahre vor PISA vertraut waren, nun auch auf den Osten ausgedehnt werden? Warum gab es ein kleines nationales PISA nicht unmittelbar nach der Vereinigung? Welche Vorzüge und Nachteile hat die in der DDR etablierte polytechnische Orientierung, welche Nachteil und welche Vorteile hat die frühe Selektion des dreigliedrigen Schulsystems im Westen?

Nein, das wusste eine Koalition aus Provinzialismus der Länder und Triumphalismus der Konservativen zu verhindern. Sieg ist Sieg, da gibt es keine Kompromisse. Tatsächlich war die Vereinigung nicht vom Westen, sondern von den kritischen Bürgern der DDR erkämpft worden, gegen die Erwartungen der gesamten politischen Klasse im Westen. Warum nutzte der Westen diese einmalige Chance nicht zur Revision von Fehlentwicklungen zu einer längst überfälligen Reform seiner Bildungseinrichtungen, wenn im Osten ohnehin alles auf den Prüfstand musste.

Es hätte der inneren Balance unserer dritten deutschen Republik gut getan, sie insgesamt, nicht nur in ihrem jungen östlichen Teil zu reformieren. Jetzt kommt das Lamento über fehlende Innovation von denen, die Innovation, als sie nötig und leicht zu realisieren gewesen wäre, fürchteten wie der Teufel das Weihwasser. Die Republik ist bewegungsunfähig geworden, weil sie sich der damaligen historischen Chance verweigert hat.

Im Osten gibt es zehn Mal so viele Krippenplätze wie im Westen. Jetzt will die Politik es jungen Frauen erleichtern, Beruf und Kinder zu vereinbaren. In konservativen Organen

heisst es dazu hartnäckig: nur wer das wirklich nötig hat, sollte zu diesem letzten Mittel greifen. Sonst sollten die materiellen Interessen zurückstehen. Später, ab drei Jahren, könne das Kind ja in einen der Halbtageskindergärten gehen und die Frau beginnen, wieder nebenbei berufstätig zu sein.

Da bilden wir eine Generation von jungen Frauen aus. Diese bringen im Schnitt bessere Leistungen in Bildung und Ausbildung als die jungen Männer, und dann leisten wir uns die gigantische Verschwendung geistiger Ressourcen, Millionen dieser jungen Frauen wieder aus dem Arbeitsmarkt hinauszudrängen oder auf schlecht bezahlte und unterqualifizierte Halbtagesstellen, wenn überhaupt, zu verschieben.

In der DDR war fast der gleiche Prozentsatz von Frauen berufstätig wie von Männern. Die Frauen im Osten machen auch heute noch einen selbständigeren und selbstbewussteren Eindruck als die im Westen, obwohl die Frauen im Osten in weit höherem Masse als die Männer aus dem Berufsleben herausgedrängt wurden. Der westliche Feminismus sieht angesichts dieser Bilanz ziemlich alt aus: Es ist ihm nicht gelungen, eine Gleichheit der Lebenschancen zu erkämpfen, und die vermeintlichen kulturellen Errungenschaften im Verhältnis der Geschlechter verblassen angesichts der selbstbewussten Frauen im Osten. Übrigens, nur am Rande: Gab es nicht in den 60er und 70ern eine grosse kulturelle Bewegung der „sexuellen Revolution“? Haben nicht erst die 68er den Muff in den Ehebetten gelüftet? Eine Bewegung, die es im Osten generell und in der DDR speziell nicht gab. Macht es da nicht nachdenklich, dass Studien unmittelbar nach der Wende, aber auch bis heute anhaltend, zeigen, dass die Freude an Erotik und Sex im Osten ausgeprägter ist als im Westen? ...

...Die deutsche Wiedervereinigung ist in aller erster Linie diesen Demokraten in der früheren DDR zu verdanken, nicht Reagan, der Nachrüstung, Helmut Kohl, ja nicht einmal Willy Brandt oder Gorbatschow. Die dritte deutsche Republik ist mit dieser ersten erfolgreichen demokratischen Revolte unwürdig umgegangen. Sie hat die Chancen nicht genutzt, ein neues normatives Fundament für eine dritte deutsche Republik zu zimmern...

Jetzt im Jahre 13 einer ohne ethische, politische und ökonomische Urteilskraft ins Werk gesetzten Vereinigung, bleibt nur zu retten, was zu retten ist: Wissenschaft und Forschung sind nicht ortsgebunden. Dies kann ein Schwerpunkt der Innovation in den neuen Ländern werden. Hightech-Zentren siedeln sich gern in der Nähe guter und grosser Forschungseinrichtungen an. Die Integration der mitteleuropäischen Staaten in die EU als

Chance, alte Handelswege aufzuwerten und gemeinsame, auch bittere Erfahrungen von Transformationsgesellschaften zu einem Kooperationsnetz auszubauen. Als trojanisches Pferd einer umfassend deregulierten Wirtschaft und Gesellschaft soll sich der deutsche Osten nicht missbrauchen lassen. Es wäre der dritte Fall politischen Missbrauchs in allzu kurzer Frist.“

Julian Nida-Rümelin, 2000-2002 Staatsminister für Kultur und heute Leiter des Geschwister Scholl Instituts an der Universität in München, aus: Mangel an Urteilskraft, Sonderwirtschaftszone ja, aber nicht als Vorhut der Deregulierung.“ In: Frankfurter Rundschau 27. April 2004-05-09

Eindrückliche Stunden letzte Woche: Im TV – hier BBC World – wird die Befragung von Verteidigungsminister Rumsfeld und seiner Generäle live und unzensiert gesendet. Wann haben wir in Deutschland ähnliches mal erlebt? Beim Flick-Skandal etwa? Ich kann mich nicht daran erinnern. Amerika – Du hast es besser. Wo bleibt bei uns der gläserne Abgeordnete? In den USA ist er seit Jahr und Tag normal. Soviel zum grassierenden Antiamerikanismus im Lande.

Michel Moores neuester Film wird nicht von Walt Disney verliehen – seine Runde um den Globus wird er trotzdem machen, angefangen nächste Woche auf den Filmfestspielen in Cannes.

2004-05-06

"Bei dem traurigen Anblick der Übel, welche sich die Menschen untereinander anthun, erheitert sich doch das Gemüth durch die Aussicht, es könnte künftig besser werden; und zwar mit uneigennützigem Wohlwollen, wenn wir längst im Grabe sein und die Früchte, die wir zum Teil gesät haben, nicht einernten werden."
Immanuel Kant

"Nie las ein Blick, von Thränen übermannt,
ein Wort, wie dieses von Immanuel Kant.

Bei Gott, kein Trost des Himmels übertrifft
die heilige Hoffnung dieser Grabesschrift...

Sein Wort gebietet über Schwert und Macht
und seine Bürgschaft löst aus Schuld und Nacht-
Und seines Herzens heiliger Morgenröte
Blutschande weicht: dass Mensch den Menschen töte.
Im Weltbrand bleibt das Wort ihr eingebrannt:
Zum ewigen Frieden von Immanuel Kant."

Karl Kraus, in DIE FACKEL
(zitiert nach Jürgen Roth, Kraus/Kant, in: FR 28. April 2004

Nachtrag zum Tagebuch vom 6. Mai

In Paris wollen sie ihn loswerden, weil die Nachgeborenen Jim Morrisons auf dem Friedhof mit Hasch und manchmal auch mittels der körperlichen Liebe ihrem Gott nachtrauern. Jeder trauert halt auf seine Art. Vielleicht weiss das die Stadtverwaltung vom einst korrupten Bürgermeister Cirac nicht.

Ihm zu Ehren:
www.thedoors.com/band/jim/grave/?fa=1

"Die Stimme der Vernunft ist leise, aber sie ruht nicht, ehe sie sich Gehör verschafft hat", erkannte Sigmund Freud, der heute vor 148 Jahren geboren wurde und am 23. September 1939 starb. Dank www.perlentaucher.de.

2004-05-05

"Einwanderung ermöglichen, Integration fördern und Flüchtlinge besser schützen - dies waren die Zielsetzungen des Zuwanderungsgesetzes. Die ursprünglichen Ziele werden nicht erreicht. Die in dem Gesetz ohnehin eingebauten Verschärfungen und Restriktionen werden von den Verhandlungspartnern der Parteien nicht mehr infrage gestellt.

Stattdessen werden die zukunftsweisenden Ansätze aus dem Gesetz gestrichen. Ein gesellschaftlich notwendiges Reformprojekt ist inhaltlich gescheitert.

- Statt Einwanderung zu gestalten, bleibt es bei der Abkapselung Deutschlands. Das Punktesystem als arbeitsmarktunabhängiges und zukunftsorientiertes Steuerungsinstrument der Zuwanderung wurde auf Druck der Union wieder gestrichen. Der generelle Anwerbestopp von 1973 soll bestehen bleiben.

- Die Integration bleibt ein weitgehende unbestelltes Feld! Integrationsmaßnahmen werden ausschließlich auf den Spracherwerb beschränkt. Eine Vielzahl von Flüchtlingen und Migranten bleibt ausgeschlossen. Der ursprünglich vorgesehene Rechtsanspruch wird umgewandelt in eine für die Betroffenen kostenpflichtige und mit ausländerrechtlichen sowie sozialen Sanktionsmechanismen gekoppelte Pflichtveranstaltung.

- Der desaströse Zustand der Kettenduldung wird nicht beendet. Eine Bleiberechtsregelung für langfristig in Deutschland Geduldete fehlt.

- Unter dem Deckmantel der Terrorismusbekämpfung werden zentrale rechtsstaatliche und menschenrechtliche Standards zur Disposition gestellt. Im Ausländerrecht wird der Gedanke der Gefahrenabwehr noch stärker ausgeweitet.

Im Bereich des Flüchtlingsschutzes ist positiv zu bewerten, dass es zur längst überfälligen Anerkennung von nicht staatlicher und geschlechtsspezifischer Verfolgung kommen soll.....

.....Statt ein mangelhaftes Zuwanderungsgesetz zu beschließen, sollte die Bundesregierung den Mut aufbringen, Reformen auf den Weg zu bringen, die für die Migrations- und Flüchtlingspolitik tatsächlich etwas Positives bewirken. Es gibt viele Bereiche, in denen die Bundesregierung auch ohne Konsens mit der Opposition handeln kann:

- Die Ausweitung der Möglichkeiten eine Arbeitserlaubnis zu erteilen bedarf nicht der Zustimmung des Bundesrates. Die rot-grüne Mehrheit kann zum Beispiel für eine Liberalisierung des Nachrangingkeitsprinzips sorgen.

- Ausländische Studierenden, die an deutschen Hochschulen studiert haben, kann nach dem Studium die Möglichkeit zur Arbeitsaufnahme erleichtert werden.

- Die Möglichkeit eines Wechsels von der Duldung in einen Aufenthaltsstatus aus humanitären Gründen kann erleichtert werden.

- Eine Härtefallregelung kann ebenfalls beschlossen werden.

- Die Bundesregierung kann die deutschen Vorbehalte zur UN-Kinderrechtskonvention zurückziehen und damit die Situation hier lebender minderjähriger Flüchtlinge verbessern.

- Ohne Zustimmung des Bundesrates kann die Bundesregierung ihre Anstrengungen im Integrationsbereich durch Erhöhung des entsprechenden Haushaltstitels verstärken.

- Durch die Erarbeitung eines Anti-Diskriminierungsgesetzes kann und muss die Bundesregierung ohne weiteren Verzug die beiden Gleichstellungsrichtlinien der Europäischen Union aus dem Jahr 2002 wirkungsvoll in die nationale Gesetzgebung transferieren."

www.proasyl.de

www.interkultureller-rat.de

Das Zuwanderungsgesetz ist gescheitert. Erklärung von Pro Asyl und dem Interkulturellen Rat, in: Frankfurter Rundschau 29. April 2004.

Noch mimt der Grüne Chef Bütikofer den Strengen, Uns Otto bäffts derzeit: noch macht Herr Bütikofer nicht die Politik der Bundesregierung: Die nächsten Wochen werden erneut zeigen, dass Grüne flexibel im Umgang mit Positionen sind. Ein wahrer Nachfolger der Politik einer Partei, die einst auch liberal war, mit drei Punkten auf dem Werbezettel. Kennt sie noch jemand? Nachfragen bitte bei: Gerhard Baum, Hildegard Hamm-Brücher oder ...

Hörtip:
Wilson, Cassandra

"...Doch nun kehrt "rote Lilli", wie die mit Abstand beliebteste Journalistin Italiens nicht nur wegen ihrer Haarfarbe genannte wird, dem italienischen Staatsfernsehen den Rücken - 21 Jahre nachdem sie in Bozen als Redakteurin zur RAI gestoßen und 17 Jahre nachdem sie im Römer Studio die Moderation der Hauptnachrichten übernommen hatte.

"La Gruber", die als Journalistin immer Wert darauf gelegt hatte, sich nicht parteipolitisch vereinnahmen zu lassen, steigt im Wahlkreis Mittelitalien als Spitzenkandidatin auf Romano Prodis Mitte-Links-Liste in die Europawahl ein.

...Lilli Gruber nutzte ihren Abschied, um noch einmal kräftig Dampf abzulassen: Sie habe unter unterschiedlichen Regierungen und RAI-Direktoren gearbeitet, schreibt sie in ihrer Kündigung an den Chefredakteur des TELEGIORNALE I, Clemente Mimun. "Aber noch nie hat der RAI die Versuchung, die Information mit der Einheitsmeinung ("penso unico") der Parlamentsmehrheit gleichzuschalten, derart überwogen..."

Dominik Streub, aus: Die rote Lilli will nach Europa. In: Frankfurter Rundschau 29. April 2004

2004-04-29

"..Ich klage oft Schul- und Jugendfreunde als verdammte Astianer, Cuneser oder Genueser an, weil sie nicht das Glück hatten, in Alessandria geboren zu sein. Aber wenn ich auf der Autobahn fahre, mit meinem in Mailand zugelassenen Wagen, und ein anderer Wagen mit Mailänder Nummer überholt mich rüpelhaft, dann sage ich nicht: "Ha, dieser Rüpel aus Mailand!" Hat der andere aber eine Nummer aus Alessandria, dann kann es mir schon mir passieren, dass ich "Ha, dieser Rüpel aus Alessandria!" sage. Ich fühle mich eben in solchen Fällen in meiner Eigenschaft als Autofahrer zur Gemeinschaft derjenigen mit Mailänder Nummer zugehörig, und alle anderen, einschliesslich der Bürger meiner Geburtsstadt, werden zu "anderen".

Wir alle fühlen uns je nach den Umständen zu einer Sphäre gehörig (zu den Büchernarren, zu den 1932 Geborenen, zu den Okarinaspielern, zu den Leuten mit Schuhgrösse 42), und aus dem je besonderen Blickwinkel empfinden wir die anderen als andersartig (die Bücherhasser, die Tattergreise oder die Grünschnäbel, die Gitaristen, die Grossfüssler). Toleranz entsteht, wenn wir uns zivilisierterweise bewusstmachen, dass Gitarristen auch Menschen sind und dass es auch Gitarristen gibt, die Schuhgrösse 42 haben und womöglich aus unserer Gegend stammen oder Django Reinhardt heissen.

Da schleichende Gift, das Bossis Predigt in unserem Lande verbreitet, besteht genau im Verwechseln des Zugehörigkeitsgefühls mit einer Aufforderung zur Intoleranz. Es besteht darin, dass man, um ihn zu widerlegen, gezwungen wird zu behaupten, es gebe keine

Unterschiede zwischen einem Palermitaner und einem Turiner, während es doch sehr viele gibt; es besteht darin, dass wir gezwungen werden, unserem natürlichen und gesunden Stolz auf die ethnische Zugehörigkeit zu misstrauen, um uns nicht als Rassisten zu fühlen; es besteht darin, dass wir rhetorisch dazu gedrängt werden, Italien als ein ethnisch homogenes Land zu definieren, was es nicht ist und niemals war seit der Zeit des Äneas; es besteht darin, dass wir genötigt werden jede Affirmation der Andersartigkeit zu misstrauen, wenn die Andersartigkeit (das Miteinander der Verschiedenheiten) schön ist und prächtige Früchte zeitigt.

So wirft uns Bossi in eine Zeit, in der das Multikulturelle gefeiert wird (manchmal auch zu sehr), weit hinter Rutilius Namatianus zurück (der wenigsten, lieber Bossi, ein hochzivilisierter Gallier wie ich war und nicht ein struppiger Langobarde wie du)."

Umberto Eco, 1996, aus: Bossier ist kein Gallier wie ich. In: Umberto Eco – Sämtliche Glossen und Parodien 1963-2000, Zweitausendeins Verlag.

Dies auch an die Hamburger Freundin Bettina, die mich erstaunt fragte, warum ich denn Eco lese. Meine Antwort – damit ich die Italiener besser verstehe – verstand sie natürlich wieder falsch, wie so meistens meine Antworten falsch verstanden werden. Jeder denkt halt aus sich heraus und erklärt die Welt mit seinem Handwerkzeug. Wie würde ich mich da freuen, wenn die Welt sich öffnen würde und den Geist hereinlassen.

Das erinnert mich an Frühstückssituationen mit Massimo, dem Sohn meiner Frau, in Lörrach. Er war bei uns zu Gast und die Frühstückssituationen bei ihm waren schon sehr eigentümlich. Bei ihm erlebe ich eine geistige Verengung, die mich plötzlich auch eng werden lässt. Ich bin jemand, der gerne alle Publikation anschaut, reinliest und mich mit der Welt in ihrer Vielgestaltigkeit auseinandersetzt. Der Kleine sitzt dann aber an seinem Tisch, neben sich den Laptop, die Tasse Kaffe und liest sein Leib-und-Magen-Blatt JUNGLE WORLD. Und weil er dasitzt, wie jemand, der die Bild-Zeitung vor sich hat – komm mir ja nicht mit anderem, ich will jetzt meine Zeitung lesen – lass ich ihn allein mit seinem Kommmirnichtnäher-Blatt. So eng können Familienverhältnisse sein und so absurd.

DIE ZEIT"„...Früher war die Kirche ein herausragender Ort zur Vermittlung von Werten. Wie bewerten Sie die Entchristlichung unserer Gesellschaft?

Helmut Schmidt: Dass die Kirchen gar keine Rolle mehr spielen und das konfessionelle Unterschiede völlig unwichtig sind, halte ich für eine falsche Beobachtung. Ich finde auch nicht, dass der Ausdruck Entchristlichung die Gegenwart im Vergleich zu der vorangegangenen Generation oder zu vorangegangenen Generationen wirklich charakterisiert.

DIE ZEIT: Entkirchlichung vielleicht?

Helmut Schmidt: Eher. Doch schon meine Eltern, geboren 1888 und 1890, gingen nur einmal im Jahr zur Kirche – zu Weihnachten oder wenn es eine grosse Kirchenmusik gab, ansonsten kaum. Sie haben sich sicherlich für Christen gehalten, haben uns Kinder konfirmieren und auf diese Weise in die kirchlichen Gewohntheiten des Protestantismus hineinwachsen lassen. Aber sehr tief ging das nicht.

DIE ZEIT: Die Emanzipation der Frau, der enorme Einfluss der Massenmedien – gibt es weitere wichtige Veränderungen für das Leben in Deutschland, etwa die Entstehung einer multikulturellen Gesellschaft?

Helmut Schmidt: Die multikulturelle Gesellschaft ist eine Illusion von Intellektuellen.

DIE ZEIT: Können Sie das erklären?

Helmut Schmidt: Nur so viel: Wenn ich mich an die Namen grosser Fussballer meiner Schulzeit erinnere, die hatten polnische Namen wie Szepan und Kuzorra und waren Söhne und Enkel von Polen, die sich im Laufe von zwei, drei Generationen eingedeutscht haben. Diese Anpassung ist gegenwärtig offensichtlich schwieriger, als sie damals war. Das hängt aber auch mit der Grössenordnung zusammen. Wir haben heute in Deutschland einen so hohen Prozentsatz an zugewanderten Ausländern wie nie zuvor, insgesamt acht Millionen. Wenn es 18 Millionen wären, würde die Anpassung nicht mehr stattfinden.

DIE ZEIT: Es gibt Theorien, wonach kein Volk mehr als zwölf Prozent Fremde integrieren kann. Meinen Sie das?

Helmut Schmidt: Einerseits hängt es von der Integrationsfähigkeit des Gastvolkes ab. Andrerseits ist der Wille der Zuwandernden entscheidend. Leute, die früher aus Polen, Irland oder Hessen nach Amerika emigriert sind, wollten Amerikaner werden. Manche der heute bei uns lebenden Ausländer wollen jedoch keine Deutschen werden. Ich habe zum Beispiel in Bezug auf manche islamische Gläubige, die nach Deutschland gekommen sind, um hier zu bleiben, meine Zweifel, ob ein Austausch mit der deutschen im Gange ist. Nein, der Ausdruck "Zweifel" ist eine Untertreibung. Der Austausch findet kaum statt.

DIE ZEIT: Kommt daher die verbreitete Furcht vor einer Überfremdung?

Helmut Schmidt: Die gibt es überall. Sie ist kein Spezifikum der deutschen Gesellschaft; nicht einmal eine europäische Eigenart. Schauen Sie auf den Balkan, nach Uganda, Burundi oder nach Nigeria. Wohin auf der Welt Sie gucken: Sie finden dieselbe Eigenart, das gewachsene Kulturen die Angst vor Überfremdung durch eine andere Kultur entwickeln. Ich wehre mich dagegen, die Deutschen als besonders fremdenfeindlich auf die Anklagebank zu setzen..."

Moritz Müller-Wirth, Theo Sommer und Martin Spiewak im Gespräch mit dem ZEIT-Herausgeber und ehemaligem Bundeskanzler Helmut Schmidt, aus: Leben in Deutschland. In: Die Zeit Nr. 18. 22. April 2004

"...Erol Yavuz schreibt Kurzgeschichten, veröffentlicht hat er noch keine. Sein Geld verdient er als Organisator von Kulturveranstaltungen und Partys: Ich bin ein stadtbekannter Typ. Überraschend bricht dünnes Sonnenlicht durch die Hoffenster, es vermischt sich mit dem der Fransenlampen zu einem unwirklichen Schein. Yavuz' Philosophenaugen bleiben von dem plötzlichen Helligkeitseinbruch unberührt, tief und schwarz blicken sie auf die Welt, mit dem Hochmut der schlechten Erfahrung und der Grosspurigkeit der Melancholie. Herr Yavuz war verheiratet: Meine Frau hat mich belogen und betroffen, eine türkische Frau, jawohl. Ich erwähne den Film GEGEN DIE WAND. Kommerzielles Kokettieren mit dem Türkisch-sein, meint Yavuz, falsches Spiel mit vermeintlichen Tabus: In dieser Stadt gibt es kaum noch eine Türkin, die Jungfrau ist, die mit den Kopftüchern vögeln am schönsten. Die muslimische Gesellschaft ist verlogen, fügt er hinzu, es gibt keinen reichen Muslim, der sich an die Religion hält, nur die Armen. ..."

Jutta Voigt trifft Menschen im Café, in: DIE ZEIT Nr. 18. 22. April 2004-04-29

"...Kürzlich veröffentlichte die NETZEITUNG ein Gespräch Bettina Röhls, der Tochter Ulrike Meinhofs, mit Marcel Reich-Ranicki.
www.literaturkritik.de/public/rezension.php?rez_id=7025

...Was da zu lesen ist und was da aus dem Jahr 1964 erinnert wird, bekommt durch das Gespräch mit der Tochter einen anderen, beklemmenden Sinn.

...Ulrike Meinhof habe sich, bevor sie in den terroristischen Untergrund abtauchte, seinem Gedächtnis tief eingeprägt. "Könnte dies damit zu tun haben, dass sie die erste Person in der Bundesrepublik war, die aufrichtig und ernsthaft wünschte, über meine Erlebnisse im Warschauer Getto informiert zu werden?" Zwischen ihrem späteren Weg in den Terrorismus und ihrem „brennenden Interesse für die deutsche Vergangenheit“, das sie in dem Gespräch gezeigt habe, bestehe vielleicht ein Zusammenhang.

Was Bettina Röhl, informiert durch den Vater Klaus Röhl, ihrem Gesprächspartner über die Hintergründe des damaligen Interview eröffnete, ist desillusionierend. Die illegale West-KPD mit Sitz in der DDR hatte es veranlasst, und zwar auf Ersuchen der kommunistischen Partei in Polen...

Schon kurz vor dem Interview war es zwischen der KPD und den beiden führenden Köpfen der von ihr finanzierten Zeitschrift KONKRET zum Bruch gekommen. Die Partei hatte die Zahlungen eingestellt, als ein Konkret-Artikel Sympathien mit den Regimekritikern in Prag bekundete. Dass Ulrike Meinhof, die Frau und Mitarbeiterin des Herausgebers Klaus Röhl, nach diesem Zerwürfnis mit der Partei noch einen Auftrag für sie ausführte, ist kaum zu glauben...

Da bleiben viele Fragen offen, politische und persönliche. War das Meinhof-Interview der Versuch, einem abtrünnigen und im Westen zum Starkritiker aufgestiegenen Exkommunisten irgendwie zu schaden? Einen Ansatzpunkt zu finden, um ihn erpressbar zu machen und seine vielfältigen Kontakte mit oppositionellen Schriftstellern für die Interessen der kommunistischen Partei einzusetzen? Als so "reaktionär" allerdings, wie Röhl es darstellt, galt Reich-Ranicki während der sechziger Jahre in linken Kreisen nicht. Immerhin war er es, der häufig über Schriftsteller aus der DDR schrieb. Das war damals in

der Bundesrepublik ganz ungewöhnlich und führte dazu, dass ihm die FAZ die weitere Mitarbeit für etliche Jahre aufkündigte. Hoffte man im Osten vielleicht, ihn zurückzugewinnen?

Reich-Ranicki will sich die guter Erinnerung an die erste Begegnung mit Ulrike Meinhof nicht nehmen lassen. Ob die neuen Informationen seine Einschätzung geändert hätten, fragte Röhl. „Nein, das hat gar nichts geändert, überhaupt gar nichts.“ Die Tochter wiederum will durch Reich-Ranickis Erinnerungen ihr schlechtes Bild von einer schon damals eiskalt operierenden Mutter nicht in Frage stellen. Dass den divergierenden Sichtweisen vielleicht konträre und wechselnde Seiten in der Person Ulrike Meinhofs entsprechen, mag keiner in Erwägung ziehen.

An der Episode bleibt vieles dunkel, doch liefert sie eine erhellende Momentaufnahme von der bizarren Szenerie intellektueller Kommunikation inmitten des kalten Krieges. In dem völlig zersplitterten Kräftefeld der Kultur redete oder feierte man miteinander und kämpfte gegeneinander. Keiner konnte sicher sein, nicht getäuscht und denunziert zu werden. Lebensgeschichten misstrauisch zu durchforschen oder zu verfälschen war an der Tagesordnung. Noch die heutigen Erinnerungen an diese Welt von gestern bleiben davon belastet."

Thomas Anz, aus: Warum weinte Ulrike Meinhof? In:

Frankfurter Rundschau 24. April 2004-04-29

Thomas Anz lehrt Neuere Deutsche Literatur an der Universität Marburg. Er ist Autor der ersten Biographie über Marcel Reich-Ranicki, die in diesen Tagen bei DTV erscheint.

"Verkehrsvermeidung als Programm – Reiselust als Handlungsalltag, das ist die Lebenslüge, das Auseinanderfallen von Anspruch (Verkehrsvermeidung) und Wirklichkeit (Verkehrserzeugung) welches das schlechte Gewissen wegen der ausbleibenden Verkehrswende ausmacht."

DIE GRUENEN, aus der Positionschrift "Von der Verkehrswende zur Nachhaltigen Mobilität", 2004, zitiert nach: Thomas Maron, Grüne geben die Verkehrswende auf. Statt

Erziehung Vorrang für Vernetzung und Technologie. In: Frankfurter Rundschau 24. April 2004

"...Marokko hat uns fasziniert, aber auch Respekt eingeflösst. Wir hatten zu viele Geschichten gehört, was dort im Urlaub alles schief gehen kann. Die Sorgen waren und sind ja teilweise noch heute nicht unbegründet. Wenn du heute von Tanger ins Rif-Gebirge fährst, musst du wissen, dass die Polizei oft mit den Kiff-Bauern zusammen arbeitet. Erst verkaufen dir ein paar Händler Hasch oder kleben es unter dein Auto, kurz darauf kontrollieren dich Polizisten an einer Strassensperre, die seltsamerweise sehr genau wissen, wo sie suchen müssen...

Erst viel später, 1987, habe ich mich zum ersten Mal nach Marokko getraut. Ich bin in die Küstenstadt Agadir geflogen und dann im Taxi die Küstenstrasse hoch nach Norden gefahren. Bis nach Essaouira mit seinen riesigen Sandstränden und dem malerischen Hafen. Eine wunderschöne, von französischen Architekten entworfene Stadt am Atlantik. Für mich war es der richtige Ort, um in Marokko einzutauchen Das war der Beginn einer wunderbaren Freundschaft – seit dem bin ich 15 Mal dort gewesen...

Am liebsten sitze ich in einem der Cafés am Platz der Gehenkten in Marrakesch: Oben von einer Dachterrasse hat man einen fantastischen Blick auf das Gewimmel. Wenn dann abends die Garküchen anfangen zu dampfen, der Rauch aufsteigt, ist das eine Atomsphäre wie in einem Märchen...

Warum Marokko? Immer wieder Marokko? Dieses Land zwischen Moderne und islamischer Tradition ist mir vertraut und fremd zugleich. Immer wenn ich merke, ich muss den Kopf freikriegen, fahre ich nach Marokko –ich fliege hin, fahren im Auto durchs Land, komme zurück, bin geheilt..."

Wolfgang Niedecken, BAP-Sänger über sein Traumland Marokko.
Aus: Tee in der Sahara. In: Frankfurter Rundschau 24.April 2004-04-29

2004-04-27

Der Artiel aus www.perlentaucher.de erscheint mir so wichtig, dass ich ihn raubkopiere. Sorry, es ist halt eine immerwährende Schaukel zwischen Wahrung des Persönlichkeits- und Urheberrechts und dem Begehr nach Freiheit.

Virtualienmarkt

A9: Zuspitzung des Google-Syndroms 26.04.2004

"Search in many ways is about reading people's minds", sagt Udi Manber, ein ehemaliger "Chief Technology Architect von Yahoo, der nun für den Internet-Buchhändler Amazon tätig ist.

Um unsere Gedanken zu lesen, lässt sich Manber erstaunlich simple Dinge einfallen: Zuerst entwickelte er für Amazon ein Suchprogramm, das es ermöglicht, nicht nur das Internet, sondern eine rasch wachsende Zahl von Büchern auch zwischen den Buchdeckeln zu durchsuchen. Rund 120.000 überwiegend englischsprachige Titel aus dem Amazon-Katalog liegen bereits aufgeblättert vor uns. (Am Virtualienmarkt wurde darüber bereits im November 2003 unter der Überschrift "Amazon küsst Bücher wach" ausführlich berichtet)

Nun folgte Mitte April, und ohne großen Werberummel, der nächste Streich: A9, die Verknüpfung der Büchermaschine mit der Suchmaschine von Google, ergänzt durch einen kleinen Werkzeugkasten, der die Suche "persönlicher" machen soll.

Das funktioniert so:

Wenn ich über A9 eine Internet Suche starte, etwa zum Stichwort "Virtualienmarkt", bekomme ich nicht nur alle Internet-Fundstellen aus dem Perlentaucher und aus einem bayrischen Blog gleichen Titels. Ich finde auch alle Bücher (soweit sie von Amazon schon aufgeschlossen wurden), in denen mein Stichwort vorkommt. Hier etwa den Hinweis auf eine "vegetarian snack bar" in München am (falsch geschriebenen) "Virtualienmarkt". Die Fundstelle ist auf Seite 89 des Buchs "Insight Compact Guide Munich" von Dr. Hans Latja.

Überdies merkt sich A9 meine Suche. Ich kann später direkt auf vorausgegangene Suchen zurückgreifen. Neue, aktuellere Funde werden entsprechend gekennzeichnet. Ein weiteres Werkzeug erlaubt mir, Notizen zu einzelnen von mir besuchten Web Seiten zu machen, und auch diese virtuellen Zettel bleiben mir erhalten.

Ein gutes Stück tiefer reicht die nächste Schicht von Informationen, die ein weiteres, zur Zeit noch wenig bekanntes Tochterunternehmen von Amazon namens Alexa in unscheinbaren Buttons ins Suchergebnis einfügt: Unter dem Hinweis auf "Site Infos" werde ich aufgeklärt über den Internetverkehr auf der gefundenen Website, über die Anzahl anderer Sites, die auf die Fund-Website verlinken (931 sind es angeblich im Fall des Perlentauchers, die Spanne reicht von den persönlichen Seiten einer Yahoo Userin bis zur New York Times on the Web - aber Vorsicht, diese Zahlen sind noch anfällig und ungenau, denn die ganze Einrichtung wird vorerst noch als Testbetrieb geführt).

Des weiteren kommt die von Amazon vertraute Liste weiterführender Empfehlungen, die hier nicht auf Bücher, sondern auf andere Internetseiten unter der Rubrik "People who visit this page also visit..." führen. Beim Perlentaucher sind dies etwa "Philosophy and Art" oder Literaturkritik.de. Ich kann die Perlentaucher-Seite auch online rezensieren, und ich bekomme eine "contact info" mit der korrekten Angabe über den Sitz der Perlentaucher Medien GmbH.

So wird das Web mit einem Click ziemlich transparent. Allerdings, A9 kann sich meine Angaben nur merken, weil ich mich über mein Amazon-Kundenkonto erst einmal anmelden und ausweisen muss. Die Informationen über die besuchten Websites analysiert seine Suchmaschine, und die hat A9 von Google lizenziert.

Der große Hunger nach Kundeninformationen, für den Amazon ohnedies bekannt und gefürchtet ist, hat erwartungsgemäß auf Anhieb scharfe Reaktionen auf zahlreichen Internet Foren provoziert. "Schnüffelsoftware als Verbesserung" ätzte der Kolumnist auf CommsWorl, und auf Slashdot meinte jemand augenzwinkernd, dass es stets Suchläufe gebe, an die man lieber nicht erinnert werden möchte (Links hier). Sie bleiben jedoch irgendwo gespeichert. Man kann sie im Nachhinein nur unsichtbar machen. Was die Spuren meiner Wege durch das Internet angeht, bleibt letztlich wenig mehr als die lapidare Erklärung des gutwilligen Rezensenten von Searchenginewatch, der schreibt: "In short, I trust Amazon".

Die wunde Flanke der Stück um Stück verlorenen Privatheit und Anonymität am Internet ist aber nur die eine Seite - wenn auch eine Seite, über die aus guten Gründen viel und besorgt geschrieben wird.

Die andere - inhaltliche - Dimension ist die zunehmende Zuspitzung des Google-Syndroms.

Google, die längst unverzichtbare Suchmaschine, war der Schlüssel zum Breitenerfolg des Internets, denn Google erschloss die konfusen Gipfel und Täler rund um die Daten am Netz. Freilich hieß dies auch, dass damit eine scharfe Linie gezogen wurde gegenüber allen anderen Informationen, die - aus welchen Gründen immer, absichtlich, aus kommerziellen Erwägungen oder aus Geheimhaltung - draußen bleiben.

Mehr noch, gerade weil die Zahl der Funde oft nahezu unermesslich ist, muss Google eine Hierarchie erstellen. Die gefragteren Internet Seiten - jene, auf die mehr Links verweisen - werden zuerst angezeigt. Weniger Geläufiges rutscht nach hinten.

Damit wird eine Dynamik verstärkt, die unser traditionelles, verschachteltes Wissenssystem radikal nach einem einzigen Faktor ausrichtet und ordnet - nach dem aktuellem Erfolg eines Angebots. Die Erweiterung dieses Prinzips von Webseiten auf Bücher, also die Integration der virtuellen Weltbibliothek in einem System, ist der nächste, ebenso logische wie wirkungsmächtige Schritt.

Ich hänge hier keinen Verschwörungstheorien nach. Aber Amazon ist kein abstrakter Wissensspeicher, sondern eine Buch- und Handelsfirma mit klarer Ausrichtung auf Gewinn (den Amazon neuerdings auch tatsächlich einfährt). Und A9 wurde aus genau diesem Grund gegründet, so sein Chef Udi Manber: ""Our job is to concentrate on ecommerce". (so gegenüber dem Branchendienst Searchenginewatch)

Mit den verschiedenen Werkzeugen zur Personalisierung, also zum Maßschneidern nach persönlichen Präferenzen wird an einem großen, das eigene Drehmoment ständig verstärkenden Rad gedreht: Will man den ganzen Nutzen aus der Integration von Information und Wissen erschließen, muss man all jene Dinge anschalten, die die persönlichen Vorlieben und Gewohnheiten auf den Servern von Amazon speichern. (Oder wie ein aufmerksamer Beiträger auf Slashdot notierte: "If you disable the Amazon and A9 cookies then you loose the search inside and history "features", which is most of what A9 offers over Google."

Für die eigenen Informationsgewohnheiten gilt wohl das Entsprechende: Ich werde mich zunehmend an den von Suchmaschinen und User-Empfehlungen angelegten und

kontinuierlich verstärkten Empfehlungen und Hierarchien orientieren und zumindest nebenher wahrnehmen, wie es um das Rating und die Prominenz meiner Informationsquellen bestellt ist. Ich werde über den Zugriff zu meiner eigenen Informationsgeschichte vermehrt auf von mir bereits ausgetretenen Pfaden wandeln, und nur in Ausnahmefällen die Anstrengung auf mich nehmen unbekanntes Terrain zu erkunden. Ich werde meine Informationskreisläufe integrieren, weil es praktisch ist. Aber ich nehme damit auch einen großen Verlust in Kauf:

Es ist ein Paradox. Jeder Zugewinn an Personalisierung, also an Komfort, an Reichweite und vor allem an Möglichkeiten, meine Werkzeuge nach meinem individuellen Bedarf zu formen, bringt zwangsläufig eine zunehmende Einschränkung meines Blickes mit sich.

Sich die Gedanken lesen zu lassen, erweist sich als praktisch und bequem. Man muss es allerdings mögen.

Rüdiger Wischenbart

2004-04-26

"Tanger, die Stadt der rastlosen Dichter und vom Hasch benebelten Banditen, die Stadt von Paul Bowles und Jean Genet, das Tor nach Afrika, die Schwelle zu Europa, Tanger mit seinen alten, auf den Bergen thronenden Häusern, in denen Dandys, Maler und eine Hand voll Aristokraten wohnen, Tanger mit seinen umherirrenden Touristen und seinen verborgenen Reizen – sollte diese Stadt etwa in eine kleine Depression verfallen sein, ihre innere Ruhe verloren haben? Tanger ist am 11. März 2004 mit grossem Unbehagen erwacht: Die Bombenleger von Madrid-Atocha, die Terroristen, die ein schlimmes Massaker an unschuldigen Menschen verübt haben, sind fast alle Marokkaner, genau genommen aus Tanger. Sollte diese mediterrane Stadt etwa Hort des absolut Bösen sein?...

Wer sind diese Leute, die man festgenommen und befragt hat? Jedenfalls waren es keine kurzentschlossenen Abenteurer. Alle waren in Spanien etabliert, einige mit doppelter Staatsbürgerschaft, alle in Arbeit, wenn auch eine geringfügige Beschäftigung, ihre Familien leben in Marokko. Wie jeder Immigrant reisen sie oft dorthin, sie schicken ihren Familien Geld, brachten die einen oder anderen Geschenke mit. Die meisten sind um die dreissig, nicht alle tragen Vollbart. Vor allem haben sie französische Gymnasien besucht...

Jamal Zougam und sein Halbbruder Mohamed Chaoui waren in ihrer Erscheinung und ihrem Verhalten alles andere als religiös. Sie frönten in Spanien dem süssen Leben, wie Zeugen berichteten. Auch in den Lebensläufen der übrigen Täter deutete nichts darauf hin, dass sie einmal Terroristen werden sollten. Vielleicht erleben wir gerade die Entstehung einer neuen Klasse von Terroristen, Leute, die beinahe zufällig ausgewählt werden, ohne Indoktrination oder religiöse Unterweisung. Jemand sagt ihnen einfach, welche Gegenleistung sie erbringen müssen, um in einer Stunde 10 000 Dollar zu verdienen. Ich habe einmal einen hochrangigen Beamten vom marokkanischen Geheimdienst getroffen, der mich in die Ergebnisse seiner Recherche einweihte. Unter der Bedingung, anonym zu bleiben, verriet er mir: „Es ist heute sehr beunruhigend, dass wir es nicht mehr mit Vollbärtigen zu tun haben, die wirres Zeug reden und hochmütig fanatisiert sind. Nein, inzwischen treffen wir auf junge Menschen, die nicht einmal mehr in die Moschee gehen. Leute, die Arbeit und Familie haben und sich für 10 000 Dollar kaufen lassen. Sie werden einige Tage vor den Attentaten rekrutiert. Man bittet sie, einen Koffer oder eine Tüte an einem bestimmten Ort zu deponieren, die Hälfte der Summe wird ihnen vorgestreckt, die andere Hälfe bekommen sie hinterher. Sie deponieren das Ding nicht am Anschlagsort, sondern in irgendeinem Laden, dort tauchen andere Typen auf, die mehr wissen und die "Ware" dorthin befördern, wo sie explodieren soll. Sehen Sie, es sind kleine Gauner, die ihr Monatsgehalt mit Drogenhandel oder derartigen Diensten aufbessern. Auf diese Weise verwischen die Spuren, und die Sache wird kompliziert."

IST TANGER EINE TERROIRSTENFABRIK?, titulierte LE MONDE. Tanger ist nicht nur ein Ort von Mythen und Legenden, sondern auch eine Durchgangsstation, ein Hafen, eine Grenze. All das begünstigt Geschäfte jedweder Art, vor allem den Handel mit dem im Rif-Gebirge angebauten Haschisch, und gebiert Mafiabanden, die in Menschenhandel und Korruption verstrickt sind. Noch in den neunziger Jahren prangerte Mohamed Fizazi, der nach den Anschlägen von Casablanca inhaftiert und zu dreissig Jahren Gefängnis verurteilt wurde, die "Ausschweifungen und diese Unmoral" lauthals an. Tanger hatte immer einen Sonderstatus. Aber aus der Stadt eine "Terroristenfabrik" zu machen, das geht zu weit. Vielmehr leidet Tanger unter den grössten Übeln des Königreiches: Armut, soziale Ungerechtigkeit, Arbeitslosigkeit, Landflucht, menschenunwürdige Behausungen und hohe Kriminalität, bedingt durch das Geschäft mit den illegalen Flüchtlingen und so weiter.

Wir wissen, dass sich die Netzwerke der "Schläfer" – eines davon wurde am 5. April von der französischen Polizei in einem Vorort von Paris zerschlagen – aus Menschen mit doppelter Staatsbürgerschaft rekrutieren. Es sind Franko-Maghrebiner. Das beweist, dass die Drahtzieher eine mobile und vor allem indirekte Strategie verfolgen. Sie brauchen Leute, die das Terrain und die Gesellschaft gut kennen. Für die Anschläge von Madrid wandten sie sich natürlich an Marokkaner, die in Spanien leben und arbeiten. Wir haben es hier mit komplexen Vorgängen zu tun, bei denen kein Land verschont wird. Die sich zusehends verschlechternde Lage in Palästina und im Irak dient als Alibi für den Terrorismus. Doch wer Bomben in Zügen deponiert, wird uns niemals überzeugen können, dass es ihm bei der Ermordung Unschuldiger um den Frieden für die arabische und muslimische Welt geht."

Tahar Ben Jelloun, geboren 1994, der berühmteste marokkanische Schriftsteller, aus:

Die Heimat der Mörder. In: DIE ZEIT Nr. 18. 22. April 2004. Aus dem Französischen von Sigrid Weise.

Wie denke ich gerne an Marokko zurück, an die Souks von Marrakech, an die Gassen von El Saouria, an den Duft des Haschisch auf der Taxi-Fahrt dorthin, er lag in der Luft wie eine grosse Haschischzigarette und wir waren glücklich. Die Fahrt im Marrakech-Express von Crosby, Stills, Nash and Young – jahrelang im Kopf entlang der Töne dieses amerikanischen Peace-Trains, dann, in den neunziger Jahren des letzten Jahrhunderts live zusammen mit meiner Geliebten.

„ZEIT: Sie sagen also, dass Amerika nur der zweitwichtigste Grund für die Anschläge war. Primär ging es den Islamisten um die arabischen Regime?

Sadik al-Azm: Ja, das hat bin Laden auch so erklärt: Die Amerikaner sollen das Heilige Land verlassen. Er glaubt, wie viele andere fundamentalistische Kritiker des saudischen Regimes auch, dass dies kein richtiges islamisches Regime, sondern ein heuchlerisches ist. Sein Hauptaugenmerk liegt auf Saudi-Arabien selbst. Aber er kann sein Programm nicht durchsetzen, ohne die Amerikaner anzugreifen. Er hat sich wahrscheinlich als

Vorbild Somalia genommen und dachte, wenn er die Amerikaner moralisch trifft, dann werden sie sich sofort zurückziehen. Ich glaube, da hat er falsch gedacht.

ZEIT: Wenn also die Amerikaner Saudi-Arabien verlassen würden, dann wäre die saudische Regierung sehr geschwächt und eine Person wie bin Laden könnte an die Macht kommen?

Sadik al-Azm: Ja, die Fundamentalisten, die noch extremistischer sind als die regierende Familie, würden an die Macht kommen und die saudische Gesellschaft nach ihren Vorstellungen islamisieren.

ZEIT: Und nicht nur die saudische Gesellschaft, sondern alle arabischen Gesellschaften?

Sadik alAzm: Ja, das ist wahrscheinlich. Die Illusion ist schon viel früher entstanden. Als die Fundamentalisten 1981 den ägyptischen Präsidenten Anwar al-Sadat umbrachten, hofften sie, dieser Mord würde einen Flächenbrand entzünden, die sich auf die gesamte Region erstrecken würde. Aber sie haben das nicht geschafft.

ZEIT: Sie haben einmal gesagt, dass der Islam grundsätzlich zu schwach für eine ernsthafte Konfrontation mit dem Westen ist.

Sadik al-Azm: Das ist meine Auffassung, ja. Langfristig gesehen, auf jeden Fall.

ZEIT: Aber ist der Westen nicht dadurch bedroht, dass islamistische Extremisten stetig an Zulauf gewinnen?

Sadik al-Azm: Nein, der Islam ist auf dem Rückzug. Der Islamismus hat kein positives Modell, dem er nacheifern könnte. Schauen Sie in den Sudan oder nach Iran. Das Modell, dass die Islamisten uns geben, sind die Taliban aus Afghanistan. Und als die Taliban gestürzt wurden, gab es nicht die kleinste Gegenstimme aus der islamischen Welt. Kein einziger Sprecher des Islams hat sich öffentlich dagegen ausgesprochen und für die Erhaltung des Taliban-Regimes. Alle waren sich darüber einig, dass die Taliban verschwinden mussten. Die Islamisten produzieren nur negative Modelle. Und wenn sie versuchen, Regierungen mit Gewalt zu stürzen, gelingt ihnen das nie, wie Algerien zeigt. Die Amerikaner sind jetzt ausserdem unterwegs, um überall auf der Welt terroristische Gruppen aufzuspüren und zu zerstören.

ZEIT: Aber provoziert das nicht Gegenreaktionen?

Sadik al-Azm: Natürlich, wenn eine Gruppe attackiert wird, dann versucht sie, sich zu sammeln und zurückzuschlagen.

ZEIT: Es werden doch auch Muslime den Islam verteidigen, auch in seinen extremeren Ausrichtungen, nur aus dem einfachen Grund, dass sie sich mit angegriffen fühlen.

Sadik al-Azm: Das hat aber nichts mit Kraft zu tun. Das ist nur Sympathie. Wirkliche Zugewinne gibt es bei den Konservativen, fast reaktionären Gruppen der arabischen Gesellschaft. Aber auch das ist nur eine Stimmung. Die islamistische Bewegung hat es lediglich geschafft, unsere Gesellschaft in eine konservative Richtung zu bringen – im Sinne von Werten und Kleidung. Ansonsten haben sie überhaupt nichts erreicht. Schauen Sie nach Ägypten, zu den Muslimbrüdern. Die haben in 50 Jahren politisch überhaupt nichts erreicht. Sie haben nicht einmal einen wichtigen Führer hervorgebracht. Der Chef stirbt mit 85 Jahren, dann folgt der ihm am nächsten Stehende, der 83 Jahre alt ist, und so weiter. Der Zustand dieser Gruppen ist wirklich zum Lachen."

Elisabeth Knoblauch im Gespräch mit dem 70jährigen Professor Emeritus für moderne europäische Philosophie an der Universität Damaskus, der im Mai den Leopold-Lucas-Preis der Universität Tübingen erhält, aus: Bin Ladens letzte Schlacht, in: DIE ZEIT Nr. 18. 22. April 2004-04-26

"..Die Initiative von Scharon, sich einseitig ohne Einvernehmen mit den Palästinensern aus dem Gaza-Streifen zurückzuziehen, ist wohl einer der grössten Steine, die hier in den letzten Jahren ins Rollen gebracht wurden. Seit über zwanzig Jahren gibt es nun Frieden – oder besser, keinen Krieg – mit Ägypten. Es ist kein warmer und herzlicher Frieden. Mubarak und Scharon stehen nicht Händchen haltend vor gemeinsamen Kriegsgräbern und sind auch noch nicht so weit, den Nahen Osten unter sich aufzuteilen. Aber kein einziger israelischer oder ägyptischer Soldat ist mehr in Kriegshandlungen gefallen.

Das ist für den Nahen Osten schon mehr als Erlösung. Es war damals die israelische Rechte, die den Frieden schloss, und die israelische Linke konnte nur von der Hinterbank zuschauen und die Hand zur Zustimmung heben. Und so wird es wahrscheinlich wieder sein. Am 2. Mai werden die 200 000 eingeschriebenen Parteimitglieder der

Regierungspartei Likud über den Sharon-Plan abstimmen – und sie werden es -, dann wird es das zweite Mal innerhalb eines Vierteljahrhunderts sein, dass die israelische Rechte auf Ideologie und Territorium verzichtet.

Eine Mehrzahl der israelischen Bevölkerung traut ihren linken Politikern nicht, wenn es um Frieden geht. Man traut eher der Rechten, dass sie nicht einen verklärten Frieden, sondern einen Friedensprozess, einen Zustand des Nichtkrieges zu finden versuchen. Wenn sich die Sharons darauf einlassen können, dann kann man das Wagnis eingehen. Wenn also der Likud am 2. Mai abstimmt, werden damit mentale Blöcke abgebaut werden. Und jeder Schritt hier ist ein Wagnis – die Beobachter dürfen niemals vergessen, dass hier ohne Irrtumsspielraum gespielt wird. In der Nahostpolitik geht es in der Tat um Leben oder Tod, und nicht um Renten- oder Gesundheitsreformen. Deswegen muss in Israel jeder Verzicht, jegliche Einschränkung der Souveränität, jede wahre oder vermeintliche Aufgabe von Sicherheit durch Sicherheitsgarantien abgesichert werden. Und diese Garantie haben die USA nun geliefert..."

Natan Zsnaider, Professor für Soziologie am Academic College in Tel Aviv, aus: Ohne Irrtumsspielraum. Die Steine sind ins Rollen gebracht: Mit der Sharon-Bush-Initiative ist der Anfang vom Ende der israelischen Besatzung gekommen. In: Frankfurter Rundschau 20. April 2004-04-26

"... Ungewollt erzählt die Geschichte des Anti-Irakkrieg-Plakates also etwas über die Geschichte der Plakatgestaltung. Ohne potentielle Geldgeber im Hintergrund (wie etwa bei Werbeagenturen) kommen Plakatgestalter bestenfalls im Rahmen von Ausschreibungen im Hochschulkontext zu überzeugenden kreativen Lösungen. Selten aber gelingt es gutwilligen Quereinsteigern in Eigenauftrag. Es zeigt sich, dass eine gute Intention noch lange kein gutes Plakat macht und dass es einer professionellen Auseinandersetzung mit dem Medium bedarf, um diese scheinbar schlichte, weil eben plakative Kommunikationsform zu beherrschen – was vor allem bedeutet, sorgfältig die zu treffende Aussage zu untersuchen und von jeglichen Allgemeinplätzen zu befreien. Nie war es offensichtlich leichter als 2003, zu den Kriegsgegnern zu gehören, und selten so schwer, es auf reflektierte, intelligente Art umzusetzen."

Silke Homann, aus: Von Irokesen und Irakern. Für die gute Sache Pazifismus – doch ist eine Sammlung von Anti-Irak-Plakaten nicht gleich ein gelungenes Designbuch. In: Frankfurter Rundschau 20. April 2004. Über: Mann, James (Herausgeber): "Peace Signs – The Anti-War Movement illustradet." Edition Olms, Zürich 2204.

"Die ersten zehn Jahre, das heisst also: Ausbildung, Anfang im Beruf, Heirat, kleine Kinder, Ärger mit der Wohnung. Weniger Establishment und Konsolidierung, als ich erwartet hatte. Und immer noch alle ganz und gar zivil. Unser Jahrgang war nicht mehr bei der Hitlerjugend, noch nicht bei der Bundeswehr. Vielleicht hatte sich auch deshalb keiner ganz verändert. Weil man unseren Jahrgang weder vorher noch nachher über einen Leisten geschlagen hat."

Ulrike Meinhof, aus: "Wilinaburgia", der Zeitung der "Ehemaligen" ihres Gymnasiums Philppinum in Weilburg, zitiert nach: Zeitung in der Schule – Ulrike Meinhof – aufarbeiten statt verteufeln. "Eine detaillierte Auseinandersetzung mit ihrem publizistischen Werk wäre ein wichtiger nächster Schritt." Autoren: Leistungskurs Deutsch, Gymnasium Philppinum Weilburg.

"...Können Sie Ulrikes Entwicklung nachvollziehen?"

Klaus Gelbhaar: "Ulrike ist nicht das ordinäre, gewalttätige Monster, für das sie noch heute gehalten wird. Unserer Meinung nach beruht ihre Veränderung nicht auf einem politischen Argument, sondern auf einer persönlichen Enttäuschung. Es handelt sich um eine personale, familiäre Tragödie, die durch die gescheiterte Ehe entstanden ist. Nach ihrem überstürzten Umzug nach Berlin suchte Ulrike verzweifelt Halt und Anschluss, dabei geriet sie in falsche Kreise. Die Personen mit denen sie sich anfreundete wollten genau wie Ulrike eine politische Veränderung. Im Gegensatz zu Ulrike waren sie aber bereit, dies auch mit Gewalt zu erzwingen. Um akzeptiert zu werden veränderte Ulrike ihre Einstellung.

FR: Wie reagierte Ulrikes Umfeld auf ihre RAF-Aktivitäten?

Klaus Gelbhaar: Alle, die Ulrike kannten, hielten zu ihr. Sogar der damalige Bundespräsident Heinemann erklärte öffentlich, dass er ihr Unterschlupf gewähren würde.

Anni Gelbhaar: Diese Äusserung Heinemanns hat uns in unserer Erklärung bestärkt. Auch wir hätte Ulrike Unterschlupf gewährt. Später erfuhren wir, dass wir beobachtet wurden, da man es für möglich hielt, dass Ulrike bei uns auftauchen wollte...."

Klaus (83) und Anni (82) Gelbhaar sind seit 1946 verheiratet und leben seitdem in Weilburg. Klaus Gelbhaar war als Maler und Graphiker tätig, seine Frau schrieb Kinderbücher. Sie waren mit Renate Riemeck, der Pflegemutter von Ulrike Meinhof, befreundet. Nera Hausetter, Anna Radkowsky und Inna Renz, aus: Alte Freunde suchen die Erklärung in einer familiären Tragödie, in: Zeitung in der Schule, Frankfurter Rundschau 20. April 2004-04-26

Während die meisten Ausgaben von Zeitung in der Schule (auch die Badische Zeitung Freiburg macht so ein Zeitungsprojekt mit Schulen) eine langweilige Sache ist, haben wir es bei dieser Seite mal mit einer gelungenen Erweiterung der "normalen" Zeitung zu tun. Meist, sorry liebe Schüler und Lehrer, sind die Seiten schlechter, langweiliger gemacht, als der Rest der übrigen Zeitung.

„Nichts ist intimer als Sexualität, und keine grössere Erniedrigung ist vorstellbar als sich als Versager in der eigenen sexuellen Rolle zu fühlen. Aus solchem Versagten geht oft häusliche Gewalt hervor; und wenn dies Versagen mit den sozialen Rollen von Männlichkeit und Weiblichkeit verbunden wird, kann es der Anlass von öffentlich verübter Gewalt sein. Terroristische Gewalt kann, so gesehen, als eine Art symbolischer Machtaneignung von Männern auftreten, deren traditionelle sexuelle Rolle, ihre Männlichkeit an sich, als gefährdet erscheint...

Am einleuchtendsten ist vielleicht der Aspekt der sexuellen Kompetenz, womit ich die Möglichkeit zum Geschlechtsverkehr meine, die in traditionelleren Gesellschaften durch moralische Gebote und Mangel an Gelegenheit eingeschränkt ist. Volksweisheiten sprechen etwa davon, dass sexuelle Frustration zur Faszination über phallisch geformte Waffen führt, die so explodieren, wie manche Männer es sexuell eben nicht können. Wie ich bereits erwähnte, gehen die jungen Märtyrer ihren Selbstmordpakt so ein, als handele es sich um einen Ehevertrag. ...

Worin liegt die Verbindung zwischen diesen Formen von Gewalt, dieser Macho-Religiösität und dem Bedürfnis nach politischer Macht? Die Antipathie gegenüber modernen Frauen – das Konzept der deplazierten weiblichen Geschlechterrolle – mag hier weiterführen, ebenso der Hass auf Homosexualität. Sicher ist die Ablehnung der Homosexualität seit Jahrhunderten in konservativen Religionen präsent, sie war ein Kritikpunkt, den religiöse Gegner der Aufklärung gegen die Werte der weltlichen Moralität in Frankreich des 18. Jahrhunderts ins Feld führten. Doch auch in heutigen religiösen Kulturen der Gewalt tritt diese Ablehnung wieder auf, wobei die Angst vor Homosexualität besonders hervorsticht. Praktisch alle religiösen Bewegungen des ausgehenden 20. Jahrhunderts lehnen die Homosexualität ab...

Warum zeigen zeitgenössische religiöse Aktivisten derart heftige Aversionen gegen Homosexualität? Eine Antwort liegt im Identitätsverlust: Heterosexuelle Männer, die sich zu radikal-religiösen Bewegungen hingezogen fühlen, erfahren den Zugang von Frauen und Schwulen zu Autoritätspositionen, die traditionell heterosexuellen Männern vorbehalten waren, als Machtverlust. Frauen und Homosexuelle stellen für sie eine Konkurrenz dar.

Aber es gibt noch einen anderen Aspekt: den Verlust der Kontrolle. Wie Kerry Noble feststellt, halten Homosexuelle als Sündenböcke für ein bestimmtes Problem im Gesellschaftssystem her. Heutige sozioökonomische Systeme vermitteln dem Einzelnen häufig das Gefühl, ihm werde jegliche Handlungsfähigkeit entzogen, sei es auf Grund der Insuffizienz des Systems, sei es angesichts einer gesichtslos und mechanisch erscheinenden Bürokratie.

Fühlen sich Männer in einem solchen System gefangen, kann dies zur Verteidigung eines traditionellen Rollenverständnisses führen. Da sie die Aufrechterhaltung der sozialen Ordnung als Aufgabe speziell ihres Geschlechts verstanden haben, sind sie besonders dann verwundbar, wenn ihnen die Weltöffentlichkeit als marode oder unkontrollierbar erscheint. In solchen Fällen gelten aktive Frauen und Homosexuelle nicht allein als Konkurrenz, sondern als Symbole einer aus den Fugen geratenen Welt...

Was ich damit verdeutlichen will, ist, dass die gegen Homosexualität agitierende, männlich dominierte Sprache rechtsgerichteter religiöser Bewegungen nicht nur auf eine Krise der Sexualität hinweist, sondern immer auch auf den Zusammenprall von Weltanschauungen; nicht nur auf ein moralisches oder psychologisches Problem, sondern auf ein politisches

und religiöses. Religiös ist es zu nennen, weil es mit der Wahrnehmung eines Verlustes an religiöser Einstellung einhergeht, die vormals von einer als relativ sicher empfundenen öffentlichen Ordnung vermittelt worden ist...

Diese Cowboy-Mönche sind allesamt antiinstitutionelle, religiös-nationalistische, rassistische, sexistische, bombenwerfende junge Männer, die in den Bewegungen ihre Männerfreundschaften ausleben. Ihr Dasein als Randgruppen der modernen Welt erfahren sie als eine Art sexueller Verzweiflung, die zu Gewalttaten symbolischer Machtaneignung führt. Wäre sie nicht so gefährlich, könnte man diese Mischung fast als ergreifend bezeichnen."

Mark Juergensmeyer, Professor für Soziologie, Direktor der Global & International Studies an der University von California in Santa Barbara, aus: Warum echte Kerle Bomben werfen, zitiert nach: Frankfurter Rundschau 20. April 2004.

Juergensmeyer, Mark: Terror im Namen Gottes. Ein Blick hinter die Kulissen des gewalttätigen Fundamentalismus. Herder Verlag, Freiburg 2004, ISBN 3-451-28395-6

384 Seiten, 26,90 Euro

2004-04-24

"...So können Muslime sich auf dem Hamburger Oejendorf glaubenskonform ohne Sarg bestatten lassen...

...Dass im vergangenen Jahr NRW sich Deutschland liberalstes Friedhof-Gesetz gegeben hat - es erlaubt immerhin das Ausbringen der Asche auf friedhofseigenen Streuwiesen, bleibt aber beim Friedhofszwang für Urnen -, ist zu einem grossen Teil das Werk von Bruns. Und auch: dass der Umweg über die Niederlande heute ein Standartverfahren geworden ist. Schliesslich war es Bruns, der auf www.postmortal.de... den Leitfaden veröffentlicht hat, wie das deutsche Recht umgangen werden kann. Er empfiehlt den Umweg über das niederländische Krematorium Slangenburg oder den Versand der Ascheurne in die helvetische "Oase der Ewigkeit".
www.postmortal.de...

Gerne schicken die Eidgenossen gegen die Gebühr von etwas mehr als 300 Euro die Urne umgehend an die trauernden Verwandten zurück - auf neutralem Postweg...

Mit dem Friedhofszwang für Urnen steht Deutschland in Europa nicht ganz allein da. In Griechenland, wo Feuerbestattung nicht zulässig ist, muss die Urne eines im Ausland eingeäscherten Staatsbürgers zwingend auf dem Friedhof beigesetzt werden. In den Niederlanden dagegen darf die Asche überall, in Frankreich und Finnland überall ausser auf öffentlichen Wegen und in der Schweiz sinnigerweise überall AUSSER auf Friedhöfen verstreut werden...

Mascha Kaleko: "Den eigenen Tod, den stirbt man nur, doch mit dem Tod der anderen muss mal leben"

Urs Willmann, aus: Wie man in Deutschland begraben wird. In: Die ZEIT Nr. 17, 15. April 2004
aus der Serie Leben in Deutschland. Die Serie erscheint im August bei Kiepenheuer und Witsch als Buch. Herausgeber ist Theo Sommer. "Leben in Deutschland". Ich empfehle es und verweise besonders auf das Kapitel Mode in Deutschland. Ich hätte gerne den ganzen Artikel im Tagebuch veröffentlicht, in dem Buch wird er der Nachwelt erhalten bleiben.

Cornelia und Fabian Lange verweisen in ihrem Artikel DER KLEINE UNTERSCHIED AUF DER ZUNGE über eine Zeit-Weinprobe (in DIE ZEIT NR. 17. 15. April) darauf, dass Frauen und Männer Weine völlig verschieden bewerten: "...Haben Männer Lust an der Bestrafung, oder lassen sie sich nur schwer überzeugen? Beim Loben hingegen sind die Damen Spitze:...Wenn es funkt, lassen sie sich mitreissen. Die Männer sind viel knauseriger... Sie projizieren ihre Sehnsüchte anscheinend auf den nächsten Wein und erwarten immer noch eine Steigerung - ihnen ist kaum was gut genug. Wundert man sich, dass viele Kinder mit einem Vaterkomplex rumlaufen?.....Es kommt also sehr wohl darauf an, ob es Frauen oder Männer sind, die Wein probieren und bewerten, weil es offensichtlich Unterschiede bei der Wahrnehmung und Bewertung von Wein gibt. Gleichzeitig entstehen aber auch neue Fragen: Inwieweit sind die Ergebnisse der Männerzirkel dann überhaupt noch relevant? Und worauf sollten Weinliebhaber in Zukunft achten? Ein Lösung könnte sein, dass die Jurys in Zukunft paritätisch besetzt werden. Das wäre die demokratische Variante. Oder aber, die Chefsache Wein wird öfter mal durch rein weiblich besetzte Jurys zur Frauensache erklärt. Die Damen testen also selbst, was ihnen schmeckt, statt auf die Ansagen der ewigen Weingurus zu hören. Dies ist sozusagen das önologische Äquivalent zum Frauentag in der Sauna. Doch ganz am Rand bleibt natürlich

unsere Hoffnung auf einen wünschenswerten Nebeneffekt: dass die männlichen Platzhirsch- und Grosswildjägerallüren endlich der Vergangenheit angehören."

"....Er spürte eine Hitze in sich aufsteigen, die vom nur mässig steilen Weg nicht kommen konnte. Sie kam von dem nun zur Gewissheit gewordenen Verdacht, dass sein Schicksal mit dem dieses Bären schon sehr viel länger verknüpft war, als er es wusste. Er hatte in der Provinzhauptstadt, bei der Jagdbehörde, von Ermittlungen gehört, die das Woher dieses Bären betrafen, und da gab es Meldungen aus einer benachbarten Alpenrepublik, dass in einem ihrer stillen Seitentäler, Joop erfuhr auch dessen Namen, viele Jahre lang ein einzelner Bär gelebt habe, aber verschwunden sei, seit dort die Arbeiten an einem Staudamm begannen. Den Namen des nach diesem Tal benannten Entwicklungsprojektes musste man Joop nicht buchstabieren; er war einer der grossen Finanziers. Auch die Autobahn, die das Bärenland zerschnitt, war in ihren Finanzierungsaspekten über seinen Tisch gegangen, und ihren Weiterbau hatte er gerade erst gutachterlich befürwortet. Das war noch nicht alles. Er entsann sich hiesiger Planungen, die Exportchancen besser wahrzunehmen, die diese an den kapitalistischen Westen angebundene Autobahn der Forstwirtschaft des Landes eröffnete, wenn man die Nutzung der grossen Wälder durch Forststrassenbau und Grossmaschineneinsatz beim Holzeinschlag intensivierte. Joop hatte die zu kreditierenden Investitionen, als New York ihn fragte, gutgeheissen, es käme durch die Verwirklichung der Vorhaben die Abdeckung schon gewährter Kredite ein gutes Stück voran. Es war in den Unterlagen noch der detaillierte Vorschlag enthalten gewesen, die angestrebte wirtschaftliche Öffnung der Wälder auch für den Tourismus zu nutzen, Walddörfer zur Vermietung zu errichten, Spielplätze und Schutzhütten zu bauen und Lehrpfade und Feuerstellen anzulegen. Auch Parkplätze in Verbindung mit Wildgattern könnten, so hatte es in den Papieren geheissen, eine Bereicherung des infrastrukturellen Angebotes sein. Joop erinnerte sich deshalb an letzteres so genau, weil er dazu bewusst keine Stellung genommen hatte; die dem Wild abträgliche Beunruhigung der Wälder durch den Tourismus war ihm aus der deutschen Jagdpresse wohlvertraut.

Joop neigte zuweilen zu einer Zuspitzung der Gedanken. Auch galt, da es auf Mitternacht ging, wieder seine Maxime, den Tag mit einem wahren Gedanken zu beschliessen, nicht nur im Bett. Und so dachte er: DU HAST DEN BÄR SCHON UMGEBRACHT, NOCH BEVOR DU IHN TÖTEN WIRST....."

Horst Stern, aus: Jagdnovelle. Büchergilde Gutenberg, 1991, Erstausgabe 1989 Kindlerverlag München.

2004-04-23

"...Nach Ankunft der Air Base bei Tan Son Nhut, dem Hauptquartier der MACVs am Stadtrand von Saigon, wurden die Offiziere zum Haus von Vice Admiral Zumwalt gefahren. Für einen geschichtsbewußten Menschen wie John Kerry war Zumwalt bereits im Alter von 48 Jahren eine Legend. 1942 hatte er nach nur drei Jahren die U.S. Naval Academy als Siebter seiner Klasse abgeschlossen. Zumwalt war mit dem bronzenen Stern ausgezeichnet worden, er wurde der jüngst Vier-Sterne-Admiral in der amerikanischen Geschichte. Im September 1968, nur zwei Monate bevor Kerry nach Südvietnam zurückkehrte, um das Kommando für ein Swift-Boat zu übernehmen, wurde Zumwalt die Verantwortung für die neue, bald umzusetzende Flusskriegsstrategie übertragen.

An diesem Tag stand Zumwalt in seinem Haus einem Dutzend junger Offiziere gegenüber, die einen Heidenrespekt vor ihm hatten - doch einige von ihnen waren auch wütend. Kerrys Kriegsnotizen hielten den Moment fest.

"Nachdem man uns gestattet hatte, Platz zu nehmen, blieb der Admrial stehen und stellte General Abrahams vor, und wir lauschten mit gespitzten Ohren jedem einzelnen Wort, das der "Boss" an uns richtete. Einige Woche zuvor war gemutmaßt worden, dass ein entscheidender Strategiewechsel bevorstünde und dass wir hier eingeweiht werden sollten. Der General gratulierte uns und drückte uns seine Bewunderung aus. Und dann ermahnte er uns, so weiterzumachen wie bisher."

Kerry war keineswegs der einzige Skeptiker auf dem so genannten Saigon-Gipfel. "Sie haben versucht, uns aufzuputschen", erinnerte sich ein Kamerad, Lieutnant Bill Shumandine, der seit Juni 1968 Kapitän eines Swift-Boats im Landesinnern war. "Sie haben uns nicht um unseren Rat gefragt." Jahrzehnt später noch einmal auf das Ereignis zurückblickend, erinnerte sich eine weiterer Leutnant an die Einwände, die zu dem Treffen geführt hatten. "Unsere Divisionskommandeure hatten es satt, sich ständig die Zweifel ihrer Offiziere an unserer Mission anzuhören", erklärte er. "Alle, zumindest die meisten von uns fanden, dass die Aufgabe, Flüsse entlangzurasen, Flagge zu zeigen und auf Sachen

zu ballern, etwas zu unpräzise war. Wir haben damit die guten Leute gegen uns aufgebracht, die vietnamesischen Bauern und Fischer, die versuchten, ihre Familien zu ernähren. Wir wollten die Leute für uns gewinnen, wollten nicht, dass sie uns hassen, weil wir alles zerstören, was uns in den Blick kam."

Was Kerry, Shumadine und andere der jungen Offiziere nicht wissen konnten, war, dass sich General Abrahams, der im Zweiten Weltkrieg unter General George S. Patton gedient hatte, selbst schwere Sorgen um den Verlauf des Krieges machte. Es beunruhigte Abrams, dass die tödlichen Auswirkungen dessen, was als Vietnamisierung bekannt werden sollte, scheinbar täglich zunahmen, während die US-Regierung mehr und mehr bestrebt war, aus Vietnam herauszukommen.

Nach dem Saigon-Gipfel war die Gruppe der jungen Offiziere weder weniger verärgert noch war sie sonderlich beeindruckt von Abrams; sie waren jedoch froh darüber zu erfahren, dass sie für ihre Flusspatrouillen möglicherweise Hubschrauberunterstützung durch die Army erhalten sollten. Kerry schrieb:

"Nachdem der General gegangen war, wurden wir zum Hauptgelände der Naval Forces Vietnam Headquarters gebracht und erhielten dort ein nachrichtendienstliches Briefing. Und wieder erfuhren wir nichts, was wir nicht schon wussten, und ich habe den Verdacht, dass jeden Mitglied aus dem Offizierscorps der Division aus dem Stehgreif eine entschieden bessere Präsentation hätte geben können."

Nachdem er fertig war, eröffnete Zumwalt die Fragerunde. Ein Offizier fragen den Vice Admiral nach dem Buch des Lieutnant Colonel der Marines, William Corson, THE BETRAYAL (1968), der argumentierte, die Vereinigte Staaten würden den Krieg verlieren, wenn sie weiterhin ein Saigoner Regime unterstützten, das Vorson als "vollkommen korrupt" bezeichnete. "Die Menschen riechen die Fäulnis der Korruption", hatte Vorson geschrieben, "die ganz Südvietnam durchdringt und alle Aktivitäten, die auf Betreiben der Vereinigten Staaten zur Förderung einer demokratischen Gesellschaft initiiert wurden, zu einem Witz macht." Zumwalt behauptete indirekt, er habe Corsons Buch nicht gelesen, und bellte dann: "Erst einmal müssen Sie die Quelle berücksichtigen". Sein Blick sagte: "Du stellst besser keine weiteren Fragen dazu, Freundchen". dann hatte John Kerry eine Frage. In seinem Notizbuch schrieb er:

"Ich fragte, wie sie so üble Einsätze, wie jene, in die wir geschickt worden waren, rechtfertigen könnten - Versuche, den Feind in einen Hinterhalt zu locken und dessen eigene Hinterhaltsmöglichkeiten zu zerstören - wenn es doch angeblich unsere Aufgabe war, die Nachschubwege zu unterbrechen. Er antwortete, der Sinn sei, die amerikanische Flagge zu zeigen - eine Antwort, die mir ziemlich seltsam erschien, wenn ich bedenke, dass es die vietnamesische Flagge war, für die wir kämpfen sollten. Warum zeigten wir nicht ihre Flagge - oder noch besser: Warum ließen wir sie selber nicht auf den Flüssen herumfahren und ihre eigene Flagge Zeigen?"...

...Je länger er im verzweigten Flusssystem des Mekong-Deltas war, desto mehr brachten Kerry Kriegsnotizen ein Misstrauen gegenüber seinen unmittelbaren Vorgesetzten zum Ausdruck. Auch wuchs sein Unbehagen an de stillschweigenden Haltung, dass ein amerikanisches Leben so viel mehr wert sein sollte als ein vietnamesisches. Obwohl er bei keinem der Männer, mit denen er auf dem Swift-Boat diente, und auch bei keinem anderen Bootskameraden jemals die geringsten Anhaltspunkte für Fanatismus, Hass oder Grausamkeiten irgendeiner Art erkennen konnte, war Kerry beunruhigt über die gefühllose Haltung, von der er glaubte, dass sie von den hohen Tieren ausging. Schlimmer, sie schien offensichtlich auch von den unteren Rängen eingenommen zu werden, von Männern, die scharf auf Beförderung waren. Er schrieb in seinen Kriegsnotizen:

"Die allgemeine Auffassung war, dass "Schlitzaugen" einfach keine Persönlichkeiten waren - sie waren dumme "Plattgesichter", nur Bauern, ohne Gefühle und Hoffnungen. Ich glaube nicht, dass die Mehrzahl der Offiziere so dachte, und deshalb fragte ich mich, wie viel von dem die einfachen Soldaten nur vortäuschten, um in den Augen ihrer chauvinistischen Kameraden gut dazustehen."

Kerry war glücklich darüber, nie solch einen Unruhestifter in seiner Mannschaft gehabt zu haben. Auf jedem seiner Boote befehligte er fünf Männer. Sie hätten nicht unterschiedlicher sein können. Gemeinsam war ihnen lediglich ihr Abstand zur privilegierten Erziehung des Kapitäns mit Yale-Abschluss.

"Ich wusste, dass es die meisten meiner Freunde für vollkommen absurd hielten, mit einer geladenen Waffe in der Hand einen Fluss entlangzufahren, mit einer Waffe, die dazu bestimmt war, gegen jemanden eingesetzt zu werden, der einem wirklich nie etwas getan hatte und in dessen Land man gerade unbefugt eindrang", schrieb Kerry. "Ich hatte immer das Gefühl, dass zum Töten Hass erforderlich ist, und ich hasste diese Leute ganz

bestimmt nicht." In Wahrheit kam er sich, während er das Ufer nach verdächtigen Bewegungen absuchte, um darauf zu schießen, "wie das größte Arschloch der Welt" vor.

Noch schlimmer für ihn war, wie das amerikanische Militär die Kaltherzigkeit billigte. Um seinen Standpunkt zu verdeutlichen, gab er die Meldungen der hohen Tiere aus Camp Ranh wider, in denen sie die Swift-Schützen lobten, wenn diese wieder ein paar Vietcong getötet hatten, Meldungen, die immer mit den Worten "Waidmanns Heil" endeten. "Waidmannsheil?" Guter Gott - man könnte meinen, wir gingen Hirsche schießen oder so etwas. Wie billig das Leben geworden ist."...

"...Ich war verblüfft, wie unbeteiligt ich in dieser Lage wart. Ich lag einfach in dem Graben und schoss nicht, weil ich Munition sparen wollte und weil ich nicht sehen konnte, auf was ich feuerte. Und ich dachte daran, was in diesem Moment wohl gerade in New York geschah und ob die Leute wirklich meinten, dass ich etwas Lohnendes tat, während sie sich bei Schrafft's noch einen Eisbecher holten oder während irgendein fetter alter Mann, der in den vergangenen Monaten noch eine Million mit Rüstungsaufträgen verdient hatte, ein weiteres 100-Dollar-Callgirl von seinem Spesenkonto bezahlte.

Und dann, als das Schiesen aufhörte, besann ich mich wieder darauf, wo ich mich befand." "

Douglas Brinkley, aus: "Der Einsatz", in: Die Zeit Nr. 17. 15. April 2004

Douglas Brinkley, Historiker und Biograf ist Direktor des Eisenhower Center for American Studies und Professor für Geschichte an der Universität von New Orleans. Sein Buch "TOUR OF DUTY: JOHN KERRY AN THE VIETNAM WAR", aus dem wir Auszüge drucken, erschien im Januar bei William Morrow, New York. Aus dem Englischen von Barbara Häusler.

2004-04-23

Italiens Analphabeten

Bildungsmisere in einer Kulturnation

Die Nachricht erschütterte ganz Italien: Einer Studie zufolge hat fast die Hälfte der Bevölkerung Mühe beim Lesen und ist nahezu unfähig, einen grammatikalisch richtigen

Satz zu formulieren. Da stellt sich die Frage, wie das passieren kann, in einer Kulturnation, in der eine Schulpflicht von neun Jahren besteht.

Giuseppe Provenzano ist 88 Jahre alt und baut die besten Fischerboote in ganz Sizilien. Jedoch hat Giuseppe das Problem, dass er nicht richtig schreiben kann. Das ist kein Einzelfall: 43 Prozent der Italiener können kaum mehr als den eigenen Namen schreiben und beim Lesen sieht es folglich auch nicht besser aus. "Funktionale Analphabeten" werden diese Menschen im Fachjargon genannt, sie haben zwar schreiben gelernt haben, aber sind nicht fähig, die Zeitung zu lesen oder einen einfachen Brief zu schreiben. Saverio Avveduto, der Autor der Studie und Linguist, beklagt: "Nie wurde in Italien eine Politik gemacht, die Wirtschaft und Bildung fördert. Eine Politik, die in das menschliche Kapital investiert."

Die italienische Bildungsmisere hat eine lange Geschichte. In den 60er Jahren gab es 60 Prozent Analphabeten. Damals war das kein Problem, weil durch den unglaublichen Wirtschaftsboom alle etwas vom neuen Wohlstand abbekamen und es Arbeit für jeden gab. Aus dem bäuerlichen Italien wurde eine hochentwickelte Industrienation. Es wurden Arbeiter und Leute gebraucht, die Billigjobs ohne spezielle Ausbildung verrichteten. In Bildung wurde nicht investiert, das hat heute fatale Folgen. Einfache Jobs sind Mangelware, es sind nur noch Spezialisten gefragt und da sind Muskelkraft und Bauernschläue fehl am Platz.

Trotz Schulpflicht viele Analphabeten

Dabei ist das Schulsystem ähnlich wie bei uns: Auch in Italien wird neun Jahre lang die Schulbank gedrückt. Seit dem 19. Jahrhundert besteht die allgemeine Schulpflicht und trotzdem kommen viele beim Lesen eines Romans nicht über die erste Seite hinaus. Sie würden den Inhalt einfach nicht verstehen. Als Ursachen nennt der Linguist und ehemalige Erziehungsminister Tullio De Mauro, dass nur die Hälfte der Italiener die Pflichtschule abgeschlossen hat. "Alle sollten doch Lesen, Schreiben und Rechnen können, aber auch hier haben wir besorgniserregenden Zustände."

Ein großes Problem ist, dass trotz Schulpflicht viele Italiener die Schule ohne Abschluss verlassen. Außerdem wird das Schulwissen im Alltag nicht mehr angewandt, was dazu führt, dass es vergessen wird. Schon nach fünf Jahren gehen Fähigkeiten, die nicht mehr abgefragt werden, verloren. Betroffen sind die ältere und mittlere Generation der

Erwachsenen. Avveduto kritisiert: "Italien ist es immer noch nicht gelungen, in Sachen Erwachsenenbildung eine beständige Politik zu machen." Selbst die Massenmedien, die doch eigentlich Kultur verbreiten sollen, schaden, weil das Fernsehen die Menschen daran gewöhne, nicht mehr zu denken, so der Autor der Studie.

Minimale Förderung vom Staat

In Rom gibt es eine der wenigen Schulen für Erwachsenenbildung, die der Staat so gut wie gar nicht fördert. Deshalb finden nicht viele der Erwachsenen Semi-Analphabeten den Weg zurück ins Klassenzimmer. Der Analphabetismus ist ein Tabu und zu groß ist die Angst, als dumm abgestempelt zu werden. Keiner der Betroffenen wollte von seinen Schwierigkeiten im Alltag und im Beruf berichten. Sie lernen gemeinsam mit Kindern von Einwanderern, was für viele eine fast unerträgliche Schmach ist.

"Italien hat zwar eine große kulturelle Vergangenheit, wenn es aber um Bildung und Forschung geht, klafft eine große Lücke", verdeutlicht Avveduto. Somit driften die obere und die untere Schicht immer weiter auseinander. De Mauro ist davon überzeugt, dass das Problem in vielen europäischen Ländern existiert, doch nirgendwo sei es so gravierend wie in Italien. "Die Situation könnte mit einem Zug verglichen werden, der gleichzeitig in zwei verschiedene Richtungen fährt." Da gäbe es einen Wagon der ersten Klasse, in dem die Studierten sitzen und im anderen Teil sitze die große Masse, die Analphabeten, die nur ausführt, was die anderen entscheiden.

Die italienische Bildungspolitik hat versagt, denn den ohnehin kümmerlichen Etat für Erwachsenenbildung hat die Berlusconi-Regierung stark beschnitten. Die Problematik scheint nicht erkannt, denn in Sachen Bildung ist Italien längst ein Dritte Welt-Land mitten in Europa.

2004-04-22

"Niedersachsen will sein Bestattungsrecht "liberalisieren". Nach dem Willen der FDP soll künftig der Sargzwang entfallen; ausserdem sollen Urnengräber im Wald möglich sein. Der Koalitionspartner CDU signalisierte seine Zustimmung."
Peter Mlodoch, aus: Hannover will Tuchbestattung, in: Frankfurter Rundschau 13. April 2004,

Man stelle sich vor: in unserem Land leben Millionen MitbürgerInnen muslimischen Glaubens, und sie haben keine Möglichkeit, hier in Deutschland ihrem Glauben gemäss bestattet zu werden, nämlich im Leichentuch. Integration darf keine Einbahnstrasse sein - unsere Gesellschaft muss sich auch nichtchristlichen Menschen öffnen, sie willkommen heissen. Dazu gehört auch, dass sie in Deutschland sterben und begraben werden können. Sie also auch glaubensgemäss zu verabschieden.

"...Im echten Leben sind es leider keine Geldkoffer, die plötzlich vor der Tür stehen, aber schon mal ein Karton mit gutem Rotwein. Soll man den zurückschicken, um dem Ruch der Bestechlichkeit zu entgehen? Ist das nicht ein bisschen albern, und hat man es wirklich nötig, seine eigene Unbestechlichkeit derart zur Schau zu stellen? Schwer zu sagen. Es kommt auch vor, dass man vom Veranstalter einer Messe in ein Fünf-Sterne-Hotel an der Croisette in Cannes eingemietet wird und beim Aus-Checken an der Rezeption gesagt bekommt, dass alles schon bezahlt ist. Ein schlechtes Gewissen hat man da schon, aber schön war's ja auch. Und wohnten nicht erstaunlich viele Kollegen im Hotel?

Besonders schlimm hat es naturgemäss der Autojournalist. Man hört von legendären Sausen beim Sportwagen-Test in der Toskana, von Champagnerflaschen, die schon auf dem Flug zum Einsatzort geköpft werden, und von Kollegen, für die ganze Kolonnen von Praktikanten abkommandiert werden, um ihre Weihnachtsgeschenke ins Büro zu tragen. Die entscheidende Frage ist: Kann man wirklich Menschen gegenüber unvoreingenommen sein, wenn sie eben erst für die Erfüllung eines Traumes gesorgt haben - nämlich einmal im Leben mit einer 400-PS-Luxuskarosse den Dicken machen? Kann man möglicherweise nicht. Auch die Frage, warum erst ein skandinavischer Autojournalist kommen musste, um die A-Klasse zu kippen, harrt bis heute einer Antwort.

Die Bundesbank, so hört man, will nun einen Ethik-Beauftragten anstellen, der sich im Moralischen auskennt und im Zweifelsfall sagt, was geht und was nicht. Ein gutes Beispiel für den Journalismus, dessen Vertreter - zum Beispiel im Fall Welteke - gern so tun, als wären sie in Anstandsfragen sattelfest. Den Beweis dafür mussten sie bisher nicht antreten. Glück für sie."

Oliver Gehrs, aus: Im Glashaus. Kleine Gaben. In: Frankfurter Rundschau 15. April 2004

"Das Bundesministergesetz ist unmissverständlich. Ein Mitglied der Regierung und seine Verwandten dürfen kein Geschenk "in Bezug auf sein Amt" annehmen, dessen Wert 150 Euro übersteigt.

Der Berufspolitiker und Sozialdemokrat Ernst Welteke ist zwar kein Regierungsmitglied, doch er kannte ähnliche Regeln auf Landesebene seit dreissig Jahren, als Abgeordneter und schliesslich als hessischer Finanzminister. Es war eine unterbezahlte Existenz, wie diejenige aller deutscher Politiker.

Auf Welteke muss die Ernennung zum Bundesbankpräsidenten im Jahr 1999 wie das Eintrittsbillet in die mahagonigetäfelte Welt jener Bankiers und Vorstände gewirkt haben, die ihre raffgierigen Selbstentlohnungen derzeit in Düsseldorf verteidigen. Zwar lag sein Jahresgehalt von 350 000 Euro ausser Sichtweite der Ackermann & Co., aber es überstieg dasjenige des Bundeskanzlers. Für den gelernten Landmaschinenmechaniker Welteke erfüllte sich das sozialdemokratische Versprechen der Chancengleichheit. Mit jedem Karriereschritt wuchs das Selbstbewusstsein, und, am Ziel des Aufstiegs angelangt, bewegte er sich in einem Milieu der Parvenüs, deren ewige Klagen über Lohnnebenkosten, Steuerbelastungen und Haushaltsdefizite von den Golfplätzen in den allgemeinen politischen Diskurs vorgedrungen sind. Befragt, warum er das Geschenk der Dresdner Bank in Höhe von 7661 Euro in Form einer Hotelrechnung angenommen habe, fragte der Bundesbankpräsident zurück: "Warum soll ich das selber bezahlen?" Dass er sich damit unfreiwillig komisch als jener Durchschnittsdeutsche vorstellte, der alle Zumutungen der Kanzler-Reformen inklusive Praxis-Gebühr mit ähnlichem Unverständnis beantwortet, weist ihn als wahren Zeitgenossen aus. Und dass er sich al einer der amtlichen Aufseher der defizitären Dresdner Bank nicht fragen wollte, warum genau diese ihn hofierte, rückt ihn in die Nähe des Gewerkschafters und Mannesmann-Aufsichtsrats Zwickel, der auch nicht verstehen will, warum die von ihm geduldete groteske Bereicherung des Mannesmann-Vorstands unanständig war.

Der Fall Weltecke lädt ein zum kritischen Blick auf die unmoralische Geschichte einiger Topmanager und ihrer politischen Klientel. Unvergessen sind die unlauteren Privatgeschäfte der Neue-Heimat-Chefs, abgesunken in die Folklore der Parteienfinanzierung ist die "politische Landschaftspflege" des Flick-Konzerns, ungeklärt die Millionen-Erbschaft der Strauss-Familie, dunkel bleibt die Herkunft der Kohlschen

Ehrenwort-Millionen oder der Grund seiner Kolossal-Honorare aus der Kasse des Leo Kirch, von Möllemanns dubiosen Geldquellen ganz zu schweigen.

Die nette Geste der Dresdner Bank, dem höchsten Bankier des Landes das Silvesterfest 2001/2002 mit einer Berliner Luxussuite bequem zu machen, hat die Bundesbank selbst geniert. Erst jetzt denkt ihr Vorstand daran, einen Verhaltenskodex zu verabschieden. Die Verspätung bezeugt historisches Selbstbewusstsein. Und tatsächlich war die Bank als Hüterin der D-Mark nicht nur institutionell über alle Kritik erhaben. Ihre Präsidenten, hiessen sie Klasen, Pöhl oder Tietmeyer, verkörperten die besten Tugenden - Ehrenhaftigkeit, geistige Unabhängigkeit, aber auch Rückgrat angesichts wirtschafts- und finanzpolitischer Drängelei der Bundesregierungen. Dass sie durchaus unbequeme Vorbilder für die eigenen Mitarbeiter waren, kam hinzu. Diese Vorbild-Rolle hat Welteke verspielt. Das ist für die 14 500 Beschäftigten der Bundesbank umso bitterer, als ihre eigene Existenz zur Debatte steht. Ihre Rolle als Währungshüter haben sie abgegeben an die Europäische Zentralbank, ihre Bankenaufsicht teilen sie mit einer neuen Bundesanstalt. Was bleibt, ist vor allem die Verwaltung der deutschen Währungs- und Goldreserven. Andere Staaten schaffen das mit einen Fünftel der Belegschaft.

Als wäre er das Bundesverfassungsgericht, wollte sich der Bundesbankvorstand dem diesmal berechtigten Druck der Bundesregierung nicht beugen. Er hielt an Welteke fest und schickte den Präsidenten in den schmerzhaftesten Urlaub seines Lebens. Doch sein Rücktritt ist unvermeidlich. Wie wollte er noch seinen Mitarbeitern ins Gesicht sehen? Inzwischen manchen Verschwörungstheorien die Runde (Eichel hat es eingefädelt, Schröder hat es gewollt). Erfinden wir eine neue Variante: Wollte die arme Dresdner Bank die Institution der Bankenaufsicht schwächen, so hätte sie kein billigeres Mittel finden können."

Michael Naumann, Raffgier in Mahagoni. Der Rücktritt von Bundesbankpräsident Ernst Welteke ist unvermeidlich. In: DIE ZEIT Nr. 17. 15. April 2004

"Ein besonders schwerwiegendes Fehlverhalten eines wachsenden Teils der niedergelassenen Ärzte wird im Schwarzbuch nicht erwähnt: die zunehmende Verbreitung von sog. Individuellen Gesundheitsleistungen (IGeL). Es handelt sich um ärztliche Leistungen, die auch von gesetzlich Versicherten privat gezahlt werden müssen. Obwohl

sie nur auf Verlangen des Patienten abgegeben werden dürfen, werben Ärzte offensiv dafür - nicht zuletzt durch die "Ärztezeitung" mit seitenlangen Empfehlungen oder einer eigens ins Leben gerufenen Zeitung für IGeLn.

IGeL-anbietende Ärzte sind weniger interessiert an GVK-Patienten, sondern an solchen, die zusätzlich IGeL-Leistungen anfordern und privat bezahlen. Praxen werden zu Läden, Ärzte zu Krämern, Patienten zu Kunden, deren Wert sich allein an der Inanspruchnahme des Produktes IGeL misst. Die langfristigen Folgen für diese Paradigmenwechsel sind noch nicht absehbar, sei es die Diskriminierung der weniger zahlungskräftigen Patienten, seien es die Folgen von aus IGeL-Leistungen entstehenden Komplikationen. Wenn Patienten nicht mehr sicher sein können, dass ihr Arzt eine Empfehlung ausspricht, weil dies ihrer Gesundheit nützt, und sie befürchten müssen, dass kommerzielles Interesse dahinter steckt, dann hat sich etwas Fundamentales in der Arzt-Patienten-Beziehung geändert.

Wie heuchlerisch wirkt da die Warnung des Ärztekammerpräsidenten vor einer Kommerzialisierung der Medizin. Auch sind die Folgen für die Ärzteschaft selbst erheblich und für die Kassenärztliche Vereinigung selbstzerstörerisch. Der ehedem scharfe Gegensatz zwischen "Freiberuflichkeit" als Voraussetzung zur Mitgliedschaft in der Körperschaft KV und "Gewerbe" wird relativiert. Wenn Ärzte immer weniger heilberuflich und mehr als "Life Style Berater" und "Gesundheitshändler" auftreten, sie sozusagen ihre freiberufliche Unschuld verspielen, verlieren sie den geschützten Status, sich in Körperschaften zu organisieren."

FR-Leser Dr. Winfried Beck, Verein Demokratischer Ärztinnen und Ärzte, Offenbach, in: Frankfurter Rundschau 16. April 2004

2004-04-21

"Petra Reski: ... Der "anormale Doppelkopf" entsteht dadurch, dass Putins Hirn in Berlusconis Kopf verpflanzt wird. Warum eigentlich ausgerechnet Putin? Wäre nicht ein friedfertiges Hirn wie das vom Dalai Lama besser geeignet gewesen?

Dario Fo: Nein. Putins Hirn ist das richtige, damit ein Phänomen eintreten kann, das aus der Physik bekannt ist: Aus zwei negativen Kräften entsteht eine positive. Durch diesen Eingriff gelingt es, Berlusconis Charakter grundlegend zu verändern. So weit, dass er am

Ende anfängt, sich selbst abzulehnen, er glaubt seiner Frau nicht mehr und wird von Selbstzweifeln geplagt.

Petra Reski: Berlusconi ist also noch zu retten?

Dario Fo: Ja, aber nur unter der Voraussetzung, dass man ihm das Hirn austauscht. Berlusconi und Putin sind beide verlogen, kaltblütig, beide suchten sie die Nähe zur Mafia. Putin hat seine Mafia-Freunde sogar in seiner Regierung untergebracht ...

Petra Reski:....Im Stück tritt auch Berlusconis Ehefrau auf, gespielt von Ihrer Frau, Franca Rame. Anders als ihr Ehemann gehört Veronica Berlusconi, die ja selbst Schauspielerin war, zu Ihren Unterstützern.

Dario Fo: Ja, als man versuchte, uns zu zensieren, hat sie eine wunderbare Erklärung abgegeben, in der sie die Satire, unser Stück und unser Theater verteidigte, Sie lehnt die Welt ihres Ehemannes ab...

Petra Reski: ...Ist die Satire unter Berlusconi eine andere geworden?

Dario Fo: Nein, unsere Arbeit hat sich nicht verändert. Wir werden nur häufiger von der Zensur angegriffen. Im Fernsehen gibt es keinen einzigen Komiker mehr. Alle wurden rausgeworfen. Was bleibt, sind ein paar Schauspieler, die versuchen, humorig zu sein. Aber echte Satiriker gibt es nicht mehr.

Petra Reski: War es unter Andreotti für Satiriker etwa einfacher?

Dario Fo: Es war auch damals schon schwierig, aber nicht so extrem wie jetzt. Damals traute man sich nicht, exzellente und berühmte Journalisten einfach rauszuwerfen. Früher hatte die politische Klasse mehr Stil. Die jetzige Regierung ist grobschlächtig, vulgär, unerbittlich. Sie gibt vor, populär zu sein. Aber sie verfügt nicht über die Vornehmheit des Volkes. In den letzten zwei Jahren hat Berlusconi fast 40 Prozent seiner Unterstützer verloren. Und dabei hatte er doch gehofft, die Wähler der Opposition zu gewinnen. Man hat seine Verlogenheit entdeckt, seine leeren Versprechen, seinen absoluten Machtanspruch, der jede Diskussion, jede Debatte erstickt.

Petra Reski: Die Mafia-Verstrickungen Berlusconis und Dell'Utris sind doch hinlänglich bekannt.

Dario Fo: Aber nicht allen. Im Fernsehen herrscht die reine Desinformation. Man sendet nichts anderes als leicht verdauliche Kost. Alles ist grau, alles ist gleichgeschaltet. Unser Theater hingegen informiert, es bringt die Leute zum Nachdenken. Unter dem Vorwand, die Zuschauer zum Lachen zu bringen informieren wir sie ...

Petra Reski: ..Glauben Sie immer noch an die politische Macht von Kunst?

Dario Fo: Kunst ist ein Bewusstseinskatalysator. Aber um zum Katalysator werden zu können, bedarf es hier in Italien konkreter Handlungen - ein Bild allein kann nichts verändern. Wichtig ist auch der Arbeiterkampf, aber auch die Bewusstseinswerdung, etwa der Studentenbewegung. Außerdem müssen sich die Oppositionsparteien bewegen. Ohne wieder den Fehler zu begehen, Kompromisse einzugehen, sich zu arrangieren. Wer einen Dialog mit der Berlusconi-Regierung eingeht, wird übers Ohr gehauen. Besonders die katholische Linke hat immer die Tendenz, den Kampf zu bremsen und den Einklang zu suchen. ...

Petra Reski: ...Und trotzdem bleiben die Proteste gegen Berlusconi vor allem ein Erfolg der außerparlamentarischen Opposition. Die politische Opposition scheint abwesend zu sein.

Dario Fo: Besonders schlimm ist die Position, die sie gegenüber unseren Soldaten im Irak-Krieg eingenommen haben. Die Opposition hat akzeptiert, dass die italienischen Soldaten weiterhin im Irak bleiben. Das ist ein schwerer Fehler. Denn das italienische Volk ist dagegen. Jedenfalls der aktive Teil des Volkes, der zählt, der für seine Meinung auf die Strasse geht. Der andere Teil schläft. Es war ein großer Fehler, die Autonomie des italienischen Volkes nicht genügend zu beachten. Das bedeutet, dass du das Volk nur dann beachtest, wenn du seine Stimme brauchst. Das sind die klassischen Fehler der italienischen Linken. ...

Petra Reski: Auch wenn Berlusconi geschwächt ist, bedeutet das für die linke Opposition noch nicht unbedingt den Sieg. Wen sehen Sie als Hoffnungsträger der Linken?

Dario Fo: Grosse Persönlichkeiten entstehen meist aus einer tiefen Notwendigkeit heraus - aber diese Notwendigkeit entsteht aus einem Bewusstsein heraus. Grosse Persönlichkeiten sind meist auch sehr gefährlich. Weil sie sich der Gemeinplätze des Populismus bedienen. Weil sie an die niedrigsten Instinkte der Menschen appellieren.

Berlusconi hat seine Wähler wie ein Verkäufer behandelt, der seine Kunden vom Kauf einer Ware überzeugt.

Petra Reski: Während Berlusconi die Wähler manipuliert, verharrt die Linke in Schreckstarre.

Dario Fo: Sie kann ja schließlich nicht die gleichen Techniken wie Berlusconi anwenden. Außerdem kann man nicht von "der Linken" in Italien sprechen. Es gibt, Gott sei Dank, sehr viele unterschiedliche Gruppen, Bewegungen, Zusammenschlüsse, welche die Parteien zwingen können, einen bestimmten Weg zu gehen. Ohne Unterstützung der Bewegungen können die Parteien nicht gewinnen.

Petra Reski: Etwa die Bewegung der "Ringelreihen" rund um den Filmregisseur Nanni Moretti?

Dario Fo: Ja, auch wenn ich mit ihm nicht immer einer Meinung bin.

Petra Reski: Was sehen Sie anders?

Dario Fo: Man kann nicht den Stein in den Teich werfen und sich zurückziehen, wenn die Wellen kommen. man muss auf dem Wellenkamm reiten, sonst ertrinkt man."

Der Dramatiker, Schauspieler und Theaterleiter Dario Fo, 1926 in Saniano geboren, Literaturnobelpreisträger von 1997, im Gespräch mit Petra Reski.

Aus: "Man muss auf der Welle reiten. Ein Gespräch mit dem Nobelpreisträger Dario Fo über Berlusconis Gehirn, die Macht des Theaters und die Ohnmacht der Linken". In: DIE ZEIT Nr. 17, 15. April 2004

2004-04-20

Geburtstag meiner Mutter. Geburtstag "des Führers". Geburtstag von Claudia.

""Terror, Krieg ohne Grenzen" - dieser Titel scheint angesichts der weltpolitischen Ereignisse brandaktuell. Doch ausgerechnet die Publikation, die zu dieser Thematik in den vergangenen Jahren zwei Themenhefte herausgab, hat jetzt das Erscheinen eingestellt.

Dabei war ihr Name eigentlich schon Programm: ANTIMILITARISMUS INFORMATION oder kurz AMI war ein 1971 in Frankfurt gegründeter "monatlich erscheinender partei- und verbandsunabhängiger Informationsdienst, der die Friedensarbeit mit Fakten und Hintergrundberichten unterstützen wollte" - so lautete die Selbstbeschreibung.

Wer Daten und Analysen zu den Themenfeldern Gewalt und Repression oder die neuesten Zahlen über die Militärausgaben und die weltweite Entwicklung der Rüstung brauchte, kam es an AMI kaum vorbei. Honorare gab es für die aufwendigen und zeitraubenden Recherche- und Archivarbeiten nicht.

Mindestens genauso anstrengend waren mitunter die Redaktionssitzungen. Schliesslich wurde jeder Beitrag gemeinsam diskutiert und oft mühselig um die richtige Formulierung gerungen. Das war nur möglich, weil viele Politologiestudenten vom Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin die Mitarbeit bei der AMI für ihren studentischen und beruflichen Werdegang nutzen konnten. Für die regelmässige Mitarbeit gab es Scheine - und mitunter einen Schritt auf der Karriereleiter, den Einstieg in die Friedensforschung oder die Politikberatung.

Doch in den vergangenen Jahren fehlte der Nachwuchs. Nur zwei bis drei feste Mitarbeiter kümmerten sich im Redaktionsbüro im Berliner Stadtteil Schöneberg am Ende noch um die monatliche Ausgabe. Dagegen hatte sich der Leserstamm der AMI bei etwa 900 Abonnenten stabilisiert. Das war zwar nicht kostendeckend, aber auch nicht unmittelbar existenzgefährdend, so die Auskunft des letzten AMI-Geschäftsführers Stefan Gose.

Die Publikation hatte die frühen 90er Jahre überlebt, als nicht wenig mit dem Ende der Systemauseinandersetzung auf ein Abflauen der grossen weltpolitischen Konflikte hofften. Da ist es schon erklärungsbedürftig, warum die AMI ausgerechnet zu einer Zeit eingestellt wird, in der Kriege und internationale Konflikte wieder die Schlagzeilen der Medien bestimmen.

Man hatte den Zugang zur neuen Politgeneration nicht gefunden, wurde im Editorial der letzten AMI-Ausgabe beklagt: "Lange Textbesprechungen und noch längere Produktionen waren nicht mehr konkurrenzfähig in einer kurzatmigen Aufbruchstimmung, die das schnelle Feedback im Internet, bei Globalisierungsprotesten oder in Tangokurs suchte.".

Diese Kritik richtete sich nicht zuletzt an die kurzlebige Bewegung gegen den Irak-Krieg im letzten Jahr, die kaum zu längerfristigen friedenspolitischen oder gar antimilitaristischen Engagement geführt hat. Doch hat sicherlich auch eigener Strukturkonservatismus dazu beigetragen, dass die AMI-Macher den Anschluss an die junge Aktivistengeneration nicht gefunden haben. So hielt man eisern am Prinzip Bleiwüste fest, die nur durch Zahlen und Statistiken aufgelockert wurden."

Peter Nowak, Anschluss verpasst. Nach mehr als 30 Jahren: "antimilitarismus information" zu Ende. In: Frankfurter Rundschau 14. April 2004

Nach dem Artikel stellen sich doch mehre Fragen: Hat die FU die AMI nicht mehr unterstützt - oder warum schrumpfte die Redaktion auf drei Mitglieder? Wieso sollte die Zeitschrift eine Strukturreform durchführen? Die AMI waren ein Fundus der Information. Es gab gute Gründe strukturkonservativ zu sein. BILDchEN antimilitaristisch gewendet - was hätte das bringen sollen.

Und die Eruption der Deutschen in ihrer Friedensbewegung ist schon immer wieder seltsam. Vor einem Jahr konnte ich mich von Mails nicht retten. Jeder hatte irgendetwas zu sagen, im Internet gefunden oder wollte etwas weiterleiten. Nach dem Sturz des Diktators wurde es seltsam ruhig. Ein Massenabschlachten der Irakis durch die Amerikaner fand nicht statt. Woher nimmt Marco Schwarz auf seiner Webseite die 20 Tausend Toten? Und vor allen Dingen: Wo bleibt der Protest der deutschen Friedensbewegung bei den anderen Kriegen - Tschetschenien zum Beispiel? Und wieso gab es keine Rettungsaktion durch die GRUENEN , die FDP, die PDS oder die SPD? Ich hau Dir ufs Aach - un uffs anner Aach aach. Oder wie?

userpage.fu-berlin.de/~ami/amireg/index.htm

Hier sind ältereAMI-Texte ab 1991 noch zugänglich.

Bei jungle world gibt es dazu auch einen guten Artikel
http://jungle-world.com/seiten/2004/10/2732.php

2004-04-19

Menschen aus dem Dreyeckland haben wieder einmal Geschichten gemacht – ob sie auch Geschichte machen?

"...Als am Messesamstag in einer kleinen Demonstration vor dem Bundeswehrstand Dietmar Koschmieder (Verlag 8. Mai) per Handmegaphon den Inhalt eines Appells von 41 Verlegern und Autoren vortragen wollte, stürzte sich eine Gruppe von Feldjägern ohne Vorwarnung auf ihn. Zahlreich bereitstehende Polizisten fesselten ihn an Händen und Füssen – angeblich zu seinem eigenen Schutze. Beamte rissen ihn zu Boden und knieten sich auf ihn. Er erlitt Verletzungen und Prellungen. Feldjäger in Zivil versuchten, Bild- und Wortjournalisten abzudrängen, und bedrohten sie. Vorübergehend erteilte die Messeleitung Koschmieder Hausverbot – Begründung: Leib und Leben der Messebesucher seien gefährdet worden. Eine von mehreren Verlagen gemeinsam geplante, beim Messe-Presse-büro angekündigte Pressekonferenz konnte nicht stattfinden, weil die Messeleitung den gebuchten Raum entzog.

Den Appell der 41 Verleger und Autoren unterstützten am OSSIETZKY-Stand mehr als 750 Besucher per Unterschrift. An mehreren Ständen wurden ebenfalls Unterschriften gesammelt. Mehr als 60 Aussteller solidarisierten sich inzwischen mit Koschmieder.

Daniela Dahn hatte im vorigen den Beauftragten der Messeleitung, Oliver Zille, gefragt, ob das Erziehungsziel durch einen Messestand der fünf deutschen Friedensforschungsinstitute nicht besser zu erreichen gewesen wäre. Zille reagierte erfreut und versprach, für dieses Jahr einen solchen Stand anzuregen. (OSSIETZKY 6/03). Dabei blieb es. Es gibt eben Unterschiede. Einer ist der, dass die Bundeswehr Geld hat und sich den grössten Messestand mit viel Personal leisten kann - um Jugendliche spielend lernen zu lassen, wie grosszügig die Bundeswehr ist."

Eckart Spoo, aus: Ein Monopol der Bundeswehr, in: OSSIETZKY 7/2004, 3. April 2004

Dietmar Koschmieder vom Jugendzentrum SAFTLADEN in Grenzach-Wyhlen ist also bei der linken Tageszeitung Junge Welt gelandet. Dies hat eine gewisse logische Konsequenz, da er durch seine Arbeit in der Jugendorganisation der DKP natürlich eine politische Nähe zur DDR bekam. Ich erinnere mich noch an etliche Diskussionen mit ihm. Jahrelang waren wir im Antifaschistischen Aktionskomitee zusammen, aber auch in der

Friedensbewegung und natürlich in der Jugendzentrumsbewegung des Hochrheins. Spass hats gemacht. Eine interessante Familie, die Koschmieders. Allein die Kinder: zwei Kommunisten, ein Sponti und ein Sozialdemokrat. Wo gibt es solch ein politisches Engagement in den Zeiten der Beliebigkeit heute noch?

Dass Dietmars Wirken auch von links noch kritisch beäugt wird, zeigt die Auseinandersetzung in JUNGLE WORLD.

Jungle World 48: Höchste Designqualität

... Großmaul Die junge Welt ist eine Zeitung, die unsereiner nur noch, und wenn es gar nicht anders geht, mit dem Schürhaken anfasst. Seit die Becker und Koschmieder die Blattpolitik bestimmen, wird mal dem Staat Israel das Existenzrecht abgesprochen, mal Ignatz Bubis als Nutznießer des Holocaust hingestellt ...
www.nadir.org/nadir/periodika/jungle_world/48/25b.htm 11/25/97, 8194

Nachtrag 21.April

Das Autonomem-Magazin Jungle World scheint sich einen besonderen Spaß zu machen am Disput mit Dietmar Koschmieder und seiner Tageszeitung. Näheres im Suchfenster von Jungle World.

Charme hat es dagegen, in Jungle World von 1999 zu lesen - sorry, fünf Jahre zu spät? - dass Dietmar und andere das Kölner Volksblatt übernahmen und eine Alternative zu Neven Du Monts Reich aufbauen wollten. Die Alternative (Bahro) hatte damals zwar nicht so recht geklappt, die Brüder und Schwestern im Osten wollten den Kasernensozialismus nicht mehr. Naja, macht nichts. Hier also noch ein link zur Übernahme durch die JUNGE WELT.

www.nadir.org/nadir/periodika/jungle_world/_99/10/30b.htm

In diesem Zusammenhang verweise ich darauf, dass die Redaktionsmeinung des Archivs der sozialen Bewegung in Freiburg falsch ist, dass der Herausgeber des Hochrhein Volksblatts das Volksblatt in Köln war. Herausgeber war - his one and only - Dieter Emil Baumert. Soweit zur Klarstellung der Geschichte. Eine Fußnote sozusagen zur Alternativpresse Deutschlands.

Die Sladeks haben das Bundesverdienstkreuz erhalten für ihre Arbeit als Schönauer Stromrebellen.

www.ews-schoenau.de. Gratulation nach Schönau.

2004-04-13

Die "taz" wird 25

Du bist wirklich ein Waschlappen!
Von Joseph von Westfalen

11. April 2004. Am Anfang mag das Wort gewesen sein. Danach müsste Gott aber gleich den Satz erschaffen haben, ohne den die Wörter allein Gestammel wären. Erst etwas später wurde der Satz im Tennisspiel und bei der Pflegeversicherung, beim Zinsenzahlen und in der Musik erfunden. Satz nennt man auch die ordentliche Form, in die ein hingetrommeltes und mit Korrekturen übersätes Manuskript gebracht worden ist, um es druckfertig zu machen. Die Menschen, die das tun, nannte man bislang Setzer. Der Beruf stirbt aus. Computerprogramme machen ihn überflüssig. Nach der neuen Rechtschreibung müssten sie logischerweise Sätzer heißen.

Ist die "taz" eine Vorreiterin der uns quälenden Sprachverwirrung? Ihre Setzer nannten sich von Anfang an "Sätzer", der selbstgewählten Korrektheit aber bald überdrüssig meist "Säzzer". Die Setzer oder Sätzer oder Säzzer und natürlich die Säzzerinnen spielten in der ersten Zeit der "taz" eine legendäre Rolle. Formulierungen, die sich Autoren und Redakteure ausgedacht hatten, konnten sie beim Setzen jederzeit kommentieren. Der Handarbeiter hatte die Möglichkeit, dem Kopfmenschen die Meinung zu sagen. Natürlich war das Kult und ein Spiel und kokett, aber es war auch einzigartig und ein bisschen revolutionär. Es erklang die Stimme derer, die sonst nicht zu hören sind, und sie war oft geistvoll, manchmal genial, manchmal albern, rechthaberisch, kleinkariert.

Vergnügliche Erinnerungsstunden

Die "taz" hat sich nicht die Mühe gemacht, zu ihrem Jubiläum eine Sammlung der schönsten Säzzer-Bemerkungen herauszubringen. Die älteren Redakteure haben vielleicht die Nase vom ehemaligen Säzzer-Kult voll, den jüngeren ist es vielleicht zu 68er-haft. Egal, es gibt auf zwei CD-ROMs ein "taz"-Archiv, und wenn man hier nach "Säzzer" oder "Säzzerin" fahndet, kann man sich zwei, drei vergnügliche Erinnerungsstunden machen.

Es muss nicht immer Guido Knopp sein, der einem die Vergangenheit erklärt. Egal, ob ein törichter Satz Eberhard Diepgens vom Säzzer mit einem trockenen "Wie meinen?" quittiert wird oder eine Auslassung Wolf Biermanns mit dem Hinweis: "Weißt du was, du bist wirklich ein Waschlappen geworden, die Säzzerin." Hinter einer vom Redakteur nicht ausreichend gerügten Meldung über das Querfeldeinradfahren entlädt sich der grüne Umweltgroll geradezu lawinenartig: "Hoffentlich knallt er dann gegen 'ne stabile Tanne und bricht sich mindestens drei Knochen, damit er in Zukunft nicht mehr in der Lage ist, das ganze kleine Grünzeug zusammenzufahren und irgendwelche Viecher aufzuscheuchen!"

Ich krieg Albträume!

Eine Reportage über die Verhandlungen eines Fürsten und Waldbesitzers mit dem Freistaat Bayern über die Verlängerung eines Pachtvertrags beginnt so: "Die Nebelschwaden hängen tief zwischen den Berggipfeln, der Wind treibt Regenwolken vor sich her." Und schon kann der Säzzer nicht mehr an sich halten und fügt seine Bemerkung in den Text: "Ich glaub ich krieg Albträume!"

Spontisprüche dieser Art mögen sich überlebt haben - schade eigentlich. Selbstironie in anderer Form aber ist der "taz" geblieben, und sie ist neben ihrer Haltung ihr wichtigstes Kapital. Genauer: Mit Selbstironie macht sie ihre Haltung verdaulich. "Wir verkaufen Ideale", sagt die "taz" über sich selbst, ungelogen, denn sie setzt sich sicher mehr als andere Blätter für Minderheiten und für den Umweltschutz ein. Das tun die Gutmenschen - und die gehen einem deswegen auf die Nerven, ungerecht, aber so ist es.

Die "taz" kämpfte von Anfang an gegen das Böse: Atomindustrie, Krieg, Ausländerfeindlichkeit, Frauenemanzipationsbehinderung. Aber nie verbissen und pathetisch, aufgeregt und fähnchenschwenkend. Nie mit dem Gestus der Allwissenheit, der einem in vielen noch so gutgemeinten Artikeln bürgerlicherer Zeitungen entgegenschlägt.

Karriere ist ein Fremdwort

Bekanntlich lebt die "taz" nur zu einem verschwindend geringen Anteil vom Anzeigengeschäft, das fast alle anderen Zeitungen über Wasser hält. Da dieses Geschäft in den letzten Jahren stark zurückgegangen ist, hat die "taz" unter der gegenwärtigen Wirtschaftskrise weniger zu leiden als die großen Zeitungen. Genauer: Die Mitarbeiter leiden wie bisher darunter, weniger als halb soviel zu verdienen als bei anderen Zeitungen. 75 Redakteure gibt es, aber eigentlich ist nur Geld für 30 da. Das ist der Preis der Freiheit. Karriere ist ein Fremdwort.

Genau das merkt man dem Blatt an, wenn man es nur eine Woche liest. Hier herrscht an vielen Stellen der trockene Ton wie in gepflegten alten Kriminalromanen mit diesen Detektiven, die immer chronisch knapp bei Kasse sind, aber gute Sprüche drauf haben, die wissen, wie der Hase läuft und wo etwas faul ist, und denen man nichts vormachen kann. Sie prahlen nicht mit ihrer Intelligenz. Diese Typen sind uns ans Herz gewachsen. Mit rot und grün und links hat das nur bedingt zu tun. Es ist mehr die Haltung, der lapidare Ton, die Perspektive, die nicht benebelt ist vom Umgang mit den Mächtigen. Als Leser der "taz" gewinnt man den klassischen Loser-Durchblick auf die Abscheulichkeiten der Welt, der ab einer gewissen Gehaltsstufe nur noch selten zu finden und der vielen Journalisten abhanden gekommen ist, die sich vom Nahedransein an den Spitzenpolitikern Erkenntnisgewinne versprechen. (Der verstorbene "SZ"-Journalist Herbert Riehl-Heyse war einer der wenigen, die sich trotz Flügen in Kanzlermaschinen nicht blenden ließen.) "Pressefrechheit", nennt die "taz" diese seltene Qualität.

Der mit Abstand glänzendste Kommentar, der in den Zeitungen zu dem Prozess um die Mannesmann-Abfindungen zu lesen war, stand in der "taz". Ein Gedicht von Fritz Eckenga:

Einmal im Leben. Ein Spießertraum
Einmal ein Unternehmen leiten,
ach, das täte ich so was von gern,
einmal die ganz große Welle reiten,
nicht so ne Klitsche - n Riesenkonzern.
Über den Wolken in Vorstandsetagen,
einsam entscheiden, mit großem Geschick.
Verantwortung und gute Anzüge tragen,

leiten und leisten, die Täler im Blick.
Nicht klagen, sondern lustvoll entbehren,
ein Vorbild für viele, die unter mir sind.
Mich für das Große und Ganze verzehren,
einer für alle und einsam im Wind.
Einmal das Schicksal mit Händen anfassen,
zeigen, wie Gott seine Nerven behält.
Einmal zweitausend Menschen entlassen,
einmal bedauern, wie schwer mir das fällt.
Einmal die Räder wie wenige drehen,
sein, der es ist, der es will und auch kann.
Einmal die ganz schweren Wege gehen,
wie Mannesmann-Esser, wie Ackermann.
Einmal sich ordinär abfinden lassen,
einmal ein Auftritt vorm Strafgericht.
Einmal sich platt mit dem Pöbel befassen,
dem Strafrichter sagen: Verpiss dich, du Wicht!

Genauso famos hätte es der geliebte Heinrich Heine geschrieben, wäre er nicht 1856 von uns gegangen. Ich weiß nicht, wer den Heinrich-Heine-Preis verleiht, diese Strophen allein hätten ihn verdient. Wenn Esser und Ackermann wirklich so schlaue Füchse sein sollten und noch einen Funken von Charakter haben, kommen sie dem zuvor, stiften sofort einen Mannesmann-Gedächtnispreis für gereimte Kommentare des Zeitgeschehens und verleihen ihn der "taz" oder dem Autor. Der einzige Fehler der "taz" war, die wunderbaren Worte auf der letzten und nicht auf der ersten Seite zu platzieren.

Ärger mit den Stammlesern

Vermutlich aber hätte es dann wieder Ärger mit den Stammlesern gegeben. Neben den Einsätzen von 5000 Genossenschaftlern lebt die "taz" fast ausschließlich von ihren Abonnenten und deren Erwartungen an "ihre" Zeitung und deren klare Linie. Und mit Ironie tun sich die Altroten und Altgrünen offenbar schwer. Das darf nicht zu oft sein. Die selbstironische Erpressungsaktion, mit der die "taz" zum Abonnieren aufrief, war manchem treuen Leser ein Graus. Weil die "taz" nicht betteln und flehen wollte, drohte sie, ihre pfiffigen Schlagzeilen wegzulassen oder mit Busen auf dem Titel sich nach neuen

Lesern zu strecken. Es erschien die "Tittentaz". Empörung und Abokündigungen wie auch damals, als man Redakteure der "Bild" zum Blattmachen einlud.

Mit ihrer eloquenten und aparten Chefredakteurin Bascha Mika oder der Kolumnistin Bettina Gaus ist die "taz" regelmässig im Internationalen Frühschoppen der ARD vertreten. Sicher gibt es knarzig-möchtegernradikale "taz"-Leser, die auch das als Verrat empfinden und sich fragen, was an ihrer möglichst alternativ sein und bleiben sollenden Zeitung anders ist als an den anderen.

Der Sound der Unabhängigkeit

Hören sie es nicht? Es tönt nach wie vor der Sound der Unabhängigkeit, gespielt von Autoren und Redakteuren, die nicht am Leben verzweifeln, wenn ihr Duschwasser noch aus einem alten Boiler kommt und es mit dem Marmorbad in der Penthousewohnung nichts geworden ist. Und die das Wort "Utopie" noch aussprechen können, ohne sich dafür zu entschuldigen. Dafür wird die "taz" heftig geliebt. Von vielen Chefredakteuren anderer Zeitungen, die selbst so nicht mehr singen können. Vermutlich liebt auch Kai Dieckmann von "Bild" die "taz", auch wenn er sich gegen deren Penisverlängerungssatire vor Gericht wehrte. Für die Slogans, die die "taz" sich bei einer ihrer Selbsterhaltungsaktionen bei den Prominenten gratis abholte, hätte eine andere Zeitung ein Vermögen ausgeben müssen. "Die ‚taz' ist unsterblich. Ich kenne das Gefühl", dichtete Harald Schmidt.

Als er im vorigen Herbst sein Untertauchen ankündigte, wälzte sich das Feuilleton eine Woche verzweifelt im Staub. Sollte der "taz" je ernsthaft der Untergang drohen, käme es zu einer beispiellosen Demonstration und den amüsantesten Allianzen. So schwarz oder auch farblos ist keiner, dass er nicht ein paar rote oder grüne Flecken im Herzen hätte, die er von einer Zeitung repräsentiert haben will.

Der Autor lebt in München. Sein Roman "Der Liebessalat" ist gerade bei btb als Taschenbuch erschienen.

2004-04-08

Gründonnerstag.

"...Es kommen viele ausländische Besucher, berichtete Murangira. Sie sind schockiert, weinen in ihre Taschentücher, murmeln: "Nie wieder!" Und alle schämen sich ein wenig.

Weil die Weltfamilie nicht eingeschritten ist, als das grosse Morden begann. Weil die Blauhelm der UN abgezogen wurden, der kanadische General Romeo Dallaier, eindringlich vor dem geplanten Völkermord gewarnt hatte. Es war das schändlichste Versagen in der Geschichte der Vereinten Nationen. Man wusste in Washington, London, Paris und Brüssel ziemlich genau, welche Tragödie in Ruanda ablief. Aber niemand griff ein, die Amerikaner nicht, die Europäer nicht und auch die Afrikaner nicht. Gar nicht zu reden von den Franzosen, die das Hutu-Regime aufgerüstet und alimentiert hatten. Präsident Francois Mitterand befand seinerseits: "In solchen Ländern ist Völkermord nicht so wichtig."

Man hat das in Ruanda nicht vergessen. "Die Weltgemeinde hat nicht versagt", meint Pacifique Rutanganda, ein Überlebender aus Ntarama. "Wie hätten sie denn versagen können? Sie war doch gar nicht da." Über der Stelle, wo sein Vater erschlagen wurde, sind schneeweise Catharanthus-Blumen gewachsen.

Warum wurde Ruanda allein gelassen? - "Weil wir euch egal sind. Weil wir kein Öl haben und nichts." Und weil afrikanisches Leben offenbar weniger zählt, menschliches jedenfalls. "Hätte jemand versucht, die 300 Berggorillas in Ruanda auszurotten, wäre die Reaktion grösser gewesen", glaubt Romeo Dallaire. 5000 Blauhelme, schätzt er hätten den Massenmord verhindern können. Der UN-General hat aus Verzweiflung über seine verlorene Soldatenehre versucht, sich das Leben zu nehmen.

Das Ausland beeilte sich nach dem Völkermord, sein schlechtes Gewissen durch grosszügige Wiederaufbaugeschenke zu beruhigen - eine Art humanitärer Ablass. Madeleine Albright, damals Amerikas UN-Botschafterin, hat unlängst in der ZEIT bekannt, wie sehr sie ihr Versagen verfolge. Butros Butros-Ghali, Exgeneralsekretär der Vereinten Nationen, Kofi Anan, damals zuständig für Friedensmissionen, Expräsiden Bill Clinton, sie alle haben sich entschuldigt. Und alle Welt trauert ein bisschen aus der Ferne mit in diesen Gedenkwochen. Aber die Empathie stinkt nach Scheinheiligkeit. Was hätte man denn gelernt aus dieser Katastrophe? Nie wieder? Wenn es zum Beispiel in Burundi, dem ethnischen Zwilling Ruandas, zu einem Genozid käme, die Welt würde vermutlich wieder untätig zusehen...."

Bartholomäus Grill, aus: Der Rest ist Verdrängen. Zehn Jahre nach dem Völkermord in Ruanda leben Hutu und Tutsi miteinander in verordneter Eintracht - doch ohne Versöhnung. In: Die Zeit Nr. 15. 1. April 2004

"...Zu den Vorzügen der offenen Gesellschaft Amerikas zählt die Durchlässigkeit ihrer Behörden. Im Zeitalter des Internet bleibt wenig geheim. Ein Jahr nach Beginn der Kampfhandlungen im Irak ist in den Analysen amerikanischer Think Tanks und politischer Journale nachzulesen, was auch in den Staatskanzleien kriegskritischer Europäer vermutet wurde: Die Regierung von George W. Bush hat unter der Federführung von Vizepräsident Richard Cheney und Verteidigungsminister Donald Rumsfeld seit ihrem Amtsantritt im Januar 2001 den Krieg gegen den Irak geplant. Die offizielle Begründung nach den Al-Qaida-Anschlägen - Saddam Hussein verfüge über Massenvernichtungswaffen, die innerhalb von "24 Stunden zusammengesetzt werden können" (Cheney) - hinderte die Politiker offenkundig nicht, ihre eigenen Truppen diesen Waffen auszusetzen: Höchstwahrscheinlich glaubten sie selbst so wenig daran wie die Waffeninspektoren der Vereinten Nationen unter der Leitung von Hans Blix...."

Michael Nauman, in: Mars ohne Mass. In: Die Zeit Nr. 15. 1. April 2004

"...Der Schriftsteller Feridun Zaimoglu reagiert allergisch auf Appelle jeglicher Art, besonders aber wenn sie aus dem Establishment der deutschen Mehrheitsgesellschaft kommen. Zaimoglu, 1964 im anatolischen Bolu geboren, in München und Berlin aufgewachsen, hat nie Anerkennung als "Alibi-Ali" (Zaimoglu) gesucht. Er ist ein hoch geschätzter Sprachkünstler unter den Schriftstellern seiner Generation: "Mich widern diese selbstgerechten Aufklärer an, die sich nur in ihrer Liberalität bestätigen wollen. Es ist billiger Populismus, irgendwelche Appelle gegen den bösen Fundamentalismus aufzusetzen, die doch niemand erreichen. Ohne mich."

Zaimoglu ist allerdings fern davon, die Gefahr kleinzureden. Im Gegenteil: "Der Begriff Islamo-Faschismus scheint mir nach meinen Erfahrungen mit den jungen Radikalen sehr treffen. Das sind junge, kluge Kader mit einem politischen Willen. Das die sich mit 72 Jungfrauen locken lassen, ist eine dumme Karikatur. Es fehlt hierzulande einfach das Grundwissen über diese Szene. Der politische Islam ist als Jugendbewegung überhaupt noch nicht verstanden. Und diese Bewegung ist im Wachsen, glauben Sie mir. Mit diesen Leuten muss man eine echte Auseinandersetzung führen. Distanzierungen helfen genauso wenig wie gutwilliges Dialoggequatsche. Diese jungen Leute lassen sich nicht

irgendeine postmoderne Identität anhängen. Sie reagieren auf Leidenschaft, Enthusiasmus, Bekenntnis. Ich sage denen: Als orientalischer Deutscher bin ich für die deutsche Leitkultur. Ihr seid auch Deutsche, ihr müsst euch bekennen. Wer sich nicht an die Spielregeln hält, muss hart angegangen werden. Jede Kultur, auch die deutsche, hat ein Recht auf Selbstverteidigung. Dann leuchten bei denen die Augen, und wir können anfangen, ernsthaft zu reden."

Zaimoglu ist sich der Ironie bewusst, dass ausgerechnet er - der als Erfinder von "kanak attak" zum Symbol des unassimilierten neuen Selbstbewusstseins der hiesigen Türken wurde - nun einer deutschen republikanischen Leitkultur das Wort redet. "Ich weiss natürlich, warum die Deutschen Probleme mit patriotischem Enthusiasmus haben. Vielleicht ist es ja mein Job als Orientale, sie damit zu versöhnen."

Die modernen Muslime, die ihren Weg in den Gesellschaften des Westens machen, wissen nicht erst seit Madrid, dass ihre Lebensweise den Terroristen ein Dorn im Auge ist. Niemand wird für ihre Sache Wort ergreifen, wenn sie es nicht selber tun."

Jörg Lau, aus: "Ihr müsst euch bekennen". Wo bleibt der Aufstand der anständigen Muslime? Die Funktionäre drücken sich. Die Liberalen fordern eine deutsche Leitkultur. In: Die Zeit Nr. 15. 1. April 2004

"....Die albanische Frage ist ein Ergebnis des Balkankrieges von 1912/1913 und hat damit zu tun, dass sich die Albaner keine ausreichenden Territorien für den Nationalstaat aus der Erbmasse des Osmanischen Reiches sichern konnten. Sie hatten sich von allen Balkanvölkern am besten mit den Osmanen arrangiert und es versäumt, sich beizeiten um ein Konzept für einen Nachfolgestaat zu bemühen. Im Zeichen der Kollaboration positionierten sich die albanischen Eliten auch im Zweiten Weltkrieg. Der Preis für das von den Nazis geduldete Grossalbanien inklusive Kosovo war die Waffen-SS-Division Skanderberg, zu deren Aktivitäten auch die Judenverfolgung gehörte. Umso radikaler gestaltete sich der Abschied von Kollaborationsprinzip in der Nachkriegszeit. Er führte zu den Abschottungsstrategien Enver Hochas, in deren Folge man jede Fähigkeit zur Kooperation eingebüsst hat. Das ist da albanische Fatum.

Zwischen dem Protektor und den Protegierten gibt es ein Grundmissverständnis über den Zweck des Protektorats. Während der Protektor die Wiederherstellung einer multiethnischen Gesellschaft anstrebt, geht es seinen Schützlingen um die Unabhängigkeit im Zeichen der albanischen Homogenität. Ein viel sagendes Beispiel ist die Nachfolgeorganisation der UCK, die von der UN-MIK als eine Art technisches Hilfswerk betrachtet wird, für die Guerillas aber den Kern einer künftigen Kosovo-Armee darstellt..."

Richard Wagner, aus: Vom Fatum zur Farce. In Kosovo brannten wieder Kirchen und Häuser: Warum das Protektorat in der immer noch umkämpften Region auf dem Balkan zu scheitern droht. In: Frankfurter Rundschau 27. März 2004

"...Der Gerechtigkeit halber soll nicht verschwiegen werden, dass es in diesem Buch auch zwei pfiffige Stellen gibt. Die eine: "Wir werden NICHT sein: ein Volk von Grossvätern und Grossmüttern. Wenn Sie an Schaukelstühle, Märchen und den Strickstrumpf denken, sind Sie in einem falschen Jahrhundert. Es wird zwar noch Grosseltern geben, aber viel weniger Enkel." Treffend auch die Auflistung der Schuldgefühle, die "unsere" Generation mit beinah allen Lebensaktivitäten verbindet: "essen (Gift); zeugen (Überbevölkerung); waschen (Wasserverbrauch); heizen (Co2-Ausstoss), fliegen (Treibhauseffekt), reisen (Kulturkolonialismus); kommunizieren (Elektrosmog).."

Hilal Sezgin, aus: Dieses Auto hat noch viel Saft. Hoffnung für Methusalem: Frank Schirrmacher nagelt eine dürre These an die Tore des Altersheime. Über Frank Schirrmacher: Das Methusalem-Komplott, Karl Blessing Verlag 2004. In: Frankfurter Rundschau 25. März 2004

2004-04-06

Es ist etliches aufgeloffen, vorgefallen etc. Der islamistische Terror hat Europa erreicht, die SPD fällt und will stur Westerwelles und Möllemanns Projekt 18 verwirklichen - hoffen wir, dass der Fall nicht tödlich endet, wie der von Möllemann. Ein Psychologe sagte, Möllemann sei wie ein Kamikaze-Krieger gestorben. Es ist wohl nicht das richtige Politikmodell.

Ein wunderschönes Interview mit George Steiner findet sich im neuen LETTRE. Ich werde voraussichtlich noch daraus zitieren.

"Quo vadis, Peter Ustinov? Es ist sonderbar: Je weiter die Globalisierung fortschreitet, desto weniger werden die Kosmopoliten. Vielleicht war Peter Ustinov sogar schon der letzte dieser innerkulturellen Weltreisenden und philantropen Brückenbauer, mit denen das Geistesleben des letzten Jahrhunderts zwischen Shaw und Einstein, Chaplin und Menuhin so reich gesegnet war. "Völkerverständiung" ist ein muffiger Begriff geworden, wahrscheinlich steht er längst auf irgendeiner Liste politischer Unkorrektheiten. Wer wundert sich da, wenn es auch um das Völkerrecht schlecht bestellt ist? Und wer wunder sich, wenn es keine Kosmopoliten mehr gibt?...

Wie immer, wenn eine Institution abtritt, blickt man erschreckt in eine Lücke. Im Falle Ustinov umfasst sie mehr als ein Rollenfach oder eine Medienpersona. Sie umfasst eine Einstellung zum Leben selbst. Die Weltoffenheit, die er verkörperte (schon wieder so ein Wort, das heute komisch klingt), entstammte einer Zeit, als man glaubte, mit Kunst Grenzen überwinden zu können. Die Sprache dieser Kunstdiplomaten besass jenen besonderen Feinsinn, den die Engländer "wit" nennen.

Ustinovs WIT war die ironische Versicherung gegen Selbstgefälligkeit. In England beklagte er sogar eine "Kolonialisierung des Humors" und lobte den der Deutschen. Provozierende Grenzgänger wie Ustinov haben es schwer in einer Zeit, die glaubt, sie tue der Welt einen Gefallen, wenn sie so tut, als hätte diese keine Grenzen mehr. Das Einzige, was sie nicht mehr hat, sind Kosmopoliten wie Peter Ustinov. - Sir Peter Ustinov ist in der Nacht zum Montag (29. März, DEB) im Alter von 82 Jahren an den Folgen eines Herz- und Zuckerleidens in Genolier bei Genf gestorben."

Daniel Kothenschulte, aus: Quo vadis, Peter Ustinov? Universalist des Esprits: Zum Tod des Schauspielers und letzten Kosmopoliten. In: Frankfurter Rundschau 30. März 2004

"...Er war ein Renaissance-Mensch und tönte aus einer anderen Zeit. Es ist fatal, so etwas zu sagen, weil man das Gefühl hat, man stirbt selber ein bisschen mit ihm. Aber eine Bildungsgeschichte wie die von Peter Ustinov kann man sich heute kaum mehr vorstellen. Menschen wie er werden sich heute wohl nicht mehr geboren. Jedenfalls kenne ich keinen

Künstler, der zwischen dem Humanen und dem Ironischen solch eine glückliche Balance gefunden hätte. Keinen, der so dinosaurierartig Hochkultur und Unterhaltung zusammenbrachte. Ich kenne niemanden, der auf so vielen Feldern auf solchem Niveau zu Hause war. Nicht weil er sie annektiert hätte, sondern weil er in ihnen lebte.

Und Ustinov war diskret, unendlich diskret. Immer hatte ich das Gefühl, Leiden sei für ihn etwas Intimes, das ich nur auflösen lässt, wenn man es in einem Running Gag stilisiert. Auf die Frage, wo er wohnen möchte, hat er einmal gesagt: "Dort, wo man im Herbst die Äpfel fallen hört". Doch eine Heimat brauchte er nicht. "Die einzige Heimat, die für mich zählt, ist das zivilisierte Benehmen." War er fromm? Wohl eher nicht. Als man ihn einmal fragte, was auf seinem Grabstein stehen sollte, sagte er: "Bitte nicht aufs Gras treten." Die einzige Transzendenz, die er kannte, war die Religion der Kunst..."

Roger Willemsen, aus: Der Findling. Erinnerungen an Peter Ustinov. In: Die Zeit Nr. 15., 1. April 2004

"Auch ich war bei oben genanntem Prozess Beobachterin. Ich fand es beschämend, dass die drei angeklagten BGS-Beamten mit keinem Wort ihr Bedauern über den Tod von Herrn Agab zum Ausdruck brachten (vielleicht bedauern sie dies nicht). Stattdessen versuchten ihre Anwälte, sie von ihrer Schuld reinzuwaschen. Unvorstellbar, dass von Staatsbeamten der Bundesrepublik Deutschland ein Mensch derart gefesselt abgeschoben werden soll. Verständlich wird dieser unruhig und fängt an zu schreien, hat Angst, wenn er keine Luft mehr abbekommt. Dieses Schreien wird dann als Widerstand bezeichnet, und ihm wird im wahrsten Sinne des Wortes die Luft abgedrückt! Ich wünsche mir vom Prozess vor dem Schwurgericht, dass alle für diesen Tod Verantwortlichen, angefangen bei Otto Schilly bis zu den drei Beamten, die tatsächlich ausführten, verurteilt werden. Als sofortige Konsequenz dieses Todes sind diese menschenverachtenden Praktiken der Abschiebung bzw. die Abschiebungen selbst einzustellen."

FR-Leserin Heidrun Gondal, Frankfurt am Main, in: Frankfurter Rundschau 2004-02

Sorry, für mehr reicht es jetzt nicht, Frau will - vom Einkaufen kommend - frühstücken, da bleibt für die Kommentierung der - grossen - Weltgeschichte kein Raum mehr. Mehr demnächst in diesem Theater

2004-04-05

Eigentlich sollte es ein Lobgesang auf Europa werden. All die fröhlichen Menschen vor den schönen Feuerwerken, an den Schlagbäumen, die nicht mehr eine unüberwindliche Grenze darstellen. 1. Mai 2004 in Europa: Die Einen feiern, sind glücklich, die Anderen lässt es kalt. Mehr dazu von Steiner in diesem Tagebuch. Demnächst.

Heute, gallischer, ein Eintrag, beim Verfassen des Haushaltsbuchs. Es ist immer schlecht das Haushaltsbuch im Nachhinein zu führen, aber so ist es nun einmal, im Mai des Jahres 2004, und da las ich bei einer Kreditforderung des Freundes der Apotheke, Klaus aus Frankfurt:

"Es ist etwas eingetreten, was ich nicht erwartet habe, was ich auch nicht vorhersehen konnte. Die politischen Rahmenbedingungen, die in Berlin ausgeheckt worden sind, das sog. Beitragssicherungsgesetz, wird über kurz oder lang dazu führen, dass sich die Apothekenlandschaft in Deutschland gravierend verändern wird. Neben unzähligen Entlassungen wird es im Laufe der nächsten Jahre viele Schließungen geben. Der Ertrag meiner Apotheke wird sich derart vermindern, dass es zu dramatischen Einkommensverlusten kommen wird. Ich habe nur wenige Möglichkeiten, durch Kostensenkungen dem entgegen zu wirken." Geschrieben im Laufe des Jänner 2003. Von einem Apotheker, der noch in den neunziger Jahren des ausgehenden 20. Jahrhunderts stolz darauf war, einer der TOP-TEN-Apotheker (umsatzmäßig, immer umsatzmäßig, Sir Henry James) zu sein. 2004 lese ich in den Zeitungen, dass die Apotheker zu den wenigen Gewinnern der sogenannten Gesundheitsreform der rot-grünen Regierung gehören, die Pharma-Konzerne gehören "natürlich" auch dazu, sollte es nur das PHARMATELEGRAMM wundern? Falsch gerülpst, Herr Westerwelle. Und da fällt mir der Ausspruch meines Freundes, des Coach Anton Adam ein, der vor noch nicht so langer Zeit sagte, es gebe kaum eine Berufsgruppe, die so wenig für ihren Erfolg machen müsse und die so von sich selbst eingenommen sei, wie den der Apotheker. Dünkel heißt das wohl. Soweit, mein gallisches Elaborat am Geburtstag von dem Sohn meiner Geliebten. Kommt gallisch von Galliern oder von der Galle? Sachdienliche Hinweise nimmt jeder Psychotherapeut oder Finanzberater an.

05. Apr 2004 10:27

Gerd Rosenkranz und Harald Schumann hatten zu ihrem Artikel vom Oktober 2003, der im «Spiegel» nicht erscheinen konnte, einen «Kasten» mit Zusatz-Informationen recherchiert, den die Netzeitung zusammen mit dem Artikel dokumentiert. Die Fakten sind auf dem Stand der Recherchezeit im Frühherbst 2003.

Von Gerd Rosenkranz und Harald Schumann

Dokumentation
Machtkampf um den Energiemix

Wenn Wirtschaftsminister Wolfgang Clement gegen die «Überförderung» der Windstromerzeugung raisoniert, dann können die Zahlen gar nicht groß genug sein. Schon in diesem Jahr würden für die Erneuerbaren Energien «über 2,7 Milliarden Euro» fließen, davon gut zwei Milliarden für die Windstromer, erklärte er vor der SPD-Fraktion. Weil diese Kosten auf die Verbraucher umgelegt werden, belaste dies die Stromkunden mit 0,42 Cent pro Kilowattstunde, kalkulierten seine Beamten. Bleibe es bei den bisher vorgesehenen Fördersätzen und Wachstumsraten, würden diese Kosten bis 2010 sogar auf vier Milliarden Euro im Jahr anwachsen.

2004-04-06

"Gewaltloser Widerstand"

Arundhati Roys Rede auf dem 4. WSF in Mumbai

(GWR-Red.) Die indische Autorin und gewaltfreie Aktivistin Arundhati Roy hat während des 4. Weltsozialforums (WSF) im indischen Mumbai im Januar 2004 eine Aufsehen erregende Rede gehalten. Hier die vollständige Rede in überarbeiteter deutscher Übersetzung:

Feiertagsproteste stoppen keine Kriege. Der neue Imperialismus ist bereits über uns gekommen.
Im Januar vorigen Jahres versammelten sich Tausende von uns aus der ganzen Welt im brasilianischen Porto Alegre und erklärten einmal mehr: "Eine andere Welt ist möglich."

Ein paar tausend Meilen weiter nördlich dachten in Washington George Bush und seine Berater das gleiche.

Unser Projekt war das Weltsozialforum. Ihr Ziel war es, das voranzubringen, was viele als das "Projekt für das neue amerikanische Jahrhundert" sehen.

In den großen Städten Europas und Amerikas, wo solche Dinge noch vor ein paar Jahren nur geflüstert worden wären, spricht man nun offen von den guten Seiten des Imperialismus und davon, dass man ein starkes Imperium braucht, um eine aufsässige Welt zu überwachen. Die neuen Missionare wollen Ordnung auf Kosten der Gerechtigkeit. Disziplin auf Kosten der Würde. Und Überlegenheit um jeden Preis. Gelegentlich werden einige von uns eingeladen, das Problem auf "neutralen", von den Medienkonzernen gestellten Plattformen zu "diskutieren". Über den Imperialismus zu diskutieren ist ein bisschen wie über das Für und Wider von Vergewaltigung zu diskutieren. Was können wir dazu sagen? Dass uns so was wirklich fehlt?

Im Krieg gegen den Terror wird Armut mit Terrorismus vermischt

Jedenfalls ist ein neuer Imperialismus bereits über uns gekommen. Er ist eine umgemodelte, modernisierte Fassung dessen, was wir einst kannten. Erstmals in der Geschichte hat ein einziges Imperium mit einem Waffenarsenal, das die Welt an einem Nachmittag auslöschen kann, die vollständige, unipolare wirtschaftliche und militärische Hegemonie. Es wendet verschiedene Waffen an, um unterschiedliche Märkte aufzubrechen. Es gibt kein Land auf Erden, das sich nicht im Fadenkreuz amerikanischer Marschflugkörper und IWF-Scheckbücher befindet. Argentinien steht für den Musterknaben des neoliberalen Kapitalismus, Irak für das schwarze Schaf.

Arme Länder, die geopolitisch von strategischem Wert für das Imperium sind, die einen halbwegs interessanten "Markt" oder eine privatisierbare Infrastruktur haben oder die, Gott behüte, wertvolle natürliche Ressourcen wie Öl, Gold, Diamanten, Kobalt oder Kohle besitzen, müssen tun, was ihnen gesagt wird, oder sie werden zu militärischen Zielen. Jene mit den größten natürlichen Reichtümern sind am meisten gefährdet. Wenn sie nicht bereitwillig ihre Ressourcen der Konzernmaschinerie ausliefern, werden zivile Unruhen initiiert oder Kriege vom Zaun gebrochen. In diesem neuen Zeitalter des Imperiums, da nichts mehr so ist, wie es scheint, dürfen Manager interessierter Firmen außenpolitische Entscheidungen beeinflussen. Das Center for Public Integrity in Washington hat festgestellt, dass neun von 30 Mitgliedern des Verteidigungsausschusses der US-

Regierung mit Unternehmen verbandelt waren, denen zwischen 2001 und 2002 Rüstungsaufträge in Höhe von 76 Milliarden Dollar erteilt wurden.

Der frühere US-Außenminister George Shultz war Vorsitzender des Komitees für die Befreiung Iraks. Er sitzt auch im Verwaltungsrat der Bechtel-Gruppe. Über einen Interessenkonflikt im Kriegsfall gegen Irak befragt, sagte er: "Ich weiß nicht, ob Bechtel daraus besonderen Nutzen ziehen würde. Aber wenn dort Arbeit zu tun ist, dann ist Bechtel der Firmentyp, der das machen könnte. Aber niemand betrachtet das als etwas, von dem man profitiert." Nach dem Krieg schloss Bechtel einen Vertrag über 680 Millionen Dollar für den Wiederaufbau im Irak ab.

Diese brutale Blaupause ist immer wieder verwendet worden - quer durch Lateinamerika, Afrika, Mittel- und Südostasien. Sie hat Millionen Menschenleben gekostet. Natürlich wird jeder Krieg des Imperiums zum gerechten Krieg erklärt. Das hängt zum großen Teil von der Rolle der Medienkonzerne ab. Es ist wichtig zu verstehen, dass die Medienkonzerne das neoliberale Projekt nicht bloß unterstützen. Sie sind das neoliberale Projekt. Das ist keine moralische Position, die sie sich ausgesucht haben, sondern strukturell bedingt. Sie ist für das ökonomische Funktionieren der Massenmedien wesentlich.

Die meisten Nationen haben genug Leichen im Keller. Deshalb haben es die Medien nur selten nötig zu lügen. Was betont und was weggelassen wird, zählt. Nehmen wir zum Beispiel an, Indien wäre als Ziel für einen gerechten Krieg ausgewählt worden. Die Tatsache, dass seit 1989 in Kaschmir 80.000 Menschen getötet worden sind, die meisten von ihnen Muslime, und die meisten von ihnen durch indische Sicherheitskräfte (was einen Jahresdurchschnitt von ungefähr 6.000 ergibt); die Tatsache, dass im März 2003 über 2000 Muslime auf den Straßen in Gujarat ermordet, dass Frauen von Gruppen vergewaltigt, Kinder bei lebendigem Leibe verbrannt und 150.000 Menschen aus ihren Häusern vertrieben wurden, während die Polizei und die Administration zuschauten und sich mitunter aktiv beteiligten; die Tatsache, dass niemand für diese Verbrechen bestraft und die verantwortliche Regierung wieder gewählt wurde - all das würde den internationalen Zeitungen perfekte Schlagzeilen zur Vorbereitung eines Krieges liefern.

Als nächstes würden unsere Städte von Marschflugkörpern dem Erdboden gleichgemacht, unsere Dörfer mit Stacheldraht umzäunt, US-Soldaten würden durch unsere Straßen patrouillieren und Narendra Modi, Pravin Togadia oder irgendein anderer prominenter Fanatiker müsste sich - wie Saddam Hussein - im US-Gewahrsam zur besten

Fernsehsendezeit sein Haar nach Läusen durchsuchen und seine Zahnfüllungen überprüfen lassen.

Aber solange unsere "Märkte" offen sind, solange Enron, Bechtel, Halliburton, Arthur Andersen freie Hand gelassen wird, dürfen unsere "demokratisch gewählten" Führer unbesorgt die Linien zwischen Demokratie, Mehrheitspolitik und Faschismus verwischen.

Die feige Bereitschaft unserer Regierung, die stolze indische Tradition der Blockfreiheit aufzugeben, ihr Drang an die Spitze der komplett Gebundenen (der Modebegriff heißt "natürliche Verbündete": Indien, Israel und die USA sind "natürliche Verbündete"!) haben ihr die Beinfreiheit gegeben, sich ohne Legitimitätsverluste in ein repressives Regime zu verwandeln.

Die Opfer einer Regierung sind nicht nur jene, die sie tötet und einkerkert. Auch diejenigen müssen zu ihnen gerechnet werden, die enteignet, vertrieben und zu einem Leben in Hunger und Entbehrung verurteilt werden. Millionen Menschen sind durch "Entwicklungsprojekte" enteignet worden. In den vergangenen 55 Jahren sind in Indien allein durch die Staudammprojekte zwischen 33 und 55 Millionen Bürgerinnen und Bürger vertrieben worden. Einen Rechtsweg gibt es für sie nicht.

In den letzten beiden Jahren gab es eine Reihe von Zwischenfällen, bei denen die Polizei das Feuer auf friedlich Protestierende, meist Dalits und Adivasi, eröffnete. Die Armen und besonders die Dalits und Adivasi werden getötet, wenn sie Forstland nutzen, und sie werden getötet, wenn sie die Nutzung von Forstland für Dämme, den Bergbau, Stahlwerke und andere "Entwicklungsprojekte" zu verhindern suchen. Fast immer, wenn die Polizei das Feuer eröffnet hat, behauptet die Regierung, die Schüsse seien durch Gewaltakte provoziert worden. Jene, auf die geschossen wird, werden sofort als Militante bezeichnet.

Im ganzen Land hat man Tausende unschuldiger Menschen, darunter auch Minderjährige, nach dem Gesetz zur Verhinderung des Terrorismus eingesperrt und hält sie ohne Gerichtsverfahren auf unbestimmte Zeit fest. Im Zeitalter des Krieges gegen den Terror wird die Armut stillschweigend mit dem Terrorismus vermengt. Im Zeitalter der Konzernglobalisierung ist Armut ein Verbrechen. Protest gegen weitere Verarmung ist Terrorismus. Und nun sagt unser Oberster Gerichtshof sogar, Streiken sei ein Verbrechen. Kritik an den Gerichten ist selbstverständlich auch ein Verbrechen. So wird jeder Ausweg versperrt.

Wie der alte Imperialismus beruht auch der neue Imperialismus auf einem Netzwerk von Agenten, korrupten lokalen Eliten, die dem Imperium dienen. Wir alle kennen die schmutzige Geschichte von Enron in Indien. Die damalige Regierung von Maharashtra unterzeichnete einen Vertrag über Stromlieferungen, der Enron Profite in Höhe von 60 Prozent des gesamten indischen Budgets für die landwirtschaftliche Entwicklung sicherte. Einem einzigen amerikanischen Unternehmen wurde ein Profit garantiert, der den Mitteln zur Entwicklung der Infrastruktur für etwa 500 Millionen Menschen entspricht!

Cancun lehrte uns, internationale Allianzen zu schmieden

Der neue Imperialist muss sich nicht mehr wie früher durch die Tropen schleppen und dabei Malaria, Durchfälle und einen frühen Tod riskieren. Der neue Imperialismus funktioniert auch per E-Mail. Der vulgäre, handgreifliche Rassismus des alten Imperialismus ist überholt. Der Eckstein des neuen Imperialismus ist ein neuer Rassismus.

Eine passende Allegorie des neuen Rassismus ist die US-amerikanische Tradition der Truthahn-Begnadigung. Seit 1947 überreicht die National Turkey Federation dem Präsidenten jedes Jahr zum Erntedankfest einen Truthahn. Jedes Jahr verschont der Präsident in einem feierlichen Akt der Großherzigkeit dieses eine Tier (und isst dafür ein anderes). Nachdem der Auserwählte vom Präsidenten dergestalt begnadigt worden ist, wird er nach Virginia in den Frying Pan Park gebracht, um dort bis zu seinem natürlichen Ende weiterzuleben. Die übrigen 50 Millionen für das Erntedankfest gezüchteten Truthähne werden an diesem Tag geschlachtet und gegessen. Das Unternehmen ConAgra Foods, offizieller Truthahnlieferant des Präsidenten, dressiert die begnadigten Tiere, so dass sie kontaktfreudig werden und dem Umgang mit Würdenträgern, Schulkindern und der Presse gewachsen sind. (Demnächst sprechen sie auch noch Englisch!)

So funktioniert der Neue Rassismus im Zeitalter der Großkonzerne. Einige wenige sorgsam gezüchtete Truthähne, die lokalen Eliten verschiedener Länder, eine reiche Immigrantenschicht, Investment-Banker, einzelne Leute wie Colin Powell oder Condoleezza Rice, ein paar Sänger und Schriftsteller - Leute wie ich - bekommen die Absolution und die Eintrittskarte zum Frying Pan Park. Die Millionen anderen verlieren ihre Arbeitsplätze, werden aus ihren Häusern vertrieben, bekommen weder Wasser noch Strom und sterben an AIDS. Im Grunde sind sie alle für den Kochtopf bestimmt. Aber den paar Glücklichen im Frying Pan Park geht es gut. Ein paar von ihnen arbeiten sogar für

den IWF und die WTO - wer also kann behaupten, diese Organisationen wären truthahnfeindlich? Einige sind Mitglieder im Komitee für die Auswahl der Truthähne - wer also kann behaupten, Truthähne wären gegen das Erntedankfest? Sie machen ja mit! Wer kann behaupten, die Armen wären gegen die Globalisierung der Konzerne? Sie kämpfen ja panisch um einen Platz im Frying Pan Park! Nur gehen eben die meisten auf dem Weg dorthin zugrunde.

Teil des Projekts neuer Rassismus ist ein neuer Völkermord. Im Zeitalter der wirtschaftlichen Interdependenz kann er durch ökonomische Sanktionen bewirkt werden. Man schafft einfach Bedingungen, die zu einem Massensterben führen, ohne dass man Menschen direkt töten muss. Dennis Halliday, von 1997 bis 1998 UN-Koordinator für humanitäre Angelegenheiten in Irak (danach trat er angeekelt zurück), verwendete den Begriff Völkermord, um die Sanktionen gegen Irak zu beschreiben. Die Sanktionen stellten alle Bemühungen Saddam Husseins in den Schatten: Sie kosteten mehr als eine halbe Million Kinder das Leben.

Im neuen Zeitalter ist Apartheid als formale Politik antiquiert und unnötig. Internationale Handels- und Finanzinstrumente steuern ein komplexes System multilateraler Handelsgesetze und Finanzabkommen, die die Armen ohnehin in ihren Bantustans festhalten. Ihr ganzer Zweck besteht darin, Ungleichheit zu institutionalisieren. Warum sonst würden die USA das Produkt eines Textilherstellers in Bangladesch zwanzigmal höher besteuern als eins aus Großbritannien? Warum sonst produzieren Länder mit 90 Prozent des Weltkakaoanbaus nur fünf Prozent der Schokolade in der Welt? Warum sonst werden Kakao anbauende Länder wie die Elfenbeinküste und Ghana durch Besteuerung vom Markt gedrängt, wenn sie ihren Rohkakao zu Schokolade zu verarbeiten wollen? Warum sonst fordern reiche Länder, die täglich über eine Milliarde Dollar für Agrarzuschüsse ausgeben, dass arme Länder wie Indien alle Agrarsubventionen, einschließlich der für die Stromversorgung, abbauen? Warum sonst stecken ehemalige Kolonien, die über ein halbes Jahrhundert lang von den Kolonialregimes ausgeplündert wurden, in der Schuldenfalle genau dieser Regimes und zahlen ihnen 382 Milliarden Dollar pro Jahr zurück?

Aus all diesen Gründen war es für uns so entscheidend, die Handelsabkommen in Cancun zum Entgleisen zu bringen. Auch wenn unsere Regierungen versuchen, den Erfolg für sich zu reklamieren, wissen wir doch, dass er das Ergebnis des jahrelangen Kampfes vieler

Millionen Menschen in sehr vielen Ländern war. Cancun lehrte uns, dass es für die Widerstandsorganisationen vor Ort darauf ankommt, internationale Bündnisse zu schließen, um wirklichen Schaden anrichten und radikalen Wandel erzwingen zu können. Von Cancun lernten wir die Bedeutung globalisierten Widerstands.

Keine einzelne Nation kann sich dem Projekt der Konzernglobalisierung aus eigener Kraft widersetzen. Immer wieder haben wir erlebt, dass die Helden unserer Zeit schrumpfen, wenn es um das neoliberale Projekt geht. Außergewöhnliche, charismatische Männer, Giganten in der Opposition, werden machtlos auf der globalen Bühne, sobald sie an die Macht kommen und Staatschefs werden. Ich denke hier an Präsident Lula von Brasilien. Letztes Jahr war Lula der Held des Weltsozialforums. Dieses Jahr setzt er eifrig IWF-Richtlinien um, senkt die Renten und säubert seine Arbeiterpartei von Radikalen. Ich denke auch an Südafrikas Ex-Präsidenten Nelson Mandela. Innerhalb von zwei Jahren nach seinem Machtantritt ging seine Regierung fast bedingungslos vor dem Gott des Marktes in die Knie. Sie führte ein massives Privatisierungs- und Strukturanpassungsprogramm durch, das Millionen Menschen ohne Obdach, arbeitslos, ohne Wasser und Strom hinterlässt.

Warum geschieht das? Es nützt nichts, sich das Haar zu raufen und sich betrogen zu fühlen. Lula und Mandela sind in jeder Beziehung großartige Menschen. Aber in dem Moment, da sie von der Opposition ins Regierungslager wechselten, wurden sie zu Geiseln eines ganzen Spektrums von Bedrohungen, die schlimmste von ihnen die Drohung der Kapitalflucht, die jede Regierung über Nacht zu Fall bringen kann. Sich einzubilden, das persönliche Charisma und der kampferfüllte Lebenslauf einer Führungspersönlichkeit würden das Kartell der Konzerne anknacksen, bedeutet, dass man nicht verstanden hat, wie der Kapitalismus funktioniert und wie Macht funktioniert. Radikaler Wandel wird nicht durch Regierungen ausgehandelt, er kann nur durch Menschen erzwungen werden.

Wir müssen Strategien des Widerstands diskutieren

In dieser Woche werden auf dem Weltsozialforum einige der besten Köpfe der Welt Ideen darüber austauschen, was um uns herum geschieht. Diese Gespräche schärfen unsere Vision der Welt, für die wir kämpfen. Das ist ein wichtiger Prozess, der nicht untergraben werden darf.

Wenn jedoch auf Kosten wirklichen politischen Handelns all unsere Energien auf diesen Prozess gerichtet werden, besteht die Gefahr, dass das WSF, das eine so entscheidende Rolle in der Bewegung für globale Gerechtigkeit gespielt hat, jetzt unseren Feinden in die Hände spielt. Wir müssen dringend Strategien des Widerstands diskutieren. Wir müssen reale Ziele ins Visier nehmen, reale Kämpfe führen und realen Schaden anrichten. Gandhis Salzmarsch war nicht einfach politisches Theater. Als in einem simplen Akt des Ungehorsams Tausende Inder zum Meer marschierten und dort ihr Salz gewannen, brachen sie das Salzsteuergesetz. Das war ein direkter Schlag gegen den ökonomischen Unterbau des britischen Empires. Er war real. Nachdem unsere Bewegung einige wichtige Siege errungen hat, dürfen wir den gewaltlosen Widerstand nicht zu wirkungslosem, wohlgefälligem politischem Theater verkümmern lassen. Er ist eine sehr kostbare Waffe, die ständig geschärft und immer wieder neu ersonnen werden muss. Wir dürfen nicht zulassen, dass er lediglich zum Spektakel, zu einem Fotomotiv für die Medien wird.

Es war großartig, dass am 15. Februar vorigen Jahres zehn Millionen Menschen in fünf Kontinenten gegen den Krieg in Irak auf die Straße gingen - eine eindrucksvolle Demonstration öffentlicher Moral. Es war großartig, aber es war nicht genug. Der 15. Februar war ein Wochenende. Niemand musste auch nur einen Arbeitstag verpassen. Feiertagsproteste stoppen keine Kriege. George Bush weiß das. Die Selbstsicherheit, mit der er die überwältigende öffentliche Meinung missachtete, sollte uns allen eine Lehre sein. Bush glaubt, Irak kann besetzt und kolonisiert werden, wie es mit Afghanistan geschieht, mit Tibet geschieht, mit Tschetschenien geschieht, wie es in Osttimor der Fall war und in Palästina noch der Fall ist. Er glaubt, dass er nur in Deckung gehen und warten muss, bis die krisenhungrigen Medien dieses Thema bis auf die Knochen ausgeschlachtet haben, es fallen lassen und weiterziehen. Bald wird der Kadaver von den Bestseller-Charts rutschen, und all die aufgebrachten Leute werden das Interesse daran verlieren. Das jedenfalls hofft er.

Diese unsere Bewegung braucht einen großen, globalen Erfolg. Es ist nicht genug, Recht zu haben. Manchmal ist es wichtig, etwas zu gewinnen, und wenn es nur ist, um unsere Entschlossenheit zu testen. Um etwas zu gewinnen, müssen wir - alle, die sich hier und dort drüben bei Mumbai Resistance versammelt haben - uns auf eine Sache einigen. Es muss keine übergreifende, übergestülpte Ideologie sein, in die wir unsere sympathisch streitlustigen, konfliktfreudigen Persönlichkeiten hineinzwängen. Es muss auch keine

kritiklose Loyalität gegenüber der einen oder anderen Form von Widerstand sein, die alles andere ausschließt. Ein Minimalprogramm könnte reichen.

Lasst uns den Blick auf Irak richten

Wenn alle von uns wirklich gegen Imperialismus und gegen das Projekt des Neoliberalismus sind, dann lasst uns den Blick auf Irak richten. Irak ist die unvermeidliche Kulmination von beidem. Zahlreiche Kriegsgegner ziehen sich seit der Gefangennahme Saddam Husseins verunsichert zurück. Ist die Welt nicht besser ohne Saddam Hussein? fragen sie ängstlich.

Schauen wir der Sache ein für allemal ins Auge. Der Gefangennahme Saddam Husseins durch die US Army zu applaudieren und damit im Nachhinein die Invasion und Besetzung Iraks zu rechtfertigen, ist wie Jack the Ripper zu verherrlichen, weil er den Würger von Boston geschlachtet hat. Und das nach einem Vierteljahrhundert Partnerschaft, in der Schlächter und Würger ihr Unternehmen gemeinsam betrieben hatten. Bis dann der innerbetriebliche Streit kam. Sie waren Geschäftspartner, die sich wegen eines schmutzigen Deals entzweiten. Jack war der Chef des Unternehmens.

Wenn wir also gegen den Imperialismus sind, wollen wir uns dann darauf einigen, dass wir gegen die US-Besatzung sind und dass wir der Meinung sind, die USA müssen sich aus Irak zurückziehen und dem irakischen Volk Reparationen für die Kriegsschäden zahlen?

Wie fangen wir an, unseren Widerstand aufzubauen? Beginnen wir mit etwas wirklich Kleinem. Es geht nicht darum, den Widerstand in Irak gegen die Besatzung zu unterstützen oder zu debattieren, wer genau den Widerstand in Irak bildet. (Sind es alte Baath-Killer? Sind es islamische Fundamentalisten?)

Wir müssen der globale Widerstand gegen die Besatzung werden.

Unser Widerstand muss damit beginnen, dass wir uns weigern, die Besetzung Iraks durch die USA als legitim zu betrachten. Das bedeutet Handeln, um es dem Imperium in der Praxis unmöglich zu machen, seine Ziele zu erreichen. Es bedeutet, Soldaten müssen sich weigern zu kämpfen, Reservisten sich weigern, eingezogen zu werden, Arbeiter sich weigern, Schiffe und Flugzeuge mit Waffen zu beladen. Es bedeutet auch, dass wir in Ländern wie Indien und Pakistan die Pläne der US-Regierung, indische und pakistanische Soldaten zum Aufräumen nach Irak zu schicken, zum Scheitern bringen müssen.

Ich schlage vor, dass wir auf einer gemeinsamen Abschlusszeremonie von Weltsozialforum und Mumbai Resistance zwei Großunternehmen auswählen, die von der Zerstörung Iraks profitieren. Wir könnten jedes Projekt, an dem sie beteiligt sind, erfassen. Wir könnten ihre Büros in jeder Stadt und in jedem Land der Welt ausfindig machen. Wir könnten hingehen und sie zumachen. Die Frage ist, ob wir unser kollektives Wissen und die Erfahrungen der vergangenen Kämpfe für ein einzelnes Ziel nutzbar machen wollen. Die Frage ist, ob wir gewinnen wollen.

Das "Projekt für das neue amerikanische Jahrhundert" strebt danach, die Ungleichheit fortzuschreiben und um jeden Preis, selbst wenn er apokalyptisch ist, die amerikanische Hegemonie zu errichten. Das Weltsozialforum verlangt Gerechtigkeit und Überleben.

Aus diesen Gründen müssen wir uns als im Krieg befindlich betrachten.

Arundhati Roy, 28. Februar 2004

Anmerkungen

Die Rede wurde am 18. Januar in der indischen laizistischen, oppositionellen Tageszeitung The Hindu veröffentlicht.
Übersetzung: H. König. Überarbeitung: GWR-Red

2004-03-21

Der junge Journalist Juris Lempfert aus Rümmingen schreibt im Tagesspiegel vom 21. März 2004:

"Das Abitur hat er noch nicht, aber eine Stimme, die alle überzeugt hat. Von einer großen Karriere ist nicht nur sein Produzent Stefan Raab überzeugt. Der Sieger beim deutschen Vorentscheid des Eurovision Song Contest hebt trotz des Rummels nicht ab....

Heute geht es mit dem Zug wieder zurück nach Waldshut-Tiengen. In der kleinen 23 000-Einwohner-Stadt in Süddeutschland lebt Max noch bei seinen Eltern, direkt an der Grenze zur Schweiz. Und Montag früh knöpft sich der 22-Jährige wieder seine Mathe-Bücher vor und paukt Parabelgleichungen – am 20. April hat er Abiturprüfungen am Wirtschaftsgymnasium. In den vergangenen Wochen ist er nicht viel zum Lernen gekommen: Erst der Sieg beim Casting in Stefan Raabs Fernsehshow "tv total", dann

seine Single "Can’t Wait Until Tonight", die sofort auf Platz eins der Charts schoss, und am Freitagabend schließlich der überragende Sieg beim deutschen Vorentscheid des Schlager-Wettbewerbs.

Auch wenn er binnen weniger Wochen vom Bummel-Abiturienten zum Pop-Star gehypt wurde: Max bleibt bescheiden. "Ich hab jetzt schon mehr erreicht im Leben, als ich mir jemals erträumt hätte", sagt er kurz nach der Show im Arena. Stefan Raab trommelt da lauter: "Ich habe in den letzten 20 Jahren niemanden erlebt, der so talentiert ist", sagt er über seinen Zögling, mit dem er als Produzent in Zukunft wohl noch jede Menge Geld verdienen wird. Denn von Max’ bevorstehender Karriere ist nicht nur Raab überzeugt, auch Thomas Anders und Joy Fleming ("affentittengeile Stimme") aus der tv-total-Jury, Grand-Prix-Organisator Jürgen Meier-Beer ("der hat noch viel vor sich") – und natürlich die Waldshuter. "Wir sind mächtig stolz auf ihn und seine unfassbare Stimme", sagt Oberbürgermeister Martin Albers. Und der Direktor des Wirtschaftsgymnasiums hält Max "für einen Jugendlichen mit einer hohen Begabung".

Musiker wollte Max werden, solange er denken kann; sein Vorbild ist James Brown. Seit Jahren gehört Max schon als Schlagzeuger und Sänger zur Band "Project 5", einer Waldshuter Funk-Band. Die profitiert bereits von Max’ Popularität. Ein Konzert vor zwei Wochen in Waldshut für 1500 Zuschauer war innerhalb von 18 Minuten ausverkauft. Privat mag es der Sänger mit der Schmusestimme, der nach eigenen Angaben "schon vergeben" ist, übrigens gerne etwas heftiger. Seine Hobbys: Freeclimbing und Motocross."

Tja der Junge hat wirklich eine wunderschöne Stimme und fast hätte ich ihm auch meine Stimme gegeben. Doch ich entschied mich dann für eine der anderen guten Bands - diesmal mit deutschem Text. Vielleicht beginnt bei mir schon die alte Weisheit zu wirken, dass die Emigranten im fremden Land immer konservativer sind, als die Menschen im Land. Doch mir haben viele der Lieder dieses Wettbewerbs gefallen - nicht nur das tiefe Décoltée von Sabrina Settlur (snüff, Andreas), sondern eigentlich alle Songs, na ja der mit den zweitmeisten Stimmen mit am wenigsten. Ich hab mich dann also für den Song entschieden, der mich an Lieder von Klaus Lage erinnert.

Da muss dann allerdings die Frage gestellt werden, wie kommen die Stimmen denn zusammen. Dass Max schon im ersten Durchgang fast zwei Drittel der Stimmen bekam -

ich gönn es ihm, trotzdem: welche Mechanismen wirken da? Welche Beeinflussung findet statt? Es gab so viele gute Songs an diesem Abend - die Vorauswahl durch die Viva-Hörerinnen hat sich ausgezahlt - wieso bekamen sie nicht alle annähernd gleich grosse Stimmenanteile?

Sind da mächtige Manipulatoren am Werk? Wer überprüft die Stimmen? Die Fehler bei den elektronischen Wahlen in den USA machen uns misstrauisch. Klar, das Modell der 20 Weisen, die für das Volk die Musik auswählen, so wie einst, das ist Schnee von Gestern. Aber wenn nur bei mir innerhalb weniger Wochen fast hundert Mails auftauchen, wo irgend so ein Hurensohn unsere E-Mail-Adressen als virenverseuchtes trojanisches Pferd nutzt - warum sollten dann nicht auch im grossen Stil Manipulationen möglich sein.

Misstrauisch macht mich auch, dass jetzt schon drei Jahre der TV-Mann Stefan Raab seine Songs in die internationale Ausscheidung schickt. Ok, der Song des Waldshut-Tiengeners ist gut und seine Stimme klasse. Aber die anderen Songs waren auch nicht ohne. Noch ist es etwas anderes, als die Dauerpräsenz beim Grand Prix vom Komponist und Texter, der auch das Lied "erfand" "Du kannst nicht immer sechzehn sein". (Ich kannte das nicht, aber bei einem Fest hier, zu Ehren von Rosa zu ihrem 60ten, sang Gino dies und nahm Bezug zu einer anwesenden Dame, auf die das Lied so knallhart passte). In dem Sinn eine versöhnliche Geste, mit den australischen 20 tenors ein medley dieser Deutschen Schlager-Legende anzubieten.

Also, toll, dass es wieder gute deutsche Schlager gibt, Rosenstolz gehört auch dazu, und toi toi toi für Istanbul, Max.

Jetzt rollt die Post - stündlich werden die Web-Sites umgekrempelt:

www.maxmutzke.com

Die Seite seiner Waldshuter Band

www.project-five.de

2004-03-20

Frühlingsanfang.

"..China ist inzwischen weltweit führend bei der Produktion von Sonnenkollektoren. Allein im Jahr 2002 wurden auf Chinas Dächern 10 Millionen Quadratmeter Sonnenkollektoren installiert - in Deutschland eine halbe Million. In der Zwei-Millionen-Stadt Kunming zum Beispiel sieht man fast kein Haus mehr ohne Sonnenkollektoren. In Chinas Regierung tobt ein Machtkampf zwischen einer Sonnen- und einer Atomenergiefraktion. Vor diesem Hintergrund war Schroeders flotte Zusage an China nicht nur leichtfertig, sie war leichtsinnig.

China mit acht bis 10 Prozent jährlichen Wirtschaftswachstum braucht in den nächsten Jahrzehnten pro Jahr zusätzlich Energie aus drei weiteren grossen Kraftwerken. Heute befriedigt das Riesenreich seinen wachsenden Energiehunger zu 8o Prozent aus Energie aus Kohle. Diese Quelle ist aber aus Klimaschutzgründen ausgereizt und steht ebenso wie Öl und Gas in wenigen Jahrzehnten ohnehin nicht mehr zur Verfügung, weil die Vorräte verbraucht sein werden.

...Atom oder Sonne? Das wird die Schicksalsfrage des 21. Jahrhundert werden. Sie wird in China beantwortet. Japan hat in den letzten 10 Jahren gezeigt, wie rasch der Markt für direkten Solarstrom aus photovoltaischen Anlagen wachsen kann. Österreich hat dank eines Volksentscheids vor 25 Jahren kein einziges AKW und gewinnt heute schon 23 Prozent seiner Primärenergie aus erneuerbaren Quellen; hauptsächlich aus Wasserkraft und Biomasse. Deutschland ist Windenergie-Weltmeister und hat schon heute mehr Arbeitsplätze durch Technologien zur Gewinnung von Erneuerbaren Energien als bei Kohle und Atom zusammen. 15 000 Windmühlen ersetzen fünf AKWs.

...Wir haben beste Voraussetzungen für eine solare Weltwirtschaft und eine solare Weltkultur. Damit würde die ganze Welt erneuerbar.

Seit vier Monaten macht Arnold Schwarzenegger in Kalifornien Furore mit seiner Ankündigung, bis zum Jahr 2020 bereits 23 Prozent des Stroms im Sonnenstaat der USA aus erneuerbaren Quellen produzieren und solaren Wasserstoff für Autos im grossen Stil zu wollen. Der überraschend grüne Schwarzenegger hat beim Ausbau der Erneuerbaren Energien ehrgeizigere Ziele als Rot-Grün in Berlin. Sein Hauptargument neben dem Klimaschutz: Neue zukunftsfähige Arbeitsplätze.

Sonne, Wind, Wasser, Biomasse, Biogas, Geothermie sowie Wellen- und Strömungsenergie der Ozeane können schon in wenigen Jahrzehnten den Energiebedarf

Chinas und der ganzen Menschheit nicht nur für einige Jahrzehnte, sondern für alle Zeit decken: Preisgünstiger als heute, wenn die Folgekosten der alten Energieträger mitberechnet werden. Umweltfreundlich, ohne gefährliche Atomenergie und ohne Kriege um Öl.

China mit beinahe einem Viertel der Menschheit wird bei der Energiewende eine zentrale Rolle spielen. Es ist kein Zufall, dass die Welt-Windkonferenz 2004 in Peking stattfindet. In China könnten 150 000 Windräder 100 Atomkraftwerke ersetzen. Noch sind Pekings Weichen nicht endgültig in Richtung Atomstaat gestellt. Welche Fraktion innerhalb der chinesischen Regierung will Rot-Grün unterstützen: Die Freunde der Erneuerbaren Energien oder tatsächlich die Atomfraktion? Eher sollten die Grünen die Koalition aufkünden, als den Export einer Atomfabrik mitzuverantworten."

Franz Alt, Aus: Die Frage Atom oder Sonne wird in China beantwortet. In: Frankfurter Rundschau 10. März 2004

www.sonnenseite.com

"Dass Arbeitnehmer im kirchlichen Bereich nicht die gleichen Rechte haben wie andere Arbeitnehmer, das ist nichts Neues. Das beginnt im Arbeitsrecht: Das Betriebsverfassungsgesetz gilt nicht für kirchliche Sozialeinrichtungen. Anstelle von Betriebsräten gibt es nur weitgehend rechtlose Mitarbeitervertretungen. Diese können nicht einmal normale Kontakte zu Gewerkschaften pflegen, wenn es der Betriebsleitung nicht gefällt. Eine kirchliche soziale Einrichtung hat sich vor Gericht das "Recht" erstritten, einem Gewerkschaftsvertreter trotz Einladung der Mitarbeitervertretung den Zutritt zu verweigern.

Anderswo haben Arbeitnehmer die Möglichkeit, hinsichtlich Arbeitsbedingungen und Entgeld ihre Forderungen in Tarifverhandlungen einzubringen und für ihre Durchsetzung zu streiken. Das Streikrecht wird den Arbeitnehmern kirchlicher sozialer Einrichtungen immer noch verwehrt, sie sind auf das Entgegenkommen ihrer Arbeitgeber angewiesen. Die meisten müssen auf eine tarifvertragliche Absicherung verzichten, weil ihre Kirchen den Abschluss von Tarifverträgen verweigern; Ausnahmen sind lediglich die evangelischen Kirchen in Nordelbien und Berlin-Brandenburg.

Nicht nur im Bereich des Arbeitsrechts, auch im Bereich der Grundrechte sind kirchliche Arbeitnehmer benachteiligt. Selbst Arbeitnehmer, die ganz andere Aufgaben haben als die Religionsausübung, etwa Krankenschwestern in einem katholischen Krankenhaus, müssen mit Benachteiligungen am Arbeitsplatz rechnen, sogar mit Kündigung, wenn sie beispielsweise aus der Kirche austreten, einen Geschiedenen heiraten oder öffentlich eine liberale Haltung zu Schwangerschaftsabbrüchen vertreten. Kirchliche Arbeitgeber denken gar nicht daran, die Grundrechte ihrer Arbeitnehmer zu respektieren, das Recht auf Religionsfreiheit, auf Ehe und Familien und auf Meinungsfreiheit."

FR-Leserin Irene Nickel, Braunschweig, in: Frankfurter Rundschau 11. März 2004.

"...Die Deutsche Bibliothek hat finanziert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) ein schier epochales Projekt erarbeitet, das neue Wege in der Dokumentation wichtiger, aber sehr schwer erreichbarer Publikationen geht, wie eben beispielsweise der jüdischen Exilpresse.

Während man sich früher mühselig mit tränenden Augen durch endlose Mikrofilme ratterte, muss man heute nur einen Computer mit Internetanschluss haben, um so entlegene Schriften wie das Gemeindeblatt der Jüdischen Gemeinde Schanghai oder eben auch den "AUFBAU", der sogar mit Schlagworten durchsuchbar ist, im Volltext auf den Bildschirm zu holen. Gerade beim Lesen des "AUFBAUS" wird die Tragik der deutsch-jüdischen Katastrophe sehr schmerzlich bewusst. Allein schon die Familienanzeigen sind eine historische Quelle ersten Ranges, in denen sich ab 1943 mehr und mehr Todesanzeigen häufen, in denen "in Theresienstadt verschieden" Eltern betrauert werden, oder nach Kriegsende die Suchanzeigen, die fast die halbe Zeitung einnehmen, und in denen die Suchenden stets mit "fly" (formerly = früher) Wiesbaden, Hamburg, Leipzig.., zeichnen."

Aufbau - New York
http://aufbauonline.com

Deutsche Bibliothek
www.ddb.de

FR-Leserin Jutta Fähndrich, Leipzig, in: Frankfurter Rundschau
11. März 2004

Anfang der Achtziger Jahre erregte er in seinem ZITTIG-Artikel die feministischen Gemüter der Lörracher Alternativszene. Heute legt er sich mit Microsoft, Toll Collect oder der Gebührenzentrale GEZ an: padeluun.

"...Dass sie ihre informationelle Selbstbestimmung, das Recht auf Privatsphäre verteidigen können. Trotz Videokameras, PC: Cookies, Payback-Karten und Datenverwertungsklauseln in Verträgen. Daher verleiht ihr Verein zur "Förderung des öffentlichen bewegten und unbewegten Datenverkehrs" (Foebud, sprich "Foebud") seit vier Jahren den "BIG BROTHER AWARD" für Bemühungen, Ausspähungstechniken zu verbreiten...

Vor allem diese Sache mit der Metro-Gruppe ist Schuld an den Schatten unter ihren Augen. Seitdem tragen Rena Tangens und padeluun den roten Aufklebern "Stop RFID" - Radio Frequency Identification. Sie entdeckten, dass Metro, der fünftgrösste Handelskonzern weltweit, Kundenkarten in Deutschland verteilt hatte, ohne etwas von dem eingebauten RFID-Chip zu verraten. Wer mit dieser Karte den Metro-Futurestore im nordrhein-westfälischen Rheinberg betritt, könnte per Funk identifiziert werden.

Mit RFID liessen sich Gewohnheiten eines jeden Kunden registrieren und speziell auf ihn abgestimmt Angebote erstellen. RFID irgendwann eingenäht in Kleidung, um Beschäftigte zu überwachen, alles wahrscheinlich, wenn man Rena Tangens zuhört. Die Metro-Gruppe erhielt im vergangenen Jahr den "BIG BROTHER AWARD"...

Es ist ja nicht so, dass Foebud technologiefeindlich ist. Rena Tangens und padeluun sind vielmehr daran interessiert, wie die Computerisierung sich auf die Gesellschaft auswirkt. Sie sprechen von einem "Rahmen", den sie für Menschen schaffen wollen, damit sie zwanglos miteinander kommunizieren können. Das sei ihr "Kunstwerk". Und dies schliesst auch politisches Engagement ein. Deshalb fordert Rena Tangens, zuweilen Beraterin des Deutschen Bundestages, vehement eine Reform des Datenschutzgesetzes. Ihr geht es darum, menschenwürdig, kommunikativ mit der Technologie umzugehen...

Rena Tangens und padeluun experimentierten Ende der 80er Jahre mit der "Bionic-Mailbox", in der sich die Eingeweihten mit klobigen Rechnern austauschten, frei, unbewacht. Auf der Grundlage bauten sie das "Zamir"-Friedensnetz auf dem Balkan in den Kriegswirren der 90er Jahre auf. Vergleichbar ist das Funktionsprinzip mit den Diskussionsforen im Internet.

..Als sie 1985 den "Chaos Computer Club" präsentierten, und als er sich in fremde Rechner hackte, da waren Rena Tangens und padeluun Avantgardisten. Sie galten als Exoten auf der CeBit, als Cyberpunks. Sie propagierten "Mediencafés". Heute gibt es Internetcafés.

Sind Rena Tangens und padeluun inzwischen überholt oder immer noch weit voraus im Denken? Sie fordern umfassende Kenntnisse beim Umgang mit der Technik, dabei kann jeder PC-Analphabet heutzutage Software installieren. Sie plädieren für eine Privatsphäre in einer Gesellschaft, die sich immer freizügiger gebärdet. "Wollen Sie Videoüberwachung oder Sicherheit", hat padeluun kürzlich eine ältere Dame am Foebud-Infostand gefragt. Sie war irritiert. Rena Tangens fragt indirekt, wollen Sie Payback oder gerechte Preise? Denn das Rabattsystem ist ihrer Ansicht nach unsozial. Diejenigen, die ihr Kaufverhalten nicht transparent machen wollten, müssten höhere Preise hinnehmen.

So kam Foebud vor drei Jahren auf die vielseits beachtete "Privacy Card". ein irrwitziges Kundenprofil entstand. Die Bonuspunkte wurden dem Verein gutgeschrieben. Bis Boebud die Sache öffentlich machte. Angeblich soll die Paybackkarte längst gekündigt sein. Rena Tanges zückt zum Schluss lächelnd ihre Privac-Card, funktioniert noch, einwandfrei. Dann bricht sie mit padeluun zum Schaufenster-Buero auf. Die beiden werden im hell erleuchteten Raum sitzen und in ihre Computer schauen. Als öffentliche Menschen. Mit einem unsichtbaren Schutzschild."

Kristian Frigelj, aus: Die Datenschuetzer. In: Frankfurter Rundschau 12. März 2004

www.bigbrotheraward.de

2004-03-17

" ZEIT: Gerade haben Sie Ihr Diplom in Wirtschaftswissenschaften erhalten für eine Arbeit über Studiengebühren. Was haben Sie herausgefunden?

Phillipp Duske: Studiengebühren sind notwendig. Bildung ist nicht nur ein öffentliches Gut, sondern auch ein privates und muss in einem entsprechenden Preis-Leistungs-Verhältnis stehen. So bessert sich die Finanzlage der Hochschulen, und die Studierenden handeln effizienter.

ZEIT: Ihr Ergebnis verwundert nicht: Sie haben an der Privatuniversität Witten-Herdecke studiert und Studiengebühren bezahlt - das Gebührenmodell, dass Sie bevorzugen, ist das aus Witten.

Phillipp Duske: Ja, dieses Modell hat sich bewährt. Ich bin ziemlich zufrieden - ein Seminar besteht bei uns nicht aus einem Monolog des Dozenten, sondern ist ein Dialog.

ZEIT: Wie hoch sollten die Studiengebühren sein?

Phillip Duske: Bis zu 3000 Euro im Jahr - nach dem von mir entwickelten Modell können gute Universitäten mehr verlangen als schlechte. Wer Jura studiert, zahlt mehr als ein Philosophiestudent.

ZEIT: Schreckt Ihr Modell nicht begabte junge Menschen aus armen Elternhäusern ab?

Philipp Duske: Nein. Nur wenn Studiengebühren sozial verträglich sind, lassen sie sich politisch durchsetzen. Nach meinem Modell zahlen alle Bafög-Empfänger nicht während des Studiums, sondern erst danach acht Prozent von ihrem Nettoeinkommen - zehn Jahre lang. Der Staat finanziert vor. So wirken sich die Gebühren rasch aus, und die Bedingungen verbessern sich. Ein Abschreckungseffekt wäre volkswirtschaftlich nicht tragbar; das Land brauch gut ausgebildete Talente.

ZEIT: Sollten noch mehr Menschen Studiengebühren durch die Brille des Wirtschaftswissenschaftlers betrachten?

Philipp Duske: Ganz eindeutig. Die Diskussion um Studiengebühren ist ideologisch eingefärbt. Dei Befürworter von Studiengebühren haben Bildungsministerin Bulmann längst argumentativ schachmatt gesetzt. Meine Diplomarbeit ist ein weiterer Zug in dieser Partie. Frau Buhlmann sieht die zwei Millionen Studenten als zwei Millionen Wähler. Die meisten Studenten geben sich mit der derzeitigen Lage zufrieden. Das stört mich...."

Manuel J. Hartung im Gespräch mit Phillipp Duske, 30, in: Die Zeit Nr. 11. 4. März 2004

"Die Maut ein Milliarden-Debakel, die Online-Jobbörse der Bundesagentur für Arbeit ein 165-Millionen-Euro-Grab - und jetzt auch noch Fiskus. Mehr als 900 Millionen Euro sollen in den unendlichen Weiten föderaler Computertechnik versenkt worden sein. Veranschlagt war gerade mal ein Drittel. Eine Erklärung liefern weder Finanzministerium noch die Fiskus Gesellschaft.

Die Beispiele verkorkster staatlicher IT-Projekte füllen Bücher: Am bundesweiten Fahndungssystem "InpolNeu". werkelte das Bundeskriminalamt zehn Jahre herum, am Ende lief es zehn Minuten. Bilanz: 140 Millionen Euro Steuergelder vergeigt. Genauso wie die 850 Millionen für das Zollprogramm Atlas, projektiert war ein Siebtel der Kosten.

Macht ja nichts, der Buerger bezahlt. Für ehrgeizige Politikerträume, die sich mit unausgegorenen Millionenprojekten ein Denkmal setzen wollen, für gierige Unternehmer, die wider besseren Wissens unrealistische Ausschreibungen abnicken und für blauäugige Beamte, die den Versicherungen eifriger Berater, nur zu gern Glauben schenken. Macht ja nichts, wenn es nicht funktioniert, es ist ja nicht das eigene Geld, das verbraten wird.

Hauptsache gross, Hauptsache teuer, Hauptsache laxe Haftungsregeln. All das garantiert jahrelange Verzögerungen, hohe Entwicklungskosten und verhindert neue Ausschreibungen. Megalomanie nennt der Psychiater diesen Hang zum Größenwahn. Hinzu kommen Lernunfähigkeit und mangelnde Kontrolle. Summa summarum ist das Dummheit zu Lasten des Steuerzahlers.

Es geht aus anders. Bayern hat seine Steuer-Software "nur" modernisiert und 50 Millionen Euro gespart. Österreich und die Schweiz haben eine Maut, die nicht revolutionär ist, aber funktioniert. Internet-Jobbörsen wurden grosss, weil sie klein anfingen.

Deshalb für projektverliebte Politiker: Bescheidenheit bei den Prestigeprojekten würde manche Spar-Diskussion im Sozialen überflüssig machen."

Sonia Shinde, Teurer Hang zum Grossen, in: Frankfurter Rundschau 4. Maerz 2004

"Den Stella Liebeck-Preis hat die Journalistin Randz Cassingham aus Boulder (US-Bundesstaat Colorado) erfunden, der sich erfolgreich auf kuriose Justizfälle und Ähnliches spezialisiert hat. Er nennt jene absurden Schadensersatzforderungen "Der Fall: Opportunisten und selbst ernannte Opfer gegen die US-Justiz und alle verfügbaren Geldbeutel". Die komplette Liste der Preisträger sowie die ausführlichere Beschreibung der Fälle können unter www.stellaawards.com eingesehen werden.

Merv Grazinski hat den Stella Liebeck-Award 2003 erhalten. Der Preis nimmt das US-Entschädigungssystem aufs Korn. Grzinski hatte nach einem Unfall mit seinem Wohnmobil vom Hersteller 1,75 Millionen Dollar erstritten. In der Gebrauchsanleitung steht nicht, dass der Fahrer bei eingeschaltetem Tempomat am Steuer bleiben muss.

Der in den USA von findigen Journalisten und Jurastudenten vergebene Stella Liebeck-Award nimmt jene typische Verwerfung des anglo-amerikanischen Rechtssystems aufs Korn, die in Deutschland undenkbar wäre: Schadenersatz für ausgemachte Dummheit. Benannt ist der (undotierte) Preis nach Stella Liebeck, die sich 1992 einen McDonald's-Kaffee über den Leib schüttete. Sie erhielt in erster Instanz 2,9 Millionen Dollar Schmerzensgeld zugesprochen (das allerdings später auf 640 000 Dollar reduziert wurde), weil auf dem Kaffee der Hinweis fehlte, dass er erstens heiss ist und man sich zweitens daran verbrennen könne.

Im Laufe der Jahre erstritt sich noch so mancher brave Buerger auf ähnliche Art und Weise ein kleines Vermögen. Und allesamt wurden sie mit dem "Stella Liebeck-Award" ausgezeichnet. So wie Kathleen Robertson aus Austin (US-Bundesstaat Texas). Sie bekam von eine Jury 780 000 Dollar Schadenersatz zugesprochen, weil sie sich in einem Möbelgeschäft den Knöchel gebrochen hatte, nachdem sie über einen auf dem Boden herumkriechenden Säugling gestolpert und gestürzt war. Die Ladenbesitzer nahmen das Urteil gefasst aber ungläubig zur Kenntnis, da der Säugling der Sohn der Klägerin war.

Der freie Fall reicht jedoch nur zu einem der hinteren Ränge der Hitliste der Unverfrorenheit. Genauso wie für Terence Dickson aus dem Bundesstaat Pennsylvania. Er versuchte, das Haus, das er soeben beraubt hatte, durch die Garage zu verlassen. Allerdings konnte er die Garagentür nicht öffnen und ins Haus kam er auch nicht mehr zurück. Weil die Hausbesitzer in Urlaub waren, musste Dickson acht Tage in der Garage mit Pepsi-Cola und Hundefutter ausharren. Fast verständlich, dass er die Hausbesitzer wegen der erlittenen Qualen (Pepsi-Cola ohne Eis!; Anmerkung der Redaktion) verklagte

und prompt 500 000 Dollar Schadenersatz erhielt - zahlbar von der Einbruchdiebstahlversicherung der Hauseigentümer versteht sich.

Mehr als fair scheinen daher die 113 000 Dollar, die Amber Carson aus Pennsylvania erhielt, die in einem Restaurant auf einer Getränkepfütze ausgerutscht war und sich das Steissbein gebrochen hatte. Das Getränk befand sich auf dem Fussboden, weil Frau Carson es 30 Sekunden zuvor ihrem Freund ins Gesicht geschüttet hatte. Zahlen musste allerdings das Restaurant, nicht der Freund.

Oder Kara Walkon aus dem Bundesstaat Delaware. Sie bekam die Zahnbehandlung und 12 000 Dollar zugesprochen. Sie hatte sich bei dem Versuch, sich ohne zu bezahlen durchs Toilettenfenster in eine Diskothek zu mogeln, beim Sturz aus dem Fenster zwei Vorderzähne ausgeschlagen.

Doch nun zu dem strahlenden Sieger 2003. Merv Grazinski aus Oklahoma, dem Wohnmobil-Pechvogel. Er hatte eine sorglose Ferienreise geplant inklusive Besuch eines Footbool-Spiels. Auf dem Rückweg stellte der das Tempomat des Gefährts auf 70 Meilen pro Stunde ein - angesichts des US-Tempolimits zweifellos sinnvoll. Während der Fahrt war ihm nach einer Tasse Kaffe zumute und er begab sich in den hinteren Teil des Wohnmobils, um sich dort einen zuzubereiten. Prompt kam das Fahrzeug zur Verblüffung des Lenkers von der Strasse ab und überschlug sich. Kein Wunder, dass Herr Grazinski die Winnebago Motors Company auf Schadenersatz verklagte, weil in der Betriebsanleitung des Wohnmobils nicht darauf hingewiesen worden war, dass man auch bei eingeschaltetem Tempomat den Fahrersitz nicht verlassen dürfe. Mr. Grazinski erhielt stattliche 1,75 Millionen Dollar.

Der Hersteller des Wohnmobils hat inzwischen die Betriebsanleitung geändert."

Sebastia Gehrmann und Matthias Kittmann, Wenn Schusseligkeit sich lohnt. In: Frankfurter Rundschau 5. März 2004.

Sollten Sie, werter Leser, einen Menschen kennen, der schlechte Laune hat - senden sie ihm doch diese Geschichte oder erzählen sie ihm. Sie werden den Tag lang nur noch einen lachenden Menschen sehen. Sozusagen einen Lachsack.. Ho ho ho....

2004-03-16

Zuerst sind wir nicht hier,
dann sind wir's,
dann wieder nicht.

Du hast dir
unser Kommen und Gehen angeschaut,
ohne dich abzuwenden
und länger als die meisten von uns,
mit mehr Mut und mehr Würde,
als ich es je gesehen habe.

aus: Ken Wilber, Mut und Gnade

zitiert aus der Traueranzeige für Dr. Ingo Gerstenberg , in: FR 6. März 2004

Johann Galtung, Sir Joseph Rothblat, Graf Hans-C Sponeck, Sir Peter Ustinov, Guenter Grass, Walter Jens, Manfred Krug, Oskar Negt, Eberhard Richter, Horst Schmitthenner, Guenther Wallraff und Andere rufen zum Protestmarsch zur US-Air-Baise und zum Atomwaffenlager Ramsteim in Rheinland-Pfalz auf: "...Schluss mit der Komlizenschaft von Krieg und Terror! Schluss mit atomarer Erpressung! Wir fordern: Die Abschaffung aller Atomwaffen als einen grossen Schritt hin zu einer Welt ohne Krieg!..."

"Als Teil der am 20. März - dem Jahrestag des Irakkriegbeginns - gleichzeitig in vielen Ländern demonstrierenden Friedensbewegung rufen wir zum Protest gegen eine unverantwortliche Kriegs- und Atomwaffenpolitik auf."

www.ippnw.de/ramstein

"...Mir hilft da eine sehr banale psychologische Erkenntnis: Der Mensch erreicht mit 14 den Höhepunkt seiner Intelligenz. Sie sollten also nie die Fähigkeiten der Kinder unterschätzen, aus den eigenen Erfahrungen zu lernen...

...Lassen wir mal das genetische Erbe beiseite und betrachten nur die sozialen Faktoren. Dann würde ich sagen: Ein Viertel der Verantwortung tragen die Eltern, wenn das Kind Probleme hat. Und dieses Viertel müssen Sie noch mal durch zwei teilen. Ein Achtel trägt

die Mutter und eines der Vater. Der Rest verteilt sich dann auf andere Einflüsse. Ein Viertel fällt auf die Konsumgüter, die Warenwelt, ein Viertel liegt bei den Medien, und das letzte Viertel tragen die Schulkameraden, die Peers. Es kann auch eine Entlastung sein, sich das klarzumachen...."

Der Psychoanalytiker Wolfgang Schmidbauer im Gespräch mir Mareen Linnarty und Barbara Mauersberg, in: Frankfurter Rundschau 6. März 2004.

Mit rund 30 Schulen in Deutschland will der CLUB OF ROME ab dem nächsten Schuljahr eine auf fünf Jahre angelegte Partnerschaft eingehen, an deren Ende die Einrichtungen den Titel CLUB OF ROME SCHOOL führen könnten. Dafür müssen die Kandidaten ihren pädagogischen Alltag grundlegend umkrempeln.

Wer Interesse hat: www.clubofrome.de

"...Wir könnten uns auch fragen, ob beides, Selbstverhinderung und Selbstverachtung, im Zusammenhang zu sehen sind mit zwei bestürzenden Tatsachen: Dass nämlich einerseits in keinem Land der Welt Frauen so wenig Kinder auf die Welt bringen wie in Deutschland. Und dass andererseits keine einzige Deutsche zu den fünfzig mächtigsten Frauen der Welt gehört (laut Untersuchung der amerikanischen Wirtschafts-Zeitschrift FORTUNE). Wenn wir diese Fragen alle durchdacht hätten, wären wir ein Stück weiter in den Gender-Diskussionen, Weiblichkeits-Reflexionen, deren erwartbares Niveau uns des strategischen Stumpfsinns, des schlichten Machtdenkens des Merkelismus enthebt - aber keine Bundespräsidentin beschert. Jetzt, Anfang März 2004 ist folglich keine gute Zeit für die Beantwortung dieser Fragen.

Jetzt müssen wir die Sache, wie gesagt, mal auf den Punkt bringen: Die Wahl der Politikwissenschaftlerin Gesine Schwan zur Bundespräsidentin wäre ein Quantensprung der Emanzipation in Deutschland. Die Frauen in den Unionsparteien und in der FDP müssen wissen, welchen Schaden sie der Geschichte der Emanzipation zufügen, wenn sie vor Angela Merkel kuschen. Diese hat die Nominierung der CDU-Politikerin Annette Schavan nicht gefördert, sondern behindert. Für Angela Merkel sind Geschichte und Gedanke der Emanzipation nichts anderes als Objekte politischer Schleichwerbung. Sie sind ihr genau genommen völlig wurscht. Noch deutlicher auf den Punkt gebracht: Warum

sollten ausgerechnet Frauen ein Interesse daran haben, dass Angela Merkel Bundeskanzlerin wird?"

Ursula März, aus: Stunde des Merkelismus. Die Frauen und die Macht, in: Frankfurter Rundschau 6. März 2004.

"Hugh, ich habe gesprochen..." (Winnetou, alias Pierre Brice in Winnetou 1-24, Harald Reindel Productions, Germany, sechziger Jahre des vorigen Jahrhunderts, Cinemascope) (DEB)

2004-03-15

Nach fünf Tagen ohne Web-Verbindung wieder ein Eintrag. In circa 10 Tagen 200 Mails mit Virenwarnung erhalten. Unsere Laptops sind im Krankenhaus - totalverseucht.

Besonders heimtückisch. Unter der widerrechtlichen Verwendung unserer E-Mail-Adressen als Absenderangaben wurden E-Mails mit Viren verschickt. Der Blitzgott des Web soll ihnen Blitze in ihre Computer senden. Shame on you - (dieses Mal wohl nicht: Mister Bush).

Die Konservativen um Maria José Aznar haben vom spanischen Volk ihren Denkzettel erhalten für ihren - vom spanischen Volk in absoluter Mehrheit abgelehnten - Einsatz im Irak, für die Mauschelpolitik nach der Tankerkatastrophe am Atlantik und der Instrumentalisierung des Bombenattentats in Madrid für ihren Kampf gegen die ETA und die nationalistische Separatistenbewegungen Spaniens.

Bravo - Compañeros.

Die Tage nach dem menschenfeindlichen Attentat mit über 200 Toten waren leider erneut wieder einmal ein Tiefpunkt deutschen Fernsehjournalismus. Jedem Beobachter aus der Ferne war klar, dass die Indizien nicht für die ETA-Urheberschaft sprachen. Keine Vorwarnung, Distanzierung der Aktion durch alle ETA-Sprecher, zum ersten Mal nur weiche Ziele (Otto Schilly). Alles sprach gegen die ETA-Urheberschaft, aber alle Journalisten der bundesrepublikanischen TV-Stationen plapperten die Regierungsversionen nach. Kritischer Journalismus - Jenseits von Afrika...

2004-03-09

"Ein Reisender kann mehr erfahren, als ein Ethnologe. Im Gegensatz zum Wissenschaftler hat er das Recht auf eigene Erfahrungen. Un er hat die Pflicht, sich selbst in einem eigenen Zusammenhang zu erleben. Der Autor Karl-Markus Gauss führt genau diesen Lebenspunkt als einen der Gründe auf, aus denen er schreibt. Auch wenn er auf seinen vielen Reisen zunächst wenig von den Fremden wusste, die er unterwegs traf, und sie auch nicht immer seine Freunde wurden, haben sie ihn durch ihre blosse Anwesenheit gelehrt, dass es überall Menschen gibt, "die sich für die Welt und nicht für deren Inbesitznahme interessierten".....

Dieses Buch klärt uns nicht nur auf, vielmehr handelt es davon, wie wenig nützlich die Verbreitung von Angst ist, wie der Schrecken, der über andere verhängt wird, zwar beunruhigt, aber nur deshalb, weil wir genau spüren, dass er etwas mit uns und mit unserem Leben zu tun hat: "Aus der Befürchtung heraus, die Elenden könnten sich aus ihrem Elend aufmachen und uns mit ihm infizieren." Unsere menschlichen wie diplomatischen Beziehungen können nur ausgewogen betrachtet werden, wenn wir der Wirklichkeit gestatten, gleichzeitig mehrere Namen zu tragen. Und wenn wir endlich aufhören, die Welt in Gut und Böse aufzuteilen. Es hilft, das ist bekannt, wenig bis gar nichts, um ein wirkliches Verständnis zu erreichen.

Viel offener wird der Umgang mit anderen Ethnien wie den hier beschriebenen Roma, wenn wir wissen, dass zum Beispiel jene in westeuropäischen Städten bettelnden Roma oft Schuldsklaven sind, die von ihren in ihrer eigenen Gemeinschaft lebenden Wucherherren auf vorher festgelegte Routen geschickt werden. Gauss zeigt uns, dass Verantwortung an jener Stelle anfängt, an der die Verurteilung aufhört. Ja, und dass erst dann Sprache und Handeln beginnen und unser Denken globaler und umfassender wird. Erst dann können wir ernsthaft fragen, warum es 1977 möglich war, unzählige Roma-Frauen ohne deren Wissen oder Zustimmung einer Zwangssterilisation zu unterziehen. Deshalb, weil die Bevölkerung weder damals noch heute bereit war, für diese Menschen einzustehen.

Das perfide politische System hat genau mit dieser Zurückhaltung gerechnet und eine Direktive erlassen, die den schlechten Gesundheitszuständen im Ghetto "Lunix IX" und der Vermehrung der Roma abhelfen sollte. Infam war diese Verordnung ohnehin, begreift

man aber, dass die Roma sich über die Anzahl ihrer Kinder definieren, wird klar, welch präzise Menschenverachtung hier am Werk ist.

Doch klar ist auch, und das zeigt Gauss auf eindrückliche Weise, dass jede im Aussen wirksame Struktur beim sogenannten Opfer in seiner eigenen Umgebung vorhanden ist. Das Beispiel der Siedlung "Lunik IX", im Südwesten der Stadt Kosice gelegen, kann dies illustrieren. Diese Gemeinschaft ist in drei Kasten gegliedert, was sich nicht auf den ersten, sehr wohl aber auf den zweiten Blick erkennen lässt. Die Roma stellen die höchste Kaste dar ("Roma bedeutet bekanntlich Mensch"), Ciganik die zweite. In der untersten Kaste aber", wird notiert, "den Unberührbaren in Indien verwandt, waren die Degesi geworfen." Die Roma-Frauen beschwerten sich, dass ihre Kinder im Kindergarten mit denen der Degesi im gleichen Raum untergebracht waren. Degesi bedeutet "Hundeesser" und meint diese auch wörtlich. Allerdings gibt es heute keine Hundeesser mehr: "Es ist der Ruf, der den Hundeesser bis ins zehnte Glied der Nachkommenschaft als unrein verächtlich macht und als unberührbar aus der Gesellschaft ausstösst."

Inmitten des dahinvegetierenden Elends und bürokratisch hervorgebrachter Ungerechtigkeit, spürt Gauss unbeirrt das Gleichmass von Welt und Erzählung auf und beschenkt uns mit dem bemerkenswerten Gewicht eines in Fremde gelebten Augenblicks. Schönheit, unverputzt, blitzt mit einem Mal auf, wenn er zum Beispiel über das Zeit-Empfinden der Roma in Svinia schreibt; wir erfahren, dass sie gewissermassen jenseits der Zeit leben und über keinerlei unserem Zeitempfinden vergleichbares System verfügen. Weder konnten ihm die Roma konkrete Daten von Geburten, Hochzeiten oder Todesfällen nennen, noch sich an andere wichtige Begebenheiten aus der Vergangenheit erinnern. Es war ihnen schlicht unbekannt, wann sich etwas zugetragen hatte. Das letzte ihnen wichtige Ereignis, das sich in Svinia zutrug, war ein Fussballspiel, über das sie Auskunft geben konnten: "...das war erst vor kurzem gewesen, vielleicht vor fünf oder vor fünfzehn Jahren, und es hatte in der Halbzeit geregnet".

Elend, Armut, Gestank, Klebstoff inhalierende Jugendliche, nackte Kinder in dreckigen Wasserlachen, all dies umgab den "Fremden" auf seinen Reisen. Die Delegationen der EU haben die gleichen Slums wie Karl-Markus Gauss besucht. Sie waren entsetzt, weil sie, so der Autor, fürchteten, dass all die Verkommenen aus den Ghettos über die hübschen europäischen Städte herfallen könnten.

Die Menschen in den Ghettos aber hatten selbst keine Angst. Wie nachvollziehbar die Konklusion von Gauss ist, kann man gar nicht genug betonen: "....und mit einem Mal durchzuckte mich die Gewissheit, dass all die hier versammelten Elenden zusammengenommen nicht so zu fürchten waren, wie jeder einzelnen dieser Geschäftseuropäer für sich".

Marcia Bodrozik, aus: In der Halbzeit hat es geregnet. Keine Angst vor der Fremde: Die Beobachtungen Kar-Markus Gauss' im Osten der Slowakei. In: Frankfurter Rundschau 23. Februar 2004

über:
Karl-Markus Gauss: Die Hundeesser von Svinia. Zsolnay Verlag, Wien 2004.

"Es war einmal ein König, der wollte sein Volk glücklich machen. Als der grosse King George bei einem kleinen König Gerd nachfragte, ob dieser bereit wäre, den finsteren Barbaren Hussein mit Waffengewalt aus dessen Land zu jagen, lehnte der kleine König Gerd ab. "Gib mir Ritter, du sollst auch später von jedem Fass Öl einen Becher vol erhalten", lockte King George. Doch Gerd wusste, dass sein Volk keinen Sinn für Ritterkämpfe hatte, auch Ritterkreuze hingen dem Volk zum Halse heraus. Da zog sich der grosse King George schmollend in sein Riesenreich zurück und suchte sich andere Ritter. König Gerd wurde jedoch für diese Tat von seinem Volk geliebt. Gern sassen König Gerd mit den Reichen des Landes an einem Tisch und trank mit ihnen süssen Wein. "Meine Schatztruhe ist ganz und gar leer. Ich brauche Goldstücke!", rief König Gerd. Die Reichen des Landes steckten ihre Köpfe zusammen und rieten Gerd: "Nicht bei uns wenigen Reichen kannst du die Steuern für unsere Villen im Tessin und anderswo erhöhen, wir sind doch die Leistungsträger der Gesellschaft, hole deine Goldstücke bei dem normalen Volk, denn die haben sicherlich Strümpfe mit Goldstücken unter den Strohsäcken in ihren Betten." Die Steuereintreiber von König Gerd holten sich Goldstück um Goldstück von dem Volk, auch Silberstücke und Rappen nahmen sie. Und es begann ein Heulen und Zähneknirschen bei dem Volk, doch König Gerd blieb hart. "Ist die Schatztruhe wieder aufgefüllt, wird unser Land stark und gross, und allen wird es besser gehen", sagte er.

Doch auch bei dem Hofstaat des Königs begann ein Raunen und Murren, denn das Volk, das merkten sie, war empört und zu allem entschlossen. Denn selbst den Rentnerinnen

und Rentnern in den Altenheimen wurde das letzte Taschengeld aus der Tasche gezogen. König Gerd holte sich den Zauberer Merlin-Münti an seine Seite. Doch der Zauber des Merlin-Münti hatte bei dem aufgebrachten Volk keine Wirkung. Die Reichen des Landes liessen König Gerd fallen wie eine heisse Kartoffel. König Gerd musste gehen.

PS: Inzwischen regiert Königin Angela. Sie sitzt mit den Reichen des Landes an einem Tisch und trinkt mit ihnen süssen Wein. Gemeinsam überlegen sie, wie sie dem normalen Volk Gold- und Silberstücke sowie Rappen aus der Tasche ziehen können."

FR-Leser Werner Ortmüller, Giessen, in: Frankfurter Rundschau 2. März 2004

"....Wer sich lange mit Folterüberlebenden beschäftigt hat, weiss, dass sich die angewandten Techniken den Körpern einschreiben und im Gedächtnis Spuren hinterlassen. Diese Spuren haben neben ihrer aktuellen gesundheitsgefährdenden auch eine Langzeitwirkung mit psychischen Komplikationen, die zuweilen das produzieren, was vorgeblich bekämpft werden sollte. Seit Focault wissen wir, dass Delinquenz (auch) produziert wird. Die Auslegung von Camp Delta auf 2000 Insassen deutet an, was Sartre 1958 vom staatlich installierten Foltersystem in Algerien sagte: "Der Henker verwandelt sich in Sisyphos; wenn er die Folter anwendet, wird er immer wieder zu ihr zurückkehren müssen." Sartre meinte damit, dass die Information, das trotz Gewaltanwendung unnennbare Geheimnis, immer schon anderswo ist und damit ausserhalb der Reichweite der Folterer. Dadurch verurteilt sich ein Foltersystem, immer weiter fortzufahren."

FR-Leser Sepp Graessner, Berlin zum Beitrag üver Guantanamo Bay von Volker Skierka in Fr. von 20. Februar, in: Frankfurter Rundschau 2. März 2004

"Michael Rutschkiy glaubt, dass weder Abkunft noch Familienzugehörigkeit die Vorentscheidung träfen über die Chancen, US-Präsident zu werden. Die Fakten zeigen ein anderes Bild. Unter den ersten 30 Präsidenten dieses Landes waren 30 Weisse, 30 Protestanten, 28 waren britischer Abstammung, alles Abkömmlinge der dünnen, etablierten Herrenschicht der Waps, der weissen, angelsächsischen Protestanten, die sich seit Gründervätерzeiten die wesentlichen Machtpositionen zuschoben. Noch Kennedy

wäre fast gescheitert an der Tatsache, dass er Katholik war, der erste und einzige im Präsidentenamt bis heute, obwohl die Katholiken ein gutes Drittel der Bevölkerung stellen.

Dazu waren elf von dreissig Präsidenten wie Bush verwandt mit einem anderen Präsidenten, verglichen mit europäischen Verhältnissen eine erstaunlich hohe Rate von familiärer Verfilzung und politischer Clanbildung. Kein Wort verliert Rutschky auch über die Tatsache, dass in der Regel Familienbesitz in Millionenhöhe als eine Voraussetzung für eine aussichtsreiche Kandidatur angesehen wird. Schon der Senat, aus dem viele Kandidaten kommen, war seit der Staatsgründung ein Club von Millionären und ist es bis heute geblieben."

FR-Leser Hartmut Danneck, VS-Villingen, in: Frankfurter Rundschau 4. März 2004
(zu einem Beitrag von Michael Rutschky in FR 26. Feburar 2004).

2004-03-06

"...Wenn es für die Entwicklung einer Stadt darauf ankommt, kreatives Potential zu halten und neues anzuziehen, es zu pflegen und zu mobilisieren, dann sind jene Städte im Vorteil, die offen und tolerant, vielfältig und aufregend sind. Es ist das kulturelle Klima einer Stadt, das kreative Leute anzieht oder abstösst.

Der amerikanische Stadtforscher Richard Florida hat viele gute Gründe und empirische Belege dafür angeführt, warum es die drei grossen T sind, die eine Stadt attraktiv machen: Technologie, Talente und Toleranz. "Technologie" bedarf keiner weiteren Erläuterung. "Talente" meint mehr als Begabung und Wissen, nämlich die Fähigkeit, etwas Neues zu erfinden. Was aber hat Toleranz mit der ökonomischen Entwicklung und der Wettbewerbsfähigkeit einer Stadt zu tun? Florida hat einen erstaunlichen Zusammenhang entdeckt: Jene Städte, die in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung vorne liegen, zeichnen sich auch durch hohe Toleranzwerte aus - und übrigens auch durch eine grosse Familienfreundlichkeit.

Eine Stadt steht nicht vor der Wahl, tolerant, liberal und offen für neue Lebensformen oder familien- und kinderfreundlich zu sein, ganz im Gegenteil: ein offenes Stadtklima, überhaupt kulturell moderne Verhältnisse sind gute Bedingungen für mehr Kinder und für mehr Arbeitsplätze, für eine soziale und für eine wirtschaftliche Entwicklung. Die angemessen Berücksichtigung der kulturellen Faktoren in einem so verstandenen weiten

Sinne ist die vergessene Dimension der Stadtpolitik in weiten, nicht nur in den östlichen Teilen Deutschlands.

Städte und Gemeinden werden wichtiger: für das Leben der Menschen, für die soziale und wirtschaftliche Entwicklung des Landes. Ob sie ihre Chancen auch tatsächlich ergreifen und, angesichts der Rahmenbedingungen, die auf der Bundes- und auf der Landesebene (nicht) geschaffen werden, überhaupt greifen können, das wird sich bis zum Jahr 2030 gezeigt haben."

Dr. Warnfried Dettling, aus: Stadt, Land, Untergang. Kommunen und Regionen, die nicht rasch auf globale Trends und gesellschaftlichen Wandel reagieren, werden scheitern. In: Frankfurter Rundschau 26. Februar 2004

Dr. Warnfried Dettling, Jahrgang 1943, ist freier Publizist und Berater. Von 1973 bis 1983 war er Leiter der Planungsgruppe und der Hauptabteilung Politik in der CDU-Bundesgeschäftstelle, danach bis 1991 Abeilungsleiter im Bundesministerium für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit.

Vorabdruck der Zeitschrift VORGAENGE, die im März unter dem Titelthema "Die Krisen der Urbanbanität" erscheint.
www.vorgaenge.humanistische-union.de

...."Bei vielen Menschen herrscht die Meinung vor: Die Kirchen "tun viel Gutes", und das ist nicht zu bestreiten. Dennoch bleibt häufig im Dunkeln, wer diese guten Taten zu erheblichen Anteilen finanziert. Finanzfachleute schätzen den Gesamt-Geldtransfer des Staates an die Kirchen (also des Bundes, der Länder und der Kommunen) auf zirka 20 Milliarden Euro pro Jahr. Alle Steuerzahlenden also, auch die Nicht-Kirchenmitglieder (ein Drittel der Bundesbürger), sind an der Finanzierung beteiligt. Kirchliches soziales Engagement, das allein aus kirchlichen Geldern gespeist wird, ist relativ selten zu finden.

Wenn man bedenkt, dass die Kirchen in 2002 nur etwa 0,85 Milliarden Euro an Kirchensteuern in "Soziale Dienste" investiert haben, der Staat aber diesen Betrag seinerseits mit Steuereinbussen in Höhe von 3,350 Milliarden Euro honoriert hat, dann erscheint die staatliche Subventionierung der Kirchensteuer in ihrer gesamten Schieflage: ein unglaublicher Deal!..."

Fridrich Halfmann, aus: Der grosse Deal. Über die staatliche Subventionierung der Kirchensteuer schweigen Politiker und Steuerexperten. In: Frankfurter Rundschau 27. Februar 2004

Friedrich Halfmann, Jahrgang 1937 ist Oberstudienrat im Ruhestand. Er studierte Theologie, Sozialwissenschaften und Psychologie. Seit 1990 ist er zweiter Vorsitzender des Vereins zur Umwidmung von Kirchensteuern e.V.
www.kirchensteuern.de

"...Das Problem der Schrumpfung betrifft nicht allein ostdeutsche Kommunen und regionale Einzugsgebiete - es bedrängt allerdings auf exzeptionelle, ja existenzielle Weise. In gleichem Masse werden bald auch urbane Zonen in den alten Bundesländern betroffen sein, etwa im Ruhrgebiet oder an der Nordseeküste. Das Problem ist obendrein nicht nur auf die Entwicklung in Deutschland begrenzt. Es handelt sich vielmehr um eine problematische globale Entwicklung, mit der sich Agglomerationen von Nordamerika bis Russland, von Panama City bis Helsinki sehen.

In einigen Ländern wurde bereits vor längerem darauf sorgsam reagiert. Amsterdam, Hongkong und London, darauf verwies Philipp Oswalt, Mastermind und Leiter der urbanistischen Untersuchung, regulierten allesamt in den letzten Jahren ein spezielles Feld, das Eigentum. In diesen Kapitalen werden Wohnungen auf höchstens zwei Generationen im Erbbaurecht vergeben. Damit rühr man vornehmlich in Deutschland an ein Tabu.

Denn Eigentum gilt hierzulande noch immer als sakrosankt. Wolfgang Kantzow von der Technischen Universität Berlin: "Deutsche Bodenpreise sind die höchsten in Europa." Als Investitionsgut stellt es allerdings zugleich ein Hemmnis dar. Wurde doch das jahrzehntelang gültige System einer Angebotsschaffung nach 1990 auf das ostdeutsche Territorium übertragen - mit teilweise fatalen Ergebnissen. Als wertsteigerndes Planungsinstrumentarium war es im Westteil der Republik einzig auf Wachstum und Wertsteigerung ausgerichtet. Dagegen schlagen heute die Vorhaben aus den euphorischen Boom- und Spekulationsjahren negativ zu Buche, im wörtlichen Sinne beispielsweise in kommunalen Richtwertkarten.

"Wir haben den Leerstand nie dort, wo die Stadtplaner ihn gerne hätten." Auf diesen nüchternen, aber im Mittelpunkt jeder urbanistischen Diskussion stehenden Sachverhalt machte Jürgen Weber, stellvertretender Vorsitzender der Sächsischen Aufbaubank, aufmerksam. In ostdeutschen Städten geht man derzeit von einer über Jahre konstant bleibenden Leerstandsquote von Wohnraum zwischen 10 bis 13 Prozent aus.

Helfen Privatisierungen? Oder entschlagen sich hier Städte einer Lenkungsmöglichkeit? Sollte man den radikalen Vorschlag Rolf Kyreins (TU Berlin) aufgreifen, der Wohnraum als Lockmittel propagierte? "Was würde passieren," so Kyrein, wider den klassisch-ökonomischen Verwertungsstachel löckend, "wenn wir leer stehende Häuser an Zuwanderer verschenken?" Doch ist damit tatsächlich die demographische Schieflage der nächsten Jahrzehnte zu korrigieren....

Vielleicht schafft Not dann auch neue Verbündete, sorgt für neue Allianzen und befördert ein neues, freisinniges Bürgerengagement. "Gerade der Schrumpfungsprozess", so Wolfgang Kantzow, "muss ein Anlass sein, sich in der Kommunalpolitik zu engagieren." Welche Stadt für welche Bürger - das wird eine der entscheidenden Fragen sein, an der sich die Akzeptanz und die Erfüllung zivilgesellschaftlicher Positionen mit neuem, urbanen Leben erweisen wird. Bis dahin haben sich dann wohl auch die sich um den "Stadtumbau" rankenden Euphemismen verflüchtigt. Dann wird das Programm vielleicht auch wieder so heissen, was es im Kern ist - Bauschuttabtransport."

Alexander Kluy, aus: Not schafft Verbündete. Im Bauhaus Dessau eine Tagung über "schrumpfende Städte". In: Frankfurter Rundschau 24. Februar 2004

"...Es sind die ganz kleinen Dramen, die besonders hohe Wellen schlagen.

So hat beispielsweise das eigentümliche Schicksal des Kunststudenten Frank Moulet die Franzosen zwei Wochen lange so intensiv beschäftigt, als hinge das transatlantische Verhältnis am Ausgang dieses Falles, während dessen Verlauf es manchen schien, als hätten die USA endlich einen französischen Sündenbock für den flüchtigen bin Laden gefunden: Moulet, mit seiner Freundin auf der Rückreise von einer Urlaubsreise auf Santo Domingo, hatte sich auffällig lange auf der Flugzeugtoilette aufgehalten. Auf die bohrenden Blicke einer Stewardess von American Airlines soll er mit einer Plainsanterie à

la francaise reagiert haben: "Shit, meine verdammte Bombe ist nicht explodiert!" Moulet wurde bei der Zwischenlandung in New York verhaftet, in ein Hochsicherheitsgefängnis in der Bronx gebracht und musste, als er nach zwei Wochen endlich seinen Prozess bekam, sich auf Anraten seines Anwaltes und zum Entsetzen der Nation auch noch schuldig bekennen.

Keine Frage: Französische Laissez-faire ist weder mit der Prüderie noch mit der jüngsten Paranoia Amerikas kompatibel. Das Unverständnis auf amerikanischer Seite gipfelte im jüngsten Kochtuchgesetz Frankreichs: Wo ist Frankreichs viel gepriesene Libertè hin, fragen sich die Amerikaner. Und waren sie nicht eigentlich pro-arabisch, diese verfluchten Franzosen....."

Martina Meister, aus: Im Schwesternkrieg. Neues vom französisch-amerikanischen Kulturkampf. In: Frankfurter Rundschau 24. Februar 2004

2004-03-04

"...Der israelische Historiker Yehuda Bauer hat den radikalen Islamismus als die dritte totalitäre Bewegung bezeichnet, neben den europäischen Faschismen und dem Stalinismus. Dem ist zuzustimmen, auch wenn auf den ersten Blick die Unterschiede zu überwiegen schien. Nach dem Sturz des Taliban-Regimes existieren - mit Ausnahme des Grenzfalls Saudi-Arabien - keine offen islamistischen Diktaturen mehr, und auch die Talibanherrschaft war alles andere als ein die Massen begeisterndes, von einem charismatischen Führer und einer gut organisierten Partei regiertes, modernste Herrschaftstechnik aufbietendes Regime.

.....Während der Koran selbst im Stil spätantiker Religionspolemik zwischen einer Rhetorik der Verfluchung und des Verzeihens oszilliert, bedient sich der radikale Islamismus dessen negativster antijüdischer Aussagen und verfestigt sie zu einem rassistischen Stereotyp. Der israelische Wissenschaftler Yigal Carmon hat in einem Beitrag zum Stockholmer Symposion zum Genozid gezeigt, wie sehr die vor allem in Saudi-Arabien gepflogene islamistische Predigt von den Juden als "Schweinen" und "Affen" zu rassistischen Konsequenzen führt.

Wer all dies für einseitig und alarmistisch hält und davor warnt, die Haltung einzelner Ideologen und Prediger mit der von Bevölkerungsmehrheiten und ihren Regierungen

gleichzusetzen, wer an die Komplexität unterschiedlicher, sich in ergebnisoffener Modernisierungskrisen befindlicher muslimischer Gesellschaften erinnert und das holzschnitzartige Bild Samuel Huntingtons vom Kampf der Kulturen für gefährlich hält, der hat nicht Unrecht.

Doch womöglich geht die Gefahr gar nicht so sehr von den Massen, sondern von den Eliten aus. Kritiker haben Bernard- Henry Levy vorgeworfen, in seinem Buch über die Ermordung des Journalisten Daniel Pearl - dem in Karatschi vor laufender Kamera von Islamisten der Hals durchschnitten wurde -, Wahrheit und Spekulation allzu freizügig vermengt zu haben. Inzwischen verdichten sich allerdings Hinweise, dass der mit Unterstützung der pakistanischen Regierung Nukleargeheimnisse preisgegebene "Vater der islamischen Atombombe", Quadeer Khan, bisher zwar keine nachweislichen Beziehungen zu Al Qaeda, wohl aber zu malaysischen Stellen gehabt hat. Unter diesen Umständen erscheint auch Mohamed Mahatirs Rede vom Oktober, in der er die Muslime bezüglich des Palästinakonflikts aufforderte, von Selbstmordattentaten abzulassen und auf die Entwicklung von Waffen, von Bomben und Raketen zu warten, in einem anderen Licht.

Man könnte auch sagen: Was in der beschränkten Welt der Banlieues von Paris der Brandsatz gegen eine Synagoge ist, ist in den Krisenzonen der globalisierten Welt die "islamische" Bombe. Der radikale Islamismus gefährdet nicht nur, wie in Frankreich, die innenpolitische Stabilität, sondern auch, wie in Pakistan, den Weltfrieden. Beides hängt, vielfach vermittelt - ohne eindeutige Befehls- und Aktionszentren - miteinander zusammen.

Die Antworten, die liberale Gesellschaften dieser Bedrohung entgegenzusetzen hätten, sind noch nicht gefunden. Ob Chiracs "Anti-Kopftuch-Gesetz" Integration oder Desintegration der französischen Muslimie befördern wird, steht in den Sternen. Dass der von der Bush-Administration in Afghanistan und in Irak eingeschlagene kriegerische Weg ebenso wenig funktioniert wie der in Saudi-Arabien und Pakistan bevorzugte duckmäuserische Weg, steht indes fest. So wäre schon viel gewonnen, wenn man die radikalislamistische Bedrohung hier zu Lande endlich wahrnehmen würde, statt sie mit modernisierungs- und immigrationssoziologischen Floskeln zu verdrängen."

Micha Brumlik, aus: Die dritte totalitäre Bewegung, in: Frankfurter Rundschau 18. Feburar 2004

Micha Brumlik ist Direktor des Fritz-Bauer-Instituts in Frankfurt am Main.
www.fritz-bauer-institut.de

Fotografenlehrling Charly bei Foto Forstmeyer in Bad Säckingen hatte die Titelseite der Rheinfelder Schülerzeitung "Ryhwirbeli" gestaltet und einer ihrer Redakteure war der Gymnasiast Volker Skierka. Heute ist er angesehner Journalist, Autor einer Castro-Biographie und Mitglied der Hans Joachim Friedrich-Preis-Jury, eines der begehrtesten deutschen Journalistenpreises.

In der Frankfurter Rundschau vom 20. Februar ist sein Bericht über das Gefangenenlager in Guantanamo Bay, wo derzeit 600 Verdächtige unter menschenunwürdigen Bedingungen einsitzen:

"....Präsident Bush und sein Verteidigungsminister Donald Rumsfeld wollen nicht, dass ihnen jemand in Guantanamo hineinredet. Sie verfügten, dass die amerikanische Rechtssprechung hier nichts zu sagen haben soll, die internationale schon gar nicht. Guantanmo Bay sei das "juristische Äquivalent zum Weltraum" lautete kurz und bündig der Kommentar eines Washingtoner Regierungsmitarbeiters. Höchste Richter, die Bush schon bei der Stimmenauszählung zu seiner Präsidentenwahl freundlich gesonnen waren, meinten auf einmal, weil Guantanamo Bay auf Kuba liege und nur "gepachtet" sei, falle es leider auch unter kubanische Jurisdiktion. Ein Zynismus und eine Spitzfindigkeit, über die der alte Patriarch in Havanna nur lachen kann. Aber inzwischen haben Anwälte die Position Washingtons ins Wanken gebracht. Im November vorigen Jahres sprach der Oberste Gerichtshof 16 Guantanamo-Gefangenen das Recht zu, ihre Inhaftierung vor amerikanischen Gerichten anzufechten...

Die geplanten Militärtribunale in der US-Exklave beunruhigen weltweit Juristen und Regierungen, die sich dem demokratischen Rechtsstaatsprinzip verpflichtet fühlen. Es muss schon viel passieren, ehe sich einer so äussert wie Lord Johan Steyn, einer der zwölf höchsten Richter in Grossbritannien. Es sei schockierend, dass Präsident Bush "im Vorhinein seine persönliche Ansicht über die Gefangenen (...) publik gemacht" und "sie alle als "Killer"" bezeichnet habe. In der INTERNATIONAL HARALD TRIBUNE sprach er von einem "monströsen Scheitern des Rechts."

Volker Skierka, aus: Von allen Seiten einsehbar. In: Frankfurter Rundschau 2004-03-04

"Eigentlich ein Urteil, das hoffen lassen könnte. Aber ich glaube nicht wirklich daran, dass das Strafmass in der Revisionsverhandlung über "Bewährung" oder "Geldstrafe" bleiben wird.

Autobahnrasen ist zweifelsfrei ein Politikum, haben doch nicht einmal die Grünen in sechs Jahren Regierungsverantwortung es geschafft, ihre alte Forderung nach einem Tempolimit umzusetzen. Statt dessen befasst man sich mit dem, aus europäischer Sicht durchaus angreifbaren Dosenpfand...

Das Recht des Stärkeren ist in der deutschen Gesellschaft doch zu sehr verankert, erinnert man die Mächtigen und Reichen an soziale Verantwortung hallt einem sofort das Schlagwort "Sozialneid" entgegen. Wer es sich leisten kann, ein teures Auto zu fahren, dem soll auch ermöglicht werden, so schnell zu fahren wie er will. Auch wenn von Zeit zu Zeit andere darunter leiden oder getötet werden. Ähnlich die Kraftfahrzeug-Steuer. Unser Steuersystem zielt darauf, den Betrieb "alter" Autos unwirtschaftlich zu machen und bestraft die, die sich nicht alle drei Jahre ein neues KFZ anschaffen wollen (oder können). Das französische System der KFZ-Steuer funktioniert genau umgekehrt. Dabei könnte man Unmengen an Rohstoffen und Energie sparen, würde man einen Gebrauchsgegenstand wie ein KFZ so lange betreiben wie möglich. Auch könnte man mit Tempolimit 130 auf den Autobahnen mit einem Schlag gewaltig den CO-2 Ausstoss in die Umwelt reduzieren. Alles Positionen, derer sich die Grünen längst annehmen müssten, allein sie halten lieber Still und verkaufen dabei ihre Seele.

Deutschland ist ein unzivilisiertes Land, und solange die Politik den Stammtischen und der Industrie, die Ihre Produkte weltweit mit dem Branding "was sich in der Hölle deutscher Autobahnen bewährt hat, hält ganz bestimmt auch auf Ihren Strassen" bewirbt, nach dem Mund redet, wird sich daran nichts ändern. Ich bleibe bei meiner Meinung, die Europabrücke in Strassbourg heisst Europabrücke, weil DAHINTER das (zivilisierte) Europa beginnt.

FR-Leser Claus Dietmann, Frankfurt in: Frankfurter Rundschau 24. Februar 2004

Ob das meinem Ford- und zuletzt Mercedes-fahrenden Vater gefallen hätte - dass Europa erst auf Sichtweite seiner Heimatstadt Kehl am Rhein beginnt?

"...18 Jahre nach Reinhard Hauffs STAMMHEIM ist Akins Film der erste deutsche Gewinner des Goldenen Bären und die türkische Herkunft des Regisseurs verleiht dieser Jury-Entscheidung eine über den Film hinausgehende Bedeutung. Mit der grossen Geste einer internationalen Auszeichnung verweist sie auch auf ein Migrantenkino, das Deutschland seit fast 20 Jahren als das Einwanderungsland abbildet, das es nicht sein will. Es ist ein Kino, das sich selbstbewusst zwischen den Welten bewegt und das nun mit GEGEN DIE WAND zu einem wunderbar freien Blick auf die eigene COMMUNITY gelangt ist.

Tatsächlich besteht die grosse Stärke des Berlinale-Gewinners in der aufrichtigen, auf alle Political Correctness pfeifenden Frechheit, mit der Akin das deutschtürkische Miliz von Hamburg-Altona schildert. "Ich will ficken", sagt seine Heldin, die jungen Sibel, gleich zu Beginn, "und zwar nicht einen, sondern viele." Da ihr bei diesem Vorhaben die eigene türkische Familie mit ihren traditionellen Moralvorstellungen im Wege steht, geht sie eine Zweckehe ein. Ihr ebenfalls aus der Türkei stammender Scheinehemann, ein saufender, koksender Abstürzler namens Cahit, haust in einer bierdosenvermüllten Singlewohnung. Mit unverhohlener Lust spielt Birol Ünel das Klischee des fleissigen Gemüsehändlers von nebenan über den Haufen. "Warum fickt ihr eigentlich nich eure Frauen?", wird er beim Kartenspiel die Männer von Sibels Familie fragen, um deren scheinheilige Trennung von Bordellbesuchen und häuslichem Fortpflanzungsakt zu unterwandern. Überhaupt spricht dieser spätpunkige Outlaw kaum mehr Türkisch. Später, als er Sibel in Istanbul sucht, vertaut er sich erleichtert einem Taxifahrer an, der in München gross geworden ist....

Natürlich muss jenes Deutschland, für das nicht nur Regisseure wie Fatih Akin, Thomas Arslan und Schauspielerinnen wie Sibel Kekilli stehen, vom Kino nicht mehr gemacht werden. Mann kann sich weigern, es zur Kenntnis zu nehmen, doch genauso könnte man den Kölner Dom oder die Siegessäule ignorieren. Dieses Deutschland ist da, es ist das einzig mögliche, und schon bald wird es die letzten Träumer der Leitkultur mit fröhlicher Verachtung aus seiner unausweichlichen Zukunft fegen."

Katja Nicodemus, aus: Ankunft in der Wirklichkeit, in: Die Zeit Nr. 9, 9. Feburar 2004

"...Über seine geistige Lage vermochte der Konservatismus, der seine eigenen Ressourcen verbraucht hatte, sich selbst nicht mehr Rechenschaft abzulegen. Machtvergessen und machtversessen war Kohl, aber nicht nur er. Noch mehr als er haben die Enkel alles auf Machtfragen reduziert. Die Nach-Kohl-CDU hat nicht mehr erlernt, sich ihre Politik von innen zu erschliessen. Diese Erbschaft bleibt.

Der Fall Irak beispielsweise: Mit ihrer emphatischen Solidaritäts-Geste und den lauten Vorwürfen an die Adresse der Kriegs-Kritiker hat Angela Merkel Profil gezeigt. Nicht gerade überzeugend begründet, aber egal, sie knüpfte an eine grosse Tradition ihrer Partei an. Loyalität zur USA, Einheit des Westens und so weiter. Etwa ist dann schief gegangen, zumindest mit den Kriegs-Begründungen, selbst Colin Powell bekennt, heute würde er sich's zweimal überlegen. Grund genug für Angela Merkel wäre das, einen Moment lang darüber nachzudenken, was passiert ist. Keine Selbstkritik, woher denn, bloss ein offenes, ehrliches, reflektierendes Wort darüber, wie man die Sache heute im Licht der Ereignisse sieht. MISSION ACCOMPLISHED, Bekenntnisse geliefert, und nun soll Gras darüber wachsen? Die CDU und die Zukunft des Westens, fast fünfzig Jahre hat das die Partei beschäftigt. Und nun versinkt das im Meer von Alltag und Beliebigkeit.....

...Wo ist er, dieser grundeuropäische Impuls? Derzeit findet die zweite Runde einer Abwehrschlacht statt. Im Wahljahr 2002 als die Erweiterung nach Osten anstand, belauerten sich alle. Wer macht die erste populistische Bewegung? Am Ende musste man beinahe dankbar dafür sein, dass niemand an die ganze Frage rührte. Jetzt geht es darum, eine Auseinandersetzung um Europa auf dem Rücken "der Türken" zu verhindern. Der kleinste gemeinsame Nenner als politisches Maximus?

Nein, das festzuhalten ist nicht ungerecht. Es wäre ein bisschen zu einfach, wollte man sagen, die CDU könnte aus ihrer 50-Prozent-Stärke nur die "Stunde der Opposition" machen, wenn sie die Machtfrage an der Spitze geklärt hätte. Solche "Klärungen" täuschen leicht auch über ungeklärte Fragen hinweg. Aber, Pardon!, Opposition lebt auch von Sichtbarkeit. Wer steht für was? Die Formel jedenfalls, man könne innerhalb von 45 Minuten die "Machtfrage" entscheiden, steht für nichts.

Bei allem Respekt: Könnten die Unions-Enkel es wirklich besser? Schröder, wird gesagt, sieht den Wald vor lauter Bäumen nicht. Aber die Enkel sehen ihn? Weder der Tradition, aus der sie kommen, noch den grossen Umbrüchen, die sie der Republik zumuten möchten, werden sie mit ihrem kleinkarierten Lavieren gerecht. Darin übrigens,

zugegeben, war auch Kohl Meister. Was seine Schwächen betrifft, vielen Dank!, bloss keine Belehrungen. Er ist wahrlich nicht das Mass aller Dinge. Aber ohne jede Melancholie gesagt: Über eine Portion Common Sense, ja ein gewisses Format verfügte dieser Kohl, auch wenn er zuletzt an sich selbst gescheitert ist."

Gunter Hofmann, aus: Schnell, schnell an die Macht. Was aus dem Land wird, scheint den Konservativen egal zu sein. Hauptsache, sie können es bald regieren. In: Die Zeit Nr. 9, 19. Februar 2004

2004-03-01

In Basel ist Fastnacht. Eine der schönsten Fastnachts dieser Welt - ein wenig düster, traumverloren. Nicht so ausschweifend wie in Salvador de Bahia, aber wir Dreyeckländler sind halt auch keine feurigen BrasilianerInnnen (gell Martin?).

Sehr geehrter Zwiebelfisch, am Silvesterabend fuhr ich mit meiner Frau auf der großen Straße von Süden nach Norden durch Frankfurt. Nach der Brücke über den Main liegt rechterhand Frankfurts bekanntestes Bordell. Beim Passieren sagte meine Frau: "Schau mal, beim Puff haben sie die Weihnachtsbeleuchtung schon abgeschaltet!", und ich fragte sie und jetzt Sie: Warum heißt ein Puff eigentlich Puff?

Dr. Th. Schrader, Frankfurt am Main

"Pascha"-Puff:
Der Würfel ist gefallen!

Sehr geehrter Herr Dr. Schrader, "Puff" war der Name eines alten Brettspiels mit Würfeln. Das Wort ist die lautmalerische Umsetzung des dumpfen Geräuschs, das beim Aufschlagen der Würfel entsteht. Im 18. Jahrhundert wurden Bordellbesuche gern als harmlose Gesellschaftsspiele verklausuliert, man sagte zum Beispiel: "Er hat mal wieder mit einer Dame Puff gespielt" oder "Lasst uns zum Puff gehen". So wurde das Würfelspiel alsbald Synonym für die Institution. Während das Spiel als solches irgendwann aus der Mode geriet, hat sein Name dank der allzeit existierenden Etablissements bis heute überlebt. Freilich taugt das Wort längst nicht mehr zur Verschleierung. Wer nicht direkt

aussprechen mag, wo er sich mit wem auf welche Weise amüsiert hat, der verwendet heute lieber Umschreibungen wie "externer Kundentermin" oder "Überstunden im Büro".

Aus: Spiegel Kultur
www.spiegel.de

Das "Puff"-Spiel gibt es übrigens immer noch, es wird heute auch "Tricktrack" genannt. Am bekanntesten dürfte es aber unter seinem englischen Namen sein: "Backgammon".

2004-02-20

"... Ich meine die Niederschlagung des Aufstands der Hereros gegen die deutsche Kolonialmacht in Südwestafrika, begonnen am 12. Januar 1904: Völkermord, begangen im Einklang mit dem Selbstverständnis einer durch und durch militarisierten Gesellschaft, deren Leitfigur der ignorante, arrogante, aber unbedingt gehorsame preussische Leutnant war.

Der Geist der Epoche, geprägt von Alldeutschen, von Kolonial- und Flottenvereinen, äusserte sich zum Beispiel so: "Da dem Neger alles abgeht, was wir Ehrfurcht, Dankbarkeit, Hingebung usw. nennen; da er bei jedem Akt der Milde das Motiv der Furcht, bei Strenge das der bewussten Kraft voraussetzt, ist es klar, dass nur ein männlicher selbstbewusster Wille ihm imponieren kann; wie ja auch die ganze Geschichte des Negertums dies beweist..." Mit diesen und vielen ähnlichen Worten erläuterte Carl-Peters, wie er den Auftrag des Kaisers zur Eroberung von "Deutsch-Ostafrika" verstand: Raubend, plündernd und brandschatzend sorge er als "Reichsverweser" unter den "Kanaillen" für Zucht und Ordnung. "Leider geht mein Weg über Leichen". Erst als er seine Konkubine und seinen Diener wegen "Ehebruchs" erhängte und ihre Dörfer in Asche legte, liess die Reichsregierung "Hängepeters" fallen, nicht zuletzt wegen August Bebels "sentimentalen Gewinnsels" (Peters) im Reichstag.

Was der von Habgier und Grossmannssucht getriebene Peters mit Strafexpeditionen begonnen hatte, brachten in "Deutsch-Südwest" pflichtbewusste Offiziere aus

preussischem Adel generalstabsmässig und mit handwerklicher Präzision im Krieg gegen die Hereros zur Vollendung.

"Innerhalb der deutschen Grenze wird jeder Herero, mit oder ohne Gewehr, mit oder ohne Vieh erschossen. Ich nehme keine Weiber und Kinder mehr auf, treibe sie zu ihrem Volk zurück und lasse auf sie schiessen..." Wie es der kaiserliche Kommandeur, Generalleutnant Lothar von Trotha, den abtrünnigen Untertanen ankündigte, so wurden sie in den folgenden Jahren "mit oder ohne Vieh" wie Vieh abgeschlachtet. Sein Adjutant, Oberst Paul von Lettow-Vorbeck, und das gesamte Offizierskorps seiner "Schutztruppe", einschliesslich Feldprediger und Missionare, wirkten gewissenlos mit, sehr zur Freude der deutschen Siedler und ihrer Sponsoren aus Handelshäusern, Banken und Industriegesellschaften in der Heimat.

Trotha rapportierte nach Berlin, er halte es für richtig, dass das Volk der Hereros "in sich untergeht und nicht noch unsere Soldaten infiziert und an Wasser und Nahrungsmitteln beeinträchtigt... Dieser Aufstand ist und bleibt der Anfang eines Rassenkampfes." In Berlin waren Kaiser und Generalstab der gleichen Meinung. Generalstagschef Alfred von Schlieffen bestärkte von Trotha ausdrücklich in seiner Auffassung vom vernichtenden "Rassenkampf". Drei Jahre nach Beginn der Militäraktion blitzte der Pour le Merite an Trothas Brust, und die deutschen Siedler in Südwestafrika erhielten fünf Millionen Mark "Entschädigung". Von 70 000 Hereros lebten noch 10 000, von den 20 000 Namas ("Hottentotten") die Hälfte. Insgesamt waren 100 000 Menschen, darunter auch Ovambos und Gergdamaras, Opfer der preussischen Kriegskünste geworden: der Vernichtung durch Arbeit und Hunger im Konzentrationslager, der gezielten militärischen Schlächtereien, des Erhängens und Erschiessens von Männern, Frauen und Kindern, der Folter, der Vergewaltigungen, des planmässigen Verdurstenlassens in der Omaheke-Wüste. Tiefe Bewunderung dafür reifte in Gustav Noske, dem damaligen kolonialpolitischen Sprecher der SPD-Reichsregierung.

Als 1918 Deutschlands "Platz an der Sonne" verloren war, trafen sich die kaiserlichen Offiziere (führend Lettow-Vorbeck, nicht gehindert durch Noske, nunmehr Reichswehrminister) in den Freikorps und beim Kapp-Putsch wieder, indessen der deutsche Generalstab die Eroberung neuen Lebensraums im Osten vorbereitete...

...Wiedergutmachung? Nicht für Buschneger und Hottentotten. Kein Bundeskanzler hat sich bis heute um solche Lappalien gekümmert. Auf seiner Afrikareise im Januar 2004

machte der wendige Kanzler Schröder einen weiten Bogen um Namibia. Kein Bundespräsident äusserte sich zum deutschen Völkermord in Afrika. Bis auf Herzog. Bei einem Besuch Namibias 1998 fand er das Verhalten der "Schutztruppe" zwar "nicht in Ordnung", weigerte sich aber, mit einem Vertreter der Hereros zu sprechen, und lehnte jeden Gedanken an Entschuldigung oder Entschädigung ab. Dafür freute er sich über das "in Namibia noch lebendige deutsche Erbe". Hart und klar dann die Abfuhr durch Aussenminister Fischer bei einer Stippvisite mit einem grossen Teil von Unternehmern im Oktober 2003: "Wir sind uns unserer geschichtlichen Verantwortung in jeder Hinsicht bewusst, sind aber auch keine Geiseln der Geschichte. Deshalb wird es eine entschädigungsrelevate Entschuldigung nicht geben..."

Karl-Heinz Hansen, aus: Rassenkampf, in: Ossietzky, Zweiwochenschrift für Politik / Kultur / Wirtschaft Nr. 3, siebter Jahrgang 7. Februar 2004
Ossietzky (www.sopos.org/ossietzky)

2004-02-19

"Diese Namen sollte man sich merken. Wenn im November doch eine demokratische Administration gewählt werden sollte, könnten Ivo Daalder und James Lindsay in ihr eine ähnliche Rolle einnehmen, wie sie derzeit Condoleeza Rice oder Paul Wolfowitz in der republikanischen Administration ausüben, nachdem sie sich als Politologen in die erste Reihe der Machtelite hineingeschrieben haben. Daalder und Lindsay gehörten unter Bill Clinton dem Nationalen Sicherheitsrat an; derzeit arbeiten sie an der Brookings Institution, einer sicherheits- und sozialpolitisch den Liberalen und Demokraten nahe stehenden Denkfabrik in Washington. Aus der Fülle der polemischen oder satirisch gemeinten Anti-Bush-Literatur, die auch den US-Buchmarkt überschwemmt (aber die Machthaber nicht im mindesten juckt), ragt ihre ebenso nüchterne wie luzide Kritik der "Bush-Revolution" erfreulich heraus.

Und um eine Revolution handelt es sich. Das Manko vieler europäischer USA-Experten liegt darin, dass sie die von Beginn an revolutionären Züge der amerikanischen Politik verkennen. Das Programm der Amerikanischen Revolution war, im Unterschied zur Französischen und Russischen, stets auf Wiederherstellung einer guten, alten, in religiösen Werten verankerten Ordnung aus, also eine Restauration mit revolutionären Mitteln. Amerika schwankte dabei zwischen Isolationismus und Internationalismus, zwischen dem Rückzug aus einer schlechten Welt und der unbeirrt verfolgten Mission,

ebendiese Welt zu retten. Nationale Interessen standen stets im Mittelpunkt, was multilaterale Einbindung nur begrenzt zulässt. Amerika ist, wie ein Kolumnist der NEW YORK TIMES kürzlich prägnant formulierte, eine "Fuss- und Fahrenheit-Nation in einer metrischen Welt". Ein Demokrat im Weissen Haus (und seien es die erklärten Irak-Kriegsgegner John Kerry, Weseley Clark oder Howard Dean) würde daran nur Nuancen ändern, aber wohl stärker als die an Ronald Reagan anknüpfenden Neokonservativen das Einvernehmen mit den Verbündeten wiederherzustellen versuchen. Für Daalder und Lindsay besteht der Grundfehler der Bush-Revolution in der Prämisse, dass Amerikas Sicherheit auf seiner völligen Loslösung (AMERICA UNBOUND) von anderen beruht.

Das informative Buch hat leider, im Unterschied zu hanebüchenen Niedergangsthesen und Verschwörungstheorien, noch keinen deutschen Verlag gefunden. Europa pflegt offenbar lieber sein Bild vom hässlichen Amerikaner, als dass es Feinheiten im amerikanischen Mainstream zur Kenntnis nimmt. Drei Erkenntnisse des Autorenpaars sind herauszustreichen. Erstens: Zum Feindbild USA zählt die völlige Unterschätzung des Präsidenten, der manchen als Marionette finsterer Dunkelmänner, anderen als bescheuerte Witzfigur gilt. Daalder und Lindsay belegen, dass Bush in Washington das Kommando hat, und machen sein religiöses Weltbild verständlich. Zweitens unterstreichen sie die einschneidende Zäsur des 11. September, dessen Bedeutung in Europa heruntergespielt wird, was in amerikanischer Sicht einen eklatanten Mangel von Verständnis und Solidarität nach sich zog. Drittens legen sie die alles andere als beruhigenden Perspektiven der konservativen US-Sicherheitsstrategien dar, die mit dem Irak-Krieg und mit einer fast unbemerkt gebliebenen Veränderung der Nuklearstrategie einhergeht. Weisses Haus und Pentagon setzen auf so genannte Mini-Nukes, kleine Atombomben unter fünf Kilotonnen, womit Bush Präventivkriegsstrategie eine schauerliche Dimension annimmt.

Mag man sich in Europa darüber aufregen, mit den irakischen Massenvernichtungswaffen belogen worden zu sein - in den USA ist eine demokratische Revolution mit zur Not auch militärisch erzwungenen Regimewechseln konsensfähig, und sie wäre auch mehrheitsfähig, wenn die Sichtweisen und Interessen der Verbündeten wieder stärker respektiert würden. Noch zwei Botschaften kann man dem Buch entnehmen: Die Wende vom 11. September 2001 machte die alte Weltordnung des Kalten Krieges endgültig passé. Bush I sprach von einer "neuen Weltordnung", die Bush II nun, aber anders als der Vater, ins Werk setzt. Und Germany ist in diesem Werk kaum mehr als eine Fussnote."

Claus Leggewie, aus: Buch im Gespräch. Die Bush-Revolution. In: Die Zeit Nr. 8. 12. Februar 2004

über: Ivo H. Daalder/James M. Lindsay:
America Unbound:
The Bush Revolution in Foreign Policy.
Brookings Institution Press, Washington D.C. 2003, 277 Seiten, $ 22.95

2004-02-18

"Neulich ging durch die Presse und Fernsehen die Nachricht, das sich beim Brückenbau über den Hochrhein das Schweizer und das deutsche Team über der Rheinmitte verfehlt hätten. Begründung: Schweizer Ingenieure rechnen bei Bauarbeiten mit Meereshöhe Mittelmeer, die deutschen mit Normalnull Nordsee, was 27 Zentimeter Unterschied ausmache. Stimmts, dass es auf der Erde mehrere Meereshöhen gibt?
Joachim Wöhrlin, Steisslingen

Dass die Erde keine Scheibe ist, hat sich weitgehend herumgesprochen. Die meisten wissen auch, dass unser Globus keine Kugel ist, sondern durch die Rotation zu einem Ellipsoid abgeflacht ist - der Abstand zwischen Nord- und Südpol ist um etwa 0,3 Prozent kürzer als der Durchmesser am Äquator. Aber auch die Ellipsenform ist nicht exakt: Selbst wenn die ganze Erde mit Wasser bedeckt wäre, man die Gezeitenkräfte vernachlässigen könnte und der Ozean völlig still wäre, ergäbe sich kein sauberes Ellipsoid, sondern eine kartoffelartige Gestalt mit Beulen und Tälern von bis zu 100 Meter Höhe oder Tiefe, die als Geoid bezeichnet wird. Der Grund dafür sind Schwankungen in der Gravitation - die Masse der Erde ist nicht gleichmässig verteilt.

Angaben für die Höhe über dem Meeresspiegel beziehen sich immer auf EINEN Punkt auf dieser Kartoffel-Oberfläche, und sie sind noch dazu historisch irgendwann einmal festgelegt worden, weil die Meereshöhe nicht nur zwischen Ebbe und Flut schwankt, sondern auch längerfristig. Deutsche Vermesser beziehen sich auf einen Punkt bei Hoppengarten östlich von Berlin, dessen Höhe einmal mit 54,638 Metern festgelegt wurde, die Schweizer auf einen Pegel in Marseille und die Österreicher auf eine Marke in Triest. Es gibt also tatsächlich verschiedene Meeresspiegel, und es ergeben sich für einen Ort an der deutsch-schweizerischen Grenze unterschiedliche Werte, je nachdem, auf welchen Pegel man sich bezieht.

Den Brückenbauern in Laufenburg war dieser Unterschied bekannt - sie haben ihn nur in die falsch Richtung korrigiert, sodass sich eine Abweichung von 54 Zentimetern ergab.

Chrisoph Drösser, aus: Stimmts? Leben auf der Kartoffel, in: Die Zeit Nr. 8, 12. Februar 2004

"...Unsere Bauten brauchen halt Freiheit. Wir arbeiten nicht auf ein Ziel zu, sondern warten im Prozess, was sich ergibt. Wir gehen viel auf die Baustellen, und manchmal merken wir dann, das etwas fehlt. Zum Schluss sind wir oft überrascht, was da zur Welt kommen wollte.

ZEIT: Was, Sie lassen das einfach so laufen?

Behnisch: Ganz so ist's nicht. Aber man kann und sollte nicht alles steuern, finde ich. Sonst kommt da am Ende so eine Platzanweiser-Architektur heraus, die alles bestimmen will. Nein, in meinen Häusern darf es auch Widersprüche geben, die wollen nicht unbedingt Recht haben. Sie sind offen für vieles, auch für viele Veränderungen in sich selbst.

ZEIT: Kann es sein, dass Sie eher Landschaften als Architektur gebaut haben?

Behnisch: Das mag sein. Ich bin ja ein ländlicher Mensch, aufgewachsen im kleinen Lockwitz bei Dresden. Nach dem Krieg kam ich dann nach Stuttgart und die Hügel und Bäume, die gefielen mir gleich. Ist natürlich bürgerlicher hier, aber die Stimmung ist schon irgendwie ähnlich. Also, dass sich auf dem Land aufgewachsen bin, hat schon bestimmte Vorstellungen in mir erweckt. Dass man zum Beispiel einen Ort nicht mit Mauern umgrenzen und einengen muss. Da steht ein Baum, da fliesst ein Fluss, da läuft ein Igel rum, das ist mehr so meine Welt. Und so sehen unsere Gebäude ja auch aus, da laufen überall Igel rum. Wichtig ist für mich, dass die Dinge in der Landschaft miteinander reden - der Bach mit dem Hang und der Hang mit dem Feld. So ist das in unserer Architektur auch. Die Dinge treten ein in ein Gespräch, und ich verlange nicht von ihnen, dass sie strammstehen.

ZEIT: Sie reden von Dingen, als seien es Menschen.

Behnisch: So empfinde ich sie. Dahinter steckt sicherlich der Wunsch, ihnen Eigenart zuzusprechen. Denn gerade in der Vielfalt der Materialien und Formen lebt für mich so etwas wie Freiheit, eine Freiheit, in der Dinge zu sich selbst finden können. Mir gefällt es halt, auch ein Lochblech oder irgendein anderes Teil, das im praktischen Leben ausgemustert worden oder schlecht behandelt worden ist, wieder gut zu behandeln.

ZEIT: Woher rührt Ihr Hang zum Unperfekten?

Behnisch: Der Mensch ist nicht perfekt, warum sollte es die Architektur sein? Bei der Literatur ist das ja auch so: Wenn jemand alles erzählt, ist doch der Spass raus. Wenn Lücken drin sind, kann die Fantasie weiterarbeiten. Verstehen Sie, das ist etwas ganz anderes als preussische Architektur. Deshalb gab es ja auch den Kampf um das Gebäude, das wir bis zum Herbst für die Akademie der Künste in Berlin bauen. Dort, am Pariser Platz, verlangte die Stadt, dass alle Häuser möglichst gleich gestaltet sind. Da wird eine Ordnung von oben übergestülpt, während die Ordnung, die wir meinen, von unten kommt.

ZEIT: Was ist so schlimm daran, sich in einem städtischen Gefüge architektonisch anzupassen?

Behnisch: Das Einzelne war für mich. eben immer wichtiger als die grosse Ordnung.

Zeit: Muss denn jedes Haus ein Solitär sein?

Behnisch: In Berlin ging es ja darum, mit städtebaulichen Mitteln einen gesellschaftlichen Zusammenhang zu schaffen. Ich laube aber nicht, dass das geht. Man kann das nicht aufpressen, denn Zusammenhalt ist ja nichts Äusserliches. Und die Architektur kann nicht in Ordnung bringen, was die Realität versaut.

ZEIT: Das hört sich fatalistisch an.

Behnisch: Ich spreche nur vom Prinzip der Freiheit: dass die einzelnen Dingen sein können, was sie sind. Wenn man trotzdem Bauten antreten lässt wie Rekruten, dann spiegelt das für mich nicht nur das Wunschbild unserer Gesellschaft wider. Aber gut, das sind sicherlich auf Reaktionen auf unsere Geschichte, auf das "Dritte Reich"...

ZEIT: Sind Ihre Häuser gebaute Diskurstheorie?

Behnisch: Theorien in Architektur übersetzen, das geht nicht. Da kommt dann nur Verquastes raus. Wir sind an die Bauten immer intuitiv rangegangen. Und jeder der vielen Partner und Mitarbeiter bekam die Freiheit, die er brauchte. Mit Knechten kann man ja keine freie Architektur machen.

ZEIT: Mittlerweile ist die Zeit der Wagnisse vorbei, die gesellschaftliche Stimmung hat sich gewandelt. Was bleibt da von der Ideenwelt Ihrer Häuser?

Behnisch: Na, ich wundere mich schon über die neue Gewaltsamkeit. Was da aus der Schweiz hochkommt, von Mario Botta etwa, oder was in Berlin von Hans Kollhoff gebaut wird, das empfinde ich schon als riskant. Es gibt Architekten, die wollen allen in ihren Bauten bestimmen, wollen alles rechteckig machen, alles mit Naturstein auf ewig stellen. So wie der Adolf, der seine Bauten so plante, dass selbst die Ruinen tausend Jahren halten sollten.

ZEIT: Das ist aber arg polemisch.

Behnisch: Es geht mir ja nicht darum, dass Bauen mit Naturstein zu verbieten. Mich stört aber die Selbstherrlichkeit und Überheblichkeit dieser Bauten. Das empfinde ich nicht als demokratisch.

ZEIT: Aber gibt es denn überhaupt so etwas wie demokratische Architektur?

Behnisch: Die gibt es nicht, aber es gibt Gebäude, die aus demokratischem Geist heraus gebaut werden. In Berlin hingegen sind lauter Bauten der Angst entstanden, Häuser, bei denen das Sicherheitsdenken regiert, die jedes Risiko vermeiden. Dafür steht ja auch die Schloss-Debatte: Alle reden von Innovation, in Wahrheit aber sind sie so verkniffen, dass sie sich nur Altes vorstellen können.

ZEIT: Die Sehnsucht nach Geschichte gibt's aber doch auch deshalb, weil viele Neubauten nicht erst unserer Zeit so seelenlos sind.

Behnisch: Ja, ich kann die Sehnsucht verstehen. Das Harmonische und das Symmetrische haben ja auch ihre Stärken, da sind die Dinge zur Ruhe gekommen. Aber ich sehe, dass viele alte Bauten sehr schön sind und sehr gut. So ein dünner, leichter Klassizismus, dafür kann ich mich begeistern. Ähnlich begeistere ich mich für Briefe in

Versform, wie sie früher geschrieben wurden. Trotzdem komme ich nicht auf die Idee, solche Briefe heute zu schreiben.

ZEIT: Und dass sich viele Menschen nach Gemütlichkeit und Geborgenheit sehnen?

Behnisch: Wenn jemand Gemütlichkeit braucht, soll er sich eine Katze anschaffen. Ich habe zwei Katzen zu Hause, das ist gemütlich.

ZEIT: Kritik an der modernistischen Architektur lassen Sie nicht gelten?

Behnisch: Doch, ich mag ja nun mal das Altertümelnde nicht.

ZEIT: Was stört Sie daran?

Behnisch: In der Architektur wird ja sichtbar, wie wir mit der Welt und uns umgehen. Und nicht nur das: Sie prägt auch unseren Blick auf die Welt. Natürlich gibt es da keinen Schalter, den man umlegen könnte. Aber mit der Zeit wirkt das, was uns anfangs noch verrückt vorkommt, vertraut und normal. Die Wahrnehmung verändert sich und damit wohl auch unsere Vorstellung von Wirklichkeit.

ZEIT: Was können denn Ihre Bauten verändern?

Behnisch: Ich verstehe mich nicht als Volkserzieher. Dennoch meine ich, dass etwas von dem Geist, der beim Bau eines Hauses herrscht, weiterleibt und auf die Menschen wirkt. Dass etwas von der Stimmung hängen bleibt, und um Stimmung geht es.

ZEIT: Welche Stimmung meinen Sie?

Behnisch: Die Barockarchitektur ist ein schönes Beispiel, die Wieskirche oder das Kloster Zwiefalten. Da kann man fliegen, so gross ist die Freiheit. Beide sind ja zu Zeiten grosser Umbrüche entstanden, als die alten Ordnungen geknackt wurden. Ja, wenn das unsere Architektur bewirken könnte, dass man gerne drin fliegen würde, dann wäre das ganz schön. Zumindest so ein bisschen schweben.

ZEIT: Und in Berlin bleibt alles am Boden?

Behnisch: Der Axel Schultes, das ist schon ein lustiger Vogel. Aber beim Kanzleramt hat er formal überzogen. Das ist so ein Kinoding geworden, wo man immer drauf wartet, dass

der Kanzler mit Elektrogitarre die Treppe runterkommt. Na, und dann der Reichstag. Gut, dem Foster ist es immerhin gelungen, die Kuppel aus dem Symbolischen rauszuholen, sie thront nicht. Aber innen - einige Räume sehen aus wie Wartesäle der DDR-Reichsbahn.

ZEIT: Ich sehe schon, Berlin bleibt Ihnen fremd.

Behnisch: Das Thema liegt mir nicht besonders. Ich bin Sachse, und wir haben immer mit Österreich zusammen gegen die Preussen gekämpft - und immer verloren. Friedrich der Grosse, das war ja ein Räuber. Die Österreicher waren mir immer sympathischer. Die kennen das auch, das Laufenlassen und das Schauen-wir-mal-wie's-Geht.

ZEIT: Das war immer ihr Lebensprinzip?

Behnisch: Ja, so ist's geworden..."

Hanno Rautenberg im Gespräch mit Günter Behnisch, aus: So ein bisschen Schweben. In: Die Zeit Nr. 8, 12. Februar 2004

Günter Behnisch wurde durch das Münchner Olympiastadion berühmt. Heute ist er 81 und baut noch immer. Jüngst eröffnete er eine Schule in Lorch, im Herbst folgt sein Akademie-Neubau in Berlin.

Heute wird meine Bruder 56. Ich gratuliere Dir. Auch Du - Architekt. Wenn auch nicht praktizierender.

2004-02-08

"..Die Befunde aus Iglu und Iglu-E lieferten keine Hinweise auf generelle Leistungsdefizite. Gleichwohl zeichneten sich für einige Probleme am Ende der Sekundarstufe I die Anfänge bereits in der Grundschule ab: Kinder aus Familien mit Migrationshintergrund liegen bereits am Ende der Grundschulzeit in ihren Leistungen weit hinter Kindern ohne Migrationshintergrund zurück; der Zusammenhang zwischen Sozialschichtzugehörigkeit und Leistung ist deutlich; eine zwar kleine, aber angesichts des allgemein bildenden Auftrags der Grundschule nicht unerhebliche Anzahl von Risikokindern wird dem Unterricht in den weiterführenden Schulen nur schwer folgen können..."

Aus der Internationale Grundschul-Lese-Untersuchung (IGLU), zitiert nach FR, 29. 01.2004
www.erzwiss.uni-hamburg.de/IGLU/home.htm

"...Es gibt eine Verfügung des Bundesgrenzschutzamtes, die vom 18. April 1997 datiert. "An Verteiler. Betrifft: Verwendung von Einsatzmitteln." Der Vertreter der Nebenklage, Rechtsanwalt Dieter Kornblum, verließt sie mehrmals an diesem Verhandlungstage. Unter der Überschrift "Besondere Regelungen", Punkt 2.2, heißt es: "In Verkehrsflugzeugen ist die Anwendung von Stahl- oder Plastikfesseln nicht zulässig, weil sich der Gefesselte in einer Notfallsituation weder selbst befreien noch von Dritten ohne Hilfsmittel befreit werden kann." Der Zeuge bestätigt, dass Kabelbinder üblicherweise aufgeschnitten werden müssen, um sie zu lösen. Allen Zeugen, denen Kornblum die Verfügung vorhält, ist das Papier unbekannt...

Auf die Frage, ob er sich denn einen Lehrgang gewünscht hätte, bei der er im Umgang mit möglichen Problemen bei "Rückführungen" geschult wird, hatte ein Kollege im Zeugenstand geantwortet: "Wenn mein Vorgesetzter mir das empfohlen hätte, hätte ich es gemacht."

Die Passagiere von Lufthansa-Flug LH 588 Frankfurt-Kairo-Khartum verhielten sich ruhig. Kein Widerstand gegen die Staatsgewalt. Als die Maschine in München zwischenlandete, war Aamir Ageeb tot."

Karin Ceballos Betancur, aus: Wie ein verschnürtes Bündel. Im Frankfurter Prozess um den Tod eines Abschiebehäftlings schildern BGS-Zeugen die Praxis der "Rückführung". In: Frankfurter Rundschau 3. 02. 2004

"....Das Bittere an all dem: Eine Verantwortung für Schulversagen weist das Gros der Pädagogen weit von sich...."

Jörg Feuck, aus: Willkür in Grundschulen. In: Frankfurter Rundschau 2. 02. 2004

"...Die Zahlen, die Phillips vorlegt, sind erschütternd. Vor allem wegen ihnen lohnt sich die Lektüre dieses Buches. Zwei Beispiele: Während das ärmste Fünftel der USA seit den siebziger Jahren einen Rückgang des Nettoeinkommens hinnehmen musste, hat es sich beim obersten Prozent mehr als verdoppelt. Und während die effektiven Steuersätze für die Durchschnittsfamilie seit den fünfziger Jahren deutlich zugenommen haben, sind sie bei den Millionären von 85,5 Prozent auf rund 25 Prozent gefallen. Amerika sei mittlerweile unter den westlichen Industrienationen die Gesellschaft mit der größten sozialen Kluft, schließt Philips daraus...."

Julian Hanich, aus: Gold und Rost. Plutokratie kurz vor dem Untergang: Kevin Phillips attackiert die Elite der Reichen, die seiner Ansicht nach die USA regiert. In: Frankfurter Rundschau 2. Februar 2004
Über: Kevin Phillips: Die amerikanische Geldaristokratie. Eine politische Geschichte des Reichtums in der USA. Aus dem Englischen von Andreas Wiehrensohn. Campus Verlag, Frankfurt am Main, 2003

"Es ist eine erstaunliche Fähigkeit des menschlichen Gehirns, sich das als einzig richtig und gut zu erklären, was den eigenen Interessen entspricht. Sobald es um Putzfrauen - "haushaltsnahe Dienstleistungen" geht, halten Bürger Schwarzarbeit für "nützlich, normal und notwendig". Da denkt man nicht - wie sonst gefordert - an die Opfer, sondern an die Täter, da werden Polizisten zu "Bütteln", und endlich - bravo!- wird die Wohnung selbst für Christdemokraten unangreifbar und der Datenschutz zum Bürgerrecht. Man rede nicht von der Kriminalisierung haushaltsnaher Nachbarschaftshilfe, wenn es in Wirklichkeit um Niedriglohn geht.

Bei einem für die Haushaltshilfe steuerfreien 400-Euro-Job macht die Mehrbelastung für Ehrlichkeit eines Durchschnittsverdieners ganze unzumutbare 10,70 Euro monatlich aus. Und wir die Putzfrau krank, bekommt sie 70% ihres Lohns von der Knappschaft.

Nicht der brave Bürger ist in einer Notlage, sondern eher seine Putzfrau: kein Unfallschutz, bei Krankheit keine Lohnzahlung und ohne Sozialleistungen, kein Rentenanspruch. Für die Sozialhilfe zahlt die nächste Steuergeneration.

Wenn man zu viel Steuern zahlt, dann muss man sich an den Staat wenden und nicht an seine Putzfrau."

Dr. Burkhard Hirsch, Düsseldorf, Bundestagsvizepräsident a.D. in: DIE ZEIT Nr. 6, 29. Januar 2004

"...Wir haben es also mit einer Paradoxie zu tun: Das Letzte, was Politiker an der Macht brauchen können, ist gute Beratung, denn die würde sie irritieren und zeigen, dass es überall dort, wo die Regierung behauptet, es gäbe zu ihrer Politik keine Alternative, auch anders ginge. Wenn man sich Kommissionen wie den Ethikrat ansieht, erkennt man rasch, dass die Politiker von den Beratern eigentlich nur eine nachträgliche Rationalisierung schon gefallener Entscheidungen erwarten.

Es gibt darüber hinaus eine Art Kassandra-Consulting, das es den Politikern ermöglicht, in die Rolle des Retters zu schlüpfen - hier geht es um die negative Gefälligkeit des Beraters, die Probleme herbeischafft. Also doch: Geldverschwendung? Mit der Beratung scheint es wie bei der Werbung zu sein: Man weiss nicht, ob und wie sie wirkt, aber man kann auch nicht riskieren, es nicht damit zu versuchen. Es ist nicht klar, ob Alexander trotz oder wegen der Beratung durch Aristoteles der Grosse war."

Norbert Bolz, Medienwissenschaftler an der TU Berlin, aus: Die fünfte Gewallt. "Talk funny and make money": Bei der vergeblichen Suche nach einfachen Lösungen ist der Beratungsskandal der Platzhalter einer Reform. In: Frankfurter Rundschau 27. 01. 2004

"....Immerhin wussten die politischen Führungen in London und Washington durch die Entschlüsselung deutscher Codes und durch verlässliche Informanten schon Anfang 1943, lange vor den Luftaufnahmen, von der systematischen Vernichtung der Juden durch das Nazi-Regime.

"Unklar" ist indes auch dem Archiv-Leiter Williams, warum britische Flugzeuge nicht zumindest die Zugverbindungen nach Auschwitz bombardierten, um die Deportation weiterer Hunderttausender nach Auschwitz zu verhindern. Schon in der Vergangenheit war in der britischen Öffentlichkeit diese Frage gelegentlich debattiert worden..."

Peter Nonnenmacher, aus: Kriegsaufnahmen zeigten präzises Bild von Auschwitz. Britisches Nationalarchiv veröffentlicht historische Fotos der Royal Air Force im Internet/Publikation provoziert kritische Fragen. In: Frankfurter Rundschau 22. 01. 204
www.evidenceincamera.co.uk

"...Wenn so viel Bewegung und Reformeifer am Werk sind wie gegenwärtig, dann entsteht ja die Frage, ob das Führungspersonal hinreichend ausgestattet ist, diesem großen gesellschaftlichen Wandel die für Spitzenleistungen angemessene Schubkraft zu verleihen. Da man es offensichtlich aufgegeben hat, dem Räderwerk des sozialdarwinistischen Überlebenskampfes in die Speichen zu greifen und en Verlierern besondere Hilfe zukommen zu lassen, drängt sich der Gedanke auf, die von ihrer Natur oder dem elterlichen Erbe begünstigten besonderen Zugänge zu Herrschaftspositionen zu ebnen. So wird das niemand offiziell formulieren. Vielmehr ist Leistung auf er Karriereleiter (nicht für die, die oben angekommen sind) zu einem Selektionsbegriff geworden. Die Gesellschaft ist übersät mit Innovationsoffensiven, mit Optimierungskonzepten, Hochleistungssport; mit Wettkämpfen um den größten Deutschen. So liegt es nahe, diesem Überleben der Bestausgestatteten (ganz im Darwinschen Sinne der survival of the fittest) auch Orte und Ideologien der abgrenzenden Distanz zum Normalen und Alltäglichen zu verschaffen und die Selbstwertgefühle dieser Klasse von Menschen zu stärken. Aber es ist eine vertrackte Sache mit diesem Elitegedanken. Der Wortursprung hat nun einmal den Sinngehalt von Auslese; im Lateinischen heißt es eligere, auch das griechische legein bedeutet zählen, berechnen - Resultat davon ist: "Auswahl der Besten". Das französische élite (das Ausgewählte), wie es im 18. Jahrhundert in die europäischen Sprachen eindringt, geht auf denselben Wortstamm zurück. Wer wählt hier aber aus? Und wer sind die Besten? Ist es jene Wirtschaftselite, von denen einige markante Repräsentanten zurzeit auf der Anklagebank des Düsseldorfer Landgerichts sitzen, weil ihnen schamlos individuelle Bereicherung zum Schaden ihrer Unternehmen vorgeworfen wird? Sind es Politiker, Professoren, Ärzte? ..

Politische Urteilskraft und soziale Fantasie für Zwecke zu nutzen, die im klassischen Sinne auf den Wohlstand des Gemeinwesens gerichtet sind, ist Grundvoraussetzung einer lebensfähigen Demokratie. Verantwortung in diesem Sinne ist jedem Menschen zuzumuten, der in einem friedensfähigen Gemeinwesen leben will. Erziehung und Bildung

darauf zu richten, würde die Gesellschaft nicht nur kreativer, sondern auch gewaltfreier machen. "Eliten" irgendwelcher Definition können diese Prozesse nur behindern."

Oskar Negt, aus: Ein missbrauchter und entehrter Begriff. Wo Elitediskussionen im Schwange sind, ist die Zweiteilung der Gesellschaft nicht mehr weit. In: Frankfurter Rundschau 26. Januar 2004

Prof. Oskar Negt, geb. 1934 in Kapkeim, Kreis Königsberg/Preußen. Mitbegründer der Glockseeschule in Hannover, einer der wenigen Alternativschulen, die die Bundesrepublik hervorgebracht hat.

2004-01-30

"Die Stimmen, die zu Lessings Zeit die Abschaffung von Religion gefordert haben, haben sich nicht durchgesetzt. Durchgesetzt hat sich aber die Vorstellung von einer Ordnung, die gegenüber allen Konfessionen und Religionen so viel Distanz wahrt, dass sie ihr friedliches Miteinander regeln und garantieren kann: nämlich den säkularen Staat. Diese Vorstellung war auch deshalb erfolgreich, weil wir in Europa die Erfahrung gemacht haben, wie grausam und schrecklich kriegerische Auseinandersetzungen werden können, die im Namen eines absoluten Wahrheitsanspruches geführt werden.

Deswegen haben wir - im Gefolge der Aufklärung und der Entwicklung der Menschenrechtsidee - die Konsequenz gezogen, dass Religion und staatliche Ordnung unterschieden werden müssen, das Glaubensüberzeugungen und Organisation des Gemeinwesens voneinander zu trennen sind. So können zwei fundamentale Menschenrechte gewährleistet werden: die Freiheit des Gewissens und die Freiheit der religiösen Überzeugung und der religiösen Praxis. So kann das friedliche Zusammenleben unterschiedlicher Überzeugungen und Religionen geregelt werden.

Dazu mussten Staat und Kirche einen für sie wesentlichen Verzicht leisten: Der Staat musste auf eine religiöse Rechtfertigung verzichten. Die Staatsgewalt ist nicht mehr "von Gott" verliehen, sondern geht "vom Volk aus". Das hört sich heute selbstverständlich an, das war es aber lange Zeit nicht. Die Religionen mussten ihrerseits darauf verzichten, ihren absoluten Geltungsanspruch, ihren "Wahrheitsanspruch", mit Hilfe staatlicher Gewalt durchzusetzen.

Das Verhältnis von Staat und Kirche ist in Europa auf ganz unterschiedliche Weise geregelt, von der Staatskirche in Skandinavien bis zum französischen Laizismus. Wir in Deutschland haben uns für einen anderen Weg entschieden, einen Weg, für den Bischof Wolfgang Huber den Bebriff "aufgeklärte Säkularität" geprägt hat. Staat und Kirche sind in Deutschland klar voneinander getrennt, aber sie wirken auf vielen Feldern im Interesse der ganzen Gesellschaft zusammen. Ich halte das, alles in allem, für den richtigen Weg, und ich sehe keinen Anlass dafür, dass wir uns dem Laizismus unserer französischen Nachbarn und Freunde anschliessen sollten.

In Artikel 4 unseres Grundgesetztes heisst es: "Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich. Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet." Deutschland gehört zu den europäischen Ländern, deren Geschichte und deren Traditionen besonders vom christlichen Glauben geprägt sind. Die Religionsfreiheit, die unser Grundgesetz garantiert, gilt aber nicht nur für die christlichen Kirchen. Sie gilt, auch wenn das manchen nicht immer ausreichend bewusst ist, auch für andere Religionsgemeinschaften und gewiss für den Islam.

Die Grenze findet jede Kirche und jede Religionsgemeinschaft ausschliesslich in den vom Grundgesetz garantierten unveräusserlichen Menschenrechten. Auch sie gelten - wie die Religionsfreiheit - für alle, ob sie Christen, Muslime, Juden, Buddhisten oder Angehörige anderer religiöser Überzeugungen sind, natürlich auch für Menschen, die nicht gläubig sind. Niemand hat in unserem Land das Recht, unter Berufung auf seinen Glauben die in unserem Grundgesetz garantierten Menschenrechte und Bürgerrechte zu verletzen...

Unsere Gesellschaft ist kein religionsfreier Raum, und Religion ist nicht bloss Privatsache. Der öffentliche Charakter von Religionen wird bei uns anerkennt. Kirchen und Glaubensgemeinschaften können öffentlich wirken, und ihre Einmischung in öffentliche Angelegenheiten ist ausdrücklich erwünscht. Manchen ist es zu wenig bewusst, welch eine grosse zivilisatorische Errungenschaft es ist, dass in einer pluralen Gesellschaft Menschen friedlich miteinander leben, die ganz unterschiedliche Überzeugungen haben. Das muss jeden Tag neu gelebt werden...

Der Staat schützt die Freiheit jedes Einzelnen, seinen Glauben zu leben, solange er nicht gegen das Grundgesetz verstösst. Der Staat hat aber nicht die Aufgabe festzustellen, welche Religion die bessere ist oder gar eine Religion zu bevorzugen...

Wir müssen uns aber mit der bisher ungelösten Frage auseinandersetzen, wie sich der Islam zum demokratischen Staat, zu Toleranz, zu Glaubensfreiheit und zur Gewissensfreiheit - zu den Menschenrechten - verhält. Das ist eine Frage, die sich nicht nur in der islamisch geprägten Welt stellt. Das ist auch eine Frage bei vielen Muslimen, die in Europa und bei uns in Deutschland leben. Wir sollten sie dabei unterstützen, in dieser Frage voranzukommen.

Die klare Trennung von Staat und Religion, die in den meisten Staaten der westlichen Welt gilt, gibt es in dieser Form in den islamischen Staaten nur im Einzelfall und nur teilweise. Die fehlende Trennung zwischen Staat und Religion macht aber so vieles so unendlich schwierig im internationalen, aber auch im nationalen Dialog.

Die entscheidende Frage, die alle Staaten der Welt beantworten müssen, eine Frage, die weit über den Religionsdialog hinausgeht, sie heisst: Wie haltet ihr es mit den Menschenrechten, mit Toleranz, mit der Gleichstellung von Mann und Frau, mit der Freiheit in Gewissens- und Glaubensfragen?

Das stellt uns auch vor die Frage, wie Religionsfreiheit als Menschenrecht überall auf der Welt verwirklicht werden kann. Darüber spreche ich bei meinen Staatsbesuchen auch in atheistisch oder islamisch geprägten Gesellschaft und Staaten. Schon in meiner ersten Berliner Rede am 12. Mai 2000 habe ich gesagt, dass viele Menschen bei uns sich leichter an den Anblick von Moscheen gewöhnen könnten, "wenn Christen in islamischen Ländern das gleiche Recht hätten, ihren Glauben zu leben und auch Kirchen zu bauen." Religionsfreiheit gibt es aber auch in islamisch geprägten Gesellschaften. Die meisten von ihnen sind allerdings weit davon entfernt. Umso entschiedener müssen wir uns überall auf der Welt für Religionsfreiheit einsetzen, denn sie spielt heute eine Vorreiterrolle für die Durchsetzung weiterer kultureller Rechte. In Europa und in Amerika wissen wir aus Erfahrung wie lange es dauern kann, bis Menschen unterschiedlichen Glaubens friedlich zusammenleben und bis jede Religion das verbriefte Recht hat, ihren unbedingten Geltungs- und Wahrheitsanspruch auch öffentlich zu bekunden. An diesem Ziel müssen wir festhalten. Dabei geht es nicht darum, europäische oder amerikanische Vorstellungen einfach auf andere Länder zu übertragen. Diese Länder müssen ihren eigenen Weg gehen.

...Ich rate uns allen dazu, dass wir auch in dieser Debatte nicht irgendwelchen Pauschalurteilen aufsitzen...

Die Debatte über das Kopftuch wäre so viel einfacher, wenn es ein eindeutiges Symbol wäre. Das ist es aber nicht. Deshalb muss in dieser Frage nach meiner festen Überzeugung der alte Grundsatz gelten: Der mögliche Missbrauch einer Sache darf ihren Gebrauch nicht hindern...

So sehr wir jede Form von Fundamentalismus bekämpfen müssen, so wenig dürfen wir die Religionen unterschiedlich behandeln. Im demokratischen Rechtsstaat gilt das Recht auf Unterschiede, aber kein unterschiedliches Recht...

Ich bin der festen Überzeugung, dass wir nicht ein Symbol einer Religion - und das ist das Kopftuch jedenfalls auch - verbieten können und glauben, wir könnten alles andere beim Alten lassen. Das ist mit der Religionsfreiheit, die unser Grundgesetz allen Menschen garantiert, nicht vereinbar und würde deshalb das Tor zu einer Entwicklung öffnen, die doch die meisten Befürworter eines Kopftuchverbots nicht wollen.

Ich fürchte nämlich, dass ein Kopftuchverbot der erste Schritt auf dem Weg in einen laizistischen Staat ist, der religiöse Zeichen und Symbole aus dem öffentlichen Leben verbannt. Ich will das nicht. Das ist nicht meine Vorstellung von unserem seit vielen Jahrhunderten christlich geprägten Land...

Alle, die in unserer Gesellschaft leben, müssen wissen, dass wir es nicht dulden, wenn Frauen aus traditionellen Gründen nur mindere Rechte haben. Ich denke da beispielsweise daran, dass junge Frauen gegen ihren Willen verheiratet werden oder dass Mädchen in der Schule von bestimmten Schulfächern fern gehalten werden...

Zu Lessings Zeiten gab es das Wort Fundamentalismus noch nicht, aber genau darauf ist doch gemünzt, wenn er sagt:

"Ich hasse alle die Leute, welche Sekten stiften wollen, von Grund meines Herzens. Denn nicht der Irrtum, sonder der sektiererische Irrtum, ja sogar die sektiererische Wahrheit machen das Unglück der Menschen - oder würden es machen, wenn die Wahrheit eine Sekte stiften wollte."

...Jede und jeder von uns, die im persönlichen und im öffentlichen Leben deutlich machen, dass es für sie Werte jenseits von Angebot und Nachfrage gibt, tragen bei zu einem gesellschaftlichen Klima, das Respekt und Toleranz fördert und Beliebigkeit oder Fundamentalismus zurückdrängt.

Das ist heute nötiger denn je. Wir können uns dabei von einem Grundsatz leiten lassen, den Lessing einmal in dieses eindrucksvolle Bild gefasst hat:

"Wenn Gott in seiner Rechten alle Wahrheit, und in seiner Linken den einzigen immer regen Trieb nach Wahrheit, obschon mit dem Zusatze, sich immer und ewig zu irren, verschlossen hielte, und spräche zu mir: Wähle! Ich fiele ihm mit Demut in seine Linke und sagte ihm: Vater gib! Die reine Wahrheit ist ja doch nur für Dich allein!"

Bundespräsident Johannes Rau, aus: Festrede zum 275. Geburtstag von Gotthold Epharim Lessing in Wolfenbüttel. In: Frankfurter Rundschau 23. Januar 2004

Die ungekürzte Rede findet sich im Internet:
www.bundespraesident.de

"...Die SPD war Partei der sozialen Gerechtigkeit. Auch als Gerechtigkeitspartei hat sie an Boden verloren. Dabei wird ihr klassisches Arbeitnehmer- und Kleine-Leute-Parteiprofil nicht nur durch die als sozial ungerecht empfundene Agenda-2010-Politik der Bundesregierung beschädigt. Selbst bei der Hamburger Regionalwahl mit ihrer dominant landespolitischen Thematik weiss sie sich nicht mehr erfolgreich als Gerechtigkeitspartei zu positionieren.

Sie hat auch keine Antwort auf die neue soziale Frage der gesellschaftlichen Abkopplung von Modernisierungsverlierern. Ihre - überfälligen - Bemühungen um einen neuen Gerechtigkeitsbegriff gehen an der Lebenslage vieler Menschen in Wilhelmsburg oder Billstedt vorbei. Die schlagen sich in den sozialen Brennpunktquartieren mit der Kumulation sozialer Probleme herum: Arbeitslosigkeit, schlechte Wohn-, Bildungs- und Infrastrukturbedingungen, hoher Ausländeranteil und die Konkurrenz um knappe Ressourcen, an deren Reibungsflächen Ressentiments wachsen.

Die Angehörigen dieser von der Stadtentwicklung abgekoppelten Schichten haben die SPD immer weniger als ihre Schutzmacht gesehen, sie haben sich von der Partei entfernt und sind wahlpolitisch auf eine Reise mit häufig wechselnden Stationen gegangen: Wahlenthaltung oder Stimmenwanderung zur CDU, rechtsradikale Parteien, zuletzt zur Schill-Partei. Es ist der politische Niederschlag eines zugespitzten sozialen Problems der Metropolen, das überall - in Berlin, Bremen, Frankfurt - die SPD am härtesten trifft. Zumal

sie ausserdem den Spagat aushalten muss zwischen abdriftenden Modernisierungsverlierern und postmaterialistischen Modernisierungsgewinnern, die sich in den Grünen kristallisieren, aber auch innerhalb der SPD zu Wort melden...

...Verlieren wird bei den kommenden Wahlen der Rechtspopulismus. Er hat sich auch in Hamburg als politikunfähig erwiesen. Er taugt gelegentlich zur Mobilisierung von Protest, versagt aber bei der Organisierung von Politik. Bürgerliche Politiker wie Schüssel in Österreich oder Beust in Hamburg verspielen - machthungrig - die Unschuld des bürgerlichen Lagers. Aber auch ihnen wird es nicht gelingen, den Rechtspopulismus zur strukturellen Erweiterung und Abstützung ihrer Lagers dauerhaft zu instrumentalisieren..."

Joachim Raschke und Elmar Wiesendahl, aus. Der schöne Schein von Hamburg, in: Frankfurter Rundschau 22. Janaur 2004

Joachim Raschke, Jahrgang 1938, lehrte Politikwissenschaft an der Universität Hamburg. Arbeitsgebiete: Parteien, Soziale Bewegungen, Politische Strategie.

Elmar Wiesendahl, Jahrgang 1945, ist Professor für Politikwissenschaft an der Universität der Bundeswehr München. Er lebt in Hamburg. Seine wesentlichen Arbeitsgebiete: Parteien, Wahlen, politische Entscheidungsprozesse, politische Eliten, New Public Management.

(FR-Text)

"...FR: Wie bei denen findet sich auch bei Omar Sheik eine Art Reinheitswahn, mit dem Sie sich in Ihren Büchern immer wieder auseinandergesetzt haben und den Sie als Grundübel entlarvt haben. Was ist das für ein Reinheitswahn, warum ist er so gefährlich?

Bernard-Henri Lévy: Weil hinter der Obsession der Reinheit die Behauptung steht, das Böse liesse sich abschaffen. Um das Böse abzuschaffen, muss es einfach nur benannt werden, müssen dafür Figuren des Bösen gefunden werden, die man vernichten kann.

FR:....Monsieur Lévy, Sie erwähnten gerade die sexuelle Frustration. In Ihrer Analyse des Terroristen Omar Sheik spielt sein Verhältnis zum anderen Geschlecht eine zentrale Rolle. Das klingt so, als seien die Frauen am Fundamentalismus schuld...

L: Das zu behaupten, wäre völlig idiotisch. Aber in ihrem Verhältnis zum anderen Geschlecht liegt der Schlüssel für das Verständnis ihres Wahns. Denn der Fundamentalismus verkörpert genau diesen Reinheitswunsch. Er fürchtet die Unreinheit. Er fürchtet den Sex und daher die Frauen. Im innersten Kern unterschiedlicher Fundamentalismen stösst man immer auf die Phobie vor dem weiblichen Geschlecht. Diese Angst stellt sich unterschiedlich dar, aber sie kann bis zur Burka gehen, unter der man die Frauen gefangen hält, ja manchmal sogar dahin, dass die Frauen zu Tode gefoltert werden. Deshalb stehen die Frauen an der Frontlinie dieses Kampfes. Sie leisten den ersten Widerstand, aber sie sind auch die ersten Opfer.

FR: Was halten Sie vom französischen Gesetzesprojekt, den Schleier und alle anderen religiösen Symbole aus den Schulen zu verbannen?

L: Es ist bedauerlich, dass es so weit gekommen ist. Aber das Gesetz ist unvermeidlich. Wir brauchen jetzt ein starkes, schnelles Zeichen.

FR: Salman Rushdie hat einmal gesagt, der Westen müsse für das Recht auf den Minirock kämpfen. Sehen Sie das auch so?

L: Selbstverständlich. Wir im Westen müssen für das Recht kämpfen, Miniröcke zu tragen, sich zu schminken und frei lieben zu dürfen. Es wird immer so getan, als hätten die Fundamentalisten es auf die Sünden und Untugenden des Okzidents abgesehen. Das stimmt aber nicht. Sie zielen nicht auf seine schlechten, sondern auf seine besten Seiten ab. Sie attackieren nicht seinen Kolonialismus, seine Kriminalität, sondern seine grösste Errungenschaft: die Freiheit. Die Freiheit der freien Meinungsäusserung, die Freiheit der Gesichter und Körper. Nicht unsere bösen Seiten stören sie, sondern unsere besten.

FR: Ist es der Libertin, der zügellose Freigeist der so redet?

L: Ich war vielleicht einmal ein Libertin, aber ich bin es nicht mehr.

FR: Also ein zur Ehe konvertierter Libertin?

L: Es geht nicht um die Frage Libertinage oder Ehe. Ich liebe die Frauen, aber ich liebe die freien Frauen. Ich liebe sie in ihrer Andersartigkeit. In ihrer Gleichheit. Ich liebe an ihnen, dass sie zuallererst Gesichter sind, dann erst Körper. Das ist der eigentliche Liebhaber der Frauen. Im Grunde handelt es sich bei der Ausschweifung und beim Puritanismus ja um

ein und dieselbe Sache: Don Juan und bin Laden betrachten die Frau einzig allein als Körper. Und beiden halte ich die Liebe für die Frauen entgegen, die ich selbst tatsächlich ausgiebigst praktiziert habe. Aber es ist eine Liebe, in der zuallererst das Gesicht zählt, nicht der Körper.

...FR: Monieur Lévy, Sie haben mal behauptet, in Frankreich hasst man die Amerikaner, die Juden und die Intellektuellen gleichermassen. Ist das nicht masslos übertrieben?

L: Überhaupt nicht. Vielleicht hasst man die Intellektuellen ein wenig mehr, aber die Amerikaner und die Juden kommen nicht weit dahinter.

FR: Woher rührt dieser Hass auf die Intellektuellen?

L: Man hasst die Intellektuellen, weil sie nerven, weil sie stören, weil sie die Welt komplizierter machen, als sie ist. Weil sie die vorgefassten Meinungen ablehnen. Weil sie eine einfache Sache auseinandernehmen und unnötig komplizieren. Das findet das Frankreich des gesunden Menschenverstandes unerträglich...."

Martina Meister im Gespräch mit dem 54jährigen französischen Philosophen, Schriftsteller, Menschenrechtler, Filmemacher, Präsidentenberater und Lektor Bernard-Henri Lévy über sein Buch WER HAT DANIEL PEARL GETÖTET, Econ Verlag München. Er behauptet darin, dass Pearl ermordet wurde, weil er Verbindungen zwischen pakistanischer Regierung, pakistanischem Geheimdienst und Al Qaeda auf der Spur war, weil er beweisen wollte, dass bin Laden mit pakistanischen Atomwissenschaftlern in Verbindung stand.
In: Frankfurter Rundschau 24. Januar 2004

"Bertolt Brecht:
Ich benötige keinen Grabstein

Ich benötige keinen Grabstein, aber
Wenn ihr einen für mich benötigt
Wünschte ich, es stünde drauf:
Er hat Vorschläge gemacht. Wir
Haben sie angenommen.

Durch eine solche Inschrift wären
Wir alle geehrt.

Am 6. Januar 2004 verstarb unser Freund, Kollege und Genosse

Professor Dr. Hansgeorg Connert

Gemeinsam mit seinen Angehörigen trauern wir um ihn.

Seine politische und soziale Kompetenz, sein konsequentes sozialistischen Engagement und seine marxistischen Kenntnisse machten ihn zum anerkannten Mitstreiter und Lehrer für die linke politische und gewerkschaftliche Arbeiterbewegung. Er wird uns fehlen und in guter Erinnerung bleiben. Venceremos!

...Arno Klönne, Adi Ostertag, Edgar Weick, Klaus Vack, Uwe-Jens Heuer, Helmut Reichelt .....(und viele andere)"

Frankfurter Rundschau 22. Januar 2004

2004-01-29

Der Grenzach-Wyhlener Dorfbewohner schreibt:

"McKinsey-Zeit, McKinsey-Welt, McKinsey-Politik wird man noch in hundert Jahren sagen, so wie wir heute von Gründerjahren sprechen. Denn "das Effizienzprinzip hat einen Namen: McKinsey" (Dirk Kurbjuweit). Ebenso wie jetzt Rationalisieren und Fusionieren das Denken aller Arbeitgeber auf Kosten zahlloser einst Beschäftigter beherrscht, ebenso waren um 1900 – zum Segen der Arbeitnehmer – die Bosse, die Wirtschaft überhaupt vom Gründertrieb besessen, das heißt von der Schaffung neuer Arbeitsplätze. Seit Arthur Miller vor fünfzig Jahren "Tod eines Handlungsreisenden" auf die Bühne brachte, wird hier erstmals wieder der "Rausrationalisierte" ins Zentrum eines Dramas gerückt: Die Katastrophe der Entlassenen.

Ich zeige nicht McKinsey, sondern die Opfer einer weltweiten "Religion", zu der die – von unseren Politikern total unbeaufsichtigte – Diktatur der Weltwirtschaft geworden ist: Der Abbau von Arbeitsplätzen wurde zum Maß aller Dinge. Ein Beispiel, das symptomatisch für den "Terror der Ökonomie" überhaupt geworden ist: Die Deutsche Bank, so alt wie das Deutsche Reich, 1871 gegründet, hat im erfolgreichsten Jahr seit ihrem Bestehen – 9,8 Milliarden Reingewinn 2001/2002 – sämtliche Filialen mit weniger als acht Angestellten geschlossen und mehr als elftausend ihrer Mitarbeiter hinausgeworfen, was die Bosse mit zynischer Unmenschlichkeit "freisetzen" nennen. Der oberste Herr Josef Ackermann "verdient" jährlich 6,95 Millionen Euro. Die Deutsche Bank hat den "Propheten der Effizienz", der Firma McKinsey 179 000 Beraterstunden mit je 300 Euro bezahlt.

Rolf Hochhut, aus:
www.brandenburgertheater.de

2004-01-28

Noch vor dem Rausschmiss von Florian Gerster erschien in der FR vom 19. Januar 2004 dieser Artikel von Harry Nutt. Vielleicht ein wenig zu positiv, aber da werden die kritischen KollegenInnen vom Ossietzky schon noch nachlegen...

"In einem seiner berühmte Texte für die FRANKFURTER ZEITUNG widmete sich der Soziologe Siegfried Kracauer im Juni 1930 dem so genannten Arbeitsnachweis, um die gesellschaftliche Konstruktion eines Raumes zu dechiffrieren. Im Metallarbeiternachweis stiess Kracauer dabei auf ein mahnendes Schild mit der Aufschrift: "Arbeitslose, hütet und schützt allgemeines Eigentum." Erstaunt notiert der Soziologe: "Das Mobiliar im Versammlungsraum besteht aus Tischen und Bänken, solide rechtwinklige Ware, die einen derben Puff schon verträgt. Unter die Rubrik allgemeines Eigentum fällt sonst nur noch der Wandverputz, der in der Tat die dauernde Berührung mit den Massen der Erwerbslosen nicht gut zu bekommen scheint."

Wer hinter Kracauers dichter Beschreibung von 1930 mühelos einen beliebigen Flur eines Arbeitsamtes von heute erkannte, dem mussten die Bemühungen, die Bundesanstalt für Arbeit in eine Bundesagentur umzubauen, unbedingt einleuchten. Der Verwaltung der Arbeitslosigkeit lag nicht nur ein Vermittlungs-, sondern ein Stilproblem zu Grunde. Die

soziale Lage des Übergangs, die Arbeitslosigkeit formal zuerkannt wird, trat dem Arbeitslosen in der gedehnten Wartezeit auf langen Amtsfluren als Vorwurf und Stillstand entgegen. Den Arbeitslosen verdächtigte man zudem einer Haltung, sich in einem Zustand allzu bequem eingerichtet zu haben.

Dass der zum ersten Manager der Arbeitslosen bestellte Florian Gerster die symbolische Dimension seines Jobs erkannt hatte, signalisierte er gleich bei seinen ersten Auftritten. Strahlte sein Vorgänger Jagoda treue Behäbigkeit aus, so wirkt Gerster stets alert, fast ein wenig hyperaktiv. Man war geneigt, das positiv zu lesen, denn das Schlimmste, was den von Kracauer beschriebenen Ort mit bedrückender Genauigkeit ausmacht, ist ja seine steinerne Geduld.

Betrachtet man die Auseinandersetzungen um Gersters Führungs- und Geldstil, so stellt sich nun ganz unironisch die Frage: War er gut beraten? Alles blickt auf eine personalisierten Skandal, der das Beratungsgewerbe, das ja mit beachtlichen Geldwerten bedacht wird, weitgehend ausblendet. Sieht man einmal von Gerster und seiner Bundesagentur für Arbeit ab, so muss angesichts branchenübergreifender Krisen die Frage nach Sinn und Struktur von Wirtschaftsberatung gestellt werden. Was also ist, was kann Wirtschaftsberatung?

Die weitgehende Akzeptanz von Beratungsagenturen basiert auf der Erkenntnis, dass solides Handwerk und umsichtiges kaufmännisches Handeln allein noch keinen geschäftlichen Erfolg garantieren. Beratung ist gewissermassen das Medium, in dem ökonomischer Erfolg unter anderen Vorzeichen auch als potenzielles Misslingen gedeutet werden kann. Trat Beratung zunächst auf den Plan, wenn das Ineinandergreifen von Produzieren und Verkaufen ins Stocken geriet, so hat sie sich heute als Gewerbe etabliert, das seinen Bedarf gerade dann plausibel machen muss, wenn es flutscht. Die Erzeugung und Stabilisierung des eigenen Bedarfs stellt das Beratungsgewerbe permanent vor eine intellektuelle Herausforderung, wie sie sonst wohl nur die Klasse der Intellektuellen selbst kennt. Dabei haben sich die Berater nie ganz lösen können von dem stets mahnenden Gefühl des gesunden Menschenverstands, dass man sie, wenn es läuft, nicht braucht, und dass sie, wenn es nicht laufen will, kaum etwas tun können.

Als immaterielles, wissenbasiertes Gut ist Beratung so gesehen eine kulturelle Ressource, die mit Antizipationsvermögen auf eine psychologische Nullstellung aus ist. So sehr sich die Berater mit allerhand Technik und nach neuesten Designregeln ausstaffieren,

operieren sie insgeheim doch eher mit archaisch anmutenden Begriffen wie Respekt, Würde und Ehre. Jenseits kurzfristiger Bilanzen stellt wirtschaftlicher Erfolg, wenn er auf Dauer gestellt werden soll, immer wieder aufs Neue die Stilfrage. Auf dem Weg in die Krise, das wusste schon Kracauer bis ins Details aufzuspüren, droht der Stil als Erstes auf der Strecke zu bleiben. "Um ganz davon abzusehen", schrieb Kracauer, "dass der Örtlichkeit in diesen Zeiten der Stagnation das Ziel fehlt: es fehlt ihr vor allem der Glanz."

Es ist so gesehen von allgemeinem, ja kulturellem Interesse, ob es Gerster und der Bundesregierung gelingen wird, den Beratungsaufwand für die Bundesagentur für Arbeit nicht nur durchzusetzen, sondern ihn auch zu legitimieren. Eine Gesellschaft, die bereit ist, in Stil zu investieren, gäbe zu erkennen, dass sie auf Risikopräferenz und Wechselkompetenz setzt, um sich in eine Lage zu bringen, drohenden sozialen Wandel künftig eher spielerisch als tragisch zu bewältigen. Und selbst die sich in prekärer Situation befindlichen Berater, die noch im Moment ihrer gesellschaftlichen Durchsetzung unter dem Verdacht der Kulturlosigkeit litten, dürfen auf Unterstützung hoffen. Schon jetzt wird man in Berliner Cafés den Eindruck nicht los, dass bereits eine Kampagne nach allen Regeln der Kunst mit massenhaft freigesetzten Kulturarbeitern im Anrollen ist."

Harry Nutt, War Gerster gut beraten? Stil und Kultur eines Gewerbes. In: Frankfurter Rundschau 19. Januar 2004

"Mehammed Sayid as-Sahaf hat einen späten, aber nachhaltigen linguistischen Sieg errungen. Der Mann war Saddam Husseins letzter Informationsminister, der grosse Siege noch verkündete, als Saddam Husseins Soldaten längst die Flinten ins Korn geworfen hatten, wenn denn das Getreide reif gewesen wäre. Er ist seitdem in Fachkreisen als Ali der Komische bekannt.

Ali der Komische siegte in Etappen. Zuerst über seinen Dolmetscher, Ali al-Chatib. Der musste improvisieren, als der Minister die bewaffneten Eindringlinge "Uludsch" nannte. Das Wort kannte er nicht, es muss eine sehr alte klassisch-arabische Vokabel sein. Der Dolmetscher begriff aber sofort, was gemeint war - so schwer war's nun wieder nicht -, und übersetzte: "Die Feinde."

Das war vornehm umschrieben, wie sich jetzt herausstellt, da die Amerikaner, wo immer sie auftauchen, mit "Uludsch" bezeichnet werden. Dies hat eine Korrespondentin der Knight-Rider-Zeitungskette aus den USA herausgefunden. Als gründliche Journalistin ging sie der Sache nach, auf dem sich anbietenden Weg. Sie fragte nach.

"Die Amerikaner benutzen ja auch Fantasieausdrücke, Desert Storm oder Iron Grip oder so", antwortete ihr ein Ägypter. "Deshalb haben wir für sie auch einen besonderen Namen, "Uludsch". Was heisst das noch gleich? Wüstenschwein, nicht war?"

Sie fragte auch al-Chatib, der zuerst mit diesem alten Begriff umgehen musste. Dessen Recherchen an den Hochschulen ergaben einige andere Versionen. "Esel", "Riesenmonster mit kleinem Gehirn", "Blutsauger" oder "Hornvieh" zum Beispiel. Nicht Zuverlässiges, was die Etymologie angeht; aber gesichert ist der aktuelle Sprachgebrauch.

Wenn eine Patrouille mit ihrem dicken Militärfahrzeug, eine Humvee (übrigens: Was ist ein Huvee eigentlich?), den zivilen Strassenverkehr links und rechts in die Gemüsestände abdrängt, weiss man doch, wer den Karren lenkt: ein Uludsch. Wenn ein hoher Staatsmann mit einem Papp-Puter Thankgsgiving auf dem Airport feiert, so ist klar: Das ist ein Ober-Uludsch. Wenn wieder mal für ein paar Stunden der Strom ausfällt, ist sicher ein Uludsch dran schuld. Mit lang gezogenem zweiten U, Uluuudsch.

Nun fand jedoch ein Sprachwissenschaftler der uralten und deshalb besonders angesehenen Mustansirija-Universität in einem uralten Wörterbuch noch eine selten gebrauchte Nebenbedeutung der rätselhaften Vokabel. Er musste sehr lachen. "Starker Mann; guter Kämpfer" stand da.

Wenn das so ist, und wenn die Amerikaner sich auf längere Zeit in Bagdad, Basra, Kirkuk und Mosul einrichten, dann werden sie vielleicht gar nichts dagegen haben, dass die meisten Iraker allmählich glauben, in Uludschistan zu leben."

Karl Grobe, Wortführer, in: Frankfurter Rundschau 16. Januar 2004

"...Als ich erstmals von den neuen Ausbauplänen zu einer vierten Startbahn hörte, bin ich zum Zyniker geworden. Was für mich ganz untypisch ist, denn ich bin eigentlich kein

Zyniker. Aber der Zynismus ist heute mein Schutz gegen dieses Gefühl der Ohnmacht, das mich jetzt wieder beschlich - wie damals, als wir im Protest gegen den Ausbau unterlagen. All diese neuen, sprunghaft auftauchenden Planungen - Südbahn, Nordbahn, jetzt doch die Nordwestbahn - werden ausgespielt wie die Karo-Sieben und das Herz-Ass in einem Kartenspiel. Ich kann nur zusehen, aber ich kenne die Karten nicht.

Wenn ich diese Planspiele beobachte, muss ich mich an all die Versprechen der damaligen Verantwortlichen erinnern, die einen abermaligen Ausbau stets abgelehnt hatten. Daran erinnert sich heute kaum jemand. Es würde ja auch nichts bringen. Im Nachhinein zeigt sich, dass man solchen Versprechen einfach nicht trauen sollte, da sie von technischen Entwicklungen jederzeit überrollt werden können.

Die Argumentation der neuen Flughafenleitung ist ebenso grossmannssüchtig, wie die ihrer Vorgänger.....

Ich selbst bin bei alledem heute nur noch ein Beobachter. Ich muss mir vorwerfen lassen, dass ich meiner Resignation nachgegeben habe. Für mich, aber auch für meine Kinder, war der Protest gegen die Startbahn ein wesentlicher Einschnitt in unserem Leben. Es ist immer noch wie eine offene Wunde. Wir trauern darüber, dass dieser "Kampf" verloren ging, vor allem, wie er verloren ging, dass unsere Vorstellung von Demokratie so enttäuscht wurde. Wer wie ich und viele andere ganz normale Bürger von Wasserwerfern getroffen und niedergeknüppelt wurde, dem wurde Ohnmacht gelehrt. Eine Ohnmacht gegenüber dem Staat - und es war mein Staat, meine Republik.

Nach dem ersten Polizeieinsatz schrieb ich damals an Willy Brandt, den ich lange bewundert und unterstützt hatte, einen offenen Brief. Ich erzählte ihm, wie viel an Demokratie hier mit einem Mal zerschlagen worden war, gab die Fragen und die Wut wieder und kündigte ihm meine "tätige Sympathie" auf, die ich in der sozialdemokratischen Wählerinitiative fünfzehn Jahre hoffend, wahlkämpfend, zweifelnd durchgehalten hatte. Das fiel mir schwer, Willy Brandts Politik war mir nachgegangen, sie hatte mich mitgerissen. Er antwortete. Seine Antwort kam von sehr weit her. Er könne sich nicht in die Angelegenheiten des Landes Hessen einmischen. Nach dem gemeinsamen politischen Weg führte Brandt mir nun vor, was die anderen Politiker schon vorgeführt hatten - ein sich Verschanzen hinter scheinbaren Notwendigkeiten. Das war eine grosse Enttäuschung.

Ich habe mir schon damals gedacht, dass "offene Briefe" wahrscheinlich wenig Sinn und wenig Wirkung haben. Aber ich sagte mir: Schreiben ist mein Beruf. Heute würde ich erst gar keinen mehr schreiben. Warum? Weil ich als Bürger auf der politischen Seite keine Gesprächspartner mehr habe. Mit wem soll ich mich heute auseinander setzen? Die Träume der Herren des Fraport reichen weit über den Startbahnrand hinaus. Diese Träume sind keine politischen Träume, sie erweitern auch nicht die Möglichkeiten meiner Gedankenwelt. Im Gegenteil, sie schränken sie ein. Und wenn jetzt in der Politik darüber gesprochen wird, beispielsweise im Stadtrat von Frankfurt, dann höre ich von der SPD nur schlaffe Floskeln, die Grünen quieken manchmal wenigstens und die CDU ist ausgeschlankt und stromlinienförmig, wenn es darum geht, dem Fortschritt zu huldigen.

Ich habe den Politikern damals vorgeworfen, dass sie den Interessen der Bürger gegenüber schrecklich unempfindlich geworden seien. Aber sie waren immerhin nicht unfähig zur Artikulation. Die Politiker haben sich damals nicht hinter Hülsen und Formeln verschanzt, sie haben manchmal auch aufgeschrieen und ihre blanke Wut gezeigt - und das war hilfreich. Wenn die heute ein Mikrofon vor sich sehen, muss in ihrem Gehirn irgendetwas ausschalten und schnellstens Wörtchen produzieren. Es ist wie im absurden Theater, Ionesco könnte vor Glück auf dem Rücken liegen und mitschreiben....."

Peter Härtling, aufgezeichnet von Martin Scholz, Der Vergessene Konflikt, in: Frankfurter Rundschau 17. Januar 2004

Der Romancier und Kinderbuchautor Peter Härtling (Nimbsch oder Der Stillstand, Das war der Hirbel) war Anfang der 80er Jahre eine der prominentesten Stimmen gegen den Bau der Startbahn West. Der 70-jährige lebt seit 1967 in Walldorf beim Frankfurter Flughafen. (FR-Text.)

2004-01-27

"Folgendes ist merkwürdig: Alle, die sich wirtschaftlich mit der Lage der gesetzlichen Krankenkassen befasst haben, stellen fest, dass es keine Kostenexplosion im Gesundheitswesen gibt. Zischen 1970 und 1975 habe so etwas einmal stattgefunden: Die Arztpraxen wurden überkapitalisiert. Jede musste ihr Ultraschall-Gerät haben, das anschliessend zu amortisieren war. So entstand ein hoher Kostensockel, von dem aus

sich die Ausgaben bis heute nur noch innerhalb der normalen (inzwischen niedrigen) Inflationsrate erhöhten.

Nicht die angeblich so krassen Aufwendungen der gesetzlichen Krankenkassen sind das Problem, sondern deren tatsächlich zu geringe Einnahmen. Wegen der schwachen Beschäftigung werden diejenigen, die Beiträge leisten können, immer weniger. Sollten Ihre Abgaben ausreichen, um die Rechnungen für die Kranken zu bezahlen, müssten sie erhöht werden. Damit werden die Abzüge für die Beschäftigten ärgerlicher, und die Unternehmer klagen über die profitschmälernden Lohnnebenkosten. Abhilfe könnten die Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze und die Einbeziehung aller Einkommen in die gesetzliche Versicherung bringen.

Mann kann nicht sagen, dass diese Wahrheit totgeschwiegen wird, sie findet sich dann und wann in der Zeitung. Aber die Mehrzahl der Kommentatoren spricht unverändert von der Kostenexplosion im Gesundheitswesen, gegen die es nur ein Mittel gebe: Senkung der Leistungen und private Zuzahlungen.

Ähnlich ist es mit der Rente. Die Arbeitsproduktivität ist so hoch, dass eine immer kleiner werdende Zahl von Beschäftigten durchaus im Stande wäre, immer mehr Alte zu ernähren. Aber es wird zu wenig in die Rentenkassen eingezahlt, denn die Arbeitslosigkeit steigt. Auch hier könnte - neben einer jobfördernden Wirtschaftspolitik, die auf Nachfrage setzt - eine Verallgemeinerung der Versicherungspflicht helfen. Dann gibt es mehr Einzahler. Werden die Leistungen von der Beitragshöhe abgekoppelt, entsteht ein Plus, obwohl es dann ja auch mehr Anspruchsberechtigte gibt.

Auch das wissen im Grund alle. Die zuständige Ministerin aber sagt, die Leistungen müssten gesenkt erden. Wer mehr wolle, solle sich zusätzlich privat versichern.

Drittes Beispiel: Die Staatsschulden sollen gesenkt werden - gleichzeitig aber auch die Steuern. Offenkundig geht das nicht. Dennoch wird beides gefordert. Der Kommentator im Fernsehen verlangt: "Steuern runter". Umfragen bestätigen, dass er eine Mehrheit hinter sich hat.

Wie kommt dieser Widerspruch zwischen dem empirisch und logisch Unverkennbaren einerseits und dem Meinungs-Mainstream andererseits zustande?

Die Verbreitung von gesellschaftlichen Ansichten liegt in den Händen eines Oligopols. Es besteht aus den politischen und medialen Eliten. Beginnen wir mit letzteren.

Die grossen Medien sind entweder gewinnorientierte Unternehmen oder - wenn sie öffentlich rechtlich sind - konkurrieren mit diesen nach deren Kriterien. Ihre wichtigste Auftraggeberin ist die werbende Wirtschaft. Senkung der Lohnnebenkosten und der Steuern liegt in deren Interesse: Der Nettogewinn ist dann grösser.

Wir müssen nicht annehmen, die Journalist(inn)en, die für diese Medien arbeiten, folgten dem Diktat ihrer Beschäftigten. Deren Interesse bilden zwar die Grenze der inneren Pressefreiheit, aber die werden kaum einmal berührt. Journalisten der höheren Einkommensklasse sind heute entweder freie Mitarbeiter(inn)en, oder ihre Gehälter liegen - wenn sie bei einem einflussreichen Blatt oder Sender fest angestellt sind - oberhalb der Beitragsbemessungsgrenze. Die öffentlich-rechtlichen sozialen Sicherungssysteme sind für sie nicht attraktiv. Als Selbständige haben sie von staatlichen Transfers nichts zu erwarten, Steuern sind für sie deshalb hinausgeworfenes Geld. Auf der anderen Seite der Verdienstskala im Mediengewerbe stehen die armen Teufel. Sie sind nicht sozialversichert und haben verständlicherweise nichts für die traditionellen Kassen übrig.

Vielleicht sind sogar die besserverdienenden Meinungsmacher, trotz ihres zum Teil hohen Einkommens, insofern nicht gut dran, als die soziale Sicherheit, die sie sich mit Hilfe ihrer Finanzdienstleister zu kaufen suchen, prekär ist - und handelt es sich nur um jene Phantomangst vor einem letztlich unwahrscheinlichen Absturz. Dies erklärt vielleicht auch die Aggressivität, mit der sie die Angelegenheiten von Menschengruppen abhandeln, denen sie nicht angehören: Rentner, Mitglieder der gesetzlichen Krankenkassen, angeblich anspruchsvolle Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger, Lohnabhängige mit - noch - Kündigungsschutz.

Auch die politischen Eliten sind ausschliesslich Urheber, niemals Objekte der Kürzungsvorschläge. Der zuweilen zelebrierte demonstrative Verzicht auf Gehaltserhöhungen für Kabinettsmitglieder ist insofern demagogisch, als diese Menschen nicht nur von ihren monatlichen Gehältern oder Diäten leben müssen. Wer nämlich nach wie vor nur einen kleinen Teil seines Einkommens zu konsumieren imstande ist, wird das Übrige in der einen oder anderen Weise anlegen. Die Vermehrung dieser Mittel folgt den Gesetzen der Finanzmärkte und ist von öffentlich-rechtlichen Verteilungsmassnahmen unabhängig.

Es handelt sich also um einen Fall von medialer Fremdbestimmung. Man könnte auch sagen: Gehirnwäsche."

Georg Fülberth, Gehirnwäsche, in: Ossietzky Nr. 25. 13. Dezember 2003

"...Und die UNO hat im Februar dieses Jahres in ihrem revidierten Bevölkerungsbericht nachberechnet, dass die Weltbevölkerung bis 2050 nicht, wie früher prognostiziert, auf knapp zehn Milliarden Menschen anwächst, sondern sich das Wachstum aufgrund der überall sinkenden Geburtsraten so abschwächt, dass in 50 Jahren auch in 75 Prozent aller sogenannten Entwicklungsländer die Bevölkerung zu schrumpfen beginnt...."

Manfred Sohn, aus: Kinder, Kinder. In: Ossitzky Nr. 25/2003

"...Kluge Füchse sorgen vor: letztes Jahr hatte er sich "über eine holländische Firma" das Haus von Chantal Grundig in Baden-Baden beschafft, für elf Millionen Euro. Die Villa hat 900 Quadratmeter Wohnfläche, das Grundstück ist 30 000 Quadratmeter gross und wird schwer bewacht. Georgien ist während Schewardnades Herrschaft zu einem der ärmsten Länder Asiens geworden.

Aber noch kommt er nicht, er hat noch andere Eisen in seinem Feuer und andere Villen in seinem Besitz: "Obwohl ich Deutschland sehr liebe, meine Heimat ist Georgien, und der bin ich es schuldig, hier zu bleiben."

Naja, was er ihr schuldig ist, lässt sich kaum ausrechnen, ein hübsches Stück davon steht in Deutschland.

In Baden-Baden gibt es Wetten, dass er doch bald kommt. Schröders Sprecher Bela Anda hat ihn im Namen der Bundesregierung schon willkommen geheissen: "Er hat sich in seinen fünf Jahren als sowjetischer Aussenminister grosse Verdienste erworben und die Wiedervereinigung Deutschlands mit ermöglicht."

Richtig, was sich der "kaukasische Fuchs" (so nennen ihn Landsleute) Anfang Dezember 1989 erworben hat, war sicher mehr wert als eine Grundig-Villa in Baden-Baden. Damals musste man Schewardnadse mit allen Mitteln von seinem Widerstand gegen Helmut Kohls

Forderung nach einer Kapitulation der Russen vor den bundesdeutschen Ansprüchen auf den Staat DDR abbringen. Schewardnase tobte: "Nicht einmal Hitler hat sich derartiges erlaubt." Später setzte er seine Unterschrift unter die Kapitulationsurkunde. Ganz ohne Gegenleistung? Oder sind damals Millionen geflossen? Wenn es so ist, ist es ein Staatsgeheimnis. Aber kein Geheimnis ist, dass der arme Feilscher Eduard Schewardnadse, der nicht einmal die mittlere Reife geschafft hatte, zu einem reichen Mann geworden ist, einem sehr reichen.

Immer war er an Transaktionen beteiligt, die nach schwarzem Geld stinken: Als sowjetischer Aussenminister schenkte er dem US-amerikanischen Aussenminister James Baker 50 000 Quadratkilometer Land am Ochotskischen Meer - ohne offizielle US-Gegenleistungen. Der Moskauer Generalstaatsanwalt wurde vom Parlament beauftragt, gegen Schewardnadse ein Verfahren wegen Amtsmissbrauchs einzuleiten - nichts geschah. In seiner Zeit als georgischer Präsident versorgte er amerikanische Ölfirmen mit Lizenzen zum Bau einer Pipeline quer durchs Land zur Türkei - fliesst da nur Öl oder auch Geld? Das wohlhabende Georgien versank in Schulden, das Durchschnittseinkommen fiel auf zwölf Euro im Monat, die Rente auf sieben.

Wer immer ihn gestürzt hat, weil man ihn nicht mehr brauchte, die Amerikaner, die Russen, die Mafia, natürlich das eigene Volk, der arme Mann aus dem Kaukasus geht als Krösus aus dem Land.

Und wird in Deutschland begrüsst wie ein alter Verbündeter. Matthias Wissmann, der Ludwigsburger CDU-Abgeordnete und frühere Bundesverkehrsminister, erklärte: "Politische Treue beweist sich dann, wenn ein alter Freund am Boden liegt."

Wie heissen sie noch, die früheren afrikanischen Präsidenten und Diktatoren, die von ihren goldenen Thronen in ihre französischen Schlösser flüchteten?"

Günther Scharber, Wie ein alter Freund am Boden liegt, in: Ossietzky Nr. 25/2003

"...Bloch: "Das Proletariat wird verringert, der Rest zu Fellachen eingeschüchtert ... bei totalem Sieg mit allen Konsequenzen, doch ohne Sozialismus steht die Welt, in einigen zwanzig Jahren, zum dritten Mal an gleicher Stelle." Das scharfsichtige Wort von 1943 entfaltet erst sechzig Jahre später im globalen Neokolonialismus imperialer

Kapitalzentralen seine volle Bedeutung. 1939 hatte Bloch in einem Vortrag über "Die Wurzeln des Nazismus noch gefragt: "Wie gelingt es, ein Lump zu werden?".

Es ist an der Zeit, die drei Bände seines Hauptwerks bis zum Ende durchzulesen, und ein paar andere Bücher noch dazu. Inzwischen hat der Faschismus sein Gesicht gewechselt, nicht seinen Charakter. Jedenfalls braucht sich kein Genosse, ob in Ost oder West, für seine antifaschistische Vergangenheit zu entschuldigen. Es sei denn, er hielt sie für einen Fehler. Der Untergang des zweiten deutschen Staates darf uns nicht vergessen lassen, wie hoffnungsfroh Brecht, Bloch, Kantorowicz, Eisler aus den USA in die DDR eingereist waren, nachdem ihnen McCarthy samt Konsorten das Exil nachdrücklich verleitet hatten. Im Wunschland DDR aber herrschte wie in der UDSSR jener Stalin, der mit der linken Faust die Wehrmacht aus Russland hinausgeprügelt hatte und mit der rechten Faust die eigenen Genossen zu erschlagen beliebte..."

Ingrid und Gerhard Zwerrenz, aus: Linke Analphabeten rechts gewendet. In: Ossitzky Nr. 25/2003

"....Die Stärke dieser Arbeit liegt nicht in unmittelbarer Anschauung, sondern in gründlicher Sammlung und Auswertung gedruckter Informationen. Mehr als die meisten bisher vorliegenden Bücher über die NATO-Militärintervention geht dieses auf die Frage ein, was mit der Absicht gemeint war, "Demokratie und Marktwirtschaft" zu etablieren, und was daraus geworden ist: Fremdbestimmung. Die Wirtschaft des Landes, vor allem in Serbien, ist weitgehend zerstört, die Beschäftigten sind entrechtet, das Volk ist beraubt, ausländischen Mächten - wirtschaftlichen und politischen - wehrlos ausgeliefert. Bezeichnend dafür ist, dass die beiden grossen Zeitungen in Belgrad jetzt deutschen Medienkonzernen gehören.

Der in Den Haag angeklagte frühere jugoslawische Staatspräsident Slobodan Milosevic, dem sich in bisher 200 Verhandlungstagen kein Kriegsverbrechen nachweisen lassen, sagte, die Bombardierung Jugoslawiens sei "die Rache für die Politik der Unabhängigkeit" gewesen, für die Jugoslawien gestanden habe. US-Regierungsvertreter sagten es ähnlich: Es sei darum gegangen, die "Region" unter "Kontrolle" zur bringen - durch Revision der Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges, "als Eisenhower es unterliess, dort Bodentruppen zu stationieren."

Der CDU-Bundestagsabgeordnete Willy Wimmer, der dieses Zitat übermittelte, war als deutscher Vertreter in der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) besonders sensibilisiert und informiert. Er schrieb das Vorwort für dieses Buch, worin er beklagt: "Eine Autobahnstrecke, die neu gebaut werden soll, ruft mehr Diskussionen in der Öffentlichkeit hervor als ein Krieg."

Eckars Spoo, Erinerung an einen Krieg. In: Ossietzky Nr. 25/2003

über:
Cathrin Schütz: "Die NATO-Intervention in Jugoslawien - Hintergründe, Nebenwirkungen und Folgen"
Wilhelm Braumüller Universitätsverlag Wien, 178 Seiten, 32,90 Euro.

www.sopos.org/ossietzky

und www.linksnet.de

2004-01-26

Happy Birthday, Daggi. 60, ein schönes Alter für eine so schöne und kluge und liebe Frau wie Dich. Dir alle Liebe und Weisheit. Und Gesundheit und Glück.

Bisher zuckte mein Hand an der TV-Fernbedienung, wenn der Fraktionsvorsitzende der deutschen Christdemokraten im Bundestag, Friedrich Merz, auftauchte. Seine neoliberalen Lebenssichten erschienen mir unerträglich und oft verlängerte sich seine Nase so, wie die von Pinocchio. Nur einmal, als er gerade von der Fraktion und Frau Merkel abgewatscht wurde, da wurde er plötzlich locker und charmant. Und jetzt erfahre ich vom kritischen FR-Journalisten Thomas Kröter (in FR 21. Januar), dass er ein Doors-Fan ist. Hut ab, Herr Merz.

"..Bei anderer Leute Texten, zumal solchen, denen er sich nahe fühlt, hat Merz bisher schon mal fünfe grade sein lassen. So gab er im Dezember 2000 ein Interview über seine angeblich wilde Jugend in Brilon mit Moped und langen Haaren. Dabei tat er auch seine Vorliebe für die düstere Rockgruppe "The Doors" kund. Angesprochen auf Passagen aus

dem Song "The End", die lauten. "Vater, ich will dich töten..., Mutter, ich will Dich....", meinte der hauptamtliche Steuerexperte: "Mir gefällt die Musik, ich muss ja nicht jede Textzeile analysieren." Nur: Doors-Frontmann Jimmy Morrison hat gesungen. Die Elogen von Grossvater Josef auf Adolf Hitler sind im Archiv der Heimatzeitung ganz unmelodiös überliefert."

Ach jechen, wie billig, dem Herrn Merz die Liebe zu den Doors vorzuwerfen. Und welcher Sohn hätte sich nicht schon mal vorgestellt, den eigenen Vater zu töten und die eigene Mutter zu ficken? Das kann Herr Kröter gerne bei Freud, Sigmund, Ges. Werke nachschlagen, bei Ödipus-Komplex. Von mir aus auch in der populäreren Version von Loriot bei Ödipussi. Dass die Doors eine düstere Band sind, sorry, das höre ich zum ersten Mal und mit der Front (der Amis in Vietnam, zum Beispiel) hatte Jim (und Jimmy ging zum Regenbogen, oder wie?) sehr wenig zu tun. Ja, da hat mich einer auf dem falschen Fuss erwischt, über "meine" Doors lass ich nichts kommen. Also, Merzens Friedrich: Willkommen im Club.

Für Thomas Kröter als Strafe: alle Aufnahmen der Doors anhören und eine FR-Kritik verfassen. Abtreten, sex.

Was mir einen wunderschönen Übergang schafft zu Robert Burns.

"Ein Grosser auch er: der schottische Nationaldichter Robert Burns (1749-1796). Seine Gedichte und Lieder, zumeist im Dialekt geschrieben, sind höllisch schwer zu übersetzen. Aus Burn's schwungvoller Jakobiner-Fanfare FOR A' THAT AND A'THAT machte Ferdinant Freiligrath 1843 sehr, sehr frei das berühmte TROTZ ALLEDEM! Jetzt hat sich der Schottland-Liebhaber Heiko Postman an Burns gewagt. In seiner zweisprachigen Auswahl, in der wir auch viel über das Leben des temperamentvollen Dichters erfahren, finden sich etwa sechzig Texte - darunter recht Fröhliches: "Doch Schluss mit den Plagen und neumodischen Sagen,
Ein Trinkspruch wär' denk ich, jetzt schick:
Auf Georg, den König und Lotte, die Queen,
Und beiden noch manch guten Fick!"

Benedikt Ernez, in: ZEIT Nr. 5, 22. Januar 2004

Heiko Postman: "Mit Whisky trotzen wir dem Satan".
Leben und Lieder des schottischen Barden Robert Burns,
Revonnah Verlag Hannover 2003
351 Seiten, 21 Euro.

Es wurde etliches über sie und ihre Worte auf dem Weltsozialforum in Bombay geschrieben, von unverantwortlichem Aufruf zu Gewalt war die Rede. Attac distanzierte sich.

Leider fand ich bis heute noch nicht die ganze Rede der indischen Schriftstellerin Arundatja Roy. Auch die Berliner Tageszeitung Junge Welt war nicht in der Lage, die ganze Rede ihren Lesern zu gönnen (was gehen die Berliner Antiglobalisierer auch die regionalen Probleme von ein paar indischen Bauern an...). Also hier, die gekürzte Version. Hoffentlich bald die vollständige:

Feiertagsproteste stoppen keine Kriege

Der neue Imperialismus ist bereits über uns gekommen.

Rede der indischen Schriftstellerin Arundhati Roy auf dem 4. Weltsozialforum in Mumbai

Im Januar vorigen Jahres versammelten sich Tausende von uns aus der ganzen Welt im brasilianischen Porto Alegre und erklärten: "Eine andere Welt ist möglich." Ein paar tausend Meilen weiter nördlich dachten in Washington George Bush und seine Berater das gleiche. Unser Projekt war das Weltsozialforum. Ihr Ziel war es, das voranzubringen, was viele "Das Projekt für das neue amerikanische Jahrhundert" nennen.

In grossen Städten Europas und Amerikas, wo solche Dinge noch vor ein paar Jahren nur geflüstert worden wären, sprechen Menschen nun offen von den guten Seiten des Imperialismus und von der Notwendigkeit eines starken Imperiums, um eine aufsässige Welt zu überwachen. Die neuen Missionare wollen Ordnung auf Kosten von Gerechtigkeit. Disziplin auf Kosten von Würde. Und Überlegenheit um jeden Preis. Gelegentlich werden einige von uns eingeladen, das Problem auf "neutralen Plattformen zu debattieren", die von Medienkonzernen gestellt werden. Imperialismus debattieren ist ein bisschen wie das

Für und Wider von Vergewaltigung abzuwägen. Was können wir dazu sagen? Dass wir so was wirklich vermissen?

Im Krieg gegen den Terror wird Armut mit Terrorismus vermischt.

Jedenfalls ist neuer Imperialismus bereits über uns gekommen. Es ist eine remodellierte, modernisierte Fassung dessen, was wir einst kannten. Erstmals in der Geschichte hat ein einziges Imperium mit einem Waffenarsenal, das die Welt an einem Nachmittag auslöschen kann, komplette, unipolare wirtschaftliche und militärische Hegemonie. Es wendet verschiedene Waffen an, um unterschiedliche Märkte aufzubrechen. Es gibt kein Land auf Gottes Erden, das sich nicht im Fadenkreuz amerikanischer Marschflugkörper und IWF-Scheckbücher befindet. Argentinien ist das Modell für die Titelfigur des neoliberalen Kapitalismus, Irak hingegen das schwarze Schaf.

Arme Länder, die geopolitisch von strategischem Wert für das Imperium sind oder einen "Markt" haben, der privatisiert werden kann, oder um Gottes Willen wertvolle natürliche Ressourcen wie Öl, Gold, Diamanten, Kobalt, Kohle besitzen, müssen sich wie angeordnet verhalten, oder sie werden zu militärischen Zielen. Jene mit den größten natürlichen Reichtümern sind am meisten gefährdet. Sollten sie nicht bereitwillig ihre Ressourcen der Konzernmaschinerie ausliefern, werden zivile Unruhen initiiert oder Kriege vom Zaun gebrochen. In diesem neuen Zeitalter des Imperiums, da nichts mehr so ist wie es scheint, dürfen Manager interessierter Companys aussenpolitische Entscheidungen beeinflussen. Das Zentrum für Öffentliche Integrität in Washington fand heraus, dass neun von 30 Mitgliedern des Ausschusses für Verteidigungspolitik der US-Regierung mit Unternehmen verbandelt waren, denen zwischen 2001 und 2002 Aufträge im Verteidigungssektor in Höhe von 76 Milliarden Dollar zugeschanzt wurden.

George Shultz, der frühere US-Aussenminister, war Vorsitzender des Komitees für die Befreiung Iraks. Er sitzt auch im Aufsichtsrat der Bechtel-Gruppe. Über einen Interessenkonflikt im Kriegsfall gegen Irak befragt, sagte er: "Ich weiss nicht, ob Bechtel daraus besonderen Nutzen ziehen würde. Aber wenn dort Arbeit verrichtet werden muss, dann ist Bechtel der Firmentyp, der das machen könnte. Aber niemand betrachtet das als etwas, von dem man profitiert." Nach dem Krieg schloss Bechtel einen Vertrag über 680 Millionen Dollar für die Rekonstruktion im Irak ab.

Diese brutale Blaupause ist immer wieder verwendet worden - quer durch Lateinamerika, Afrika, Mittel- und Südostasien. Das hat Millionen Menschenleben gekostet. Natürlich wird jeder Krieg des Imperiums zum gerechten Krieg erklärt. Das hängt zum grossen Teil von der Rolle der Medienkonzerne ab. Es ist wichtig zu verstehen, dass Medienkonzerne nicht lediglich das neoliberale Projekt unterstützen. Sie sind das neoliberale Projekt. Das ist keine moralische Position, die sie sich ausgewählt haben, sondern strukturell bedingt. Es ist wesentlich für die Ökonomien, wie die Massenmedien arbeiten. Viele Nationen haben - ähnlich wie Familien - entsetzliche Geheimnisse. Deshalb haben es die Medien oft gar nicht nötig zu lügen. Was betont und was weggelassen wird, zählt.

Nehmen wir zum Beispiel an, Indien wäre als Ziel für einen gerechten Krieg ausgewählt worden. Der Fakt, dass 80 000 Menschen seit 1989 in Kaschmir getötet worden sind, die meisten von ihnen Muslime, und die meisten von ihnen durch indische Sicherheitskräfte (was einen Jahresdurchschnitt von ungefähr 6 000 ergibt); der Fakt, dass im März 2003 über 2000 Muslime auf den Strassen in Gujarat ermordet, dass Frauen von Gruppen vergewaltigt und Kinder bei lebendigem Leibe verbrannt und 150 000 Menschen aus ihren Heimen vertrieben wurden, während die Polizei und die Administration zuschauten und sich mitunter aktiv beteiligten; der Fakt, dass niemand für diese Verbrechen bestraft und die Regierung, die das überblickte, wieder gewählt wurde - all das würde perfekte Schlagzeilen liefern für internationale Zeitungen im Zulauf auf einen Krieg. Weiter wissen wir, dass unsere Städte von Marschflugkörpern dem Erdboden gleichgemacht würden, unsere Dörfer mit Stacheldraht umzäunt, US-Soldaten durch unsere Strassen patrouillieren würden und Narendra Modi, Pravin Togadia oder irgendein anderer populärer Eiferer zu besten TV-Sendezeiten sich - wie Saddam Hussein im US-Gewahrsam - ihr Haar nach Laeusen durchsuchen und ihre Zahnfüllungen überprüfen lassen müssten.

Aber solange unsere "Märkte" offen sind, solange Enron, Bechtel, Halliburton, Arthur Andersen freie Hand gelassen wird, koennen unsere "demokratisch gewählten" Führer sorglos die Linien zwischen Demokratie und Faschismus verwischen. Die feige Bereitschaft unserer Regierung, die stolze Tradition der Blockfreiheit aufzugeben, ihr Drang an die Spitze der komplett Gebundenen (die Modephrase lautet "natürliche Verbündete", zu denen Indien, Israel und die USA zählen) haben ihr Beinfreiheit gegeben, sich in ein repressives Regime zu verwandeln ohne Verlust ihrer Legitimität. Die Opfer einer Regierung sind nicht nur jene, die sie tötet und einkerkert. Auch jene müssen zu

ihnen gerechnet werden, die enteignet, vertrieben und zu einem Leben in Hunger und Entbehrung verurteilt sind. Millionen Menschen sind durch "Entwicklungsprojekte" enteignet worden. In den vergangenen 55 Jahren haben in Indien durch Großdämme zwischen 33 und 55 Millionen Buerger ihre Siedlungsgebiete verloren. Sie haben keine Chance auf Gerechtigkeit.

In den letzten beiden Jahren gab es eine Serie von Zwischenfällen, bei denen die Polizei das Feuer auf friedlich Protestierende, meistens Dalits und Adivasi, eröffnete. Die Armen und besonders die Dalits und Adivasi-Gemeinschaften werden getötet, weil sie Forstland nutzen, und sie werden getötet, wenn sie die Nutzung von Forstland für Dämme, den Bergbau, Stahlwerke und andere "Entwicklungsprojekte" zu verhindern suchen. In nahezu jedem Fall, in dem die Polizei schoss, behauptete die Regierung, die Polizei sei durch Gewaltakte provoziert worden. Jene, auf die geschossen wurde, werden sofort als Militante abgestempelt.

Quer durchs Land hat man unschuldige Menschen, inklusive Minderjährige, nach dem Gesetz zur Verhinderung von Terrorismus eingesperrt und hält sie ohne Prozess endlos fest. In der Ära des Krieges gegen Terror wird Armut hinterhältig mit Terrorismus vermischt. In der Ära von korporativer Globalisierung ist Armut ein Verbrechen. Protest gegen weitere Verarmung ist Terrorismus. Und nun sagt unser höchstes Gericht sogar, streiken ist ein Verbrechen. Kritik an den Gerichten ist selbstverständlich auch ein Verbrechen.

Wie der alte Imperialismus beruht auch der neue Imperialismus auf einem Netzwerk von Agenten, korrupten lokalen Eliten, die dem Imperium dienen. Wir alle kennen die schlimme Geschichte von Enron in Indien. Die damalige Regierung von Maharashtra schloss ein Abkommen über Stromlieferungen, die Enron Profite sicherten, die 60 Prozent des gesamten indischen Budgets für die landwirtschaftliche Entwicklung ausmachten. Einer einzigen amerikanischen Company wurde ein Profit garantiert im Äquivalent von Fonds zur Entwicklung der Infrastruktur für etwa 500 Millionen Menschen!

Cancun lehrte uns, internationale Allianzen zu schmieden.

Anders als zu alten Zeiten muss der neue Imperialist sich nicht durch die Tropen schleppen, Malaria, Durchfälle und einen frühen Tod riskierend. Neuer Imperialismus kann über E-Mail ausgeführt werden. Die vulgären, klassischen Rassisten des alten

Imperialismus sind überholt. Der Eckstein des neuen Imperialismus ist neuer Rassismus. (Hier folgt eine ausführliche Passage, in der Arundhati Roy ironisch Truthähne, die nicht zum US-Erntedankfest auf dem Festtisch landen, mit den neuen, "sorgfältig gezüchteten Truthähnen, den lokalen Eliten verschiedener Länder, einer Gemeinschaft reicher Immigranten, Investment-Bankern, Leuten wie Colin Powell oder Condoleezza Rice, einigen Sängern und Schriftstellern", vergleicht, die sie unter Begünstigte im neuen Rassismus eingruppiert. "Die Millionen anderen verlieren ihre Jobs, werden aus ihren Wohnungen geworfen, bekommen Wasser und Strom abgedreht und sterben an AIDS", sagt sie in diesem Kapitel.)

Teil des Projekts neuer Rassismus ist neuer Genozid. In dieser Ära neuer wirtschaftlicher Interdependenz kann neuer Genozid durch ökonomische Sanktionen gefördert werden. Das heisst, Bedingungen zu schaffen, die zum Massensterben führen, ohne dass man Menschen direkt töten muss. Dennis Halliday, von 1997 bis 1998 UN-Koordinator für humanitäre Angelegenheiten in Irak (danach trat er angeekelt zurück), verwendete den Begriff Völkermord, um die Sanktionen gegen Irak zu beschreiben. Die Sanktionen, denen eine halbe Million Kinder zum Opfer fielen, stellten alle Bemühungen Saddam Husseins noch in den Schatten. In der neuen Ära ist Apartheid als formelle Politik antiquiert und unnötig.

Internationale Instrumente von Handel und Finanz steuern ein komplexes System von Handelsgesetzen und Finanzabkommen, die die Armen ohnehin in ihren Bantustans festhalten. Ihr ganzer Zweck besteht darin, Ungleichheit zu institutionalisieren. Warum sonst würden die USA das Produkt eines Textilherstellers in Bangladesch zwanzigmal höher besteuern als eins made in Grossbritannien? Warum sonst produzieren Länder mit 90 Prozent des Weltkakaoanbaus nur fünf Prozent der Schokolade in der Welt? Warum sonst werden Kakao anbauende Länder wie die Elfenbeinküste und Ghana mit Besteuerung vom Markt gedrängt, wenn sie versuchen, ihren Rohkakao in Schokolade zu veredeln? Warum sonst fordern reiche Länder, die täglich über eine Milliarde Dollar für Agrarzuschüsse ausgeben, dass arme Länder wie Indien alle Agrarsubventionen, einschliesslich der für Elektrizität, abbauen? Warum sonst stecken ehemalige Kolonien, die über mehr als ein Jahrhundert lang von den Kolonialregimes ausgeplündert wurden, in der Schuldenfalle genau dieser Regimes und zahlen ihnen 382 Milliarden Dollar pro Jahr zurück?

Aus all diesen Gründen war die Entgleisung der Handelsabkommen in Cancun so entscheidend für uns. Auch wenn unsere Regierungen versuchen, sich damit zu rühmen, wissen wir doch, dass dies das Resultat des Kampfes von vielen Millionen Menschen in sehr vielen Ländern über Jahre hinweg war. Was uns Cancun lehrte ist, dass, um wirklichen Schaden anzurichten und radikalen Wandel zu erzwingen, es für lokale Widerstandorganisationen von vitaler Bedeutung ist, internationale Allianzen zu schmieden. Von Cancun lernten wir die Bedeutung globalisierten Widerstands.

Keine einzelne Nation kann sich dem Projekt der korporativen Globalisierung aus eigener Kraft widersetzen. Immer wieder haben wir erlebt, dass die Helden unserer Zeit schrumpfen, wenn es um das neoliberale Projekt geht. Außergewöhnliche, charismatische Männer, Giganten in Opposition, werden machtlos auf der globalen Bühne, wenn sie Staatsoberhäupter werden. Ich denke hier an Präsident Lula von Brasilien. Lula war der Held des Weltsozialforums letztes Jahr. In diesem Jahr verwirklicht er eifrig die IWF-Richtlinien, reduziert Renten und entschlackt seine Arbeiterpartei von Radikalen. Ich denke auch an Südafrikas Expräsidenten Nelson Mandela. Innerhalb von zwei Jahren nach seinem Machtantritt machte seine Regierung einen Kniefall vor dem Gott der Marktwirtschaft. Sie führte ein massives Programm von Privatisierung und strukturellen Anpassungen ein, das Millionen Menschen ohne Heim, arbeitslos, ohne Wasser und Elektrizität hinterlässt.

Warum passiert das? Es macht wenig Sinn, sich an die Brust zu klopfen und betrogen zu fühlen. Lula und Mandela sind in jeder Beziehung grossartige Menschen. Aber im Moment, da sie von der Opposition ins Regierungslager wechselten, wurden sie zu Geiseln eines ganzen Spektrums von Bedrohungen, die übelste davon die Drohung mit Kapitalflucht, die jede Regierung über Nacht zu Fall bringen kann. Anzunehmen, dass das persönliche Charisma und ein kampferfüllter Lebenslauf das korporative Kartell anknackst, bedeutet nicht zu verstehen, wie der Kapitalismus funktioniert oder wie Macht ausgeübt wird. Radikaler Wandel wird nicht durch Regierungen ausgehandelt, er kann nur durch Menschen erzwungen werden.

Wir müssen unsere Strategie des Widerstands diskutieren.

In dieser Woche werden auf dem Weltsozialforum einige der besten Köpfe der Welt Ideen darüber austauschen, was um uns herum geschieht. Diese Konversationen schärfen

unsere Vision über die Art von Welt, für die wir kämpfen. Das ist ein vitaler Prozess, der nicht untergraben werden darf.

Dennoch besteht das Risiko, wenn auf Kosten wirklicher Aktion alle unsere Energien auf diesen Prozess gerichtet werden, dass das WSF, das eine entscheidende Rolle in der Bewegung für globale Gerechtigkeit gespielt hat, zu einem Guthaben unserer Feinde wird. Wir müssen dringend unsere Strategien des Widerstands diskutieren. Wir müssen reale Ziele ins Visier nehmen und wirklichen Schaden anrichten. Gandhis Salzmarsch war nicht lediglich politisches Theater. Als in einem simplen Akt von Ungehorsam Tausende Inder zum Meer marschierten und dort ihr Salz gewannen, brachen sie das Gesetz der Salzsteuer. Das war ein direkter Schlag gegen den ökonomischen Unterbau des britischen Empires. Er war real. Während unsere Bewegung einige wichtige Siege errungen hat, dürfen wir gewaltlosen Widerstand nicht zu ineffektivem, wohlgefälligem politischen Theater verkümmern lassen. Er ist eine sehr kostbare Waffe, die ständig geschärft und justiert werden muss. Es darf nicht erlaubt werden, dass sie lediglich zum Spektakel, zu einer Fotomöglichkeit für die Medien wird.

Es war herrlich, als am 15. Februar vorigen Jahres zehn Millionen Menschen auf einer eindrucksvollen Demonstration öffentlicher Moral, zehn Millionen Menschen auf fünf Kontinenten gegen den Krieg in Irak marschierten. Es war wunderbar, aber es war nicht genug. Der 15. Februar war ein Wochenende. Niemand musste einen Arbeitstag verpassen. Feiertagsproteste stoppen keine Kriege. George Bush weiss das. Die Selbstsicherheit, mit dem er die überwältigende öffentliche Meinung missachtete, sollte uns allen eine Lehre sein. Bush glaubt, Irak kann okkupiert und kolonisiert werden, wie es mit Afghanistan geschieht, mit Tibet geschieht, mit Tschetschenien geschieht, wie es in Osttimor der Fall war und in Palästina noch der Fall ist. Er glaubt, dass alles, was er zu tun hat, ist, sich hinzuhocken und zu warten, bis die über Krisen berichtenden Medien, die dieses Thema bis auf die Knochen ausgeschlachtet haben, es fallen lassen und weiterziehen. Bald wird der Kadaver von den Bestseller-Charts rutschen, und wir, alle Empörten werden das Interesse daran verlieren. So jedenfalls hofft er.

Diese unsere Bewegung braucht einen grossen, globalen Erfolg. Es ist nicht gut genug, Recht zu haben. Manchmal ist es wichtig, etwas zu gewinnen, wenn auch nur, um unsere Entschlossenheit zu testen. Um etwas zu gewinnen, müssen wir - alle, die sich hier und dort drüben bei Mumbai Resistance versammelt haben - in etwas übereinstimmen: dass

es nicht eine überlappende, vorherbestimmte Ideologie braucht, in die wir unsere geschätzten, aufrührerischen argumentativen Selbsts hineinzwängen. Es bedarf keines bedingungslosen Untertanengehorsams gegenüber der einen oder anderen Form von Widerstand, um alles andere auzuschliessen. Es könnte eine Minimalagenda sein.

Lasst uns den Blick auf Irak werfen.

Wenn alle von uns wirklich gegen Imperialismus und gegen das Projekt des Neoliberalismus sind, dann lasst uns den Blick auf Irak werfen. Irak ist die unvermeidliche Kulmination von beidem. Zahlreiche Kriegsgegner haben sich seit der Gefangennahme Saddam Husseins zurückgezogen. Ist die Welt nicht besser ohne Saddam Hussein? fragen sie ängstlich.

Schauen wir der Sache ein für allemal ins Auge. Der Gefangennahme Saddam Husseins durch die US-Army zu applaudieren und deshalb im nachhinein ihre Invasion und Okkupation Iraks zu rechtfertigen, ist wie Jack the Ripper (den Schlächter) anzubeten, weil er den Boston-Würger ausgeweidet hat. Und das nach einem Vierteljahrhundert Partnerschaft, in der Schlächter und Würger ein gemeinsames Unternehmen betrieben. Es war ein innerbetrieblicher Streit. Sie waren Geschäftspartner, die sich wegen eines schmutzigen Deals entzweiten. Jack war der CEO, der Chief Exekutive Officer.

Wenn wir also gegen den Imperialismus sind, sollten wir dann darin übereinstimmen, dass wir gegen die US-Okkupation sind und dass wir glauben, dass die USA sich aus Irak zurückziehen und dem irakischen Volk Reparationen für die Kriegsschäden zahlen müssen? Wie beginnen wir mit unserem Widerstand? Beginnen wir mit etwas wirklich Kleinem. Die Frage ist nicht, den Widerstand in Irak gegen die Besatzung zu unterstützen oder zu debattieren, wer genau zum Widerstand in Irak gehört (Sind sie alte Baath-Killer? Sind sie islamische Fundamentalisten?) Wir müssen der globale Widerstand gegen die Besatzung werden.

Unser Widerstand muss mit der Zurückweisung der Legitimität der US-Okkupation Iraks beginnen. Das bedeutet Handeln, um es dem Imperium unmöglich zu machen, seine Ziele zu erreichen. Es bedeutet, Soldaten sollten sich weigern zu kämpfen, Reservisten sich weigern, eingezogen zu werden. Arbeiter sollten es ablehnen, Schiffe und Flugzeuge mit Waffen zu beladen. Es bedeutet auch, dass wir in Ländern wie Indien und Pakistan die

Pläne der US-Regierung zum Scheitern bringen müssen, indische und pakistanische Soldaten zum Saubermachen nach Irak zu schicken.

Ich schlage vor, dass wir auf einer gemeinsamen Abschlusszeremonie von Weltsozialforum und Mumbai Resistance zwei wichtige Unternehmen auswählen, die von der Zerstörung Iraks profitieren. Wir könnten jedes Projekt, in das sie involviert sind, erfassen. Wir könnten ihre Büros in jeder Stadt und in jedem Land der Welt lokalisieren. Wir könnten sie jagen, zur Schliessung zwingen. Es ist eine Frage, unsere kollektive Weisheit und Erfahrung aus vergangenen Kämpfen für ein einzelnes Ziel einzubringen. Es ist eine Frage des Wunsches zu siegen.

Das "Projekt für das neue amerikanische Jahrhundert" strebt danach, Ungleichheit fortzusetzen und amerikanische Hegemonie um jeden Preis, selbst wenn er apokalyptisch ist, zu errichten. Das Weltsozialforum verlangt Gerechtigkeit und Überleben. Aus diesen Gründen müssen wir uns als im Krieg befindlich betrachten.

* Unser Südasien-Mitarbeiter Hilmar Koenig übersetzte die Rede, wie sie am 18. Januar in der Zeitung THE HINDU veröffentlicht wurde

Den Artikel finden Sie unter: www.jungewelt.de/2004/01-20/003.php

(c) Junge Welt 2004
www.jungewelt.de

2004-01-24

Sonne scheint. Es ist warm genug, um draussen in der Sonne zu sitzen, LETTRE zu lesen und zu schreiben. Die Nacht war kalt, auf dem Wassergefäss für die Tiere, ein Terracotta-Topf den Daggi von Gaby geschenkt bekam, war heute morgen eine ein Zentimeter dicke Eisschicht.

Naruddin Farah beschreibt in "Somalis ohne Land" (Auszug in Lettre/Herbst 2003 /"Stimmen aus der somalischen Diaspora", Suhrkamp Verlag Frankfurt, 2002) die Lebensverzweiflungsgeschichte Afrikas.

"Viele Dinge bedeuteten ungeheuer viel, als das Land in Ordnung war. Besitz bedeutete etwas, Bildung, Zwischenmenschlichkeit, Gemeinsinn, all das hatte grossen Wert. Doch wenn die schiere Anarchie herrscht, lässt sich Besitz und Zwischenmenschlichkeit, kurz, dem Wesen von Dingen kein Gewicht mehr zumessen. Weil das Leben nicht mehr dieselbe Bedeutung wie vor dem Bürgerkrieg hat."

Da muss ich daran denken, wie wertvoll die Arbeit des Arbeitskreis Miteinander ist, die sich um Flüchtlinge, sogenannte Asylbewerber kümmern.

Und ich denke daran, wie es war, als wir aus Australien 1991 zurückkamen und wie es war, als wir weggingen.

Es gab nur einen Menschen in Lörrach, der sich richtig freute, dass wir wieder da waren. Irmtraud Eckert kam freudig ins Lädeli und sagte herzlich "Schön, dass Ihr wieder da seid!" Alle anderen Reaktionen waren merkwürdig, schwer, vorwurfsbeladen oder ablehnend. Hans, der Kommunist und Antifaschischt sagte: "Da hast Du jetzt eine Menge zu tun, beim Wiederaufbau der (grünen) Partei."

Die hatten mich im Vorsommer allerdings schon rausgeschmissen, doch davon wusste ich im Frühjahr 1991 noch nichts und als ich später zufällig vom Kassierer Uko Uonas davon erfuhr, war ich sauer und verletzt. Er wollte einfach drüber weggehen, als sei nichts geschehen.

Waren wir 1989 auf der Höhe der deutschen Zeit gewesen, eben war die Mauer gefallen, die ganzen totalitären Ostblocksysteme begannen zu implodieren, überall war der "Wind of Chance" zu spüren und es war ein leichter, sanfter Sommerwind, Aktion "Ich bin ein Ausländer", Ausstellung "Reichspogromnacht 1938" 1988, Rosenfelskonzert mit Paul Horn Sommer 1989 und das schönste Werbeflugblatt zur Kommunalwahl (Impressum: "Layout: Dieter Baumert, Toowoomba").

Und Anfang 1991 war alles anders. "Es gibt hier eine Menge zu tun, anstatt in der Sonne zu liegen", baffte mich Heike Röckel, einst Kandidatin der Friedensliste an, und der Alkoholtherapeut und AKRM-Leiter muffte mich auf der Basler Ostermarsch-Schlusskundgebung - auf der kaum ein deutscher Grüner anwesend war - an: "So - bist du wieder da!". Wochen später erklärte der junge Therapeut gegenüber Dagmar, dass er jetzt

bei Lutz die Bücher kaufe. Dort fühle er sich wohl. Zu schwierig war die Kultur der Autonomen, mit ihren freilaufenden Hunden, einer Kultur der 20jährigen. Die über 40jährigen fanden sich dort nicht mehr, und so waren die Begleiter der Kritischen Jahre eine nach dem Andern weggeblieben, zum bürgerlich-arivierten Maurath gegangen, oder zum niveauvolleren Poltier. Die geistigen Begleiter waren jetzt überall erhältlich, die Grofs und die Jungks, die Meulenbelts und die Beuysens, die Gorzs und die Suzukis. Und wer sich dort nicht wohlfühlte und sich nicht freigeistig bei 2001, Edition Gutenberg oder Wohlthat bediente oder in Basel, Zürich oder Freiburg die Tankstellen des Geistes anzapfte, der fand ab Ende 1989 ein neues Zuhause bei Lutz. Modern, effizient, richtungsweisend. Während wir noch in alten VLBs blätterten, wurde dort in die Röhre geschaut, dies ging schneller, war aktueller und moderner und wurde so zum Einübungsfeld für das Internet, für Amazon und Co. Dass dann Lutz Poltier übernahm, um ihn abzuwickeln, ist die Schattenseite, Potiers revanchierten sich gekränkt, indem sie einer Buchhandelskette ihre schönen Räume vermieteten.

Brachte mich Mitte der siebziger Jahre die nasenrümpfende Kritik der Säckinger Buchhändlerin Frau Frank am KURSBUCH dazu, einen eigenen Laden zu eröffnen und erging es Anfang der Achtziger jungen Lörrachern bei Poltier ähnlich, als sie den ROTEN KALENDER des Rotbuch-Verlags haben wollten, so sind heute - 2004 - sowohl Lutz, als auch Maurath Vorzugsbuchhandlungen des grandiosen Wagenbach-Verlags.

Unsere Anwesenheit war 1991 unerwünscht. Andere hatten sich im grün-alternativen Lager, Wohnzimmer breitgemacht, manche, die wir nie vorher gesehen hatten. Sie sahen jetzt ihre Chance. Ab und an wurden wir noch gebraucht, als Parteisoldaten, um Flugblätter zu verteilen oder als Legitimation für das eigene - fragwürdige Handeln, zum Beispiel das Gemeinderatsmandat. "Dagmar Baumert forderte mich auf, für den Gemeinderat zu kandidieren." So Ruth Fischer, die als Gemeinderätin ein Flop war, aber streitbar die Prinzipien des Pazifismus verteidigte, gegen eine Partei, die in Riesenschritten in die nächsten Kriege zog - diesmal wieder mit deutscher Beteiligung. Bald sollte sich erweisen, dass eine Partei nicht unendlich oft die kritische Opposition in ihr vergraulen oder rausschmeissen kann, ohne selbst Schaden daran zu nehmen.

Dann waren da die jungen Autonomen, denen ich - aus Freundschaft zu Frieder (Andreas Friedrich) - den Laden treuhänderisch übergeben hatte, doch wie bei der grossen

Treuhand endete die Geschichte nicht gut, und am Ende war die Freundschaft zu Frieder am Ende.

Schon unser langjähriger Freund und Kompagnon Klaus Tröger hatte uns übelgenommen, dass wir nicht ihm den Laden gaben, und als wir auch noch von Australien aus das Ende der gemeinsamen Wohngemeinschaft verkündeten, blieb für ihn nur der Bruch der Verletzung.

Die jungen Autonomen blockierten meinen neuen Tatendrang, den ich aus Australien und Indien mitgebracht hatte, und wegen der Freundschaft zu Frieder zerschlug ich nicht den autonomen Spuk, sondern quälte mich monatelang mit einer Jugendkultur rum, die nicht die meine war. Der Hauptmacker wollte am Ende die KG zerschlagen, und diese Gruppe bekam ab 1993 die Räume von der Hauseigentümerin. Welch schönes Geschenk, dass heute darin einer der besten Bildhauer des Dreyecklands wohnt.

Und weil ich mich Ende 1989 für die politische Lösung entschieden hatte, bekam ich 1991 auch vom grossen Kunstfreund Jessen einen mentalen Handkantenschlag. Erst als ich 1992 wieder - befreit von autonomen Quälgeistern - meine Galerietätigkeit aktiv aufnahm, wurde er wieder freundlich, obwohl es nicht mehr zu jener Innigkeit kam, wie in den achtziger Jahren, als wir - zusammen mit Harry und Marianne Schlüter - mit Jessens zusammen assen und auch einmal zusammen die Ausstellung "Sind alles Hampelmänner" durchführten. Gerda Jessen hatte eine Hampelmannsammlung, darunter auch die Abbildungen bekannter Politiker, und wir zeigten sie im Lädeli. Jessen war der offenste Kunstförderer Lörrachs, kaum eine unserer Ausstellungen verging ohne seinen Kurzbesuch, und sein Haus war die Herberge auch für viele Jazzmusiker des Jazztone, des Lörracher Jazzclubs. Als ich Jahre später anlässlich des Besuchs von Gert Westphal den Jazzton besuchte, schlug mir dort die bürgerliche Ablehnung der Handwerkerzunft entgegen. Der einstige Kulturamtschef Berthold Hänel schaute mit Verachtung auf diese Leute, die er sonst wohl nie auf seinen Veranstaltungen sah und die jetzt begeistert dem Papst der deutschen Rezitation Beifall zollten.

Doch auch Hänel musste explizit von Jessen auf seine Ausstellung hingewiesen werden, von alleine schaffte Lörrachs 1. Kulturmensch den Weg nicht in die Alternativszene. Obwohl so ganz richtig ist es nicht, denn als ich in der Basler Zeitung das marode Lörracher Kulturleben kritisierte, wurden er und ich vom Verleger Lutz im Leserbrief beschimpft als Stadtbeschmutzer - da fanden wir zusammen und haben in der Folge so

manches Gute zusammen getan. Welch Ironie, dass dann die Zusammenarbeit mit den Neuen, Helmut Bürgel, aus der Alternativszene kommend, ebenso wenig klappte, wie mit dem neuen, aus der Weltstadt Hamburg kommenden, Stadtbibliotheksleiter.

Das war's eigentlich.

Wie die Kulturen zweier Länder das Zusammenwachsen verhindern.

Im schönen Baden beschlossen die Gemeinden Laufenburg, Schweiz und Laufenburg, Deutschland den Bau einer neuen Brücke. Es wurde geplant und geplant und schliesslich gebaut. Und als die beiden Brückenteile von der Schweiz und Deutschland sich immer näher kamen, stellten die Ingenieure und Bauarbeiter mit Grausen fest, dass 57 Zentimeter Höhenunterschied an der Schnittstelle das Zusammenwachsen verhindert. Was war geschehen?

Als die Jugendbewegung der achtziger Jahre in Basel, Zürich und der restlichen Schweiz für autonome Zentren kämpfte, kreierte sie den Hoffnungspsalm "Freii Sicht ufs Mittelmeer". Ob die jungen Schweizer und Schweizerinnen damals die Alpen abtragen wollten, das ist mir nicht bekannt. Aber sie brachten mit diesem Slogan die Italiensehnsucht respektive die Sehnsucht der Schweizer zum Mittelmeer zum Ausdruck. So verwundert es denn nicht, dass zwei Jahrzehnte später der Schweizer Ingenieur das Mittelmeer als Bezugspunkt der Meereshöhe nahm.

Wir Deutschen haben auch Meere. Das schwäbische Meer - so nennen wir den Bodensee. In Stuttgart sagte man noch vor Jahren: Stuttgart hat drei Meere. Morgens ein Nebelmeer, mittags ein Menschenmeer und abends gar nichts mehr. Wir Deutsche haben offensichtlich Probleme mit der Grösse, mit der Relation und der Eigenwahrnehmung. Das Meer im Nordosten nennen wir Ostsee und das Meer im Norden Nordsee. Und doch ist die Nordsee unser Meer. Und das grösste Fischgeschäft Deutschlands, die NORDSEE, zeigte uns in jeder grösseren Stadt die Fische unseres Nordmeers. Also ist es nicht verwunderlich, dass der deutsche Ingenieur die Meereshöhe der Nordsee zum Ausgangspunkt seiner Berechnungen nahm.

Der Unterschied? 57 Zentimeter!

2004-01-22

"...Auch wenn einige Sozialträger doch jammern: Natürlich geht es ohne Zivildienstleistende. Zwangsarbeit ist nicht sonderlich effektiv, das belegt so manche Studie über die Sklavenarbeit in der Antike oder in den amerikanischen Südstaaten, und daran hat sich wenig geändert, wie eine aktuelle Klage des Malteser Hilfsdienstes bezeugt. Dort fahren die Zivis so viele Krankenwagen zu Schrott, dass sich der Einsatz regulärer Arbeitskräfte schon wegen der Reparaturkosten lohnen würde.

In Bremen ist man weiter. Dort kommt der grösste Hilfsdienst für Körperbehinderte seit acht Jahren ohne Zivis aus. Teilzeitkräfte erledigen die Arbeit. Frage an die Geschäftsführerin: Könnte man nach diesem Vorbild alle 95 000 deutschen Zivildienstleistende ersetzen? Die Antwort: "Ja"...

Frank Drieschner, aus: Feierabend für den Zivi. Der Zivildienst ist überflüssig und verlogen. Gut, dass sein Ende naht. In: Die Zeit Nr. 4. 15. Januar 2004

"..Die Sozialwissenschaftler Karsten Hank und Michaela Schönfeld vom Max-Plank-Institut für demografische Forschung in Rostock konnten in einer Studie, die die Lebensläufe von rund 3000 Erstgebärenden untersuchte, keinen Zusammenhang zwischen der Entscheidung für ein Kind und der lokalen Verfügbarkeit von Kindergartenplätzen feststellen. Grossen Einfluss hingegen hatte die Existenz von "informellen Netzwerken": Lebten die Eltern einer Frau am Ort, stieg die Wahrscheinlichkeit, dass sie sich für ein Kind entscheiden würde, sprunghaft an...

...Und der Partner entlastet die beruflich eingebundene Mutter nur selten: Familienforscherin Meier berichtet von Zeitbudget-Studien, nach denen frisch gebackene Väter gegenüber kinderlosen Männern ganze sechs zusätzliche Minuten am Tag mit Hausarbeit verbringen. Achtzig Prozent der Haushalts- und Fürsorgearbeit in Familien leisten die Frauen...."

Susanne Gaschke, aus: Das kinderlose Land. Die viel zitierte "Selbstverwirklichung" der Frauen kann den Geburtenrückgang in Deutschland nicht erklären. Auch die Männer hadern mit den neuen Erwartungen an Väter - und verzichten auf Familie. In: Die Zeit Nr. 4, 15. Januar 2004

"...Aber Jean Amery hat - wie vielleicht nur noch der Schweizer Francois Bondy - das Bild des universalistischen Intellektuellen aus Frankreich nach Deutschland eingebürgert. Er war der Deuter dieses Bildes und dessen Verkörperung zugleich. Er verstand sich selbst als einen Linksintellektuellen. Damit bezeichnete er einen Menschen, der "gegen sich denken" könne. Dieses Selbstverständnis von linker Gesinnung ist nicht gerade in Mode gekommen. Er wollte kein anderer sein als ein freier, skeptischer Geist, der eine selbstkritische "Revision in Permanenz" vorlegt. Er hat sich vom Mythos der Résistance, dem er selbst gefrönt hatte, durchaus noch verabschiedet, er hat den linken Antisemitismus, wann immer er als "Antizionismus" auftrat, attackiert, und er hat früh den Terrorismus als Variante einer alle Paradoxien verwischenden Gläubigkeit gesehen..."

Wilfried F. Schoeller, aus: Gegen sich denken können. Die Gesamtausgabe der Werke von Jeam Amery bringt den Intellektuellen in Erinnerung, der Auschwitz überlebte und den Freitod wählte. In: Die Zeit Nr. 4, 15. Januar 2004

Die Gesamtausgabe der Schriften von Jean Amery erscheint bei Klett Cotta in Stuttgart.

"...Er war ein Misanthrop, unbeugsam, zunehmend pessimistisch. Er hielt die gegenwärtige Entwicklung für einen bösen Präzedenzfall: "Die Vereinigung von politischer, wirtschaftlicher und kultureller Macht durch das gewaltige Instrument des Fernsehens wie jene, die sich in (Berlusconis) Bewegung von Forza Italia abzeichnet, der Macht der Zeitungen unvergleichlich überlegen .... Diese Konzentration der drei Gewalten in einer einzigen Person heisst, wie Montesquieu sie genannt hat: Despotismus." Nachdem der Philosoph die Struktur von Forza Italia (Vorwärts, Italien) als im rechtsphilosophischen Sinn nicht eben liberale Organisation beschrieben hatte, kanzelte Berlusconi ihn als vorurteilsbeladenen Sektierer ab.

Bobbio verweigerte sich einer präzisen religiösen Ordnung. Er sei kein Atheist und kein Agnostiker, sagte er, aber auch kein Christ - jedoch von einer christlichen Kultur geprägt.

Der Katholik Giulio Andreotti hat auf die Frage, wie er in einem halben Jahrhundert italienischer Politik voller Verstrickungen, Intrigen und Korruption sein Gewissen rein habe halten können, mit schlichter Aufrichtigkeit geantwortet: Ich habe es nie benutzt. Norberto

Bobbio hat sein Gewissen benutzt. Die Amfortaswunde, die ihm der gelinde Opportunismus in der faschistischen Ära schlug, ist nie verheilt.

Philosophen leben weiter in ihrem Werk. Die 6000 Bücher seiner Bibliothek und die umfangreiche Korrespondenz aus fast 80 Jahren - ein philosophisch-politisches Gruppenbild mit Gaetano Savemini, Carl Schmitt, Cesare Pavese, Leone Ginzburg, Hans Kelsen, der Symbolfigur der Resistenza Leo Valiani, Geiovanni Spadolini, Vittorio Fao, dem Vater der italienischen Verfassung Luigi Einaudi und seinem Sohn Giulio, dem Verleger, und all seinen anderen antifaschistischen Freunden - hat Bobbio dem von ihm entschieden geförderten Studienzentrum Gobetti vermacht.

Diktatoren sind, was jeder von ihnen verdrängt, nicht unsterblich. Wenigstens diesen Trost hinterlässt uns der Philosoph. Ein Staatsbegräbnis hatte sich der Senator verbeten, die Krokodilstränen hat er sich und uns erspart. Am 12. Januar wurde er im Familiengrab auf dem Friedhof seiner Heimatstadt Rivalta Bormida beigesetzt, begeleitet nur von seinen Söhnen Luigi, Andrea, Marco und wenigen Anverwandten."

Diethmar Polaczek, aus: Moral des Alters. Zum Tod des italienischen Rechtsphilosophen Norberto Bobbio, in: Die Zeit Nr. 4, 15. Januar 2004

"...Fünf Jahre lang hing er dort an unserer Haustür und tanzte auf dem Holz, bis die Signalfarben seiner Haut und seiner Kleidung von der Sonne ausgebleicht waren und die ursprünglichen Farben seines Gesichts verblassten aufgrund von Operationen und Eitelkeit und etwas, das man nur als Selbsthass bezeichnen kann. Das ist der wirkliche, unausgesprochene Grund, warum meine Tochter ihn heute hasst. Er hasste es, wie sie auszusehen, jetzt will sie ihn nicht mehr sehen. Seine Musik steht für Vergangenes, für die Lieder, die ich immer in der Küche sang; sein letztes Album ist nichts als ein fehlgeschlagener, jämmerlicher Versuch, Hörer wie sie zu erreichen - junge Leute, die nicht besessen sind von der Frage der Rassenzugehörigkeit und Hautfarbe. Die gemischtrassige Sänger wie Lenny Kravitz und Norah Jones hören und Nu-Metal-Bands wie Audioslave und System of a Down, deren Sänger Amerikaner amerikanischer Herkunft ist...

Ich muss oft an den aufgedunsenen Elvis in seinen späten Jahren denken, der zu einer Parodie seiner selbst geworden war und an Mick Jagger, den 60-jährigen britischen Star, der immer noch mit den Hüften wackelt und von BROWNSUGAR singt.

Ich sage zu meiner Tochter, dass Michael Jackson selbst nie Kind sein durfte. Er absolvierte einen Auftritt nach dem anderen, wie so viele Kinderstars, aus denen furchtbar unglückliche Erwachsene wurden. Ich war elf, als ich zu seinen Liedern tanzte, und er selbst war zwölf, arbeitete schon hart und war ständig auf Tour. Vielleicht ist das der Grund, dass er aus seiner Ranch Neverland in Santa Barbara ein Kinderparadies gemacht hat: wegen der Kindheit, die er niemals hatte. "Aber wieso sollte irgendein Kind dorthin wollen?", fragt meine Tochter.

Wenn es stimmt, was die Anklage im Prozess gegen ihn behauptet, ist Neverland ein Kinder-Alptraum. Und während ich mich immer an Michael Jacksons seelenvolle Stimme und seine vollkommene Afrofrisur erinnern werde, werden meine Kinder sein Gesicht stets als etwas Unheimliches und Geisterhaftes in Erinnerung behalten, als eine gefährliche Erscheinung in glitzernder Militärkluft.

Wir verlassen jetzt meine alte Gegend, und das Lied ist zu Ende. Seine Stimme wiederholt den Refrain immer wieder "YOU GIVE ME BUTTERFLIES..." Während wir über eine alte Brücke fahren, schaue ich zu meiner Tochter hinüber: der goldbraune Arm am offenen Fenster abgelegt, die schwarzen Locken im Luftzug tanzend, ihre vollen Lippen. "Du hast ihn geliebt, als er wie du aussah", sage ich. "Erinnerst du dich an das Bild, das du gemalt hast?" - "Yeah", erwidert sie und schaut aus dem Fenster, weg von der Stimme im Radio, die immer leiser wird."

Susan Straigt, aus: Ein Zombie an der Küchentür. Vor dem Prozess gegen Michael Jackson: Warum auch schwarze Jugendliche Angst vor ihrem einstigen Idol haben. In: Die Zeit Nr. 4, 15. Januar 2004

Die Schriftstellerin Susan Straight, 43, lebt in Riverside, Kalifornien, ist Mutter von drei Töchtern und hat mehrere Romane veröffentlicht, darunter "BLACKER THAN A THOUSAND MIDNIGHTS." Aus dem Amerikanischen von Christiane Behrend.

"Der Hauptgrund, warum eine moderne, laizistische Gesellschaft das Tragen des Kopftuches nicht akzeptieren kann, ist, dass es das eindeutige herausfordernde Signal der Unterlegenheit und Unterwürfigkeit der Frauen ist. Das Kopftuch gibt zu verstehen, dass das Haar der Frauen eine unerträgliche, sexuelle Herausforderung für die Machos isst: Die Frauen haben zu parieren und sollen mit dieser unverschämten Provokation aufhören, indem sie ihren Kopf demütig bedecken.

Schon wieder wird die Frau als die Verführerin zum Ursprung der Sünde, zum unreinen Wesen. Wie bei der Legende Evas, die bescheiden aus einer Rippe Adams stammt und den Reinen, Unschuldigen, teuflisch verführt und ins Verderben stürzt. Dabei ist das Bedecken des weiblichen Haares reine Heuchelei und restlos absurd: Das Kopftuch erlaubt nämlich dem lüsternen Blick der Männer, sinnliche Lippen, wunderschöne, glänzende Augen, zarte, feine Näschen, die sanfte Haut jungfräulicher Wangen hemmungslos zu bewundern. Wenn die Männer keine ausschliessliche Haarfetischisten sind, riskieren sie also, von hübschen Gesichtern noch gefährlicher erregt zu werden. Der religiöse Aspekt des Kopftuches ist eigentlich zweitrangig und nur ein Vorwand, denn selbst bei den Islamexperten und den muslimischen Theologen ist die Verpflichtung, es zu tragen, umstritten.

Das Kopftuch gehört in Frankreich zu einer fundamentalistischen, gross angelegten Kampagne: Seit ein paar Jahren weigern sich immer mehr junge Musliminnen, Unterrichtsstunden wie Biologie, Naturwissenschaften und sogar Sport beizuwohnen, die angeblich mit ihrer Religion unvereinbar wären. In Vororten, wo es besonders viele Muslime gibt, werden Mädchen, die das Kopftuch ablehnen und wie andere Französinnen T-Shirts, Jeans, Miniröcke anziehen wollen, grob angepöbelt, bedroht, "Huren" geschimpft bzw. verprügelt oder in Kellern bei den berüchtigten "Tournantes", d.h. Massenvergewaltigungen, missbraucht.

Immer mehr Männer greifen immer brutaler ein, damit ihre Frauen, Töchter, Schwestern in Kliniken nicht von Ärzten untersucht und behandelt werden, sondern von Ärztinnen. Muslime fordern, dass ihre Frauen getrennt von Männern Zugang zu Schwimmbädern haben. Warum nicht gleich getrennte Busse, Züge, Restaurants, Kinos? Der vom Innenminister Sarkozy bezüglich der von der Scharia festgesetzten Steinigung der Ehebrecherinnen befragte islamische Intellektuelle Tarik Ramadan sprach sich im Fernsehen für ein "Moratorium", aber nicht für ein sofortiges Verbot aus.

Das Kopftuch ist ein wesentliches Element dieser Rückkehr ins Mittelalter, die in Ländern wie Saudi-Arabien bzw. bei den Taliban die Frauen zu unmündigen, abhängigen Untermenschen degradiert. Nicht mit Anmassung, ungenügender Kenntnis der Sachlage, Phrasen und billigen Scherzen kann eine solche Problematik angegangen werden."

Prof. Jean Bérard, Anglet, FR-Leser, in: Frankfurter Rundschau 15. Januar 2004.

"Die einhellige Kritik führender Vertreter der grossen Parteien an den Äußerungen von Bundespräsident Johannes Rau im Kopftuchstreit - von Stoiber und Merkel bis Thierse und Maas - zeugt von einer unterentwickelten Kenntnis des Verfassungsrechts und der theologisch angemessenen Bestimmung des Verhältnisses von Kirche und Staat.

In Frankreich hat der katholische Staatspräsident Jacques Chirac, den Grundsätzen eines laizistischen Staates folgend, die Initiative ergriffen, um jegliches demonstrativ sichtbare religiöse Symbol - sei es das Kopftuch, ein Kruzifix oder eine Kippa - aus den öffentlichen Einrichtungen durch Gesetz zu verbannen. Wenn Rau für Deutschland die gleiche Position einnimmt, bringt er nur die Rechtslage, wie sie das Grundgesetz festlegt, zum Ausdruck. Es scheint vergessen zu sein, dass das Grundgesetz nicht etwa einen christlichen Staat proklamiert, sondern ausdrücklich die Trennung von Staat und Kirche (Art. 140) kodifiziert, welche die Religion der staatsfreien gesellschaftlichen Betätigung überantwortet.

Diese rechtsstaatlich demokratische Regelung ist die Antwort auf die Vereinigung von Thron und Altar im preussischen Obrigkeitsstaat. Dass der deutsche Kaiser als Summus Episcopus gleichzeitig Haupt der evangelischen Kirche war, behinderte für Jahrzehnte die Entwicklung demokratischen Denkens in der Priesterschaft. Der Trennung von Staat und Kirche, mit den Ausnahmen der Garantie des Relgionsunterrichts und der Einziehung der Steuern durch die öffentliche Gewalt, korrespondiert die im Grundgesetz garantierte Glaubens- und Gewissensfreiheit.

Keine Glaubensrichtung wird privilegiert, auch nicht die christliche. Allen religiösen Gruppierungen, den Protestanten, den Katholiken, den Juden, den Muslimen und anderen, sind rechtlich die gleichen Positionen verbürgt. Ohne diese rechtliche Gleichheit für die Ausübung der religiösen Bekenntnisse würde sich die Glaubens- und

Gewissensfreiheit in ihr Gegenteil verwandeln: in die Bevorzugung einer Religion durch den Staat und die Benachteiligung einer anderen Religion.

Dies geschähe, wenn Sondermassnahmen gegen das Kopftuch in öffentlichen Einrichtungen ergriffen würden, während gleichzeitig die Präsentation des Kruzifix in denselben Einrichtungen geschützt würde. Diese Einsicht lag auch dem "Kruzifix-Urteil" des Bundesverfassungsgerichts zu Grunde.

Wenn Angelika Merkel auf den Gottesbezug im Grundgesetz verweist, so wird dabei ausser Acht gelassen, dass die Präambel unserer Verfassung keine Kompetenzregel zum Verhältnis von Staat und christlicher Religion darstellt, sondern ein Programmsatz ist, an den sich keine unmittelbaren Rechtsfolgen knüpfen. Die Präambel kann nicht die egalitär strukturierte Glaubens- und Gewissensfreiheit relativieren, deren Normierung alle Zweige der öffentlichen Gewalt als unmittelbar geltendes Recht bindet...

...Die Verstaatlichung des Christentums steht die gerade christlich gebotene Unterscheidung von Evangelium und weltlichen Machtstrukturen entgegen. Auf der Synode der EKD von 1956 hat Günter Jacob in einem bis heute wegweisenden Referat die Umwandlung der Kirchen in ein staatlich dominiertes Heilsressort mit biblischer Klarheit kritisiert: "Oft genug hat die Kirche in der fragwürdigen Rolle als Staatskirche das Evangelium von Jesus Christus zu einem religiösen System ... zur Ideologie bestimmter Herrschaftsschichten pervertiert ... unter der Rede ... von christlicher Religion (blieb) die Person Jesu Christi als ... des Mensch gewordenen gekreuzigten und auferstandenen Herrn fast gänzlich verdeckt."

Die verfassungsrechtliche Lage koinzidiert mit einer gewichtigen theologischen Position. Aus dem Kampf gegen den Totalitätsanspruch des nationalsozialistischen Weltanschauungsstaates, dem sich die Evangelische Kirche bis zum Ausschluss von Judenchristen aus dem Gottesdienst weitgehend unterworfen hatte, zogen führende Köpfe der bekennenden Kirche, Martin Niemöller und Dietrich Bonnhoefer - die für ihr christliches Zeugnis mit langjähriger Gefangenschaft im Konzentrationslager beziehungsweise mit dem Tod durch den Strang bezahlen mussten -, die Konsequenz, für die klare Trennung von Staat und Kirche einzutreten. Denn auf dieser Grundlage kann allein die Selbstbestimmung der Gemeinde Jesu Christi, ihre Orientierung an der Heiligen Schrift und an den Bekenntnisschriften entwickelt werden.

Johannes Raus Position ist also, wie man sieht, verfassungsrechtlich, aber auch theologisch wohlbegründet. Die Kritiker des Bundespräsidenten fallen geistig in die längst überwundene Zeit des Staatschristentums zurück. In Artikel 140 des Grundgesetzes aber steht der Satz: "Es besteht keine Staatskirche".

Joachim Perels, aus: Privilegien gibt es nicht. Mit seiner Aufforderung zur Gleichbehandlung religiöser Symbole hat Johannes Rau an die Grundlagen unserer Staatlichkeit erinnert. In: Frankfurter Rundschau 16. Januar 2004

Der Jurist und Politologe Joachim Perels ist Professor am Institut für Politische Wissenschaft der Universität Hannover. Daneben ist er Mitglied des wissenschaftlichen Beirats des Fritz Bauer Instituts sowie des Vorstandes der Martin Niemöller Stiftung. (FR-Text)

2004-01-20

"Der Blick aus dem Jahr 2000 auf die deutsche Vereinigung ist der durch ein umgekehrtes Fernrohr: Es sieht alles sehr klein aus, was uns 1990 so gewaltig beschäftigt hat. Die Erinnerung an die Vereinigung der beiden deutschen Staaten wird heute überlagert von der Erinnerung an eine Völkerwanderung von Osten nach Westen und von Süden nach Norden...

...Die deutsche Vereinigung war schon 1990 ein Anachronismus inmitten der allgemeinen Regionalisierung Europas. Dieses Europa hat nicht mehr die geringste Ähnlichkeit mit dem Europa von 1900. Osteuropäer, Afrikaner und Asiaten haben mittlerweile die Metropolen besetzt, und ein ungeheueres Völkergemisch ist entstanden. Dem Gleichgewicht des Schreckens in den 70er und 80er Jahren folgte nach der Öffnung des Ostens eine Zone der Unsicherheit, in welcher keine klaren Grenzziehungen mehr haltbar waren. Die ehemaligen Kolonien rächten sich an den Metropolen, indem sie sie zu zersetzen begannen. Es entstanden Collagen mit Konflikten zwischen den einzelnen Teilen. Es wird künftig vielleicht ein arabisches Europa werden. Für das Ende des soeben vergangenen Jahrtausends wurde übrigens schon von Nostradamus prophezeit, dass der Islam Europa besetzt. Das hätte den Vorteil, dass nicht mehr alle in diesen blöden Anzügen und mit Krawatte herumlaufen, sondern im nordafrikanischen Burnus - das ist viel bequemer. Jeder darf zehn Frauen haben oder zwanzig, so er sich's leisten kann. Dann könnte man sagen: Das Ergebnis der deutschen Einheit war der Harem."

Heiner Müller, aus: Umgekehrtes Fernrohr. Heute wäre Heiner Müller 75 geworden: Ein visionärer Rückblick des Autors aus dem Jahr 2000. In: Frankfurter Rundschau 9. Januar 2004

Dieser Text Heiner Müllers ist zuerst in der Zeitschrift der liberaldemokratischen Partei (LDP) "Der Morgen" am 3. Oktober 1990 erschienen und finden sich in: Heiner Müller: Gesammelte Irrtümer 3, Aufsätze & Gespräche, Verlag der Autoren, Frankfurt am Main 1994

"...Der Verleger Matthias Hagemann und sein neuer Chefredakteur, der von einer Konsumentenzeitschrift kommt, wollen die Tageszeitung, die bisher überregional beachtet wurde, zum Regional- und Lokalblatt umbauen, das sich primär um die Alltagssorgen der Leser kümmert und nicht um eine intellektuell anspruchsvolle, überregional orientierte Information und Diskussion. Bachmann bekannte sich in seinem ersten Artikel "zu einer Zeitung mit menschlichem Antlitz" (Basler Zeitung vom 2. Januar 2004). Was er damit meint, drückte er in einem Vortrag im Dezember so aus. "Was beschäftigt die Menschen hier in der Region? Was sind die drängendsten Probleme im Beruf, in den Schulen, in den Quartieren und Gemeinden?" Seine "redaktionellen Wertmasstäbe" kleidete Bachmann in eine rhetorische Frage: "Ist nun die Roadmap im Nahen Osten wichtiger als die Verkehrsplanung in der nahen Region? Weltpolitisch gewiss. Auf den Alltag und die Lebensqualität der Baslerinnen und Basler aber wird die Roadmap einen sehr bescheidenen, die Verkehrsplanung hingegen einen ganz direkten Einfluss haben."

Ganz im Gegensatz zu seinem weltläufigen und liberalen Vorgänger Hans-Peter Platz, der die Basler Zeitung seit 1983 leitete und deren Horizont weitete, plädiert Bachmann im Namen von "extremer Lesernähe" und in deutlicher Polemik gegen das vermeintliche "Elitäre" für eine lokale Selbstbeschränkung, die einer intellektuellen Selbstvernagelung gleichkommt. Sein Vorbild sind US-amerikanische Lokalblätter, deren Grundsatz "listening to the audience" lautet und die unter dem Label "public journalisms" laufen. Mit "Oeffentlichkeit" haben diese Blätter nur insofern zu tun, als sie die Veröffentlichung von Privatem, Lokalem und Klatsch für Journalismus halten.

Der zum Jahresende verabschiedete Chefredakteur beschrieb die Folgen des "public journalism" präzis: "Das dürftige Weltbild der Mehrheit der Amerikaner hat nicht zuletzt mit

der weltfernen Medienrealität ausserhalb der grossen Zentren der USA zu tun." Wenn Bachmann seinen Kurs durchsetzt, dann bleibt den Baslern, deren Weltbild nicht an der Stadtgrenze endet, nur die Möglichkeit, zur NEUEN ZÜRICHER ZEITUNG oder zum Zürcher TAGES-ANZEIGER zu greifen."

Alice Christians, aus: Nahost ist weit weg. Die "Basler Zeitung" soll sich vom Ueberregionalen verabschieden. In: Frankfurter Rundschau 12. Janaur 2004

"Es hat alles nichts geholfen. Nicht die Dementis von US-Vizepräsident Richard Cheney, nicht nur habe er seiner alten Firma Halliburton keine Geschäfte im Irak zugeschustert, sonder auch sonst niemand in der Regierung Bush. Nicht die Bitte der Halliburton-Geschäftsführung an die knapp 100 000 Angestellten, sich doch bei Zeitungen, Fernsehsendern und Politikern gegen "ungenaue" und "ungerechtfertigte" rufschädigende Berichte über Vetternwirtschaft, Bevorteilung und überhöhte Preise zu wehren. Dieser Kontrakt mit dem Verteidigungsministerium über Öllieferungen nach Irak wird neu ausgeschrieben, die Halliburton-Tochter KBR ist ihn erst mal los.

Was war nun ungenau? Jedenfalls nicht, dass KBR den Auftrag ohne Ausschreibung bekam. Jedenfalls nicht - sagen die Rechnungsprüfer des Pentagon - dass man das Öl auch runde 61 Millionen Dollar billiger hätte kriegen können. Und auch nicht, dass Cheney von 1995 bis 2000 oberster Boss bei Halliburton war. Und auch nicht, dass er weiterhin jeden Jahr 150 000 Dollar aus verschobenen Gehaltszahlungen von Halliburton bekommt. Ungenau vielleicht, dass er noch 433 000 Optionen auf Halliburton-Aktien hält, die laut CNN allesamt über dem heutigen Kurs liegen sollen. Ungenau insofern, als Cheney sagt, die Zahlungen seien lange vor seiner Kandidatur vereinbart worden und die Optionen längst einer wohltätigen Stiftung übertragen.

Die guten Nachricht für die US-Steuerzahler lautet, dass das Öl weitgehend aus den irakischen Einnahmen für Rohöl-Exporte bezahlt wird, die gute Nachricht für Irak, dass immerhin ein Teil des Geldes, das er US-Firmen für den Wiederaufbau bezahlt, nun an Unternehmen geht, die sich in einer Ausschreibung um die Aufträge bewerben müssen."

Arnd Festerling, Halliburtons Rauswurf, in: Frankfurter Rundschau 2. Januar 2004

"72 000 Bettler sind unter der Regierung Heinrich des Achten hingerichtet worden. Die hochgebildete Elisabeth, seine Tochter, war nicht weniger gnadenlos: Bettel-Lizenzen werden Alten und Krüppeln verliehen. Bettler ohne Erlaubnis sollen hart gepeitscht, am linken Ohrlappen, im Gesicht oder auf der Stirn gebrandmarkt werden, falls sie keiner in Dienst nehmen will. Werden über 18-Jährige wiederholt beim unerlaubten Betteln angetroffen, sind sie hinzurichten.

Gewiss: Es ist eine Zeit gewaltiger gesellschaftlicher Umbrüche; Hunderttausende strömen in die Städte, weil sie auf dem Land Behausung und Lebensunterhalt verloren haben. Aber Grausamkeit und Ungerechtigkeit, die Bettlern und zu Dieben gewordenen Bettlern angetan werden, sind schon damals erkannt und verurteilt worden.

Heinrichs Lordkanzler Thomas Morus beschreibt die Folgen dieses ersten Rationalisierungsschubs der bürgerlichen Gesellschaft in Klarheit und Weitsicht. Den Raubrittern des beginnenden Kapitalismus genüge es nicht, "üppig zu leben und der Allgemeinheit nicht zu nützen. Sie gehen weiter: Sie lassen kein Stück Land zur Bebauung übrig, sie zäunen alles als Weide ein, reissen die Häuser ab, lassen gerade noch die Kirchen als Schafställe stehen. (...)Was bleibt den von Grund und Boden Vertriebenen schliesslich anderes übrig, als zu stehlen und - natürlich nach Recht und Gerechtigkeit - gehenkt zu werden oder aber umherzustreunen und zu betteln?"

Den Bogen über 400 Jahre zum Hier und Heute zu spannen scheint blosse Konstruktion zu sein. Gleichwohl sind vorherrschende Muster im Gedankenspiel politischer Lösungen von bestürzender Langlebigkeit. Schon damals galt den ächtigen: Arbeit ist genug da. Wer keinen Arbeitsplatz findet, hat nicht intensiv gesucht. Wer bettelt, stellt daher die gerechte Ordnung der Gesellschaft in Frage.

So finden sich Bettler und andere Ausgegrenzte unversehens in der Rolle von Angreifern, obwohl doch jeder das Gefühl hat, sie eher als Opfer einer gesellschaftlichen Aggression einstufen zu müssen. Sie verletzten Sauberkeits- und Ordnungsvorstellungen. Wie eine bösartige Inszenierung mag daher erscheinen, was im vorweihnachtlichen Klima im Niedersächsischen Landtag abgelaufen ist.

Geschützt von eine Polizeiaufgebot von 300 Polizisten wird der Sparhaushalt der christlich-liberalen Regierung verabschiedet - gleichzeitig jedoch auch ein neues Polizeigesetz, das den Ordnungs- und Sauberkeitsbegriff wieder ins Zentrum rückt.

Sozialabbau und Erweiterung der Sicherheitsapparate scheinen sich immer enger zu verschränken. Legalisiert wird der "Finale Rettungsschuss" und das polizeiliche Einschreiten gegen "aggressives Betteln.". Endlich wird Staatsmacht gegen die Bettler aufgeboten, wird sich mancher Abgeordnete gesagt haben.

Immerhin, auch von Barmherzigkeit ist zu berichten: Auf die radikaleren Lösungen von Heinrich und Elisabeth hat niemand verwiesen."

Oskar Negt, Der Bettler als Feind. In: Frankfurter Rundschau 2. Janaur 2004

Oskar Negt lehrte als Professor für Soziologie an der Universität Hannover. Der sozialdemokratische Kanzler hielt jahrelang grosse Stücke von ihm - der Politik des Vorsitzenden der SPD ist davon wenig anzumerken.

"...Als sein Nachfolger wird der ungarische Autor Miklos Harazty genannt. Die Berufung verzögert sich. Auch das gehört zu Duves Hinterlassenschaft. Die postmodernen Despoten sind vorsichtig geworden. Vor allem Putins Bürokraten bremsen die Nachfolgerregelung. Noch so ein "Duve"? Nein, danke! Ähnlich ticken die Regierenden in Weissrussland, in Kasachstan, Usbekistan, Turkenistan.

In Berlusconistan hütet man sich, das so offen zu zeigen: Aber die Regierenden in Rom sahen in Duve mehr als nur eine Nervensäge. Ständig hatte dieser radikaldemokratische Lautsprecher gegen die Macht- und Medienpolitik Silvio Berlusconis protestiert. Sie gebe das falsche Beispiel für die Potentaten der östlichen Halbdemokratie, wurde er nicht müde zu wettern. Mit Echo, aber ohne Erfolg. Sollte das Amt nun verwaisen, wird Italien nicht protestieren. Der Russe ist schuld."

Werner A. Perger, aus: Im Streit mit Putinisten. Freimut Duve, Medienbeauftragter der OSZE, scheidet aus dem Amt. In: Die Zeit Nr.3, 8. Janaur 2004

..."Wir haben schon genug Arbeitslose! Das Boot ist voll!", sagen die Stammtischbrüder. Das Boot wird immer leerer, warnen die Demografen. Eine Studie der Deutschen Bank

prognostiziert, dass die Deutschen zum Ende des 21. Jahrhunderts auf ein vergreistes Völkchen von 25 Millionen zusammengeschrumpft sein könnten.

Die Europäer ahnen, dass sie Einwanderer brauchen werden, aber sie tun sich schwer, darüber eine ehrliche Debatte zu führen, weil unter den Massgaben ihrer Abschottungspolitik Zuwanderer in der Regel mehr kosten, als sie nützen. Gerade der Wohlfahrtsstaat habe sie in Verruf gebracht, sagt der holländische Historiker Pieter Emmer; er degradiere sie zu Sozialhilfeempfängern, arbeiten und ihre "Migrationstallente" entfalten dürfen sie nicht. Insgeheim aber wisse man sehr wohl, dass es ohne Zuwanderer im Baugewerbe, in der Landwirtschaft oder im Dienstleistungssektor düster aussehen würde. Die "Festungspolitik" sei zur Erfolglosigkeit verdammt, befindet Emmer. Er plädiert dafür, die Einwanderung dem Markt zu überlassen.

Aber die EU-Staaten halten an der Strategie des Abschottens fest, eine harmonisierte Einwanderungspolitik haben sie nicht. Ihr kleinster gemeinsamer Nenner lautet: Rein darf nur, wer überzeugende Folternarben vorzeigen kann. Oder wer eine ordentliche Ausbildung mitbringt. Das Armutsheer aber möge draussen bleiben...

...Freier Handel, gut und schön, allerdings strengstens reguliert. Aber freier Personenverkehr? So weit soll die Globalisierung dann doch nicht gehen! Dabei stimuliert der Austausch von Gütern, Dienstleistungen und Informationen die globalen Migrationsströme. Diese führen ihrerseits zu erstaunlichen Transferleistungen. Im Jahr 2001 wurden die Rücküberweisungen von legalen und illegalen Migranten in die Entwicklungsländer auf 60 Milliarden Dollar geschätzt - das übersteigt die Entwicklungshilfe des Nordens um 20 Prozent.

So besehen wäre eine liberalere Einwanderungspraxis der EU auch ein Instrument, um die extreme Wohlstandskluft zwischen Reichen und Armen zu schmälern. Aber die Europäer tun genau das Gegenteil. Sie verstärken die Wälle ihrer Festung und untergraben durch Handelsbarrieren, Zollschranken und Agrarsubventionen die Zukunftschancen des Südens.

In Afrika leben 700 Millionen Menschen, die Mehrzahl ist jung und arm. Europa ist wohlhabend und überaltert, seine Bevölkerung schrumpft dramatisch. "Warum wollt ihr uns nicht?", fragt ein 20-jähriger Mann, der am Viehgatter in Lagos ansteht. Er hat Abitur, er träumt von einem Medizinstudium in Berlin. Er will nicht auf einem Totenschiff umkommen.

Und er will nicht heimkehren wie jener Flüchtling aus dem Sudan, der vor vier Jahren auf dem Flug LH 588 von Frankfurt nach Khartum starb. BGS-Leute hatten den widerspenstigen "Schübling" erstickt."

Bartholomäus Grill, aus: Odyssee nach Schengenland. Abertausende von Afrikanern riskieren in Leben für ein Ziel: Europa. Doch die EU-Staaten drängen sie in die Illegalität - und steigern gerade so die Kosten der Zuwanderung. In: Die Zeit Nr. 3, 8. Januar 2004

2004-01-17

"...Diese Art von Paranoia geht über diejenigen Phänomene hinaus, wie man sie aus anderen Gesellschaften kennt, die durch Kriege traumatisiert wurden. So bedarf es einer tiefer gehenden Erklärung. Für Menschen, die diktatorischen Regimes unterworfen sind, ist es notwendig, psychologische Verteidigungsbarrieren gegen die äussere Realität aufzubauen, um ihre Psyche gegen die andauernde Drohung willkürlicher Gewalt zu schützen. In einer Gesellschaft, in der jeder ausspioniert wird, muss man davon ausgehen, dass jeder, selbst ein Freund oder Nachbar eine potenzielle Bedrohung darstellt. Der Aufbau solcher Schutzmechanismen führt jedoch zu einem immer rissiger werdenden Bild der Realität, da jenseits des allerengsten Kreises jeder ein potenzieller Feind ist. Wenn die Diktatur verschwunden ist, verschwinden diese Mechanismen nicht sogleich, sondern werden auf die neue Wirklichkeit projiziert. So wie Individuen nach einem Trauma starken und peinigenden Stress erleben können, können auch ganze Gesellschaften eine Art von post-diktatorialem Stresssyndrom erfahren.

Für dieses Phänomen gibt es eine Reihe von historischen Beispielen. Auch wenn etwa die SED bei weitem nicht so brutal vorging wie Saddams Regime, so gibt es doch Bezüge und Parallelen zwischen beiden. Ein vergleichender Blick könnte dazu beitragen, die Haltung der Iraker und ihre Einstellung gegenüber dem Westen und insbesondere gegenüber den Vereinigten Staaten besser zu verstehen.

Syrische Intellektuelle der dreissiger Jahre, die sowohl Lenin als auch Hitler sehr bewunderten, hatten massiven ideologischen Einfluss auf die Baath-Partei, die nach den Vorbildern der kommunistischen und faschistischen Diktaturen in Europa aufgebaut wurde. Das nationalsozialistische Deutschland stand hoch im Kurs, weil man in ihm eine Alternative zu den Kolonialmächten des Westens sah, insbesondere zu Grossbritannien. Man hat Saddams Regime oft als eine orientalische Despotie angesehen. In Wahrheit

aber handelte es sich um ein totalitäres Regime, das mehr mit dem nationalsozialistischen Deutschland und dem stalinistischen Russland zu tun hatte als mit Nebukadnezar...

Das historische Leiden der irakischen Bürger zu verstehen, ist für das Gelingen des Transformationsprozesses ebenso wichtig wie die Versorgung mit materiellen Gütern. Auf längere Sicht kann Irak zu einem stabilen und freiheitlichen Land werden. Doch erst wenn wir unserer Komplizenschaft bei der Unterstützung der modernen Tyrannen, die Unmengen von Leben zerstörten, offen ins Auge sehen, und wenn wir aus unseren früheren Fehlern die richtigen Lehren ziehen, werden wir sagen können, dass die Kosten an Blut und Geld aufgewogen wurden. George W. Bush hat versprochen, das sechzig Jahre lang gültige Muster zu ändern, dem zufolge die USA Diktaturen im Mittleren Osten stützten, um im Gegenzug Stabilität und eine ungehinderte Ölversorgung zu erhalten. Man wird sehen, ob dieser Ankündigung auch Taten folgen. Es war naiv, zu glauben, dass wir für die blosse Entmachtung Saddams mit der Dankbarkeit einer traumatisierten Gesellschaft überschüttet werden würden. Doch wenn die Vereinigten Staaten einige schmerzhafte Lektionen in Irak lernen, könnten künftige Generationen von Irakern die Dinge anders sehen."

Elliot Neaman, aus: Saddams Schatten. Vertraute Muster: Irak als post-totalitäre Gesellschaft. In: Frankfurter Rundschau 8. Januar 2004

Aus dem Amerikanischen von Ulrich Speck - Elliot Neaman ist Professor für Geschichte an der University of San Francisco. Zuletzt ist von ihm erschienen "A Dubios Past. Ernst Jünger an the Politics of Literature after Nazism" (California 1999). Zurzeit arbeite Neaman an einem Forschungsprojekt über das europäische Amerikabild seit 1945. (FR-Text)

"Der Gedanke an den Winter verführt mich nicht zu entfesselt lebensfrohem Tanzen. Andererseits ist der Winter ja nun ein Spektakel, dem wir jährlich beiwohnen. Kein Grund also, sich aufzuregen. An dunkle Tage in dunklen Betten, denke ich, an leere Plätze, an gefrorene Pfützen, erfrorene Hunde, aber auch an das stille Glück, unsichtbar zu sein. So wie damals, als ich jung war, und die liebsten Tage mir die verregnete waren. Da ich unter einem Schirm laufen konnte, so tief gezogen den, dass ich keinen sah, und mich zwangsläufig auch keiner sehen konnte.

Schon damals hatte ich meine Bedeutung überschätzt. Und bin bis heute nicht wirklich geheilt davon. Das Alter macht eine wenig unsichtbar, doch leider nur mich. Sommer ist ästhetische Terrorzeit. Jeder Mensch meint, es wäre toll, Mensch zu besichtigen. Busen und Hintern, die Hakle benutzen, und gelbe Füsse, und der Zwang, 16 zu sein. Lebenslang. Dieses Gesetz von einigen Schwulen aufgestellt, weil sie die Menschen hassen, wie sich selbst, und da wogt das Zeug rum und schreit nach Paarung. Das ist zu viel ungefragte Information - wenn mir nach Paarung gelüstet, schau ich mir Dinge im Zoo an oder entsprechende Filme. Keine Freude ist es zu sehen, wie jeder Körper verfällt, der älter ist als sechs, diese lappigen, weissen Leiber, wie sie versuchen, aufrecht zu gegen, sollen doch kriechen, am besten in Höhlen. Uff, habe ich mich wieder aufgeregt im vergangenen Sommer.

Da ist der Gedanke an den Winter wie ein stilles Lied. Keiner schaut wen anderes an, im Winter. Da sind Schals um die Menschen und das bisschen Mensch, das aus dem Menschen schaut, das ist dicht, weil da schneit es gegen an. Legen sie die Jacken ab, in Cafés, kommen bei den Herren keine Flipflops zum Vorschein, die ängstlich gekrümmte Zehen freigeben, sondern festes, gutes Schuhwerk, im besten Fall edles Tuche und warme Pullover. Gut geschnittene Textilien zu besichtigen, ist in jedem Falle angenehmer, als zu viel von ihren Trägern zu sehen. Sie rollen dick gefüttert in Kokons auf der Strasse herum, die Menschen, ab und zu taumeln sie gegeneinander, schwupp - ein strenger Wind hat das gemacht. Wie Bären in der Höhle ist das, die sich aneinander schmiegen.

Die Stadt ein grosser Iglu, und gar nicht so schlimm, dass dir noch nicht einmal ein Iglu gehört, in dem man sich alleine bewegt, die anderen der Rasse in Sichtweite, aber nicht zu sehen, sie atmen weisse Wölkchen in die Luft, und keiner tötet einen anderen, wenn es so kalt ist, und rennt und macht in Aktien oder demonstriert gegen Amerika - so schön ist das im Winter, dass du deine gelbe Wohnung, die schlechtgeheizte, fast vergisst und den Wunsch hast, der vielleicht Handlung wird. Dich unter jenen weissen Baum zu setzen in den leuchtenden Himmel zu schauen, die Flocken in deinen Augen, bis sie müde werden davon, und dann schlafen und zu träumen, dass alle um dich herum tanzen in dicken Bärenkostümen."

Sybille Berg, Dank dem Winter, in: Frankfurter Rundschau 10. Januar 2004

"È morto il Papa Laico. Norberto Bobbio, Italiens "laizistischer Papst" ist tot. Mit seinem Tod wird auch die Liste der noch lebenden Repräsentanten des alten, bürgerlichen, weder katholischen noch (ex)sozialistischen Italiens immer kleiner. In den Jahrzehnten nach dem Krieg hatte diese Tradition einen überragenden Einfluss auf die politische Kultur des Landes. Auch der aktuelle Staatspräsident Carlo Azelio Ciampi beruft sich immer wieder auf diese noble Tradition, die Norberto Bobbio wie kein zweiter Intellektueller repräsentierte. Wie viele heute schon legendäre Intellektuelle und Politiker Italiens haben den Lebensweg von Bobbio für kürzere oder längere Zeit gekreuzt: Primo Levi, Pietro Nenni, Carlo Levi, Leone und Natalia Ginzburg, Cesare Pavese, Giulio Einaudi, Enrico Berlinguer. Namen, ohne die keine Chronik des intellektuellen Lebens Italiens im 20. Jahrhundert denkbar wäre.

An das alles erinnert man sich, wenn man von dem Tod des grossen Turiner Rechtsgelehrten Norberto Bobbio hört. Aber man erinnert sich auch an die auffallende Prägnanz seines Gesichts: Hohe Stirn, klare, aber auch etwas vom Zentrum des Betrachters abschweifende Augen und eine dem Schnabel eines Adlers ähnelnde markante Nase. Hier hatte sich das Denken eines Menschen in die Physiognomie seines Kopfes hineingeformt: ein weiter Bildungshorizont, auf präzise Argumentationen beharrend, den Blick aber immer nach allen Seiten umherschweifen lassend. Mit der Nase ein Sozialist, mit den Augen ein Liberaler, mit der Stirn ein abwägender Demokrat, im Auftreten ein klassischer Turiner Bürger: urban, weltoffen, gebildet, Unterstatement selbst da noch pflegend, wo man nun wirklich etwas zu sagen hat, von der grossbürgerlichen Agnelli-Familie genauso geschätzt wie von den Gewerkschaften. Ein unabhängiger, nicht korrumpierbarer Intellektueller.

Un uomo di cultura eben, der Generationen von Lesern der Turiner Tageszeitung LA STAMPA von Publizisten, von Studenten, von heute verantwortlichen Politikern ein Lehrer gewesen ist: das war Norberto Bobbio. Geboren wurde Bobbio am 18. Oktober 1909 in Turin. Rechtswissenschaft studierte er an der Universität Turin bei dem späteren italienischen Staatspräsidenten Luigi Einaudi. Ab 1935 nahm er aktiv am Widerstandskampf der Gruppe "Giustizia e Liberta" um Carlo Roselli teil, dessen theoretisches Hauptwerk SOCIALISMO LIBERALE für Bobbio Programm des politischen Denkens blieb.

Wissenschaftlich beschäftigte er sich anfangs vor allem mit der Phänomenologie Husserls und Schelers. Anfang der vierziger Jahre wurde Bobbio als Hochschullehrer an die Universitäten Siena und Padua berufen. Nach der Niederschlagung des Faschismus arbeitete er als Mitglied der konstituierenden Verssammlung an der Ausarbeitung einer neuen demokratischen Verfassung mit.

Als seine Partei, der fast ausschliesslich von Intellektuellen geführte "Partito d`Azione", bei den Wahlen von 1946 eine katastrophale Niederlange erlitt, zog sich Bobbio für immer aus der aktiven Parteiarbeit, nicht aber aus dem öffentlichen politischen Streit, zurück. Von 1948 bis zu seiner Emeritierung im Jahre 1984 hatte er den Lehrstuhl für Philosophie des Rechts und der Politik an der Universität Turin inne. Eine Unzahl von Veröffentlichungen erschienen ab den fünfziger Jahren unter anderem über philosophische Grundlagen der Rechtstheorie und über Hobbes, Marx, Gramsci, Hans Klesen oder Popper, mit deren Denken er sich kritisch auseinander gesetzt hat. Wichtigen Zeitschriften wie der RIVISTA DI FILOSOFIA und der NUOVA ANTOLOGIA war Bobbio Mentor.

Als er Mitte der achtziger Jahre emeritiert wurde, begann für ihn der Unruhestand eines unentwegt publizierenden, debattierenden und intervenierenden politischen Philosophen. Sandro Pertini, ein enger Freund aus den Tagen der Resistenza und für einige Jahre ein bei den Italienern überaus beliebter Staatspräsident, berief Bobbio 1984 zum Senator auf Lebenszeit. In Krisenzeiten wartete die intellektuelle Öffentlichkeit stets gespannt auf das Wort des Alten aus Turin.

Obwohl Bobbio gerade auch Werke von Philosophen deutscher Tradition (Hegel, Marx, Max Weber) zu seinen wichtigsten geistigen Inspirationen gezählt hat, nahm man ihn in Deutschland, von wenigen Ausnahmen abgesehen, nie so recht zur Kenntnis. Erst mit dem Band DIE ZUKUNFT DER DEMOKRATIE (1988) konnte das deutschsprachige Publikum wenigstens eine Ahnung von dem politischen Denken des Norberto Bobbio gewinnen.

Weil Bobbio an den grossen Idealen von Aufklärung und Demokratie festhielt, insistierte er unnachgiebig darauf, sich mit dem "anderen Gesicht der Demokratie" zu beschäftigen. Die wirklichen Gegner der Demokratie, so die immer wieder von ihm formulierte Position, sind nicht ihre erklärten Feinde, sondern ihre unkritischen Claqueure. Nicht mit dem Verweis auf die grossen Errungenschaften der Demokratie wirbt man für diese "am wenigsten schlechte Staatsform", sondern mit dem steten Einklagen ihrer nicht realisierten

Versprechungen. Das machte Bobbio zu einem so selten gewordenen demokratischen Realisten, der auf die Utopie nicht verzichten wollte.

Typisch für die Argumentationskultur von Norberto Bobbio ist, dass er sich weniger an die Sympathisanten der eigenen Überzeugung richtete, sondern vornehmlich an die jeweiligen Gegner. Für die in den späten sechziger Jahren von rebellierenden Studenten formulierte Forderung nach mehr direkter Demokratie und plebiszitären Abstimmungen hatte Bobbio nur wenig Verständnis. "Niemals", so polemisierte er oft gegen seine linken Freunde, "hat die Linke klar umrissen, wie das andere System aussehen wird, mit dem die repräsentative Demokratie abgelöst werden soll."

Demokratie in seinem Verständnis bedarf auch klarer Regelungen, mit denen die Rechte schwächerer Minderheiten geschützt werden. Als sich Ende der achtziger Jahre ehemals verbalradikale Linke ihrer politischen Vergangenheit entledigten, erinnerte sie ausgerechnet der liberale Bürger Bobbio an die noch uneingelösten Ideale eines demokratischen Sozialismus. Nicht die Antworten des Sozialismus seien wichtig gewesen, sondern seine berechtigten Zweifel an dem Freiheitspathos des Kapitalismus.

1994 erschien das in Italien aussergewöhnlich erfolgreiche Buch RECHTS UND LINKS. Nach dem Zusammenbruch der alten europäischen Nachkriegsordnung versuchte eine verunsicherte italienische Öffentlichkeit in den Thesen Bobbios offensichtlich eine Orientierung im Ruinenfeld der politischen Begriffe. 1996 machte dann DE SEECTUTE Furore, in dem der von jahrzehntelangen politischen Interventionen müde Philosoph mit weiser Gelassenheit eine Bilanz seines Lebens zieht, um sich dann mit angelsächsischer Nüchternheit den letzten Dingen und dem Abschied von dieser Welt zuzuwenden. "Mein Leben kann ich erzählen, gestützt auf meine Erinnerungen und die Erinnerungen derer, die mir nahe standen, mit Hilfe von Dokumenten, Briefen und Tagebüchern. Ich kann dieses Leben bis zu seinen letzten Minuten erzählen. Von meinem Tod kann ich nicht mehr erzählen. Das können nur die anderen tun."

Gegen die drohende Regierungsübernahme durch Berlusconi hatte Bobbio noch einmal in einem viel beachteten Manifest gewarnt. Heute wissen wir, wie recht Bobbio hatte mit seiner Warnung vor unklaren Trennungen staatlicher Macht und privatwirtschaftlichen Interessen. Dass noch einige seiner Texte posthum ins Deutsche übersetzt werden, bleibt zu hoffen. Um der Demokratie und ihrer Ideale willen."

Carl Wilhelm Macke, Ein liberaler Sozialist. Das andere Gesicht der Demokratie: Zum Tod des italienischen Philosophen Norberto Bobbio, der am Freitag (9. Januar 2004) in Turin verstarb. In: Frankfurter Rundschau 12. Januar 2004

2004-01-14

17 400 Tonnen Kaviar wurden 2002 in die Bundesrepublik eingeführt, berichtet das Statistische Bundesamt. 77% aus dem Iran, 16 % aus Russland, 5 % aus Rumänien und 2 % von anderswo. (Laut Zeit Nr. 3. 8. Januar 2004)

"...Jede Gesellschaft hat die Krankheiten, die sie sich leisten will. Je gröber der Wohlstand, desto umfassender die Krankheiten. Ein Volk, könnte man sagen, definiert sich über seine Krankheiten. Kranksein in Deutschland hätte demnach viel mit deutscher Kultur zu tun, mit deutschen Glaubenssätzen, deutscher Philosophie und Mentalität. Die Vermutung liegt nahe, dass sich in der Art, krank zu sein, das deutsche Wesen ausdrückt.

Die mit prachtvollem Anspruchsdenken ausgestatteten Deutschen sind Arztbesuchseuropameister: Elfmal pro Jahr gehen sie laut Bundesgesundheitsbericht des Robert-Koch-Instituts zum Arzt. Sechsmal tun es die Franzosen. Dreimal die Schweden. 90 Prozent der Deutschen, so das Ergebnis einer Studie in acht europäischen Ländern, suchen mindestens einmal im Jahr einen Arzt auf. Verglichen mit den Schweizern (69 Prozent) und den Italienern (48 Prozent), steht uns die Goldmedaille zu.

Der Europameistertitel kann Verschiedenes bedeuten: 1. Die Deutschen sind objektiv kränker als die anderen. 2. Sie fühlen sich kränker. 3. Arztbesuche sind soziale Rituale. 4. Das deutsche Gesundheitswesen bindet den Patienten enger an sich als anderswo...

..."Die meisten Gründe, warum die Deutschen zum Arzt gehen, sind organisch nicht erklärbar", sagt Winfried Rief, führender deutscher Psychosomatiker an der Uniklinik Marburg. Er hat vor kurzem die erste große Studie über Hypochondrie in der Bundesrepublik veröffentlicht, derzufolge 20 bis 50 Prozent aller Arztbesuche auf Personen zurückgehen, die organisch nicht krank sind. Die unklaren, ursächlich mit Emotionen in Zusammenhang stehenden Beschwerden nennt der Psychosomatiker "somatoform". Meint: In Ermangelung objektivierbarer Schädigung prägt die subjektive Einschätzung das eigene Krankheitsverhalten. Je mehr somatoforme Störungen als Krankheit definiert werden, desto kranker wähnt sich eine Gesellschaft - und desto

medikalisierter wird der Alltag. In den Niederlanden enden nach Wissen des Gesundheitsökonomen Reinhard Busse nur 42 Prozent der Arzt-Patienten-Kontakte mit einem Rezept. In Deutschland sind es 80 Prozent. Können die Deutschen so viel schlechter den Schmerz ertragen...

...Für 15 bis 25 Prozent der Krankschreibungen sind Rückenschmerzen verantwortlich, das Kapitalleiden eines durchaus leidensfähigen Volkes. Rückenschmerz ist klassen-, schichten- und geschlechterunabhängig; seine Chronifizierung lässt sich lesen als Ausdruck absoluter Arbeitsunzufriedenheit. "Ein psychisches Phänomen", nennt das Leidern der Psychologe Heinz-Dieter Basler von der Uniklinik Marburg, Mitglied des interdisziplinären Forschungsverbandes Rückenschmerz. Aus Angst vor der Zukunft reagiert der Mensch mit An- und Verspannung, etwa der Muskeln im Schulterbereich. "Personen, die unzufrieden sind mit ihrer Arbeit", sagt Basler, "haben ein siebenfaches erhöhtes Risiko auf Rückenschmerzen." Seiner Ansicht sind organische Bandscheibenschäden nur zu 20 Prozent die Ursache für Rückenschmerzen. Angst vor Arbeitsplatzverlust oder Stress am Arbeitsplatz; die stets gebückte Haltung buckelnder Bildschirmarbeiter, als Folge einer "tonischen Anspannung" der Muskulatur, verringerter Muskelstoffwechsel und Mangeldurchblutung führen dann zur Entzündung der Muskulatur. Und dann: Autsch..."

Christian Schüle, aus: Wie man in Deutschland krank ist. In: Die Zeit nr. 3, 8. Januar 2004

"..Tropenärzte empfehlen immer häufiger, auf medikamentöse Prophylaxe zu verzichten und ausschließlich Notfallmedizin einzupacken. Wann und wo macht das Sinn?

Thomas Löscher: Unbedingt angeraten ist medikamentöse Vorbeugung in Gebieten mit hohem Malaria-Risiko. Dazu gehören das tropische Afrika südlich der Sahara, Teile des Amazonasbeckens in Brasilien, Nordindien oberhalb der Linie Goa-Madras, Südnepal, Bangladesh, einige Gebiete in Thailand, Laos, Kambodscha und Myanmar sowie Indonesien östlich von Bali, Neuguinea und die Solomon-Inseln. In allen anderen Ländern empfehlen wir, ein so genanntes Stand-by-Medikament mitzunehmen, das im Verdachtsfall einer Erkrankung eingenommen wird. Das hat den Vorteil, dass sich der Reisende die unerwünschten Nebenwirkungen einer Prophylaxe erspart. Auf jeden Fall sollte man sich vor Moskitostichen schützen. Also lange, helle Kleidung anziehen, ein

wirkungsvolles Antimückenmittel auftragen und in moskitosicheren Räumen oder unter dem Moskitonetz schlafen.

...Welche Schutzmassnahmen sind in den Tropen außer einer Malaria-Prophylaxe noch unerlässlich?

Thomas Löscher: Egal, ob im Dschungel oder beim Heimaturlaub, eine Impfung gegen Polio, Tetanus und Diphtherie ist auf jeden Fall Pflicht. Gleiches gilt für Hepatitis A und B. Asienreisenden empfehlen wir derzeit außerdem die Grippe-Impfung. Nicht nur, ums sich vor einer Ansteckung zu schützen, sondern auch, um bei der Ein- und Ausreise Unannehmlichkeiten zu vermeiden. Wer mit Fieber und Husten angehalten wird, landet dieser Tage schnell in Quarantäne."

Fabian von Poser im Gespräch mit Thomas Löscher, 53, Leiter der Abteilung für Infektions- und Tropenmedizin der Ludwig-Maximilian-Universität München. In: DIE ZEIT, Nr. 3, 8. Januar 2004

"..Lower East Side, die St. Marks Church, ein der zahllosen Veranstaltungen gegen Bush: Hier hatte sich auf dem Höhepunkt des Irak-Kriegs ein anderes Publikum getroffen. Mark Crispin Miller, der Verfasser des satirischen BUSH DYSLEXICON warnte vor einem Faschismus in den USA. Ein iranischer Autor erläutert den Amerikahass. Zwischen beiden saß Amy Goodman, die legendäre Moderatorin von WBAI, dem linksalternativen New Yorker Radiosender. Im Publikum, alles linke Szene, waren sich alle einig, weiter Flagge zu zeigen. Bis es aus einem Jungen herausbricht: "Ich war am letzten Wochenende auf der Demo, und da haben Leute gerufen: "Dieser Krieg ist bloß wegen den Juden!" Ich habe mich zu denen umgedreht und gesagt: "Hey - ich bin Jude! Und ich bin hier!" Der Saal spendete ihm Beifall. Der Junge fügte ein wenig ängstlich hinzu: "Was soll ich machen, wenn mir wieder jemand so kommt?" Amy Goodman griff zum Mikrofon: "Mein Großvater war Rabbiner, und meine Mutter stammt von mehreren Generationen chassidischer Rabbis ab. Und ich bin gegen den Krieg. Ich lasse mir von den Neocons, die Bush beraten, nicht erzählen, dass sie mich repräsentieren!"

Dass sich jüdische Organisationen in den USA mit Bush so eng assoziiert haben, hat zu einem schmerzhaften Riss durch die jüdische Gemeinschaft geführt. Manche, die sich

plötzlich als Minderheit innerhalb der organisierten Linken wiederfanden, verstört das. Andere, die sich bis dato als liberal definiert hatten, zeigen dafür Verständnis. Wie zum Beispiel J.J. Goldberg. Goldberg ist ein schmaler, nervöser New Yorker Intellektueller, den man sich gut in einem Woody-Allan-Film vorstellen könnte. Er ist Chefredakteur des FORWARD, der wichtigsten jüdischen Zeitschrift der USA mit einer langen liberalen Tradition. "Ja sicher, Juden sind konservativer geworden", sagt er. "Was erwarten Sie? Wir stehen unter Schock. Die Intifada, das Attentat auf das World Trade Center, dazu kommt, dass der Krieg gegen den Terrorismus zur parteipolitischen Angelegenheit geworden ist: Die Republikaner nehmen ihn ernst, die Demokraten, vor allem die Linksliberalen, nicht so sehr. Und das beunruhigt sogar linke Juden, die immer demokratisch wählten."

Dramatisch ist nicht so sehr die Wende zum Konservativen, sondern der Umschwung, den das für jüdische Amerikaner bedeutet, die mehr als jede andere Gruppe das Rückgrat des liberalen, aufgeklärten, areligiösen, städtischen Bürgertums bilden. Die Arbeiterbewegung, der Protest gegen den Vietnamkrieg, die schwarze Bürgerrechtsbewegung - all das wäre ohne den Einfluss linksliberaler Juden undenkbar gewesen.

Als 1963 die Bürgerrechtsbewegung zum legendären Marsch auf Washington aufrief - wo Martin Luther King seine "I HAVE A DREAM"-Rede hielt - marschierten fast alle jüdischen Organisationen mit. Rabbi Joachim Prinz, der Präsident des American Jewish Congress, war einer der Redner.

Zum Jubiläum 40 Jahre später veranstaltete eine Koalition aus Bürgerrechtlern, Feministinnen, Schwulen und Lesben und Antikriegsgruppen in diesem September eine neue Kundgebung am Lincoln Memorial. Schwarze Aktivisten wie Jesse Jackson sprachen, aber der American Jewish Congress war nicht eingeladen. Der einzige jüdische Redner war Rabbi Arthur Waskow, Direktor des weit links außen stehenden Shalom Center in Philadelphia, der Bush mit dem biblischen Pharao verglich.

Es gibt Nachwuchs für die jüdische Intelligenz, aber er ist konservativer als die liberalen Ikonen Norman Mailer, Arthur Miller, Susan Sonntag oder Noam Chomsky. Etwa Jonah Goldberg, der vorschlug: "Alle zehn Jahr sollen die USA ein dreckiges kleines Land packen und an die Wand schmeißen, nur um zu zeigen, dass wir es ernst meinen." Oder Ann Coulter, selbst keine Jüdin, aber für die JEWIS WORLD REVIEW schreibend. Sie sagte dem NEW YORK OBSERVER in einem Gespräch, war ihr beim Oklahoma-City-

Bomber Timothy McVeigh leid tue, sei nur, daß er nicht das New-York-Times-Gebäude in die Luft gesprengt habe. Oder Bill Kristol, der in seinem WEEKLY STANDARD Franzosenwitze druckt, oder Robert Kagan.

"Wir Juden sind konservativer geworden, weil sich unsere Interessen geändert haben", meint J.J. Goldberg. "In den sechziger Jahren kämpften wir für eine unterprivilegierte Minderheit, aber inzwischen sind wir selbst keine unterprivilegierte Minderheit mehr." Warum sind Juden bei Protesten gegen die Einschränkung von Bürgerrechten und die Kriminalisierung von Immigranten heute so unterrepräsentiert? "Weil die Linke das Credo hat, keinerlei Überprüfung von Gesetzen hinzunehmen, auch nicht für mehr Sicherheit", sagt Goldberg. "Die haben die neue Welt seit dem 11. September nicht begriffen. Die verstehen nicht, dass es auch Immigranten gibt, die in dieses Land kommen, um uns zu töten."

Noch wichtiger aber sei Israel. "Ich verstehe die Kritik an Israel, aber was dort passiert, geht uns emotional sehr nahe", sagt Goldberg. "Seit dem Terror gehen mehr Juden in die Synagoge, und da hören sie dauernd, wie schlecht es Israel geht. Und das verängstigt viele noch mehr. Und die Neokonservativen, die die jüdischen Organisationen heute führen, sind genauso von dieser Angst getrieben. Und das bestimmt eben deren Politik." Dann fügt er hinzu: "Die jüdischen Organisationen geben Israel den Raum, all seine Fehler zu machen. Deshalb war Israel niemals gezwungen, die Realität anzuerkennen. Leider."

Israels wichtigste Verbündete in den USA ist nun ausgerechnet die christlich-fundamentalistische Rechte des "Bible Belt", also des Südens der USA. Als Binyam Elon, der israelische Tourismusminister - ein Hardliner, der für die Vertreibung aller Palästinenser aus dem Westjordanland eintritt -, die USA bereiste, traf er sich fast nur mit christlichen Fundamentalisten wie Roberta Combs, der Präsidentin der Christian Coalition, mit Ed McAteer, dem Gründer der Gruppe Moral Majority oder mit Gary Bauer, dem Vorsitzenden des konservativen American Israel Public Affairs Committee, der wichtigsten jüdischen Lobbyorganisation in Washington, als Gastredner eingeladen. Und Jerry Falwel, ein christlich-konservativer Fernsehprediger - er machte zuletzt Schlagzeilen, als er meinte, der Anschlag auf das World Trade Center sei eine Strafe Gottes, weil in New York so viele Schwule, Liberale und Feministinnen wohnten - sagte zum NEW YORK MAGAZINE: "Amerikas Bible Belt it Israels Sicherheitsgürtel."

Dies ist eine Partnerschaft, wie sie merkwürdiger nicht sein könnte, Insgeheim fürchten viele amerikanische Juden, dass die christlichen Rechten sie missionieren oder nach Israel deportieren wollen. Falwell hatte noch 1999 verkündet, der Antichrist sei jüdisch - er leben in den USA und arbeit in den Medien.

Die bibeltreuen Christen - zu denen auch Bush zählt - unterstützen Israel keineswegs nur deshalb, weil sie in dem Land einen Alliierten gegen den Terrorismus erkennen. Sie glauben, sobald das biblische Land Israel, Judäa und Samaria (das Westjordanland und Gaza), von Juden besiedelt sei, werde der Antichrist erscheinen - in der Verkleidung eines Friedensfürsten- und dann die Apokalypse hereinberechen. Dies werde dann im Kampf zwischen Gut und Böse kulminieren, Jesus kehre zurück, und eine tausendjähriger Friede breche an. Allerdings werden dann alle Juden, nämlich die nichtkonvertierten, zur Hölle fahren. "Man muss das ja nicht glauben", sagt Goldberg achselzuckend, "aber man kann ja trotzdem die Unterstützung annehmen.".

Bauchschmerzen bereitet es trotzdem. David Saperstein vom Religious Action Center of Reform Judaism in Washington warnte im NEW YORK MAGAZINE: "Wenn sich die amerikanische jüdische Gemeinschaft die Unterstützung der religiösen Rechten dadurch erkauft, dass sie stillhält angesichts der derzeitigen Innenpolitik, würde das unsere Tradition der religiösen Freiheit, des Pluralismus und der Toleranz zerstören.". Und weiter: "Das wäre ein Desaster für Amerika und die Juden." Linke wie Mark Crispin Miller pflegen grundsätzliches Misstrauen gegen die Bushies. "In Wirklichkeit sind das Antisemiten", sagt er. "Die verbergen das nur aus taktischen Gründen."

Goldberg ist der Ansicht, dass sich die jüdische Sympathie für die Republikaner immer noch in Grenzen halte. "Aber in der Politik schliesst man Allianzen, Zweckbündnisse. Es sind keine Überzeugungen. Wenn Berlusconi nicht mehr Premierminister ist, wird sich niemand mehr an die Preisverleihung erinnern. Viele Amerikaner, auch jüdische Amerikaner, sehen Politik als moralischen Kreuzzug an, aber es geht um Taktik. Ich wünschte, die Leute würden rationaler denken und nicht aus der Hüfte schiessen."

Ist es nicht gefährlich, für einen taktischen Vorteil langfristig seinen Ruf aufs Spiel zu setzen? J.J. Goldberg zuckt mit den Schultern, und er sieht dabei nicht glücklich aus. "Die Linke hat uns verlassen, nicht umgekehrt. Aber ja, es ist ein schreckliches Dilemma". Wenige Tage nach der Preisverleihung an den italienischen Ministerpräsidenten wird er in einem Kommentar im FORWARD die Entscheidung der Anti-Defamation-League scharf

geißeln. Aber da ist die New Yorker Tagesordnung schon längst über das Ereignis hinaus."

Eva Schweitzer, aus: Die Angst wächst in Manhattan. Warum viele New Yorker Juden aus ihrem traditionell liberalen in ein neokonservatives Milieu gewechselt sind. In. Die Zeit Nr. 3. 8. Januar 2004

"...Wer Unterhaltung sucht, der möchte, dass seine Aufmerksamkeit gefesselt wird, ohne dass er sich anstrengen muss. Unterhaltung balanciert deshalb auf dem Grat zwischen erfüllten Erwartungen und Überraschungseffekten. Unterhaltung muss vertraut wirken und gleichzeitig ein bisschen neu. Sie kann nicht radikal sein. Wirklich rabiater Trash ist bei den Zuschauern deshalb genauso wenig mehrheitsfähig wie Peter Steins FAUST-Projekt. Das hat man an den Brutalo-Talkshows gesehen, die nur ziemlich kurz erfolgreich waren.

Die Geschichte des Privatfernsehens hat also eher den Optimisten als den Pessimisten Recht gegeben. Das Niveau der Programme ist sogar gestiegen, verglichen mit den Anfangsjahren. Die Privaten produzieren hin und wieder ordentliche Filme, haben gute Fernsehjournalisten und hatten die HARALD SCHMIDT SHOW. Nur das Wort "privat" hat eine vermutlich unwiderrufliche Abwertung erfahren. Früher stand "Privat...." immer für etwas besonders Edles, Privatbanken, Privatpatienten. Der Privataufzug für den Herrn Generaldirektor. Seit es das Privatfernsehen gibt, klingt das Wort privat ein bisschen anzüglich."

Harald Martenstein, aus: Als das Zappen noch geholfen hat. Vor zwanzig Jahren startete das private Fernsehen. Seither muss sich unser Leben zwischen die Werbeblöcke zwängen. In: Die Zeit, Nr. 3, 8. Januar 2004

"...In einer Bereitwilligkeit, die niemand von ihnen verlangt hat, verändern die Sender auch die kulturelle Fantasie der Gesellschaft. Damit liegen sie im Trend. Soziologen sprechen davon, westliche Gesellschaften seien derzeit im Begriff, den Inhalt ihrer Einbildungskraft zu korrumpieren, ihr "kulturelles Imaginäres", also Bilder und Zeichen, Träume und Traditionen. Das Alte und Schwierige wird als elitäre "Hochkultur" verunglimpft und aus dem Programm herausgespült. Anschließend wird es durch das medial erzeugte Weltbild

einer Verwertungsgesellschaft ersetzt. Die neuen Leitbilder heißen Geld und Konsum, Sex und Skandal. Übersetzt ins öffentlich-rechtliche Titeldeutsch: SUPER-ILLU-TV, WELLNESS-TV, SCHNÄPPCHEN-SHOW..."

Thomas Assheuer, aus: Kopfsprung ins Seichte. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk steckt in der Krise. Immer stärker bedrohen Kommerz und Politik die journalistische Unabhängigkeit. Der Bildungsauftrag ist bloß noch lästiges Beiwerk, das Programm wird flott banalisiert. In: Die Zeit Nr. 3, 8. Jänner 2004

2004-01-13

"Das Leben kann nicht ohne Tod gedacht werden. Die Menschen werden nicht zufällig die "Sterblichen" genannt: auch die grössten Zyniker, die skrupellosesten und sorglosesten Menschen, die Hochmütigsten und Gleichgültigsten nehmen wenigstens einmal in ihrem Leben den Tod ernst, und wenn nicht den der anderen, so doch den eigenen. Die einzig mögliche Weise, den Tod ernst zu nehmen, ist, ihn so zu vergegenwärtigen, wie er dir erscheint, wenn du vor der Unbeweglichkeit eines zum Leichnam gewordenen menschlichen Körpers stehst: das Gegenteil des Lebens, das Bewegung ist. Wird der Tod ernst genommen, bedeutet er das Ende des Lebens, das definitive Ende, ein Ende, nach dem es keinen neuen Anfang gibt. Das Leben, mein Leben, das einzige Leben, das mir gewährt wurde, auch wenn ich nicht weiss, von wem, und den Grund nicht kenne. Das Leben ernst nehmen bedeutet, uneingeschränkt, ausdrücklich und so gelassen wie möglich zu akzeptieren, dass es endlich ist. Es bedeutet, ganz sicher, mit absoluter Gewissheit zu wissen, dass du sterben musst, dass dieses Leben sich ganz und gar innerhalb der Zeit abspielt, in keinem seiner Teile ausserhalb der Zeit steht und dass es deshalb wie alles, was in der Zeit existiert, dazu bestimmt ist zu vergehen. Canetti schrieb: "Wie viele Menschen würden noch entdecken, dass es sich lohnt zu leben, wenn wir einmal nicht mehr sterben müssten?" Das stärkste Argument für die Behauptung, der Tod sei das definitive Ende, der Tod sei wirklich der Tod, ist die Tatsache, dass man nur einmal stirbt. Das Ende des Lebens ist gleichzeitig das erste und das letzte Ende. Auch wer ein zweites Leben nach dem Tod annimmt, schliesst einen zweiten Tod aus, denn das zweite Leben ist, wenn es existiert, ewig, es ist ein Leben ohne Tod.

Mein Tod ist das Ende des einzelnen Lebewesens, das ich war, und nur er allein ist ein absolutes Ende. Viele Dinge in der Welt der Natur und der Geschichte enden, um wieder zu beginnen. Nach dem Tag kommt die Nacht und dann wieder der Tag. Die antiken

Kulturen hatten eine zyklische Ansicht von der Geschichte, also musste die Phase, mit der ein Zyklus abschloss, im darauffolgenden Zyklus notwendig wiedererscheinen. Die Abfolge der Zyklen war unendlich, wie die Ewige Wiederkehr Nietsches. Mit dem Tod als definitivem Ende erlischt das Leben. Ein Ende ohne Neubeginn nennen wir "Aussterben". Die Spezies der Dinosaurier ist ausgestorben. Die sumerische Kultur ist ausgestorben. Das Geschlecht der Seleukiden ist ausgestorben. Für Marx war der Staat zum Absterben verurteilt. Was ausgestorben ist, ist für immer zu Ende. "Comme toutes les choses humaines ont une fin", schreibt Montesquieu, "l'Etat dont nous parlons, perda sa liberté, il périra. Rome, Lacédémone et Charage ont bien péri."

Wir wissen so wenig von diesem Jenseits, dass jeder sich seine eigene Vorstellung davon machen kann, je nach seinen Hoffnungen und seinen Ängsten, je nach den Träumen, die ihn genarrt, und den Alpträumen, die ihn gequält haben, je nach den Lehren oder den Indoktrinationen, die ihn geprägt haben. Es kann die Heilung von unseren Leiden oder die Entschädigung für unsere unglücklichen Stunden sein. Das Einzige, an dem für uns kein Zweifel besteht, ist, dass diese Welt, wenn es sie gibt, ganz anders sein muss. Doch in welcher Weise anders? Die Science-Ficition-Romane lassen ihrer Phantasie freien Lauf, wenn sie andere Welten beschreiben, aber es sind Welten, die nach dem Vorbild unserer Welt errichtet wurden, die trotz all ihrer bizarren, ungewöhnlichen, sonderbaren und doch niemals ganz unwahrscheinlichen Eigenschaften der diesseitigen Welt immer noch ähnlich sehen. Es sind und bleiben menschlichen Welten, keine überirdischen Welten..."

Norbert Bobbio, aus: Vom Alter - De senectute. Wagenbach Salto (aus dem Italienischen von Annete Kopetzki), Verlaug Klaus Wagenbach Berlin.

Norbert Bobbio starb letzte Woche.

"...Andere Länder haben schon seit langem die Forderung nach stärkerer Einbeziehung der Nutzer in die Finanzierung der Gesundheitsversorgung umgesetzt. Unter Druck von Weltbank und Internationalem Währungsfonds bitten Polikliniken und Hospitäler selbst in den ärmsten Entwicklungsländern ihre Patienten zur Kasse. Die Ergebnisse von Direktzahlungen im Krankheitsfall sind indes ernüchternd: Sie führen weder zu nennenswerten Einnahmen noch zu einer rationaleren Nutzung des Gesundheitssystems, dafür aber zu einer klaren Benachteiligung der sozial schwachen gesellschaftlichen

Gruppen. Die einkommensabhängige Staffelung von Zuzahlungen ist für viele arme Länder zu kompliziert, die entstehenden Verwaltungskosten fressen 40-60 Prozent der durch Kostenbeteiligung der PatientInnen generierten Einnahmen auf...

Eine Metaanalyse von jeweils einer Studie in Australien, Kanada und den USA kommt zu dem Ergebnis, dass Eigenbeteiligungen im Umfang von 25 bis 30 Prozent der Behandlungskosten die Nachfrage nach medizinischen Leistungen um 25 bis 28 Prozent verringern...

Dennoch sind Nutzergebühren prinzipiell regressiv, sie treffen also die Bezieher niedriger Einkommen stärker als die Besserverdienenden. Dass ältere Menschen und sozial Schwache selbst von "geringfügigen" Selbstbeteiligungen am stärksten betroffen sind, belegt eindrücklich eine grosse Studie aus der kanadischen Provinz Quebec. Nach der Einführung von Zuzahlungen im Jahr 1996 sank die Einnahme essenzieller Arzneimittel bei älteren Menschen um 9,12 und bei SozialhilfeempfängerInnen um 14,42 Prozent, und die der nicht als notwendig eingeschätzten Medikamenten sogar um 15,14 bzw. 22,39 Prozent. Im Beobachtungszeitraum verdoppelte sich die Häufigkeit von Zwischenfällen, die mit der verminderten Einnahme im Zusammenhang standen, bei den älteren PatientInnen von 5,8 vor Einführung der Zuzahlungspflicht sogar von 14,2 auf 27,6 pro 10 000 Personen-Monate. Die Zahl notärztlicher Akutbehandlungen auf Grund ausbleibender Versorgung mit notwendigen Medikamenten erhöhte sich dabei von 8,5 auf 19,9 pro 10 000 Personen-Monaten bei älteren Menschen und bei Sozialhilfeempfängern von 69,6 auf 123,8. Dieser Effekt wird mit zunehmender Einnahmedauer relevanter, in den ersten 30 Tagen nach stationärer Entlassung ist er bei essenzieller kardinaler Medikation (SS-Blocker, ACE-Hemmer und Lipidsenker) nach akutem Myokardinfarkt nicht zu beobachten...

Überhaupt unterschätzen Ökonomen und politische Entscheidungsträger oftmals auf beängstigende Weise die externen Effekte gesundheitspolitischer Massnahmen, wie nicht zuletzt die jüngste Debatte über Altersrationierung in Deutschland zeigte, wo interessierte Kreise leichtfertig die Folgekosten von Nicht- und Unterversorgung übersahen. Die individuellen wie volkswirtschaftlichen Folgen verschleppter Krankheiten sind in Ländern mit hohen Zuzahlungsbelastungen besonders spürbar, wo ein grosser Anteil Versicherter auf frühzeitige Behandlung verzichtet...

Davon ist auch in dem "Musterland" Schweiz auszugehen, das die WHO in ihrem Jahresbericht 2003 wegen der ruinösen Krankheitsfolgen für die Familienhaushalte auf den vorletzten Platz in Westeuropa verweist. Die dort geltenden hohen Eigenbeteiligungen haben mehr als jeden 40. eidgenössischen Haushalt krankheitsbedingt verarmen lassen...

Relativ niedrige, fixe Eigenanteile, wie sie nun die informelle "grosse Koalition" aus Regierung und grösster Oppositionspartei verordnet hat, bergen sogar die Gefahr, kostentreibend zu wirken. Denn anstatt das Moral-hazard-Verhalten der Versicherten zu kontrollieren, dürften sie diesen Effekt verstärken: Wer schon einmal im Quartal die Praxisgebühr bezahlt hat, wird möglichst viele weitere Leistungen ohne erneute Zuzahlung in Anspruch nehmen. Derweil reissen die niedrigen Beiträge der Gesunden, die keinen Arzt brauchen und somit weniger zur Finanzierung des Gesundheitswesens beitragen, Löcher in die Versicherungskasse. Das Argument der Kostenersparnis steht auf tönernen Füssen. "Nutzergebühren verringern nicht die Kosten, sie erhöhen die Ungerechtigkeit", so der britische Gesundheitsökonom Andrew Creese.

...Schliesslich widersprechen Zuzahlungen grundsätzlich dem Versicherungsprinzip, das darauf beruht, dass Menschen unabhängig von einem Ereignis und im Voraus für einen eventuellen Schadensfall bezahlen, um sich gegebenenfalls gegen finanzielle Folgen abzusichern. Zuzahlungen im Krankheitsfall werden aber immer und grundsätzlich beim Eintritt eines Gesundheitsproblems fällig, diese Finanzierungsquelle beschränkt sich also auf Kranke und verschont Gesunde. Auch wirken Selbstbeteiligungen von Patienten antagonistisch zu einem Grundelement des Solidarprinzips, nach dem die Gesunden für die medizinische Behandlung der Kranken aufkommen. Als nicht einkommensabhängige Zuzahlungsform untergraben Zuzahlungen im Krankheitsfall die Solidarität und widersprechen den Vorstellungen von sozial gerechter Gesundheitsfinanzierung. Denn die Fairness eines Gesundheitssystems steigt mit der Unabhängigkeit der Beitrags- oder Gebührenerhebung vom Krankheitseintritt bzw. von der Inanspruchnahme medizinischer Leistungen."

Jens Holst und Prof. Dr. med. Ulrich Laaser, aus: Unsozial, diskriminierend und ineffektiv. In: Frankfurter Rundschau 7. Januar 2004. Zuerst erschienen im "Deutschen Ärzteblatt 51/52 2003.

Jens Holst, Jahrgang 1958 ist freier Mitarbeiter des Sektorprojektes Soziale Krankenversicherungen in Entwicklungsländern der deutschen Gesellschaft für

Technische Zusammenarbeit GTZ. Der Internist und Gesundheitswissenschaftler arbeitet zudem als Arzt bei einem Verein für Drogenhilfe, als Dozent an verschiedenen Hochschulen und als freier Publizist für die FR und andere Zeitungen.

Prof. Dr. med. Ulrich Laase, Jahrgang 1941, leitet die Abteilung Internationale Gesundheitswissenschaften der Universität Bielefeld. Ausserdem ist er Vorstandsmitglied des Deutschen Verbandes für Gesundheitswissenschaften und Herausgeber der Zeitschrift für Gesundheitswissenschaften. Seine laufenden Forschungsprojekte: Szenario-Analyse zur Entwicklung der Schlaganfallsmortalität und - morbidität (gefördert durch die DFG), Schlaganfallfrüherkennung, Stiftung Deutsche Schlaganfallhilfe u.a. (FR-Text).

"Es ist nur ein Stück Stoff, von unterschiedlicher Qualität und Couleur, als Hauptsache im westlichen Europa etwas aus der Mode gekommen. Aber unsere Grossmütter trugen es noch, unterm Kinn geknüpft, bei der Feldarbeit zum Schutz gegen Wind und Regen. Und um den Hals gebunden wird es weiter gern benutzt, sei es in Zeiten erhöhter Erkältungsgefahr, sei es zum Kaschieren von Jahresringen.

Jedes Stück Stoff wiederum kann, ostentativ eingesetzt, als Bedrohung empfunden werden. Das Fahnentuch, das bewaffneten Einheiten vorangetragen wird, sogar das weisse Bettlaken, das DDR-Bürger einst aus dem Fenster hängten, um ihren Ausreisewillen zu unterstreichen. Oder das sorgfältig gebundene Kopftuch islamischer Frauen. Es ist also ein müssiger Streit, der da entbrannt ist und die Bedeckung des Hauptes in deutschen Schulen, auch wenn er mitunter gar Anflüge von Hysterie offenbart.

...Zweitens müssten Angehörige verschiedener Religionsgemeinschaften gleich behandelt werden, um davon finden sich keine Spur in den Entwürfen aus Stuttgart und München, die das Kopftuch bannen, Kreuz und Kutte aber ehren wollen. Solche Landesgesetze dürfte irgendwann in Karlsruhe kassiert werden.

...Bis dahin werden die Vereinfacher das Wort führen. Das Aschenputtel-Prinzip, die Guten ins Töpfchen, die Schlechten ins Kröpfchen, funktioniert partei- wie konfessionsübergreifend. Das Kreuz steht in dieser Diktion für Toleranz, Freiheit, Versöhnung, ist, wie der Sozialdemokrat Wolfgang Thierse sagt, "kein Zeichen der

Unterdrückung". Eine zumindest geschichtslose Sicht, die Sarazenen und Indios haben's vordem anderes erlebt, und bei etlichen christlichen Fundamentalisten von heute sind Zweifel angebracht...

Um eine politisch-religiöse Indoktrination von Kindern zu unterbinden, die sich nicht nur, aber auch in Symbolen äussern kann, gibt es zwei ehrliche Wege. Entweder die Einzelfallprüfung, das Dulden von Kopftuch, Kreuz oder Kippa bis zum Beweis einer unlauteren Einflussnahme. Das mutet auf den ersten Blick als die liberalere Variante an, kann freilich auch in eine Klima der Gesinnungsschnüffelei münden, wie die Republik sie in den Zeiten des so genannten Radikalenerlasses erlebt hat. Der zweite Weg ist der laizistische, der Trennung von Staat und Kirche zumindest auf dem Schuldgelände, zu besichtigen in der Türkei und demnächst in Frankreich. Das hiesse ein Verbot jeglichen demonstrativ getragenen Glaubensbekenntnisses, weil die öffentliche Schule, wie Rau zu Recht sagt, "für jeden zumutbar" sein muss, ob Christ oder Jude oder Moslem oder Heide. Solche Konsequenz wäre auch keineswegs systemfremd: Als Beamte sind Lehrer ohnehin zur Zurückhaltung verpflichtet, auf das Kopftuch oder das Kreuz auf der Brust sollten sie füglich ebenso verzichten wie auf ein Parteiabzeichen am Revers. Der Sorge mancher Kirchenleute und Politiker indes, dass auf diese Weise die christliche Kultur aus dem öffentlichen Leben verbannt werde, sei trocken entgegnet: Ausserhalb des Schulgebäudes ist Raum genug für Bekenntnisse, sogar für Mission."

Astrid Hölscher, aus: Kommentar. Das Kreuz mit dem Kopftuch. In: Frankfurter Rundschau 5. Januar 2004

"..Diese Männer haben unser Land zerstört. Sie gehören vor Gericht... Wenn unser armes Volk diesen Kriminellen auch vielleicht vergibt - die Geschichte wird ihnen nie vergeben. Ihre kriminellen Handlungen sind alle aufgezeichnet..."

Die 25-jährige Delegierte der Loya Jirga, Malai Joya auf der Verfassungsgebenden Versammlung im Januar 2004. Malai Joya hat in Farah im Provinzkrankenhaus gearbeitet, in einem Kindergarten und einem Waisenhaus. Sie hat Kurse für Frauen veranstaltet, um ihnen Lesen und Schreiben beizubringen. Nach ihrem Redebeitrag wurde sie tätlich angegriffen und mit dem Tode bedroht und schliesslich - "zu ihrer Sicherheit" - vom

Versammlungspräsidenten Sibghatullah Mojaddeedi aus dem Versammlungszelt gewiesen. Sie steht nun unter UN-Schutz.

Die 64 Frauen der ratsgebenden Versammlung von Afghanistan (502 Delegierte, darunter rund hundert Frauen) präzisierten, dass unter Staatsbürger Frauen und Männer gleichermassen zu verstehen sind. In zivilrechtlichen Fragen gilt - wo sie eingeführt ist - die Scharia, das islamische Recht. (Informationen nach Karl Grobe, FR 5. Januar 2004).

Ob das Herr Struck meinte, als er davon sprach, dass am Hindukusch auch unsere Freiheit verteidigt werde. Unsere Freiheit - die Scharia als Zivilrecht und 3600 Tonnen Opium als Finanzspritze für die Warlords von Afghanistan?

"Zutreffend stellt die Verfasserin in ihrem Bericht über das bewegende Buch des kanadischen Generals Dallaire den Völkermord in Ruanda in eine Reihe mit den grossen Genoziden des 20. Jahrhunderts. Dabei ist ihr ein Irrtum unterlaufen. Sie vergleicht Ruanda mit dem Holocaust und "Stalins Völkermord an den Armeniern". Dieser aber gehört nicht zu der wahrlich grossen Zahl von Stalins Verbrechen. Der Völkermord an den Armeniern wurde 1915/16 im Osmanischen Reich begangen, im Zuge einer nationalistischen Bewegung, die die Vorherrschaft des Islam und der Türken über andere Religionen und Ethnien radikal durchsetzen wollte. Die Angaben über die Opfer des Verbrechens, das bis heute von den türkischen Behörden geleugnet wird, schwanken zwischen 150 000, die von der Türkisch-Historischen Gesellschaft und 1,5 Millionen, die von armenischer Seite genannte werden.

Eine beschämende Parallele zu der von Dallaire beklagten Mittäterschaft der "internationalen Gemeinschaft", die den Völkermord in Ruanda aus Gleichgültigkeit und Eigennutz geschehen liess, findet sich auch im Falle der Armenier. Es war Krieg und die Türkei mit Deutschland verbündet. Als der deutsche Botschafter in einem Bericht anregte, die deutsche Regierung solle sich in Konstantinopel gegen das türkische Vorgehen aussprechen, notierte Reichskanzler Bethmann, kühl: "Unser einziges Ziel ist, die Türkei bis zum Ende des Krieges an unserer Seite zu halten, gleichgültig, ob darüber Armenier zugrunde gehen oder nicht."

ZEIT-Leser Prof. Fritz Klein, Berlin, aus: Leserbrief, in: Die Zeit Nr. 3. 8. Januar 2004

2004-01-08

Eigentlich wollte ich die Jahresstatistik präsentieren, leider hat uns der Statistikautomat den Januar 2003 schon rausgehauen. So also ohne Januar ein Paar Zahlen.

Wir hatten von Februar bis Dezember 2003 16.737 Besucher auf unseren Web-Sites und 148.853 Anfragen.

Am Beispiel des Dezembers lässt sich das anhand einiger Beispiele ein wenig aufschlüsseln:

Wir hatten 13.907 Anfragen und 1806 Besucher. Der Stundendurchschnitt betrug 18 Anfragen im Durchschnitt, das Hoch lag bei 189. Pro Tag waren es im Schnitt 428, das höchste 718.

Im Jahresüberblick lässt sich sagen, dass um 10, um 12 und um 17 Uhr am meisten nach Baumert gewebbt wird.

Das Tagebuch
9 hatte 60 Anfragen
8 hatte 54 Anfragen
10 hatte 57 Anfragen
11 hatte 62 Anfragen
12 hatte 86 Anfragen

Die Meningokokken-Story der Zittig hatte 61 Anfragen.

Das Printverzeichnis vom Werkverzeichnis hatte 106 Anfragen.

6336 Anfragen kamen von Netzwerken (45,56%)
2070 Anfragen kamen aus Deutschland (14.88%)
1997 Anfragen kamen von Firmen (14,36%(
1228 Anfragen kamen aus der Schweiz (8.83%)
1203 Anfragen kamen von unbekannt (8.6%)
6 Anfragen kamen vom US-Militär (0.04%)

90 Quereinstiege (0,65%) kamen über eine französische Web-Seite, die für Hochzeitsphotos Werbung macht.

Soweit ein kleiner Einblick in das Innenleben von Baumert im Web.

2004-01-08

"Der andere Mann
von
Kurt Tucholsky

Du lernst ihn in einer
Gesellschaft kennen.
Er plaudert. Er ist zu dir nett.
Er kann dir alle Tenniscracks nennen.
Er sieht gut aus. Ohne Fett.
Er tanzt ausgezeichnet.
Du siehst ihn dir an...
Da tritt zu euch beiden dein Mann.

Und du vergleichst sie in deinem Gmüte.
Dein Mann kommt nicht gut dabei weg.
Wer er schon dasteht - du liebe Güte!
Und hinten am Hals der Speck!
Und du denkst bei dir so: "Eigentlich...
Der da wäre ein Mann für mich!"

Ach, gnädige Frau! Hör auf einen wahren
Und guten alten Papa!
Hättest du den Neuen: in ein zwei Jahren
Ständest du ebenso da!
Dann kennst du seine Nuancen
beim Kosen;
Dann kennst du ihn in Unterhosen;
Dann wir er satt in deinem Besitze;
Dann kennst du all seine Witze.

Dann siehst du ihn in Freude und Zorn,
von oben und von unten,
von hinten und von vorn...
Glaub mir: wenn man uns näher kennt,
gibt sich das mit dem happy end.
Wir sind manchmal reizend, auf einer Feier...
Und den Rest des Tages ganz wie Herr Meyer.
Beurteil uns nie nach den besten Stunden.

Und hast du einen Kerl gefunden,
mit dem man einigermaßen auskommen
kann: dann bleib bei deinem eigenen Mann!"

Aus: Kurt Tucholsky, Gedichte,
Rowohlt Verlag, Berlin

"...Willkommen in der Wirklichkeit. Wer liebt und sich nie fürchtet, diese Liebe zu verlieren, ist naiv. Erwachsene Frauen und Männer wissen, wie zerbrechlich Liebe ist, dass sie verloren gehen kann - und gehen daher liebevoll mit ihr um..."

Der Münchner Psychoanalytiker und Psychotherapeut Dr. Wolfgang Schmidbauer, im Gespräch mit Annete Lache, aus: Details quälen meist nur. Über den Seitensprung und die zweite Chance. In: Stern, Nr. 51/2003

"...Dann ist da noch die wunderbare Sequenz mit Guido Westerwelle, der einst bei Friedrich Küppersbusch posaunte: "Zwischen mir und meinen Positionen ist nachgewiesenermaßen doch ein gewisser Unterschied". Ein netter Versprecher, den seinerzeit freilich weder der FDP-Hansdampf noch der Moderator bemerkte."

Reinhard Lüke, aus: Reden und Wahrheit. Ein Zweiteiler über so genannte politische Talkshows (unsere Volksvertreter - Politikergespräche im deutschen Fernsehen, ARD), in: Frankfurter Rundschau 29. Dezember 2003

"...Wie sollen jungen Menschen sich mit einer Gesellschaft identifizieren, die ihnen marode Schulgebäude, überfüllte Universitäten und eine der schlechtesten Schulausbildungen im europäischen Vergleich zur Verfügung stellt? Oder: Was erwartet eine der nach wie vor reichsten Nationen der Welt von ihren jüngsten Mitgliedern, wenn sie sich drei Millionen in Armut lebende Kinder leistet? Eine verschobene Altersdemographie heißt: Es gibt immer mehr Menschen, die eher zurück als nach vorn schauen, und es heißt auch ganz konkret, dass Menschen in der zweiten Lebenshälfte weniger vitales Interesse an einer flächendeckenden Versorgung mit Kindertagesstätten haben als 25-jährige Frauen.

Welche Folgen die veränderte Altersdemographie für die Handlungs- und Innovationsfähigkeit einer Gesellschaft hat, mag sich am Beispiel eines Verkehrsministers erschließen, der ratlos und etwas verlegen vor der Suppe sitzt, die ihm sein Vorgänger eingebrockt hat - in jenem Vertrauen auf die Exzellenz deutscher Manager und Ingenieure, das Politiker offenbar noch hegen. Manfred Stolpe ist so sehr Argument gegen die Heraufsetzung der Lebensarbeitszeit wie die Verantwortlichen von Toll Collect in ihrem angeberischen Dilletantismus leibhaftige Beispiele für den Niedergang des Bildungs- und Wissenschaftssystems abgeben...

2003 kann also als das Jahr einer wahrscheinlich höchst folgenreichen Fehlentwicklung des politischen Handelns betrachtet werden; wenn man es milder formulieren würde, als das Jahr des Verpassens einer letzten Korrekturchance älterer Fehlentwicklungen. Wie man bei einer Bevölkerung, die in ihrer übergroßen Mehrheit die dringliche Notwendigkeit von Veränderungen eingesehen hat und mit zusammengebissenen Zähnen eine Menge von Opfern auf sich zu nehmen bereit ist, wirkliche Reformen so sehr verbaseln kann wie die gegenwärtige Regierung und Opposition, das ist schon atemberaubend. Statt die massive Krise als radikale Innovationschance zu nutzen und dort zu investieren, wo sich Zukunftschancen in Gestalt hervorragend ausgebildeter junger Menschen eröffnen, die sich mit einer Gesellschaft identifizieren, die ihnen Entwicklungsmöglichkeiten bietet, wird ausgerechnet daran gespart.

Die skandinavischen Länder, allen voran Finnland, haben vorgemacht, dass antizyklische Investitionen in Bildung und Forschung sich auszahlen, und zwar innerhalb erstaunlich kurzer Zeithorizonte. Die Koffer der Bestqualifizierten sind gepackt, mental oder auch faktisch, und das gilt nicht nur für die Wissenschaft, sonder auch für die Industrie. Es ist völlig klar, dass die Verlagerung der industriellen Produktion ins Ausland in den nächsten

Jahren ungebrochen fortgesetzt werden wird, mit allen Folgen für die sozialen Sicherungssystem und die Arbeitslosigkeit. Ein rein symbolisches Gegensteuern interessiert niemanden, und um Geduld zu bitten, aber man wird sie nicht gewährt bekommen.

2003? Vergessen Sie's einfach."

Harald Weizer, Jahrgang 1958, ist Soziologe und Sozialpsychologe. Er hat eine Professur an der Universität Witten-Herdecke inne. Aus: So war 2003. In: Frankfurter Rundschau 29. Dezember 2003

"Auch Erwerbslose ohne Konfession müssen vorerst damit leben, dass ihnen ein Kirchensteueranteil beim Arbeitslosengeld abgezogen wird" - so liest man, und dann gleich nochmals, ob das wirklich so dasteht. Eine dazugegebene gerichtliche "Begründung" hilft nicht weiter, wenn man sich wundert, wieso in aller Welt irgendwer einer Glaubens- oder Überzeugungsgemeinschaft, der er nicht angehören will, Geld zu geben habe - im Falle Arbeitsloser bei ihrer alles andere als üppigen Versorgung extrem absurd. Das provoziert die Frage, wie die also bedachten Kirchen dazu stehen. Nur eine Reaktion darf es geben: Diese Praxis ist schnellstens zu beenden und alle so erfolgten Zahlungen sind sozusagen "noch heute" zurückzuerstatten. Alles andere wäre unanständig im Extrem. Wissenswert wäre dem Zeitungsleser noch: Seit wann ist dieser abwegige Steuerabzug Praxis?"

FR-Leser Martin, Krapf, Pfarrer im Ruhestand, Uhldingen, aus: Leserbrief Was sagen die Kirchen, in: Frankfurter Rundschau 30. Dezember 2003

"Haben Sie Weihnachten mal den Fernseher eingeschaltet? Die Tagesschau geguckt, mit der tollen Laura Dünnwald? Und hat Sie Ihnen auch Folgendes vorgetragen?: "US-Präsident Georg W. Bush hat sich beim irakischen Volk entschuldigt. Die Angriffe auf Irak seien einer seiner größten Fehler gewesen, sagte Bush dem Fernsehsender DNN. "Ich bitte das irakische Volk für das Leiden, das unser Krieg über das Land gebracht hat, um Vergebung", so der Präsident wörtlich. Bush kündigte an, den früheren irakischen Staatschef Saddam Hussein an den Internationalen Gerichtshof in Den Haag auszuliefern.

Er werde das Gericht mit sofortiger Wirkung anerkennen. Für noch mehr Überraschung sorgte Bushs Erklärung, er werde nicht mehr als Präsident kandidieren. "Ich habe in meiner Amtszeit so viele Fehler gemacht, die ich in hundert Jahren nicht wieder gutmachen kann", sagte Bush ungewöhnlich selbstkritisch. Er möchte es in Zukunft jedem auf der Welt selbst überlassen, an welchen Gott er glaube. "Es kann nicht nur den einen geben", sagte Bush. Ihm sei es sowieso schleierhaft, wie die US-Amerikaner darauf kämen, ihr Land als God's own country zu bezeichnen. - Bundesaußenminister Joschka Fischer begrüßte die Worte des US-Präsidenten und schickte ein Dankestelegramm. - CSU-Spitzer Edmund Stoiber kündigte derweil einen außerordentlichen Parteitag an, auf dem über ein Vorgehen gegen die USA debattiert werden solle. "So, äh, geht es ja nun, äh, nicht, lieber Herr Bush", sagte Stoiber der ARD."

Danach zog Laura ihr Jäckchen aus und tanzte auf dem Tisch."

Michael Tetzlaff, aus: Times Mager. Glück. In: Frankfurter Rundschau 29. Dezember 2003

2004-01-07

"...Mix-Technologie

Beim Einsatz dieser Technologie bieten die Anonymisierungsstationen nicht nur die von Onion-Routing bekannte Funktionalität, sondern sorgen zudem dafür, dass die bei ihnen eintreffenden Anfragen nicht in der gleichen Reihenfolge weitergeleitet werden. Damit kann die Anonymität der Nutzer sogar dann noch gewahrt werden, wenn man unterstellt, dass ein omnipräsenter Dritter in die Rolle eines "Big Brother" schlüpft und nicht nur Zugriff auf fast alle verwendeten Anonymisierungsstationen hat, sondern auch auf die genutzten Netzwerkverbindungen, und daher registrieren kann, wann über welche Datenverbindungen Daten zwischen welchen Computern oder Anonymisierungsstationen ausgetauscht werden. Ein solches Mix-Modell liegt beispielsweise dem von der TU Dresden in Zusammenarbeit mit dem Unabhängigen Landeszentrum für Datenschutz Schleswig-Holstein betriebenen und für die WWW-Nutzung vorgesehenen AN.ON-Anonymisierungsdienst zugrunde. (vgl. www.anon-online.de).."

aus: Datenschutz für unsere Bürger, 24. Tätigkeitsbericht des Landesbeauftragen für den Datenschutz in Baden-Württemberg 2003. Der Datenschutzbericht ist auch dieses Jahr

lesenswert. Erhältlich beim Landesbeauftragten für den Datenschutz, Peter Zimmermann, Marienstrasse 12, 70178 Stuttgart, www.baden-wuerttemberg.datenschutz.de

"...Als Präsident Clinton Sie zu seiner Aussenministerin machte, haben Journalisten nicht nur ihre jüdische Herkunft aufgedeckt, sie haben auch herausgefunden, dass drei ihrer Grosseltern von den Nazis in Konzentrationslagern ermordet wurden. Wie hat diese schmerzliche Erkenntnis ihr Verhältnis zu Deutschland beeinflusst?

Madeleine Albright: Ich hatte eine eindeutige Haltung gegenüber Deutschland - lange, bevor ich erfahren musste, inwieweit ich persönlich betroffen bin. Sie werken kaum einen Tschechen finden, der den Zweiten Weltkrieg miterlebte und der positive Gefühle den Deutschen gegenüber hatte. Ich beschreibe in meinem Buch, wie meine Eltern mich Toleranz lehrten - mit einer Ausnahme. Meine Mutter sagte immer: "Wir hassen die Deutschen". Ich bin also damit aufgewachsen, die Deutschen zu hassen. Ich wusste auch allen über den Holocaust - ausser dass ermeine eigene Familie betraf.

Sie haben diese oft gestellte Frage auf eine völlig neue Art gestellt. Ich muss Ihnen sagen, das ich zu dem Zeitpunkt, als ich vom Schicksal meiner Grosseltern erfuhr, schon eine ganz andere Haltung gegenüber Deutschland eingenommen hatte. Ich verfolgte aufmerksam, wie eine neuer Generation sich ehrlich und nachdenklich bemühte, das Geschehene rational zu erfassen. Diese neue Generation wollte wissen, was geschehen war und wie es dazu kommen konnte. Wer mir wirklich klargemacht hat, dass sich Deutschland grundlegend verändert hat, war Joschka Fischer. Das ist einer der Gründe, weshalb mir unsere Freundschaft sehr viel bedeutet. Ich habe mich mit ihm ausgiebig darüber unterhalten, warum er ein Revolutionär war. Und er erklärte mir, dass jeder, der im Deutschland der fünfziger Jahre aufwuchs, wusste, dass alle Autoritäten entweder mitgemacht oder alles verdrängt hatten. Warum hätte man da mitspielen sollen? Man musste rebellieren! Und dann, während des Kosovokrieges, machte er kluge Bemerkungen über die ethnischen Säuberungen, wenn wir über die schrecklichen Parallelen sprachen. Als ich schliesslich erfuhr, dass es eine persönliche Verbindung zwischen mir und dem Holocaust gibt, war viel Zeit vergangen und ich zu der Überzeugung gelangt, dass es sich heute um ein ganz anderes Deutschland handelt...."

Petra Krischkok im Gespräch mit Madeleine Albright, aus: Die Stimme erheben, in: Voss, Berliner Zeitschrift Nr. 3, Winter 2003/2004.
www.die-voss.de

2004-01-06

Ein junger Mann. Alleine in einer grossen Stadt. Seine Freunde sind weit weg. Seine Familie auch. Es ist Weihnachten. Das Fest der Liebe. Er ist allein. Er hat ein Handy. Er hat Zugang zu Telefon und zu E-Mail. Er kann schreiben. Er ist allein. Fest der Liebe? Wieso rufen sie nicht an? Wieso nicht der Vater - meint er, es reicht ihm monatlich das Leben zu finanzieren? Nicht die Mutter? Meint sie, sie habe mit ihrer Mutterliebe die ersten drei Dekaden seines Lebens genug getan? Nicht die Schwester - mit ihr hat er nichts zu tun, keinen gemeinsamen geistigen Horizont, keine Gemeinsamkeit, was zählen da schon fast zwei Jahrzehnte Zusammenleben? Und die Anderen, die Partner der Eltern, Swippeltern sozusagen. Die eine klagt über mangelnde Kohle, sie die Spekulantin. Der andere liegt faul zwischen Edelgeräten und Hängematte in der Sonne. Wieso melden sie sich nicht? Wieso schreiben sie nicht? Wieso rufen sie nicht an? Da erlebt er jedes Jahr aufs Neue seinen Weihnachtsblues. Auf der Melodie oh Du fröhliche beklagt der die Armseligkeit seiner Familie. Ein Griff zum Hörer würde genügen, in wenigen Stunden wäre er mit Bahn bei den Verwandten, ein Brief könnte Kommunikation eröffnen. E-Mail könnte mehr sein, als Mülleimer. Der junge Mann ist allein. Er wird krank. Er leidet. Die Welt ist schlecht und die Familie ist armselig. Oh Du fröhliche.

"...Für mich gibt es keinen anderen Tag, an dem sich die Menschen so deutlich in zwei Klassen teilt, nämlich in die Kinderlosen und die Eltern. Die kategorien bekommen an diesem Tag eine starke Evidenz und Triftigkeit...

Ich fahre nicht mehr zu meinen Eltern. Ich empfinde Weihnachten als das Fest der Schuldgefühle. Man kann sich diesen Schuldgefühlen aber selbst dann nicht entziehen, wenn man nicht mit den Eltern zusammen ist. Die Schuldgefühle sind so massiv, dass sie alle restreligiösen Gefühle komplett überdecken. - Die Schuldgefühle deinen Eltern gegenüber? - Ja. Man hat sie auch, wenn man dort ist und es erträglich findet, dort zu sein. - Was ist denn die Schuld, die du auf dich lädst? - Jemanden allein zu lassen. - Weihnachten stellt die Frage nach der Einsamkeit. Ich habe für dieses Jahr fünf Leute eingeladen. Die sind zwischen 50 und 60 und leben allein. Als ich nur eine geringe Bemerkung fallen liess, sie könnten am 24. bei mir vorbeikommen, schnappten die sofort

zu. Ich merkte, ich greife da in eine tiefe Einsamkeit. - An Weihnachten wird die Wo-Frage gestellt, ganz im Sinne der christlichen Weihnachtsgeschichte. Wo kommen wir her. Ich will das gar nicht denunzieren, aber es ist durch die bürgerliche Kleinfamilie kurzgeschlossen worden, dass da die Wo-Frage gestellt wird. - Es gibt eine Ortsfrage, aber es gibt auch die Frage, wo dieses Weihnachten im Innern ist...

...Ich habe das noch anders gemeint. Weihnachten ist das Fest, wo es ein tautologisches Verhältnis gibt zwischen der Geschichte, der Familie und der Urerfahrung, von der wir hier sprechen. Weihnachten ist eine Art von Familienbildung, der wir ausgesetzt sind. Im idealen Fall sitzt die Familie Weihnachten da und erzählt sich die Geschichte der Familie. Über die Ostergeschichte muss man nachdenken. Das Wunderbare an Weihnachten ist: Du musst nicht denken...

...Ich hab die Erfahrung gemacht, dass sich um Weihnachten herum bei mir alle Sicherungen lockern. Ich gebe unbedenklich Geld aus, kaufe mir Champagner, den ich mir nicht leisten kann etc. Und mit der Kategorie Zeit ist es genauso. Ich verbummle viel Zeit.....Auf jeden Fall ist Weihnachten die Zeit anderer Ökonomien. Aber das Zeitschenken ist ja genau das, was an Weihnachten innerhalb der Familien zu den Katastrophen führt. Es ist ja der Zeitüberschuss, der nicht selten zu Unglücken führt..."

Aus einem FR-Gespräch der Fr-Feulleton-Mitarbeiter über Weihnachten "Wozu Weihnachten?", in: Frankfurter Rundschau 24. Dezember 2003

"Nein, dass die Organisation, die Winfried Beck 1986 mitgründete, ein Machtfaktor in der deutschen Gesundheitspolitik wäre, kann man wahrlich nicht behaupten. Ein paar hundert Mitglieder hat der linke "Verein demokratischer Ärztinnen und Ärzte (vdää). Zum Vergleich: der konservative "Hartmannbund" vertritt um die 60 000 Mediziner...

Der 60 jährige Orthopäde weiss, wo es den Ärztelobbyisten wehtut. Wenn sich Standesvertreter gegen unabhängige Überprüfungen ihrer ärztlichen Fähigkeiten wehren, empfiehlt Beck, den Titel "Facharzt" auf Zeit zu vergeben und die "Lizenz" nur nach einer Prüfung zu erneuern. Wenn Kollegen mit Plakaten im Wartezimmer gegen die Gesundheitspolitik wettern, warnt er die Niedergelassenen öffentlich, ihr finanzielles Wohl nicht mit dem der Patienten gleichzusetzen. Wenn Mediziner mehr Geld fordern,

entgegnet ihnen Beck, dies würde nur den Druck vom Gesundheitssystem nehmen. Der sei aber für eine Qualitätsoffensive notwendig. Wenn andere Ärzteverbände Jubiläen feiern, erinnert Beck an deren Verstrickungen in die NS-Diktatur. Sogar der Politik der Ministerinnen Andrea Fischer und Ulla Schmidt konnte er - in Grenzen - Gutes abgewinnen.

Mit einem Tabubruch brachte Beck dann die Kollegen vollends gegen sich auf: Den Vertretern der Ärzteschaft, die lautstark über Einkommenseinbussen klagten, entgegnete er: "Wir verdienen genug.". Um dies zu untermauern legte er im STERN seine finanziellen Verhältnisse offen: 130 000 Euro brutto Jahreseinkommen 2001 laut Steuererklärung - erworben aus seiner orthopädischen Praxis und seiner Tätigkeit als Gerichtsgutachter. Existenznot sieht anders aus. Die Beschimpfungen seiner Kollegen folgten umgehend...

Mit seinen Provokationen wehrt sich Beck dagegen, dass Standespolitik zu oft reine Klientelpolitik sei, die nur der Wahrung der Privilegien diene. Die Selbstverwaltungsorgane seiht er als die Reformblockierer im Gesundheitswesen. Verbesserungen müssten oft gegen die Ärztelobby durchgesetzt werden..."

Wolfgang Wagner über Winfried Beck, aus: Das Portrait: Provozierend. In: Frankfurter Rundschau 23. Dezember 2003
www.vdää.de

Aufruf Abrüstung statt Sozialabbau ("..Wir appellieren an die Bundesregierung: Wir verlangen eine drastische Reduzierung der Rüstung und die Streichung aller Rüstungsvorhaben, die für Auslandseinsätze der Bundeswehr vorgesehen sind. Die dadurch frei werdenden Mittel müssen für soziale Sicherung, zivile Arbeitsplätze, Bildung und Ausbildung sowie für den Erhalt einer lebenswerten Umwelt verwendet werden. Rüstung, militärische Intervention und Sozialabbau verschärfen Konflikte, statt ihre Ursachen zu bekämpfen.")
www.friedensratschlag.de

Der Stör, mein Totemtier nach dem indianischen Medizinrad, ist vom Aussterben bedroht. Der Knorpelfisch, der von 0,8 bis sechs Meter lang ist und bis eineinhalb Tonnen schwer

werden kann, wird bis zu 150 Jahre alt. Früher gab es ihn in fast allen Meeresregionen Europas. Heute ist er nur noch in Frankreich und am Kaspischen Meer zu Hause. Die Jagd nach dem Kaviar hat die Goldgräber und Tierschlächter auf den Plan gerufen. Etwa 90 Prozent des Kaviars auf dem Weltmarkt haben ihren Ursprung am Kaspischen Meer...
www.fr-aktuell.de/lebensarten
www.wwf.de

"...In Italien sowie in Frankreich sind die Hürden für kranke Migranten ohne Aufenthaltsstatus am niedrigsten: Rom führte vor fünf Jahren den so genannten TEMPORARY PRESENCE CODE ein. Das ist ein Art anonyme Krankenkassenkarte. Die Gesundheitszentren der Gemeinden geben die Codes aus. Wer sich so registrieren lässt, hat vollen Zugang zur medizinischen Grundversorgung, er wird behandelt wie jeder Italiener. Vorgesehen ist, dass diese Kranken selbst zahlen, wer allerdings erklärt, nicht genug Geld zu haben, ist davon ausgenommen. 1999 hat Italien umgerechnet 30 Millionen Euro für die Behandlung von Ausländern ohne Papier ausgegeben. Ausdrücklich ausgeschlossen ist eine Meldung an Polizei oder Behörden. Die gleiche Regel gilt in Frankreich: Wer sich an das eigens geschaffene Amt AME wendet, kann sicher sein, nicht denunziert zu werden und hat ebenfalls vollen Zugang zur staatlichen Gesundheitsversorgung - ohne dafür zahlen zu müssen..."

Yvonne Holl, aus: Nur mit Kärtchen. Zur Medizinischen Versorgung von Migranten in Europa. In:Frankfurter Rundschau 22. Dezember 2003.

Über das Buch
Thea Borde/ Matthias David (Herausgeber)
Gut versorgt? Migrantinnen und Migranten im Gesundheits- und Sozialwesen). Mabuse-Verlag, Frankfurt am Main.

"Schöpfen Sie alle Möglichkeiten vor Ort aus, um den Bestand der Sozialhilfeempfänger/Asylbewerber so gering wie möglich zu halten."
Aus einem Schreiben der Marketing- und Vertriebsabteilung der Barmer Ersatzkasse an

ihre Regionalgeschäftsführer. Laut Bericht in der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung, zitiert nach DPA, 26. Dezember 2003

"...Die Vorstellung, man könnte den sozialen Konflikt, in dem sich mehr als der Streit um ein Stück Stoff bündelt, durch juristische Normierung eindämmen, ist grotesk. Vielleicht wird dadurch ein Dauerstreit in die Institutionen hineingetragen. Wie und nach welchen Kriterien sollen Lehrer prüfen, ob ein Kreuz am Hals eines christlichen Mädchen ein normales oder ein grosses, also offenkundiges, und damit zu verbietendes Ausmass hat? Und was ist, wenn sich christliche Schüler mit Fischen dekorieren, dem biblischen Symbol für die Gläubingen (Mt 4,19)? Kein Gesetzgeber kann den Übergang von neutralen Zeichen zum "prahlerisch-angeberischen" oder "offenkundigen" stimmig definieren..."

Rudolf Walter, aus: Lob der kalten Toleranz. Trügerische Mystifikation des Laiszimus: Der französiche Streit um das Kopftuch, seine Vorgeschichte und seine möglichen Folgen. In: Frankfurter Rundschau 22. Dezember 2003.

2004-01-05

"...Das soziale Gesundheitssystem stabilisiert die Zivilgesellschaft und hält, wie sozialer Kitt, das Gemeinwesen nachhaltig zusammen. Was Religionen und politische Ideologien nicht mehr schaffen, leistet die mitmenschliche Sorge für den Kranken. Denn wer krank ist, spürt am eigenen Leib, dass wir Menschen aufeinander angewiesen sind und ein gesundes gesellschaftliches Zuhause brauchen. Die politische Heilkunst gegen den Zerfall der sozialen Bindungen wird langfristig zum ökonomischen Vorteil. Darin unterscheidet sich Europa von Amerika. Nicht die Gentechnologie, also die Reparaturfabriken für Körpermaschinen, entscheiden über die Zukunft moderner Gesellschaften, sondern die soziale Kohärenz und die Kultivierung des humanen Kapitals.

Gute gesellschaftliche Gesundheit braucht zwingend eine Pflichtversicherung oder eine Versicherungspflicht für alle Bürgerinnen und Bürger. Die Versicherungen können frei gewählt werden und müssen jeden aufnehmen. Die Diskriminierung von Bürgerinnen und Bürgern mit besonderen Risiken wird strafrechtlich sanktioniert. Es geht also um eine solidarische Regelversicherung, die individuelles und allgemeines Wohl verknüpft und ein Community-Bewußtsein in der Bevölkerung wach hält. Dafür sind zehn Prozent aller individuellen Einkünfte notwendig. Beiträge wie bisher und eine "Gesundheitssteuer", aber auch eine Kopfpauschale von etwas über 200 EURO im Monat mit steuerfinanziertem

Ausgleich zwischen Arm und Reich können diese finanzieren. Beides entspricht einer verpflichtenden Bürgerversicherung für den Bedarf der Regelversorgung mit zusätzlichen Wahlmöglichkeiten für individuelle Bedürfnisse...

...Die Zahl der Belastungs-EKG's in einer Region sind kein Leistungsmaßstab, sie messen die Ressourcenvergeudung. Wirkliche Leistungen der Heilkunst werden gegenwärtig nicht definiert und daher sind alle bestehenden Preissysteme für die gesundheitliche Produktivität zerstörerisch. Die Ausbeutung des Kranken ist immer noch lukrativer als eine gesundheitsförderliche persönliche Betreuung. Ziel moderner Heilkunst ist die Autonomie für den einzelnen Menschen trotz eines körperlichen, seelischen oder sozialen Handicaps. Welche Hilfe kann dazu beitragen, daß der Einzelne trotz Krankheit und Gebrechen selbständig sein Leben meistern kann?

Dies beinhaltet die kreative Gestaltung resourcensparender Wertschöpfungsprozesse. Heute schluckt der Terror der Bürokratie und die blockierte Kommunikation des allseitigen Misstrauens gut 40 Prozent der eingesetzten Mittel. Ein schlankes Gesundheitsmanagement konzentriert den Mitteleinsatz im lokalen, regionalen und nationalen Rahmen auf die Kernleistung des Helfens und Heilens, also die primäre Wertschöpfung. Jeder Kranke weiss, dass Körper, Seele und soziales Beziehungsnetz miteinander verwoben sind. Schlechte genetische Voraussetzungen können durch gute soziale Kultur kompensiert werden. Der Herzinfarkt ist Pumpenversagen oder Ergebnis einer verstopften Röhre. Die Medizin der Industriekultur mit ihren mechanistischen Sichtweisen wird der Kommunikationskultur angepasst und lernt in Wechselwirkungen zu denken und zu handeln. Danach ist der Herzinfarkt eine Kommunikationsstörung. Eine Interaktionskatastrophe also, die nicht mechanistisch, sonder kommunikativ geheilt wird. Gegenwärtig entsteht eine neue, ganzheitliche orientierte Medizin, die Gen, Person und soziale Gemeinschaft miteinander verknüpft sieht, eine "Relativitätstheorie" der Medizin.

Die Globalisierung macht Druck auf das soziale Bindegewebe. Die exklusiven Kräfte der entwickelten Gesellschaft nehmen zu. Dem muss ein soziales Gesundheitssystem entgegenwirken. Gleichzeitig darf es aber nicht eine antiquierte mechanistische Philosophie vertreten oder den medizinischen Overkill als Leistung verbrämen. Gesundheit für den Einzelnen und die Bevölkerung gelingt, wenn die Führungseliten in der Politik, bei Krankenkassen, Krankenhäusern und in der Ärzteschaft auf neue Art zusammenwirken und ihre soziale Verantwortung erkennen. Die Zeit ist reif, mit dieser

Erkenntnis die anstehende Modernisierung anzupacken und erfolgreich durchzuführen. Für Europa könnte die Gesundheitsreform zur zweiten Chance werden: Nach der Kommunikationswirtschaft kommt ein Aufschwung der Gesundheitswirtschaft. Wenn diese sozial integriert statt spaltet, schafft sie viele Arbeitsplätze und neuen gesellschaftlichen Wohlstand."

Ellis Huber, aus: Politische Heilkunst gegen Zerfall sozialer Bindungen. Gute gesellschaftliche Gesundheit braucht zwingend eine Pflichtversicherung oder eine Versicherungspflicht. In: Frankfurter Rundschau 9. Dezember 2003

Ellis Huber, langjähriger Präsident der Berliner Ärztekammer war der einzige links-alternative Kammerpräsident in Deutschland. Er ist heute Vorstand der Krankenversicherung Secuvita BKK, die auch die "sanfte" Naturheilkunde empfiehlt.

Zu den Buchveröffentlichungen des gebürtigen Hotzen zählen LIEBE STATT VALIUM und HANDELN STATT SCHLUCKEN.

"....Zwei Jahre nach NINE ELVEN lautet die in Europa vorherrschende Schlussfolgerung, dass sich Amerika die Angriffe vonseiten der Islamisten selbst zuzuschreiben habe. Aber damit nicht genug. In Europa besteht offenbar auch ein großer Hunger nach Verschwörungstheorien. Bücher über die vermeintliche obskure Rolle der CIA und des israelischen Geheimdienstes Mossad beim Untergang der Türme finden in ganze Europa reissenden Absatz. ....Und von Mal zu Mal wird deutlicher, dass die Antiglobalisierungsbewegung vor allem eine antiamerikanische Bewegung ist...

...Um zu überleben, hat Israel seit 1948 vier bittere Kriege mit der arabischen Welt führen müssen. Doch sein schwerster Krieg scheint der gegenwärtige Öffentlichkeitskrieg zu sein. Und die Umfrage zeigt, dass Israel diesen Krieg verloren hat.

In Europa findet der israelisch-palästinensische Konflikt kolossal viel Beachtung. Weit mehr als Tschetschenien oder der Bürgerkrieg im Sudan. Obwohl es in den besetzten Gebieten im Grunde um einen relativ begrenzten regionalen Konflikt, um zu vernachlässigend kleine und unfurchtbare Stückchen Land geht, wird in den europäischen Medien unvergleichlich viel mehr darüber berichtet als über andere Krisenherde in der Welt. Da wären, um nur ein paar Beispiele aus der Fülle der schwelenden Unruhen

herauszugreifen, die einen weltweiten atomaren Flächenbrand nach sich ziehen können: der Kaschmirkonflikt zwischen den nervösen Atommächten Pakistan und Indien, die Irritationen um das von einem wahnsinnigen Filmfreak regierte Nordkorea, die atomaren Ambitionen der diktatorisch regierten, paranoiden Länder Iran, Libyen, Saudi-Arabien, Chinas Hadern mit dem wohlhabenden und unbeugsamen Taiwan...

In den neunziger Jahren sind in Tschetschenien in dem immer noch anhaltenden Krieg zwischen Moskau und islamischen Separatisten Schätzungen zufolge 100.000 Menschen ums Leben gekommen. Der Krieg des islamischen Regimes im Sudan gegen die christlichen und animistischen Stämme im Süden des Landes hat schätzungsweise ein bis zwei Millionen Tote gefordert...

Wie sehen die konkreten Zahlen aus? Die unabhängige israelische Menschenrechtsorganisation B'tselem veranschlagt die Zahl palästinensischer Toter währen beider Intifadas und der Zeit dazwischen, also innerhalb vom 16 Jahren, vom Dezember 1987 bis einschließlich Juni 2003, auf 3544, das sind 0,6 pro Tag (auf israelischer Seite gab es mehr als 1100 Tote). Anders ausgedrückt: Obwohl der israelisch-palästinensische Konflikt auf tragische Weise nahezu täglich Opfer fordert, wird das Ausmaß der Gewalt dort von der Gewalt in anderen Teilen der Welt übertroffen - weit mehr Tote forderte allein der heiße Sommer 2003 in französischen Altersheimen...

...Das obsessive Interesse der europäischen Medien für Israel hat vor allem mit der Vergangenheit zu tun. Israel wurde von europäischen Juden gegründet, die dem europäischen Judenhass entflohen waren; es ist das kontinuierliche Symbol für die Gleichgültigkeit und die Ohnmacht Europas am Tiefpunkt der europäischen Zivilisation: der industriellen Vernichtung der jüdischen Bevölkerung in Europa während des Zweiten Weltkriegs...

...Dass Israel zu Europas Staatsfeind Nummer eins geworden ist, hängt vielmehr mit den Zwangsvorstellungen zusammen, die Europäer Juden gegenüber hegen: Es hat letztlich mit dem Bedürfnis der Europäer zu tun, sich ein für allemal von der Last der Schoah zu befreien und die ärgerliche moralische Erpressung seitens der arroganten israelischen Politiker und der amerikanischen Wortführer jüdischer Organisationen zu beenden. Wenn Juden selbst Täter sind, wird der europäischen Verantwortung für die Schoah etwas von ihrer Ausschließlichkeit genommen. Wenn Juden als Nazis bezeichnet werden können, werden die ursprünglichen Nazis ein bisschen jüdisch.

Wenn Sabra, Schatila und Dschenin als Vernichtungslager bezeichnet werden können, ist Auschwitz nicht länger eine absonderliche Tragödie der europäischen Zivilisation, sondern ein gewöhnlicher Vorfall in einer Reihe gewöhnlicher Unmenschlichkeiten. Wenn der jüdische Staat für die größte Gefahr für den Frieden in der Welt gehalten werden kann, gewinnt die nazistische Ideologie ("Die Juden sind unser Unglück"), von der sich so viele haben verführen lassen, posthum eine gewisse Respektabilität. Wenn Juden selbst Blutbäder anrichten, sind sie um kein Haar besser als Nazis und verlieren jeden Anspruch auf moralische Überlegenheit.

Am 11. September 2001 erklärten bin Laden und seine Islamisten dem Westen, dem Land von Kreuzrittern und Juden, den Krieg. Es scheint, als habe sich Europa seither schon fast panisch darum bemüht, ihm pazifizierend zu verdeutlichen, dass nicht Europa das Haus der Kreuzritter sei, sondern Amerika, und dass man auch in Europa die wahre, böse Natur der Juden kenne.

Vor 80 Jahren schrieb Friedrich Holländer zu einer Melodie von Bizet das traurig-sarkastische Lied AN ALLEM SIND DIE JUDEN SCHULD:

An allem sind die Juden schuld,
die Juden sind an allem schuld,
allem schuld.
Warum sind denn die Juden schuld?
Kind, das verstehst Du nicht,
sie sind dran schuld."

Leon de Winter, aus: Altes Gift im neuen Europa. In: Die Zeit Nr. 51, 11. Dezember 2003
Aus dem Niederländischen von Hanni Ehlers.

Leon de Winter, einer der bekanntesten Autoren Hollands, wurde als Sohn niederländischer Juden 1954 geboren. Von Bauern versteckt, überlebten seine Eltern die Shoa.

"...Weshalb wir in der Bielefelder Schule diese drei R erfunden haben...

Zeit: Drei Regeln?

Hartmut von Hentig: Drei Wörter, die mit R anfangen. Das erste R steht für: Reviere bilden. Das Kind muss wissen: Dies ist mein Ort, hierfür bin ich verantwortlich. Ich kann nicht verhindern, dass andere woanders lärmen oder Papier wegwerfen. Aber in meinem Revier kann ich es. Das zweite R steht in der Tat für: sich Regeln setzen. Also: nicht schon Regeln vorfinden, und die anderen wissen, wozu die gut sind, während sie mich nur peinigen. Regeln müssen gemacht werden, wenn man merkt, dass sie gebraucht werden. Welche Regel hätte verhindert, dass dieses Unglück passiert? Man macht die Regel unter dem Eindruck des Schadens, dann hält man sie auch ein. Man hält sie jedenfalls nicht ein, wenn sie nur die Nerven der Erwachsenen schonen...

Zeit: Was wäre das dritte R?

Hartmut von Hentig: Das Dritte R sind Rituale: Weil man nicht alle Fragen, die täglich aufkommen, mit solchem Umstand beantworten kann. Ritual heißt: Das wird hier so gemacht, denn das ist erprobt. Wenn in der Laborschule vorgelesen wird, legen sich alle in einen Kreis mit dem Kopf in die Mitte, weil man sich einmal klar gemacht hat: Wenn jemand in einem Grossraum mit normaler Stimme vorliest, dann bekommen die da hinten es nicht mit. Weshalb sich alle um die Mitte legen: basta. So wie wir uns jeden Morgen begrüßen, wie wir "danke" und "bitte" sagen. Rituale sind hier "gute und streng eingehaltene Gewohnheiten" - es gibt ihrer nur ganz wenige...

...Ach, was ich alles wissen soll! Ich sage etwas über die 15-, 16-, 17-Jährigen. Als sie klein waren, haben sie Tschernobyl gerade noch wahrgenommen. Jetzt fällt ihnen das wieder ein: Die Erwachsenen haben diese Welt ja gar nicht im Griff! Da wird an einem Freitagmorgen die Welt verändert, und kein Erwachsener konnte mir erklären, wieso ich plötzlich die Milch nicht mehr trinken, keinen Salat essen, nicht im Sandkasten spielen durfte. Nichts war äußerlich verändert, aber die Erwachsenen waren ratlos.

Zeit: Sie waren in Panik! Sie konnten die vorrangige elterlicher Aufgabe, ihre Kinder zu beschützen, nicht mehr erfüllen.

Hartmut von Hentig: Sie konnten nicht mehr einstehen für die vom Menschen gemachte Welt. - Wir müssen zugeben, dass wir die Welt nicht im Griff haben. Die Anthropologin Magred Mead schildert in ihrem Buch CULTURE AND COMMITMENT folgende Situation. Es ist Vietnamkrieg, sie ist eine emeritierte alte Professorin, aber die Studentin kommen zu ihr und sagen: Wozu führen wir Krieg? Machen wir uns nicht schuldig? Was sollten wir

tun? Und sie antwortet: Das ist nicht mehr mein Problem. Meine Generation hatte ihre Probleme, wir haben sie falsch gelöst. Fragt bitte nicht uns.

Zeit: Das wäre eine Abdankung der Eltern?

Hartmut von Hentig: Es war eine Zumutung an die Kinder: Ihr müsst euch selbst ein Urteil bilden...

Der Ökonomismus unserer Welt bringt es mit sich. Nach diesem einen Gesichtspunkt wird alles geplant, gebaut, gemacht. Es müsste ein Gesetz geben, das eine Nachdenkzeit vor jeder Maßnahme erzwingt, in der zu fragen wäre: Welche Folgen hat diese Maßnahme für Kinder? Wäre dies wirklich ganz utopisch? Wir nehmen Rücksicht auf den Verkehr, die öffentliche Gesundheit, das Image der Stadt/der Republik und das Bruttosozialprodukt, sogar auf das Klima nehmen wir Rücksicht - nur nicht auf das Kind!

Zeit: Vielleicht konnten wir die ökonomische Entwicklung und den Wohlstand nur so erfolgreich vorantreiben, weil wir eben auf Kinder keine Rücksicht genommen haben?

Hartmut von Hentig: Historisch betrachtet, hat man früher auch nicht auf die Kinder Rücksicht genommen. Früher waren die Kinder ein Stück Natur, da konnte man sie bei ihrer Amme abgeben, und wenn sie in die Zivilisation kamen, mussten sie angezogen sein, einen Knicks machen und Bonjour, monsieur sagen. Der Fortschritt ist für Kinder nicht nur gut gelaufen. Es gibt dieses wunderbare Buch TOD UND LEBEN GROSSER AMERIKANISCHER STÄDTE von Jane Jacobs, darin schildert sie, wie wir den Kindern in den reichen Suburbs eine tote Welt eingerichtet haben. Ganz anders in den Slums. Da gab es kein Auto, weil dafür kein Geld da war. Die Hälfte des Gewerbes vollzog sich auf der Strasse. Überall waren Kinder, auf dem Trottoir wurde gebolzt, da wurde dies und das gemacht, und immer guckte jemand aus dem Fenster, es gab ein PUBLIC EYE auf die Kinder, keine Pädagogik. So rieben sich die Kinder aneinander hoch zum Erwachsensein.

Zeit: Aber wollen Sie wirklich den Slum zum Inbegriff der Kinderfreundlichkeit erheben?

Hartmut von Hentig: Der Slum war so etwas wie ein Übergang von der Natur in die Zivilisation. Man konnte zwar nicht in den Wald geschickt werden, aber die Strasse war gar nicht so viel schlechter. Sie war ein Ort für Kinder, A PLACE FOR KIDS TO GROW UP IN, und solche Orte haben wir nicht mehr. Also müssen wir zumindest unsere Schulen

anders gestalten. Wenn man Schulen wie Gefängnisse baut, was will man dort bilden? A CUPTIVE MIND, Menschen mit begrenztem Horizont..."

Hartmut von Hentig im Gespräch mit Susanne Meyer, aus: Gebt den Kindern das Beste: Euch! Eure Zeit! in: DIE ZEIT, ZEIT Literatur, Nr. 49, November 2003.

Es ist das schönste und wichtigste Interview zu Pisa, Kindern und Erziehung, das ich 2003 las. Ich empfehle es als Pflichtlektüre für gestresste Eltern (Väter/Mütter), LehrerInnen und alle anderen Menschen.

Zum Schluss etwas von den Marx-Brothers:

Draußen ist der Müllmann. Sag ihm, dass wir nichts brauchen.

2004-01-02

"...Knapp sechs Jahre vergehen. Im Juni 2000 findet die Polizei Dallaire bewusstlos, alkoholisiert und wie ein Fötus zusammengekrümmt unter einer Parkbank in Ottawa. Ein Selbstmordversuch, nicht der erste: Der General, seit einigen Monaten ausser Dienst und in psychiatrischer Behandlung, hatte zuvor eine Überdosis Antidepressiva genommen. Doch er wird gerettet, rafft sich auf, schreibt seine Erinnerungen. Das Buch, gerade erschienen (SHAKE HANDS WITH THE DEVIL), ist eine quälend intensive Schilderung der sich entfaltenden Katastrophe. Und eine vernichtende Anklage all jener, die hätten handeln können und es nicht taten.

Als im Sommer 1993 der Anruf seines Vorgesetzten kommt, dass er in Ruanda eine neue Blauhelmmission übernehmen soll, nimmt Roméo Dallaire gerade eine Parade ab. Der General ist 47, ein Nato-Soldat, der fast drei Berufsjahrzehnte lang einen nuklearen Ernstfall geprobt hat, der nie kam; und als Kommandeur einer mechanisierten Brigade allem Anschein nach am Ende seiner Laufbahn. Dallaire ist nicht sicher, wo Ruanda liegt, aber eines weiss er: Dies ist die Karrierechance seines Lebens.

Anfang der Neunziger ist die grosse Zeit der Vereinten Nationen. Der Kalte Krieg ist vorbei, aber es bricht plötzlich eine Vielzahl von innerstaatlichen Konflikten aus, brutal genug, um die Weltöffentlichkeit zu alarmieren, aber nicht gross genug, um einzelne Staaten zum Eingreifen zu animieren. Bei der Nato herrscht Schockstarre wg. Feindverlust; die EU kennt keinen Despoten, mit dem man nicht auch prima Geschäfte

machen könnte. Also müssen die UN ran: 24 neue Blauhelmeinsätze werden in diesen Jahren ausgerufen, mit insgesammt bis zu 80 000 Soldaten. Den Nationen bringt PEACE-KEAPING Prestige, den Soldaten Nervenkitzel und Gefahrenzulagen. Kanada allein schickt rund 5000 Soldaten in die Welt. Manche, die halb so alt sind wie der General, waren schon zwei- oder dreimal in Übersee. Dallaire noch nie. Höchste Zeit!

Also tauschen seine Frau und drei Kinder die Dienstvilla gegen eine Kasernenwohnung, er selbst zieht erfüllt von den romantischen Missionarslegenden seiner katholischen Kindheit nach New York, um den Einsatz vorzubereiten. Der Chef des DPKO (Department of Peacekeeping), ein Ghanaer namens Kofi Anan, beeindruckt ihn als "zutiefst anständig". Doch die Abteilung, erst wenige Jahre alt, ist zunehmend in Bedrängnis; überfordert durch Einsätze, die nicht mehr ins klassisches PEACE-KEAPING-Schema passen wollen, die eine "grüne Linie" zwischen ehemaligen Kriegsparteien bewachen.

Auf dem Balkan oder am Horn von Afrika gibt es keine klaren Fronten mehr, paramilitärische Trupps terrorisieren die Bevölkerungen, Berichte von Gräueltaten gehen um; zu allem Überfluss stellt sich heraus, dass kanadische Fallschirmjäger auf UN-Mission in Somalia einen 16-Jährigen zu Tode gefoltert haben. Aber im winzigen, frommen, armen Ruanda hat die Regierung der Hutu-Mehrheit mit den Rebellen der Tutsi-Minderheit gerade einen Waffenstillstand und die Bildung einer gemischt ethnischen Übergangsregierung vereinbart - endlich, ein einfacher Fall! In Zentralafrika, so sieht es das politische Drehbuch vor, wird Roméo Dallaire mit minimalen Aufwand und maximaler Werbewirkung die Ehre der UN und seiner Heimat retten.

Ruanda mit seinen nebelumflorten Bergen, milden Winden und leuchtend grünen Tälern erscheint dem Kanadier "wie ein Garten Eden". Die Realität des Einsatzes ist weniger paradiesisch. Alles kommt später, schlechter und in geringeren Mengen, als er es braucht: Soldaten, Waffen, Informationen, Rechtsgrundlagen. Es ist von vielen bitteren Lehren die erste: Was Regierungen (auch die eigene) versprechen und was sie tun, sind zwei Dinge. Für Dallaire sind das Herausforderungen, zu besiegende. Die Energie des Kommandeurs, der sein Herz auf der Zunge trägt und sich selbst nie schont, schweisst seine zusammengewürfelte Truppe zusammen.

Beunruhigender ist die Verdünstung der politischen Weltlandschaft. Nach einem Coup in Burundi fliehen 300 000 Menschen ins übervölkerte Ruanda. Die Ermordung von 18 US-Kommandosoldaten (und 90 UN-Blauhelmen) in Mogadischu im Oktober 1993 fürht zum

Abzug der USA und zur "Presidential Decision Directive 25", einer langen Liste von Ausschlusskriterien für eine Teilnahme Amerikas ans Friedensmissionen; Ruanda verschwindet vom Radar der einzigen Supermacht.

Auch in Kigali wird die Lage immer angespannter. Im Januar berichtet ein Renegat den Offizieren, dass das Regime Abertausende Waffen bunkert, Todesschwadronen ausbildet, Listen aller Tutsis aufstellt - und Anschläge auf die Blauhelme vorbereitet, um sie zum Abzug zu zwingen. Dallaire schickt sofort ein Fax ans UN-Hauptquartier, dessen Existenz später jahrelang geleugnet wird. Er kündigt an, die Waffenlager zu konfiszieren, und endet mit dem Schülermotto des frankokanadischen Soldatensohns: Peux ce que veux. Allons-y!" ("Will ich's , kann ich's. Los!") Die Antwort, postwendend: Bleiben lassen, die Blauhelme sollen "neutral bleiben". So nimmt die Katastrophe ihren Lauf.

An 6. April 1994 um acht Uhr abends sprengt eine Rakete das Flugzeug des Präsidenten beim Landeanflug auf Kigali in die Luft. Als wär's ein Startschuss gewesen, strömen sofort die Mördertrupps aus. Innerhalb von Stunden wird landesweit die Führungselite der Tutsi sowie der moderaten Hutu umgebracht, samt Familien. Das Schlachten aber geht weiter - 800 000 Menschen, falls alle von ihnen Tutsi, sterben binnen der nächsten 100 Tage. Es ist, nach dem Holocaust und Stalins Völkermord an den Armeniern, einer der grössten Genozide des 20. Jahrhunderts.

Dallaire fleht um Verstärkung, vergeblich. UN-Generalsekretär Butros-Ghali spricht von einem Bürgerkrieg der "Tutsi gegen Hutu und Hutu gegen Tutsi", die Medien von "jahrhundertealten Stammensfehden"; und DPKO fordert den General auf, einen neuen "Waffenstillstand" zu verhandeln. Gewaltlos, versteht sich. Vier Tage braucht es, dann landen Dutzende Flugzeuge aus dem Ausland mit Hunderten Fallschirmjägern; vor den Augen des empörten Generals - schau an: Es geht ja doch! - evakuieren sie nur die eigenen Bürger und sind wieder weg. Während sich der Sicherheitsrat in eine gespenstische Ersatzdebatte über "genozidähnliche Akte" verwickelt, marschieren die Tutsi-Rebellen auf Kigali; Racheakte bleiben nicht aus, und bald treiben sie eine Flüchtlingswelle vor sich her. Ende Juni, als ihr Sieg über die Regierungstruppen sicher scheint, erklärt sich Frankreich, dem Hutu-Regime stets mit Rat und Tat verbunden, zur "humanitären Intervention" bereit. "Oeration Turuyuoise" rettet viele Leben, vor allem von fliehenden génocidaires. Am 4. Juli erobern die Rebellen die Hauptstadt, beenden den Krieg. Drei Tage danach kommt Nachschub für die Blauhelme.

Dallaire hat in diesen Wochen die Hölle durchmessen. Befehle aus New York, den Abzug zu planen, ignoriert er. Stattdessen versucht er, obwohl sein Hauptquartier unter Dauerbeschuss ist und eine Prämie auf seinen Kopf ausgesetzt wird, sich den Mördern entgegenzustellen. Mit seinen täglichen Ausfällen in die Stadt, wo die Milizen die Leichen stapeln wie gefälltes Holz und Passanten in Blutpfützen ausrutschen, gefährdet er nicht nur sein Leben, sondern auch das der Soldaten; auch zehn seiner Belgier sterben. Immerhin führt er den Beweis, dass mit Mut, fünf schrottreifen Schützenpanzern und ein paar hundert Männern viele Menschen gerettet werden können. Als die Hilfe endlich kommt, hat er längst aufgehört zu schlafen.

Der Zirkus von humanitären Helfern und Polittouristen, der jetzt ins Land einfällt, gibt ihm den Rest. Der beherrschte Bauchmensch Dallaire bekommt Wutanfälle, die ihn fast zerreissen. Eines Tages stürzen streunende Hunde, vom Leichenfrass fett geworden, sich auf eine kleine Ziege im Hof des Hauptquartiers; da dreht er durch, ballert sein gesamtes Pistolenmagazin leer. An diesem Tag beschliesst er, um vorzeitige Rückversetzung zu bitten. Es ist der 3. August.

Die Jahre der Abrechnung beginnen. Die UN weissen jede Verantwortung von sich; als unabhängige Kommissionen ihr Versagen nachweisen, wird schnell und halbherzig ein Tribunal gegründet. Die neuen Tutsi-Machthaber in Kigali, voll Verachtung, sühnen die Verbrechen auf ihre Weise: 1996 zerschlagen sie die Hutu-Lager im vormaligen Zaire, Auftakt zu einem Krieg, in dem Millionen sterben. Belgien, das Verstärkung hätte schicken können, macht dem Vorgesetzten der zehn ermordeten Blauhelme den Prozess - er wird in jedem Punkt freigesprochen. Nur Dallaire, der Moralist, klagt sich selbst an: ohne Ende, ohne Erlösung.

Nach Kanada zurückgekehrt, hat er sich erst mit Arbeit betäubt. Doch die Erinnerungen weichen nicht, werden immer klarer; in jedem Seufzer des Windes hört er das Stöhnen Sterbender. Auch Therapie und, als Teil davon, die Arbeit an den Memoiren bringen das Unerträgliche nur zu real zurück; seine Ghostwriterin nimmt sich kurz vor Vollendung des Manuskripts das Leben. Dallaire macht weiter, ermutigt mit seiner Offenheit andere traumatisierte Soldaten, Hilfe zu suchen - und beendet das Buch.

Hätte der Völkermord verhindert werden können? Natürlich, schreibt Dallaire. Aber er verteidigt die UN, auch Annan. Die wahren Verräter und Mittäter sind für ihn die Staaten, "die internationale Gemeinschaft", mit "ihrer Gleichgültigkeit, ihrem Eigeninteresse und

ihrem rassistischen Denken". Sich selbst hat der General längst schuldig gesprochen. Wegen "Unfähigkeit, New York von der Notwendigkeit des Handelns zu überzeugen".

In Zeiten, da die EU bereits Soldaten in den Kongo geschickt hat, die Nato schon polnische Besatzungstruppen im Irak unterstützt und auch die Bundesrepublik "am Hindukusch verteidigt wird", könnte die Geschichte vom Scheitern des General Dallaire aktueller nicht sein. Womöglich könnte sie sich sogar wiederholen."

Constanze Stelzenmüller, aus: Der Selbstankläger. Vor zehn Jahren musste der kanadische UN-General Romeó Dallaire dem Völkermord in Ruanda zusehen. Jetzt spricht er darüber. In: Die Zeit Nr. 1, 23. Dezember 2003

"...Die Friedensbewegung hatte damals vergessen, dass zur Nächstenliebe auch die Nothilfe und die Verteidigung von Menschenrechten gehört. Schröder, Fischer, Schily und Struck praktizieren genau das heute an der Spitze von Bundeswehr und Nato in Afghanistan und im Kosovo. Aber der Grundgedanke der Friedensbewegung war richtig, dem Gegner einen Schritt weiter entgegenzukommen, ruhig mal mehr nachzugeben, als der andere nachgeben würde, um dadurch das Verhältnis aufzulockern. Die achtziger Jahre sind mit ihrer Entfeindlichungspolitik letztlich ein Ergebnis jesuanischen Denkens.

Zeit: Was würden Sie als 20-jähriger heute machen?

Heiner Geissler: Ich würde mitmachen bei Attac, bei amnesty international, bei Rupert Neudeck.

Zeit: Sie schreiben, die CDU tue sich besonders schwer mit dem Evangelium. Warum?

Heiner Geissler: Weil das Evangelium stört. Besonders bei der Ausübung der Macht, wobei es kein Unterschied ist, ob man die Macht hat oder ob man sie will. Wer Macht ausübt, geht über Leichen und möchte sich nicht daran erinnern lassen, dass es auch ethische Postulate gibt. Aber eine Politik ohne moralisches Fundament läuft in die Irre.

Zeit: Wie erklären Sie sich, dass sich die meisten deutschen Politiker auf kein geistiges System mehr berufen? Sind sie nicht intelligent genug oder uninteressiert oder vom

Pragmatismus so verblendet, dass sie bloss noch fragen: Wie halte ich mich an der Macht?

Heiner Geissler: Sie stehen unter dem Diktat einer Wirtschaftsideologie, die den Beweis des ersten Anscheins für sich hat, aber letztendlich inhuman ist. Sie lassen sich vom Kapital und seinen Interessen beherrschen, anstatt sich des Kapitals zu bedienen, um eine für Menschen und Natur gerechte Ordnung zu schaffen.

Zeit: Wie konnte eine solche Ideologie Macht gewinnen über Menschen einer C-Partei?

Heiner Geissler: Zum einen stärkten die angeblichen wirtschaftlichen Erfolge des Kapitalismus sein Position. Leute wie Angela Merkel, die plötzlich im Westen Politik machen mussten, glaubten wirklich, der Kapitalismus sei was Gutes, denn ihnen war ja jahrelang von Sozialisten eingehämmert worden, er sei schlecht. Sie ziehen also einen falschen Umkehrschluss. Der Kapitalismus ist aber so falsch wie der Kommunismus und führt in eine Vier-Fünftel-Gesellschaft. Ob es dem einen Fünftel schlecht geht, ist den anderen vier Fünfteln erst mal egal, deshalb setzen sie die Politik fort. Doch aus dem einen Fünftel werden zwei und dann drei - bis irgendwann das ganze System gekippt ist. Zum anderen fehlt einer humanen Wirtschaftsphilosophie der führende Kopf. Wir haben heute keine Leute mehr wie Walter Eucken, Ludwig Erhard oder Alfred Müller-Armack. Es dominieren der BDI, die Börsenanalysten und die Wirtschaftsredaktionen bestimmter Zeitungen.

Zeit: Und die Sozialdemokraten?

Heiner Geissler: Sie sind leider ein Totalausfall. Sie müssten die Widerlager gegen die Neoliberalen bilden, sind aber selbst zu Marktfetischisten geworden. Und die Grünen wollen das Erbe der Liberalen antreten.

Zeit: Ist Frau Merkel mit ihrem Respekt vor dem Kapital dann nicht die falschest mögliche Kanzlerkandidatin für Deutschland?

Heiner Geissler: Nein, das geht zu weit. Aber wir brauchen eine internationale soziale Marktwirtschaft, und deshalb wäre es Aufgabe der CDU, als Mutter der sozialen Marktwirtschaft diese Idee weiterzuentwickeln. Innenpolitisch gibt es zwei grosse Defizite. Der erste Punkt ist, dass die Rentenfrage nicht gelöst werden kann ohne eine gesteuerte Zuwanderung. Mann muss die Deutschen darauf vorbereiten, vom nächsten Jahrzehnt an

in einer Gesellschaft zu leben, in der der Ausländeranteil auf 25 Prozent ansteigt. Das zu sagen, trauen sich die politisch Verantwortlichen aller Parteien nicht. Und der zweite Punkt ist, dass wir die sozialen Sicherungssysteme loslösen müssen von der Finanzierung über Lohn. Die Union geht den falschen Weg der Privatisierung. Man kann nicht ein ganzes Volk in der Pflege- und Krankenversicherung auf den Kapitalmarkt verfrachten. Die richtige Alternative wäre die Bürgerversicherung: Alle zahlen von allem für alle, die jeweils in Not sind, und die Stärkeren tragen zur Solidarität mehr bei als die Schwachen. Das ist ein evangelisches und ökonomisch richtiges Konzept. Angela Merkel lehnt es aber ab, denn sie könnte in Verdacht geraten, für eine sozialistische Einheitsversicherung zu sein. So kommt es zu einer grundsätzlichen Änderung des Denkens in der CDU. Nicht mehr die Solidarität ist das tragende Element einer Gesellschaft, sondern das Prinzip: Jeder kümmere sich um sich selber.

Zeit: Wozu führt dieses veränderte Denken?

Heiner Geissler: Innenpolitisch zu einer Egoistengesellschaft und global gesehen zu mehr Osama bin Ladens, zu hundert Millionen ausgegrenzten, ins Abseits geratenen Menschen. In einer Demokratie hat jeder wenigstens eine Stimme, in den anderen Staaten besorgen sie sich eben Waffen - und wenn es fliegende Kerosionbomben sind."

Sabine Rückert im Gespräch mit Heiner Geissler, aus: Die Würde des Menschen ist in Gott verankert, in: Die Zeit Nr. 1. 23. Dezember 2003

2003-12-30

Der vorletzte Tag im Jahr. Der persönliche Jahresrückblick ist noch nicht geschrieben, die ausgesuchten Artikel noch nicht einsortiert. Für jetzt den ersten Jahresrückblick mit dem Blick aufs Sexuelle. Der kluge und sympathische Günter Amendt, aus der heutigen TAZ. Gerne erinnere ich mich an die Stunden in Lörrach zum Vortrag "auf dem Weg in die Drogengesellschaft" im Museum am Burghof. Nur wenige waren gekommen und so wurde es mit Georg Hermann und Klaus Tröger, Gisela Schleith und Thömmy Seubert, Daggi und mir ein gemütlicher Abend in trauter Runde. Es war die letzte Lädeli- Veranstaltung 1992. Danke für die Einladung nach Hamburg - wir kommen gerne darauf zurück.

Die Liebe und der Tausch

Wie sieht die Zukunft des Sexuellen aus? Werden alle Beziehungen Tauschbeziehungen sein? Überlegungen zur Zukunft des sexuellen Mainstreams in Zeiten von Verhandlungsmoral und gleichberechtigten Partnerschaften einerseits, Pornografisierung und globalisierter Prostitution andererseits
von GÜNTER AMENDT

Der Widerstand rechtspopulistischer und klerikaler Kreise gegen die neue Sexualmoral der Sechzigerjahre, die auf der prinzipiellen Gleichberechtigung von Mann und Frau und Frau und Mann beruht und im Übrigen auf Reglementierungen und moralische Dogmen verzichtet, ist ungebrochen. Trotzdem kann man heute davon ausgehen, dass die Quintessenz dieser neuen Sexualmoral - alles ist erlaubt, was, ohne Dritte zu schädigen, in wechselseitigem Einverständnis geschieht - gesellschaftlich weitgehend akzeptiert ist. Vor allem Jugendliche der Mittelschichten haben, wie sexualwissenschaftliche Untersuchungen eindrücklich belegen, die Standards der neuen Moral übernommen und in ihr Sexualverhalten integriert. Was im Sexuellen gewollt wird und erwünscht ist, entscheiden heute beide - Junge und Mädchen, Frau und Mann. Verhandlungsmoral eben.

Inwieweit die heute allgemein beklagte und in vielen sexualwissenschaftlichen Untersuchungen auch belegte "Lustlosigkeit" oder "nachlassende sexuelle Appetenz" in einem Zusammenhang steht mit der neuen Verhandlungsmoral, die dem Sexuellen das Leidenschaftliche und Spontane genommen habe, wie ihre KritikerInnen reklamieren, ist schwer zu beantworten. Ein Zusammenhang ist jedenfalls nicht auszuschließen. Das wachsende Selbstbewusstsein junger Frauen und die zunehmende Verunsicherung junger Männer wirken sich zwangsläufig auf die Geschlechterbeziehungen aus. Wie könnte es anders sein?

Vor allem männliche Jugendliche erleben das Sexuelle heute nicht mehr als so drängend und triebhaft. Auch dies belegen die Untersuchungen zur Jugendsexualität des Hamburger Instituts für Sexualforschung. Masturbation wird heute von der Mehrzahl aller Jugendlichen und Erwachsenen als eine selbstverständliche Sexualpraxis betrachtet, akzeptiert und in die Beziehung, soweit eine solche existiert, integriert.

Erstaunlich wenig weiß man über die Rolle der Pornografie in diesem Zusammenhang. Wäre ich noch als Sexualwissenschaftler tätig und stünden mir ausreichend Forschungsmittel zur Verfügung, dann würde ich wohl der Frage nachgehen, was die

Pornografisierung des öffentlichen Raums in der Psyche von Heranwachsenden eigentlich auslöst und anrichtet. Welche Bilder laufen in ihnen ab, was empfinden sie, wenn ihnen Frauen im Fernsehen ihre Brüste entgegenstrecken und sich in grotesken Bewegungen darbieten? Was bewirkt der im deutschen Fernsehen übliche Hinweis: "Die folgende Sendung ist für Jugendliche unter 16 Jahren nicht geeignet"? Wird das, wie Harald Schmidt vermutet, als Aufforderung verstanden, schon mal die Hose aufzumachen? Wird das Sexuelle durch die permanente Anwesenheit und Verfügbarkeit sexueller Stimuli entwertet? Banalisiert? Die Sexualwissenschaften geben auf diese Fragen keine oder nur unbefriedigende Antwort.

In einem im Juni 2003 veröffentlichten Aufsatz macht sich auch der Frankfurter Sexualwissenschaftler Volkmar Sigusch Gedanken "Über das Sexualleben der Jugend" von heute. "Im Nachkriegsdeutschland ist noch keiner nachgewachsenen Generation so schonungslos bedeutet worden, dass sie zu großen Teilen weder kulturell noch gesellschaftlich benötigt wird." Diese Feststellung trifft - mehr oder weniger - auf die Jugend in allen europäischen Gesellschaften zu. "Das Merkwürdige aber ist: Unsere Gesellschaft frönt dem Fetisch Jugendlichkeit, doch die Jugend selbst wird missachtet, ist eine beinahe vergessene Generation. Wirklich ernst genommen und umworben werden Jugendliche nur als Konsumenten." Zugespitzter lassen sich die Unterschiede von damals zu heute kaum beschreiben. Mit Blick auf das Sexuelle stellt Sigusch fest, dass anders als damals die Sexualität heute nicht mehr "die große Metapher der Lust und des Glücks" ist: "Sie wird nicht mehr positiv mystifiziert als Rausch, Ekstase und Transgression, sondern negativ als Quelle und Tatort von Unfreiheit, Ungleichheit, Gewalt, Missbrauch und tödlicher Infektion." Kein Wunder also, mag man sagen, dass die empirische Forschung herausgefunden hat, dass der erste Koitus heute statistisch später stattfindet und dass junge Menschen insgesamt weniger Geschlechtsverkehr haben als Vergleichsgruppen früher.

Andererseits: Nirgendwo ist die Koitusfrequenz festgeschrieben. Was ist die Norm? Gibt es überhaupt eine Norm? Soll man sich an der Martin Luther zugeschriebenen Regel "In der Woche Stücke zwier schaden weder mir noch dir" orientieren? Oder ist das bereits zu hoch gegriffen?

Liegt die mit der Länge der Beziehung nachlassende sexuelle Begierde nicht in der Natur jener "individuellen Geschlechtsliebe" und der aus ihr abgeleiteten monogamen

Paarbeziehung, auf der das Liebesideal des neuzeitlichen Menschen nach wie vor beruht? Hat nicht Friedrich Schiller bereits zu Beginn des bürgerlichen Zeitalters die Psychodynamik der Paarbeziehung präzise beschrieben:

Die Leidenschaft flieht/
Die Liebe muss bleiben/
Die Blume verblüht/
Die Frucht muss treiben.

Wer Schillers "Glocke" als sozialhistorisches Dokument liest, erspart sich eine Magisterarbeit von der Art "Zur Sozial- und Sittengeschichte des bürgerlichen Zeitalters von seinen Anfängen bis heute".

Wie sieht die Zukunft des Sexuellen aus? In welche Richtung wird sich der sexualmoralische Mainstream bewegen? Wird sich das romantische Liebesideal von Treue und Verbindlichkeit, an dem sich die Mehrheit aller von Forschern befragten Jugendlichen bis heute orientiert, behaupten können? Wird der Treuebruch moralisch durch Trennung sanktioniert oder in die "Stammesbeziehung" integriert werden? Oder wird sich eine Sexualmoral durchsetzen, die den Sexualakt von dem, was wir "Liebe" nennen, abkoppeln wird?

Gibt es einen inneren Zusammenhang zwischen der neuen Verhandlungsmoral und der - trotz Aids - fortwährenden Beanspruchung der Prostitution? Die Vermutung liegt nahe, denn viele, vor allem ältere Männer erklären offen, dass sie nicht bereit sind, sich den neuen Spielregeln anzupassen. Auf der Suche nach willigen und unterwürfigen Frauen haben sich viele Männer aufgemacht in andere Kulturen, wo sie aufgrund ihrer Kaufkraft die Spielregeln bestimmen können. Mit dem Sextourismus wurde die sexuelle Ausbeutung von Frauen und Kindern globalisiert.

In den Siebzigerjahren begann sich auch der Blick auf die "käufliche Liebe" zu verändern. Man sprach von der Prostitution als einem normalen Frauenberuf. Nun ist der Strich oder das Bordell zweifellos ein Frauenarbeitsplatz. Deshalb haben Frauen, die sich prostituieren, Anspruch auf einen arbeits- und versicherungsrechtlichen Schutz. Das Gerede von der Prostitution als "normalem Frauenberuf" aber war eine feministische Provokation, die über das Ziel hinausschießen musste, um wahrgenommen zu werden. Denn Prostitution ist eben mehr als nur eine Metapher für sexuelle Ausbeutung und

Abhängigkeit. Es mag ja Frauen geben, die in der Luxusprostitution eine Chance sehen, sich Konsumwünsche zu erfüllen. Von ihrem Leben auf jenes der Straßen- oder Bordellprostituierten zu schließen, verzerrt die Realität und läuft auf eine Verharmlosung der Prostitution hinaus. Mittlerweile hat sich der Frauen- und Mädchenhandel zu einer der profitträchtigsten Sparten des organisierten Verbrechens entwickelt. Dass es auch eine Nachfrage nach Callboys gibt und im Sextourismus auch Frauen mitbieten, soll nicht verschwiegen werden. Diese Nachfrage ist jedoch bezogen auf das Gesamtvolumen vernachlässigbar.

Wenn man die sexuellen Verhältnisse als Spiegelung der allgemeinen sozialen Verhältnisse begreift, dann ist eine Entwicklung denkbar, die mit den moralischen Standards von heute nur noch wenig zu tun hat. Im moralischen System des modernen, flexiblen, mobilen und globalen Menschen wird kein Platz mehr sein für Moralismus. Mit der Deregulierung der ökonomischen Verhältnisse kommt es zwangsläufig auch zu einer Deregulierung der sozialen Verhältnisse und damit auch der sozialen Beziehungen. Alle Regeln und Gebote, die den Warenfluss behindern könnten, werden im Verlaufe dieses Prozesses aufgehoben werden. Am Ende werden dann alle Beziehungen nur noch Tauschbeziehungen sein. Dabei wird auch die Grenze zwischen der "reinen" und der käuflichen Liebe verwischt werden, denn wer bereit ist, alle Beziehungen als Tauschbeziehungen zu begreifen, wird auch bereit sein, das Sexuelle als Dienstleistung zu akzeptieren. Moralisch verwerflich ist dann nicht die Tatsache, dass jemand für Sex Geld gibt oder nimmt. Moralisch verwerflich ist vielmehr, wenn die sexuelle Dienstleistung nicht angemessen honoriert wird beziehungsweise wenn die sexuelle Dienstleistung nicht dem vereinbarten Preis entspricht.

Im Sextourismus lässt sich die schleichende moralische Umwertung der Prostitution gut beobachten. Selbstverständlich gibt es auch hier den typischen Bordellgänger, der nüchtern kalkuliert, in Thailand oder Kenia für dasselbe Geld doppelt und dreifach zu bekommen, was er auf der Langstraße oder im Niederdorf erhält. Ob die Hure als Sklavin gehalten wird und sich aus krasser Not und Verzweiflung verkauft, interessiert ihn nicht - weder zu Hause noch in der Fremde.

In Thailand und auf Kuba habe ich jedoch Beziehungen zwischen einheimischen und Fremden beobachten können, die sich sichtbar unterschieden von dem, was ich im Umfeld von Eros-Centern und Straßenstrich gesehen habe. Die für die Dauer des Aufenthaltes

monogame Beziehung wird, wie Studien belegen, von vielen beteiligten Frauen nicht als Prostitution erlebt und von ihren - wie soll man sagen? - Freiern? Lovern? Begleitern? auch nicht. Alle Beteiligten, die Einheimische wie der Fremde, nehmen das ökonomische und soziale Gefälle zwischen dem "Paar auf Zeit" als eine unveränderbare Realität zur Kenntnis. Die Verhältnisse werden, so wie sie sind, akzeptiert und ausgeglichen durch mehr oder weniger großzügige Donationen. Für die kurze Dauer der sexuellen Beziehung nimmt die Frau am Luxusleben des Touristen teil. Sie reist, sie besucht Clubs und Diskotheken, sie wird zum Essen ausgeführt und mit (für sie) luxuriösen Konsumgütern beschenkt. Oft fließt nicht ein Dollar Bares.

Ich will nicht verhehlen, dass ich aus einer Denktradition komme, die den hier beschriebenen bargeldlosen Verkehr als Verschleierung der tatsächlichen Machtverhältnisse sieht und Ausbeutung nennt. Was ich jedoch sagen will, wenn ich über die Zukunft des Sexuellen nachdenke und erkennbare Trends interpretiere: Es wird eine Zeit kommen, in der diese Art von Beziehung von einem erheblichen Teil der Bevölkerung als moralisch einwandfrei und legitim betrachtet werden wird. Das liegt in der Logik des postindustriellen Zeitalters, dessen Anfänge wir gerade erleben, denn es entspricht dem Individualitätsmuster des modernen - meinetwegen auch postmodernen - Menschen. Das kann man gut finden oder schlecht, es wird so kommen.

Selbstverständlich werden auch zukünftig Menschen auf der Suche nach der "reinen Liebe" oder der reinen Beziehung sein. Diese "reine" Beziehung wird im Sinne der Verhandlungsmoral nur "moralisch" sein, solange gleich starke, also ökonomisch, emotional oder sonst wie nicht erpressbare Partner beteiligt sind. Die reine Beziehung ist, wie Gunter Schmidt schreibt, "nur bei solchen Paaren ‚rein', die an Macht sich gleich sind".

Wir werden uns darauf einzustellen haben, dass es in Zukunft die eine für alle gültige Moral, wie sie etwa von der katholischen Kirche vertreten und gefordert wird, noch weniger geben wird als heute schon. Das ist gut so, denn diese Art von moralischem Denken ist totalitär.

Ich bezweifle aber, dass mir immer gefallen wird, was uns die neuen, vielfältigen und oft konträren Moralvorstellungen der Zukunft bescheren werden.

taz Nr. 7245 vom 30.12.2003, Seite 13-14, 394 TAZ-Bericht GÜNTER AMENDT

2003-12-17

Der alte Mann mit seiner Plastiktüte erinnert mich an den alten Mann in Havanna mit seiner Kamera.

Er stand in Havanna 1991 vor dem Capitol mit einem alten Fotoapparat und fragte uns, ob wir ein Foto von uns wollten. Wir - Dagmar und ich - sagten zu und so verschwand er hinter einem schwarzen Tuch und nach einiger Zeit kam er mit dem Photo zurück.

Wir behielten es leider nicht lange, weil uns ein Straßendieb Daggis Tasche stahl, in der auch diese kleine Schwarz-Weiss-Photographie war. Ich habe es in LETZTE TAGE IN HAVANNA genauer beschrieben.

Dieses Photo gehört zu den Dingen, die ich vermisse. Auch das Portrait, welches ein älterer Mann von mir in Singapur machte, vermisse ich. Ich war nach all dem Angequatsche der letzten Tage, willst Du das kaufen, willst du jenes kaufen, Mister, genervt, und sagte ihm gleich, ich wolle das Bild nicht kaufen. Er malte mich trotzdem, und es wurde ein schönes Bild. Jetzt vermisse ich es. Ich - ein verletzter Narziß? Vielleicht.

Vor wenigen Wochen sah ich in einer TV-Reisebeschreibung von Havanna den alten Mann wieder. Noch immer steht er im Zentrum von Havanna und bietet Vorüberkommenden an, sich portraitieren zu lassen.

2003-12-16

"..Es war im Jahr 3 n. BVSC, nach Erscheinen des von Ry Cooder produzierten Kult-Albums. In nachkolorierten Kamerafahrten von kitschiger Intensität erzählte Wim Wenders damals auf Kinoleinwänden die Geschichte von elf liebenswerten kubanischen Musikern, allesamt weit jenseits der Pensionsgrenze, und lieferte damit den ebenso überlangen wie fälligen Videoclip zur Musik.

Fünf Stars standen im Mittelpunkt des Buena Vista Social Club: Compay Segundo, Eliades Ochoa, Ibrahim Ferrer, Omara Protuondo und Rubén Gonzáles y Fonanitillis. Ruben war wohl der stillste. Im Mai 1919 in Santa Clara geboren, begann er im Alter von sieben Jahren Klavier zu spielen, auf einem Pianola, das seine Mutter für ihn gekauft hatte. Bis die Familie nach Havanna umzog, studierte Rubén am Cienfuego Conservatoire, begann später ein Medizinstudium, das er 1941 abbrach, um sich ganz der

Musik zu widmen. Zwei Jahre später nahm er mit Arsenio Rodríguez seine erste Schallplatte auf.

Wenders liess den Pianisten auf einer Steinbank Platz nehmen, wo er unter einer riesigen Baumkrone sitzend von seinen Anfängen in Havanna erzähle. Aus einer blauen Plastiktüte kramte er Schwarzweisaufnahmen aus einer Zeit, in der sein Haar noch nicht weiss geworden war. In den vierziger Jahren gehörte Gonzáles zu den massgeblichen Pianisten, die den Mambo entwickelten und moderne Jazz-Elemente in die traditionelle kubanische Musik integrierten. Seit den sechziger Jahren spielte er bei Enrique Jorrin, der als Erfinder des Cha-Cha-Cha gilt, 25 Jahre lang. Nach dessen Tod übernahm der die Band, zog sich allerdings später, Ende der 80er Jahre, aus dem Musikgeschäft zurück. Rubén Gonzáles fügte sich biographisch in die Buena-Vista-Saga, die das Gespann Wenders/Cooder als Wiederentdeckung kubanischer Musikgrössen feiert, Herren eines zweiten Herbstes, der dem Pianisten auf der Steinbank im Park Laub um die Füsse legte. Sein Album mit den Afro-Cuban All Stars A TODA CUBA LE GUT widmete Juan de Marcos allerdings schon 1997 "Rubén Gonzáles, dem Genie der kubanischen Klaviermusik". In Lateinamerika war der Pianist eine freundliche Legende.

Schon im Film sprachen die Musiker über die Frage, wie lange sie ihren zweiten Ruhm würden geniessen können. Compay Segundo, Aushängeschild des BVSC, starb im vergangenen Juli, 95-jährig. Im Film endet das Rubén-Gonzáles-Kapitel mit dem Abgang des Pianisten, der sich von der niedrigen Steinbank erhebt und auf wackligen Beinen gebeugt aus dem Bild läuft. "Hasta otro día", sagt er und schwenkt beim Gehen seine blaue Plastiktüte mit den schwarzweissen Erinnerungen. Der Pianist Ruben Gonzáles y Fontantillis, der wegen gesundheitlicher Probleme schon seit zwei Jahren nicht mehr öffentlich aufgetreten war, ist am Montag 8. Dezember 2003 in Havanna im Alter von 84 Jahren an den Folgen einer schweren Arthrose gestorben. Hasta otro día, Rubén"

Karin Ceballo Betancur, aus: Hasta otro día. Der Pianist aus der Buena-Vista-Saga und eine freundliche Legende: Zum Tod von Rubén Gonzáles. In: Frankfurter Rundschau 10. Dezember 2003

"Ich bin es müde, länger Dein Betragen zu erdulden... Dein Misstrauen, Dein Tadel meines Lebens, der Wahl meiner Freunde, Dein wegwerfendes Benehmen gegen mich, Deine

Verachtung gegen mein Geschlecht... Wäre ich tot und Du hättest mit dem Vater zu tun, würdest Du wagen, ihn zu meistern? Sein Leben, seine Freundschaften bestimmen zu wollen, bin ich weniger als er? Unser Weg trennt sich von nun an... Lass uns friedlich scheiden.... Lebe und sei glücklich wie Du kannst."

Johanna Schopenhauer an ihren Sohn Arthur, zitiert nach: Carola Stern: "Alles was ich in der Welt verlange. Das Leben der Johanna Schoppenhauer. Kiepenheuer & Witsch Verlag, Köln, 2003

"....Am Ende seiner Suada fragt Paech, ob es den Verfasser des offenen Briefes an Suhrkamp störe, dass neben Milosevic, Thatcher und Reagan (wofür eigentlich?) auch Scharon vor einen Gerichtshof für Verbrechen gegen die Menschlichkeit gestellt werden müsste. Abgesehen davon, dass in dieser illustren Reihe u.a. die Namen von Wladimir Putin, Saddam Hussein, Robert Mugabe und Jassir Arafat sowie von diversen chinesischen Parteichefs fehlen, sei er beruhigt: Ich habe - in Bezug auf Scharon und dessen billigende Inkaufnahme der Massaker von Sabra und Schatila - genau das vor mehr als einem Jahr in dieser Zeitung gefordert und meine Meinung dazu nicht geändert."

Micha Brumlik, aus: Prinz Eisenherz und seine Gefolgschaft. Was ist Kritik an Israels Besatzungspolitik, was Antisemitismus. Ein moralphilosophischer Blick auf die Argumentation Ted Hondrichs und Norman Paechs lässt den Unterschied erkennen. In: Frankfurter Rundschau 5. November 2003

2003-12-12

"In eben diesem Jahr 2003 sind rund 200 Millionen Menschen an verseuchtem Wasser erkrankt und mindestens zwei Millionen unmittelbar an den Folgen des Wassermangels gestorben...

"...Bei der glücklicherweise geplatzten WTO-Konferenz in Cancun im Sommer verlangte die EU-Kommission freien Zugang zum Geschäft mit Trinkwasser. Dafür machte sich nicht nur unser Bundeswirtschaftsminister Wolfgang Clement (SPD) stark, sondern auch Entwicklungsministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul (SPD), die in diesem Zusammenhang

den Satz prägte: "Die Liberalisierung muss helfen, die Armut zu verringern." Was schert es sie, wenn Experten von Nichtregierungsorganisationen, darunter Attac, auf die Gefahr hinweisen, dass sich die privaten Anbieter nach dem Gesetz des Profits darauf beschränken, diejenigen Gebiete zu versorgen, wo es sich für sie lohnt, während in den armen Landstrichen der Entwicklungsländer das Wasser immer knapper und dreckiger wird.

Die französischen Konzerne Vivendi und Suez kontrollieren schon heute Wasserunternehmen in über 130 Ländern auf allen fünf Kontinenten. Die britische Firma Thames Water ist ebenfalls weltweit tätig. Und auch deutsche Gesellschaften wie RWE und Gelsenwasser erhoffen sich ein einträgliches Geschäft. Immerhin haben ihnen dafür die Briten ein Beispiel geliefert: Nach der Privatisierung der Wasserwirtschaft im Jahre 1989 sind innerhalb von knapp zehn Jahren die Preise für den privaten Verbraucher insgesamt um 44 Prozent gestiegen.

Man vergleiche: 40 Milliarden Dollar im Jahr würden reichen, nicht nur für Wasser, sondern auch für andere Grundbedürfnisse. Das Geld wäre vorhanden. Allein die USA haben im Vorfeld ihrer Irak-Agression 40 Milliarden Dollar für die Aufrüstung bereitgestellt. Kürzlich billigte das Repräsentantenhaus 87,9 Milliarden Dollar für die Fortsetzung des Irak-Abenteuers, davon allein 65 Milliarden zur Begleichung der Besatzungskosten. Aber hier geht es ja um Öl und nicht um Trinkwasser.

Übringens: Vor nicht langer Zeit galt Wasser noch als ein Gut, das nicht Kapitalgesellschaften, sondern der menschlichen Gesellschaft gehört. Wie die Luft. Wann wird sie privatisiert?"

Werner René Schwab, aus: Kein Menschenrecht für Wasser. In: Ossitzky Nr. 24, 29. November 2003

2003-12-11

".....Bemerkenswert ist, dass Rot-Grün mittlerweile skrupelloser zum Militäreinsatz bereit ist als die Opposition: Die SPD-Fraktion stimmte geschlossen mit Ja (drei Abgeordnete nahmen nicht an der Abstimmung teil), bei den Bündnisgrünen waren Hans-Christian Ströbele und Winfried Hermann die einzigen, die sich zu einer Enthaltung durchrangen.

Ein klares Nein kam hingegen nicht nur von den zwei PDS-Abgeordneten, sondern auch von zehn Unionsparlamentarien und der gesamten FDP-Fraktion.

Wortführer der CDU-Dissidenten ist der Abgeordnete Willy Wimmer. "Werden Bundeswehreinheiten in Nordafghanistan stationiert, heißt das nicht zuletzt, das internationale Protektorat für die Drogenversorgung Westeuropas, das demnächst die Rolle Hawaiis für die Drogenversorgung Nordamerikas übernehmen wird, steht auch unter dem Schutz deutscher Soldaten," warnte Wimmer in einem Beitrag für die Wochenzeitung FREITAG. Und: "Das gilt besonders für die Region um Kundus, die von einer zentralen Figur des Interimsregimes in Kabul, dem Verteidigungsminister Fahim und seinen Anhängern, beherrscht wird."

Fahim kontrolliert mit seiner Privatarmee den Schlafmohnanbau in der Provinz Badakshan und hat von dort aus auch die Bauern in der künftigen deutschen Zone in diese profitable Branche gezwungen. Dieser mächtigste Mann nach Staatspräsident Karzai verweigert bisher den Einsatz der afghanischen Armee in seinem Einflussbereich. Dort dürfen sich nur seine eigenen Söldner aufhalten.

"Fahim Kahn ist aber nur ein Risikofaktor. Weitere sind", wie die FAZ vom 30. 08. erläutere, "der General Daud, der bislang als Gefolgsmann von Fahim Khan galt, nun aber zunehmend eigne politische Ziele verfolgt. Weitere Unwägbarkeiten verbinden sich mit dem Gouverneur der Provinz Kundus, Latif, und dem usbekischen General Dostum. Schließlich ist in der Stadt ein weitere Kriegsherr, Hekmatyar, zu Hause; und nicht zuletzt sollen sich ehemalige Taliban-Kämpfer in der Region versteckt haben."

Die Bundsregierung entgegnete den Kritikern mit dem Hinweis, dass zu den Aufgaben der deutschen Einheit in Kunduz - so Minister Struck im Bundestag - "ausdrücklich nicht die Drogenbekämpfung" gehöre. Warum der Minister und seine Generäle trotzdem ausgerechnet dorthin wollen, erklärt sich vielleicht aus der pro-deutschen Neigung des allmächtigen Fahim. Er war es, der im Dezember 2001 - noch vor der formellen Legitimierung der internationalen Besatzungsstreitmacht durch die UNO - gefordert hatte, was damals der FAZ (20.12.2001) einen Aufmacher wert war: "Die Deutschen müssen die internationale Schutztruppe in Afghanistan führen. Auf den Strassen Kabuls müssen deutsche Soldaten patrouillieren, kein Briten." Logisch, dass sich die Bundeswehr mit diesem Freund der Deutschen nicht anlegen will."

Jürgen Elsässer, aus: Dealer und Landser. In: Ossietzky N2. 22,1. November 2003-12-11

"...Zur Hilfe springt da der SPIEGEL: "Studentenvertretungen wirken wie ein Relikt aus der 68er-Bewegung". Wie beinahe jedes Detail in diesem SPIEGEL-Artikel stimmt noch nicht einmal das: Studentenvertretungen gibt es, seit es Hochschulen gibt, also seit dem Mittelalter. In ihrer jetzigen Form wurden sie 1927 eingeführt. Gäbe es sie nicht mehr, so wäre es kaum möglich, Kritik an Form und Inhalt der Lehre oder der Hochschulpolitik zu äußern. Was sie für die soziale Sicherung der Studierenden leistet, sei es durch Beratung, Hilfsfonds oder die Ausgabe von Semestertickets, würde wohl erst durch ihre Abschaffung ganz deutlich werden. Die einzigen, die auf diese demokratische Struktur verzichten können, sind wohl Verbindungsstudenten. Sie holen sich ihre Unterstützung von "Alten Herren", zu denen auch der SPIEGEL-Autor Michael Fröhlingsdorf gehört (Akademische Vereinigung Rheinstein zu Köln im CV). Aber das kann schwerlich ein Modell für alle sein."

Andreas Steinsieck, aus: Alte Herren gegen den Asta. In: Ossietzky Nr. 22. 1. November 2003-12-11

"...Schmerzlich macht sich bemerkbar, dass Deutschland im Gegensatz zu vielen anderen Ländern nicht über ein Bibliotheksgesetz verfügt, das den Staat verpflichtet, Bibliotheken einzurichten, zu erhalten und auszubauen. Die westdeutschen Politiker waren 1990 nicht bereit, zumindest Elemente des Bibliotheksgesetzes der DDR zu übernehmen. Es ist paradox, dass jede Kommune in eigener Verantwortung darüber entscheiden kann, wie sie kulturelle Mittel verwendet - ob für Touristenattraktionen oder für attraktive moderne Büchereien. Das führt zu der unhaltbaren Situation, dass von den fast 15 000 selbständigen Gemeinden nur 3000 über Bibliotheken verfügen...

...Im August dieses Jahres fand in Berlin der Weltkongress der Bibliothekare statt. An ihm nahmen über 4000 Experten aus 125 Ländern teil. Im Mittelpunkt standen die Bibliotheken als Portale, die Zugang zu Bildung, zum Wissen, zu Informationen und zu den Kulturen der Welt verschaffen können. Eindrucksvoll, was andere Länder leisten. Längst haben sie Deutschland übertroffen. Es sind die gleichen, die in der PISA-Studie die ersten Plätze einnehmen."

Herbert Altenburg, aus: Auslaufmodell Bibliothek, in: Ossietzky Nr. 23, 15. November 2003-12-11

"...Wir wollen, dass Kriegsdienstverweigerung als Grundrecht wirklich Ernst genommen wird. Ein Grundrecht verträgt keine staatliche Prüfung und eventuelle Genehmigung auf Antrag. Gewissen kann man höchstens durch Martyrium beweisen. Allenfalls dürfte in einer Art Strafverfahren bewiesener Missbrauch der Gewissensfreiheit zur Einschränkung dieses Rechts führen. Davon kann bisher keine Rede sein. Die Verweigerer, die nach Ablehnung ihrer Anträge sagten: "Ich bin zur Bundeswehr verurteilt worden", hatten genau das richtige Gespür. Die Ablehnung eines Kriegsdienstverweigerungsantrages hat die Wirkung eines Strafurteils, das Grundrechte aussetzt. Sie erfolgt aber nicht nach dem Strafverfahrensrecht mit dem Prinzip "Im Zweifel für..", sondern nach dem Recht des Verwaltungsverfahrens, in dem man seine Ansprüche selbst beweisen muss. Da wird also "im Zweifel gegen..." entschieden. Das ist zutiefst grundrechtsfeindlich....

Im Rahmen der "neuen NATO" um im EU-Verfassungsentwurf werden derzeit immer mehr Interventionen geplant. Der Verteidigungsminister will Deutschland schon am Hindukusch verteidigen und gefährdete Deutsche notfalls mit Gewalt aus anderen Ländern befreien. Man stelle sich vor, die Türke würde sich entsprechend überlegen, türkische Familien, die bei uns überfallen wurden, durch militärische Interventionen zu schützen; ich möchte mal wissen, was dann los wäre. Wissen wir in Deutschland noch, was wir tun?

Wer Recht und Schutz von Kriegsdienstverweigerern will, muss denen in den Weg treten, die Kriege ausweite und statt der Stärke des Rechtes das Recht der Stärkeren praktizieren. Das wird auch - vielleicht erst recht - nötig sein, wenn die Wehrpflicht fällt, denn auch freiwillige Soldaten können noch verweigern. Wenn der EU-Verfassungsentwurf unverändert angenommen wird, ist Kriegsdienstverweigerung nur och ein Recht nach Maßgabe der Mitgliedsstaaten. Von der EU her gesehen ist es dann kein Grundrecht, kein Menschenrecht.

Die Auseinandersetzungen darum sind ein Teil des Bemühens um die Menschenrechte. Wie mühsam so etwas ist, aber auch wie lohnend, hat die Bürgerrechtsbewegung der Farbigen in den USA gezeigt. Sich auf die Verfassung berufend haben sie mit zivilem Ungehorsam, unter manchen Opfern viel erreicht. Warum soll es nicht auch in

Deutschland möglich sein, verbürgte Grundrechte durchzusetzen, indem man die Verfassung, das Grundgesetz, so lange beim Wort nimmt, bis auch das Bundesverfassungsgericht das endlich tut."

Ulrich Finckh, aus: Das Grundgesetz beim Wort nehmen. In: Ossietzky, Nr. 24, 29. November 2003-12-11

Pastor Ulrich Finckh war fast 33 Jahre lang Vorsitzender der Zentralstelle für Recht und Schutz der Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen. Zu den vielen Aktivitäten und Erfolgen, die ihm anlässlich seines Abschieds von diesem Amte nachzurühmen wären, gehört die Aufdeckung betrügerischer Methoden, mit denen das Bundesministerium der Verteidigung wiederholt das Bundesverfassungsgericht und die Öffentlichkeit getäuscht und Urteile zu Lasten der Kriegsdienstverweigerer erwirkt hat; die Folgen sind teilweise bis heute nicht behoben. Seine eigene Bilanz benennt auch Aufgaben für die weitere Arbeit der Zentralstelle. Nachfolgerin im Vorsitz ist Rechtsanwältin Barbara Kramer (Ossietzky-Text).

2003-12-09

Harald Schmidt zum - vorerst - letzen Mal im TV: 23. Dezember 2003.
Hier - nach Handelsblatt - einige von Schmidts besten Sprüchen:

Man kann sagen: Viagra schuf mehr Härtefälle als Rot-Grün.

Man kann kaum glauben, dass McDonald's Umsatz-Rückgänge hat. Die US-Armee erschliesst doch dauernd neue Märkte.

Bush traf sich mit Schröder, Schröder hat zugesagt: Deutschland unterstützt den Wiederaufbau im Irak, bildet Polizisten aus und richtet dort das Mautsystem ein.

Heute ist Tag des deutschen Butterbrotes. Das gute, alte Butterbrot als Pausenverpflegung auf der Arbeit ist etwas aus der Mode gekommen. Die Arbeit allerdings auch.

Stromausfall in Italien - 57 Millionen Menschen betroffen: Stromausfall, ich finde, jetzt übertreibt es Berlusconi aber mit der Solidarität zu den USA.

Schwarzenegger neuer Gouverneur von Kalifornien: George Bush hat Arnie gratuliert - was ihn am meisten beeindruckt: Schwarzenegger hat nicht nur die Wahl gewonnen, sondern bekam auch die meisten Stimmen.

Schumi wird Weltmeister: Schumi muss nur einen Punkt holen - mit derselben Erwartung schickten wir zuletzt Ralph Siegel zum Grand Prix.

"...Und in diesem besonderen Fall auch eine der Authentizität. Das ist auf den ersten Blick - vor allem für ein Dokudrama - gewiss nachvollziehbar. Man denke nur an all die Filme und Fernsehspiele, in denen wie Yedi-Ritter aussehende deutsche Soldaten penetrant mit Hakenkreuzbinden herumlaufen und - egal, um welchen Zeitabschnitt es genau geht - selbstverständlich alle Militärs, die Hacken zusammenknallend, mit dem "Deutschen Gruss" grüssen, der "aufgehobenen Rechten", wie Werner Finck kalauerte. Dabei löste der Hitler-Gruss erst nach dem 20. Juli 1944, für alle Wehrmachtsangehörigen verbindlich, den militärischen ab; übrigens in vorauseilendem Kadavergehorsam vorgeschlagen und angeordnet von den Chefs der drei Teilstreitkräfte..."

Bernd Ulrich, aus: Wolfsschanze revisited. Siegeszug des Doku-Dramas: Nach den Wundern von Bern und Lengede dreht das ZDF nun einen Film über den 20. Juli 1944. In. Frankfurter Rundschau 26. November 2003-12-09

Bernd Ulrich ist Militärhistoriker. Von ihm erschien zuletzt "Untertanen in Uniform" - zusammen mit Benjamin Ziemann und Jakob Fischer im Fischer Taschenbuch-Verlag.

"...Prompt befällt einen angesichts des adretten, zweimal das Oberteil wechselnden jungen Mannes auf der Bühne hinterrücks die Erinnerung an die hinreissende Glosse "Das Dingsda" des Germanisten Klaus Jeziorkowski, erschienen bei Suhrkamp in "Eine Iphigenie rauchend - Aufsätze und Feuilletons zur deutschen Tradition", in welcher der Autor über das Phänomen des Kulturbeutels sinniert mit Überlegungen wie "Das Ding mit dem Reisverschluss definiert: Kultur ist, was man in der Drogerie bekommt. Kultur ist Gewaschenheit, Geriebenheit oder Eingeseiftheit. Man hat sie, wenn eine Hand die andere wäscht, wenn man mit allen Wassern so gewaschen ist, dass jeder Polizeihund

von der Spur immer wieder vor das Regal des Drogisten gezogen wird." Zum Glück sieht Graig David nicht nur besser aus als jeder Kulturbeutel. Er singt auch wirklich ordentlich..."

Annette Becker, aus: In ein paar Jahren. Craig David mit sorgfältigem Soul in der Jahrhunderthalle. Aus: Frankfurter Rundschau 26. November 2003

"...Der Journalist Jeffrey Sharlet verbrachte vier Wochen in dieser sich auserwählt wähnenden elitistischen Gruppe, deren Credo "Jesus plus nothing" lautet und die patriarchalische, dem Alten Testament entlehnte Vorstellungen über christliches Leben mit Machtphantasien, Laisser-faire-Kapitalismus und Imperialismus synkretistisch miteinander verquickt. Seine amüsanten wie erschütternden Erfahrungen mit dieser pressure group schildert Sharlet jetzt auf einem internationalen Workshop im Potsdamer Einstein Forum über die Geschichte, Rolle und Bedeutung der fundamentalistischen Christlichen Rechten in den USA.

Schätzungen zufolge pflegten in den letzten 40 Jahren zwischen zehn und 30 Prozent der US-Politiker im Senat, im Repräsentantenhaus und im Kabinett engere Verbindung zur Family. Prominentestes Mitglied ist Justizminister John Ashcroft. Typisch für diese Gruppierung ist das Bearbeiten der Einstellungen und Entscheidungen der Einflussreichen und nach Einfluss Strebenden im (Halb)Verborgenen.

Wird die bibeltreue fundamentalistische Rechte, von dem THE FAMILY nur einen kleinen, aber entscheidenden Teil darstellt, die US-Präsidentenwahl 2004 massgeblich entscheiden? Diese Frage beschäftigte alle Teilnehmer des Workshops. Dass Amerika anders ist, zeigte im Jahr 2002 eine Umfrage, die Mark Rozell (Washington) vorstellte. Demnach plädierten 70 Prozent der Amerikaner dafür, dass der Präsident der USA über "starke religiöse Überzeugungen" verfügen müsse. Und 46 Prozent waren der Ansicht, dass die Vereinigten Staaten unter dem besonderen Schutze Gottes stünden.

Ein Sechstel der US-Bevölkerung zählt sich selber zur Christlichen Rechten. Wie William Martin (Houston) hervorhob, dominieren religiöse Fundamentalisten in 18 von 50 Bundesstaaten die republikanische Partei. In Georgia errangen sie unter der Regie von Ralph Reed, vormals Kopf von Pat Robertson Christian Coalition, im Jahr 2001 einen

Erdrutschsieg. Reed gehört heute zu Bush engstem Beraterstab für dessen Wiederwahlkampagne. Auf allen politischen Ebenen, von der Schulplangestaltung und der Ankaufpolitik von Stadtbibliotheken bis ins Oval Office, darauf verwies Mark Rozell, dominiert heute mehr und mehr der "God talk" den öffentlichen Diskurs.

Durch moderne Technologie, aggressives Marketing, straffe Organisation und deutliche Feindbilder - Bill und Hillary Clinton - erlebte die Neue Rechte Ende der achtziger Jahre einen starken Aufschwung. Heute gibt es in den USA rund 150 religiöse Fernsehstationen und 1600 religiöse Radiosender. Ihr ideologisches Sendungsbewusstsein und ihre Illiberalität, gepaart mit Anti-Modernismus und Anti-Internationalismus, macht die fundamentalistische Rechte zu einem schlagkräftigen Faktor. George W. Bush, dessen manichäisch-messianisches Gottesbild Geiko Müller-Fahrenholz (Bremen) als "war god" charakterisierte, bedient dieses Segment mit religiös aufgeladener Rhetorik. Deren antielitäre Sprache verspricht Wählerbindung.

Übernehmen, darin waren sich alle Teilnehmer einig, werde die Christliche Rechte Amerika nicht. Auch werde ihr Einfluss geringer sein als etwa der der Bürgerrechtsbewegung. Eine Beobachtung Mark Rozells gibt dennoch zu denken: In den vergangenen 30 Jahren wurden nur Demokraten ins Weise Haus gewählt, die aus dem Süden kamen und Baptisten waren. Schlechte Karten für Howard Dean."

Alexander Kluy, aus: Mit Gott zur Macht? Fundamentalismus-Workshop. In: Frankfurter Rundschau 26. November 2003

"Was für ein wunderschöner Wochenanfang, zumindest für die Freunde der Nachrichten aus der Welt des Schlüpfrigen. Wie bei FOCUS. Und noch besser bei der TAZ. Andreas Baader, offenbar der deutschen Medien liebster Terrorist, soll im Knast ein Kind gezeugt haben. Dolle Sache. Die Leser guter Bücher wussten das allerdings schon. Seit September. Da war Kurt Oesterles hervorragendes Buch STAMMHEIM - DIE GESCHICHTE DES VOLLZUGSBEAMTEN HORST BUBECK (Klöpfer und Meyer) erschienen. In seiner Schilderung nimmt diese Mutmassung nicht besonders viel Platz ein: von 182 Seiten ganze zwei. Bei Oesterle heisst es "Übrigens erzähle er (Bubeck) diese Geschichte, die um die Jahreswende 1976 auf 1977 ihren Anfang genommen hat, nicht,

um seinem Stammheim-Bericht noch eine Prise Sex beizumengen, sondern um zu zeigen, wie durchlässig der vermeintliche Hochsicherheitstrakt gewesen sei."

Von einem Resopaltisch ist durchaus die Rede - so wie in der Focus-Überschrift: "Sex auf dem Resopaltisch" - allerdings stand der Tisch aus besagtem Material mitnichten in der im FOCUS abgebildeten Häftlingszelle, sondern in einer so genannten Anwaltszelle. Eine solche Zelle ist laut Bubeck in jedem U-Haft-Gefängnis für den Vollzug tabu. Vom Resopaltisch sollen Schamhaare gefegt worden sein. Der Tisch hatte "Grösse 7o mal 150 Zentimeter" wie die TAZ in ihrem neuen BILD-Surrogat "taz zwei" weiss. Das steht weder in Oesterles Buch noch im FOCUS. Sollte TAZ-Autor Spannbauer selbst recherchiert haben? Laut dessen Bericht handelt es sich um ein "Buch mit Erzählungen über Stammheim". "Stöhnen aus der Zelle" lockt seine Artikel-Überschrift und zeigt, wie richtiges "upsexen" einer Geschichte geht. "Ficken und Schiessen sind ein Ding", wird Baader immer wieder gern zitiert, so auch in diesem Zusammenhang.

Auch das stammt weder von Bubeck noch aus dem FOCUS. Gut, dass die TAZ hier eine Lücke zu füllen weiss. Es gibt allerdings aus Stammheim und besonders von Andreas Baader Obszöneres zu berichten. Etwa das Hierarchiebewusstsein und die Umgangsweise der "Gruppenführer" Baader und Ensslin mit Schwächeren - seien es die verhassten "Schlieser" wie Bubeck, naive Unterstützer aus den Schwarze-Hilfe-Gruppen, die kranke Ulrike Meinhof oder der gefügige Jan Carl Raspe gewesen. Mit Schrecken könnte man auch an den totalitären Charakter Baaders, die Gefühlskälte untereinander und die Abwesenheit jeglicher Trauer der inhaftierten Genossen nach dem Freitod von Ulrike Meinhof denken; an die verlogene und todbringende Selbstgerechtigkeit im Kampf gegen das "Schweinesystem und die staatliche Vernichtungsmaschinerie"; an kalkuliert und zeitweilig auch angeblich Hungerstreikende; aber auch an hohe (und von Bubeck nicht namentlich benannte) Repräsentanten des Rechtsstaates, die nach einer Weihnachtsfeier in völlig betrunkenem und desolaten Zustand vorschlugen, wie man mit den Gefangenen aus dem siebten Stock umzugehen habe - "..sie drehten sich, so gut es noch ging, im Halbkreis hin und her und schossen mit der Luft-MP, mit dem Schnellfeuergewehr ihrer Vorstellungskraft, die RAF-Gefangenen über den Haufen. Dabei lachten sie und verströmten den Geruch von Suff und Seiche."

Über all dies könnte sich Entsetzen breit machen, und dies nicht erst seit Erscheinen von Oesterles Buch im September, aber nun hat es offenbar jemand gelesen, der den Clou der

Geschichte begriffen hat, der jeder guten Story innewohnen sollte, damit sie uns zu fesseln vermag. Was man der Frau (die unschwer zu recherchieren sein dürfte) und dem inzwischen erwachsenen Kind damit antut, steht auf einem ganz anderen Blatt. Aber dafür haben wir noch mal die beliebte Projektionsfläche Baader aufgefüllt, diese mediengerechte Mischung aus Wolf Wondratscheck und Dieter Bohlen, aus Sex and Crime, aus Dumpfheit und Virilität."

Renée Zucker, Der Resopal-Report. Und ewig stöhnt's in den Zellen: Wie "taz" und "Focus" eine Stammheim-Story aufmöbeln. In: Frankfurter Rundschau 18. November 2003

"...Manches spricht aber dafür, dass es die Zuschauer sind, die inzwischen eine Schmerzgrenze spüren. Das Abstimmungsverhalten bei der Besten-Sendung, so kurios die politische Konsensorientierung dabei war, sollte den Sendern zu denken geben. Das ganze Spass- und Spottprogramm, mit dem die Kampagne eröffnet wurde, das Fuchteln mit Stars und Sternchen, wurde auf einen Schlag mit grosser Entschiedenheit beiseite gewischt.

Wer aber weiss, wie viele Zuschauer dabei mit echtem Ingrimm abgestimmt haben? Weil sie mit einem Mal die Verachtung des Mediums gespürt haben, dem Tradition und Trash, Kultur und Klatsch, Kummer und Kunst ein und dasselbe, nämlich gleichgültig sind? Mit diesen Zuschauern könnte der Sender doch auch einmal ins Gespräch zu kommen versuchen, und zwar nicht nur heimlich, in den Séparées von 3sat und Arte. Vielleicht wäre es denkbar (oder jedenfalls nicht undenkbar), zur Abwechslung das Hauptprogramm wenigsten für die Halbgebildeten zu öffnen. Oder haben sich die Anstalten ein für alle Mal entschieden, mit Geld und Ehrgeiz nur mehr für den Markt der BILD- und BUNTE-Leser zu produzieren und die Kabelsender als blosses Alibi zu halten?

Vor einigen Jahren erschreckte der Philosoph Peter Sloterdijk die Öffentlichkeit mit seinen Züchtigungsphantasien aus dem "Menschenpark". Das schien zunächst nur eine verschrobene Art philosophischer Science-Fiction. Heute spricht einiges dafür, dass es diesen Menschenpark schon gibt, nämlich in den Sendeanstalten. Dort ist offenbar, über die Jahrzehnte hinweg, eine Art von Redakteuren gezüchtet worden, deren moralische und intellektuelle Vorstellungen sich von allen Traditionen entfernt haben. Wir wissen nicht genau (so merkwürdig sind die Schaltprozesse in den neuen Gehirnen), ob ihre

Verachtung eher den Massen gilt, die sie dumm halten möchten, oder den Akademikern, denen sie Ihr Unterhaltungsprogramm um jeden Preis vorenthalten möchten und es deshalb mit allerlei Zusätzen vergällen (so wie man Brennspiritus durch Zusätze untrinkbar macht).

Gewiss ist nur: Das Fernsehen von heute wird als Klassenkampf entworfen, entweder gegen die da oben oder gegen die da unten. Gewiss ist auch, dass sich die öffentlich-rechtlichen Anstalten ihrem gesellschaftlichen Auftrag restlos entzogen haben. Ungewiss dagegen ist, wie man die Fernsehsekte von ihrem Weltverdummungsprojekt abbringen kann. Man weiss nicht, welche Sprache Tele-Cyborgs verstehen. Wir schlagen Strassendemonstrationen vor. Protestmärsche gegen die geplante Gebührenerhöhung! Besser noch: Für die Abschaffung der Gebühren. Massenproteste sind etwas, dass der Massenunterhalter mit Sicherheit versteht."

Jens Jessen, aus: Organisierte Verachtung. Bei der Wahl der zehn "besten Deutschen" hat vor allem das ZDF verloren. Alle Fernsehstars flogen raus. Werden die Sender nun umdenken? Nein. Eine Polemik. In: DIE ZEIT Nr. 47, 13. November 2003-12-09

2003-12-08

"..Die Menschen waren seit jeher grausam zu den Tieren, und als sie sich ihrer Niedertracht bewusst wurden, haben sie angefangen, wenn nicht alle Tiere zu lieben (denn sie fahren unbeirrt fort, sie zu verspeisen), so doch wenigstens gut über sie zu sprechen. Bedenkt man zudem, dass die Medien, die Schule, die öffentlichen Institutionen sich vielen vergeben lassen müssen, was sie den Menschen angetan haben, so wird es allen in allem lohnend, in psychologischer wie in ethischer Hinsicht, nun auf de Güte der Tiere zu beharren. Man lässt die Kinder der ersten Welt verhungern, aber man fordert die Kinder der ersten Welt auf, nicht nur Libellen und Häschen zu respektieren, sondern auch Wale, Krokodile und Schlangen.

...Es gilt lediglich, diese und andere Tiere als das zu lieben, was sie sind - und wenn wir sie beim besten Willen nicht lieben können, sie wenigstens in ihrer Eigenart zu respektieren. Die Legenden von ehedem übertrieben es mit dem bösen Wolf, die Legenden von heute übertreiben es mit den guten Wölfen. Nicht weil sie gut sind, müssen die Wale gerettet werden, sondern weil sie Teil des natürlichen Lebens sind und zum ökologischen Gleichgewicht beitragen. Aber unsere Kinder erziehen wir mit Geschichten

von sprechenden Walen, von Wölfen, die in den Dritten Orden der Franziskaner eintreten, und vor allem mit Teddybären ohne Ende.

Die Werbung, die Zeichentrickfilme, die Kinderbücher sind voll von gutmütigen, kreuzbraven, kuschelweichen und beschützenden Bären. Deshalb, fürchte ich, sind die armen Kinder vom Central Park nicht aus Mangel, sondern aus Übermaß an Erziehung gestorben. Sie sind Opfer unseres unglücklichen Bewusstseins. Um sie vergessen zu machen, wie schlecht die Menschen sind, hat man ihnen zu oft erzählt, dass die Bären gut seien. Anstatt ihnen ehrlich zu sagen, was die Menschen und was die Bären sind."

Umberto Eco, Wie man über Tiere spricht, 1987
Aus: Umberto Eco, Sämtliche Glossen und Parodien 1963 - 2000, Zweitausendeins Verlag, Frankfurt 2001 (Lizenzausgabe des Hanser-Verlag, München), übersetzt von Burkhart Kroeber.
www.zweitausendeins.de

"FR: Herr Duve, als "Beauftragter für die Freiheit der Medien" in der OSZE gehen Sie derzeit auf Abschiedstournee. Wo überall machen Sie Station?...

Freimut Duve: ..In Washington war der Abschied schwieriger, weil die Leute im State Departement, im Auswärtigen Amt der Vereinigten Staaten, nicht immer so glücklich sind, dass ich es wage, sie zu kritisieren.

FR: Um welche Themen ging es denn da im Einzelnen?

Freimut Duve: Ich habe die amerikanische Regierung kritisiert, den die CIA bekommt Adressenlisten von Käufern kritischer Bücher. Das gleiche gilt für Bibliotheken der Universitäten. Da geht es also nicht um den Eingriff in die Freiheit des Ausdrucks, sondern des Eindrucks. Dem Bürger wird abgesprochen, dass er ein Buch selber beurteilen kann und muss. Plötzlich sagt der Staat: Wenn du dieses oder jenes Buch gelesen hast, dann bist du entweder gefährlich oder ungefährlich. Das halte ich für problematisch und habe das auch öffentlich vor den Staaten gesagt.

FR: Gab es ausschließlich Widerspruch?

Freimut Duve: Der amerikanische Buchhändlerverband hat sich bedankt. Aber die amerikanische Regierung ist es an sich nicht gewohnt, dass in einer Organisation wie der OSZE, die sie sehr stark befördert hat - sie hat auch mein Amt sehr positiv unterstützt in Russland -, dass man plötzlich ihr Land betrachtet.

...FR: Die OSZE hat Ihr Amt auch eingerichtet für die Stabilisierung demokratischer Strukturen..

Freimut Duve: Der Anlass waren die 9oer Jahre und die neuen Staaten. Da haben wir die meisten Probleme.....Wir machen besonders viel in Russland, weil es dort die zweithöchste Mordrate an Journalisten gibt. Das nenne ich Zensur durch Mord. Wir müssen viel in Russland intervenieren. Aber man hat das Gefühl, dass die derzeitige russische Förderationsregierung die OSZE loswerden will..."

Agnes Handwerk im Gespräch mit Freimut Duve, aus: Diplomat der Meinungsfreiheit. Freimut Duves Amtszeit als erster "Beauftragter für die Freiheit der Medien" der OSZE geht zuende. In: Frankfurter Rundschau 2. Dezember 2003

"...Während ich krampfhaft überlege, wen ich gerade bei Maischberger oder Illner oder Kerner gesehen habe, gibt er schon die Antwort: Nein, nur ausrangierte Tennisspieler, drittklassige Schlagersänger oder so genannte Modeschöpfer. Lagerfeld auf allen Programmen, ein Mann, der buchstäblich nichts zu sagen hat und vor lauter Scham darüber sich einen Fächer vors Gesicht hält. Ein reines, abgemagertes Nichts, zur besten Sendezeit. Für einen "hohen fünfstelligen Betrag" hat die ARD für uns und unsere Pisa-Dummchen Frau Harald Juhnke eingeladen. Man sollte vor die Gespräche mit Lagerfeld und Co. ein Schild analog der Warnung auf Zigarettenschachteln schalten: Diese Sendung fügt Ihnen und den Menschen in Ihrer Umgebung erheblichen Schaden zu.

Aber wenn wir zum Beispiel Herrn Plog, den Oberintendanten der ARD, darum bitten, die Kulturprogramme nicht immer in Richtung Mitternacht auszustrahlen, erhält man eine patzige Antwort. Warum darf Joop, der en schlechtesten Roman des Herbstes geschrieben hat, stundenlang Reklame für seinen Mist machen?

Während ich, um Michael Krügers Rede nicht zu stören, angestrengt auf die lodernde Buche starre, frage ich mich, ob sein Empörung vielleicht daher rührt, dass Frau Illner oder

Herr Beckmann ihn nie eingeladen haben. Also frage ich ihn. Er schaut mich pathetisch-verblüfft an und sagt: Ja, das wäre die Lösung, dann könnte man zum Beispiel mal erzählen, dass die Frau des Chefredakteurs der BILD-Zeitung, in der täglich Reklame für Bohlen gemacht wird, Koautorin der Bohlen-Memoiren ist. Wenn ein städtischer Angestellter seiner Frau einen Auftrag zuschustert, kommt er bei BILD an den Pranger, aber die eigenen Schweinereien sind erlaubt. Wir leben in einer Zeit der Lüge, der Feigheit und des Verfalls der gesellschaftlichen Institutionen, und die ökonomische Krise ist nur ein Anhängsel..."

Michael Krüger, aus: Die Buche, die Bücher. Als ich den Verleger des Hanser Verlags Michael Krüger besuchte. In: Die Zeit Nr. 50, 4. Dezember 2003

"Fünfzig Jahre lang waren die Kultursendungen Flaggschiffe auf den Welle des ARD-Hörfunks, jetzt ist die Weltreise vorbei. Viele Sendungen werden nassforsch verschrottet, andere in ihre Einzelteile zersägt oder zu einem Schnelldampfer umgerüstet. Doch was als Reform verkauft wird, ist ein Umsturz. Die Anstalten verabschieden sich vom alten Einschaltradio und suchen ihr Heil beim Kulturbegleitmagazin mit "Durchhörcharakter". Auf Hochdeutsch: Die ARD
konzentriert sich auf Hörer, die sich beim Zuhören nicht konzentrieren. Das sind Menschen bei ihren Nebentätigkeiten, beim Kochen und Bügeln, Waschen und Naschen, also Menschen, die eine Kultursendung, nicht gezielt einschalten, sondern auf einer Welle "hängen bleiben" und so lange "durchhören", bis diese im Schlick einer "Spezialsendung für Minderheiten" versickert.

...Und warum glaubt die ARD, naturtrübe Tagesbegleitkultur sei erfolgreicher als intelligente? Weil die Hörer angeblich zu alt und die Einschaltquoten zu niedrig sind. Zwei Prozent pro Sendegebiet, das sind zwar bis zu zweihunderttausend Hörer, aber den Anstaltskommissionen reicht es nicht. Dafür gräbt sich der Hörfunk nun das eigene Grab. Wenn bundesweit nur noch Kulturmagazine zu hören sind, die einander gleichen wie ein Ei dem anderen, kann man den Föderalismus gleich ganz abschaffen. Dann genügt eine nationale Kulturwelle. Eine für alle. In diesem Sinne: Weiter so."

Thomas Assheuer, aus: Der Hörsturz, in: Die Zeit Nr. 50. 4. Dezember 2003-12-06

"Ach, der Grundauftrag des Fernsehens. In den öffentlich-rechtlichen Sendern herrscht eine Grundauftragsvergessenheit, die zum Himmel schreit. Aber solange der Kasten millionenfach flimmert, mehr Leute glotzen als wählen und es keine Klagen von von TV-Geschädigten beim Bundesverfassungsgericht gibt, geht das so weiter. Schnäppchen-Show und Boris Becker, und kein Herrgott weit und breit, der diesen Sendungen eine Bachbinde verpasste: Fernsehen macht krankt, dumm, einsam und unglücklich...

...Und wieder wird niemand den Kasten aus dem Fenster schleudern und heulend nach der Grundversorgung verlangen.

Ja, wo ist sie eigentlich geblieben? Eine alte Sage erzählt davon, dass man sie zuletzt in den dritten Programmen gesehen hat. Hier sollte die immer gefährdete Hochkultur Artenschutz genießen, gerade so wie die Theater, die Oper, die Museen und die guten Bücher. Hier gab es, was es sonst nicht mehr gab: Kinosendungen, Sendungen, in denen neue Bücher vorgestellt wurden, Sendungen, in denen Zeit für Gespräche war, die das Wort verdienen. Doch all das ist nicht mehr wahr. Die Literatursendungen der dritten Programme wurden beinahe überall abgeschafft, verulkt oder so selten ausgestrahlt, dass man sie längst vergessen hat...

Die Fernsehnation und die Literatur werden all das verschmerzen. Und dennoch: Es ist die öffentliche Fernsehkultur der alten Bundesrepublik, die einmal in Sendungen wie "ASPEKTE", "TITEL, THESEN, TEMPERAMENTE" und diversen Kultursendungen der Dritten zur Blüte gekommen war, die im neuen Deutschland nicht überlebt. Wie war das? Neuer Wein in neue Schläuche, schon gut. Vor dem Kasten kann man sich bis auf weiteres auch mehr als zwei Finger vor die Augen halten."

Iris Radisch, aus: Ach du lieber Grundauftrag. Literatur und Fernsehen. In: Die Zeit, Nr. 50, 4. Dezember 2003

2003-12-06

Yoko Ono hat eine neue Version von give peace a chance aufgenommen und ins web gestellt: www.yoko-ono.com
Am Montag jährt sich John Lennons Ermordung.

"...Erst die Grundsicherung schafft die Voraussetzung der Freiheit von Angst. Erst eine solche Freiheit von Angst macht demokratisches Verhalten möglich. Kurzum: Die Grundsicherung ist die positive Antwort auf die strukturelle Kritik der kapitalistisch verfassten Arbeitsgesellschaft...

Der mangelnde Streit um Alternativen zur "Repressanda 2010" beunruhigt am meisten. Ihr programmierte Erfolglosigkeit im Sinne eines täuschenden Wachstums- und Beschäftigungsversprechens sollte die Courage für Alternativen künftig fördern."

Peter Grottian (Hochschullehrer für Politikwissenschaft am Otto-Suhr-Institut der FU Berlin),
Roland Roth (Hochschullehrer für Politikwissenschaft an de Fachhochschule Magdeburg) und
Wolf Dieter Narr (Hochschullehrer für Politikwissenschaft am Otto-Suhr-Institut der FU Berlin),
aus: Sich selbst eine Arbeit geben. Alternativen zur "Repressanda 2010": Umverteilung und Aufwertung der Kommunen.
In: Frankfurter Rundschau 29. November 2003
Die ausführliche Fassung des Textes ist im Internet zu finden unter
www.fr-aktuell.de/doku

"...So wenden die Vereinigten Staaten nach Angaben der Weltgesundheitsorganisation 18,5 Prozent ihres öffentlichen Haushalts für Gesundheit auf, in Deutschland sind es 14,7 Prozent und in Frankreich 13,8 Prozent. Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit dieser Länder ermöglicht Pro-Kopf-Ausgaben von 4187 US-Dollar, 2713 US-Dollar und 2369 US-Dollar pro Jahr (alle Zahlen beziehen sich auf 1997, die aktuellsten Angaben der WHO.

In den meisten Entwicklungsländern steht für die gesundheitliche Versorgung in aller Regel ein deutlich geringerer Anteil des Staatshaushalts zur Verfügung in den Industriestaaten. So wendet die Republik Südafrika 9,8 Prozent ihres Haushalts für Gesundheit auf, in Sambia sind es 9,7 Prozent, in Botswana 5,9 und in Äthiopien 6,1 Prozent. Wie gewaltig die Unterschiede real sind, wird aber erst im Vergleich der

absoluten Zahlen deutlich. Hinter den genannten relativen Budgetzahlen verbergen sich Pro-Kopf-Ausgaben von 268 US-Dollar in Südafrika, 27 US-Dollar in Sambia, 132 US-Dollar in Botswana und 4 US-Dollar in Äthiopien pro Jahr. Von einer extrem unterschiedlichen Verteilung dieser Aufgaben auf einzelne Bevölkerungsgruppen muss ausgegangen werden...

Mit aller Deutlichkeit muss aber auch gesagt werden: Neben der Eigenleistung der Entwicklungsländer werden alle Staaten zahlen müssen, um Aids weltweit einzudämmen und das Überleben ganzer Bevölkerungsgruppen zu sichern. Ungeachtet der schwierigen ökonomischen Lage in den Industriestaaten sind finanzielle Sonderleistungen für die Aids-Bekämpfung notwendig und unerlässlich. Die Gesellschaften und die Regierungen der reichen Länder müssen begreifen, dass Anti-Aids-Politik Sicherheitspolitik ist..."

Dr. Volker Mertens (Leiter der Öffentlichkeitsarbeit der Deutschen Aidsstiftung) und Dr. Ulrich Heide (geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Deutschen Aids-Stiftung), aus: Ein Medikament allein hilft noch nicht. Nach WTO-Angaben leben 95 Prozent der weltweit rund 40 Millionen HIV-Infizierten in Entwicklungsländern. Bausteine zu einem integrierten Konzept der weltweiten Aids-Bekämpfung. In: Frankfurter Rundschau 1. Dezember 2003-12-06

Am 29. November spielte in einem Benefizkonzert in Kapstadt eine internationale Musiker-Besetzung, unter anderem Youssou N'Dour, Bono und Bob Geldof.

Erstmals seit mehr als einem Vierteljahrhundert stimmte Yussuf Islam alias Cat Stevens an der Seite von Peter Gabriel eine modifizierte Variante seines Lieds "Wild World" an. Zuletzt war der Mann, der einst Cat Stevens war, unangenehm aufgefallen, als der den Mordaufruf der Ayatollahs an Salman Rushdie befürwortete. Manche Werke muss man vor seinen Schöpfern in Schutz nehmen.

"..Wenn das Theater wirklich, wie es heißt, das Gespräch herstellt zwischen Lebenden und Toten, wäre DIE GESCHICHTE DES KOMMUNISMUS (nacherzählt für Geisteskranke) eine Komödie, in der die Davongekommenen und ihre Kinder mit der Auf-der-Strecke-Gebliebenen in Dialog treten. Bloß, wer in Ost und West interessiert sich heute noch für die Opfer Stalins, Ceausescus oder, mit Verlaub, Walter Ulbrichts? Wir

haben an den Aufbau des Sozialismus geglaubt, beteuern viele derjenigen, die in der Aufbauphase der DDR junge Erwachsene gewesen waren. Von den Leichen im Keller des Sozialismus, der da mit Partei und Hurra eingeführt wurde, wussten sie nichts.

Die Millionen Toten, die Sozialismus und "seine entwickelte Form", der Kommunismus, hinterließen, sind nicht nur tot und, wenn sie Glück hatten, begraben, sie sind vergessen. Mehr noch, diese Opfer gelten, wo man an sie erinnert, als besonders anrüchig. Als hafte ihnen das Schicksal, dass sie erlitten haben, wie ein ekliger Gestank an.

Zu dieser merkwürdigen Asymmetrie von Anlass und Erinnerung mag der Umstand beitragen, dass es kaum bekannte Komödien über den Stalinismus und seine Schwestersystem gibt. Etwas Ebenbürtiges zu Ernst Lubitsch unsterblichem SEIN ODER NICHTSEIN oder wenigstens Charlie Chaplins DER GROSSE DIKTATOR hat die Trauer über die Leichenberge der Gulags nie hervorgebracht. Kein Chaplin, kein Roberto Benigni, kein Felix Bressart haben je einem von Stalin Ermordeten ihr Gesicht geliehen, kein Woody Allen die Diktatoren von links dem Lachen preisgegeben. Schon gar nicht auf dem Theater, das, insbesondere im deutschsprachigen Raum, in Täter wie Göring und Speer oder ihre Frauen verliebt ist.

Auch Matéi Visniec hat die erhoffte Komödie nicht geschrieben. Den Umschlag der französischen Originalausgabe seines Stückes ziert ein Stalin mit roter Nase. Aber die Weltkomödie über das Grauen von links bleibt einstweilen noch ein uneingelöstes Versprechen."

Nikolaus Merck, aus: Der Schmerzlaut U-to-pie. "Die Geschichte des Kommunismus nacherzählt für "Geisteskranke" in Berlin und Rostock. In: Frankfurter Rundschau, 1. Dezember 2003-12-06

"...Wenn Beschäftigte mit Betriebsschließung oder -verlegung oder mit Kündigung konfrontiert werden, dann sind sie erpressbar; sie werden reagieren wie jemand, dem die Pistole auf die Brust gesetzt wird: "Geld oder Leben". Genau in dieser Lage brauchen sie den Schutz des Tarifrechts, das Abweichung von tariflichen Mindestbedingungen auch dann nicht erlaubt, wenn die Betroffenen zustimmen. Gäbe es diese zwingende Wirkung

des Tarifvertrages nicht, wären Arbeitnehmer beliebig, manipulierter Lohndrückerei ausgeliefert.

Ebenso wenig, wie die Beschäftigten überhaupt prüfen können, ob die Firma in einer ökonomischen Zwangslage ist, genauso wenig können sie darauf vertrauen, dass ihr Verzicht ihre Stellen dauerhaft garantiert: Um ihre Arbeitsplätze zu sichern, sagte die Belegschaft dem Frankfurter Baukonzern Holzmann für 18 Monate fünf Stunden unentgeltliche Mehrarbeit pro Woche zu. Als Holzmann zwei Jahre später Insolvenz anmeldete, waren nicht nur die Stellen weg, sondern auch die zusätzlichen Leistungen. Dies ist noch problematischer, weil die Beschäftigten Entgeldleistungen akzeptiert haben, die ihr Arbeitslosengeld reduzieren.

"Lieber weniger Einkommen aber dafür einen sicheren Arbeitsplatz" - das kann im Einzelfall zutreffen. Aber nur die Tarifvertragsparteien können einigermaßen sicher einschätzen, ob ein Unterschreiten der Tarifvertragsbedingungen notwendig ist und den Beschäftigten nützt. Deshalb erlaubt das Gesetz Abweichungen vom Tarifvertrag - wenn beide Seiten zustimmen. Das tun sie auch, wenn es nötig ist. Dies belegen betriebliche Bündnisse, die auf der Basis geltenden Rechts abgeschlossen worden sind. Eine Gesetzesänderung ist unnötig."

Heide Pfarr, Mitarbeiterin des gewerkschaftsnahen Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts, aus; Gerade in der Krise brauchen Beschäftigte den Schutz des Tarifrechts. In: Frankfurter Rundschau 26. November 2003

"Unternehmensverbände und Opposition wollen den Flächentarifvertrag abschaffen oder aufweichen. Dies begründen sie mit acht gängigen Vorurteilen, die unsere Autoren sezieren. Heute: Lieber weniger Einkommen, aber dafür einen sicheren Arbeitsplatz" (FR-Text)
Die Auseinandersetzung mit acht gängigen Vorurteilen gegen Tarifverträge ist im Internet abrufbar:
www.fr-aktuell.de/vorurteile

"Die Preise in Deutschland sind stabil - keine Inflationsgefahr. Dennoch wird von einer Kostenexplosion gesprochen: im Gesundheitswesen. Es ist ein Offenes Geheimnis: Auch die Preise und Gebühren für Wiederherstellung oder Erhaltung der Gesundheit bewegen sich im Rahmen der allgemeinen Entwicklung. Ihr Anteil am Bruttoinlandsprodukt bleibt ziemlich gleich...

Es gab einen Kostensprung in der ersten Hälfte der 70er Jahre, danach nicht mehr. Ein Problem ist die Überkapitalisierung von Arztpraxen, die sich teure Geräte leisteten. Eine Explosion ist das aber auch nicht. Dennoch müssen die gesetzlichen Krankenkassen immer wieder die Beiträge anheben. Um das zu stoppen, sollen sie jetzt ihre Leistungen einschränken. Da liegt aber nicht in erster Linie an steigenden Preisen für Pharmazeutika, medizinische Geräte, Hilfsmittel und Behandlung, sondern daran, dass zu wenig eingezahlt wird. Dafür gibt es drei Gründe: erstens die schwache Beschäftigungslage, zweitens die Stagnation der Arbeitseinkommen, von denen (neben den Beiträgen der Unternehmer), Prozentanteile an die Versicherungen abgeführt werden, und drittens die steigende Zahl der Leistungsberechtigten auf Grund höherer Lebenserwartung.

Der Vorschlag eines Jungpolitikers vor einiger Zeit, Hüftoperationen für Hochbetagte zu streichen, wurde zurückgewiesen - aus moralischen Argumenten. Ökonomische Argumente hätten genügt. Auch der Bedarf an medizinischer Versorgung ist Nachfrage. Wenn sie denn zahlungsfähig ist. Hier liegt das Problem. Es wird vor allem von Leuten diskutiere, die selbst nicht pflichtversichert sind. Man könnte es eine Klassenfrage nennen.

Gegen den Vorschlag, die Beitragsbemessungsgrenze für die gesetzlichen Kassen aufzuheben und alle Einkommen einzubeziehen (Beamtengehälter, Gewinne von Unternehmern und die Netto-Erträge der Selbstständigen, Mieten, Zinsen und Renditen), wird eingewandt: Damit entstünden neue Auszahlungsverpflichtungen. Das wäre richtig, wenn die Leistungen proportional zu den Beiträgen erfolgten. Weil die reinen Behandlungskosten aber im Wesentlichen schichtunabhängig sind, ist das nicht zwingend. Auch wer mehr einzahlt, hat nur zwei Hüften. Gleiche Leistung bei ungleicher Einzahlung bedeutet allerdings ein bisschen Umverteilung. Das ist tabu.

Auch könnte vorgebracht werden, die Beiträge der neuen Pflichtversicherten schmälerten deren sonstige Nachfrage auf dem Markt (oder ihre Investitionen. Aber: Auch wer nicht in der gesetzlichen Kasse ist, sorgt vor. Diese Ausgaben gehen in der Regel an einen Finanzdienstleister, beispielsweise an eine Privatversicherung, die ein Unternehmen mit

Gewinn ist. Anders als die Einnahmen der gesetzlichen Kassen wird dieses Geld nicht sofort wieder ausgegeben - als Umlage an die Kranken -, sondern zu erheblichen Teilen bis zum Bedarfsfall anderweitig angelegt und vermehrt.

Im Ergebnis muss die Erstattung für die Versicherten herauskommen - und der Gewinn für den Finanzdienstleister. Vielleicht hatte er zwischendurch Aktien von Unternehmen mit stabilen Lohnnebenkosten ge- und verkauft. Nebenan, in der Holzklasse, wird gespart. Wer kann, schließt eine private Zusatzversicherung ab und führt dem Kapitalmarkt so frisches Geld zu. Auch das ist Umverteilung.

Es ist merkwürdig, wie schwer es reichen Gesellschaften fällt, intelligente Lösungen zu finden. Sie brauchen Mythen. Etwa die Mär von der Kostenexplosion."

Georg Fülberth, Professor für Politikwissenschaft an der Philips-Universtität in Marburg, aus: Auch wer mehr einzahlt, hat nur zwei Hüften. Wirtschaft und Wirtschaftspolitik arbeiten oft mit Annahmen, die nur auf den ersten Blick logisch sind. Der FR-Seziertisch nimmt sie auseinander. In: Frankfurter Rundschau 28. November 2003

"Es war Olaf Scholz, der unfreiwillig die Anregung lieferte. Der SPD-Generalsekretär gab auf dem SPD-Parteitag vergangene Woche einem Kollegen von der TAGESZEITUNG ein Interview. Als es ans Autorisieren ging, habe Scholz nicht nur bei seinen Antworten eingegriffen, sondern auch bei den Fragen, erzählen die TAZ-Kollegen. Da fasste die dortige Chefredaktion den Plan, gemeinsam mit anderen Zeitungen die Praktiken von Politikern beim Autorisieren von Interviews zum Thema zu machen. Fast in allen Redaktionen, so scheint es, gibt es da schlechte Erfahrungen. Innerhalb weniger Tage erklärten sich Süddeutsche Zeitung, Frankfurter Allgemeine, Welt, Financial Times Deutschland, Berliner Zeitung, Tagesspiegel, Kölner Stadtanzeiger und FR bereit, zeitgleich mit der TAZ über Einflussversuchen zu berichten...

Das System der Autorisierung hat durchaus gute Gründe. Interviews nach diesen Regeln verlören aber ihren Sinn, wenn weiter versucht würde, sie als reine Transportmittel er Selbstmitteilung zu missbrauchen."

FR-Redaktion, aus: Autorisieren und Manipulieren. In: Frankfurter Rundschau 28. November 2003-12-06

"Journalismus und Politik - eine schwierige Beziehung. Und beileibe nicht nur auf das Genre Interview beschränkt. Mittlerweile sind Versuche von Politikern durchaus üblich, einzelne Zitate autorisieren zu wollen, die in Portraits verwendet werden. Wie nonchalant geht es da im Angelsächsischen zu. "Schreiben Sie was Sie wollen", soll einmal der frühere US-Aussenminister Henry Kissinger einem Kollegen mit auf den Weg gegeben haben, "aber buchstabieren Sie meinen Namen korrekt."

Axel Vornbäumen, aus: Wenn das gesprochene Wort nicht gilt. Politiker und Journalisten: Das Verhältnis wird schwieriger, wie die Interview-Sitten erkennen lassen. In: Frankfurter Rundschau 28. November 2003

"Entwicklungshilfe. Official Development Assistance, Anteil der Entwicklungshilfe-Leistungen am Brutto-Nationaleinkommen.
Internationale Reihenfolge:

1. Dänemark 0,96 Prozent
2. Norwegen 0,91 Prozent
3. Niederlande 0,82 Prozent
4. Luxemburg 0,78 Prozent
5. Schweden 0,74 Prozent
6. Belgien 0,42 Prozent
7. Irrland 0,41 Prozent
8. Frankreich 0,36 Prozent
9. Finnland 0,35 Prozent
10. Schweiz 0,32 Prozent
11. Grossbritan. 0,30 Prozent
12. Kanada 0,28 Prozent
13. Deutschland 0,27 Prozent

..

21.Italien 0,20 Prozent
22.USA 0,12 Prozent

Quelle: OECD, nach: Frankfurter Rundschau 27. November 2003

EU-Versprechen: Bis 2005 0,33 Prozent
UN-Forderung: 0,7 Prozent

"...Deutschland wird von Aufsteigern regiert. Man kann lange darüber streiten, welche politischen Folgen das hat: Der Darmstädter Soziologieprofessor Michael Hartmann unterstellt ihnen besondere Härte, nicht nur im parteiinternen Konkurrenzkampf, sondern auch beim Reformieren. Denn in der Wirtschaft seien es ja meist Aussenseiter, die besonders hart sanieren, während die Bürgerkinder für das Visionäre zuständig seien.

Dass so viele Arbeiter- und Kleinbürgerkinder im Kabinett sitzen, mag für eine sozialdemokratische Partei fast selbstverständlich klingen. Das ist es aber nicht. In anderen Industrieländern stehen oft Sprösslinge der oberen Mittelschicht an der Spitze linker oder halblinker Parteien; Großbritanniens Labour-Premier Tony Blair etwa studierte in Oxford und ist Sohn eines Rechtsanwalts. In Deutschland kommt das Personal beider großer Volksparteien aus fast allen sozialen Schichten - normalerweise sind gerade Sozialdemokraten stolz darauf. Noch im vergangenen Wahlkampf wetteiferten Schröder und sein CSU-Herausforderer Edmund Stoiber in einem Fernsehduell sogar darum, wer aus den kleineren Verhältnissen stamme...

...Das war offensichtlich schon zu viel - die Resonanz in der Landes-SPD war ausgesprochen negativ. Schartau rätselt bis heute, warum das so ist. "Soll ich etwa sagen, dass Leistung etwas schlechtes ist?

Tatsächlich ist der Vorgang ziemlich bezeichnend. Er lässt ahnen, warum es trotz aller persönlichen Werdegänge und Biografien mit dem Chancengleichheits-Ideal in der SPD so schwierig ist: Erstens hält sich gerade bei den Älteren, die selbst von den Bildungsexpansion der siebziger Jahre profitiert haben, trotz der Pisa-Studie die Illusion, eine sozial durchlässige Mittelschicht gebe es längst. Zweitens werden gerade Aufsteiger nicht gern an das erinnert, was sie hinter sich gelassen haben - sie sind ja am Ziel, es macht sich eine gewisse Sattheit breit. Drittens neigen diejenigen, die es aus eigener Kraft bis an die Spitze geschafft haben, generell nicht unbedingt dazu, anderen den Weg zu ebnen. Und viertens bietet sich noch eine ganz banale Erklärung an: Chancengleichheit

ist, wenn sie Praxis wird, für viele Menschen auch unbequem. Wer Möglichkeiten geboten bekommt und diese nicht nutzt, ist schließlich an seinem Unglück meistens selber schuld."

Elisabeth Niejahr, aus: Gefühlte Gerechtigkeit. Viele führende Sozialdemokraten haben typische Aufsteiger-Biografien. Für Chancengleichheit kämpfen sie deshalb noch lange nicht. In: Die ZEIT NR. 47, 13. November 2003

2003-12-04

"...Die Moral befreundeter Menschen werden wir füglich darnach beurteilen, welcher von ihnen das größere Opfer zu bringen bereit ist, ohne dabei an eine Gegenleistung zu denken. Nietzsche, bei dem - anders als bei den meisten Menschen - die Bestialität nur Maske ist, hinter der sich echte Herzensgüte verbirgt, sagte das schöne Wort: "Es sei dein Ehrgeiz, immer mehr zu lieben als der andere, nie der Zweite zu sein!" Menschen gegenüber kann es mir unter Umständen gelingen, dieses Gebot zu erfüllen, im Freundschaftsbunde mit meinem treuen Hunde dagegen bin ich immer der "Zweite". Welch merkwürdige, ja einmalige soziale Beziehung! Hat man schon einmal bedacht, wie verwunderlich dies alles ist? Der Mensch, das Vernunftwesen mit seiner hohen, verantwortlichen Moral, der Mensch, dessen schönstes und edelstes Glaubensbekenntnis die Religion der Bruderliebe ist, steht gerade in der Fähigkeit zu reinster Bruderliebe einem - Raubtiere nach! Ich weiß genau, was ich sage, ich mache mich dabei sicher keiner sentimentalen Vermenschlichung schuldig. Auch die edelste Menschenliebe quillt nämlich nicht aus dem Verstande und der spezifisch menschlichen vernunftmäßigen Moral, sondern aus viel tieferen, uralten, rein gefühlsmäßigen, und dies heißt immer soviel wie instinktmäßigen, Schichten. Auch das einwandfreieste und selbstloseste moralische Verhalten verliert für unser Empfinden jeglichen Wert, wenn es nicht solchen Gründen, sondern dem Verstande entspringt: "Doch wirst du nie Herz zu Herzen schaffen, wenn's dir nicht selbst vom Herzen geht." Gerade dieses Herz aber ist beim Menschen auch heute noch das gleiche geblieben wie bei höheren sozialen Tieren, so sternweit sich auch die Leistungen seines Verstandes und damit auch seiner vernunftmäßigen Moral über die höchsten Tiere erhoben haben mögen.

Die schlichte Tatsache, dass mein Hund mich mehr liebt als ich ihn, ist einfach nicht wegzuleugnen und erfüllt mich immer mit einer gewissen Beschämung. Der Hund ist jederzeit bereit, für mich sein Leben zu lassen. Hätte mich ein Löwe oder ein Tiger bedroht - Ali, Bully, Tito, Stasi und wie sie alle heißen, sie alle hätten ohne einen Augenblick zu

zögern den aussichtlosen Kampf aufgenommen, um mein Leben auch nur für einige Sekunden zu schützen. Und ich?.."

Konrad Lorenz, aus: So kam der Mensch auf den Hund, erstmals erschienen 1960 im Verlag Dr. G. Borotha-Schoeler, Wien,
erhältlich als DTV-Taschenbuch 329.

"...Gemeinsam überwanden die beiden Reformer den Kalten Krieg, zwei Helden des politischen und ideologischen Rückzugs, an dessen Ende der Zerfall des gefürchteten sowjetischen Imperiums lag. Der Rüstungswettlauf mit den Vereinigten Staaten hatte an den Rand eines nuklearen Dritten Weltkriegs geführt und Hunderte von Milliarden Rubel dem darniederliegenen Planwirtschaftssystem entzogen - die Sowjetunion hätte einen Krieg nicht mehr gewinnen können....

Der Homo novus auf dem Parkett der Aussenpolitik entschärfte die Raketennachrüstung (INF-Vertrag von 1987), leitete den Rückzug aus Afghanistan ein (1988 bis 1989), stemmte sich nicht gegen die Auflösung der kommunistischen Vorherrschaft in Osteuropa und ermöglichte zusammen mit Gorbatschow in - durchaus zähen - Verhandlungen die Wiedervereinigung Deutschlands (1990). Es war sein Verdienst und weniger dasjenige Gorbatschows, dass während der entscheidenden Demonstrationen in Leipzig, Dresden und Berlin die Panzer der sowjetischen Armee in den Kasernen geblieben waren. "Der Deutschlandexperte im ZK, Valentin Falin, und der KGB-General Niolai S. Portugalow schlugen vor, die Panzermotoren anzulassen. Ich wies Michail Gorbatschow darauf hin, dass dies den Dritten Weltkrieg auslösen könnte." Das gab den Ausschlag.

Ein halbes Jahr später fasste Schewardnadse die Vorwürfe seiner Moskauer Gegner zusammen: "Ihr Gorbatschow und Schewardnadse) habt die geopolitische Struktur in Europa zerstört. Ihr habt das Land seiner Verbündeten beraubt und seinen äusseren Sicherheitsgürtel zerrissen. Ihr habt die Einflussgrenzen des gegnerischen politisch-militärischen Blocks an die Grenzen unseres Landes heranrücken lassen. Ihr habt die Vereinigung Deutschlands gefördert." Mag sein, antwortete er, nur: "Gab es Außenpolitiker eine Alternative?" Der Schewardnadse war dem zögernden Innenpolitiker Gorbatschow enteilt, war im Bereich einer Realpolitik angelangt, deren moralische Herkunft er selbst definierte: "Auch in mir sitzt wie in vielen anderen tief der Glaube, dass wir ein großes

Land sind und deshalb geachtet werden sollten. Wodurch aber sind wir groß? Durch das Territorium? Oder durch das Unglück des Volkes? Durch die Rechtlosigkeit der Menschen?"

Am 20. Dezember 1990 demissionierte der Georgier, ermüdet von der Opposition der Beton-Genossen. Die Sowjetunion, die er vorgefunden hatte, existierte nicht mehr. Sie sich auch von putschenden Uralt-Kadern nicht mehr retten.

Anfang 1992 kehrte er in seine Heimat zurück: Georgien, inzwischen im Krieg zwischen verfeindeten Clans und kriminellen Banden versunken, setzte seine Hoffnung auf den Sohn des Volkes mit den blendenden Beziehungen in den reichen Westen. "Der Mann", hatte sein Freund, George Bush Außenminister James Baker, gesagt, "der Mann ist ein Held.". Jährlich überwies Washington 160 Millionen Dollar nach Tiflis. Das Geld versicherte in privaten Konten. Alles schien käuflich. Dabei ist es geblieben, auch Schewardnadses Familie bereicherte sich hemmungslos.

Als Gerhard Schröder im Frühjahr 2000 mit einem Scheck über 60 Millionen Mark in Tiflis landete, traf er auf einen alten Mann, den die Geschichte, die er wie kein anderer Außenminister seiner Zeit prägen konnte, am Fuß des Kaukasus vergessen hatte. Er war ein Glücksfall für die Welt, aber in der Einsamkeit seiner Provinz hatte er sich in einen ganz normalen Politiker zurückverwandelt, der in die Macht verliebt war, ohne zu merken, dass sie ihn verlassen hatte."

Michael Naumann, aus: Das Imperium hat er abgeschafft. Jetzt muss er gehen. Das abenteuerliche Leben des Polizei-Generals, Außenministers und Präsidenten von Georgien, Eduard Schewardnadse. In: Die Zeit, Nr. 49, 27. November 2003

"... "Das Meer und das Ertrinken, das sind Bilder, die ich nicht vergessen habe." Vielleicht berührte ihn deshalb - in allem Elend der Welt - gerade das Schicksal der vietnamesischen Boat-People so sehr, die Ende der siebziger Jahre zu Zehntausenden vor der kommunistischen Herrschaft über das Südchinesische Meer flohen; Tausende ertranken elendig. Gegen alle politischen und bürokratischen Widerstände charterte er 1979 ein "Schiff für Vietnam", und die Deutschen spendeten den Troisdorfer Menschenrettern viele Millionen. "Es war fast ein Plebiszit", sagt Rupert Neudeck.

Die Notärzte und Nothelfer der Cap Anamur, die seither Krankenhäuser in Äthiopien und Afghanistan gebaut, Minen in Angola geräumt, Hungernde in Nordkorea mit Lebensmitteln und Flüchtlinge im Kosovo mit einem Dach über dem Kopf versorgt haben, nahmen nie Geld vom Staat. Die "Finanzierung durch die Bürgergesellschaft" legitimiere ihn, sagt Rupert Neudeck, fordern an die eigene Regierung heranzutreten, sie einzubinden in die Aktionen des Komitees. "Ich war nie Bittsteller".

Wenn irgendwo auf der Welt das Unrecht zum Himmel schreit, verfällt er leicht ins pathetische "Wir": Wir - Notärzte, Bundesregierung, Bundeswehr, ja, alle Menschen guten Willens - müssen handeln. Jetzt sofort. Und bitte keine Ausreden! In Klaus Kinkel, dem emotional schnell aufgewühlten Außenminister, fand Rupert Neudeck einen Bruder im Geiste. Schwerer tut er sich mit Kinkels Nachfolger: "Mit Fischer gibt es Enttäuschungen". Dabei hatte er gedacht, gerade mit einem grünen Außenminister würde es beim Thema Menschenrechte "wie geschmiert" laufen.

Stattdessen entdeckt er eine neue kaltschnäuzige Berliner Realpolitik. Deren Sinnbild ist für ihn Tschetschenien geworden. In Briefen, irgendwo auf der Welt abgeschickt, entlädt sich bisweilen seine Wut. "Dass wir auch unter einer zweiten Regierung in Deutschland, die einen so privilegierten Zugang zum Herrscher aller Reussen hat, keine Möglichkeit haben, diesen wirklich geschundenen Menschen in Tschetschenien zu helfen, empfinde ich als Skandal!", schreibt er dann. Oder, sieben Monate später, in Moskau hat gerade eine Reise nach Tschetschenien ihr vorzeitiges Ende gefunden: "Ein ganzes halbes Jahr warteten wir - Blüm, Wallraff und ich - auf die Einlösung eines Versprechens auf höchster Ebene. Iwanow hatte das dem Joschka Fischer gesagt. Dann hiess es: April, April. Tschetschenien, das ist für mich eine der furchtbarsten Menschen- und Völkerrechtsverletzungen, die wir in unseren Lebenstagen einfach tolerieren."

Dem Kanzler und dem Aussenminister dürfte er Ähnliches schreiben. Diplomatische Vorsicht, bürokratische Trägheit macht ihn rasend. Genau wie der Feinsinn mancher Intellektuellen: "Geballte Klugheit kann auch ein Hindernis sein für Aktionen." Der studierte Theologe und Philosoph Neudeck, der mit einer Arbeit über die politische Ethik bei Sartre und Camus promovierte, der gern französisch parliert und lateinisch zitiert, ein Intellektueller, wie er im Buche steht, hasst die untätige, nach Ausflüchten suchende Intellektualität "auf den Tod".

Seine Mitstreiter - der Böll, der Kopelew, bis heute der Blüm, der Geissler - dachten immer praktisch, konkret. Wie auch Marion Dönhoff, "die Intellektuelle, die nicht nur eine Intellektuelle war", wie Neudeck sagt. Sie halft sofort mit einem Spendenaufruf in der ZEIT, als 1991 eine Mine in Somalia einer holländischen Ärztin und einer somalischen Krankenschwester die Beine abgerissen hatte. 140 000 Mark mussten für die Operationen im Münchner Klinikum rechts der Isar aufgetrieben werden, denn nur die Holländerin war versichert.

"Die Gräfin war eine Ratgeberin", sagt Rupert Neudeck. Wann immer er in Hamburg war, hat er sie am Speersort besucht. Ihm gefiel das Unprätentiöse an ihr, auch die Strenge. "Sie war in der Lage, gut zu kritisieren." Er wollte sich, da ähnelt er der Gräfin, immer einmischen, als Redakteur beim Deutschlandfunk wie als Helfer. Einen Interessenkonflikt hat er nie verspürt. Als Journalist, meint er, halte man Notsituationen leichter aus, wenn man zugleich überlegen könne: "Welches Flugzeug muss ich chartern, wie kriege ich die Überflugerlaubnis?".

Rupert Neudeck, der Theologie studierte, weil es das "Radikalste ist, was man machen kann"; der sich den Jesuiten anschloss und sich ihren Exerzitien so kompromisslos unterwarf, dass er schwer erkrankte; der nach dem Urteil seiner Frau "geizig gegen sich selbst ist", weil er nur ein paar Schuhe und niemals Urlaub braucht - dieser Rupert Neudeck ist ein lebensfroher Asket, ein milder Radikaler im humanitären Dienst, mit dem man prächtig streiten und lachen kann. Auch ein Abenteurer, der das Leben in "unserer Luxus-Gesellschaft" in einer Weise behütet findet, dass "es zum Heulen ist."

Im nächsten Jahre wird er 54, Zeit für ein neues Projekt: Junge Christen und Muslime aus Deutschland bauen als "Grünhelme" kriegszerstörte Häuser und Schulen wieder auf. Das Hauptquartier wurde natürlich im Troisdorfer Reihenhaus aufgeschlagen.

In über dreissig Jahren Ehe sind Rupert und Christel Neudeck dreimal in den Urlaub gefahren: einmal in die Bretagne, einmal nach Dänemark - das dritte Urlaubsziel fällt beiden nicht mehr ein. Die Welt der Neudecks, das ist: Vietnam, Angola, Südsudan, Somalia, Tschetschenien, das Kosovo, Nordkorea, Afghanistan. Und Troisdorf. Das Leben wir nie anderswo."

Mathias Nass, aus: "Ich war nie Bittsteller". Nothelfer von Vietnam bis Afghanistan: Rupert Neudecks Cap Anamur oder der Sieg der Humanität über die Bürokratie. In: DIE ZEIT Nr. 49, 27. November 2003

Rupert Neudeck erhält 2003 den Hauptpreis (dotiert mit 20 Tausend Euro) der zum ersten mal vergeben wird - den Marion Dönhoff Preis für internationale Verständigung und Versöhnung.
www.cap-anamur.org

Den Förderpreis (10 000 Euro) erhält der Verein Heimstatt Tschernobyl.
www.heimstatt-tschernobyl.com

2003-12-01

83,9 Prozent der Hühner wurden 2002 in Deutschland in Käfig-Batteriehaltung gehalten (die Tiere leben in einem Käfig mit Gitterboden, mind. 550 cm^2 Stallfläche pro Huhn). Die Länder verlangen, dass diese artungerechte Haltung erst 2010 verboten werden soll, anstatt 2007, wie es Ministerin Künast vorhat.

Nicht so sehr die Verzögerungsstrategie der Länder ist für mich das empörende, sondern das Kaufverhalten der Kunden. Statt als König Kunde der tierfeindlichen Haltung die rote Karte zu zeigen und damit die artgerechte Tierhaltung zu fördern, unterstützt er weiterhin diese Barbarei. 30 Cent pro Ei ist es dem Kunden nicht wehrt und so wird er, allem Geschwätz von Tierliebe zum Trotz, zum Sklaven einer lebensfeindlichen Industrie. (Quellen: ZMP, EU-Kommission, BWVEL, nach FR 21. November 2003)

"..7. Ähnlich verhält es sich mit den Alten und Altersverwirrten. Diese haben sich dank des medizinischen Fortschritts zwar erst im 20. Jahrhundert zu einer nennenswerten Bevölkerungsgruppe vervielfacht, manche sagen epidemisch inflationiert, was uns emotional und finanziell überfordere. Für unseren jetzigen Zusammenhang ist es aber wichtiger, dass man noch um 1900 aus dem Krankenhaus zum Sterben nach Hause ging, während man heute in der Regel im Krankenhaus oder im Heim stirbt. Da man zudem in jetzigen Zeiten nicht mehr in jedem Lebensalter gleich wahrscheinlich, sondern fast nur noch im Alter stirbt, gilt auch hier: Sterben und Tod sind institutionell unsichtbar geworden, gehören nicht mehr zur als normal und gesund erfahrenen Lebenswelt. Dadurch konnte

mangels sinnlicher, pathischer Anschauung die Angst vor dem Sterben und dem Tod irreal zunehmen - mit allen fatalen Folgen für die Gesundheit, wie etwa dem Wunsch nach aktiver Sterbehilfe oder der mangelhaften Fähigkeit der Bürger, ihr Leben von ihrem Tod, von ihrer Endlichkeit zu begreifen und sich selbstvergessen wegzugeben: "Wer leben will, ohne zu sterben, wird sterben, ohne gelebt zu haben."...

..10. Die zunehmende Überantwortung der Gesundheit an die Wirtschaft zwingt zur Erschliessung immer neuer Märkte. Das Ziel muss letztlich die Umwandlung aller Gesunden in Kranke sein, also in Menschen, die sich möglichst lebenslang sowohl chemisch-physikalisch als auch psychisch für behandlungsbedürftig halten, um "gesund leben" zu können. Das gelingt im Bereich der psychischen Störungen aber noch besser. Denn hier gibt es keinen Mangel an Theorien, nach denen fast alle nichtgesund sind, vor allem, wenn das "vollständige Wohlbefinden" fehlt. Das zeigt einmal mehr, wie fragwürdig die analoge Übertragung des Krankheitsbegriffs vom Körperlichen auf das Psychische ist. Wo partout keine Bedürfnisse sind, muss man solche künstlich herstellen, was mit entsprechenden Werbestrategien auch gelingt ("An ill for every pill"). (....)

Klaus Dörner, aus: Die Gesundheitsfalle. Woran unsere Medizin krankt. Zwölf Thesen zur Heilung. Econ Verlag, München, 2003

Zitiert nach: Frankfurter Rundschau 22. November 2003

Prof. Dr. Klaus Dörner, geboren am 22. November 1933, leitete von 1980 bis 1996 die Westfälische Klinik für Psychiatrie in Gütersolo, lehrte Psychiatrie an der Universität Witten-Herdecke und ist Mitbegründer der Deutschen Gesellschaft für Psychiatrie. Seite den 60er Jahren schon kämpfte er für eine Psychiatriereform. Der Arzt und Historiker hat zahlreiche Bücher zur Geschichte der Psychiatrie und zur Medizinethik geschrieben. Er lebt in Hamburg. (FR-Text)

"..Das Schicksal der Kindersoldaten ist ein besonders anschauliches Beispiel für kinderspezifische politische Verfolgung. Nur das Primat der Flüchtlingsabwehr in Gesetzgebung, Verfahrensgestaltung und Rechtsprechung kann die spitzfindigen juristischen Begründungen erklären, mit denen traumatisierten Minderjährigen der Status des politischen Flüchtlings verwehrt wird...."

Auszug aus der Studie "Ehemalige Kindersoldaten als Flüchtlinge in Deutschland", die von TERRE DES HOMMES DEUTSCHLAND und dem BUNDESFACHVERBAND UNBEGLEITETE MINDERJÄHRIGE FLÜCHTLINGE in Auftrag gegeben wurde. Die Autorin der Studie ist Michaela Ludwig.
www.tdh.de
(nach Frankfurter Rundschau, 20. November 2003)

"Es ist einfach schwer zu akzeptieren, dass eine so unwichtige, labile Figur wie Oswald eine so wichtige, strahlende Figur wie Kennedy einfach auslöschen kann", versucht der Historiker und Kennedy-Biograph Robert Dallek zu erklären, warum sich so viele Menschen weigern, einen verrückten Einzelgänger als Täter zu akzeptieren.

Simon Wiesenthal formulierte einmal, als er über den Aufstieg Adolf Hitlers schrieb: "Wir hatten nicht begriffen, dass es nichts Gefährlicheres gibt als ein lächerlichen, komplexbeladenen Fanatiker, dem die Geschichte ein Gewehr in die Hand drückt."

Steffen Heberstreit, aus. Die Verschworenen. Sieben Sekunden, drei Schüsse, ein Toter - und hundert Theorien: der Mord an John F. Kennedy. In: Frankfurter Rundschau 19. November 2003

Robert Dallek - John F. Kennedy - ein unvollendetes Leben.

2003-11-26

"...Das ist typisch für Hohmanns Denken. Aus einer fundamentalistischen Ausprägung des Katholizismus heraus vertritt er Positionen, die nahe an Nationalismus und Rassismus reichen. So beklagte er am 08.11.2002 die Entscheidung des britischen Oberhauses, Homosexuellen die Adoption von Kindern zu gestatten, mit dem Kommentar: "Zweifellos steht die Tolerierung der Homosexualität in kausalem Zusammenhang mit dem grössten Problem der deutschen Gesellschaft, ihrem Bevölkerungsrückgang." Ein anderes Mal nannte er die "rasante Abnahme der deutschen Bevölkerung" die "Zukunftsfrage schlechthin". Kein Wunder, dass er als politische Hauptziele unter anderem angibt, deutsche Interessen vertreten und einer multikulturellen Gesellschaft entgegentreten zu wollen. Folgerichtig lehnt Hohmann den EU-Beitritt der Türkei nicht etwa wegen der

Folterpraxis und Menschenrechtsverletzungen ab, sondern weil die "Kulturen Europas und der Türkei wie Feuer und Wasser" seien...

Unvergesslich bleibt mir seine Rede zur Zwangsarbeiterentschädigung im Bundestagsplenum am 30.05.2001. Sie war an Dreistigkeit nicht zu überbieten. Hohmann rechnete den Gesamtbetrag der Wiedergutmachungsleistungen der Bundesrepublik vor und scheute sich nicht, den Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern vorzuhalten, dass 90 Prozent von ihnen ohnehin schon - aus anderen Rechtsgründen - "Entschädigungsleistungen aus deutschen Kassen" erhalten hätten. Er wandte sich gegen "übermässiges Moralisieren" und schloss seine Rede mit einem Appell an den Bundeskanzler: "Haben Sie auch für deutsche Zwangsarbeiter ein Herz!"

Distanzierung durch Merkel, Merz und Stoiber nach dieser unerträglichen Rede - Fehlanzeige! Statt dessen - und das blieb mir und vielen anderen unbegreiflich - entsandte die CDU/CSU-Fraktion Martin Hohmann, den entschiedenen Gegner der Zwangsarbeiterentschädigung, der im Parlament als einer der wenigen Abgeordneten mit Nein gestimmt hatte, sogar noch ins Kuratorium der Stiftung "Erinnerung, Verantwortung, Zukunft". Dort hatte er die Aufgabe, die Auszahlung der Entschädigungsleistungen zu überwachen. Wenigstens dies ist jetzt zu Ende."

Ulla Jelpke, PDS-Bundestagsabgeordnete, aus: Hohmann, wie man ihn längst kannte. In: Ossietzky, Zweiwochenschrift für Politik/Kultur/Wirtschaft, Nr. 23. 15. November 2003
www.sopos.org/ossiettzky

www.linksnet.de

"...Politisch besonders brisant ist, dass Günzel keine x-beliebige Bundeswehrtruppe befehligte, im Gegenteil: Seit November 2ooo war er Kommandeur der Elitetruppe des Heeres, des Kommandos Spezialkräfte (KSK), das gerade erst im Oktober seinen bisher grössten Auslandseinsatz, in Afghanistan, beendet hatte. Nun wirft die Affäre ein schräges Licht auf diese Truppe, die gemeinhin unter strengster Geheimhaltung im Verborgenen agiert. "Keiner sieht sie kommen. Keiner weiss, dass sie da sind. Und wenn ihre Mission beendet ist, gibt es keinen Beweis dafür, dass sie jemals da waren", hiess es 1997 in der Zeitschrift des Bundeswehrverbandes, DIE BUNDESWEHR...

Immerhin ist das Gründungsdatum bekannt: Am 1. April 1996 wurde das KSK in der Graf-Zeppelin-Kaserne in Calw (Schwarzwald) aufgestellt, wo die Truppe noch heute ihre feste Adresse hat. Doch schon bei der Personalstärke gehen die Angaben weit auseinander: 450 bis 700 Mann. Dabei sollte die Truppe eigentlich schon im Jahr 200 mit 969 bis 1088 Soldaten ihre volle Kampfstärke erreicht haben. Aber wegen der hohen Leistungsanforderungen finden sich nicht genügend Bewerber. Mit 18 Monate ist die Ausbildungsphase ziemlich lang. Durch Schlafentzug (bis zu drei Stunden pro Tag), Nahrungsmangel und hohe körperliche Anstrengungen bei psychologisch extremer Belastung wird der Rekrut immer wieder an seine Grenzen herangeführt: "Die reissen einem richtig den Arsch auf", erklärte ein Beteiligter, und Günzel stimmte zu: Die Ausbildung sei das Härteste, was man Menschen in der Demokratie abverlangen darf." (DER SPIEGEL 24.09.2001). Neben dem Infanteriekampf, der Fallschirmspringerausbildung und der Gebirgs-, Winter- sowie Wüstenkriegführung steht auch das "instinktive Combat-Schiessen" auf dem Lehrplan. Günter Kreim, der Psychologe der Truppe, erklärte, es komme darauf an, die Balance zwischen Aggressivität und kontrolliertem Handeln zu halten, um "das Feindmuster jederzeit wie eine Schublade zu öffnen", nur so lasse sich die natürliche Tötungshemmung überwinden.

Zur Ausrüstung gehören Pistolen P8, Maschinenpistolen MP5SD3, Grantpistolen HK-69A2, Schnellfeuergewehre G36K, britische Scharfschützengewehre G22, Maschinengewehre G8, Schrotflinten HK512 sowie alle Arten von Spezialwaffen und Sondermunitionen wie Ultraschall- und Ultrablitzgeräte, in begrenztem Umfang auch Panzerabwehrraketensysteme Milan 3.

Allerdings wurden mit der Gründung der KSK nicht zum ersten Mal Eliteeinheiten in der Bundeswehr aufgestellt. Schon 1962 begann man mit dem Aufbau von drei Fernspähkompanien aus Einzelkämpfern, die im Kriegsfall bis zu 200 Kilometer hinter den feindlichen Linien operieren sollten. Mit dem Ende des Kalten Krieges sollten sie in drei "Fallschirmjägerkompanien für spezielle Verwendung" umgewandelt werden. Schließlich erfolgte 1996 deren Eingliederung in das KSK. Mit dessen Gründung wurden alle Eliteeinheiten des Heeres erstmals unter einem einheitlichen Kommando zusammengefasst; daneben bestehen noch die Kampfschwimmerkompanie der Marine in Eckernförde und kleinere "Combat Rescue"-Einheiten der Luftwaffe zur Rettung abgeschossener Piloten aus dem feindlichen Hinterland.

Ursprünglich war die Aufstellung des Kommando Spezialkräfte als militärische Anti-Terror-Einheit damit begründet worden, dass die polizeiliche GSG-9 nicht im Ausland eingesetzt werden dürfte. Aber dieses Argument ist falsch, weil nach Paragraph 8 des Bundesgrenzschutzgesetzes ein Auslandseinsatz der GSG-9 durchaus zulässig ist. Der Unterschied zwischen GSG-9 und KSK besteht vielmehr darin, dass die Grenzschützer nur mit Zustimmung des Ziellandes eingesetzt werden sollen, die Kommandosoldaten auch gegen den Willen der dortigen Regierung (EUROPÄISCHE SICHERHEIT 8/97. Seit September 2003 sind mehrere Polizeibeamte der GSG-9 im Irak, wo sie die vier Helfen des Technischen Hilfswerk beim Wiederaufbau des Trinkwassernetzen schützen sollen. Der Einsatz dauert voraussichtlich bis Februar 2004.

....Der "Kampf gegen den Terrorismus" hatte in einer ursprünglichen Darstellung des Bundesverteidigungsministeriums eine defensive Ausrichtung: "Im Rahmen der Landes- und Bündnisverteidigung ist die Abwehr terroristischer Bedrohung und subversiver Kräfte erfolgreich für den Schutz eigener Einrichtungen, Kräfte und Mittel." Die Jagd auf die Mitglieder der Al Qaida ist kaum durch diese amtliche Definition der KSK-Aufgaben abgedeckt. Vielmehr wurde hier ein Präzedenzfall für eine offensive Terrorismusbekämpfung geschaffen.

Bei einem Einsatz begeben sich die KSK-Mitglieder dreimal in Lebensgefahr: wenn sie durch die gegnerische Frontlinie durchsickern, wenn sie im Hinterland des Feindes ihre Operation durchführen, wenn sie von einem Einsatz zurückkommen und dabei von der eigenen Fronttruppe möglicherweise für feindliche Soldaten gehalten werden.

....Dass hierin eine militärpolitische Gefahr liegt, wusste auch KSK-Kommandeur Günzel, der im Oktober 2001 eine deutliche Warnung an die Berliner Politiker richtete: Nach dem 11. September sei deren Bereitschaft gestiegen, gegebenenfalls den Tod von ein paar Elitesoldaten in Kauf zu nehmen, um das Leben von Tausenden Zivilisten zu retten. Dies aber sei riskant: "Wir entschliessen uns immer erst zum Zugriff, wenn wir bei der Risikoanalyse eine 90-prozentige Erfolgsquote ansetzen können. Denn selbst wenn Spezialkräfte-Operationen bis zum letzten Griff minutiös geplant werden, bleibt noch immer ein unproportional hohes Risiko", warnte Günzel.

Bei den bisherigen Einsätzen ging alles gut: am 15. Juni 1998 führte die Sondereinheit ihren ersten Auftrag durch. Im Rahmen der Operation PRECIOS BOUNTY nahm sie den als Kriegsverbrecher geltenden Serben Milorad Krnojelac fest. Am 1. August 1999 folgte in

Foca die Festnahme des ähnlich Beschuldigten Rodomir Kovac. Drei KSK-Mitglieder wurden schwer verletzt, als sie am 12. Oktober 2000 im selben Ort den serbischen Paramilitär Janko Janjic gefangen nehmen wollten, der sich mit einer Handgranate in die Luft sprengte.

Nach dem 11. September startete das KSK mit fast 100 Soldaten in Kandahar, Kabul und der afghanischen Provinz Paktia. Über diese Operation ENDURING FREEDOM drangen kaum Informationen an die Öffentlichkeit. Bekannt wurde lediglich, dass das KSK im Dezember 2001 an den Gefechten um die Bergfestung Tora Bora beteiligt war, als es Osama bin Laden gelang, verletzt zu entkommen. Im März 2002 war die deutsche Truppe an der Operation ANACONDA gegen die Al Qaida-Festung im Shadi-i-Kot-Gebirge beteiligt - unter denkbar schwierigen politischen Rahmenbedingungen. Auf der einen Seite sollte die deutsche Kommandoeinheit wohl keine Taliban- oder Al-Qaida-Mitglieder töten, weil es dem offiziellen Bundestagsmandat widersprochen hätte und dann ein schlechtes Presseecho zu erwarten gewesen wäre. Auf der anderen Seite sollte das KSK aber auch keine Terroristen lebend gefangen nehmen, weil man diese dann an das CIA-Folterzentrum in Bagram hätte übergeben müssen, was mit den deutschen Gesetzen nicht in Einklang zu bringen wäre, da die USA gegen Terroristen die Todesstrafe verhängen und ihre Häftlinge nicht gemäss den Bestimmungen der Genfer Konvention zum Schutz von Kriegsgefangenen behandeln. Gelegentlich nahm das KSK Afghanen fest, um sie gleich wieder laufen zu lassen. Einmal soll sich dem KSK die Möglichkeit geboten haben, Osama bin Laden zu fangen (SPIEGEL 27.05.2002). Es stellt sich daher die Frage, was das KSK während seines fast zweijährigen Afghanistaneinsatzes vom Dezember 2001 bis Oktober 2003 tatsächlich gemacht hat. Nach Pressemeldungen war es zuletzt im Raum nordöstlich von Kabul mit Aufklärungsarbeiten betraut.

Überraschenderweise war aus den Reihen der KSK selbst heftige Kritik an der Afghanistanoperation zu vernehmen. Brigadegeneral Günzel warnte schon vor dem Beginn des Einsatzes: "Bin Laden umgibt sich mit einem Schutzkräfte-Kordon von bestimmt hundert bis zweihundert Mann, die alle bereit sind, bis zum letzten Blutstropfen zu kämpfen. Spezialkräfte kommen leicht bewaffnet, ungeschützt, es würde ein Blutbad geben." Seine Männer beklagen, dass sie nicht gemäss ihrem Aufgabespektrum eingesetzt würden. Sie fühlten sich als "politisches Symbol" missbraucht, weil die USA die deutsche Elitetruppe angefordert hätten und die Bundesregierung dem widerspruchslos gefolgt sei.

Tatsächlich lag die Operationsführung nicht bei deutschen Kommandobehörden, sondern beim US-Oberkommando CENTOM. Dieses soll die "Krauts" nur mit nebensächlichen Aufgaben bedacht haben, zu denen die Amerikaner ihre eigenen Special Vorces nicht einsetzen wollten. Auch wegen der zermürbenden Lebensbedingungen in Afghanistan wollten die KSKler schon im August 2002 nach Hause, sie mussten aber noch mehr als ein Jahr in Afghanistan bleiben. Wer monatelang in einem Erdloch in der afghanischen Wüste ausharren musste, hatte viel Zeit, über die Sinnlosigkeit rot-grüner Kriegspolitik nachzudenken. Da ist es kein Wunder, dass sich in der Truppe Frust ansammelte und die ersten Soldaten dem Verband den Rücken kehrten, um eventuell bei der GSG-9 anzufangen.

Überraschenderweise kam auch aus dem Bundestag Kritik an der Afghanistanoperation. Gemäss dem Out-of-Area-Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 12. Juli 1994 hat der Bundestag das letzte Wort bei Auslandseinsätzen der Bundeswehr. Allerdings galt dies nicht bei "Gefahr im Verzuge", wenn beispielsweise das KSK zur Geiselbefreiung eingesetzt würde. Im Fall Afghanistan hatte Bundeskanzler Gerhard Schröder noch am 8. November 2001 in seiner Regierungserklärung erklärt: "Mir ist besonders wichtig festzuhalten: Es geht weder um eine deutsche Beteiligung an Luftangriffen noch um die Bereitstellung von Kampftruppen am Boden." Eine Woche später, am 16. November 2001, fasste der Bundestag mit den Stimmen der rot-grünen Regierungskoalition den genau gegenteiligen Beschluss. Das Parlamentsmandat zur Operation ENDURING FREEDOM liess zwar offen, wo, wann, wie viele Soldaten eingesetzt werden sollten, sah aber ausdrücklich den Einsatz von fast 100 Mann "Spezialkräfte" vor. Als dann Anfang 2002 durch eine Indiskretion des US-Verteidigungsministers Donald Rumsfeld bekannt wurde, dass mit den "Spezialkräften" das KSK gemeint war, zeigten sich die albernen Mitglieder des Verteidigungsausschusses des Bundestages empört darüber, das sie erst jetzt aus der Zeitung erfuhren, was sie vier Monate zuvor selbst beschlossen hatten: den Einsatz des KSK in Afghanistan. CDU-Obmann Thomas Kossendey warf Verteidigungsminister Scharping ein "verklemmtes Verhältnis zur Öffentlichkeit und zum Parlament" vor. Der FDP-Abgedordnete Günther Noltig beschwerte sich über das regierungsamtliche "Verschweigen, Tarnen und Leugnen". PDS-Fraktionsvize Wolfgang Gehrcke sprach vom "Tricksen, Täuschen und Tarnen".

Nun wünscht sich der Bundesverteidigungsminister ein Entsendegesetz, das die Mitwirkungsmöglichkeiten des Bundestages reduzieren soll. Die Parlamentarier sollen also

ihrer eigenen Entmündigung zustimmen. Dabei hatte schon ein Generalstabsoffizier aus dem Verteidigungsministerium über das KSK gesagt: Wenn "diese Kerle losstürmen, müssen wir denen jede Sekunde auf die Finger gucken." In Calw sieht man das anders. In einem Flugblatt hat man ausdrücklich Loyalität zur Bundesregierung und zur Demokratie bekundet - was die Frage nahe legt, ob die Elitetruppe es nötig hat, dies zu betonen. "Wir sind die Guten", sagte ein KSK-Major (laut SPIEGEL 27.05.2002). Diese Vorstellung hat freilich noch jeder General seiner Truppe eingeimpft, nicht nur Günzel. Und dem völkerrechtswidrigen Einsatz in Jugoslawien hat im März 1999 die gesamte Bundeswehrgeneralität zugestimmt."

Gerhard Piper, aus: General Günzels Truppe, in: Ossietzky, Nr. 23. 15. November 2003-11-24

Hat der Herr Verteidigungsminister mit der Entlassung Günzels auch die Chance genutzt, die Armee selbst zu disziplinieren - solle keiner wagen am rot-grünen Militärkonzept Kritik zu üben, weder von rechtsaussen noch von linksinnen (rechtsinnen/linksaussen...)
DEB-Anmerkung 26. November 2003

ZDF-Reporter Dirk Saager schrieb einen niederschmetternden Bericht über den Tschetschenien-Krieg und der Verfall demokratischer Kultur in Russland und über die russische Kritikerin Anna Politkowskaja:

Russland braucht wieder Helden. Solche wie Anna Politkowskaja, die unbeirrt über den brutalen Krieg in Tschetschenien berichtet.

FR 17. November 2003
Dokumentation ca. vier Wochen lesbar bei www.fr-aktuell.de/doku

Dirk Saager: "Betrogenes Russland. Jelzins gescheiterte Demokratie". Bertelsmann Verlag 1996

"Die Idee von einer gerechten Welt ist somit längst zu einem so grossen Dach geworden, das jeder Idee Obdach bietet. Somit auch den Widersprüchen. Man vermisst die

Verbindung, die übergreifende Theorie, oder Strategie, die beispielsweise erklärt, wie sich Bovés Kampf für eine geschützte Agrarwirtschaft in Europa mit den Forderungen nach gerechten Preisen für Produkten von indischen Reisbauern vereinbaren liesse. Und warum fordert Sven Gingold, NOTRE AMI von Attac Deutschland, nachdem er den Schröderschen Raubbau am Sozialstaat beschrieben hat, dass "Besteuerungen von Einkünften und soziale Rechte international geregelt werden müssen", während sich das ganze Forum die Kritik am europäischen Verfassungsprojekt zum Refrain gemacht hat? Ein "anderes Europa" wird gefordert. Aber auch das lässt sich nicht aus dem antineoliberalen Hut zaubern. Und: Muss man deshalb die europäische Konstruktion, die man im Einzelnen kritisieren kann, als neoliberale Maschinerie abtun, die ihre Bürger ausschliesslich entmündigt hat?

Noch etwas markiert eine Wende innerhalb der Bewegung: Die Tatsache, dass sie ernst genommen wird, dass ihre Macht erkannt wurde. Die Grundforderung von Attac nach einer Kapitalbesteuerung, die Tobinsteuer, ist längst von der etablierten Politik übernommen worden.

Kurz vor der Eröffnung des Forums hat sie noch Frankreichs Staatspräsident Jaques Chirac eingeklagt. Die etablierten Parteien in Frankreich buhlen mehr oder minder geschickt um die Gunst der Antimondialisten. Die Bewegung steht vor der Frage, ob sie von einer Protestbewegung zu einer politischen werden soll. All das ist ein Erfolg. Aber auch eine Gefahr. Denn die Kraft und Dynamik einer Bewegung kann schnell versickern in etablierten Strukturen, die dann in wohlwollenden Beilagen der Wirtschaftspresse von FINANCIAL TIMES bis LES ECHOS analysiert werden. Bernard Pinaud, einer der Organisatoren des Sozialforums, formuliert das Dilemma so: "Wir wollen lieber eine starke Bewegung ohne politische Erfolge als politische Erfolge ohne starke Bewegung"..."

Martina Meister, aus: Wohlfühlbecken der Gleichgesinnten. Auf dem Pariser Sozialforum verhandelt die Attac-Bewegung Abnutzungserscheinungen, die aus ihrem Erfolg resultieren.
In: Frankfurter Rundschau 17. November 2003

Der Pinaud-Satz erinnert mich allerdings peinlich an die ehemalige Spontiszene, die den politischen Erfolg auch scheute wie der Teufel das Weihwasser, weil er immer ein

Kompromiss zwischen Idealen und Wirklichkeit ist und selten das Durchsetzen - oft selbst fragwürdiger - eigener Forderungen.

Aber ist denn nicht politische Veränderung in Richtung einer gerechteren Welt das, was die Menschen - auch auf den Sozialforen - antreibt: damit es den Menschen besser geht.
Dieter Emil Baumert 2003-11-24

Im letzten Lettre - Europas Kulturzeitung finden sich wieder hervorragende Reportagen. Diekmann berichtet über die verpasste historische Chance vor dem 17. Juni 1953 ein vereintes, neutrales Deutschland zu erreichen.

Und wir lesen, dass in den fünfziger Jahren in China die Bauern massenweise an Hunger starben und sie sogar die Kinder ihrer Nachbarn frassen.

www.lettre.de

Der Präsident der Internationalen Liga für Menschenrechte, Mitherausgeber von Ossitzky und Jurymitglied des Big Brother Awards und seine Homepage:
www.rolf-goessner.de

2003-11-26

"...Dass sich ausgerechnet eine sozialdemokratisch geführte Bundesregierung genötigt sieht, einen allmählichen Abbau des Sozialsystems in Gang zu setzen, bei dem besonders empfindlich diese unteren Einkommensschichten getroffen werden, gehört nicht zu den Ironien, sondern zur Tragik der Geschichte. Soziale Gerechtigkeit in Freiheit ("links und frei" proklamierte noch der grosse Willy Brandt) war bisher unumstössliches Credo der Sozis - auf evolutionärem, gewiss nicht auf revolutionärem Wege: Ihnen schwebte eine Bändigung des Kapitalismus vor, ohne das ökonomische Wachstum abzuwürgen, eine (allmähliche) Abschaffung der Ausbeutung durch Arbeit und soziale Absicherung aller. Das galt ihnen nicht als Gleichmacherei, sondern als Kampf gegen die Verfestigung oder Verschärfung des Gefälles zwischen Reich und Arm.

Im Herbst 2003 scheinen sich auch die politischen Koordinaten zu verschieben. Denn der aktuelle Streit ist kein Streit um Begriffe, sondern um die Substanz, ja um die "Seele" der

SPD. Dahinter steht ein Richtungsstreit um das alte Credo der Sozialdemokratie: Nur eine soziale Demokratie hat auf Dauer Bestand. Zum sozialdemokratischen Erbe gehört, dass die sozialen Ordnungsfunktionen des Staates hochzuhalten sind, wissend, dass Armen des Staates weitaus mehr bedürfen als die Reichen. Das war Gerechtigkeit auch im materiellen Sinne. Das Ziel: die Schere zwischen Armen und Reichen nicht weiter aufklappen zu lassen. Und nun dieser neue, als Ersatz angebotene Begriff der "Teilhabe-Chance": Er wirkt so seltsam entleert, geradezu gewichtlos gegenüber dem alten Ideal der "Chancengleichheit".

Es ist schon eine verkehrte Welt, wenn der einstige Verkünder der Formel "Freiheit statt Sozialismus", der CDU-Politiker und Sozialexperte Heiner Geissler, heute nicht Freiheit, sondern die Solidarität gefährdet sieht und seiner Partei empfiehlt, mutig mit der Formel "Solidarität statt Kapitalismus" in die Debatte einzutreten.

Realismus ist angesagt. Die Finanzierung unseres heutigen Kranken-, Sozial- und Rentensystems funktioniert nicht mehr und deshalb steuern diese Systeme, bleibt eine Reform aus, auf einen Kollaps zu. Unsere Gesellschaft altert. Jeder kann sich ausrechnen, wie dramatisch die Folgen der Vergreisung werden, sofern wir nicht wenigstens drastisch die Quote der Zuwanderung erhöhen und alles für eine aktive Familienpolitik tun. Mehrere Kinder zu haben ist für viele Familien ein Armutsrisiko. Und immer noch scheint es so, dass unser Wirtschaftssystem nach dem Matthäus-Effekt funktioniert: Wer hat, gewinnt noch dazu, wer nur ganz wenig hat, verliert auch das noch (nach dem Matthäus-Evangelium 25,29).

Nein, ein anderes Prinzip muss gelten, selbst wenn andere wirtschaftliche Konzepte noch so locken: Alle zahlen für alle. Das heisst: Alle zahlen ihre Beiträge von ihrem gesamten Einkommen. Es werden neben Lohn auch alle Kapitalerträge, Mieteinkünfte, Gehälter, Diäten einbezogen. Wer mehr kann, muss auch mehr tun. Da Solidarität und Gerechtigkeit Grundprinzipien dieser freiheitlichen Rechtsordnung sind, hat der Staat auch in Zukunft dazu entscheidend beizutragen, dass die Grundrisiken des menschlichen Lebens (Alterssicherung, Krankheit, Arbeitslosigkeit, Pflegebedürftigkeit, Unfall) abgesichert sind. Denn die private Absicherung ist nur eine Lösung für einen Teil der Gesellschaft: den vermögenden.

Die Ideen der Solidarität und Gerechtigkeit bleiben grundlegend für die freiheitlich-demokratische Gesellschaft. Solidarität muss aber in beiden Richtungen gelten: So, wie

die Stärkeren von dem, was sie haben, abgeben können, müssen die Schwächeren ihrerseits so viel tun, wie sie einbringen können, und eine angebotene Arbeit annehmen, statt sich Nichtarbeit bezahlen zu lassen. Solidarität ist die Fürsorge der Stärkeren für die Schwächeren und die Bereitschaft der Schwächeren, sich in die Verantwortung nehmen zu lassen. Nur so hat die Gerechtigkeit eine Chance, Gerechtigkeit im Sine einer konsequenten Teilhabe aller am gesellschaftlichen Prozess und am gesellschaftlichen Reichtum. Leistungsanreiz und Solidaritätsgefühl für die, die nicht viel leisten konnten: Dies sind die beiden Säulen für den inneren Frieden und für die Freiheit. Bedarfsgerechtigkeit (als gleiches Recht für alle mit einer Grundsicherung) und Leistungsgerechtigkeit (als begabungs- und leistungsbezogene Unterschiedlichkeit) gehören zusammen und dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden.

"Demokratischer Sozialismus" ? Nicht wenige Sozialdemokraten beginnen sich dieses Begriffs zu schämen. Gewiss hat dieses grosse Gesellschaftsziel nach seiner 140-jährigen Wirkungsgeschichte teilweise seinen ursprünglichen Sinn verloren, aber es bleibt Zielbestimmung jeder Politik. Vorsicht also: Der Verzicht auf Worte kann auch den Verzicht auf die angestrebten Werte mit sich bringen. Und die "Solidarität" ? Letztlich droht dieser Begriff zu verludern, wenn nur die Solidarität der Stärkeren mit den Stärkeren gemeint wäre und nicht auch der Starken mit den Schwachen.

Deutschland im Herbst 2003: Wer behauptet, er hätte schlüssige Antworten, der - pardon! - lügt. Wichtig ist, sich in den Zielen nicht verwirren zu lassen. Über den Weg kann und muss man streiten. "Gerechtigkeit erhöht ein Volk", heisst es in der Bibel. Das Wort "Teilhabe-Chance" wäre den biblischen Autoren nie eingefallen."

Friedrich Schorlemer, 59, aus: Die Sozialdemokraten am Scheideweg. Werfen sie bald ihre traditionellen Ideale über Bord? Eine Entrüstung. In: Crismon. Das evangelische Magazin. 11/2003.

Friedrich Schorlemer, 59, ist evangelische Pfarrer und Studienleiter in der Evangelischen Akademie in Wittenberg. Seit 1990 SPD-Mitglied hat er häufig vor sozialen Schieflagen gewarnt, so in seinem Pamphlet "Eisige Zeiten" (1996). Er war einer der führenden Köpfe des gewaltlosen Systemwechsels in der DDR (crismom-Text)
www.crismom.de

"...Die heutigen Rentner bekommen vom Staat nichts geschenkt, es sei denn Sozialhilfe für "arme Rentner", und davon gibt es leider mehr als genug. Nach Ihrer veröffentlichten Statistik von Anfang Oktober dieses Jahres haben 63,8 Prozent aller Rentnerinnen und Rentner unter 900 Euro monatlich, ca. 40 Prozent gar unter 600 Euro (dies reicht den oben genannten Herren nicht mal für Benzingeld). Gerade mal 5,2 Prozent aller Rentner erhalten über 1500 Euro monatlich. Hierfür haben viele "alte, reiche Rentner" bis zu 51 Jahre "Pflichtbeiträge" in eine "Renten-Versicherung" gezahlt..."

FR-Leser Horst Stumpe, Frankfurt am Main, in: Frankfurter Rundschau 14. November 2003.

Als Willy Brandt im Jahr 1989 Michail Gorbatschow führende Sozialdemokraten vorstellte, soll er Gerhard Schröder als "unseren Jung-Komsomolzen" angefrozelt haben. Ungehörige Nähe zu Moskau hatte man zwei Jahrzehnte zuvor auch dem Aussenminister und Bundeskanzler Brandt nachgesagt. Dabei war sein Weltbild nach dem Krieg von der kommunistischen Bedrohung Berlins geprägt und, anders al bei der Führung der Nachkriegs-SPD, klar nach Westen ausgerichtet. Das schloss ein positives Verhältnis zur amerikanischen Führungsmacht als Garant von Freiheit und Demokratie ein, jedoch arbeitete Brandt beharrlich auf eine europäische Friedensordnung und die Überwindung der europäischen Teilung hin. In diesem Rahmen sollte Deutschland wieder vereint und zum respektiven Partner werden....

...Über sie hinweg spielte Brandt während der "zweiten Phase der Ostpolitik" in den achtziger Jahren die gouvernementale Rolle weiter, ganz so, als ob er noch Regierungschef wäre. Die SPD setzte auf die Regime der Volksdemokratien und auf eine Reform in den kommunistischen Parteien, während antitotalitäre Bewegungen ausserhalb und gegen sie unterschätzt und ignoriert wurden. Brandts Nachlass belegt, dass der Friedensnobelpreisträger sich in Einzelfällen humanitär engagierte, ansonsten aber eher samtpfötig mit Erich Honecker und Konsorten umging. Realisten bestätigen indessen heute noch Egon Bahrs Diktum, wonach die Sowjetunion nicht an Lech Walesa und Vaclav Havel zugrunde gegangen, sondern durch Gorbatschows Perestroika von innen überwunden worden sei - und zu deren Möglichkeit habe Brandts und Bahrs Politik der kleinen Schritte erheblich beigetragen.

....Und wenn man Europa zum Dreh- und Angelpunkt von Brands Lebenswerk macht, zeigt sich gerade wieder besonders schmerzhaft, wie weit die alte Welt noch von ihrer Emanzipation und Einheit entfernt ist. Kein "Enkel" hat sich bisher als grosser Europäer herausgestellt, und gerade beim amtierenden Bundeskanzler sucht man eine europäische Vision noch immer. Ob eine solche im Aufbäumen gegen den arroganten Hegemon angelegt ist oder ob Gerhard Schröder zum endgültigen Absinken der Europäischen Union in die weltpolitische Bedeutungslosigkeit mit beigetragen hat, wird sich erweisen.

Michael Gorbatschow soll auf Brandts Frotzelei im Jahr 1989 geantwortet haben: "Auch Jung-Komsomolzen werden erwachsen."

Claus Leggewie, aus: Die Kunst des Spagats. Während das Fernsehen Willy Brandt ins Menschlich-Tragische entrückt, rekonstruiert die Forschung die Erfolge und Irrtümer seiner Aussenpolitik. In: Frankfurter Rundschau 30. Oktober 2003-11-25
Der Autor ist Professor für Politikwissenschaft an der Universtität Giessen.
www.bwbs.de

"Martin Winter bezeichnet Herrn Berlusconi als "Polit-Narren von Rom". Ich halte diese Bezeichnung für eine grandiose Verharmlosung; denn "Narr" bedeutet "lustige Person im Theater, Spassmacher, lustiger Ratgeber am Königshof, Hanswurst, Possenreisser" (Wahrig, Deutsches Wörterbuch). Dieser Herr ist aber kein harmloser politischer Possenreisser und auch kein einfältiger Sonderling, er hat mehr als einmal bewiesen, dass er seine Kapital- und Medienmacht rücksichtslos und ohne jedes Unrechtsbewusstsein für seine persönlichen Zwecke einzusetzen bereit ist. Und das finde ich eingedenk seiner Stellung in der EU überhaupt nicht lustig!

FR-Leser Gerd Siebrasse, Göttingen

Antwort von Martin Winter, FR-Büro Brüssel:

Es gibt solche Narren und solche. Es gibt lustige, es gibt harmlose und es gibt gefährliche. Berlusconi gehört in die letztere Kategorie. Wer seine politischen Auftritte, seine Ausfälle und seine gelegentlich ins Abstruse abdriftende Weltsichten verfolgt, der weiss, dass ihm

bei allem Geld und bei aller Medienmacht partiell der Bezug zur politischen Wirklichkeit abhanden gekommen ist. Wenn er ihn jemals gehabt haben sollte. Was man mit Fug bezweifeln mag. Manches überhöht er absurd, anderes missachtet er verantwortungslos. Ein Mann ohne balancierte Vernunft, dem öffentliche, meist grelle Selbstinszenierung bis hin zu dilettantischen Liebesschnulzen die Essenz des Politischen sind. Politik als Unterfall von Unterhaltung, bunt, schreiend und flach. Wohl wahr, Berlusconi setzt seine Kapital- und Medienmacht rücksichtslos ein, um sich die Gesetze so hinzubiegen, wie es ihm gerade passt und nützt. Aber nirgendwo steht geschrieben, dass Narren anständige Menschen sein müssen. Oder lustig. Berlusconi einen Narren zu nennen, heisst nicht, ihn zu verharmlosen. Sondern ihn in der ihm eigenen Art von Gefährlichkeit zu beschreiben."

Dialog Polit-Narr, in: Frankfurter Rundschau 14. November 2003

2003-11-18

"...Die skandalösen Folgerungen, die er daraus zog, brauchten wiederum fast einen Monat, um im Zeitalter der globalen Massenkommunikation ihren Weg vom Biertisch eines Vereinslokals im Raum Fulda bis zu den Redaktionsräumen des Hessischen Rundfunks in Frankfurt zu nehmen. Das heisst, ein deutscher Bundestagsabgeordneter kann in aller Öffentlichkeit monströse Dinge sagen, er kann sie sogar auf seiner amtlichen Homepage veröffentlichen, und einen Monat lang passiert gar nichts.

Es wäre interessant zu untersuchen, was in diesem Zeitraum wirklich geschehen ist? Haben nur zustimmende Dumpfbacken den Vortrag gelesen und gehört? Oder nimmt überhaupt niemand Kenntnis, was ein deutscher Politiker auf Bundesebene so sagt und tut? Gibt es in einer so hoch entwickelten Organisation wie der CDU kein Alarmsystem, das anschlägt, wenn eines der avancierten Mitglieder durchknallt?

Am Ende dieser merkwürdigen Wahrnehmungs- und Kommunikationslähmung steht jedenfalls die Entdeckung der Schnelligkeit. Für das politische Leben in Deutschland kann es nur gut sein, wenn es etwas behänder zugeht, wenn die Devise nicht mehr Aussitzen lautet, sondern Absetzen. Und vor allem erst mal: Aufwachen."

Burkhard Müller-Ulrich, aus: Nur nichts überstürzen. Antisemitismus mit Zeitverzug. In: Frankfurter Rundschau 12. November 2003
www.mueller-ullrich.com

"Die Affäre um die Äußerungen des CDU-Abgeordneten Martin Hohmann über die Juden als angebliches "Tätervolk" sollte Anlass dazu geben, dass sich die deutschen Menschen und damit die Öffentlichkeit über die Bedeutung der Bezeichnung "Juden" klar werden. Hier ein Vorschlag. Mit Juden werden bezeichnet:
1. im religiösen Sinne Angehörige der jüdischen Religionsgemeinschaft und/oder
2. Menschen, die sich deutlich als der jüdischen Kultur verbunden und verpflichtet fühlen und/oder
3. Menschen, die sich selbst als Angehörige einer jüdischen bzw. israelischen Nation begreifen.

Es wird hier von einem subjektiven Identitätsbegriff ausgegangen, das heisst, jeder hat das Recht, selbst zu bestimmen, zu welcher Gruppe er gehört und zugerechnet werden will.

Wenn jemand von angeblichen "jüdischen bolschewistischen Kommissaren" redet, dann benutzt er einen rein ethnischen Nationsbegriff. Denn wir reden ja auch nicht von "katholischen oder protestantischen bolschewistischen Kommissaren". Also ist hier "jüdisch" ja wohl kaum als religiöse Zuschreibung gemeint, und dass die Bolschewiki verkappte zionistische Nationalisten gewesen seien, dazu hat sich selbst die NS-Propaganda nur selten verstiegen. Die von Herrn Hohmann benutzte rein ethnische, das heisst völkische Benutzung des Wortes "jüdisch", erkennbar in der Bezeichnung als "Tätervolk", läuft gleichzeitig auf eine rassistische Definition hinaus, liegt hier doch ein Verständnis des Wortes "Jude" vor, wie es die Nürnberger Gesetze des NS-Regimes festgelegt haben. Dies ergibt sich logisch aus der Sprache und ist völlig unabhängig davon, ob Herr Hohmann einen antisemitischen Ausspruch tun wollte oder nicht. Er spricht in völkischen Kategorien, und offensichtlich denkt und fühlt er auch so, denn nur so ergeben seine Worte überhaupt einen (wenn auch erschreckenden) Sinn.

Die deutschen Medien sollten daraus den Schluss ziehen, mit derartigen Bezeichnungen nicht so leichtfertig umzugehen. Vielleicht lernen wir ja einfach Respekt vor der Selbstbestimmtheit von Menschen".

FR-Leser Prof. Dr. Hans Henning Hahn, Institut für Geschichte, Carl von Ossietzky Universität Oldenburg, In: Frankfurter Rundschau 11. November 2003

"...Barbara Narr arbeitet seit 10 Jahren als Kunsttherapeutin in einem Altenpflegeheim. Ihr geling es, diese Orte der Verwirrung, des Leidens und Sterbens als Orte der Fülle, der Begegnung und der Nähe zu verstehen und uns zugänglich zu machen. Sie tut dies, ohne den Schrecken des Alterns und Sterbens zu leugnen oder einfach auszusparen.

Pflegeheime sind die "geschundenen Stiefkinder" aller "zukunftsgerichteten Therapie und Politik, denn die Zukunft dort heisst Sterben. Tod aber ist die "Anti-Welt", vor der sich die Ohnmacht meiner Sprache erweist. (Jean Amery). Die Konsequenz aus dieser Einsicht aber muss nicht Schweigen sein.

Wenn dort Menschen sind, die Zeit und Geduld haben, anteilnehmend zuzuhören, die selbst offen für die Begegnungen sind und den anderen sein lassen können, dann können auch dort Leben und Sozialität Einkehr halten. Dann können die schrecklichen Erlebnisse angenommen werden, dann können freudige Erinnerungen erneut durchlebt und banal-witzige Geschichten immer wieder erzählt werden, dann bleibt die Fülle des gelebten Lebens gegenwärtig und ermöglicht auch "den liebevollen Umgang mit Menschen, die weit gefehlt haben".

...Dazu gehört auch, den alten Menschen ihren Rhythmus zu lassen. Über das Mass ihrer Aktivität oder Passivität entscheiden sie selbst. Sicher bedarf es der Angebote, aber keiner Bevormundung, keines Exerzierplatzes der Aktivierung. Auf solche verstehende Arbeit müssten Altenpflegerinnen und Altenpfleger vorbereitet werden. Statt dessen lassen die gegenwärtigen Entwicklungen, wie man am Pflegegesetz sieht, befürchten, dass solche Form der Arbeit immer seltener möglich ist."

Elke Steven, aus: "Ach Du greenes Katzchen". In: Komitee für Grundrechte und Demokratie - Informationen. 5/2003
www.grundechtekomitee.de

Barbara Narr: "Ach du greenes Katzchen!" - Notizen aus einem Altenpflegeheim. Books on Demand GmbH, Norderstedt, 2003
ISBN 3-8330-0769-9

Da fällt mir die Begegnung mit einer Altenpflegerin meiner Mutter in ihrem letzten Lebensjahr ein. Die Frau kam ein, zwei mal die Woche, kaufte für Friedel ein, sprach mit ihr und badete sie. In einer liebevollen Art behandelte sie meine Mutter, streichelte ihr sanft über den Busen und badete die alte Frau und beide hatten viel Vergnügen daran.

Jetzt ergab sich aber, dass ihre Wochenbetreuung auch auf den Dienstag fiel - jener Tag, an dem auch ich meine Mutter nachmittags besuchte. Die Altenpflegerin wurde unruhig, unsicher - sie hatte die Raumhoheit verloren. Als ich sie auch noch kritisierte, dass sie alle möglichen Lebensmittel einkaufte, ohne auf den realen Verbrauch meiner Mutter zu achten, wurde sie unwirsch und sagte "dann brauch ich ja nicht mehr zu kommen."

Natürlich kam sie auch weiterhin. Einmal traf sie mich in der Küche an, als ich gerade den Kühlschrank reinigte. "Sie putzen ja den Kühlschrank" sagte sie erstaunt. "Irgend jemand muss es ja machen", sagte ich verärgert.

Ich weiss nicht, ab wann die Frau nicht mehr kam, ich kenne den Grund nicht. Ich erinnere mich nur daran, dass wir ihr, nach Friedels Tod, eine Trauerkarte in ihren Briefkarten schmissen und dass Tage später Dagmar sie beim Konditor ansprach und ihr erzählte, dass Frau Baumert gestorben sei. Sie blickte kurz auf, als erinnerte sie sich nur noch schwach an diese Frau und ging wortlos weiter.

Seltsame Begegnungen der dritten Art, die meine Skepsis über bezahlte Soziale Arbeit eher verstärken als abschwächen.

"...Nach einer Theorie von Günter Amendt zerfällt die Gemeinschaft der ernst zu nehmenden Bewunderer Dylans in drei Fraktionen: Die eine vergöttert ausserdem noch Neil Young, die andere Van Morrison und die dritte Leonard Cohen. Der Berichterstatter gehört seit der Pupertät, in der unwiderruflich alle Weichen gestellt werden, zur Cohen-Fraktion und fragt sich bis heute, was die Leute an Neil Young finden. Könnte der nicht endlich in den Stimmbruch kommen?

Zusammen mit Van Morrison sang Dylan 1989 und abermals 1993 ONE IRISH ROVER, in grandiosen Versionen, und es ist verrückt, dass man sich diese Aufnahmen von Bootleggern beschaffen muss. Auch eine offizielle 100-CD-Box mit Raritys & Lost Songs von Dylan würde ihre Abnehmer finden.

Unter den genannten drei Fraktionen ist die Leonard Cohen liebende die kleinste. 1977 sang Dylan im Chor beim Refrain von Cohens Song DON'T GO HOME WITH YOUR HARD ON ("Geh nicht nach Hause mit deinem Steifen") mit, und Cohen, der sich nie nachgerühmt hatte, dass er grösser als Elvis sei, bezeichnete Dylan als den "Picasso of Song"....."

Gerhard Henschel, aus: Und ewig zittern die Rippen. Von jungen Schachteln, keinen Kartoffeln und einem selbst tankenden Panzer: Ein halbes Leben mit Bob Dylan. In: Frankfurter Rundschau 30. Oktober 2003

"Es gab einmal einen Film, einen ungarischen, Sindbad war sein Titel, und er ist im Ungarn des János Kádár in den 70er Jahren zum Kultfilm geworden. Zoltán Huszárik hat ihn nach dem gleichnamgen Prosaband von Gyula Krúdy gedreht. Krúdy (1878-1933) wird in der nichtungarischen Rezeption vor allem mit Proust und Joyce verglichen....

....Sindbad war die Reinkarnation des idealen ungarischen Mannes, dessen Gestik und mannhaft brummender Bariton fast jedem als etwas Bekanntes vorkamen, da dieses Verhaltensrepertoire in der Tiefvergangenheit des nationalen Unbewussten wurzelte: seine Elemente lebten in unseren Körperhaltungen, Tonfällen und Augenleuchten weiter..

..Sindbad ist eine passive Kreatur, die Verkörperung weiblicher Wunschbilder, die von Männern gedacht worden sind. Er generiert weibliche Wünsche durch sein blosses Auftreten. Sein Charme, sein Verführungspotential stammen aus seiner dominanten Position. Sindbad lebt in der Welt seiner früheren Liebschaften, in der Vergangenheit, in den Träumen und Erinnerungen.

Ein Räsoneur, der leise spricht und sich wenig bewegt. Im Gegensatz zu ihm ist Don Juan ein aktives Wesen, der die Frauen unaufhörlich umwirbt, einverleibt und umlegt, und hat er sich einmal befriedigt, bricht er sofort zu neuen Abenteuern auf. Er hält keinen Augenblick inne, omnipotent wie er ist, ist er ständig in Bewegung. Die weiblichen Wünsche werden, wie wir seit Kirkegaard wissen, durch seine unauslöschlichen Energien geweckt; die Grundlage seiner Anziehungskraft liebt in seiner sinnlichen Genialität. Sindbad vertritt die Welt der archaischen Ordnung, Don Juan ist ein Kind der bürgerlichen, von der

Zielgerichtetheit sinnlichen Seins gesteuerten Welt. Sindbad ist die in die Gegenwart überfliessende Vergangenheit, Don Juan ist die in die Gegenwart kodierte Zukunft.

Akzeptieren wir jedoch, (...) dass Don Juan im Gegensatz zu Sindbad ein Vorbote der Moderne ist, werden uns einige unangenehme Fragen nicht erspart bleiben.

(...)Was sollen wir mit der Intimsphäre unserer Lebenswelt anfangen, in der, wie Niklas Luhmann festgestellt hat, die Sexualität frei geworden ist, und der gültige Kodesatz des zwischenmenschlich als sinnvoll anerkannten körperlichen Verhaltens von der Semantik des Sports durchdrungen wird? Können wir demnach überhaupt noch fähig sein, nicht unseren eigenen Körper zum wichtigsten Zielobjekt unseres "Identitätsprojekts" zu machen?

Und werden wir es noch jemals erleben, dass in unseren Intimsphäre nicht der Leistungszwang des individuellen Mobile-Positioning-Prinzips bestimmend sein wird? Und letztlich und zum Schluss: Wie gross sind die Chancen dafür, dass in unseren Liebesbeziehungen die Semantik des Sports wieder abgelöst wird durch ein neu in Kraft tretendes Prinzip von Sinnlichkeit und Gefühl, in dessen Zentrum unser Bezogensein aufeinander steht?"

Miklós Hadas, aus: Sindbads Gier auf nackte Frauenkörper. Der Ungar Miklós Hadas blickt mit Beklemmung auf die Bedürftigkeit und innere Leere osteuropäischer Intellektueller zurück.
In: Frankfurter Rundschau 3. November 2003

Der Autor, geboren 1953 in Budapest, ist Soziologe, Kulturhistoriker und einer der Spezialisten für gender-studies an der Buespa in der ungarischen Hauptstadt. Er gibt ausserdem die soziologische Vierteljahreszeitschrift "Replica" heraus. Seit 1994 ist er an der Budapester Universität für Wirtschaftswissenschaften Professor für Soziologie. Seine zahlreichen Veröffentlichungen erschienen auf Ungarisch, Englisch und Französisch.

Die Übersetzung der Rede aus dem Ungarischen besorgte Lajos Adamik.

Die Römerberggespräche.
"In Liebe, Europa..." - die Römerberggespräche hatten sich für ihre 30. Auflage am

vergangenen Wochenende in der Frankfurter Paulskirche ein auf den ersten Blick etwas skurril wirkendes Thema vorgenommen. Doch dahinter standen weitreichende Fragen. Etwa die nach einem europäischen Gefühlshaushalt, der in diesen schwierigen Zeiten als Resssource bereit steht, um in dem räumlich grösser und wirtschaftlich gewichtiger werdenden Europa Verbindlichkeiten zu schaffen - ein moralisch-emotionaler Kitt, der perspektivisch auch in der Konkurrenz zu den USA wirkungsvoll sein könnte." (FR-Text)

"...Das Ende des Krieges und die Befreiung von Hitlers Terrorregime hinterliess ein Volk, dass viele Jahre lang in einer gesellschaftlichen Welt des Wahnsinns gelebt hatte. Die von Melanie Klein entdeckten grausam-destruktiven psychotischen Phantasien des Zerstückelns, Zerreissens, des Beraubens und Entleerens, des Verbrennens (durch Urin), des Vergiftens (durch Darmgase) und der totalen Vernichtung des durch exzessive Projektion absolut böse gewordenen Objekts, deren inhaltliche Beschreibung Entsetzen, Ablehnung und feindselige Abwehr hervorgerufen hatte, waren in Deutschland Wirklichkeit geworden. Psychotische Phantasien, die uns allen manchmal in unseren Träumen und in der Analyse schwer gestörter Patienten begegnen, waren zu gnadenlosen Handlungen geworden."

Ruth Cycon, die Herausgeberin von Melanie Kleins GESAMMELTEN SCHRIFTEN (Verlag Frommann-Holzboog, Stuttgart-Bad Cannstatt 1995-2000)
zitiert nach: Hermann Beland, Urverbindung von Baby und Brust. Die intersubjektive Wende hat im Kleinianisms schon vor Jahrzehnten stattgefunden. In: Frankfurter Rundschau 4. November 2003

Hermann Beland ist Psychoanalytiker in Berlin und war von 1998 - 1990 Vorsitzender der Deutschen Psychoanalytischen Vereinigung (DPV).

Der Bundsrat will wilde Tiere aus der Manege verbannen. Dies wird - sollte es eine gesetzgebende Mehrheit im Bundestag geben - das Ende des alten Zirkus sein, den wir geliebt haben. Wer denkt nicht mehr gerne an die Tage seiner Kindheit zurück, als wir die Welt der wilden Tiere in der Smart-Version des europäischen Zirkus kennen lernten.

Und selbst als Erwachsene waren wir noch von ihm begeistert, so dass zum Beispiel Crossair-Gründer Moritz Suter im Zirkus Knie in Basel bei der Aktionärsversammlung auf

einem Elefanten einritt, beklatscht und beschmunzelt von uns Kleinaktionären bzw. Mitarbeitern des Basler Ausnahmeunternehmens (Vorsicht: Lobhudelei).

"...Der Zirkus soll weggedrückt werden", vermutet (Harry Spindler-)Barelli. Und: "Wir leben von den Einnahmen, und die Leute, überwiegend Kinder, kommen zu 90 Prozent wegen der Tiere." Ein Zirkus ohne Tiere ist für Barelli kein Zirkus. "Das ist Varietee! Das ist ja wie ein Wienerwald ohne Hendl". Wenn sie ihnen die Tiere verbieten sollten, findet er, dann müssten sie das woanders auch. Beispielsweise im Zoo, auf der Rennbahn, auf dem Hühnerhof, auf der Pelzfarm...."

Iris Hilberth, aus: "Ein Zirkus ohne Tiere ist keiner". Bundesrat will wilde Tiere aus der Manege verbannen - das ärgert Direktor Spindler-Barelli und einige Kollegen. In: Frankfurter Rundschau 28. Oktober 2003.

Und denkt an "Mit dem Clown kamen die Tränen", jene Hommage an den Lörracher Solarpionier Jürgen Kleinwächter ("Bomin Solar") von Johann Mario Simmel.

Und, last but not least, an James Bond. Ohne Zirkus mit wilden Tieren hätte es einen guten Bond-Film weniger gegeben.

2003-11-13

"...Zuletzt sorgte er mit einem Interview zur Medienkrise für Aufsehen, indem er der Larmoyanz der Verleger rigorose Lösungsansätze entgegenschleuderte. So waren die Herausgeber der FAZ nicht sonderlich angetan, als Zerdick in ihrer Sonntagszeitung behauptete, dass grosse Unternehmen "Stellenangebote bald nur och aus Dummheit, Faulheit oder Mitleid in grossen Zeitungen veröffentlichen" würden, und dass die Einsparungen der Verlage so wären, als würde "VW sagen: Der Golf verkauft sich im Moment leider schlecht, deshalb können wir leider nur noch drei Sitze einbauen."

Für die zögerlichen Reaktionen der Verlage auf die Konkurrenz des Internets fiel ihm natürlich auch ein röhrender Vergleich ein: "Wenn Sie bisher die besten Pferde gezüchtet haben, können Sie auf die Erfindung des Automobils auch nicht graduell reagieren und statt Hufe Räder unter ihre Pferde schrauben und später vielleicht noch einen Auspuff anhängen."

Solche brillanten Einwürfe werden demnächst fehlen, vom Menschen ganz zu schweigen. Vorgestern wäre Axel Zerdick 62 Jahre alt geworden, zwei Tage davor, am vergangenen Montag, brach er auf dem Flughafen tot zusammen."

Oliver Gehrs, aus: Immer Vollgas. Zum Tod des Medienwissenschaftlers Axel Zerdick. In: Frankfurter Rundschau 07. November 2003-11-13

"...Die Rede Hohmanns zum 3. Oktober kam ja nicht ganz zufällig bei dem KSK-General Günzel an. Man scheint einander zu schätzen. Und man muss nicht gleich ein richtiges Netzwerk der Verwirrten vermuten, um zu zweifeln, ob die begeisterte Antwort den Bruder im Geiste überrascht haben kann. Es geht nicht um Antisemitismus allein oder um die wiederholte Gegenüberstellung von Juden und Deutschen. Zum Mitschreiben, Herr Hohmann: Judentum ist eine Religion, auch eine in Deutschland. Es geht vielmehr um einen erneuten Versuch aus der Generation der Nachgeborenen, die Schuld der Deutschen an den nationalsozialistischen Verbrechen zu relativieren. Besonders widerlich ist, dass man die Argumentation auf einen biedren christlichen Fundamentalismus basieren lässt, Motto: die Täter waren die Gottlosen...."

Richard Meng, aus: Antisemitismus. Hohmanns Freunde. In: Frankfurter Rundschau 05. November 2003-11-13

"Untersuchungen der Bundeswehr... Brief von KSK-Chef Reinhard Günzel... antisemitische Rede des CDU-Abgeordneten Martin Hohmann... Die Worte tropfen auf die Köpfe im Frühstücksraum wie Regen auf gespannte Nylonschirme. Ein Mann am Einzeltisch blättert in einer Boulevardzeitung. Ein Mann auf der gepolsterten Bank starrte auf sein belegtes Brötchen. Eine Frau schüttelt murmelnd ihr rot gefärbtes Haar, bevor sie aufsteht und die leeren Kaffeetassen zurück an die Bar bringt. Reste eines "Spass-Frühstücks" im Cafe "Fünf Meister Bäcker". Morgens um zehn in Neuhof.

Neuhof , Kennzeichen FD

Dichter Nebel über dem Dorf, schluckt die grauen Hänge des Kalibergs, der bei klarer Sicht die Dächer überragt. Irgendwo in der weissen Suppe stinken Misthaufen,

Kirchenglocken läuten. Neufhof, Kfz-Kennzeichen FD, ein Nest in der hessischen Provinz, 15 Kilometer von Fulda entfernt. 11512 Einwohner, 406 Arbeitslose und 150 Teilnehmer einer Feierstunde, die am 3. Oktober im Bürgerhaus der antisemitischen Rede ihres früheren Bürgermeisters Martin Hohmann gelauscht haben, ohne an seinen Worten sichtbar Anstoss zu nehmen.

Die junge Apothekerin am Lindenplatz bezeichnet sich als unpolitisch. Der Kneipenwirt im "Schützenhaus" behauptet, niemanden zu kennen, der bei der Rede dabei war, und vermutet, dass sich ohnehin niemand dazu äussern will, "nachdem wir in der Presse als dickbäuchige Nazis dargestellt werden". Im Übrigen habe der Hohmann die Wahrheit gesagt, die werde man wohl doch sagen dürfen. Er faltet die Hände auf seinem Bauch, der sich unter der Schürze wölbt.

Im "Imbiss Döner Kebap" an der Fuldaer Strasse kreiselt am Mittag ein unversehrter Fleischspiess am Fenster. Der Mann hinter der Theke spricht gebrochenes Deutsch. Er sagt, er lebe seit zwei Jahren in Neuhof. Draussen brausen Autos Richtung Ortsausgang. Manchmal brüllen Glatzen aus dem offenen Fenster eines weissen Opels, sagt der Mann, aber das passiert eher nachts. Er erzählt von seinen Nachbarn, den Inhabern des Gasthauses "Alt Neuhof", mit denen er häufig aneinander gerate, ein Ehepaar. Die Frau, Polin, sei oft vor seinem Fenster aufgetaucht, wenn eine seiner Schwestern ihm im Laden half, und habe Fotos gemacht. Am nächsten Tag standen Beamte vor seiner Theke, um Arbeitserlaubnisse zu kontrollieren. "Aber es gibt nicht nur solche Leute hier." Der Mann sagt, bisher sei ein Rollladen nur einmal mit ausländerfeindlichen Parolen beschmiert worden. Eine Kundin, mit deutlichem Akzent, sagt, dass sie die Aufregung nicht verstehen kann. "Der Hohmann hat das ja nur gegen die Juden gesagt, nicht gegen Ausländer. Das ist doch nur ein kleines Dorf, und hier leben auch gar keine Juden." Die junge Frau sagt, dass sie Deutsche ist, deutsche Staatsangehörige, mit einem deutschen Staatsangehörigen verheiratet. In der Küche läuft ein Radiogerät.

Nebenan an der Theke

Im "Alt Neuhof" blättert die Wirtin in einem zerfledderten Farbausdruck des Redemanuskripts. "Der Hohmann ist ein gläubiger Christ mit geraden Linien, ein gläubiger Christ kann kein Antisemit sein." Ein Frührentner fragt auf den Tresen gestützt bei einem Glas Bier: "Dass der General da jetzt gehen muss, ist das vielleicht in Ordnung? Wie bei den Nazis ist das." Ein alter Mann sagt: "Die Wahrheit darfst du sowieso net sagen, nie.

Und das ist Demokratie." Der Frührentner sagt: "Ein bisschen Nationalstolz würde uns gut zu Gesicht stehen." Der Franzose "hat ihn, der Engländer hat ihn, der Amerikaner hat ihn", sagt die Wirtin. "Der Jude ist unterdrückt worden, der Jude ist vergast worden, ich weiss das, eine schlimme Sache." Aber vielleicht sei doch die Zeit gekommen, wo man wieder mal sagen muss: Das eigene Volk zuerst. "Irgendwann muss mal Schluss sein."

Draussen im Ort sagt ein Familienvater, in der Türkei geboren, Neuhof sei "ein Abziehbild von Fulda, schwarz wie die Nacht", aber er habe gelernt, damit zu leben, auch mit der Ausländerfeindlichkeit. "Ich hab das Volk hier in Ruhe gelassen, was hinter meinem Rücken gesagt wird, interessiert mich nicht." Der Mann sagt: "Es gibt überall Idioten."

Es heisst, dass es in Neuhof eine rechtsradikale Jugendszene gibt. "Verbrecherische Ausländer, die so etwas behaupten." Heisst es im "Alt Neuhof". Als Unbekannte Ende vergangenen Jahres in das Gebäude einer türkischen Metzgerei in Neuhof einbrachen, die Wasserhähne aufdrehten und erheblichen Sachschaden verursachten, beschmierten sie bei ihrem Anschlag die Wände des Hauses mit Hakenkreuzen. "Klassischer Versicherungsbetrug", sagen sie im "Alt Neuhof". Der Metzger, Sedak Gemük, lebt mit seiner Familie inzwischen in Düsseldorf. Am Telefon sagt Gemük, er habe lange versucht zu kämpfen, aber in Neuhof "keine Chance" gehabt, gegen Nachbarschaft und Verwaltung. "Noch bevor das erste Tier geschlachtet war, riefen Leute beim Veterinär an, um sich über den Gestank zu beschweren. Wir hatten an dem Tag minus 20 Grad." Er sagt, er habe nach Siegen der deutschen Fussballnationalmannschaft bei der WM 2002 junge Leute mit Hakenkreuzfahnen durch Neuhof laufen sehen. "Verkleidete Türken", sagen sie im "Alt Neuhof".

Die Sekretärin von Maria Schultheis, für die CDU Bürgermeisterin von Neuhof, teilt mit, die Bürgermeisterin sei zu keiner Stellungnahme bereit. Auch kein anderer aus der Gemeindeverwaltung wolle die Atmosphäre während der Rede am 3. Oktober im Bürgerhaus schildern.

60 Skins habe es früher in Neuhof gegeben, vielleicht auch mehr, sagt eine 19-jährige am Ecktisch im Cafe "Fünf Meister Bäcker", die nicht namentlich zitiert werden will. Heute habe sie kaum Kontakt zur rechten Szene von Neuhof. "Die fallen auch nicht mehr so auf, weil die meisten keine Glatzen haben, nur Springerstiefel und schwarz-rot-gelbe Schals". Sie sagt, dass sie irgendwann die Randale gestört habe, das Rumgrölen. Anzeigen gab es, klar, wegen Ruhestörung. Einer der Jungen habe mit einem weissen Edding

"Ausländer raus" auf sein Auto geschrieben. Warum sie nichts gesagt hat? "Ich misch mich da nicht ein. Ich denk mir meinen Teil, aber ich sag nichts." Die 19-jährige findet, dass Hohmann aus der CDU ausgeschlossen werden sollte.

Der chancenlose Gegenkandidat

Helmut Müller war Gegenkandidat der SPD bei den letzten Bürgerschaftswahlen in Neuhof, chancenlos natürlich. "Wenn du hier was erreichen willst, musst du zur CDU gehen", sagte der 68-Jährige: "Das war so, ist so und bleibt wahrscheinlich so." Müller möchte das Gespräch lieber im leeren Versammlungsraum vom "Alt Neuhof" führen. Nebenan sitzt der Wirt am Tisch und wickelt Bestecke in Papierservietten, während seine Gäste am Tresen über die "Judenmafia" poltern, die Möllemann und Lady Diana auf dem Gewissen habe. Ein gepflegter Herr in den 50ern sagt, in Deutschland seien das nicht mehr als 900 Leute gewesen, die die Juden ermordet haben, und die anderen, "die anderen haben davon doch gar nichts gewusst." Feierabend in Neuhof. Müller sagt, er sei kein Feind von Martin Hohmann, "wir waren eher ein bisschen befreundet, als er Bürgermeister war", trotz politischer Differenzen. In seiner Funktion als Gemeindevorstandsmitglied der SPD habe er sich "geopfert", am 3. Oktober im Bürgerhaus. Müller erinnert sich an eine Kapelle, die vor der Rede aufspielte, "Deutschlandlied und so". Von den 150 Anwesenden seien die meisten CDU-Klientel gewesen, auch ein Lehrer mit ein paar Schülern. Hohmann habe vielleicht eine halbe, dreiviertel Stunde gesprochen. "Mir ist bald schlecht geworden. Ich hab gedacht: Wärst du doch bloss zu Hause geblieben." Müller lacht. Er hat den Saal nicht verlassen. "Man will keinen Eklat, wissen Sie, da wird man schief angeschaut im Dorf."

Karin Ceballos Betancur (Neuhof), aus: Das Schweigen der Provinz. In Neuhof will zu den antisemitischen Ausfällen des CDU-Politikers Hohmann lieber niemand was sagen. In: Frankfurter Rundschau 7. November 2003-11-13

"...Die Mitwirkung der Juden an der russischen Geschichte, ihr historischer Beitrag, ist also keineswegs im Sinne der vereinfachenden Formel von der "Täterschaft des jüdischen Volkes" zu verstehen. Der Blick in die Geschichte zeigt vielmehr eine sehr komplexe Situation. Festzuhalten ist vor allem, dass die Rede von der Täterschaft in ihrer scheinbaren Eindeutigkeit nicht nur den historischen Sachverhalt entstellt, sondern auch

nahe legt, auf dem Wege des histographisch-wissenschaftlich gewiss "unverdächtigen" Vergleichs mit anderen "Täterschaften" bei einem eher politisch motivierten Statement zu bleiben: Bei der Gleichsetzung der mit dem Wort Täterschaft gemeinten, jeweils unterschiedlichen Täterkomplexe. Relativiert werden soll, mit anderen Worten, die deutsche Täterschaft.

Die antijüdische Zuspitzung der späteren Stalindiktatur ist nur aus dem Zusammenspiel des totalitären Generalangriffs auf die Gesellschaft mit den reaktivierten antisemitischen Traditionen der russischen Geschichte zu verstehen. Insofern dürfen wesentliche Unterschiede zwischen Hitlers Taten und Stalins Verbrechen gegen die Juden nicht übersehen werden: Hitler proklamierte den Antisemitismus offen, Stalin wagte es nie, sich völlig von der internationalistischen Tradition des Sozialismus und Kommunismus zu lösen. Es gab noch in den schlimmsten Zeiten der stalinistischen Judenhetze rhetorische Distanzierungen vom Antisemitismus. Man könnte einwenden, dies nütze den Opfern nichts. In Wirklichkeit rettet dieser Unterschied viele. Im Gegensatz zum allumfassenden Rassenwahn Hitlers, welcher in jedem Menschen mit jüdischem Blut einen Feind sah, der vernichtet werden musste, wollte Stalin den jüdischen Nationalismus und den Kosmopolitismus ausrotten. Stalin wollte die jüdische Kultur und das Nationalbewusstsein der Juden vernichten, Hitler die Juden als Volk.

In letzter Zeit wird versucht, die Geschichte der Sowjetunion durch sensationelle Enthüllungen über die Verbrechen des Kommunismus umzuschreiben. Gewiss sind viele Archive erst seit kurzem geöffnet, und die von Historikern auf Grund von neu erschlossenen KGB-Akten sowie Dokumenten regionaler Behörden rekonstruierten Details vertiefen unser Verständnis der Sowjetdiktatur. Was aber oft als kapitale Entdeckung gefeiert wird, war seit Jahrzehnten bekannt, nur hat man die entsprechenden Berichte, auch jüdischer Zeitzeugen und Schriftsteller, entweder nicht gelesen oder daraus keine Schlussfolgerungen ziehen wollen.

Wäre Stalin ein zweiter Hitler gewesen, so wäre der Kampf des JAFK an Stalins Seite eine Absurdität gewesen. Ungeachtet der Tragödie der Vernichtung der Komiteemitglieder durch die "Organe" war ihr Kampf mit dem Sowjetregime gegen Hitler eine bittre Notwendigkeit, zu der es, nicht nur für die sowjetischen Juden, keine Alternative gab. Und so bleibt, der Millionen sowjetischer Soldaten zu gedenken, die im Kampf gegen Hitlerdeutschland gefallen sind oder in der Gefangenschaft ermordet wurden. Ohne ihr

Opfer wäre die Welt verloren: sie haben uns vor der Herrschaft des mörderischen Nazismus gerettet. Auch den Helden der Roten Armee verdanken wir neben den westlichen Alliierten unser Überleben."

"Man könnte "Juden mit einiger Berechtigung als "Tätervolk" bezeichnen", erklärte der CDU-Bundestagsabgeordnete Martin Hohmann kürzlich mit Verweis auf die Rolle von Juden im Sowjetkommunismus. Der Historiker Arno Lustiger weist nach, dass diese Formel keiner historischen Wirklichkeit entspricht. Wir drucken Auszüge aus seinem Werk "Rotbuch. Stalin und die Juden" (Aufbau Verlag, Berlin 2002)."
Zitiert nach: Frankfurter Rundschau 06. November 2003-11-13

"...FR: Ist General Günzel lediglich ein Einzelfall, oder gib t es in der Bundeswehr antisemitische Tendenzen?

Wolfgang Gessenharter: Da muss man differenzieren. Das Problem der Bundeswehr ist weniger Antisemitismus oder Rechtsextremismus, sonder das der "Neuen Rechten". Ob Günzel "verwirrt" ist, wie sich Verteidigungsminister Struck ausgedrückt hat, das weiss ich nicht. Ich kenne ihn nicht. Aber es hat in der Bundeswehr immer schon Tendenzen gegeben, sich mit dem Gedankengut derer anzufreunden, die ich als "Neue Rechte" bezeichnen will. Das hängt sicher auch mit dem Offiziersbild zusammen, was innerhalb der Bundeswehr über Generationen hinweg weitergetragen wurde.

FR: Von welchem Bild sprechen Sie?

Wolfgang Gessenharter: Es ist das Bild vom Soldaten, der in einer von Feinden umgebenen Welt lebt, einer Welt, in der er ausgebildet ist, in Kriegen zu bestehen. Dabei sind moderne Kriege längst anders. Herr Günzel aber scheint genau diesem alten Bild anzugehören. Der Sympathiebrief, den er an Hohmann geschrieben hat, ist in dieser Hinsicht ausserordentlich vielsagend.

FR: .....inwiefern?

Wolfgang Gessenharter: Der Brief bedient all das, das in der "Neuen Rechten+" en vogue ist: Er zeichnet ein klar kontinuiertes Freund-Feind-Bild. Er vergisst nicht, das "linke Lager" zu erwähnen, das es einem unmöglich mache, die "Wirklichkeit" so wahrzunehmen, wie

sie ist. Und Günzel beglückwünscht Hohmann ja denn auch folgerichtig dazu, dass er "mutig" genau diesen Kampf führe - sich gegen die Linke zu stellen All das ist die Diktion der "Neuen Rechten" in Reinkultur, exakt so, wie man das etwa aus dem Umfeld der Jungen Freiheit kennt.

FR: Woher kommt dieses Lagerdenken?

Wolfgang Gessenharter: Man kann sich in diesen Kreisen die Welt gar nicht anders vorstellen als in Freund-Feind-Kategorien - die können übrigens sowohl aussenpolitisch als auch innenpolitisch sein. Die Feinde müssen bekämpft werden. Und für die Freunde heisst die Parole: "Wir müssen fest zusammenhalten".

FR: Gibt es Indizien dafür, dass das Netzwerk der" Neuen Rechten" in der Bundeswehr hineinreicht?

Wolfgang Gessenharter: Nehmen wir den akuten Fall. Herr Hohmann ist ganz fest mindestens seit 1997 in dieses Netzwerk nicht nur intellektuell, sondern auch personell eingebunden. Wieweit Hohmann und Günzel miteinander bekannt sind, das weiss ich nicht. Ich habe nur immer wieder mit Erstaunen wahrgenommen, dass manche Generäle, wenn sie erst einmal pensioniert waren, sofort ihr rechtes Herz entdeckten. Die liessen sich dann sehr schnell und ohne irgendein Problem in die Kommunikationskanäle der "Neuen Rechten" einbinden. Und manchmal reichen diese Kanäle bis in den rechtsextremen Bereich.

FR: Ist in den vergangenen Jahren nicht genau genug in die Bundeswehr hineingeschaut worden? Wegen des Falls Günzel gibt es nun die ersten Forderungen, sich die Bundeswehr auf rechtsextreme oder antisemitische Tendenzen genauer anzuschauen?

Wolfgang Gessenharter: Nur zur Klarstellung: Der Fall Günzel hat meines Erachtens nichts mit rechtsextremistischen Tendenzen zu tun. Es hat etwas mit der "Neuen Rechten" zu tun. Der Rechtsextremismus ist für mich in der Bundeswehr ein untergeordnetes Problem - die "Neue Rechte" stellt indes schon einiges dar. Denn auch die "Neue Rechte" betreibt im Kern eine Aufweichung des Grundgesetzes. Es ist eher eine Form von politischer Mimikry, von Verstellungskunst. Und diese Gedanken der "Neuen Rechten" haben in der Bundeswehr schon einen Resonanzboden.

FR: Welche Konsequenzen wird der Schritt von Struck innerhalb der Bundeswehr haben?

Wolfgang Gessenharter: Ich hoffe, dass Struck vielen Soldaten klar gemacht hat, wo die politischen Autoritäten liegen. Ich fände es wichtig, dass die Bundeswehr nicht aufhört, das Konzept des "Staatsbürgers in Uniform" immer wieder ganz ernst zu nehmen, zu pflegen und, wo es nötig ist, auch durchzudrücken. Wenn das ernsthaft betrieben wird, dann haben es die "Neuen Rechten" schwerer, in der Bundeswehr Fuss zu fassen.

FR: Ist also bisher noch nicht genug getan worden?

Wolfgang Gessenharter: Es kann gar nicht genug getan werden, weil die Verführung in jeder Armee gross ist, in sich selbst eine abgeschlossene Gruppe von Kämpfern zu sehen und nicht eine Gruppe von, nennen wir es: Friedensdienern."

"Der Fall Hohmann und die Bundeswehr. Wie sehr ist in der Affäre die Handschrift der "Neuen Rechten" zu erkennen? Eindeutig, glaubt der Politikwissenschaftler Wolfgang Gessenharter von der Universität der Bundeswehr in Hamburg. Gessenharter sieht es als eine Strategie der "Neuen Rechten", durch gezielte Tabubrüche wieder jenem Volksempfinden auf die Sprünge zu helfen, das sie selbst als "gesund" bezeichnen. Mit ihm sprach FR-Redakteur Axel Vornbäumen."
In: Frankfurter Rundschau 6. November 2003-11-13

"...Allenfalls die aufflammende Debatte um die erneuerbaren Energien liess ahnen, dass noch ganz andere Zukunftsthemen politisch zu bewältigen sind. Nach einer Studie des Öko-Instituts und des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) muss bis zum Jahr 2030 in Deutschland eine Kraftwerksleistung von mindestens 50 000 von 110 000 Megawatt ersetzt werden. Die Atomkraft trägt derzeit rund 30 Prozent zur Stromversorgung bei, 80 (Anmerkung DEB: ein Setzfehler - oder sind es 62? - ein Fall für Pisa?) Prozent des Stroms kommen aus fossilen Kraftwerken. Der Anteil des Ökostroms soll von derzeit acht auf 12,5 Prozent im Jahr 2010 steigen, und das heisst in erster Linie Ausbau und Weiterförderung der Windenergie - nur so können Klimaschutzziele eingehalten werden, schliesslich hat sich die Bundesregierung bis zum Jahr 2012 verpflichtet, 21 Prozent weniger Treibhausgase in die Luft zu blasen.

Die anstehenden Investitionsentscheidungen spalten das Regierungslager. Wirtschaftsminister Wolfgang Clement (SPD) macht sich zum Fürsprecher der

energiepolitischen Dinosaurier, die vier Grossen der Branche, E.on, RWE, Vattenfall und EnBW, wollen an dem bisherigen Energiemix fest- und die lästige Konkurrenz, die ihnen aus dem Aufwind der Regenerativen entgegenweht, klein halten. Denn die 8,2 Milliarden Euro Gesamtumsatz, die die junge Branche im vergangenen Jahr erzielte, sind längst kein Klimpergeld mehr. Ob bei den Herstellern oder den Betreibern in erster Linie kleine und mittlere Unternehmen.

Es verwundert nicht, dass in die dieser Situation der Vorstandsvorsitzende der Vattenfall Europe, Klaus Rauscher, die Chance sieht, die Reaktoren Brunsbüttel und Krümmel über die ausgehandelten Restlaufzeiten hinaus Strom produzieren zu lassen und dass sich die CDU-Opposition einmal mehr für den Bau neuer Atomkraftwerke stark macht.

Sind diese nur Versuchballons? Zerbrechen nicht die AKW-Planspiele an pekuniären Vorgaben? Sind die AKWs nicht nur dann profitabel, wenn sie möglichst lange Strom produzieren? Ein Blick über den Zaun ins europäische Ausland stimmt nachdenklich: Finnland will ein fünftes Atomkraftwerk und die französische Industrieministerin Nicole Fontaine hat gerade die Debatte um die Realisierung eines "Prototyps" des Europäischen Druckwasserreaktors mit ihrem Pro-Votum angeheizt: das deutsch-französische Firmenkonsortium Siemens/Framatome setzt natürlich auf staatliche Subventionen.

Die politischen Ziele des Gorleben Wiederstands sind mithin schon ehrgeizig: die Schächte in Gorleben sollen verfüllt werden, die AKW-Betreiber sollen per Gesetz zur vollständigen Finanzierung einer vergleichenden Endlagersuche verpflichtet werden. Der Richtungsstreit fossil-nuklearer Stromproduktion soll zu Gunsten der Regenerativen Stromproduktion entschieden, die pro-atomaren Träume der Lobby zum Platzen gebracht werden.

Doch vorsichtig: das Abschalten des Uralt-Reaktors Stade, der aus rein ökonomischen Gründen im November fast zeitgleich zum alljährlichen "winterlichen Castor-Umzug" - so Jürgen Trittin auf dem 12. Atomrechtssymposium in Köln - vom Netz geht, hat, bei aller Freude über dessen Stilllegung, nichts mit dem geforderten Atomausstieg zu tun. Seine Reststromkontingente verlängern die Laufzeit anderer AKWs.

Vom Ausstieg ist man also noch weit entfernt, und angesichts der energie- und umweltpolitischen Relevanz verdienen die Demonstrationen auf ihrer CASTORellen Landpartie im Wendland nicht nur Respekt, sondern vielmehr auch Unterstützung."

Wolfgang Ehmke, aus: Wenn im Spätherbst das Wendland ergrünt. Der Widerstand gegen die Atommülltransporte nach Gorleben verfolgt ehrgeizige Ziele in der Energiepolitik. In: Frankfurter Rundschau 7. November 2003

"Wolfgang Ehmke ist derzeit viel beschäftigt. Als Vorstandsmitglied der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V. hilft er den Widerstand der Wendländer gegen den bevorstehenden Castor-Atommülltransport ins Zwischenlager Gorleben zu koordinieren. Die Bürger um Lüchow-Dannenberg wollen nicht auf dem Nuklearabfall sitzen bleiben - und sie setzen sic für ein Umsteuern in der Energiepolitik hin zu erneuerbaren Energien ein." (FR-Text)
www.bi-luechow-dannenberg.de

"Angesichts der Diskussion um den Subventionsabbau fällt auf, dass die staatliche Subventionen an die Kirchen nie erwähnt werden. Wir meinen die Sonderausgabe "unbegrenzte Abzugsfähigkeit der gezahlten Kirchensteuern" (Subventionsbericht der Bundesregierung)

Das Ausblenden dieser Subvention ist auch deswegen kaum nachzuvollziehen, weil es sich mit 3,58 Milliarden Euro in 2002 um die zweithöchste Subvention überhaupt handelt. Die Sonderausgabe wurde zwar von Koch und Steinbrück in ihrem Abbau-Entwurf erwähnt, ihre Begrenzung aber sofort verworfen.

Dabei ist die Absurdität dieser Subvention mit Händen zu greifen: Die Kirchenmitglieder brachten 2002 für beide Grosskirchen ca. 8,5 Milliarden Euro an Kirchensteuern auf, der Staat honorierte dies seinerseits mit 3,58 Milliarden Euro. Alle Steuerzahlenden, also auch Nichtkirchenmitglieder, refinanzieren die persönlichen Kirchenmitgliedsbeiträge zu mehr als 40 Prozent. Das von Koch und Steinbrück angeführte Argument, diese Subvention nicht angreifen zu sollen, lautete: "Der Staat bekäme mehr (gemeint ist: Engagement der Kirchen im sozialen Bereich) zurück als er per Subvention weggebe." Diese Begründung ist falsch. Beide Kirchensteuerkirchen bringen von der gesamten Kirchensteuer (also ca. 8,5 Milliarden Euro) im Durchschnitt nur höchstens 10 Prozent für "Soziale Dienste" auf. Das sind also max. 0,9 Milliarden Euro.

Das wird von den Kirchenleitungen schon lange nicht mehr bestritten, obwohl sie nach wie vor in der Öffentlichkeit den Eindruck eines flächendeckenden sozialen Engagements vermitteln.

Wenn die Kirchensteuer nicht mehr in vollem Umfang absetzbar wäre, würde sich die finanzielle Basis der Kirchen infolge von Austritten vermutlich rasch ändern. Insofern hilft der Staat, diese Basis der Kirchen nachhaltig zu sichern. Genau dies aber widerspricht der grundgesetzlich verankerten Trennung von Staat und Kirche. Allein schon aus diesen Gründen müsste diese Subvention sofort beendet werden."

FR-Leser Friedrich Halfman, Verein Umwidmung von Kirchensteuern e.V., Haltern am See.
In: Frankfurter Rundschau 30. Oktober 2002

"...4, The loon. In dem viel gescholtenen Büchlein, in dem Wolf Biermann Bob Dylans Poem ELEFEN OUTLINDES EPITAPHS übersetzt hat, erzählt der wegen seiner demonstrativen Eitelkeit geschmähte Biermann die Geschichte, wie ihm die schöne Deborah die Sache mit dem Loon erklärt. Der Loon, eine bessere Ente, ist das Wappentier von Minnesota, jener Bundesstaat der USA, den Bob Dylan als junger Mann frühzeitig in Richtung New York verlassen hatte. Jedes Jahr, so berichtet Deborah dem Biermann, gebe es in Minnesota einen Loon-Wettstreit, in dem derjenige prämiert wird, der das Vogeltier am besten imitieren kann. Wenn man sich fragt, was der Mann Dylan mit seiner Stimme eigentlich alles so anstellt, so könnte man mutmassen, das die NEVERENDING TOUR, auf der sich Dylan nun schon seit Jahrzehnten befindet, nichts weiter ist als die Suche nach einem immerwährenden Loon-Wettbewerb. Für diesen Hinweis hätte das kleine Biermann-Bändchen ein wenig mehr Respekt verdient.

...7.) ALL ALONG THE WATCHTOWER. Es gibt nicht wenige, ALL ALONG THE WATCHTOWER in der Version von Jimi Hendrix für den grössten Pop-Song aller Zeiten halten. Die dunklen, apokalyptischen Ahnungen, die Dylan zusammen gereimt hat, zwang Hendrix in eine elektrisierende Form. Vielleicht hat man das Stück aber nie besser gehört als in der Version, in der Dylan und seine Band das Konzert in der Frankfurter Jahrhunderthalle beschliessen. Schwer zu sagen, ob so einer je den Nobelpreis für

Literatur erhält, für den er jedes Jahr hoch gehandelt wird. Der Loon-Song ist ihm wohl nicht mehr zu nehmen. Alles was jetzt noch kommen mag, ist Zugabe."

Harry Nutt, aus: Der Mann am Klavier. Sieben Versuche, ein Bob-Dylan-Konzert zu beschreiben. In: Frankfurter Rundschau 8. November 2003

"..Der nichtsdestotrotz auch gegen den Mainstream anschrieb. Ausgerechnet über Jean Paul Satre, an dem Vatermord zu begehen für viele das Entree zum Kreis der Dissidenten anno 68 bildete, schrieb Deleuze knapp und prägnant: "Er war mein Lehrmeister." Die Gründe hierfür verraten auch etwas von seinem eigenen Verständnis von Philosophie. "In dem Augenblick, in dem wir das Erwachsenenalter erreichen, sind unsere Lehrmeister diejenigen, die uns mit einer radikalen Neuheit beeindrucken...,die unserer Moderne, d.h. unseren Schwierigkeiten wie unseren diffusen Begeisterungen entsprechende Denkweisen finden. Wir wissen, dass es nur einen Kunstwert, ja nur einen Wahrheitswert gibt: die "erste Hand", die authentische Neuheit dessen, was man sagt, die "kleine Melodie", mit der man es sagt. Dass alles war Satre für uns. Wer konnte damals etwas sagen, wenn nicht Satre?"

Vielleicht ist die zwanghafte Hinwendung zu Deleuze und all der anderen, zu einer endlich redlichen Lektüre ihrer Schriften, eines jener kleinen Ereignisse, die annoncieren, dass eine neue Generation sich nicht mehr damit abfinden will, keine Lehrer im emphatischen, im philosophischen, im sokratischen Sinne des Wortes mehr zu finden. "Traurigkeit der Generationen ohne "Lehrmeister"." So sagte Delezue."

Michael Mayer, aus: Die kleine Melodie. Philosophische Miniaturen von Gilles Deleuze aus den Jahren 1953 bis 1974. In: Frankfurter Rundschau 6. November 2003-11-13

Gilles Deleuze: Die einsame Insel und andere Texte. Texte und Gespräche aus den Jahren 1953-1974. Herausgegeben von David Lapoujade. Aus dem Französischen von Eva Moldenhauer. Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main 2003, 435 Seiten, 34,90 Euro

"Wenn der Wind des Wandels weht, bauen die einen Mauern und die anderen Windmühlen." (Chinesisches Sprichwort)

zitiert nach dem Eurosolar-Aufruf "Deutschland ist erneuerbar. Zukunftsfähigkeit statt Reformverweigerung in der Energieversorgung.
www.eurosolar.org

"...Unsere Umweltmisere, in der sich die Menschen heute befinden, beweist genug, dass die Natur noch zu wenig erforscht ist, dass man die Erforschung der Natur zu wenig ernstgenommen hat und wir einen unverantwortlichen Raubbau an der Natur getrieben haben: weil wir aus fruchtbaren Gebieten Wüsten gemacht, die Gewässer der Welt in Kloaken umgewandelt, planlos Tierarten ausgerottet und das Gleichgeweicht der Natur zerstört haben. Es ist nicht zu übersehen, welche Anstrengungen es die Menschheit noch kosten wird, alles so ins Lot zur bringen, dass das Überleben der Enkel und Urenkel gesichert bleibt.

...Ein Tierschutz darf sich nicht darauf beschränken, Leute, die ihre Hunde prügeln, einer Bestrafung zuzuführen, während andere skrupellose Leute ungestraft den Hund zum nicht mehr lebensfähigen Krüppel herabzüchten....

..Ein Sünder ist, wer seine eigenen Artgenossen schädigt. Sünder ist aber auch der, der seine Mitgeschöpfe schädigt. Um so mehr, wenn diese Mitgeschöpfe von ihm abhängig geworden sind und er diese Abhängigkeit zu selbstsüchtigen Zwecken missbraucht.

Wir sollten darüber nachdenken, ob es nicht besser wäre, anstelle eines überheblichen "Tierschutzes" - der auf Entfremdung des Menschen vom Natürlichen aufgebaut ist, um allein nur dem Menschen uns seiner Selbstbestätigung zu dienen - ein bescheideneres Tierverständnis anzustreben. Ein Tierverständnis freilich, das sich immer bewusst ist und das danach streben sollte , über das unzulängliche Wissen über die Natur des Tieres unsere eigene Rolle dem Tier gegenüber richtig zu besetzen.

Die letzte Konsequenz solcher Überlegungen muss uns die Alternative aufzeigen: Soll sich der Mensch die Natur wirkliche "untertan" machen, oder soll er nicht doch besser versuchen, ihre Gleichwertigkeit zu begreifen?

Ich weiss, dass sehr viel dazu gehört, sich für das letzter zu entscheiden. Es verlangt Verzicht auf menschliche Überheblichkeit, Verzicht auf Geltungsbedürfnis, Verzicht auf manches andere. Und vor allem verlangt es, den Verstand zu gebrauchen, weiterzulernen,

weiterzuforschen, noch mehr Erkenntnisse zu gewinnen. Einen anderen Weg sehe ich nicht, um den Hund so ernst zu nehmen, wie er es verdient, wie er es verdient, damit er - Hund sein kann.

Für dieses Ziel wurde dieses Buch geschrieben, und deswegen enthält es viele harte Worte. Wer weiss was ein Hund ist, wird sie mir verzeihen."

Eberhard Trumler, aus: Hunde ernst genommen. Zum Wesen und Verständnis ihres Verhaltens. Piper Verlag, München und Zürich,
München 1974, noch antiquarische erhältlich bei www.vzab.de

2003-11-04

""Was die Terroristen gewinnen, verlieren die Schriftsteller. Was sie an Einfluss auf das Bewusstsein der Massen hinzugewinnen, verlieren wir als Gestalter von Sensibilität und Gedanken." Als Don DeLillo diese Zeilen für seinen 1991 veröffentlichten Roman "Mao II" zu Papier brachte, war noch keine Rede von zerschmetterten Hochhäusern, Al-Qaida und Osama bin Laden. Wohl aber zeichnete sich ab, dass der seit den siebziger Jahren überall virulente Terrorismus erst am Anfang stand. Und dass es, auf absehbare Zeit zumindest, keine Lösung dieses Problems geben würde, hatte man es doch mit Puristen zu tun, die ihren Platz jenseits des Politischen wählten und sich den Usancen des Aushandelns von Konflikten radikal verschlossen. "Der Terrorist steht ausserhalb", legte DeLillo seinem Protagonisten in den Mund. "Die Kultur hat keinen Weg gefunden, ihn zu assimilieren."

Damit umschrieb DeLillo ein literarisches Leitmotiv, das er seit Mitte der achtziger Jahre virtuos variiert: sie sich Verunsicherung in das Seelenleben westlicher Gesellschaften einfrisst und Angst den Alltag von Individuen und die Geschichte von Kollektiven verändert. Jeder neue Text fügt seiner Chronik kleiner und großer Fluchten ein weiteres Kapitel hinzu. Allesamt handeln sie von der beharrlichen Weigerung, sich intellektuell und emotional den Zumutungen einer undurchschaubar gewordenen Welt zu stellen, und von dem Bemühen, in Phantasiewelten zu flüchten, deren Farbenlehren auf Schwarz und Weiss reduziert sind: die mit einem auf "Entweder - Oder" reduzierten politischen Vokabular auskommen und deren Selbstbilder von Verschwörungstheoretikern entworfen werden ...

Drastischer kann eine Kritik an Verschwörungstheorien kaum ausfallen. Indem DeLillo die Konvention linearen Erzählens außer Kraft setzt und mit ihr die Vorstellung von Ursache und Wirkung, indem er ständig die Perspektive wechselt und die Chronologie durch Zeitsprünge auflöst, macht er deutlich: Wer verschlungene und vielfach gebrochene Wege in klare Linien umdeutet und mit imaginierter Übersichtlichkeit der real existierenden Unübersichtlichkeit auf den Grund gehen will, argumentiert im besten Falle naiv. Oder macht sich auf paradoxe Weise die Analyse der zu Analysierenden zu Eigen - nämlich das Weltbild von Verschwörern, die im Namen der Klarheit klare Verhältnisse erzwingen wollen.

... Um den Spitzenplatz in den deutschen Charts balgen sich mehrere "Enthüller". Andreas von Bülow, ehemals Staatssekretär im Bundesinnenministerium, legt sich besonders ins Zeug. "Amerikaner schreiben das Datum als 9-11 ... Es scheint eher unwahrscheinlich, dass Ausländer diese Übereinstimmung mit der amerikanischen Notrufnummer symbolträchtig ausnutzen würden."

Man muss mehrmals lesen, um zu begreifen, dass der Mann tatsächlich meint, was er sagt: Am 11. September 2001 waren keine Flugzeugentführer am Werk - Die todbringenden Jets wurden elektronisch manipuliert und von außen ferngesteuert - Im Pentagon schlug eine Rakete des Typs Cruise Missile ein - Der Einsturz der Twin Towers war nicht der Urgewalt explodierenden Kerosins geschuldet, sondern durch eine Parallelzündung versteckter Sprengladungen herbeigeführt. Kurz: wir haben es mit einer gigantischen Verschwörung amerikanischer Geheimdienste zu tun, die öffentliche Rachegelüste aufputschen und ihrer Regierung bei der Realisierung längst gefasster Kriegspläne freie Hand geben wollten. Und es anschließend schafften, die ganze Welt mit einer fingierten Schuldzuweisung an islamische Terrorgruppen an der Nase herumzuführen.

Gegen von Bülow anzutreten fällt schwer, weil es so einfach ist. Wie soll man einem Autor begegnen, der rundum nur Schwachstellen zeigt? Der alles hinterfragt - außer seinen eigenen, zum großen Teil von Gleichgesinnten ins Internet gestellten Quellen? Und der nichts zur Kenntnis nimmt, was seine Kreise stört? Schon gar nicht die im September letzten Jahres von der Al-Quaida-Führung in Interviews abgelegten Tatbekenntnisse - Quellen, die in einem Buch der Journalisten Nick Fielding und Yosri Fouda vorgestellt und auf ihre Echtheit überprüft werden. Befund: positiv. Von Bülow hingegen versteckt sich

hinter einem suggestiven Lamento über die Professionalität von Stimmenimitatoren und Bildfälschern im Dienste der CDI.

So abstrus die Texte von Verschwörungstheoretikern sein mögen - als Symptom der geistigen und politischen Verfassung unserer Zeit sind sie aufschlussreich. Nicht nur in Deutschland greift das Publikum begierig zu. Der Franzose Thierry Meyssan, den Bülow über weite Strecken kopiert, landete einen in 28 Sprachen übersetzten Bestseller. Und im Internet hat sich ein kommunikatives Parallel-Universum entwickelt, über dessen Verbreitung und Attraktivität so gut wie nichts bekannt ist.

Zweifellos fördert die Administration Bush derlei Konjunkturen. Wer Ermittlungsakten unter Verschluss hält und falsche Fährten legt, darf sich zwar auf die Zwänge polizeilicher Ermittlungen berufen. Eine aus der Not geborene Lüge aber zur politischen Tugend zu adeln und mittels ihrer die wahren Hintergründe eines Krieges zu verschleiern, kann nicht ohne Folgen für den öffentlichen Diskurs bleiben. Es fordert jene heraus, die im Spiel mit Affekten die Essenz des Politischen sehen und von der unablässigen Dramatisierung des Verdachts leben.

Andererseits sind Verschwörungstheoretiker nur bedingt auf die Wirren der aktuellen Politik angewiesen. Bemerkenswert ist nicht, dass sie davon zehren und wohlfeile Anlässe zu schrillen Kampagnen nutzen. Erklärungsbedürftig ist vielmehr ihre Stehvermögen über den Tag des Skandals hinaus - der Umstand, dass sie stets aufs Neue aus dem Reservoir eines allgemeinen Unbehagens schöpfen können. Zu fragen ist mithin, warum eine nur notdürftig kaschierte Paranoia mit dem Anspruch auf Seriosität auftreten und ihren Platz im intellektuellen Inventar der Gegenwart finden kann.

Es geht, mit anderen Worten, um die Art und Weise, wie Gesellschaften mit der Erfahrung des Terrors und der Angst vor nicht steuerbaren Risiken umgehen. Die einschlägigen Diskussionen haben, forciert durch die Dynamik des Atomzeitalters, eine unüberschaubare Menge an Literatur hervorgebracht. Markante Spuren sind indes nicht zurückgeblieben. Grund genug, sich jene Überlegungen in Erinnerung zu rufen, die nach wie vor Beachtung verdienen ...

... Seine Analyse freilich verheißt nichts Gutes. Denn wo die Angst regiert, so Barber (Benjamin R. Barber - Imperium der Angst. Die USA und die Neuordnung der Welt. Beck-Verlag, München, 2003), werden aus aktiven Bürgern furchtsame Zuschauer. In einer

ebenso profunden wie gut geschriebenen Tour d'horzon durch die Geschichte des Kalten Krieges bis heute zeigt er den Teufelskreis einer auf den permanenten Ausnahmezustand eingeschworenen Politik: Wer sich zu Tode ängstigt, ist auch bereit, dem Recht abzuschwören und Gewalt und Betrug als Mittel zur vermeintlichen Wiederherstellung von Sicherheit zu akzeptieren. Darin aber liegt paradoxerweise die Erfüllung der von den Terroristen aller Länder gehegten Erwartungen: die Welt in die Anarchie ihres besinnungslosen Naturzustandes zurückzubomben.

Wie es scheint, sind Gesellschaftswissenschaftler in der Welt der Literatur und mithin beim Wesentlichen angekommen. Norman Mailer und Joseph Heller haben vor Jahrzehnten in "Die Nackten und die Toten" sowie in "Catch 22" den Kreislauf von Gewalt, Streben nach "absoluter Sicherheit" und Geheimhaltung samt den zugehörigen Psychosen brillant portraitiert. Und nicht zu vergessen Don DeLillo. Der heimliche Held in "Sieben Sekunden", ein mit der Aufklärung des Kennedy-Mordes beschäftigter Archivar, scheitert an seinem Unwillen, die richtigen Fragen zustellen. Endlos mit dem Anhäufen neuer Fakten befasst, arbeitet er wie die Kameras der in der Nähe seines Büros stationierten Spionageflugzeuge: Sie sehen alles und erkennen nichts. "Er kann unmöglich aufhören ... Er hat schließlich eine Geschichte zu schreiben und keine Untersuchung über die Art und Weise, wie Menschen der Paranoia erliegen". Das aber ist der Sinn der terroristischen Tat: Aufmerksamkeit zu absorbieren und die Welt des Denkens in einem Ansturm endlos strömender Bilder zu ersticken. Heißt es in "Mao II".

Bernd Greiner, aus: Anschläge auf das Denken. Über die Praxis von Geheimdiensten und die Kultur des Verdachts - Wie die jüngste amerikanische Politik Verschwörungstheorien beflügelt. In: Literaturen. Das Journal für Bücher und Themen. 10/2003 - Oktober 2003
www.literaturen.de

Bernd Greiner ist Historiker und leitet den Arbeitsbereich "Theorie und Geschichte der Gewalt" am Hamburger Institut für Sozialforschung.

Die Zeitschrift Mittelweg 36 ist die Zeitschrift des Instituts.
www.mittelweg36.de

2003-11-01

"Was hat die Farbe der Zahnbürste mit Zuwanderung zu tun? Und was die blank geputzten Schuhe, die keinen Baustaub aufweisen dürfen? Was auch die kleine Chip-Karte, ohne die es in der Klinik nicht einmal ein Pflaster gibt? Komische Fragen. Sie werden sich auch nicht auf der Tagesordnung finden, wenn die Zuwanderungsfachleute nach Kompromissen suchen. Dabei haben Zahnbürste und Bauarbeiterschuhe einiges mit ihrem Verhandlungsthema zu tun. Das meint zumindest ein Bündnis von Ausländer- und Flüchtlingsgruppen, das sich jetzt zu einer "Gesellschaft für Legalisierung" zusammengeschlossen hat. Mit unterschiedlichen Protestaktionen versuchte das Bündnis am gestrigen Freitag in Berlin, auf die Lage der illegal in Deutschland lebenden Ausländer aufmerksam zu machen.

Plakate beim Verdi-Kongress sollten für eine Gewerkschaftsmitgliedschaft der ohne jegliche rechtliche Absicherung Arbeitenden werben. Protestaktionen vor Großbaustellen und Kliniken und ein "Heiratskorso" sollten den Blick auf die Rechtlosigkeit und soziale Notlage der Einwanderer ohne Papiere lenken. Sie müssen sich die Farbe der Zahnbürste ihrer Gastgeber merken, um nicht als illegale Untermieter oder Scheinehepartner zu gelten. Sie dürfen in der U-Bahn nicht als Bauarbeiter kenntlich sein, und wenn ihnen der Lohn für ihre Billigarbeit vorenthalten wird, können sie ihn nicht einklagen. Selbst in akuten medizinischen Notlagen droht für sie die Hilfe in der Klinikambulanz zum ersten Schritt in die Abschiebehaft zu werden.

Auf bis zu eine Million Menschen schätzte die Zuwanderungskommission die Zahl der illegal in Deutschland lebenden Ausländer vor zwei Jahren. Das Gremium unter Leitung Rita Süssmuths beschäftigte sich intensiv mit dieser Gruppe und diskutierte recht kontrovers, ob den Illegalen nicht zumindest das Recht auf eine minimale medizinische und humanitäre Versorgung zugebilligt werden müsse. Am Ende rang sich die Kommission zu einer Kompromissempfehlung an die Politik durch: Diejenigen, die Illegale humanitär unterstützen, sollten dafür zumindest nicht mehr strafrechtlich belangt werden. Darüber hinaus sollten Schulen und Lehrer nicht mehr verpflichtet sein, die Kinder der Illegalen zu melden.

Schon im rot-grünen Zuwanderungsgesetz tauchten diese Empfehlungen nicht mehr auf. Das Problem der Illegalen, so lautete damals die Philosophie, werden sich einerseits mit strengeren Grenzkontrollen und Abschiebemaßnahmen lösen. Andererseits könnten sich die Illegalen ja über das geplante Auswahlverfahren um legale Einreisehändler heute

beraten, wird der Umgang mit den Illegalen deshalb wieder die große Leerstelle sein - ein verdrängtes Thema, das allenfalls in TV-Bildern von den Gestrandeten an der Mittelmeerküste existiert."

Vera Gasserow, aus: Verdrängtes Thema. Über den Umgang mit illegalen Immigranten wird wieder einmal nicht gesprochen. In: Frankfurter Rundschau 25. Oktober 2003

"Gib mir deine Zunge, stütz dich ab mit dem Fuß,
Drück die Schenkel zusammen und halte mich.
Fall rücklings aufs Bett. An nichts denke ich
Als ans Ficken: Tu's.

Es macht dein harter Schwanz mich ganz konfus!
Wie sehr freut auf ihn die Möse sich!
Auch in meinen Arsch lass ich einstens dich,
Und heil wieder hinaus mit einem Gruss.

Dank dir, Lorenzia, meine süße junge,
Gern dien ich deiner Lust, doch stoss zu,
Stoss wie ein Luder mir die Luft aus der Lunge.

Ich spür, gleich komme ich, und du?
Jetzt, ach gib mir deine Zunge,
Ich sterbe. Und ich mit dir, bist der Grund dazu.

Bist du schon fertig, Bijou?
Jetzt komm ich, mein Liebster, noch einen Hauch.
Jetzt bin ich gekommen. O Gott. Ich auch."

Pietro Arentino,
aus dem Italienischen von Thomas Hettche.
zitiert nach: Ingeborg Harms. Körperbeschwörung. Wie Pietro Aretino und Thomas Hettche körperliche Sinnlichkeit gegen pornografische Massenware setzen. In: Literaturen. Das Journal für Bücher und Themen 10/02 2003

Pietro Aretino, Thomas Hettche
Stellungen. Oder vom Anfang und Ende der Pornographie. Italienisch und deutsch. Aus dem italienischen von Thomas Hettche.
DuMont Verlag, Köln 2003, 118 Seiten, 39,90€

"... Das Ausmaß der ökonomischen und sozialen Ungleichheit auf der Welt ist groß: 85 Prozent des Anteils am Weltsozialprodukt und am Welthandel werden vom reichsten Fünftel der Weltbevölkerung erbracht; das ärmste Fünftel bringt es gerade auf ca. ein Prozent am Sozialprodukt und am Welthandel. (...) Dem ökonomischen entspricht auch annähernd ein ökologisches Nord-Süd-Gefälle bei Ressourcenverbrauch und Umweltzerstörung: Die Industrieländer (22 Prozent der Weltbevölkerung) haben z.B. einen Anteil von ca. 70 Prozent am Energieverbrauch und 75 Prozent am Metallverbrauch und sind mit ca. 70 Prozent an den weltweiten Emissionen des Treibhausgases CO2 beteiligt.

(...) Nun ist das gemeinsame Credo der neoliberalen und neokynesianischen Denkschulen, dass zur Überwindung der Probleme der Massenarbeitslosigkeit und der weltweiten Armut ein Wirtschaftswachstum (Bruttoinlandsprodukt) notwendig sei. Natürlich soll dieses dann "qualitativ", ökologisch verträglich oder sogar "nachhaltig" sein. Unbestritten ist, dass die Länder des Südens zur Überwindung der Armut ein - möglichst umweltschonendes - Wachstum ihrer Ökonomien brauchen, auch um den Abstand zum reichen Norden zu verringern. Unbestritten ist auch, dass der Lebensstil und das Wohlstandsniveau der reichen Länder nicht das globale Entwicklungsziel sein können, da ansonsten sehr bald die globalen und regionalen Ökosysteme vor dem Kollaps stünden.

Die Schlussfolgerung aus dieser Überlegung ist so einfach wie grundlegend: Die ökonomische und soziale Lage von vier Fünfteln der Menschheit kann nicht erheblich verbessert werden, ohne dass die reichen Länder auf eine weitere Steigerung ihres Reichtums und Wohlstands verzichten ...
Darüber hinaus ist es allerdings notwendig, auch für einen bescheideneren Lebensstil (Suffizienz) im reichen Norden zu werben; dafür, dass es mehr Sinn macht, in der Nähe Urlaub zu machen als in die Ferne zu fliegen, weniger bis kein Fleisch zu essen und mehr Zeit (Zeitwohlstand) wichtiger zu nehmen als mehr Geld.

Noch einmal: Dies ist kein Appell an die Armen und Arbeitslosen, den Gürtel enger zu schnallen; vielmehr kann und soll deren materielle Situation verbessert werden durch eine weitgehende Umverteilung von Einkommen, Vermögen und Arbeitszeit.

Gegen den Abschied vom Wirtschaftswachstum in den reichen Ländern werden zahlreiche Argumente vorgetragen, u.a. das Standartargument, dass es die Technik schon richten werden. Im Vertrauen auf die ungeahnten Möglichkeiten einer technischen Effizienzrevolution seien auch auf Dauer weitere Wachstums- und Wohlstandssteigerungen möglich. Ein prominenter Vertreter einer solchen Position ist E.U. von Weizsäcker mit dem eingängigen Slogan vom "Faktor Vier": "doppelter Wohlstand bei halbiertem Naturverbrauch".

Folgendes sei eingewandt: Die Einkommensschere zwischen dem reichsten und dem ärmsten Fünftel der Weltbevölkerung klafft bei gleichzeitigem Wachstum der Weltwirtschaft immer weiter auseinander: Die Kluft beim Pro-Kopf-Einkommen (BSP) hat sich von 30:1 im Jahr 1960 auf 60:1 in 1990 und 74;1 in 1997 mehr als verdoppelt. Dazu tragen die Wachstumsgewinne auf Grund der Globalisierungsrunde (Uruguay-Runde, Abschluss 1994) wesentlich bei: Laut einer Prognose von OECD und Weltbank partizipieren an dem erwartenden Handelszuwachs infolge der beschlossenen Handelsliberalisierung die OECD-Wirtschaften zu ca. zwei Dritteln; ein knappes Drittel teilt sich der "Rest der Welt" ...

... Vor diesem Hintergrund ist es widersinnig und kontraproduktiv, zwei entgegengesetzte Entwicklungsrichtungen gleichzeitig zu propagieren: einmal eine Reduzierung des Umweltverbrauchs um den Faktor 10 und zugleich ein dauerhaftes Wirtschaftswachstum. Solange das Dogma des Wirtschaftswachstums für die reichen Länder nicht überwunden ist, wird es sich - samt der dahinter stehenden Lobbyinteressen - im Konfliktfall immer in den Vordergrund schieben. Die große Aufgabe für die Politik wäre es, den Übergang von einer Wachstumsökonomie zu einer Gleichgewichtsökonomie ohne Wachstum sozial- und demokratieverträglich zu gestalten. Insbesondere gilt es, die Überwindung der Massenarbeitslosigkeit und die Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme ohne Wachstum zu bewältigen.

... Die Geschichte zeigt aber .., dass keine Herrschaftsordnung von Dauer ist und sie alle - wenn auch gegebenenfalls nach sehr langer Zeit - an ihren inneren Widersprüchen und äußeren Widerständen zerbrochen sind.

Kein Grund also, der kapitalistischen Globalisierung Ewigkeitsrang einzuräumen, denn: Entglobalisierung ist möglich. Dabei geht es um eine Umkehrung der Entwicklungsrichtung auf eine Binnenorientierung der Wirtschaften, auf die Produkten für kleinräumige Märkte: lokale, regionale (auch grenzüberschreitende, vgl. Euregio Aachen), nationales Märkte bis hinzu regionalen Wirtschaftverbünden. Die Überschaubarkeit dieser Zusammenhänge ist eine wesentliche Voraussetzung für die Sicherung ihrer demokratischen Regulierung ..."

Eckard Stratman-Mertens, aus: Abschied vom Wachstum. Soziale Gerechtigkeit und Umweltschutz können nicht voneinander getrennt werden. In: Frankfurter Rundschau 17. Oktober 2003.

Eckhard Stratmann-Mertens war Gründungsmitglied der Grünen, für sie von 1983-1985 und 1987-1990 im Bundestag und in dieser Zeit wirtschafts- und energiepolitischer Sprecher der Fraktion. 1999 trat er wegen der politischen Entscheidungen der Grünen zum Kosovo-Krieg aus der Partei aus. Seit zwei Jahren ist er bei Attac aktiv, in der bundesweiten Arbeitsgruppe Welthandel und WTO.

Der hier gekürzte Beitrag ist dem Buch
Schmidt, Oliver (Herausgeber)
Die neuen Kommandohöhen - Untersuchungen über Globalisierung und Politik.
Verlag für Wissenschaft und Forschung, Berlin
ISBN 3-89700-392-9
entnommen.

www.attac.de/awwo

2003-10-30

"Es hat mich nun schon eine Weile niemand mehr gefragt "How many?", wenn ich allein ein Restaurant betrete. In Asien sind viele Kellner oder Platzanweiser der Ansicht, Frauen sollten ihre Mahlzeiten nur im Familienverband einnehmen. Eine einzelne Hungrige kann allenfalls als Vorbotin ihrer Sippe sein. Zumindest müsste sie auf ihren Mann warten.

(Verschärfend kommt hinzu: einem chinesischen Sprichwort zufolge hat jemand, der alleine isst, in seinem Leben etwas falsch gemacht. Die allein essende Frau ist sozusagen die Quintessenz alles Falschen.)

Es dauert eine Weile, bis man lernt, auf dieses rituelle "How many?" unter gezielter Missachtung aller interkulturellen Benimmregeln zu antworten.

Vor solchen Ärgernissen hier zu Lande keine Spur. Die Welt scheint eine Spielwiese für Frauen, sie sind überall, ob im Singular oder Plural, mit den provokantesten Brillen und glitzerndsten Zahnspangen. Jede Tür steht ihnen offen (ausser zum türkischen Männercafé), Frauen haben sich den öffentlichen Raum komplett angeeignet; die europäische Stadt ist eine Stadt der Frauen.

Und dann ist auch noch die Mode frei wie nie, jede Frau stylt ihr Ego nach Belieben, überall kühle Individualistinnen, die mit überlangen Schuhen zeigen, auf welch grossem Fuss sie leben.

So schön ist alles. Aber irgendetwas stimmt nicht. Die Fassade täuscht.

So sehr ich die wiedergewonnenen kleinen Freiheiten jetzt genieße, so sehr vermisse ich etwas anderes - Frauen mit Einfluss.

Wie deprimierend ewig-gestrig: Ein paar "Frau-nach-Rau"-Sprechblasen, schon war die Debatte über eine Bundespräsidentin vorbei. Ganz schlaue Artikel fanden heraus, Frau Merkel könne nicht für eine Präsidentin (weiblich) sein, wenn sie selbst Kanzlerin (auch weiblich) werden wolle. In welchem Busch bin ich hier gelandet?

Zur gleichen Zeit waren die Illustrierten voll mit Bildern der ermordeten schwedischen Aussenministerin. Sind nur tote Frauen gute Frauen? Oder sind die Frauen im Ausland besser? Oder warum haben wir in Deutschland keine Anna Lindhs (lebend) oder Hillaries oder Condelezzas?

Vielleicht liegt es daran, dass wir zu wenig Megawatis haben - damit zurück nach Asien: Megawati ist die Präsidentin Indonesiens, des viertgrößten Landes der Erde. Viele zweifeln an ihrer politischen Begabung - nur sie selbst zweifelte nie an ihrer Befähigung zum höchsten Amt. Ist es hier nicht oft umgekehrt: Frauen zögern, zweifeln an sich selbst, während andere sie sehr wohl für fähig halten?

Ausgerechnet Asiatinnen als Vorbild für Emanzipation? Unser Bild von Asiatinnen ähnelt verteufelt dem männlichen Traumbild aus dem Exotic-Import Katalog: schön, sanft, unterwürfig, anpassungsbereit.

Aber sie schossen beim Vietcong, sie mordeten mit Pol Pot, sie zeigten keine Gnade als Rote Garden.

Sie sitzen als Oppositionsführerin in Gefängnis oder Hausarrest (Burma). Sie werden Regierungschefin; letzteres am ehesten, wenn sie Musliminnen sind (Bangladesh, Indonesien, früher Pakistan), aber es gelingt auch auf den stockkatholischen Philippinen. In Malaysia, überwiegend muslimisch, leitet eine Frau die Zentralbank. Mit einer Foto-Ausstellung feierten sich dort jüngst die erfolgreichsten Frauen des Landes, Ministerinnen wie Unternehmerinnen; die meisten trugen übrigens Kopftuch. Eine Kampfpilotin verunglückte beim Übungsflug, melden die Zeitungen: erstaunlich ist das Unglück, nicht die Pilotin.

In Asien sind Frauen in nur wenigen Jahrzehnten sehr weit gekommen - eben noch wurden ihnen Bildung völlig vorenthalten, und schon stellten sie unter den Universitätsstudenten mancher Länder die Mehrheit.

Ich könnte auch ein ganz anderes Panorama Asiens malen: Es würde krasse Rechtlosigkeit im privaten und sexuellen Bereich zeigen, Zwangsprostitution, Frauenhandel, Ausbeutung. Ein Landschaft der Extreme, hier archaische Sitten, dort verblüffender Fortschritt. Hängt beides zusammen? Muss man noch fühlen, wo man herkommt, um zu wissen, wo man hinwill?

Nicht selten wohnt unvereinbar Scheinendes (uns unvereinbar Scheinendes) sogar unter einem Dach: Die Familie ist die letzte Trutzburg des Patriarchats in modernisierten Gesellschaften; ein im Beruf erfolgreiche Frau lässt zu Hause den Mann bestimmen. Vor einem Karrieresprung in der Firma wird sie ihren Ehemann um sein Einverständnis bitten; aber sie lässt keinen Zweifel daran, was sie will.

Asiens Kulturen sehen von weitem oft patriarchalischer aus, als sie tatsächlich sind. Bei näherem Hinsehen schrumpfen die Männer, die Frauen wachsen. Denn sie wissen sich zwischen den Widersprüchen zu bewegen, leichtfüßig, zielstrebig - und vor allem pragmatisch.

Sie spinnen keine Theorie oder Ideologie um Erfolg und Niederlage. Sie stellen ihre Männer nicht bloß, auch wenn sie wissen, dass sie Trottel sind. Sie zeigen Respekt, auch wenn sie keinen haben. Sie halsen ihre Kinder bedenkenlos anderen Frauen auf,

Großmüttern oder unterbezahlten Dienstmädchen. Und statt mit verweinten Augen feministische Literatur zu lesen, gehen sie lieber zur Kosmetikerin.

Und hier? Alles spiegelverkehrt. Von weitem sieht man so viel Freiheit, erst von nahem den patriarchalischen Feinstrick.

Und mit einem großen Aufwand emanzipatorischer Energie produzieren wir selbst bescheidene Ergebnisse. Eigentlich tut sich schon seit Jahren nichts, es herrscht ein träges Emanzipations-Mittelmaß, keine richtig schlimmen Zustände mehr, auch keine großen Fortschritte. Die Männer wissen immer noch nicht, wie man die Waschmaschine bedient, die Frauen haben sich damit abgefunden, denn sie haben in langen ergrauenden Jahren gelernt, wie groß die wortlose Macht der schwarzen Socke in einer Ladung weißer Spitzen-BHs sein kann und dass es darum völlig sinnlos ist, die Männer in Erziehungsurlaub zu zwingen.

Und dann kommt ausgerechnet aus dem Land der Ayatollah-Machos diese Schirin Ebadi in die Nachrichten geweht, die Friedensnobelpreisträgerin: eine gestandene 56-jährige Kämpferin, professionell, couragiert, selbstbewusst - und wenn sie nicht in Iran dringender gebraucht würde, hätte man sie glatt fragen können, ob sie hier nicht Bundespräsidentin werden will.

(Anmerkung DEB: Hier Infos aus Stockholm: www.nobel.se/peace/laureates/2003/ebadi-bio.html)

P.S. Von unseren kleinen Freiheiten darf folgende nicht unerwähnt bleiben: Nach vier Jahren Asien hatte ich fast vergessen, wie selbstbewusst Frauen jenseits der Gebärfähigkeitsgrenze ihren Körper zur Geltung bringen. Im Kino isst der Herr neben mir Chips, während seine Begleiterin unter leisem Gurren seinen Hosenstall streichelt.

Es gibt Unterschiede zwischen den Kulturen, oh ja."

Charlotte Wiedemann, aus. Zu wenig Megawatis.
In: Frankfurter Rundschau xx. Oktober 2003

"Fragen, die mein Privatleben betreffen, beantworte ich nicht. Fragen über den Surrealismus, die Surrealisten, ihre Politik langweilen mich. Was mich nicht langweilt, sind philosophische, psychologische, ja auch in einem weiteren Sinne politische Fragen."

Meret Oppenheim, aus einem Brief vom Spätsommer 1982 an ihren Hamburger Galeristen Thomas Levy. In: Boshaft entschlossen. Meret Oppenheim in Hamburg von Frank Keil. In: Frankfurter Rundschau 24. Oktober 2003

Meret Oppenheim lebte einst in Steinen im Wiesental. Als vor einigen Jahren das Schulzentrum der Schule den Namen Meret-Oppenheims geben wollte, lehnte der Gemeinderat mit großer Mehrheit ab. Gegen die Namensgebung der Sporthalle hatte der Gemeinderat nichts einzuwenden - trägt die Halle der Körperertüchtigung doch den Namen des nationalsozialistischen Heimatpoeten Hermann Burte.
www.hamburg-magazin.de/ku_kg_oppenheim.htm

"Steuerliche Verlustvorträge des Konzerns sind aufgebraucht. Die Gemeinden der großen Standorte atmen auf. In den Kassen von unter anderem Stuttgart, Bremen, Mannheim und Sindelfingen klingelt es noch in diesem Jahr unerwartet laut. Denn der Autokonzern Daimler-Chrysler wird erstmals nach zehn Jahren wieder Gewerbesteuer an die Gemeinden, in denen er Werke und Niederlassungen unterhält, zahlen ...

Daimler-Chrysler hatte zuletzt 1992 Gewerbesteuer gezahlt. Danach machte das Unternehmen stets steuerliche Verlustvorträge geltend ..."

Preja/DPA 23. Oktober, aus: "Sterntaler" für Kommunen. Nach zehn Jahren zahlt Daimler-Chrysler erstmals Gewerbesteuer. In: Frankfurter Rundschau 24. Oktober 2003

"Bei Entscheidungen über das Wahlrecht von Einwohnern aus Drittstaaten gibt die EU-Kommission keine Richtlinien vor. Entsprechend uneinheitlich it die Situation. In Belgien, Frankreich, Deutschland, Griechenland, Italien, Luxemburg und Österreich haben Nicht-EU-Ausländer kein Wahlrecht. Ein eingeschränktes Stimmrecht existiert in Dänemark, Finnland, Irland, den Niederlande, Portugal, Spanien, Schweden und Großbritannien. Spanien und Portugal haben dazu bilaterale Abkommen geschlossen. In England

genießen Einwohner aus dem Commonwealth eine Sonderstellung. In Schweden, den Niederlanden, Irland und Finnland gilt beim Kommunalwahlen sowohl das aktive als auch das passive Wahlrecht."

Jörg Reckmann, aus: Stimmrecht für Drittstaatler. In: Frankfurter Rundschau 24. Oktober 2003

"Ruanda hat Schweden hinsichtlich des Anteils von Frauen im Parlament überholt. Bei den Wahlen im September errangen in dem zentralafrikanischen Kleinstaat weibliche Kandidaten 48,8 Prozent der Sitze.

Die in Genf ansässige Interparlamentarische Union (IPU), die Kontakte zwischen Parlamenten souveräner Staaten fördert und in ihrer Arbeit die Menschenrechte betont, preist das Wahlergebnis von Ruanda. Es sei die nahezu perfekte Verwirklichung des Ziels, in allen Volksvertretungen einen Gleichstand von Männern und Frauen zu schaffen. Das langjährige Vorbild Schweden bringt es bloß auf 45,3 Prozent Frauen im Stockholmer Reichstag ...

Nach den Statistiken der IPU kommen die Frauen im Weltmaßstab derzeit auf 15,2 Prozent der Parlamentssitze - dem höchsten bisher erreichten Stand. Deutschland liegt mit 32,2 Prozent auf Rang elf.

Länderliste nach weiblichen Abgeordneten in Prozent der Parlamentarier (Unterhaus)

1. Ruanda 48,8
2. Schweden 45,3
3. Dänemark 38,0
4. Finnland 37,5
5. Niederlande 36,7
6. Norwegen 36,4
8. Belgien 35,5
10. Osterreich 33,9
11. Deutschland 32,2
17. Spanien 28,3
20. Schweiz 26,5

50. Großbritannien 17,9
60. USA 14,3
66. Frankreich 12,2
89. Griechenland 8,9

Pierre Simonitsch, aus: Ruandas Parlament bei Frauenanteil vorne. In: Frankfurter Rundschau 24. Oktober 2003

Die Liste und weitere Informationen über die IPU:
www.ipu.org

"(Zu Kreml will vom Tod durch "Nervengas" im "Nordost" nichts wissen. FR. 23. Oktober 2003)

Leider fällt dieser Beitrag hinter längst Bekanntes zurück. Es stimmt einfach nicht, dass bei der Aktion "Nervengas" eingesetzt wurde. Dann hätte nämlich niemand überlebt! Es war, was kurz danach bekannt wurde, ein Narkosegas. Leider erhielten die Geiseln vor Ort nicht die bei Narkotisierten dringend erforderliche medizinische Versorgung. Statt sie in Seitenlage zu versetzen und die Atemwege freizuhalten, setzte man sie aufrecht in Busse. Sie erstickten am Erbrochenen. Als sie in den Krankenhäusern ankamen, war es in vielen Fällen zu spät. Es ist bedauerlich, dass Ihr Korrespondent in Moskau das widerlegte Märchen vom "Nervengas" erneut auftischt. Er hätte es besser wissen müssen."
Klaus Matthies, Hamburg

Antwort

Das eingesetzte Gas war kein einfaches Narkosegas, und es ersticken auch längst nicht alle Geiseln an Erbrochenem. Hätten die FSB-Spezialeinheiten ein übliches Narkosegas eingesetzt, hätten die behandelten Ärzte nicht ratlos nach Gegenmitteln gesucht. Genau bekannt wurde nichts. Offiziell gab Russlands Gesundheitsminister Juriy Schewtschenko am 30. Oktober 2002 nur zu, es habe sich um ein Gas gehandelt, das "auf Fentanyl-Derivaten basierte" - einem Opiat, das dem Militärspezialisten Pawel Felgenhauer zufolge fünfzigmal wirksamer ist als Heroin. Es hätten sofort 1000 Dosen des Gegengiftes Naloxon bereitgestanden. Diese Behauptung Schewtschenkos widerspricht den Aussagen behandelnder Ärzte, die kein Gegengift hatten und stundenlang über den Einsatz des

Gases im Dunkeln gelassen wurden. Ein russischer Ex-General berichtete Felgenhauer kürzlich, das Gas sei aus zwölf verschiedenen Bestandteilen zusammengemischt worden. Als Todesursache schrieben die Behörden bei vielen Opfern "terroristischer Akt".

Florian Hassel, FR-Moskau, aus: Dialog. Gas-Gemisch. In: Frankfurter Rundschau 24. Oktober 2003

2003-10-29

Manuel Vázques Montalban ist tot. Einer meiner Lieblings-Krimiautoren.

"In ihrer Sonntagsausgabe widmet die Zeitung (El Pais, DEB), für die er 23 Jahre gearbeitet hat, fünf Sonderseiten mit dem Titel: "Die intellektuelle Ikone der spanischen Demokratie verschwindet.
www.elpais.es/archivo/buscando.html

Am 27. Juni 1939 in bescheidenen Familienverhältnissen geboren, studierte Manuel Vázques Montalban in Barcelona Philosophie, Literatur und Publizistik. Früh begann er, sich politisch gegen die Franco-Diktatur zu engagieren, zunächst in der Frente de Liberación Popular, später in der Kommunistischen Partei Kataloniens. Er trat damit in die Fußstapfen seines Vaters, einem Linken, der nach dem Ende des Bürgerkriegs ins Exil geflohen war und nach seiner Rückkehr nach Spanien inhaftiert wurde. Seinen Sohn lernte er im Gefängnis kennen, als Manuel drei Jahre alt war. 1962 wurde Vázquez Montalbán nach einer Solidaritätsdemonstration für asturische Minenarbeiter selbst verhaftet und von einem Militärgericht zu drei Jahren verurteilt. Als man ihn 18 Monate später begnadigte, wurde er mit einem Ausreise- und Schreibverbot belegt. Vázques Montalbán arbeitete weiter, im Untergrund.

In einem Gespräch mit der Frankfurter Rundschau im Mai 2001 bezeichnet er sich als "utopischen Sozialisten", der mit dem Begriff "Kommunist" nicht mehr viel anfangen kann: "Wir wissen nicht genau, was das heute bedeutet.". Der Partei sei seit 1975, nach dem Tod des Diktators Franco, die Luft ausgegangen, sagte er. Visionen, die marxistische Utopie, den Menschen zum Eigentümer seiner Arbeit und seiner Zeit zu machen, erschienen ihm mittlerweile zu abstrakt. "Man muss eine Defizitliste erstellen, den

Menschen zu essen geben, Gesundheitsversorgung, das muss man erreichen. Man muss ein Verzeichnis der Bedürfnisse erstellen und versuchen, diese zu befriedigen" ...

Weltweit bekannt wurde der Katalane vor allem mit seinem Detektiv Pepe Carvalho, Protagonist von mehr als zwanzig seiner Romane. Mit dem früheren CIA-Agenten und Ex-Kommunisten, der seinen Kamin mit Büchern heizt, teilte Vazquez Montalban nicht nur die ihm eigene Form widerständiger Traurigkeit, sondern auch ausgeprägte kulinarische Vorlieben. Seine sozialkritischen Krimis mit Seitenhieben auf die spanische Gesellschaft sind in 24 Sprachen übersetzt worden. Für sein Werk wurde er 1991 mit dem Premio Nacional de Literatura ausgezeichnet. 1996 erhielt er den Deutschen Krimipreis. Die Gesamttauflauge seiner Bücher liegt in Spanien bei weit mehr als einer Million Exemplaren ..."

Karin Ceballos Betancur, aus: Utopie und Bedürfnis. Zum Tod des Schriftstellers Manuel Vázques Montalban. In: Frankfurter Rundschau 20. Oktober 2003

Bei www.baumert.de/rund ums kochen ist eines dieser famosen Montalban-Rezepte.

2003-10-27

"Warum gibt es in Deutschland so wenig Kinder?
Wenn Paare sehen, dass eine Familie mit vier oder gar fünf Kindern schon fast an der Armutsgrenze lebt und von den Nachbarn komisch angesehen wird und dass Paare ohne Kinder verreisen können, wann sie wollen, und sich mit ihrem Einkommen mehr Wünsche erfüllen können, entscheiden sie sich dagegen, Kinder zu bekommen, oder belassen es bei einem, höchstens zwei Kindern. Dabei hilft ihnen natürlich auch die Empfängnisverhütung. Eine mögliche Lösung wäre, mehr Menschen ins Land zu lassen, die hier arbeiten und Kinder kriegen wollen. Das kann aber nur gut gelingen, wenn diese Menschen überzeugt sind, dass es ihren Kindern in Deutschland besser gehen wird als anderswo."

Christoph Biermann, Autor der "Sendung mit der Maus", aus: Die Maus hat's raus, in: DIE ZEIT, Nr. 43, 16. Oktober 2003

"Uranmunition. Bereits im Zweiten Weltkrieg konzipierten die USA im Rahmen einer toxis-radioaktiven Kriegsführung Luftangriffe mit Uran-Aerosolen. Seitdem sind auch die Gesundheitsgefahren, die von den radioaktiv strahlenden Geschossen ausgehen, bekannt. Depletet Uranium (DU), zu deutsch abgereichertes Uran, wird benutzt, um Geschosse zu ummanteln und damit härter zu machen. Verglichen mit konventionellen Waffen kann DU-Munition eine bis zu doppelt so starke Durchschlagkraft entwickeln und ist in der Lage, auch schwer gepanzerte Ziele durchzuschlagen. Mehr als 20 Staaten, vermuten Militärexperten, verfügen über die radioaktiv strahlenden Geschosse, die keine Nuklearexplosion auslösen, aber aufgrund ihrer Halbwertszeit von 4,5 Milliarden Jahre quasi unbegrenzt strahlen. Folgeschäden sind unter anderem Krebs, eine massive Schwächung des Immunsystems und Missbildungen durch Genveränderungen." www.uranwaffenkonferenz.de

Jörg Breinholz, aus: Experten fordern Verbot von Uranmunition. In: Frankfurter Rundschau, 20. Oktober 2003.

"... Rudi Friedrich von "Connection" forderte ferner den Schutz von Kriegsdienstverweigerern aus anderen Ländern. In Deutschland werde eine drohende Bestrafung oder gar Gefährdung wegen einer Verweigerung nicht als Grund anerkannt, Asyl zu gewähren. Er zitierte aus einem Urteil des Verwaltungsgerichtshofs Baden-Württemberg, nach dem auch "weltanschaulich totalitäre Staaten" das Recht hätten, eine Wehrpflicht durchzusetzen. Friedrich rief ebenso wie Tobias Pflüger von der "Informationsstelle Militarisierung" zum Protest gegen die geplante Verfassung der Europäischen Union auf. Deren Entwurf billige den Einzelstaaten zu, für Kriegsdienstverweigerung jeweils eigene Regelungen zu treffen. Damit werde auch die Praxis in Frankreich, Österreich und Spanien gebilligt, wo Soldaten den Kriegsdienst nicht verweigern dürfen, sagte Friedrich. Pflüger wandte sich scharf gegen den Verfassungsentwurf. Er sehe das Modell einer international eingesetzten europäischen Armee vor und enthalte die Verpflichtung der Mitgliedstaaten zur Aufrüstung."

Pitt von Bebenburg, aus: Verweigerer fordern Rechte, in: Frankfurter Rundschau 20. Oktober 2003

"... Wenn nicht massiv in die Qualität von Ausbildung investiert und kreatives und kritisches Denken gefördert wird, werden arabische Gesellschaften sich bald ausschliesslich als "passive Konsumenten" von fremdem Wissen und am "Rand der nächsten Phase der Menschheitsgeschichte" wiederfinden, heisst ein in dem Bericht, der am heutigen Montag in der jordanischen Hauptstadt Amman vorgestellt wird. Das von der UN-Organisation für Entwicklung (UNDP) veröffentlichte Dokument wurde von arabischen Wissenschaftlern und Intellektuellen erarbeitet.

Der Bericht konzentriert sich auf die "wachsende Wissenskluft" zwischen arabischen Gesellschaften und dem Rest der Welt. Dies war eines der drei Defizite, die im Bericht des vergangenen Jahres aufgelistet wurden - hinzu kommen fehlende politische Freiheiten und die geringe Beteiligung von Frauen am öffentlichen Leben und an der Produktion in arabischen Ländern.

Als Belege für das dramatische Auseinandertriften des arabischen Raums und dem Rest der Welt führt der diesjährige Bericht unter anderem die geringe Zahl von Patenten an, die aus der arabischen Welt angemeldet werden, sowie die niedrige Buchproduktion und die geringe Zahl von Wissenschaftlern, die in der Forschung arbeiten. Während Jordanien in den Jahren 1980 bis 2000 in den USA 15 Patente und Ägypten 77 angemeldet hat, kam Südkorea im gleichen Zeitraum auf 16328 Patentanmeldungen. Während die arabische Welt fünf Prozent der Weltbevölkerung stellt, kommt sie nur auf 1,1 Prozent der weltweiten Buchproduktion. 17 Prozent davon seien zudem religiöse Bücher, während diese in anderen Regionen nur fünf Prozent der Buchproduktion ausmachten. Dies reflektiere den "Erziehungsprozess", heisst es.

Das Hauptproblem sei dabei die mangelnde Qualität der Wissensvermittlung. Kinder würden sowohl im Elternhaus als in der Schule zumeist autoritär erzogen. Bereits in frühester Kindheit lernten sie, "Neugier und Wissensdurst zu unterdrücken". Die Schulcurricula lehrten Unterwerfung und Gehorsam und verhinderten die Entwicklung einer "kreativen, innovativen Generation".

Zudem kritisiert der Bericht die weitere Einschränkung von politischen Freiheiten in der arabischen Welt im Zuge der Bekämpfung des Terrorismus.

Anders als im vergangenen Jahr wagen sich die Autoren auch an das Thema Religion. Sie machten deutlich, dass nicht der Islam an sich ein Hindernis zur Entwicklung einer

Wissensgesellschaft ist. Aber der Missbrauch der Religion für politische Zwecke "kann nicht länger toleriert werden" heisst es unmissverständlich. Diese Kritik richtet sich am islamistische Bewegungen und an autoritäre Regime, die diesen Gruppen oft freie Hand lassen, um ihre Macht zu sichern."

Andre Nüsse, aus: Eine "wachsende Wissenskluft" lähmt die arabisch Welt. In: Frankfurter Rundschau 20. Oktober 2003

"Um irgendwann ihre Atommeiler zu entsorgen, haben die AKW-Betreiber E.On, RWE, EnBw und Vattenfall rund 40 Milliarden Euro steuerfreie Rückstellungen angehäuft. Mit diesem Geld finanzieren sie derzeit ihre Expansionen. EnBW hat gezeigt, dass dabei auch enorme Verluste entstehen können. Die Pleite des grössten britischen Atomkraftwerk-Betreibers British Energy Ltd. hat bewiesen, dass es durchaus möglich ist, dass AKW-Betreiber pleite gehen. Für eine schlechte Konzernführung der British Energy muss nun der Steuerzahler aufkommen.

Bis heute ist immer noch völlig unklar, ob und wie Atommüll sicher entsorgt werden kann. Damit das Geld noch da ist, wenn es gebraucht wird, ist es notwendig, die Rückstellungen für die Entsorgung der alten Meiler von E.On & Co. zu sichern, solange das Geld noch da ist. Trittins Vorschlag auf dem 12. Atomrechtssymposium zielt aber genau in die andere Richtung: Er möchte, dass E.On & Co. in Zukunft selbst entscheiden dürfen, wann sie wie viel Geld für die Atommüllentsorgung ausgeben. Damit verschärft er die durch die Rückstellungen entstandene Wettbewerbsverzerrung und riskiert, dass das Geld weg ist, wenn es gebraucht wird. Kann es sein, dass ausgerechnet ein grüner Umweltminister die AKW-Betreiber fördert? Trittin redet vom Atomausstieg, und garantiert den "ungestörten Betrieb der Kernkraftwerke" in eben jener Vereinbarung, die der Bevölkerung erfolgreich als Atomausstieg verkauft wurde.

Redet Trittin vom Energiesparen, so finden wir in der Energieeinsparverordnung (EnEV) eine Besserstellung der energieverschwendenden Stromheizung, damit E.On & Co. nicht ihre Kunden verlieren. Redet Trittin von der ökologischen Steuerreform, so finden wir bei der Ökosteuer eine Subventionierung des nächtlichen Atomstroms für Nachtspeicherheizungen, wieder aus dem selben Grund. Redet Trittin von Effizienzsteigerung in der Stromerzeugung, so müssen wir feststellen, dass die besonders

effizienten Kraftwerke mit Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) in seiner Amtszeit dezimiert worden sind, ebenfalls zur Freude von E.On & Co.

Und wenn Herr Trittin von Verantwortung für "deutschen" Atommüll spricht, so müssen wir feststellen, dass schon heute ein grosser Anteil des "deutschen" Atommülls in Form von Uranabfällen und getarnt als "Wertstoff" in Russland entsorgt wird. Die Atommülltransporte nach Russland lösen nicht das Problem der Entsorgung von Atommüll, genauso wenig wie die Atommülltransporte nach Gorleben. Um die Proteste gegen Atommülltransporte zu verniedlichen nennt Herr Trittin sie "traditionelle winterliche Castor-Umzüge". Am 11. November dieses Jahres wird es wsieder mit Trittins Segen einen traditionellen winterlichen Castor-Umzug zum Endlagerstandort Gorleben geben."

FR-Leser Alexander Sasse, Marburg, zu Trittins Rede auf dem 12. Atomrechtssymposium (FR. 11. Oktober 2003), in: Frankfurter Rundschau 17. Oktober 2003

"... er konkrete Bezug, den ich aus Platzgründen nicht explizit anspreche, ist das chilenische Krankenkassenmodell, das ebenfalls im Versuch gescheitert ist, öffentliche und private Krankenkassenversicherungen in einen funktionierenden Wettbewerb zu zwingen, und das unter der Pinochet-Diktatur und ohne Rücksicht auf sozialpolitische Verluste. Gerade vor dem Hintergrund der Gesundheitsreformen und ihrer Folgen in anderen Ländern lässt mich die hiesige aktuelle Debatte immer wieder erschrecken. Wenn unsere gewachsenen und vor allem bewährten sozialen Sicherungssysteme mit wachsender Begeisterung als "nicht mehr zeitgemäss" bezeichnet und dringend ihre Modernisierung bzw. nun auch "Justierung" angemahnt werden, dann ist in der Tat Gefahr in Verzug."

Jens Holst, FR-Autor in Berlin, aus: Dialog. In: Frankfurter Rundschau 17. Oktober 2003

"... Doch das Bild beginnt sich zu ändern, die Identifikation bröckelt. Vor einigen Wochen erklärten 27 israelische Kampfpiloten ihre Weigerung, weitere Einsätze zu fliegen, die Zivilisten gefährden könnten. Dies leitete eine stürmische Runde öffentlicher Debatte ein, bei der es darum ging, ob individuelle Entscheidungsfreiheit in Kriegszeiten nicht nur möglich, sondern auch nötig sei. Der Anstoss kam nicht von den "üblichen Verdächtigen",

sondern von der Elite des Landes, der Elite der Armee, den Kampfpiloten. Der Öffentlichkeit blieb nichts anderes übrig, als ihnen zuzuhören.

... Kaum ist die Aufregung über den den Pilotenbrief vorbei, wird die israelische Öffentlichkeit mit einer politischen Initiative von Teilen der Opposition konfrontiert. Der "Genfer Plan" rückt ins Zentrum der Diskussion. Vermittelt durch die Schweizer Regierung, trafen sich letzte Woche ehemalige Minister beider Seiten, um das Mantra der israelischen Regierung, dass es keinen Verhandlungspartner gebe, zu durchbrechen. Das entsprechende Abkommen soll im November unterschrieben werden und bietet eine Alternative zum Nahost-Friedensplan, unter anderem auch deshalb, weil die Initiative von den Beteiligten selbst ausgearbeitet wurde.

... Denn gerade in der letzten Zeit ist die Zwei-Staaten-Lösung, die separate souveräne Staaten vorsieht, völlig in den Hintergrund getreten. Der binationale Staat, einstmals Traum der Linken, wurde zum immer wahrscheinlicheren Modell: zu viele Siedler und Siedlungen, der Grenzzaun, tief im palästinensischen Territorium, der ständige Terror und die Kompromisslosigkeit der israelischen Regierung - all dies hat die Zwei-Staaten-Lösung immer unwahrscheinlicher werden lassen.

Auch auf palästinensischer Seite gibt es mehr und mehr Stimmen, die auf die "demographische Waffe" setzen: Bald werden die Palästinenser zwischen Jordan und Mittelmeer in der Mehrheit sein, und wenn Israel darauf besteht, die Gebiete weiterhin unter seiner Kontrolle zu halten, wird diese nur durch Repression und Diskriminierung möglich sein. Das aber hat in einer Welt der globalen Moral keine Zukunft. Mit den besetzten Gebieten kann der Traum eines jüdischen Staates nicht mehr aufrechterhalten werden - der moralische, politische und wirtschaftliche Preis dafür ist zu hoch.

Vor diesem Hintergrund versucht der Genfer Plan, neue Perspektiven zu entwickeln. Sein Hauptanliegen ist die Teilung, auch die Teilung Jerusalems. Die meisten Siedlungen sollen geräumt werden, die Palästinenser auf ihr Rückkehrrecht verzichten; von einigen Ausnahmen abgesehen. Die Palästinenser sollen Israel in den Grenzen von vor 1967 (mit einigen Korrekturen) als die souveräne Heimstatt des jüdischen Folkes anerkennten, was bis heute noch nicht wirklich geschehen ist.

... Ehtno-nationale Staaten mögen zwar im globalen, multikulturellen Zeitalter ein Anachronismus sein. Doch in Regionen, in denen sich ethno-nationale Gruppen eben

wegen ihres Ethnos noch ermorden wollen, ist es in erster Linie angebracht, für die Souveränität und Sicherheit dieser Gruppen zu sorgen, ganz gleich, ob dies anachronistisch ist oder nicht. Nach einer Periode der Sicherheit können die Grenzen sich dann öffnen und an Relevanz verlieren. Man soll jedoch nicht glauben, dass der Nahe Osten im grossen Sprung zum vereinten Europa werden kann ..."

Nathan Sznaider, aus: Abschied vom Mantra. Die israelische Linke meldet sich zurück - eine neue israelische-palästinensische Initiative könnte den Friedensprozess wieder in Fahrt bringen. In: Frankfurter Rundschau 17.Oktober 2003

Der Autor ist Professor für Soziologie am Academic College in Tel Aviv.

"Rund 120 Millionen Chinesen leiden nach offiziellen Zahlen Hunger ..."
kna, in: Frankfurter Rundschau 17. Oktober 2003

"...

Zeit: Ist die Kopfprämie, bei der jeder Bürger 260 Euro für die Krankenversicherung bezahlen muss, der neue Kurs der CDU? Ist dies tatsächlich eine politische Wende?

Heiner Geissler: Es ist keine Wende. Es ist nur eine Intensivierung eines schon eingeschlagenen Weges - in die falsche Richtung. Der kommende Bundestagswahlkampf wird geführt werden zwischen einer Bürgerversicherung der SPD und Grünen und dem Prämienmodell der CDU mit einer exorbitant hohen Belastung der kleinen und mittleren Einkommen, verbunden mit einem bürokratischen Refinanzierungsprogramm. Diese Auseinandersetzung wird die CDU verlieren. Ich verstehe was von Wahlkämpfen. Das Prämienmodell können Sie nie richtig darstellen. Man kann es auf Parteitagen feiern. Aber eine Mehrheit der Bevölkerung werden wir dadurch nicht gewinnen.

ZEIT: So einig ist sich die SPD ja auch noch nicht.

Heiner Geissler: Die Bürgerversicherung wird sich bei denen durchsetzen. Ich warne aber die CDU vor Thatcherismus. Wenn Angela Merkel eine zweite Maggie Thatcher werden will, soll sie sich das dreimal überlegen und das Ende dieser Frau bedenken. Diejenigen in

der CDU, die den Thatcherismus für richtig halten, haben sich zumindest bei der Krankenversicherung versucht durchzusetzen. Aber der Thatcherismus hat über Grossbritannien im Wesentlichen Elend gebracht: geringste Produktivität, entgleiste Eisenbahnen und zusammengestürzte U-Bahn-Schächte aufgrund der Privatisierungsorgie: dafür eine Steigerung der Zahl der Sozialhilfeempfänger um 60 Prozent.

...

ZEIT: Wieso ist die Herzog-Kopfprämie neoliberal? Sie gibt doch geringen Einkommen einen steuerfinanzierten Ausgleich.

Heiner Geissler: Das ist richtig. Mich wundert nur, dass alle neoliberalen Entbürokratisierer ein solches bürokratisches Monster auch noch als eine Zeitenwende feiern. Erst wird den Leuten mit exorbitant hohen Prämien das Geld aus der Tasche geholt, und dann werden offenbar Beamte eingestellt, die dafür sorgen sollen, dass Geld in dieselben Taschen wieder zurückfliesst, aus denen es vorher herausgeholt wird.

ZEIT: Sie nennen das Herzog-Modell unsozial und bürokratisch. Sind das ihre Hauptvorwürfe?

Heiner Geissler: Es fehlt der Mut zu erkennen, dass wir unser demografisches Problem überhaupt nur einigermassen lösen können durch eine gesteuerte Zuwanderung. Da schalten sich die beiden grossen Parteien aus, vor allem aber die CDU. Sie geht von einer Nettozuwanderung von 100 000 aus und verschweigt die mit dem dramatischen Rückgang der Erwerbsbevölkerung verbundenen ökonomischen Probleme: Rückgang der Binnennachfrage, Entwertung des Grundstücks- und Wohnungseigentums, das als Sicherheit für den Kapitalmarkt verloren geht. Und dann will man mit Kapitaldeckung den demografischen Wandel beantworten. Beide Parteien sollten endlich den Mut haben, dem Volk die Wahrheit zu sagen, dass wir nämlich eine wesentlich höhere Zuwanderung brauchen, netto ungefähr 350 000 pro Jahr. Darauf muss man ein Volk vorbereiten...

Privatversicherung ist gut, aber als ergänzende Sicherung. Mann kann nicht einen Industriestaat mit 82 Millionen Einwohnern und über 50 Millionen Erwerbstätigen in zwei wichtigen Versicherungszweigen auf einen Kapitalstock verweisen. Wir müssen eine Situation wie in Amerika vermeiden, wo Millionen von Menschen um ihre Pensionen

betrogen worden sind. Der Vorschlag der CDU ist ein Versicherungssystem nach Art eines russischen Rouletts, bei dem die Leute darauf warten können, bis es zum nächsten Crash, zum nächsten Einbruch der Aktienkurse kommt. Sie können doch heute dem normalen Menschen nicht mehr weismachen, das er in Zukunft seine Krankenversicherung und seine Pflegeversicherung durch Aktien sichern soll ..."

Heiner Geissler, im Interview mit Klaus Hartung und Jutta Hoffritz, aus: "Die CDU wird den Wahlkampf verlieren". In: Die Zeit, Nr. 43
16. Oktober 2003

"Noch anstössiger ist die These des Aufsatzes über THE LIVES OF ANIMALS. Über das Schlachten von Tieren zu Essenszwecken ist hier zu lesen: "Rings um uns herrscht ein System der Entwürdigung, der Grausamkeit und des Tötens, das sich mit allem messen kann, wozu das Dritte Reich fähig war, ja es noch in den Schatten stellt, weil unser System kein Ende kennt, sich selbst regeneriert, unaufhörlich Kaninchen, Ratten, Geflügel, Vieh für das Messen des Schlächters auf die Welt bringt" ..."

Andreas Isenschmid, aus: Coetzee und das jüngste Gericht. In seiner neuen essayistischen Erzählung "Lessons" übt der Nobelpreisträger eine abgründige Kulturkritik.In: Die Zeit, Nr.43, 16. Oktober 2003

J.M. Coetzee: Elizabeth Costello
Eight Lessons: Secker & Warburg, London 2003

"... Die Zumutung an die Kinder ist: Ihr müsst euch selbst ein Urteil bilden. Das darf ich ihnen aber nur abverlangen, wenn ich den Kindern selbst vorlebe, wie man mit Problemen fertig wird, in einer ambivalenten Welt, deren Folgen nicht absehbar sind. Das ist eine wichtigere Aufgabe, als zu belehren, welches die richtige Lösung ist.

... Ohne meine Geschwister ist meine Kindheit vollkommen undenkbar! Mir fehlt wirklich jegliche Angst vor einem Kind. Die haben Erwachsene, sie geben es nur nicht zu. Die Vitalität der Kinder, die Unberechenbarkeit, die Angst, ihre Liebe zu verlieren - lauter verdeckte Angstmomente beim Erwachsenen.

ZEIT: Können sich deshalb viele junge Menschen nicht für Kinder entscheiden?

Hartmut von Hentig: Sind diese jungen Menschen nicht schon Produkt der Kinderarmut? Sie sind Einzelkinder, haben Konflikte mit den Eltern gehabt, das war alles nicht so schön, sie kommen zum Schluss: Das wollen wir uns lieber nicht zumuten. Es ist ein Problem, dass sich selbst hervorbringt. Wenn Kinder nicht gezeugt werden, dann erzeugt sich auch nicht die Wahrnehmung, wie selbstverständlich und schön das ist mit Kindern. Ich habe keine rechtsgebende Gewalt, aber ich würde doch ein Recht auf Geschwister unbedingt in die Grosse Charta der Rechte der Kinder einsetzen. Einen Anspruch auf Geschwister!"

Harmut von Hentig, DER deutsche Reformpädagoge (Laborschule Bielefeld), 78,
aus: Keine Angst vor Kindern, Gespräch, in: DIE ZEIT Nr. 42. 9. Oktober 2003

2003-10-24

Reporter ohne Grenzen hat die Rangliste der Pressefreiheit in 164 Staaten veröffentlicht. Deutschland liegt an achter Stelle, die ersten Plätze haben Finnland, Island, Norwegen und die Niederlande mit der Note 0,5. Kuba mit der Note 97,83 und Nordkorea mit der Note 99,5 landen auf den beiden letzten Plätzen.
www.reporter-ohne-grenzen.de/cont_dateien/indpres.php

"Paulo Ceolho me la chupo" Aufschrift des T-Shirts des kolumbianischen Autors Efraim Medina Reyes bei Interviews.
Für Nicht-spanisch-kundige: "Paulo Coelho hat mir einen geblasen".
nach Karil Ceballos Betancour, aus: Pistolereos am Wegkreuz. Garcia Marquez in der Kritik, in: Frankfurter Rundschau 21. Oktober 2003

"Wie wirbt man für eine zukunftsfähige Welt? Welche Botschaften und Bilder können Menschen für mehr Nachhaltigkeit begeistern?

Der Rat für Nachhaltige Entwicklung hat zum Ideenwettbewerb "blick auf morgen" eingeladen. Schüler, Auszubildende und Studenten waren gefragt Postkarten zu entwerfen, die zeigen, was die Welt von heute braucht, um morgen zu bestehen.

Den ersten Preis in der Kategorie Auszubildende erhielten Verena Borchers, Juesfina da Rocha Silva, Anna Weidenbauch, Tanja Schmidt und Vannesa Decker, Auszubildende zur Mediengestalterin, Albrecht-Dürer-Schule, Duesseldorf."
Aus: Werbung des Rats für nachhaltige Entwicklung, in: Frankfurter Rundschau, 18. Oktober 2003

Link

Robert De Niros Prostatakrebs verdanken wir den Hinweis auf die Filmdatenbank www.imdb.com (nach FR 23. Oktober 2003)

Und von Günter Peus erfahren wir in der FR vom 21. Oktober 2003 (aus: Weiche Wut in Hannover - Niki de Saint Phalles Schenkung)
dass die im Jahr 2000 gestorbene Niki de Saint Phalle am Lungentod starb:
"Ausdünstungen des giftigen Werkstoffs Polyester hatten ihre Lunge zerstört".

Wie lebend sie in ihren Werken ist, ist auch zu sehen im wunderbaren Tinguely-Museum in Basel.
www.tinguely.ch/deutsch/MUSEUM/col/collection.html

www.tinguely.ch/deutsch/MUSEUM/bio/fot15.html

Norbert Blüms Hinweis bei Johannes B. Kerner (Wiederholung, 3-Sat, 24. Oktober 2003) - in seiner Argumentation gegen die Kopfpauschale der Herzogkommission - verdanke ich einen Blick auf Aristoteles:

Aristoteles
Politik VI,2,1317a

Grundlage der demokratischen Staatsform ist die Freiheit. Man pflegt nämlich zu behaupten, dass die Menschen nur in dieser Staatsform an der Freiheit teilhaben, und erklärt, dass danach jede Demokratie strebe. Zur Freiheit gehört aber erstens, dass man abwechselnd regiert und regiert wird. Denn die demokratische Gerechtigkeit besteht darin, dass man nicht der Würde, sondern der Zahl nach die Gleichheit walten lässt, wo diese Gerechtigkeit herrscht, da muss die Menge Herr sein, und was die Mehrzahl billigt, das muss das Gültige und das Gerechte sein. Man sagt nämlich, es sei gerecht, dass jeder Bürger das Gleiche habe. So sind denn in den Demokratien die Armen mächtiger als die Reichen. Denn sie sind zahlreicher, und maßgebend ist die Meinung der Mehrzahl. Dies also ist das eine Zeichen der Demokratie, das alle Demokraten als Wesenszug dieser Verfassung angeben. Ein anderes ist, dass man leben kann, wie man will. Sie sagen, eben dies sei die Leistung der Demokratie; denn nicht zu leben, wie man wolle, sei charakteristisch für Sklaven. Dies also ist die zweite Eigenschaft der Demokratie. Von da her kommt denn, dass man sich nicht regieren lässt, am besten von überhaupt niemandem, oder dann doch nur abwechslungsweise. Auch dies trägt also zur Freiheit im Sinne der Gleichheit bei.

Da nun dies vorausgesetzt wird und dies die Regierungsform ist, so ergibt sich das Folgende als demokratisch: Alle Ämter werden aus allen besetzt, alle herrschen über jeden und jeder abwechslungsweise über alle. Ferner werden die Ämter durchs Los besetzt, entweder alle oder doch jene, die nicht der Erfahrung und Kenntnisse bedürfen. Von der Vermögenseinschätzung hängen die Ämter entweder überhaupt nicht oder nur zu einem minimalen Grade ab. Keiner darf ein Amt zweimal bekleiden, oder nur wenige Male oder in wenigen Fällen, abgesehen von den Kriegsämtern. Die Ämter sind alle kurzfristig, oder doch alle, bei denen es möglich ist. Richter sind alle und können aus allen entnommen werden und richten über alles oder doch über das Meiste, Größte und Bedeutendste, wie über Rechenschaftsablagen, Verfassungsfragen und Privatverträge. Die Volksversammlung entscheidet über alles oder doch das Wichtigste, die Behörden dagegen über nichts oder nur ganz weniges. Von den Behörden ist der Rat das demokratischste, dort jedenfalls, wo nicht reichliches Taggeld für jeden zur Verfügung steht. Wo aber dies der Fall ist, da werden auch dieser Behörde die Kompetenzen entzogen. Denn wo eine Volksversammlung in der Lage ist, reichliche Taggelder zu geben, da zieht sie alle Entscheidungen an sich, wie wir schon in der vorangehenden Untersuchung gesagt haben. Ferner werden Taggelder gewährt für alles, wenn möglich (für Volksversammlung, Gerichte, Behörden), oder doch wenigstens für Behörden,

Gerichte, Rat und die wichtigen Volksversammlungen oder doch diejenigen Behörden, die zusammen zu speisen haben.

Wenn ferner die Oligarchie durch Adel, Reichtum, und Bildung charakterisiert wird, so scheint die Demokratie von alledem das Gegenteil sein, Unadligkeit, Armut, Unbildung. Bei den Ämtern gilt, dass keines lebenslänglich sein darf. Bleibt aber ein solches aus einem früheren Zustand übrig, so wird seine Kompetenz beschränkt und aus der Wahl eine Auslosung gemacht.

Dies sind also die gemeinsamen Eigenschaften aller Demokratien. Aus der Gerechtigkeit, die anerkanntermaßen als demokratisch gilt (nämlich dass alle der Zahl nach dasselbe haben), entspringt eben jene Verfassung, die am meisten demokratisch und volkstümlich zu sein scheint. Denn die Gleichheit besteht darin, dass Arme und Reiche in gleicher Weise regieren, dass nicht Einzelne allein entscheiden, sondern alle gleichmäßig ihrer Zahl nach. So - meint man wohl - sei für die Verfassung die Gleichheit und Freiheit garantiert.

http://user.cs.tu-berlin.de/~ohherde/aristot.htm

Puh, das reicht für Heute - ne Menge Sprengstoff haben die alten Philosophen auf Lager - gültig auch noch 2050 nach Christus. Was wir von den Ideen unserer Politiker weniger sagen können.

2003-10-23

"Der "Kulturpreis Deutsche Sprache" besteht aus drei Preisen. Neben dem "Jakob-Grimm-Preis" und einem "Initiativpreis" verleiht die Jury auch einen "Institutionenpreis", der u.a. auch an Unternehmen verliehen wird, die sich um die deutsche Sprache verdient machen. Manufactum erhielt diesen - undotierten - Preis für die Sprache, in der der Katalog sich vom werblichen "Denglisch" abhebt. "Manufactum ist der weiße Raabe auf dem Markt und wir verleihen diesem Unternehmen den Preis um diese Leistung zu würdigen mit der Hoffnung, daß dies ein Beispiel auch für andere Unternehmen wird" begründete dies Prof. Meyer, Vorsitzender der Jury diesen Preis.
In seiner Erwiderung auf die Laudatio bedankte sich Andrea Arcais für den Preis:

"[...] Das ist Werbung, unser Alltagsgeschäft. Werbung wiederum ist - eine Platitüde - Kommunikation, und die zielt auf Verständnis. Selbstverständlich für uns und einfach "zweckgerecht", dass wir uns dabei erstens einer differenzierten Sprache bedienen und zweitens der Sprache unserer Kunden: also gegenüber unseren deutschen Kunden in deutscher Sprache schreiben.
Wenn Sie diese Selbstverständlichkeit für "preiswürdig" halten, dann spricht das in unseren Augen weniger für uns, sondern vielmehr gegen das Treiben der Werbungstreibenden um uns herum. Und das ist in der Tat höchst merkwürdig - und eigentlich, das wird sich bald erweisen, lächerlich und vor allen Dingen kontraproduktiv.

Aber: Sprachschützer und Kulturkritiker kultivieren sehr oft das prekäre Gefühl, auf einem absteigenden Ast zu sitzen.
Ich finde diese Lage unbehaglich und möchte sie auch gedanklich nicht einnehmen. Ich meine: Wir stehen auf festem Boden. Die Kultursprache Deutsch het mehr überstanden als die Torheiten des heutigen Werberummels. Und es muß ganz offensichtlich schlecht um eine demonstrative Haltung der "weltläufigen Modernität" bestellt sein, die meint, ein sprachliches Gestammel zu ihrem Erkennungszeichen wählen zu müssen. Also statt Wehklage: Spott, und statt Jammer: Anders machen. Wir tun das auch in Zukunft. [...]""
Manufactum, aus: Manufactum Rundbrief Nr. 3
http://www.manufactum.de

"... Als der Kesselwagen vollkommen leer ist, haben einige Hundert von den 150 000 Menschen auf dem Plateau ein paar hastige Schlucke getrunken. Die nicht an die Reihe kamen, stehen flehend und weinend hinter dem Stacheldraht. Alle sind vor Erschöpfung wie betäubt. Ich bin klitschnass und zittre.

Als ich auf diese Weise das erste Mal Zeugin der extremsten Folgen des Prinzips der Nichteinmischung der UN werde, bin ich wütend. Auf die Blauhelme. Wir beobachten, wie eine Gruppe Flüchtlinge, etwa ein halbes Dutzend, sich aus der Menschenmenge löst und sich ins Tal aus dem Staub macht. Sie versuchen, sich der Einkesselung zu entziehen! Das Knattern der Gewehre folgt auf dem Fusse. Wir sehen die Flüchtlinge hinfallen. Tot. Ihre Körper rollen, über die Felsen kullernd, bis zur Talsohle hinunter und bleiben vor den niedergetrampelten Hütten liegen ...

Sechs Stunden später ist vor den Toren alles still. Die Regierungstruppen haben in dem Chaos Panik gekriegt und mehrer Stunden lang die Menge mit Mörsern und Granaten beschossen. Wir können nichts weiter tun als Leichen wegschleppen. Mit blossen Händen, weil wir keine Handschuhe haben.

Der Parkplatz ist unter einer Schicht von Leibern verschwunden, von denen einige weinen und stöhnen, andere totenstill daliegen. Zwischen den reglosen Menschenbergen an der Mauer sehe ich mehrere Kinder, deren Gesichter mir bekannt sind: Kinder, die ich selbst heute morgen aus dem Schlafsaal auf den Parkplatz geschleppt habe ...

Auf dem Parkplatz fragt der ruandische Präsident Captain Francis mit sorgenvollem Interesse, wie viele Opfer es seiner Meinung nach gegeben habe. Der Sambier unternimmt eine vorsichtige Schätzung und sagt 4000. Die Zahl passt dem Präsidenten nicht.

"Mir scheint, Sie übertreiben", sagt er kalt. Er neigt eher dazu, die Zahl 300 zu akzeptieren, die ihm seine Soldaten genannt haben ...

Später höre ich dass es der UN gelungen ist, Captain Francis lebend aus Ruanda herauszuschmuggeln. Wegen seiner Schätzung von 4000 Toten wurde er beschuldigt, den Namen Ruandas beschmutzt zu haben. Er hatte Morddrohungen erhalten.

Ich überlasse die Operation "Retour" der UN ihrem Schicksal, fahre heim nach Holland und kaufe mir eine Zeitung ..."

Linda Pohlmann, aus: Wir taten nichts. Die Uno in Ruanda und das Prinzip der Nichteinmischung, in:
Lettre International Herbst 2003

"... Die Militärs stellten diese standrechtlichen Hinrichtungen offiziell als "eine Spezialoperation im Zusammenhang mit der Gefangennahme des verschwundenen Chattab" dar. Diese Operation endet mit sechs Zivilistengräbern auf drei Landfriedhöfen und mit 28 verwaisten Kindern. Doch über die Gefangennahme oder Liquidierung Chattabs wurde nichts bekannt ...

Niemand - weder der tschetschenische Ministerpräsident Stanislav Iljassow noch Präsident Achmat-Cahdschi Kadyrow, ja nicht einmal ihre Stellvertreter und Helfershelfer, die sich hinter dem hohen Zaun des Verwaltungsgebäudes in Grosny verschanzt haben - hat sich nach der Gruppenhinrichtung vom 11. Janaur 2002 in Schatoi blicken lassen. Niemand, und das, obwohl dieser Vorfall ganz beispiellos ist ..."

Anna Politkowskaja, aus: Operation Schatoi. Tschetschenien - von Schrecken und Schande eines Krieges. In: Lettre International, Herbst 2003

2003-10-21

"Der Plan klingt so abenteuerlich, dass man ihn nicht einmal der FDP zugetraut hätte: Ein Drittel aller Leistungen wird aus dem gesetzlichen Gesundheitssystem ausgegrenzt. Jedes Kassenmitglied muss dafür durchschnittlich 800 Euro im Jahr extra bezahlen. Trotzdem steigen die Arbeitnehmerbeiträge weiter. Auf diese Rosskur folgt 2013 die Totalamputation: AOK, Barmer & Co. werden praktisch abgeschafft. Alle Bürger müssen sich privat für den Krankheitsfall versichern - mit Beiträgen ("Kopfprämien"), die sich nicht mehr am Gehalt orientieren.

Mit atemberaubendem Tempo hat sich die CDU-Chefin Angelika Merkel diesen wahrlich radikalen Vorschlag der Herzog-Kommission zu Eigen gemacht. Innerhalb weniger Wochen will sie nun die Basis auf das Vorhaben einschwören. Gemessen an der Zumutung fällt der Protest bislang eher verhalten aus. Zwar melden sich entsetzte Sozialpolitiker zu Wort. Auch geht die CSU auf Distanz zur grossen Schwester. Doch von öffentlicher Empörung ist kaum etwas zu spüren. Im Gegenteil: Leitartikler, die wenig von der Materie, aber einiges von politischen Stimmungen verstehen, loben Mut und Durchsetzungskraft der Angela Merkel.

Weite Teile der Bevölkerung haben offenbar noch nicht verstanden, was die Herzog-Vorschläge wirklich bedeuten. Das kann angesichts der komplizierten Thematik und der verwirrenden Inflation von Reformvorschlägen kaum verwundern: "Mehr Wettbewerb" und "Eigenverantwortung" - da hört man kaum noch hin. Und "Kopfprämien" - will das nicht auch Regierungsberater Rürupp? Herzog sei ein bisschen mehr von der falschen Medizin, die Rot-Grün bereits verabreiche, zucken selbst führende Gewerkschafter die Schultern. Ein fataler Irrtum.

Der Ruck, den der Altbundespräsident anmahnt, zielt nämlich auf die komplette Sprengung des wohl wichtigsten Solidarsystems der Republik. Bislang herrscht hier zu Lande Einvernehmen, dass das Risiko ernster Erkrankungen, die den Einzelnen in Existenznöte stürzen können, gemeinsam abgesichert werden muss: Im derzeitigen Umlagesystem zahlen Junge für Alte, Gesunde für Kranke und Reiche für Arme. Alles das soll künftig nicht mehr gelten. Bei Herzog zahlt der 50-jährige Vorstandschef so viel wie sein gleichaltriger Chauffeur. Doch damit nicht genug: Die CDU-Spitze will die Vorsorge, im Unterschied zu Rürupp, komplett auf das Kapitaldeckungssystem der privaten Krankenversicherung (PKV) umstellen. Jeder Bürger müsste also für sein individuelles Krankheitsrisiko selbst ansparen.

Einen derart abrupten Systemwechsel hat nicht einmal die PKV-Lobby gefordert. Einzig der Branchenriese Allianz bastelt an einem Kopfprämien-Modell. Der Umstieg würde für betagte Versicherte aber extrem teuer, weil sich die Beiträge in dem Ansparsystem nach dem Einstiegsalter bemessen. Um dies abzufedern, wären gigantische Geldtransfers erforderlich. Dies sei kaum bezahlbar, gestand die Allianz kürzlich ein und fordert seither einen stufenweisen Übergang.

Die Assekuranzmanager verstehen etwas von ihrem Geschäft. Bei den ideologisch motivierten Verfassern des Herzog-Reports muss das bezweifelt werden. Gerade mal 34 dürre Zeilen ist ihnen der Systemwechsel wert. Vordergründig bieten sie Lösungen für zwei Probleme: Ein über zehn Jahre aufgebauter Kapitalstock könnte die Anfangsprämien für alle Altersgruppen bei 260 Euro im Monat deckeln. Geringverdiener, die derzeit deutlich weniger abführen müssen, sollen vom Staat einen Ausgleich erhalten.

Schon diese beiden Ideen sind fragwürdig. Der Kapitalstock würde nämlich nur eine vergleichbare Belastung der Altersgruppen zum Zeitpunkt der Umstellung garantieren. Die Kosten des medizinischen Fortschritts sind bei den Tarifen aber nicht einkalkuliert. Schon bald dürften die Senioren daher erheblich stärker zur Kasse gebeten werden, als die Jungen. Und für den Sozialausgleich wären jedes Jahr 27 Milliarden Euro erforderlich. Wo das Geld herkommen soll, lässt die Kommission offen. Wie lange diese Subvention bei öffentlicher Finanznot Bestand hat, kann man sich denken - wahrscheinlich bis zur nächsten Haushaltsberatung.

Erst gar kein Gedanken haben sie die "Sozial-Reformer" über das grösste Problem gemacht: den Ausgleich zwischen Gesunden und Kranken. Keine Versicherung wird

einem Bluter, einem Diabetiker oder einem Krebspatienten eine Police zum Einheitspreis anbieten. Das würde dem privaten Prinzip der risikogerechten Beiträge widersprechen. Millionen Chroniker müssten saftige Zuschläge bezahlen oder würden im schlimmsten Fall gar keinen bezahlbaren Schutz finden. Um das zu verhindern, müsste der Gesetzgeber zumindest einen Aufnahmezwang ohne Risikoprüfung vorsehen. Den würden die Assekuranzen allerdings durch raffinierte Rosinenpicker-Strategien zu unterlaufen suchen.

Das also sind die Verlockungen des Herzog-Systems: Kräftige Beitragserhöhungen für Kleinverdiener, ein milliardenschwerer Subventionsbedarf und ein gnadenloser Wettbewerb um Junge und Gesunde. Eine Prämie an der Wahlurne kann die CDU dafür nicht erwarten."

Karl Doemens, aus: Die Kopflos-Prämie. In: Frankfurter Rundschau 10. Oktober 2003

"Definitiv abgeschafft wird eine von drei Börsenseiten sowie die gesamte Wochenendbeilage BASLER MAGAZIN mit ihren acht bis zwölf Seiten, auf denen eine kleine Redaktion ein intelligentes und schönes Blatt mit Foto-Reportagen und Essays machte."

Alice Christians, aus: Nur der Sport wird verschont. Auch bei der renommierten "Basler Zeitung" sollen nun Redakteure entlassen werden. In: Frankfurter Rundschau 16.Oktober 2003

"... Die "Reformen" haben einen gemeinsamen Nenner: die Deformation der solidarischen Sicherung. Gesellschaftliche Risiken werden als persönliches Versagen gedeutet, ihre Absicherung könne deshalb der privaten Vorsorge zugemutet werden. Die Steuerungsform der Solidarität wird durch die Marktsteuerung verdrängt, Grundrechtsansprüche werden als private Tauschverhältnisse deklariert.

Angehörige einer informellen Koalition überbieten sich gegenseitig darin, den Sozialstaat als Wachstumsbremse zu verdächtigen und demzufolge die Leistungen an gesellschaftlich Benachteiligte zu kürzen. In den öffentlichen Beratungsgremien und staatlichen

Entscheidungsorganen sitzt niemand, der mit den Risiken von Arbeitslosigkeit und Sozialhilfe jemals direkt konfrontiert wäre.

Nachdenkliche, unbeteiligte Beobachter sollen zwar nicht wütend sein. Aber wenn sie gar nicht wissen, wie den Arbeitslosen zumute ist, denken sie falsch. Mit verstelltem Bewusstsein und ausgesprochener Aggressivität verfolgen sie Arbeitslose und Empfänger von Sozialhilfe, Gewerkschaften und Kommunen, die Arbeitsverwaltung und schliesslich kritische Abgeordnete. Sie werden als Verweigerer und Trittbrettfahrer gebrandmarkt. Eine Alternative zur eigenen Meinung wird nicht zugelassen, ein apokalyptisches Szenario des Entweder/Oder nötigt Skeptiker und Zweifler zum Einlenken.

... Der blinde Fleck der Mikroanalyse und das Ausklammern welt- und finanzwirtschaftlicher Kontexte nähren den Verdacht, dass die politische Klasse vorrangig die Seelenlage und das Interesse deutscher Unternehmer und Arbeitgeber bedient und dass sie die gesellschaftliche Spaltung vertieft, anstatt sie zu entschärfen."

Friedhelm Hengsbach, aus: Die neuen Verformer. In: Frankfurter Rundschau 10. Oktober 2003
Der Oekonom und Jesuitenpater Friedhelm Hengsbach lebt in Frankfurt am Main.

"Vorurteile, Redewendungen, Politikersprüche: Wirtschaftliche Thesen bleiben oft ungeprüft. Der FR-Seziertisch nimmt sie auseinander.

Der Schlanke Staat ist in der gegenwärtigen Reformdiskussion beliebt, sein Gegenteil, der angeblich zu fette Staat, verhasst. Letzterem wird vorgeworfen, er lebe über seine Verhältnisse. Damit sind nur scheinbar seine Ausgaben gemeint, tatsächlich aber seine Einnahmen. Das sieht man daran, dass Steuersenkungen weithin begrüsst (oder als zu zaghaft bemängelt) werden, während Kürzungen von Schlüsselzuweisungen und Subventionen sowie die Einschränkung öffentlicher Dienstleistungen auf Proteste stossen.

Der Zusammenhang zwischen beiden Gemütsregungen ist leicht herstellbar: Die Steuern in der Bundesrepublik werden nicht nach dem Proportional-, sondern nach einem (sehr schonend angewandten) Progressivsystem erhoben: Wer mehr verdient, führt (dem Buchstaben nach) einen höheren Prozentsatz ab. In dieser Etage wohnen deshalb auch die lautesten Anhänger des Schlanken Staats. Das ist der Grund, warum die Senkung des

Spitzensteuersatzes den höchsten Symbolwert hat. Er betrifft Einkommen, die der Mehrheit der Bevölkerung nicht erreichbar sind.

Die Forderung nach einem Schlanken Staat, der sich selbst die Einnahmen kürzt, ist in den vergangenen Jahrzehnten nicht völlig unerhört geblieben. Denken wir an die Abschaffung der Vermögenssteuer. Einnahme-Zurückhaltung soll dazu führen, dass die privaten Haushalte - sprich: die mit dem Spitzensteuersatz - mehr Geld für sich behalten, dieses investieren und dadurch zusätzliche Jobs schaffen. Die hat man bislang nicht gesehen, dafür immer mehr Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger. Sie bekommen nach seitheriger Regel öffentliche Zuwendungen. Werden die dafür bestimmten Kassen leer und drängt sich deshalb eine Erhöhung von Steuern und Abgaben auf, lebt der Staat über sein Verhältnisse und soll schlanker werden. Ergebnis sind die Sparhaushalte, die durchgängig die Einkommensbezieher unterhalb des Spitzensteuersatzes treffen. Dass nennt man Soziale Symmetrie.

Die Kritik am üppigen Gemeinwesen gilt, näher besehen, gar nicht dem Staat allein, sondern einem etwas grösseren Gebilde, nämlich der Öffentlichen Hand. Sie hat fünf Finger: Bund, Länder, Gemeinden, selbstverwaltete soziale Sicherungssystem (etwa gesetzliche Krankenkassen, Bundesanstalt für Arbeit) und institutionelle Regelungen zugunsten der Lohnabhängigen (unter anderem Kündigungsschutz). Letztere werden - zugegeben - im strengsten Wortsinn nicht zur (fiskalischen) Öffentlichen Hand gerechnet, gehören aber immer dann dazu, wenn gefordert wird, sie solle abgehackt werden.

Der Ruf nach dem Schlanken Staat ist so alt wie der Kapitalismus selbst. Auf diese Weise entstand im 18. Jahrhundert die klassische Politische Ökonomie. Der Feind hiess damals Merkantilismus, in den zwanziger Jahren war es die "Kalte Sozialisierung" und heute ist es die Bürokratie.

Die Kritik ist nicht ideologiefrei. Sie folgt einer Utopie, die weit kühner ist als alles, was Ernst Bloch jemals hätte einfallen können. Das ist die Vorstellung vom sich selbst regulierenden Markt und seiner Unsichtbaren Hand, die - anders, als die Öffentliche - ein Gleichgewicht aller Angebote und Nachfragen (auch nach Arbeitskräften) herbeiführe. Weil sie ja unsichtbar ist, hat sie noch niemand gesehen, wohl aber gespürt: nämlich dann, wenn sie nicht funktioniert und der Staat zur Reparatur aufgefordert wird. Dann wird die Öffentliche Hand zur Prothese der Unsichtbaren. Das ist sogar der Regelfall. Denken Sie zum Beispiel an die Steuervermeidungen durch Cross-vorder-Leasing. Die sind nur

möglich, weil die Öffentliche Hand - hier: die Kommunen - Vermögenswerte (meist Immobilien) hat, mit den Private Scheininvestitionen tätigen können. Im wirklich Schlanken Staat müsste darauf verzichtet werden."

Georg Fülberth, aus: Der Schlanke Staat. In: Frankfurter Rundschau 10. Oktober 2003
Goerg Fülberth ist Professor für Politikwissenschaft an der Philipps-Universität in Marburg.

"...FR: Als eine Ihrer Strategien zur Bekämpfung des Terrors plädieren Sie in Ihrem Buch für eine Bildungsinitiative. Die Selbstmordattentäterin, die sich kürzlich in Haifa in die Luft sprengte und 19 Menschen mit in den Tod riss, war eine angehende Anwältin. Also eine gebildete Frau. Legt das den Schluss nahe: Bildung schützt vor Terror nicht?

Avi Primor: Ich unterscheide zwischen den Attentätern: zwischen den überzeugten, fanatisierten Fundamentalisten oder Nationalisten und der Bevölkerung. Wir führen eigentlich zwei Kriege. Einen Verteidigungskrieg gegen den nationalistischen Terror, also den Terror der palästinensischen Bewegung, und auf der anderen Seite ein Ringen gegen den Weltterrorismus. Der eine ist ein Terrorismus der nationalistische Ziele anstrebt. Wenn ich von Bildung spreche, dann habe ich eher den fundamentalistischen, religiös fundierten Terror im Blick. Die Fanatisierten, die Täter, die Drahtzieher, das sind Menschen, die ich nicht beeinflussen kann, die kein Mensch beeinflussen kann oder jemals wird. Mein Ziel ist es, diese Leute zu isolieren und ihnen keinen Nährboden zu gewähren. Und wer ist der Nährboden? Das sind die Massen. Die Massen der islamischen Länder und die Massen der Dritten Welt. Ein Bauer in einem abseits gelegenen Dorf in Afghanistan weiss heute, dass es Menschen gibt, die anders leben als er, weil selbst er fernsieht. Diesen Leuten kann man Hoffnung auf eine bessere Zukunft geben, indem man ihnen Bildung gibt. Ich spreche also nicht von der Rechtsanwältin in Haifa und von den Terroristen des 11. September. Das waren alles gebildete Leute ..."

Avi Primor, im Gespräch mit Gisela Hagemann, aus: Die Macht der Masse. In: Frankfurter Rundschau 10. Oktober 2003

"Der ehemalige Botschafter Israels in Deutschland, Avi Primor, hat sich längst auch als Publizist und Politikwissenschaftler einen Namen gemacht. In seinem gerade auf deutsch erschienenen Buch "Terror als Vorwand - Die Sprache der Gewalt" (Droste Verlag)

analysiert er die jüngste Entwicklung im israelisch-palästinensischen Konflikt." (FR-Begleittext).

"Nach sieben Jahren des Debattieren haben sich die beiden grossen Kirchen darauf geeinigt, eine gemeinsame Zeitschrift für Entwicklungspolitik herauszugeben ...

Der Kasseler Soziologe Eike Henning begründete die Notwendigkeit einer solchen Zeitschrift auch mit dem Defizit an Kommunikation, das in der öffentlichen Debatte und selbst zwischen den Nicht-Regierungsorganisationen herrsche. So sei die viel beschworene Globalisierung bei kritischem Hinsehen viel weniger global, vielmehr ein Begriff, der verschleire, dass sich hinter ihm die Einteilung in wichtige und unwichtige Länder oder Regionen stehe; er sei ein Begriff der Ausgrenzung ..."

AGA, aus: Gegen die Ausgrenzung. In: Frankfurter Rundschau 11. Oktober 2003

2003-10-20

"Was ist das typische New York-Gefühl?

David Bowie: Es ist dieser Drive von Manhattan, diese Energie, diese Erbarmungslosigkeit. New York ist abscheulich und grausam, es ist ein harter Ort. Obwohl sich sein Charakter in der letzten Zeit verändert hat.
FR: Inwiefern?
David Bowie: Die Stadt ist weicher geworden. Der Stromausfall hat das auf wundersame Weise offenbart. Beim grossen Blackout 1977 gab es noch Aufstände und Plünderungen, Autos wurden in Brand gesteckt. Es war schrecklich, wir hatten unglaubliche Angst. Die Menschen flüchteten in ihre dunklen Wohnungen und warteten verzweifelt, dass der Strom zurückkommt. Diesmal war es anders. Die Leute trafen sich auf den Trottoirs, manche brachten ihre Gitarre mit, andere Speisen und Getränke. Es war ein grosses Picknick. Und das ist ohne Zweifel eine Folge von Nine-Eleven. Die Leute denken: Hey, wir kommen alleine nicht zurecht, wir brauchen einander, auch den Typen nebenan. Das ist eine Lektion, die New York lernen musste: Dass es nicht die schlechteste Idee ist, sich auf andere Menschen zu verlassen, zusammen zu halten...."
David Bowie im Interview mit Anita und Marian Blasberg, aus: "Sexappeal ist mir gleichgültig", in: Frankfurter Rundschau 16. Oktober 2003

"Das ganze
Drame. Der Zweifler.
Die Zeiten werden schneller, die Räume enger, die Dramen häufen sich. Die FR trägt der Entwicklung mit einer kleinen Serie von kurzen Stücken Rechnung.

Bundeskanzleramt, Kanzlerwohnung. Der Kanzler und die Frau des Kanzlers liegen im Bett. Es ist Nacht.

Schröder: Ich will hier raus, Doris.
Doris: Was?
Schröder: Ich will hier raus.
Doris: Sollen wir ein bisschen spazieren gehen, Kuschel?
Schröder: Und dann wieder hier rein? Niemals.
Doris: Ach Kuschel, du hast es dir doch immer so gewünscht.
Schröder: Aber da wusste ich nicht, wie es ist, hier drin zu sein.
Doris (kuschelt sich an ihn): Manchmal sehr schön.
Schröder(dreht sich weg): Heute wieder. Ich mach Sachen, die würd ich sonst nie machen. Hast du schon mal Telefonterror beim Präsidenten der Elfenbeinküste gemacht?
Doris: Nein, Kuschel.
Schröder: Siehst Du. Ich hab ihn angerufen, "Uga, Uga" ins Telefon gebrüllt und wieder aufgelegt.
Doris: Das ist wirklich witzig, Kuschel.
Schröder: Findest Du? Danach haben Steinmayer und ich Joschka auf dem Klo eingesperrt und vor der Tür laut Vertriebenenlieder gesungen. Und dann hab ich eine E-Mail nach Paris geschickt.
Doris (kichert): Und, sag schon. Sag, was stand drin?
Schröder: Tausche drei Millionen Türken gegen fünf Millionen Marokkaner. (Er bricht in schallendes Gelächter aus.)
Doris (lacht auch): Oh Gott, ist das komisch! Kuschel, das ist ja wirklich so komisch!
Schröder: Naja, man tut was man kann.
Doris (wieder ernst): Und dass alles willst Du aufgeben?
Schröder: Meinst du, es wär ein Fehler, Puschel?
Doris: Ja, Kuschel
Schröder: Gut. Ich denk drüber nach.
Doris: Gute Nacht, mein Held.

Schröder: Gute Nacht
(Pause)
Schröder: Puschel?
Doris: Ja, Kuschel?
Schröder: Soll ich morgen dem Bush eine anonyme Morddrohung schicken? Die Buchstaben könnte ich aus dem "Vorwärts" und aus Horst Mahlers Memoiren ausschneiden.
Doris (lacht schallend): Also, ich fände das echt lustig! Aber red vorher mit Otto drüber.
Schröder: Mach ich. (Er umarmt und küsst sie). Ach, wenn ich dich nicht hätte, Puschel. Dann wäre ich immer noch ein ganz kleines Licht.
(Vorhang).

Maxim Biller, aus: Der Zweifler, in: Frankfurter Rundschau 16. Oktober 2003

"... Es geht um eine Branche, deren hoch bezahlte Experten sich genau wie mancher Kleinanleger an der Börse kräftig verspekuliert haben. Mit einem Unterschied: Die Lebensversicherer zockten nicht mit ihrem eigenen Geld, sondern mit dem ihrer Kunden. Die ersten kleineren Anbieter hat es bereits erwischt - und die Politiker befürchten grösser Pleiten, bei denen die Altersvorsorge vieler Bürger auf dem Spiel stehen könnte ..."

Richar Meng, aus: Von der Schrecksekunde zur Panik. Mit einer Kehrtwende versucht die SPD-Fraktion zähneknirschend, der Versicherungsbranche und sich selbst zu helfen, in: Frankfurer Rundschau 16. Oktober 2003

"... Beispiel Alterssicherung: Wer künftig mit 55 Jahren seine Arbeit verliert und keine neue findet, wird bald arm dran sein. Denn ehe er sein Arbeitslosengeld II erhält, muss er sein gesamtes Vermögen, inklusive privater Altersvorsorge, und das der Ehefrau oder Lebenspartnerin aufbrauchen. Lediglich ein Freibetrag von jeweils maximal 26 000 Euro bleibt unangetastet. Begründung: Es sei nicht unmoralisch, wenn ein Staat von den Bürgern verlangt, sie müssten erst ihre Notgroschen ausgeben, ehe sie Anspruch auf seine Transferleistungen erheben können.

Es ist aber unaufrichtig von der Politik, wenn sie an den Baustellen des Sozialstaates unterschiedliche Botschaften verkündet; als Rezept gegen den Schwund in der Rentenkasse etwa den Bürgern predigt, sie sollten private Vorsorge leisten, um ihnen diese zu nehmen, wenn sie arbeitslos werden. Widerstand gegen solche Unlogik ist nicht zu erwarten, weil kaum jemand mehr durchschaut, was an welchem Finanzloch verkündet wird und wie es zugeschüttet werden soll ..."

Katharina Sperber, aus: Am Rande der Existenz, in: Frankfurter Rundschau 16. Oktober 2003

"... Ebenfalls konsensual und zugleich kontrovers ist der Begriff Sozialstaat. Er steht irgendwie im Grundgesetz und gehört zum Eisernen Bestand: die BRD sei ein demokratischer und sozialer Bundesstaat. Doch schon Anfang der fünfziger Jahre wurde darüber gestritten, was das bedeute. Für den Konservativen Ernst Forthoff deckte der Begriff "Sozialstaat" gerade mal ein korrekte Verwaltungshandeln und ein bisschen Fürsorge, bei Wolfgang Abendroht hatt er etwas mit nicht nur politischer, sondern auch gesellschaftlicher Gleichheit zu tun.

Heute wird der Sozialstaat von allen für ein hohes Gut erklärt, die ihn zugleich ein bisschen abschaffen, auf jeden Fall aber einschränken wollen. Er müsse gerettet werden, indem man ihn "umbaue". Auch das ist heute Konsens. Grössere Klarheit bekommt man, wenn man sich in das Innere der Worthülse begibt und nachsieht, was dort vorgeht. Es zeigt sich, dass die Entkernung des Sozialstaats einen neuen Negativbegriff freigesetzt hat, der das bezeichnet, was fast niemand mehr will: einen Wohlfahrtsstaat. Er steht in ähnlicher Weise für ein fast allgemein abgelehntes Prinzip wie die Demokratie in Kaiserreich und Weimarer Republik.

Da steigt also ein Leitbild ab, und ein etwas kümmerlicher Ersatz ist im Kommen: der Schlanke und Aktivierende Staat. In seinem Zeichen wird gerade eine zunächst kontroverse Losung konsensual und letztlich neoliberal eingemeindet: das Bürgergeld. Hinter dem Wort verbirgt sich eine ganze Ziehharmonika miteinander unvereinbarer Wünsche: von der Zurückstutzung der bisherigen Sozialsystem auf ein steuerfinanziertes Almosen bis zu alt-skandinavischen Verhältnissen, die aber - Stichwort Wohlfahrtsstaat - in gleichem Atemzug für utopisch erklärt werden.

Die Konsens-Linguistik hat seit langem auch schon einen Begriff aufgesaugt, der ursprünglich von links kam: Zivilgesellschaft. Als der italienische Kommunist Gramsci sie zu beschreiben versuchte, meinte er ein umkämpftes institutionelles Feld im Bereich zwischen Staat und Ökonomie, das erobert werden müsse, wer herrschen will. Dies ist kein angenehmer Ort (der Urheber sprach sogar von "Kasematten"). Längst aber ist er verniedlicht worden: Zivilgesellschaft ist kein Kampfplatz mehr, sondern (im Rückgriff auf ältere, angelsächsische Werte) eine Art lieblicher Szene, der die Zumutungen von Staat und Kapital nichts anhaben soll. Vo da aus führt der Weg zur Bürgergesellschaft - einem Begriff, mit dem sich ja auch allerlei verknüpfen lässt, insbesondere dann, wenn man Bourgeois und Citoyen nicht unterscheiden will und sich nicht fragt, ob der eine ohne den anderen zu haben ist.

Jetzt stellen wir uns zur Abwechslung einmal vor, ein ungeschlachter Mensch träte auf und behauptete: Demokratie gebe es gerade mal so viel, wie für das Kapital gut ist. Der Sozialstaat sei ein Palliativ für die Ausbeutung. Das Bürgergeld werde bei den gegenwärtigen Machtverhältnissen auf eine Bluff hinauslaufen. Zivilgesellschaft sei Klassenkampf. Man wird ihm widersprechen und ihn zu widerlegen versuchen. Wenn er kein Schwadroneur ist, sondern klug, wird er seine Thesen begründen und differenzieren, bis sie genau genug sind. Mehrheitsfähig wird der Grobian wohl nicht werden.

Doch würde er wenigstens gehört, dann stünde neben dem Wörterbuch der öden politischen Einheitssprache ein zweiter - wenngleich schmaler - Band im Regal. Dort kann man nachschlagen, wenn man wissen möchte, was der andere Wälzer uns wirklich sagen kann und will".

Gerorg Füllberth, aus: Absteigende Leitbilder. Dem Begriff Sozialstaat geht es heute wie der Demokratie in der Weimarer Republik, es will ihn keiner mehr. In: Frankfurter Rundschau 16. Oktober 2003

Gerorg Fülberth ist Politikwissenschaftler an der Universität Marburg.

"FR: Sie sind jetzt seit einem Jahr die Anti-Korruptions-Beauftrage der norwegischen Regierung. Welche Bilanz ziehen Sie?
Eva Joly: Wir haben mittlerweile eines der besten Anti-Korruptionsgesetze der Welt. Das

Strafmass reicht bis zu zehn Jahren Gefängnis. Ausserdem haben wir strengere Regeln gegen Geldwäsche etabliert. Jetzt müssen auch Immobilienmakler, Juweliere, Rechtsanwälte und Wirtschaftprüfer verdächtige Transaktionen melden. Viel wichtiger aber war die Sensibilisierung unserer Vorstandsvorsitzenden, das haben Sie meiner Erfahrung nach in Deutschland versäumt. Deshalb haben wir in Norwegen kaum Probleme mit der Korruption.

FR: Laut der Anti-Korruptions-Organisation Transparency International steht Ihr Land ganz weit oben auf der Liste der Unkorrumpierbaren. Braucht man da eine Anti-Korruptions-Beauftragte?

Eva Joly: Norwegen steht auf Platz zwei, aber Bestechlichkeit, illegale Preisabsprachen oder Geldwäsche laufen nun mal international und machen nicht vor Ländergrenzen halt ...

FR: Wenn Sie drei Wünsche frei hätten zur internationalen Korruptionsbekämpfung, was würden sie tun?

Eva Joly: Erstens jegliche Immunität von Diplomaten, Politikern und Juristen aufheben. Die behindert nur die Ermittlungen. Zweitens die internationale Zusammenarbeit der Strafverfolger erheblich verbessern. Beweismaterial muss schnell ausgehändigt werden, auch über Ländergrenzen hinweg. Heute sind 18 Monate schnell. Drittens würde ich Handel und Geschäfte mit Unternehmen oder Einrichtungen verbieten, die sich in nicht kooperierenden Staaten niederlassen.

FR: Also jenen die auf der schwarzen Liste der OECD-Geldwäschejäger stehen wie Zypern zum Beispiel?

Eva Joly: Oder Nigeria ..."

Eva Joly, aus: Jegliche Immunität aufheben. FR-Interview von Sonia Shinde, in: Frankfurter Rundschau 13. Oktober 2003

Eva Joly ermittelte jahrelang als Untersuchungsrichterin im Fall Elf-Aquitaine.

www.transparency-international.org

"... Zum Glück sehen auch die meisten Ärzte ihre Patienten im Hirnversagen nicht als Leichen, sondern als sterbende, also noch lebende Menschen an, mit der Folge, dass diese nicht an die Zentralen gemeldet werden. Nicht Faulheit, Überarbeitung oder mangelnde Vergütung sind der Grund für die Nichtmeldung. Vielmehr erklärt sich das Verhalten der Ärzte aus ihrer Verantwortung, nach dem hippokratischen Eid zu handeln und für den anvertrauten Patienten, der besonders schutzbedürftig ist, zu sorgen, statt ihn auseinandernehmen zu lassen.

Ein weiterer, vor allem bei den Kirchen noch viel zu wenig beachteter Grund gegen die Organspende ist, dass dem Sterbenden durch den Tod im OP auch noch der letzte Liebesdienst, die Begleitung bis zuletzt durch seine Angehörigen versagt wird. Kein Wunder, dass mehr als 90 Prozent aller Organentnahmen nur möglich sind, weil die Angehörigen sich im Schockzustand unter Druck gesetzt fühlen."

FR-Leser Jürgen Meyer, Frankfurt von der Initiative Kritische Aufklärung über Organtransplantation-kao, in: Frankfurter Rundschau 14. Oktober 2003

www.initiative-kao.de

"... Die zeitgeistige Vergangenheitsbewältigung in Sachen 68er arbeitet mit einem altbekannten Trick. Sie versammelt alle bösen Buben und radikal-sozialistischen Chaoten, deren Beitrag zur Zeitgeschichte allenfalls in ihrer damaligen Medienwirksamkeit bestand, unter der Rubrik 68er. Die ominösen K-Gruppen, die DKP, die Westberliner SED, die barbusigen Studentinnen, die Adorno aus dem Hörsaal vertrieben - daran sollen wir Heutigen denken, wenn wir lesen, welch tiefe Irrtümer in den sechziger und siebziger Jahren die Westsdeutschen heimsuchen.

Es wird dabei gerne übersehen, dass es in Wirklichkeit nicht Rosa Luxemburg, Mao-Tse-Tung, Ho Chi Minh oder Ludwig Marcuse waren, die die mentale Revolution in der deutschen Gesellschaft auf den Weg brachten. Ds waren vielmehr Intellektuelle, Künstler, Hochschullehrer und Politiker wie Willy Brandt und Ralf Dahrendorf, Jürgen Habermas, Karl Hermann Flach, Heinrich Böll und Günter Grass, die Historiker Fritz Fischer oder Hans Mommsen. Uns sie waren sehr eigenständige Geister, die mit der so genannten Studentenbewegung häufig in heftigem Streit lagen.

Aber um ihre Gedanken zu popularisieren brauchte die Gesellschaft beides: den lautstarken, happeningartigen Protest und die intellektuellen Neuaufbrüche. Erst dieses Zusammenspiel brachte die wichtige Kulturrevolution des Alltags. Die sexuelle Befreiung, die Auflösung von Modezwängen, die Frauenemanzipation, die Abwendung vom autoritären Staatsdenken und von bürgerlichen Familienhierarchien, die (weitgehend gescheiterten) Bildungsreformen, das neue Theater, der tolerante Ton in den Leitartikeln.

Es gab im Übrigen nie "die68er". An den Universitäten schauten 80 bis 90 Prozent der Studierenden mehr oder wenige schweigen zu, wenn es in den Hörsälen und auf den Strassen und Plätzen zur Randale zwischen Demonstranten und völlig überforderten Polizisten kam. Aber was auf Grund dieser Ereignisse berichtet, gelesen und diskutiert wurde, das nahmen immer mehr junge Menschen auf. Es gab damals eine kurze und heftige, aber durchaus weittragende gesellschaftliche Entwicklung, die die Westdeutschen nach 150 Jahren bedrückender Intoleranz und Enge ein Angebot zur individuellen Mündigkeit und zur gesellschaftlichen Solidarität machte. Was sich nicht zuletzt auch in der Sozialpolitik niederschlug. Nur wer die Jahre vorher nicht bewusst erlebt hat oder sich immer noch weigert, den Weg der Deutschen im späten 19. Jahrhundert und in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts zur Kenntnis zu nehmen, kann leugnen, dass dies bis weit in den privaten Alltag hinein ein Akt der Befreiung war.

Übrigens spielte jenseits des organisierten Kommunismus in Westdeutschland die Lage der DDR weniger bei den 78ern als bei den um Handel und Wandel zwischen den deutschen Staaten besorgten Konservativen (der von Franz Joesph Strauss mit Honecker ausgehandelte Milliardenkredit) und den sozial-liberalen Ostpolitikern eine wichtige Rolle. Koexistenz war keine Erfindung der 68er, sondern seit den Eisenhower-Jahren ein Grundprinzip der west-östlichen Diplomatie. Mögen Wallraff und Co. das auch anders gesehen haben, für die grosse Mehrheit der damaligen Protestler in Westdeutschland standen andere Fragen im Vordergrund. Das mag aus heutiger Sicht der einstigen DDR-Bürger falsch gewesen sein, aber es bedeutete nicht, dass die68er die Ulbricht/Honecker-Diktatur permanent verharmlost hätten.

Keine heile Zeit, keine Zeit der Heroen, keine Zeit ohne Irrtümer und groteske (selbst - sie RAF - mörderische) Auswüchse. Ein überfälliger Generationenprotest war es, der den lähmenden Stillstand einer sich im materiellen verlierenden Gesellschaft des Schweigens überwinden sollte. Vieles haben die damals Fordernden dann nicht erfüllt, als sie der gar

nicht so lange Marsch durch die Schule, Universitäten, Medien, Gewerkschaften oder Parteien an die Schaltstellen der Macht führt. So ist der Mensch. Aber die Spuren dieser Zeit haben die Bundesrepublik bis heute tief geprägt. Die gesellschaftlichen Entwicklungen in den sechziger Jahren waren ein wichtiger Etappenabschnitt auf Deutschlands Weg in den Westen. Er schloss seinen Frieden mit er zwei Jahrhunderte von seinen Eliten verleugneten europäischen Aufklärung.

Es ist ja fast schon komisch, dass die intellektuellen Wendehälse von heute gar nicht merken, von wem sie sich mit ihrer Abarbeitung der lästigen Über-Ichs von damals instrumentalisieren lassen. Die Verlästerung eines wichtigen historischen Abschnitts in der neuesten deutschen Geschichte einerseits und der Rückzug aus dem Sozialstaat und die wachsende Intoleranz gegenüber gesellschaftlichen Minderheiten andererseits - wer hört da nicht die Signale? Schon der italienische Sozialist Antonio Cramsci wusste, dass vor der Eroberung der Macht allemal die Herrschaft über den Zeitgeist steht."

Wilhelm von Sternberg, aus: Herrschaft des Zeitgeists. Abarbeitung am Über-Ich: Eine Antwort auf Richard Wagner. In: Frankfurter Rundschau 15. Oktober 2003

Sternberg bezieht sich auf einen FR-Beitrag vom 25. September 2003. Der Wiesbadener Schriftsteller und Historiker veröffentlichte zuletzt bei Bertelsmann "Als Metternich die Zeit anhalten wollte. Deutschlands langer Weg in die Moderne".

"Wer kann die Chuzpe haben, für 672 Abgeordnete zu behaupten, sie seien jeder 20 000 Mark im Monat wert."
Der im Oktober gestorbene Kölner Soziologe Erwin K Scheuch, nach: FR 15. 10. 2003

"... So landete Deutschland mit einem Anteil von 17 Prozent beim öffentlichen Verkehr unter den Schlusslichtern in Europa. Auch unter Rot-Grün hat sich daran nichts geändert und wird sich trotzt gegenteiliger Beteuerungen von Ministern und Abgeordneten nichts ändern - dazu ist die Fernsteuerung aus den Vorstandsetagen von VW und Co. bis in das Kanzleramt zu stark.

Allerdings stellt sich die Frage, warum sich über diesen Skandal niemand aufregt: Ist es die Gewöhnung? Ist es Verdrängung im Volk der potenziellen Täter? Oder schlimmer: Ist es nicht zu mindernder Stolz auf die verkehrspolitische Kontinuität vom Autobahn-Reichskanzler bis zum Auto-Bundeskanzler? Angesichts solch ungeklärter Fragen ist man versucht, eine andere Totenbilanz zum Vergleich heranzuziehen. Am 13. August meldete auch die Frankfurter Rundschau eine korrigierte Zahl von 1008 Toten an der innerdeutschen Grenze seit 1949. Gegen Mauerschützen, gegen die politische Verantwortlichen einer DDR-Abschottungspolitik liefen politische Prozesse; einige sind mit Freiheitsstrafen ausgegangen. Für eine sozialistische Politik hätte es keine Toten geben dürfen - dies ist nicht zu bestreiten.

Es darf aber gefragt werden, wann endlich die Justiz gegen die Verantwortlichen einer Verkehrspolitik vorgeht, die in ihren Auswüchsen vor allem Auto- und Mineralölkonzernen nützt. Ist eine kapitalistische Verkehrspolitik, die zu 750 000 Toten führte, weniger verwerflich als eine sozialistische Abschottungspolitik, die zu 1008 Toten führte?"

FR-Leser Prof. Dr. Jürgen Rochlitz, Burgwald/Eder, in: Frankfurter Rundschau 15. Oktober 2003

"... Der grösste Skandal ist aber, dass die wirklichen Abkassierer und Abzocker sogar noch belohnt werden. Die Infineon AG z.B. hat Milliarden bekommen, um die modernste Chip-Fabrik im Osten Deutschlands aufzubauen. Die Summe ist grösser als der ganze Sozialetat des Staates! Jetzt hat Infineon angekündigt, aus Steuergründen (!) den Sitz in die Schweiz zu verlegen. Dies ist wohl der grösste gesellschaftliche Skandal, den wir in den letzten 30 Jahren hatten. Auf der einen Seite werden die meisten Menschen in unserem Staat in eine finanzielle Unsicherheit gestürzt, vor allem in die Sozialhilfe, und auf der anderen Seite nimmt sich Infineon die Frechheit heraus, den Staat um Subventionen zu bitten und dann kaltschnäuzig zu sagen, der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, der Mohr kann gehen ..."

FR-Leser Jürgen Eiselt, Frankfurt/Main in:
Frankfurter Rundschau 15. Oktober 2003

"... Gerhard Schröder stimmt seinem Generalsekretär mit der Bemerkung zu, der Begriff lege naha, dass es eine Form von Ökonomie jenseits der Marktwirtschaft gebe.

Dies ist jedoch, geschichtlich beglaubigt, keine irreale Möglichkeit. Es gab - merkwürdig, dass dies schon vergessen ist - in der Tschechoslowakei von 1968 und in Ansätzen in der Sowjetunion unter Gorbatschow eine Demokratie auf nicht-kapitalistischer Basis, die die Verwendung von Marktmechanismen durchaus einschloss. Die Experimente scheiterten nicht wegen immanenten Funktionsstörungen, sondern aus machtpolitischen Gründen.

Mit der Infragestellung des antizipatorischen Gedankens des demokratischen Sozialismus wird das analytische Instrumentarium für das Erkennen, Einschränken und Überwinden privilegierter Verfügungsstrukturen über die Gesellschaft preisgegeben. Diese Kursänderung, die der praktischen Politik der Bundesregierung schon vielfach entspricht, wenn die grossen Kapitalgesellschaften bei der Entsorgung der Altautos, bei der Einschränkung der Gewerbesteuer gezielt bevorzugt werden, ist keine irrlichternde Fussnote der Programmdebatte. Sie zielt ins Herz der Partei, die in ihrem Namen demokratisch nicht legitimierter sozialer Herrschaft enthält.

Der Generalsekretär wirkt wie der Grossinquisitor Dostojewskis, der das Christentum der Erniedrigten und Beleidigten aus Gründen der Machterhaltung neutralisierte. Scholz treibt der SPD den mit dem Begriff der Umverteilung nur unzureichend beschriebenen Begriff sozialer Freiheit, der Infragestellung gesellschaftlicher Machtverhältnisse aus. Franz Neumann, Justitiar der SPD bei der Machtübernahme Hitlers, einer der bedeutendsten Analytiker des NS-Systems, schrieb: Die im sozialen Rechtsstaat verkörperte soziale Freiheit bedeutet, "dass die Arbeiterschaft ihr Arbeitsschicksal selber bestimmen will." In dieser Tradition steht auch das Grundgesetz, das politische Korrektur-, Kontroll- und Transformationspositionen gegenüber einer unbegrenzten Privatwirtschaft enthält. Nach dem Grundgesetz ist das Privateigentum nicht einschränkungslos gewährleistet, seine inhaltliche Bestimmung obliegt dem Gesetzgeber (Art. 14. Abs. 1 GG). Ebenso bemerkenswert wie konsequent ist, dass Scholz das Grundgesetz links liegen lässt, als habe es Carlo Schmid nie gegeben, der den auf Hermann Heller zurückgehenden Gedanken des sozialen Rechtsstaats in der Verfassung als Leitbegriff verankern konnte.

Mit dem Angriff auf die eigene Tradition verliert sie ihr unabgegoltenes Moment. Die sozialdemokratischen Widerstandskämpfer, die sich der Klassengesellschaft Nazideutschland entgegenstellten und dafür im Zuchthaus, im Konzentrationslager und

auf dem Schafott landeten, verlieren jegliche Gegenwartsbedeutung. Die Gedankenwelt Julius Lebers, designierter Innenminister einer Regierung des 20. Juli, für den die Erkämpfung des Rechtsstaats mit der Schaffung einer demokratischen Wirtschaftsgesellschaft zusammenfiel, verschwindet im Mottenschrank.

An die Stelle kritischer Tradition tritt die Übernahme der Ideologie der gesellschaftlichen Gegenspieler: Statt einer Umverteilung von unten nach oben müsse man von einem umgekehrten Phänomen sprechen. "Die zehn Prozent der Steuerpflichtigen mit dem höchsten Einkommen (haben) mehr als die Hälfte ... des gesamten Aufkommens der Einkommenssteuer bezahlt", schreibt Scholz. Seine These, die nur eine Steuerart heranzieht, aber nicht die ungleichen Eigentums- und Vermögensverhältnisse berücksichtigt, entspringt selektiver Wahrnehmung. Die von der rot-grünen Koalition der vorherigen Legislaturperiode durchgesetzte Absenkung der Körperschaftssteuer und die Gewährung weitreichender Verlustrückträge führte kurzfristig zu milliardenschwere Steuergeschenken für die grossen Kapitalgesellschaften. Diese nach oben transferierten Milliarden fehlten für die Sanierung der Sozialsysteme.

Wenn der Generalsekretär die Oberhand behält, müsste Willy Brandt posthum aus der SPD ausgeschlossen werden. In seinen Erinnerungen ("Links und frei") schrieb er: "Aus meiner frühen Jugend habe ich das Verlangen mitgebracht, dass die vielen, und nicht nur die wenigen, am Tisch der Gesellschaft Platz haben müssen ... Es bleibt die Aufgabe, die Demokratie sozial, wirtschaftlich und kulturell auszudehnen ... Und es bleibt als Kern allen sozialistischen Strebens die Idee der klassenlosen Gesellschaft, die die ökonomische und politische Unterdrückung hinter sich gelassen hat."

Prof. Joachim Perels, aus: Angriff auf die Tradition der SPD. Generalsekretär Scholz liquidiert soziale Grundsätze, um die Macht zu erhalten. In: Frankfurter Rundschau 10. Oktober 2003

Prof. Joachim Perels lehrt am Fachbereich für Geschichte, Philosophie und Sozialwissenschaften der Universität Hannover.

Eine der besten Errungenschaften des neuen Relaunches der Frankfurter Rundschau ist die neue Rubrik Dialog. Hier antworten Redakteur ihren Lesern. Hier ein Auszug:

"... Ich halte diese Zaghaftigkeit für falsch, da die Pendlerpauschale in meine Augen zu den besonders unsinnigen und schädlichen Subventionen zählt. Gute Argumente sprechen dafür, Pendeln als Privatsache zu werten. Ein Beispiel: Wer in München arbeitet und in die Nähe seines Büros zieht, zahlt eine hohe Miete und bekommt dafür keinen Steuernachlass. Wer am Starnberger See wohnt und in die Stadt fährt, profitiert von der Pendlerpauschale. Ist das gerecht? Auch die Verteilungswirkung der Pauschale ist problematisch: Leute mit hohem Einkommen bekommen einen besonders starken Nachlass, weil ihr Steuersatz höher liegt. Der Arbeitsweg eines Reichen ist dem Staat mehr wert als der eines Geringerverdienenden. Das ist für mich nicht in Ordnung." Markus Sievers, FR-Büro Berlin, aus: Dialog, Rasenmäher und Pendler. In: Frankfurter Rundschau 10. Oktober 2003

"... Dieses Szenario erinnert sehr an die Karte von Südafrika zur Zeit der Apartheid. Die rassistische Regierung schuf mehrere schwarze "Homelands", auch "Bantustans" genannt, angeblich selbstverwaltete Gebiete, deren schwarze Führer von der weissen Regierung bestimmt wurden. Jedes Bantustan war vollkommen vom Gebiet des rassistischen Staates umgeben, abgeschnitten vom Rest der Welt.

Genau das ist es, was Sharon im Sinn hat, wenn er von einem "palästinensischen Staat" spricht. Dieser soll aus mehreren von israelischem Gebiet umgebenen Enklaven bestehen, ohne eine Aussengrenze mit Jordanien oder Ägypten zu haben. Sharon hat seit Jahrzehnten an der Umsetzung dieses Plans gearbeitet, Dutzende von Siedlungen gemäss seiner Landkarte errichtet.

Die Mauer wird diesem Zweck dienen. Sie hat nichts mit Sicherheit zu tun. Sie wird gewiss keinen Frieden bringen, sondern zu nur noch mehr Hass und Blutvergiessen führen. Die blosse Idee, dass ein Hindernis aus Zement oder Stacheldraht den Hass beenden könnte, ist lächerlich.

Die Arbeit der Bulldozer geht weiter - vom frühen Morgen bis in den späten Abend. Sharon redet über den so genannten Fahrplan zum Frieden (Roadmap for Peace) und schafft unterdessen auf dem Boden vollendete Tatsachen. Aber diese Mauer hat noch eine tiefere Bedeutung. Es ist kein Zufall, dass sie in Israel so ungeheuer populär ist, von Ariel Sharon

bis Amram Mitzna und Yossi Beilin: Sie verspricht nämlich, ein tiefes, inneres Bedürfnis zu befriedigen.

In seinem Buch "Der Judenstaat", dem Gründungsdokument des Zionismus, schrieb Theodor Herzl 1896 folgende Sätze: "Für Europa würden wir dort (in Palästina) ein Stück des Walles gegen Asien bilden. Wir würden den Vorpostendienst der Kultur gegen die Barbarei besorgen." Die Vorstellung, dass wir der Vorpostendienst der Kultur gegen die Barbarei besorgen." Die Vorstellung, dass wir der Vorposten Europas sind und einen hohen Wall zwischen uns und asiatischer Barbarei - das heisst den Arabern - benötigen, ist so bereits Bestandteil der ursprünglichen Vision. Vielleicht hat sie sogar noch ältere Wurzeln. Als die Juden begannen, die Ghettos zu wohnen - bevor sie von aussen dazu gezwungen wurden-, umgaben sie sich mit einer Mauer, um sich von der feindlichen Umwelt abzuschotten. Mauer und Trennung - als Garantie für Sicherheit - sind tief in das jüdische kollektive Unterbewusstsein eingeprägt.

Aber wir als neue hebräische Gesellschaft in diesem Land wollen nicht in einem jüdischen Ghetto leben. Wir suchen nicht Trennung, sondern das Gegenteil: Offenheit gegenüber der Region; nicht "eine Villa im Dschungel" wie Ehud Barak es nannte, nicht einen europäischen Vorposten gegen asiatische Barbarei, wie Herzl es gesehen hat, sondern eine offene Gesellschaft, die in Frieden lebt und in Partnerschaft mit den Nationen der Region gedeiht ..."

Urti Averny, aus: Die Schandmauer. Sie enteignet Palästinenser und wird Israel keine Sicherheit bringen. In: Frankfurter Rundschau 10. Oktober 2003

Uri Averny erhielt 1997 den Aachener Friedenspreis und 2001 den Alternativen Nobelpreis.

2003-10-16

Bernard-Henri Levy greift in seinem wöchentlichen bloc-notes eine Debatte auf, die auch in anderen französischen Medien von sich reden macht: Es scheint, dass die Kreise der Globalisierungsgegner (die in Frankreich neuerdings als "altermondialistes" firmieren) von Islamisten unterwandert werden. In einem Forum von Globalisierungsgegnern wurde ein Textdes islamistischen Genfer Intellektuellen Tariq Ramadan veröffentlicht, der in den französischen Intellektuellen wie Andre Glucksmann,

Pascal Bruckner und Levy selbst eine fünfte Kolonne Israels sieht. Levy attackiert die Globalisierungsgegner: Er sei nicht gegen ihr Anliegen: "Ich respektiere ihren Kampf. Aber wenn sie, nur um die Vorstädte nicht zu brüskieren, derartige Argumente zulassen, wenn sie aus List oder Taktik, auch nur einen Moment lang den Antisemitismus als eine legitime Ausdrucksform der Revolte erscheinen lassen, dann ist das ein Desaster, nicht nur für sie selbst, sondern für die Allgemeinheit."

"Der omnipräsente Soziologe Alain Duhamel zieht durch die Medien und diskutiert über den Niedergang Frankreichs, diesmal mit Nicolas Baverez, der wie Duhamel ("Le desarroi francais", Plon) ein Buch über das Thema geschrieben hat. "La France qui tombe". Er spricht noch mal über die vielen Hitzetoten unter Frankreichs Alten im Sommer. "Wir brüsten uns mit dem besten Gesundheitssystem der Welt, aber wir haben in dieesem Sommer 15.000 Personen sterben lassen, weil 30 Prozent der Krankenhausbetten nicht zu belegen waren, fünfzig Prozent davon in der Pariser Region, und das alles wegen der 35-Stunden-Woche. In einem Departement wie Hauts-de-Seine gab es im Sommer noch ganze zwei frei praktizierende Ärzte, weil alle andere in Ferien waren." Ein Land macht Urlaub!" aus: le point 8. Oktober 2003, www.lepoint.fr nach: www.perlentaucher.de

"Helen Epstein beschreibt in einer langen Reportage die Gesundheitsprobleme in den ärmeren Vierteln US-amerikanischer Städte: Immer mehr jüngere Menschen leiden an Krankheiten, die man sonst nur mit älteren verbindet: Krebs, Herzinfarkt, Asthma, Diabetes, rheumatische Arthritis ... " New York Times Magazine Oktober 2003

www.nytimes.com/pages/magazine/ zitiert nach www.perlentaucher.de

"...Chrismon: Die Protestanten sprechen hier vom Priestertum aller Gläubigen ...

Ustinov: Ja. Das ist genauso mit meiner Liebe zum Theater. Ich muss ja auch nicht mit einer Agentin schlafen, um diese Gefühle zu spüren (lacht).

Chrisom: Sie haben mal gesagt: "je älter man wird, desto mehr merkt man, dass die Seele wahrscheinlich unsterblich ist. Der Körper geht aus dem Leim, aber die Seele hat sich nicht wirklich verändert" Ist das Ihr Glaubensbekenntnis?

Ustinov: Ja. Ich glaube natürlich daran, dass die Seele existiert. Und wenn etwas ewig ist, wird es die Seele sein. Momentan glaube ich allerdings, dass nichts ewig ist. Aber ich bin

bereit, jeden Augenblick erstaunt zu sein. Ich finde Thomas ist eine der rührendsten Figuren der ganzen Bibel.

Chrismon: Weil der so genannte "ungläubige Jünger" erst die Wundmale Jesu berühren musste, bevor er an die Auferstehung glauben konnte? Ustinov: Ja, er war skeptisch.

Chrismon: Interessieren Sie sich für die Geschichten der Bibel?

Unstinov: Natürlich interessiert mich die Bibel. Aber noch spannender finde ich den Papst. Ich habe ihn wirklich gern. Auch wenn ich nicht alle seine Ideen teile. Das spielt keine Rolle. Man hat viele Freunde, die nicht derselben Meinung sind. Was ich an dem Papst schätze, ist, dass er versucht, innerhalb seines Glaubenskorsetts ökumenisch zu sein. Mann muss ihm nur zusehen, mit welcher Willensstärke er Erzbischöffe küsst, die aus einer ganz anderen Kirche kommen, mit komischen Hüten und Gardinen auf dem Kopf (lacht).

Chrismon: Er hat ja auch das legendäre Weltfriedensgebet in Assisi organisiert mit den Oberhäuptern der unterschiedlichen Religionen, unter anderem dem Dalai Lama.

Ustinov: Ja, genau. Der Dalai Lama ist dem Papst noch einen Schritt voraus in seinen Ideen, finde ich. Ich kenne ihn sehr gut. Er sagt immer: Bleiben Sie bei Ihrem Glauben. Wer den richtigen Weg des Glaubens geht, kommt am Ende schon am richtigen Ziel an ..."

Sir Peter Ustinov, aus: Peter der Weise, in: Chrismon - das evangelische Magazin, 10/2003 Interview von Arnd Brummer und Arianne Heimbach. www.chrismon.de

Hörtipp: COLTRANE. The Complete 1961 Village Vanguard Recordings. 1. bis 5. November 1961 im Village Vanguard, New York. Digitally remastered by Erick Labson at MCA Music Media Studios, using 20-Bit Super Mapping.

Daraus zum Anhören:

Naima (Coltrane, ts), Dolphy (as), Tyner (p), Workman (b), Jones (d) und India Coltrane (ss), Dolphy (b cl), Tyner (p), Garrison, Workman (b), Jones (d), Abdul-Malik (oud), Garvin Bushel (oboe)

Nicht auszudenken, hätten die Damen und Herren Kulturmanager der Kulturwerkstatt Kaserne zu Basel, der Stadt, die mir, dem Deutschen, kein Wohnrecht zubilligte, die Auftritte von Pharao Sanders (keine 80 Jazz-Fans im Raum, bei DER Jazz-Legende, ganz Basel kann sich nicht so vereinen in Musik, um diesen Freund John Coltrains genügend zu ehren) oder Erich Frieds Lesung (anlässlich der Besetzung der alten Stadtgärtnerei Basels) auf Band aufgenommen und könnten sie jetzt oder später als CD veröffentlichen, so wie ich es ihnen vorschlug.

Vom 4. November gibt es, kurioserweise, keine Aufnahmen. Wahrscheinlich waren die Tonigenieure so voller Musik, dass sie vergassen, die Tonbändern anzustellen - am 5. November 1961 taten sie es wieder.

IMULSE IMPD4-232 Friede den Hütten Krieg den Palästen (ein deutscher John Coltrane - Georg Büchner).

2003-10-16

Im Oktober strahlt ARTE mehrere Programme zur CIA aus.

Geschichte am Mittwoch
Mittwoch, 8., 15. und 22. Oktober 2003 um 20.45 Uhr

3 Dokumentarfilme:

- 1947-1977: Geheime Operationen
- 1977-1989: Das Ende der Illusionen
- 1990-2001: Ein Krieg nach dem anderen

Themenabend
Täter CIA - Ein Geheimdienst und seine Machenschaften
Dienstag, 28.Oktober 2003, ab 20.40 Uhr

- Das Geheimnis der Fledermaus. Bacardi zwischen Rum und Revolution
- Operation Blindflug. Das Versagen der US-Agenten
- Deckname Artischocke

Da Arte die Hintergrundseiten eventuell nicht lange auf seinem Server verfügbar hat, hier die angebotenen links:
Über das Buch "Deckname Artischocke"
(www.pressdepartment.de)

"Frank Olson Project" (Website seines Sohnes Eric; engl.)
(www.frankolsonproject.org)
"What Did the C.I.A. Do to Eric Olson's Father?"
("New York Times"; mit weiteren Artikeln und Dokumenten zum Thema)
(www.nytimes.com)
Zur Geschichte der CIA
(www.magazinusa.com)
John Marks: The Search for the Manchurian Candidate. The CIA and Mind Control
(Online-Version des Buches von 1979; u.a. mit einem Kapitel über Frank Olson)
(www.druglibrary.org)
CIA und LSD
(www.snapoo.com)
CIA und MKUltra (Informationen über die Menschenversuche der CIA; engl.)
(earthops.org)
Human Radiation Experiments (Homepage des "Office of Human Radiation Experiments")
(tis.eh.doe.gov)
Biologische Waffen (ein Dossier der "Neuen Zürcher Zeitung")
(www.nzz.ch)
Biologische Waffen (Informationen des "Katalyse"-Umweltlexikons)
(www.umweltlexikon-online.de)
The Biological Weapons Convention (Hintergrundinformation zur Entstehung der Konvention, offizieller Vertragstext sowie einige Abschlusserklärungen zu Folgekonferenzen; UNO)
(www.un.org)
Milzbrand(Informationen, Nachrichten, Videos und Links zum Thema bei "wdr.de")
(online.wdr.de)
Milzbrand: Bilanz einer Hysterie ("Monitor", 17.1.2002)
(www.wdr.de)
Der Kalte Krieg (mit weiterführenden Links und Buchtipps)
(www.kssursee.ch)
Cold War (ein interaktives Angebot von CNN mit zahlreichen Artikeln zum Thema "CIA im Kalten Krieg"; engl.)
(www.cnn.com)

Agenten im Kalten Krieg

Ein Dossier auf arte-tv.com

2003-10-15

"Grüne Hügel von Chengde. 250 Kilometer von Peking oder acht Tagesreisen befanden sich zu der Zeit, in der J. W. Goethe innig an China dachte, also noch im Jahre 1912, laubgekrönte Bergwälder. An ihrem Fusse, mit den Gärten in die Täler des Bergwaldes vordringend, befand sich die Sommerresidenz des Kaisers. Der Ort hiess Chengde. Die Residenz geriet in Verruf, als der Kaiser 1820 vom Blitz erschlagen wurde. Wenige Jahre später kam ein Kaiser, verschlagen in diese Residenz, durch Krankheit um. Seither verfielen die Bauten. Kein Astrologe wagte den Platz zum BEGÜNSTIGTEN ORT zu erklären. Die Bäume wurden gefällt.

Heute, für Schatzsammler noch immer ein geeigneter Ort, ist der Palast verwüstet, die Hügel von Bäumen entblösst. Übrig blieb von dieser Zentrale Chinas das Dichterwort "an die KÜHLEN GRÜNEN HÜGEL VON CHENGDE brandet das Meer der Hügel Chinas, unbelaubt". Das von Forschern 2002 durchforstete Gelände des Kaiserhofs wurde von diesen Hügeln nie "überflutet". Es ging nicht unter durch China, sondern durch Glücksverlust, einen Aberglauben der besonderen Art, dass nämlich eine paradiesische, glückselige, im Sommer erfrischende Landschaft durch nur zwei Zufälle zur Wüste gemacht werden kann."

Alexander Kluge, aus: Vermischte Nachrichten. Zeitungsgeschichten und Bildbeschreibungen - Zufälle, Fundstücke und immer wieder fehlende Glücksmomente, in: Frankfurter Rundschau 2./3. Oktober 2003

"Kohl, Schäuble, de Maizière haben Geschichte geschrieben. Geschichte gemacht haben andere, nämlich diejenigen, die den 9. November ermöglicht haben. Doch die Sieger haben es nicht einmal geschafft, mit den Besten, der oppositionellen Bürger- und Demokratiebewegung, auf gleicher Augenhöhe umzugehen. Die politische Kultur, die sich im Neuen Forum und anderen Gruppierungen entwickelt hatte, war moderner, einer Zivilgesellschaft des 21. Jahrhunderts angemessener als alles, was der westdeutsche Politikbetrieb bisher auf die Beine gestellt hat. Bundestagspräsiden Wolfgang Thierse lässt hin und wieder etwas davon aufblitzen.

Überhaupt der 9. November. 1918 war er der Tag, an dem die erste deutsche Republik ausgerufen wurde,. 1923 war er der Tag, an dem Hitler in München seinen ersten

Putschversuch machte. Damals war es noch eine Posse, zehn Jahre später begann die Tragödie. 1938 war er der Tag, nach dem niemand mehr sagen konnte, er hätte es nicht gewusst, im Inland nicht und im Ausland auch nicht. In und nach der "Reichskristallnacht" musste gezielt wegschauen, wer nichts gewusst haben wollte. 1989 war er der Tag, an dem - 44 Jahre nach der deutschen Kapitulation, die eine Befreiung war - die Nachkriegsgeschichte endete.
Wenn es einen Tag in der neueren deutschen Geschichte gibt, an dem es sich lohnt innezuhalten, nachzudenken, zu reden, zu trauern und zu feiern, dann ist es dieser 9. November. Aber welcher Politiker in Amt und Würden will schon innehalten und nachdenken. Und wir Normalverbraucher, wollen wir es? Wenn es gewollt wäre, das ist richtig, ginge es auch am 3. Oktober. Irgendein Feiertag ist besser als keiner."
Dr. Hans Jürgen Arlt, Publikzist und Kommunikationswissenschaftler , Berlin aus: Besser als gar kein Feiertag,in: Frankfurter Rundschau 2./3. Oktober 2003

"Die Zeiten werden schneller, die Räume werden enger, die Dramen häufen sich. Die FR trägt der Entwicklung mit einer kleinen Serie von kurzen Stücken Rechnung.
(Jetzt. Rilkes Zimmer. Rilke, aus einer Dose Bier trinkend, vor dem eingeschalteten Fernsehapparat. Auf dem Bildschirm die Talkshow "Fliege". Fliege spricht mit Rilke)
Fliege: Herr Rilke. Sie leben, schreiben Sie in einem Ihrer Gedichte, Ihr Leben in Wachsringen.
Rilke: Nein. In wachsenden Ringen.
Fliege: In wachsendem Ringen.
Rilke: Nein! In wachsenden Ringen!
Fliege: Die sich über die Dinge ziehn.
Rilke: Genau.
Fliege: Wie ist das zu verstehen?
Rilke: Wie es da steht.
Fliege: Sie schreiben, Wie würden den letzten vielleicht nicht wollbringen.
Rilke: Das ist richtig.
Fliege: Aber versuchen wollen Sie ihn?
Rilke: Versuchen, ja. Unbedingt.
(Am unteren Bildschirmrand wird ein Inserat eingeblendet: "Dichter R. M. Rilke: Lebt sein Leben in wachsenden Ringen". Rilke wirft die halbvolle Bierdose gegen den Fernseher.)
(Vorhang)

(Material: Rainer Maria Rilke: "Ich lebe mein Leben in wachsenden Ringen", 1889)
Der österreichische Schriftsteller Antonio Fian hat drei Bände mit Dramoletten veröffentlicht. Sie sind im Droeschel-Verlag erschienen."
Antonio Fia, aus: Bei Fliege. In: Frankfurter Rundschau 2./3. Oktober 2003

"... Hatte ich gehofft, Politik werde anders, besser gar, durch die Beteiligung von mehr Frauen? Der letzte Rest Hoffnung jagt aufjaulend davon am Abend der Landtagswahl in Bayern. Die ARD-Runde der Generalsekretäre: Zwei Frauen nun, für Grüne und FDP, in dieser Runde des Schreckens; mit Spray das blonde Haar fixiert, so unverwehbar wie ihre Mienen beim Spiel mit den Endlos-Wortketten. Der Wettkampf im Ich-lasse-mich-nicht-unterbrechen beim Verfassen sinnfreier Sätze; so deprimierend, Déjà vu. Wie eine uralte Karikatur.
Hatten sich nicht Grüne auch gegen all diese Zumutungen gegründet? Wagte nicht sogar die SPD basisdemokratische Experimente? Jetzt, so lese ich, muss die Grünen-Vorsitzende Angelika Beer Autoritätsverlust fürchten, weil sie in einem Jahr ins Europaparlament wechseln will. So schlimm ist es gekommen, in diesen wunderschönen Berliner Bauten. Sie können nichts dafür. Früher, als die Häuschen niedrig waren und die Menschen kurzbeinig, stritt man über jeden einzelnen Soldaten. Nun reden alle so beiläufig über Kundus, als sei's Hannover-Langenhagen.
Aus dem Off meldet sich Helmut Kohl: Wo sollen denn noch überall Soldaten hin? Kohl, ein Mann aus der Strickjacken-Welt, ewig her."
Charlotte Wiedemann, aus: Berliner Revue. Die schöne neue Politikerwelt, so viel jünger, so viel schicker - so surreal/Notizen einer Rückkehr,Teil 3. In: Frankfurter Rundschau 2./3. Oktober 2003
"Charlotte Wiedemann war Südostasien-Korrespondentin. Jetzt schau sie mit einem anderen Blick aufs veränderte Deutschland." (Fr-Begleittext).
Ich empfehle jedem ein Leben in Asien. Der veränderte Blick auf Deutschland wird kommen und mit ihm auch ein anderes Leben - in oder ausserhalb Deutschlands.

2003-10-14

"Cela, 21. Mai 1973 ...
Was die menschliche Enttäuschung betrifft, so ist der Affenbrotbaum, der sie auslöst, ein anderer. Er hat natürlich Beine und Arme. Kein Zweifel: Der Portugiese war ausserstande, in diesen afrikanischen Landschaften das brasilianische Wunder zu wiederholen. Dort

schuf er Wurzeln; hier nicht. Sicherlich, weil dort der Herr und der Sklave beide Emigranten und Kolonisatoren waren. Als Ausländer waren beide auf das Überleben und die Verständigung angewiesen. Nur gemeinsam konnten sie siegen. Und gemeinsam bauten sie auf der fremden Erde mit dem gleichen Schweiss in ursprünglicher Gemeinschaft bis in ihre Lieblingsgerichte ihre Geburtsländer wieder auf. Hier bei uns ist der Weisse nach wie vor der Eindringling. Es entstand keine Vereinigung von Körpern und Seelen. Ich besuche einen Modellacker. Und werde entmutigt: Ein unüberbrückbarer räumlicher und zeitlicher Abgrund trennt das Herrenhaus von der Sklavenhütte. Der Eingeborene ist kein Teil der Familie. Er blieb ausserhalb der Gefühle, der Zuneigungen, der Brüderlichkeit und sogar der Sinnlichkeit. Mit einem Wort: der Liebe. In seinem Dorf vereinzelt, abgetrennt, ist der Schwarze eine nützliche Maschine, die man nach Beendigung der Arbeit ausschaltet.

Cabora Bassa, 5. Junie 1973 - Es ist hier wie in Vilarinho da Furna, wie in Assuan, wie überall. Die vereinten Kräfte der Vergangenheit und der Gegenwart konnten die überwältigende Wut der Zukunft nicht bremsen. Ein riesiger See wird Tausende von Geschöpfen ohne Götter, ohne Tote, ohne Heimstatt und ohne Gedächtnis zurücklassen. Die Technik wird Schluss machen mit Glaubensinhalten, Erinnerungen, Kulten und Gefühlen, sie wird in derselben ausgleichenden Lagune den Totembaum ertränken, den heiligen Friedhof, die heimische Strohhütte, den Sippenacker. Elektor-häusliche Menschen statt geistig-heimischer Menschen. Millionen von Herzschlägen eingetauscht gegen Millionen von Kilowatt.

Boticas, 7. September 1973 - Die Welt des Scheiterns, welche jene Seele verbarg! Was geht schliesslich in allen Seelen vor, selbst wenn sie es nicht enthüllen. Nie hat jemand von ihre eine Klage gehört, eine Beschwerde, eine Vertraulichkeit. Alles in ihr war Verschwiegenheit und Beherrschtheit. Erst vor kurzem hat sie sich unerwartet verraten. Man sprach von den hier, in Barroso, stattgefunden habenden Stierkämpfen.

- Wissen Sie, was mit den besiegten Stieren geschieht? fragte ich.
- Ich habe keine Ahnung.
- Sie werden geschlachtet.
- Warum?
- Weil sie aufgehört haben, die Macht der Männlichkeit zu versinnbildlichen.
- Das sollten sie an bestimmten Männern vornehmen ...

Und es war, als erblühte die späte Blume des Orgasmus im Raum.

Coimbra, 16. Oktober 1973 - Zwei Diktaturen kreuzigen den portugiesischen Menschen. Die politische und die soziale. Die Kleinlichkeit der Umwelt herrscht hier zumindest ebenso tyrannisch wie die Anmassung der Macht. Das einzige, was sie unterscheidet, ist eine gewisse Kasteiung. Die Politiker zeigen noch dann und wann in einer verzwickten Mitteilung an das Land in einem Interview oder in einem Aufruf ihr mangelndes Gewissen. Die Gesellschaft dagegen nicht. Sie vernichtet ohne Rechtfertigung und ohne Gewissensbisse.

Coimbra, 27. April 1974 - Besetzung der Pide-Anlagen. Während ich mit anderen antifaschistischen Veteranen die Wut etlicher erregter Gegner, die das Niedermachen der Handlanger fordern, die drinnen festsassen und deren Kraftwagen sie zerschlugen, dachte ich an die merkwürdige Tatsache, dass Racheakte selten von den wahren Opfern der Unterdrückung ausgeführt werden. In ihnen steckt offenbar das Schamgefühl, dass ihnen verbietet, ihr Leiden beflecken zu lassen. Es sind die anderen, die, welche nicht gelitten haben, sich überbieten, als hätten sie ein schlechtes Gewissen und wollten eine Verzweiflung zur Schau stellen, die sie nie empfunden haben.

Coimbra, 1. Mai 1974 ...

Das Alter ist dies: Entweder man weint grundlos, oder die Augen bleiben vor Klarsicht trocken.

Coimbra, 4. Mai 1974 - Der fünfte Tag der Erschaffung der Welt vertrocknet in den Schaufenstern. In diesem Vaterland ist es so: Das Verlangen nach Lesestoff hängt von den Polizeigewürzen ab. Wäre das Buch 14 Tage früher erschienen, hätten es vielleicht viele Leute begrüsst, nicht, um es zu lesen, sondern nur, um es in die Hand zu nehmen. Aber nun erschien es eine Woche nach dem 25. April, wo schon niemand mehr ein Beglaubigungsschreiben der Auflehnung vorzuzeigen braucht.

Alle rechtfertigen sich mit Hochrufen, mit der roten Nelke im Knopfloch, mit der Teilnahme an Kundgebungen, ein jeder drängt sich vor den anderen in die erste Reihe und schwenkt den unechten Wisch seiner nagelneuen Bekehrung. Es ist nirgendwo auf der Welt bequem, die Literatur zu pflegen. Aber unter uns tut man es nur aus Bußfertigkeit. Nie hat hier ein Schriftsteller das Recht auf Würde gehabt. Die Würde, ein gemeinsames Schicksal oder ein einsames persönliches Schicksal auf sich zu nehmen, ohne dass es für die einen als Landesflagge und für die anderen als Vogelscheuche diente.

Coimbra, 6. Mai 1974 - Die Revolution geht weiter, und alle beeilen sich, ihre Unterschrift dazu zu geben.

- Und Sie sagen dazu nichts? fragte mich jemand kürzlich, schamlos, einer der neuen Jünger.
Angesichts einer solchen Unverantwortlichkeit blieb ich sprachlos. Es war, als hätten sie mich gezwungen, 50 Jahre Widerspruch herunterzuschlucken.
Coimbra, 27. Juli 1974 - Endlich räumen wir den Kolonialvölkern die Unabhängigkeit ein. Eine Unabhängigkeit, die sie fraglos teuer zu stehen kommen wird, aber es gibt keine billige. Nach diesem notwendigen und hoheitsvollen Akt wird Portugal auf den bekannten, ans Meer grenzenden Streifen Land beschränkt sein. Es ist die Geschichte, die das fordert, und hoffentlich auch das Schicksaal. Hoffentlich wird uns dies nach so vielen Jahrhunderten der Zersplitterung und Verirrung auf den mütterlichen Kern zurückdrängen, damit wir, solcherart erholt, ein neues Abenteuer beginnen können.
Als Nomaden der Welt werden wir fortan sesshafte Mitbewohner Europas sein, in das wir immer schlecht passten und in dem wir uns nie zu verwirklichen verstanden. Aufbrechen, verhiess unser Freibrief. Heute werden unsere Wege nicht mehr die der Forderung nach Freiräumen sein, die uns erlauben, was uns in der Wiege versagt war, sondern die einer seit Jahrhunderten versagten inneren Entdeckung.
Coimbra, 21. August 1974 - Diese Theoretiker des dialektischen Materialismus erinnern mich immer an die Kirchengelehrten. Wie diese verbringen sie ihr Leben damit, Dogmen zu ersinnen und Ketzer zu belauern.
Coimbra, 27. Oktober 1974 - Er war ein wenig verblüfft, als ich mitten in der Unterhaltung erklärte, es gebe nur drei heilige Dinge im Leben: die Kindheit, die Liebe und die Krankheit. Doch dann begriff er. Schliesslich bewies ich ihm, dass sich in der Welt alles täuschen liesse, mit Ausnahme eines Kindes, des Wesens, das uns liebt, und eines Kranken. In allen diesen Fällen ist die Person schutzlos.
Torräo, 1. November 1974 - In Portugal wird das Zwiegespräch um so weniger interessant und ergiebig, desto höher die gesellschaftliche Stellung unseres Gesprächpartners ist. Nie stimmt in einem Alphabet dieses Landes der Buchstabe der Bücher mit dem Buchstaben der Dinge überein. Man könnte sagen: Die Ausbildung unter uns zerstört das geringe Gute, das wir besitzen.
Professoren, Minister, Generäle können keinem bescheidenen Tagelöhner das Wasser reichen, einem Menschen, der die Sterne versteht, die Winde, die Zeit, der eine Luke in seiner Behausung öffnet, damit die Geister eintreten können, der Glaubensinhalte und Kulthandlungen pflegt, der sich seiner und der Natur gewiss ist. Die hohen Schulen verwandeln die Individuen hierzulande in Weise ohne Weisheit.

Coimbra 6. November 1974 - Den ganzen Tag in der Praxis vergraben, in zunehmender Vergessenheit seitens der Patienten. Die Sonne überschwemmt meinen Schreibtisch, draussen tobt der Verkehr, und ich lese, kritzle, faulenze, frei und lebensfrei in meiner Einsamkeit. Das Leben beginnt sich von mir zu verabschieden und vergrössert zunehmend die Leere, die mich umgibt. Und ich danke ihm innerlich, dass es mir das Linderungsmittel gewährt, in dieser Höhle zu sterben, die ein untrüglicher Berufsort zu sein begann und jetzt, jetzt nur noch dann und wann von einigen Getreuen besucht, an jene Spionagezentren erinnert, die auf der Fassade ein Handelsschild vorweisen, um sich zu tarnen.
Coimbra, 2. Januar 1975 - Stundenlang den Garten umgegraben. Wie immer, wenn ich mir dessen bewusst werde, hatte ich einen Streifen Land nach Vorschrift besät, die Ackerschollen zerkleinert, den Dünger richtig in die Erde vermischt, die Saat gewissenhaft verteilt. Und alles mühelos, natürlich. Einmal über den Spaten gebeugt, scheint der Körper belehrt. Je weniger ich auf die Gebärden achte, desto vollkommener gelingen sie. Die Furchen gerade, die Tiefe genau, die Erde geebnet. Die Weisheit, die der Mensch in seinen Chromosomen mitbringt! Wie schade, dass unter meinen Vorfahren nicht auch ein gebildeter war, der mir die Wissenschaft vererbt hätte, die Schreibfeder zu handhaben, wie ich die Hacke handhabe!"
Miguel Torga, aus: Wie Bären im Zirkus. Tagebuch aus den Zeiten der portugiesischen Nelkenrevolution, übersetzt von Curt Meyer-Clason, in: Lettre International. Europas Kulturzeitung, Nr. 62, Herbst 2003
www.lettre.de

Die Stiftung für Richtige Leben - frei nach Adorno: es gibt ein richtiges Leben im Falschen - vergibt seit 1980 den Alternativen Nobelpreis.
Er soll "praktische und beispielhafte Antworten auf die dringendsten Herausforderungen der Gegenwart" ehren und wurde vom deutsch-schwedischen Publizistenen Jakob von Uexeküll gestiftet.
www.rightlivelihood.se/latest03.htm
Einer der deutschen Preisträger, war der Waiblinger SPD-Bundestagsabgeordnete und Präsident von EURO-SOLAR, Hermann Scheer. Hier seine Dankesrede vor dem schwedischen Parlament:
Die menschliche Globalisierung

"Es gibt keine Alternative", ist das meistgenutzte Schlagwort der Führungseliten in Politik und Wirtschaft. Das ist ihr Appell an die Menschen, die gefällten Entscheidungen und Entwicklungen zu ertragen, sie nicht zu kritisieren und nicht mehr nachzudenken, ob auch andere Entscheidungen und Entwicklungen möglich sind. Je einseitiger und kurzsichtiger die Entscheidungen, je absurder und gefährlicher der Weg der globalen Ökonomie und Zivilisation, desto lauter ertönt die apodiktische Behauptung: "Es gibt keine Alternative." Mit dieser Behauptung möchte die Mehrheit der heutigen Führungskräfte in der sogenannten "Ersten Welt" das Denken darüber tabuisieren und diejenigen als unrealistisch, unseriös oder schlichtweg lächerlich denunzieren, die von Alternativen sprechen und für Alternativen arbeiten.
"Es gibt keine Alternative" - das ist die Herrschaftsformel und die Lüge der neoliberalistischen Moderne, der Tranquilizer für die Öffentlichkeit, damit diese ihre demokratischen Rechte nicht mehr praktiziert.
Dies geschieht in einer Zeit, die nach Alternativen schreit: nach Alternativen

- zur Gefahr der atomaren Aufrüstung, da die Atommächte ihre vertragliche Pflicht zur vollständigen atomaren Abrüstung ignorieren;
- zur Atomenergie und zu fossilen Energien, um einen sich zuspitzenden Weltkonflikt um erschöpfliche Ressourcen und die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen zu verhindern;
- zur globalen Marktwirtschaft, die in Wahrheit zu globalen Kartellen führt und gewählte Regierungen zu Marionetten transnationaler Körperschaften macht;
- zu einer Patentierung von Leben, die zu einer globalen Enteignung des gemeinsamen Erbes durch private Konzerne führt;
- zur Globalisierung der Landwirtschaft, wodurch der Schutz von Böden, Wäldern und Wasserressourcen unmöglich und die Lebensbedingungen von einigen hundert Millionen Kleinbauern untergraben werden.

Eines der letzten Worte von Robert Jungk war: "Sie tun nicht, was sie wissen." Heute würde er sagen: "Sie tun das Gegenteil von dem, was sie tun müssten." Noch Anfang der 90er Jahre verstand man unter Globalisierung die globale Verantwortung für die globale Umwelt und eine gerechte Weltordnung. Heute, Ende der 90er Jahre, wird unter Globalisierung rücksichtsloser globaler Wettbewerb zu Lasten der natürlichen Umwelt, sozialer Ziele, demokratischer Selbstbestimmung und gewachsener Kulturen verstanden. Die globale Entwicklung befindet sich auf einem Weg, der die Menschen und die Natur überfordert. Aber die führenden Köpfe handeln in dem absurden Versuch, die Probleme durch ein beschleunigtes Tempo auszugleichen. Wirtschaftliches Denken wird reduziert auf aktuelle Produktkostenvergleiche. Das entspricht einer Politik des täglichen "Sich-Durchwurschtelns" in dieser Einbahnstraße.

Je größer die Widersprüche werden, desto lauter wird der Ruf nach Konsens. Konsens soll Kritiker einschläfern und zur Anpassung motivieren und ihre Alternativen ersticken. Konsens soll Konformismus erzeugen. Wer sich darauf einlässt, hat individuell ein komfortableres Leben, während die Lebensbedingungen für immer mehr Menschen immer unkomfortabler werden und in unerträglicher Armut enden.
Alternativen sind heute dringender und aktuelle denn je. Daher ist der Preis, den wir heute erhalten, notwendiger und aktueller denn je. Viele Menschen haben ihr Engagement für ein menschenwürdiges Leben mit ihrem eigenen Leben bezahlt. Diesen gebührt höchste Anerkennung.
Ich hatte die Chance, unter vergleichsweise komfortablen Bedingungen ein für die gesamte Zukunft entscheidendes Ziel zu artikulieren und zur Praxis treiben zu helfen:

- die globale Umweltzerstörung in erster Linie als Folge der Nutzung atomarer und fossiler Energien und die globale Ungleichheit als eine Folge globaler Ressourcenabhängigkeiten identifiziert zu haben;
- Menschen motiviert zu haben, den Weg der umweltzerstörenden Fremdversorgung mit konventionellen Energien zu verlassen und den der umwelterhaltenden Selbstversorgung mit erneuerbaren Energien zu beschreiten.

Die größte Gefahr sehe ich in der Entkoppelung wirtschaftlicher Prozesse von ihrer geographischen, sozialen, kulturellen verfassungsgemäßen und ökologischen Basis. Entkoppelt werden die Räume der Ressourcengewinnung von denen des Verbrauchs, die Produktion von den Märkten, die Quellen der Umweltzerstörung von den Gebieten, wo die Umwelt zerstört wird, die Unternehmen von ihren Anteilseignern, die Entscheidungsprozesse von den Menschen.
Früher wurden Länder erobert und deren Regierungen entmachtet. Heute werden Märkte erobert und die Demokratie durch transnationale, zentrierte Unternehmensentscheidungen entmachtet.
Umso dringender müssen wir neu darüber nachdenken, wie Menschen in der Einen Welt in Frieden miteinander leben können, statt gegeneinander ausgespielt zu werden. Dies geht nur durch eine Revitalisierung der regionalen Wirtschaft, damit Menschen in ihrem Lebensraum unabhängige Entfaltungschancen haben. Die Voraussetzung dafür ist die Nutzung regional vorhandener erneuerbarer Energiequellen, die von der Sonne geliefert werden: die sichtbare Hand der Sonne anstatt der unsichtbaren Hand des globalen Ressourcenmarktes für Energie, Nahrungsmittel und Rohstoffe. Die Sonne muss in den Dienst der Menschheit gestellt werden, und Naturgesetze müssen den Vorrang vor den Gesetzen der Marktwirtschaft erhalten: Das ist das allgemeine Ziel, für das ich arbeite.

Erneuerbare Energien sind unerschöpflich. Sie zerstören nicht die Umwelt. Sie sind überall verfügbar. Sie sichern den Frieden. Sie ermöglichen unabhängige Entwicklungen und eine gerechtere Verteilung wirtschaftlicher Chancen. Ihre Nutzung ermöglicht Solidarität mit den kommenden Generationen. Sie sichern die Zukunft der Menschheit. Ihre Nutzung muss zur Ablösung der atomar/fossilen Energiewirtschaft führen.
Ob diese Ablösung rechtzeitig - also in der ersten Hälfte des 21. Jahrhunderts - gelingt, gibt Antwort auf die Frage, ob die industrielle Revolution eine einzigartige Chance für die Menschheit zur Erleichterung ihrer Lebensverhältnisse war - oder der Beginn ihrer kollektiven Vernichtung. Die Ablösung kann nicht ohne Konflikte erfolgen. Diese Konflikte müssen wir durchstehen. Wir müssen für die bessere Alternative kämpfen. Sie erfordert einen großzügigen Entwurf. Diese Perspektive ist eine essentielle Bedingung für die Überwindung des psychologischen Desasters der Alternativlosigkeit.
Sie folgt dem allgemeinen Entwurf freier und gleicher Lebenschancen, für die Weltgesellschaft und für heutige und zukünftige Generationen. Niemand hat diese Anforderung prägnanter formuliert als Immanuel Kant mit seinem kategorischen Imperativ: "Ich soll niemals anders verfahren, als so, dass ich auch wollen könne, meine Maxime solle ein allgemeines Gesetz werden." Dieser Satz stellt das allgemeine Wohl über den Egoismus.
Im Zeitalter der Massenvernichtungswaffen, der Pyromanie atomarer und fossiler Energieverbrennung, der genetischen Biotechnologie und der transnationalen Wirtschaftspiraterie muss das allgemeine Wohl umfassender gesehen werden, weil die Egoismen weitreichender und gefährlicher geworden sind. Es gibt nicht nur individuelle, sondern auch vielfältige kollektive Egoismen - nicht nur den nationalen und rassistischen Egoismus, auch den Ressourcenegoismus der Industrieländer, den Sicherheitsegoismus der Atomwaffenstaaten, den Egoismus heutiger Generationen zu Lasten der folgenden.
Wie sollen die Menschen handeln, wenn sie zwar die umfassenden Gefahren der globalen atomar/fossilen Pyromanie kennen, ihnen aber gleichzeitig immer wieder gesagt wird, es gäbe dazu keine Alternative? Wer beides glaubt, gibt die Zukunft auf und raubt den Menschen die Motivation, die atomar/fossile Gefahr abzuwenden.
Jede Alternative beginnt damit, dass ihre Möglichkeiten möglichst vielen Menschen gezeigt werden. Nur dann werden Menschen initiativ. Das ist der wichtigste Inhalt dieses Alternativen Nobelpreises: Er ist ein Stimulans für meine laufende Arbeit und allgemein - und viel wichtiger - für unzählige Menschen. Solarenergie ist Energie für die Menschen. Die Nutzung dieser Energie erfordert nicht die großen Investitionen einiger wenige großer

Gesellschaften. Sie erfordert Milliarden von Investitionen durch Milliarden von Menschen. Die Menschen haben die Möglichkeit, nicht mehr Teil des Problems zu sein, sondern sich an der globalen Lösung zu beteiligen. Das heißt Globalisierung durch Menschen.
www.eurosolar.org/new/de/start.html

"12. Oktober 2003 In dem Buch, das Susan Sontag für die beste Studie über ihr Heimatland hält, findet sich auch dieser Satz: "Es ist offensichtlich, dass der Menschenschlag der amerikanischen Staatsmänner sich seit einem halben Jahrhundert bedeutend verschlechtert hat." Dies hat, wohlgemerkt, nicht Susan Sontag behauptet. Sie hat es nicht einmal zitiert. Und es ist auch nicht die Schuld der Friedenspreisträgerin des Jahres 2003, wenn ein Satz, den Alexis de Tocqueville im Jahr 1835 in "Über die Demokratie in Amerika" notierte, heute in vielen Ohren klingen mag, als wäre er gestern geschrieben worden.
Ebenso wenig ist es der Preisträgerin anzulasten, dass die Preisverleihung Tocquevilles These zu bestätigen schien. In ihren einleitenden Worten teilte Susan Sontag dem Publikum in der überfüllten Frankfurter Paulskirche mit, dass der amerikanische Botschafter die im Juni an ihn ergangene Einladung umgehend zurückgewiesen hat. Der Name des Mannes ist nicht weiter von Interesse, denn fortan wird man ihn als Botschafter der Vereinigten Staaten nicht länger bezeichnen wollen. Der Affront galt der Preisträgerin, trifft außer ihr jedoch auch den Börsenverein des Deutschen Buchhandels sowie das Land, das den Friedenspreis nach wie vor zu den wichtigsten Auszeichnungen zählt, die es überhaupt zu vergeben hat.
Mangel an Takt und Übermaß an Kleinmut
Um so bedauerlicher ist, dass in diesem Jahr auch nur wenige deutsche Politiker in der Paulskirche zu sehen waren. Dass weder der Bundespräsident noch der Bundeskanzler, noch der Außenminister zugegen waren, widerspricht nicht nur den Traditionen dieses Preises, es wirkt angesichts der heftigen amerikanischen Kritik, die Susan Sontag auf sich gezogen hat, auch besonders unpassend. Nun sind Intellektuelle hierzulande glücklicherweise nicht auf Beistand und Anerkennung der Politiker angewiesen, aber der Mangel an Takt und das Übermaß an Kleinmut, die Außenminister Fischer und seine Kollegen in dieser Sache zeigen, sind doch erstaunlich.
In der heute geläufigen politischen Rhetorik Amerikas zählt der Franzose Tocqueville zu den Einwohnern eines der "Schokolade fabrizierenden Länder" Europas, Ländern wie Frankreich und Belgien also. Wie ein knappes Jahrhundert nach ihm der Brite D. H.

Lawrence, erkannte Tocqueville, dass "Amerika, das Kind Europas, auf dem Weg war, sich zur Antithese Europas zu entwickeln". Die Gegensätze, die damals ihren Anfang nahmen, haben viele Namen, und Susan Sontag zählte einige von ihnen auf: "amerikanische Unschuld und europäisches Raffinement; amerikanischer Pragmatismus und europäischer Intellektualismus; amerikanische Tatkraft und europäischer Weltschmerz; amerikanischer Moralismus und europäisches Kompromißlertum".

Eine Denkform, die das Neue feiert

Für Susan Sontag fallen diese und andere Gegensätze im Kampf des Neuen gegen das Alte zusammen. Schon Tocqueville habe Amerikas Tendenz beobachtet, die "europäischen Werte und die Macht Europas zu untergraben und abzutöten". Mit D. H. Lawrence betrachtet Susan Sontag das Neue als den Tod des Alten: "Man bekommt nie etwas Neues, ohne etwas Altes kaputtzumachen", schrieb Lawrence und prophezeite, Amerika werde Europa mit Hilfe der Demokratie zerstören. Danach werde der Sieger sich von der Demokratie abwenden und sich etwas anderem zuwenden. Was dieses andere sein könnte, so Susan Sontag, werde "vielleicht in unseren Tagen langsam deutlich". Dieser kaum verbrämte Vorwurf antidemokratischer Tendenzen war die wohl schärfste Attacke gegen die Regierung Bush in einer entspannt und souverän vorgetragenen Rede, die ihre Spitzen überwiegend gut getarnt hatte. Susan Sontag zitierte ironisch die zahllosen Klischees, die Amerikaner und Europäer übereinander in Umlauf gebracht haben, und wies darauf hin, dass Amerika den Konflikt zwischen Altem und Neuem unzählige Male variiert hat. Nur so konnte etwa die Rückkehr zu unilateralen Positionen als "neue Weltpolitik" angepriesen werden. Der amerikanische Konservativismus hat eine Denkform entwickelt, die das Neue und nicht etwa das Alte feiert. Europäern sind solche Gedankengänge nicht ohne weiteres zugänglich, aber Susan Sontag hat die Bevorzugung des "Neuen" und die komplexe Mechanik amerikanischer Konservativer auf eine eingängige Formel gebracht: "Wer mit uns ist, ist ‚neu'."

Der Graben ist tiefer als je zuvor

Heute sind Amerika und Europa sich kulturell ähnlicher als je zuvor. Gleichwohl ist der Graben zwischen Alter und Neuer Welt tiefer denn je. Eindrucksvoll warnte Susan Sontag davor, die grundlegenden Differenzen für Phänomene der jüngsten Vergangenheit für vorübergehende Meinungsverschiedenheiten zu halten. Als Zehnjährige fürchtete die Preisträgerin, die aus einer jüdischen Familie polnisch-litauischer Herkunft stammt, sich vor den deutschen Kriegsgefangenen in einem Internierungslager, von dem sie gehört hatte. Tagsüber las das Kind in den Werken Storms und Goethes, nachts, in seinen

Albträumen, kamen die "Nazi-Soldaten", um es zu ermorden. Einer der Kriegsgefangenen war Susan Sontags späterer, 1999 verstorbener Lektor Fritz Arnold, der seine dreijährige Internierung nur dank der amerikanischen und englischen Klassiker überstand, die er immer wieder las. Freiheit war für beide, das verängstigte Kind in der amerikanischen Provinz und den deutschen Kriegsgefangenen in Arizona, nur in der Literatur zu finden. "Literatur ist Freiheit" lautete der letzte Satz dieser eindrucksvollen Rede. Niemand wird Susan Sontag widersprechen sollen. Aber es wäre allzu bequem, wollten wir uns einreden, die Literatur sei unsere einzige Freiheit."
Hubert Spiegel, aus: Preisverleihung. Europas Kind. In: Frankfurter Zeitung (FAZ) 2003-10-13

"Es ist einer der Vorzüge des Lebens, dass wir alle sterblich sind. Wenn ich, zwar noch nicht "steinalt", aber doch in einem ziemlich vorgerückten Alter, die gegenwärtige Zeit mit der vergangenen vergleiche, dann scheint es mir mitunter, dass das, was man in einem Leben verkraften kann, auch seine Grenzen hat. Der Wandel unserer Lebensgrundlagen, die als "Fortschritt" bezeichneten gesellschaftlichen und wirtschaftlichen oder sonstigen Veränderungen mögen unbestritten positiv sein. Nur - wer in seine Zeit hineingewachsen ist, vermag häufig nicht, diesen "Fortschritt" als solchen zu erkennen. Zumindest nicht in allen Belangen. Wer das Glück hatte, sein Leben auszufüllen, der kann dem Tod ruhig entgegensehen. Wer dieses Glück nicht hatte, wünscht sich ihn mitunter. Doch im allgemeinen erscheint der Tod den Menschen als etwas Unheimliches, Bedrohliches und sie haben Angst vor ihm. Auch die religiösen Vorstellungen von Himmel, Hölle und Fegefeuer helfen nicht jedem, den Gedanken auf den Tod besser zu ertragen ...
Ein durch Krankheitserreger - Viren, Bakterien, Würmer - geschwächtes Tier aber ist eine effektive Gefahr für die Gruppe, und daher wird es von der Gruppe getötet.
Uns zivilisierten Menschen ist diese Form des Sozialverhaltens völlig abhanden gekommen.
Wir regen uns auf, wenn ein vom Töten der Beute lebendes Tier ein Beutetier tötet ... Wir regen uns aber nicht auf, wenn unzählige gesunde, lebensstarke Menschen auf Schlachtfeldern gemordet werden oder sonst eines qualvollen Todes sterben. Rundfunk, Fernsehen, Illustrierte berichten uns jeden Tag davon. Wir dürfen auf bewegten oder unbewegten Bildern sehen, wie das geht. Gleichzeitig halten wir es für "humanen Fortschritt", dass nicht mehr lebensfähige Menschen mit großartigen Apparaturen als "lebendige Leichname" konserviert werden ...

Unsere tränendrüsendrückende Scheinkultur lässt uns dann auch die Tierschutzgesetze von Leuten schaffen, die vom Tier, von den Zusammenhängen in der Natur nicht die leiseste Ahnung haben, da sie ja nichts anderes gelernt haben, als wieder von naturfremden Menschen gemachte Paragraphen. Kaum ein Tierarzt wagt es heute noch, einen Welpen zu töten, weil er dann mit einem Bein bereits im Gefängnis steht. Und das eben deswegen, weil wir inzwischen ein allzu belastetes, unnatürliches Verhältnis zum Tod haben.

Der Hund gehört als "Haushund" nun einmal in die menschliche Gesellschaft. Ihn auf "Schlachtfeldern" verrecken zu lassen, wäre genauso asozial, wie ihn nicht sterben zu lassen. Da er nicht nur dank seines geringen Gehirns von gewissen menschlichen Vorstellungen nicht belastet ist, weiss er glücklicherweise ebenso wenig wie ein Meerschweinchen, dass es eine "Hölle" und eine "Himmel" geben wird, wenn er "seine Seele aushaucht".

Anders herum gesagt: Es gibt für ihn nur einen "Himmel", da es für ihn keine Todesfurcht gibt.

Der Mensch, der das komische Wort "ich" erfunden hat, womit er sich im Gegensatz zur Natur gestellt hat (unsere "Erbsünde") , muss demzufolge den Tod, der ja sein Ich auslöscht, als etwas ihm Gegensätzliches empfinden. Auch dann, wenn er ein natürlicher, sinnvoller Tod ist. Ein Tod nämlich, der das Getriebe der Welt aufrecht erhält. Der natürliche Tod ist nichts anderes, als der Natur das wieder zurückzugeben, was sie zum weiteren Aufbau des Lebens benötigt ...

Es ist im höchsten Grade unmenschlich und widernatürlich, wenn man sieht, wie das an sich abgelaufene Leben eines Hundes mit künstlichen Mitteln erhalten wird. "Tierliebe" schiebt man vor, weil man aus purem Egoismus dem Hund das Sterben nicht gönnt. Man will ihn noch behalten, und man will seiner Umwelt zeigen, was man für einen armen Hund alles tut.

In der Natur sucht ein Tier dessen Zeit gekommen ist, ein Versteck, legt sich hin und schläft sich "hinüber". Ohne Furcht, ohne die Drohung einer "Hölle". Es gibt sich dem in der Natur bewährten Kreislauf des Kommens und Gehens zurück.

Wir Menschen aber verwehren dem Hund diesen Frieden des Sterbens. Wenn unser Hund alt wird und an Altersbeschwerden leidet, wollen wir ihn nicht abtreten lassen. Wir zwingen ihn zum Weiterleben, weil wir unsere traditionelle Todesangst auf ihn übertragen. So werden wir Tierquäler aus falsch verstandener Menschlichkeit ..."

Eberhard Trumler, Mit dem Hund leben - das letzte Kapitel, aus: Ratgeber für den Hundefreund, 1000 Tips. Piper-Verlag, München, 1977, noch antiquarisch erhältlich bei www.vzab.de

2003-10-13

"... Man hat diese Pop-Politik als Amerikanisierung gedeutet, aber in den USA ist nur besonders markant ausgeprägt, was der populären Massenkultur (europäischen Ursprungs!) generell eigen ist. Heute müssen auch Manager und Notenbankpräsidenten ins Fernsehen, umgekehrt lehren Talkmaster wie Oprah Winfrey an Business Schools. Wirtschaft, Unterhaltung und Politik sind zu einer virtuellen Unterhaltungs-Ökonomie zusammengewachsen, deren oberste Position durch Medien-Prominenz besetzt werden. Der aufhaltsame Aufstieg des Terminators zum Gubernator ist das vorläufige Ende einer Selbstentwürdigung der Politiker, die sich und ihrem Publikum weisgemacht haben, Politik müsse Spaß machen. Das kalifornische Publikum hat sich einen Jux gemacht und wen wundert's, wenn es sich bei professionellen Spaßmachern besser aufgehoben fühlt als bei der in dieser Hinsicht stets chargenhaft agierenden politischen Klasse? Lernen wird sie daraus kaum etwas.
Die Reaktion auf Schwarzenegger, Berlusconi und Konsorten dürfte die noch hemmungslosere Hingabe an das Politainment sein. Unterdessen kommt nicht nur Kalifornien auf den Hund."
Claus Leggewie, aus: Die Übergriffigkeit der Prominenz. Die Wahl Arnold Schwarzeneggers zum Gouverneur von Kalifornien eröffnet ein neues Kapitel im Zeitalter des Infotainments. In: Frankfurter Rundschau 9. Oktober 2003

"... In Wirklichkeit aber entfaltet sich Kaliforniens Reichtum im Gefolge historisch einmaliger Staatssubventionen und -aufträge. An Amerikas Westküste entstand eine blühende Landschaft - zuerst im Gefolge binnenamerikanischer Expansion, dann als Waffenschmiede und Werft des Zweiten Weltkriegs, des Korea- und Vietnamkriegs und schließlich als technologisches Kraftzentrum strategischer Rüstung im Raketenzeitalter. Nie zuvor hatte ein Transfer nationaler Steuermittel ähnlichen privaten Reichtum und zugleich ähnliche Abhängigkeit von der Regierung in Washington erzeugt wie im Bundesstaat Kalifornien - und zwar von Anfang an.
Vor anderthalb Jahrhunderten wurde jeder Gleiskilometer der Pacific Railway von Kalifornien an die Ostküste vom amerikanischen Steuerzahler finanziert (was in den Rocky

Mountains zu besonders kurvenreicher Streckenführung beitrug). Die kolossalen Gewinne investierten Kaliforniens Eisenbahn-Barone Stanford und Huntington im Landkauf zu Spottpreisen. Ihre wichtigste Mitarbeiter saßen in Washington als Lobbyisten im Kongress. Die Regierung verkaufte das unbewässerte Wüstenland zum Preis von 3,70 Dollar pro Hektar. So entstanden Güter - "Ranches" - die von der Größe europäischer Fürstentümer. Waren die Grundstücke versumpft, finanzierte Washington ihre Entwässerung. Mehr als 30 Stauseen, aus der Bundeskasse bezahlt, verwandelten die Steppe hinter der Pazifikküste in Orangenhaine, Reis- und Baumwollfelder von gigantischen Ausmaßen. In Kalifornien entstand die moderne Agrar-Industrie. Die neuen "Bauern" residieren noch heute in den Bürohäusern von San Francisco oder Los Angeles.

Vor 30 Jahren besaßen 257 Eigentümer mindestens 25 Prozent der kalifornischen Grundstücke in Stadt und Land, 19 Firmen teilten sich 35 Prozent des Forstlandes - inzwischen haben sich die Besitzverhältnisse weiter monopolisiert ...

... Auf keinen anderen Staat der Welt trifft die Behauptung besser zu, dass der Krieg der Vater aller Dinge sei, als auf Kalifornien. Seine Vorbereitung - in der Nuklearsprache "seine Abschreckung" - wurde seit Hiroshima ein Kerngeschäft des "Golden State". Mehr als 40 Prozent des atomaren US-Arsenals stammt aus diesem Staat. Neben die hoch subventionierte Agrarwirtschaft trat das Rüstungsgeschäft, mit jährlichen Staatsaufträgen zwischen 25 und 40 Milliarden Dollar ...

Kalifornier hatten die ersten Interkontinentalraketen gebaut - und mit ihnen entstand die Halbleiter-Industrie im Silicon Valley. Es war der erstaunlichste rüstungstechnische Sin-Off in der Wirtschaftsgeschichte seit der Erfindung von Pfeil und Bogen. Das Start-up-Geld stammte aus Washington.

Nicht das Ende des Kalten Krieges, sondern vor allem strategische und parteipolitische Entscheidungen in Washington minderten von 1989 an Kaliforniens Rolle als Flugzeug- und Raketenfabrik der Nation. Die neue Kommunikationstechnologie machte die Verlagerung von Konzern-Hauptquartieren möglich; sie folgten den Industrieansiedlungs-Angeboten anderer Bundesstaaten - vorzüglich jener Staaten wie Georgia oder South Carolina, deren Senatoren und Abgeordnete in Washingtons Haushalts- und Verteidigungsausschüssen die Milliardenströme des Pentagon-Etats lenkten. 1992 hatten bereits 700 Rüstungsfirmen Kalifornien den Rücken gekehrt. In Südkalifornien stieg die Arbeitslosenquote zu Beginn der neunziger Jahre vorübergehend auf 20 Prozent. Bis 1993 gingen eine halbe Million hoch bezahlter Arbeitsplätze der Rüstungsindustrie verloren. "California Dreaming" wurde für viele der qualifizierten Arbeitnehmer zum sozialen

Alptraum. Ihr Durchschnittslohn sank um 15 Prozent - so sie denn Arbeit fanden. Zurück blieben militärische Forschungslabors in Südkalifornien - hier werden die Flugzeuge der Zukunft entwickelt, voll automatisierte Kampfmaschinen ohne Piloten. Ihre Stückzahl wird begrenzt sein, ihre Kosten sind astronomisch hoch. Die Zeiten, da die Massenproduktion von Starfightern oder F-16-Kampfbombern Zehntausende in Lohn und Brot setzte sind vorüber.

Kaliforniens neue Wachstumsindustrie hingegen sollte der Bau von Gefängnissen werden. Die Lobby der Gefängniswärter-Gewerkschaft (29 000 Mitglieder) setzte ein drakonische Gesetz durch: Wer sich dreimal strafbar machte (ob Ladendiebstahl oder Einbruch), muss heute mit Haftstrafen zwischen 25 Jahren und "lebenslänglich" rechnen. Das Land, das bis 1984 mit zehn Vollzugsanstalten auskam, hatte zur Jahrtausendwende plötzlich 33 Zuchthäuser mit 162 000 Insassen, einige von ihnen hinter elektrischen Todeszäunen. Die Ausgaben für die Strafanstalten überstiegen diejenigen für die 34 staatlichen Universitäten Kaliforniens.

Vom Gründungsmythos des staatsfernen Kalifornien, im dem ein neues, dem europäischen Osten abgewandtes Leben in freiheitlicher Koexistenz mit der erhabenen Natur möglich sei, von dieser Legende des grundsätzlich Neuen ist wenig mehr geblieben als die gesetzlich festgeschriebene Steuerohnmacht eines kalifornischen Staatsapparats ohne bedeutende Geldquellen. Solange immer neue Niedriglohnarbeiter aus Lateinamerika und immer mehr Bundessubventionen ins Land strömten, blieben viele Alltagssorgen hinter dem Wirtschaftswachstum verborgen. Die Regierung im fernen Sacramento galt als unwichtig. Niemand nahm sie ernst. Ihr Versagen hingegen wurde jedermann deutlich, als vor drei Jahren zahllose Stromsperren den katastrophalen Zustand der Infrastruktur in jedem Haushalt spürbar machten.

Arnold Schwarzenegger, unterstützt vom zweitreichsten Mann Amerikas, Warren Buffett, ist ein Abgesandter des südkalifornischen, republikanischen Konservatismus, der eine Rückkehr in jene Jahre verspricht, die Ronald Reagan zum amerikanischen Präsidenten aufsteigen ließen, getragen vom Glauben, dass Amerika in Kalifornien liegt: Und so war es auch, bis schließlich die Grenzen des Wachstums die pazifische Küste erreichten. "Bring back California"? Arnold Schwarzeneggers erstaunliche Karriere gibt der großen Illusionsmaschine neue Umdrehungskraft. Seine Wähler haben sich für den Traum entschieden, den er für sich selbst wahr gemacht hat. Was Kaliforniens Regierung und Wirtschaft allerdings wirklich brauchen, sind Steuereinnahmen und frisches Geld aus

Washington. Zumindest für Letzteres besteht neue Hoffnung, solange George W. Bush regiert.
Der erste Schauspieler aus Kalifornien in hohen Ämtern wäre Schwarzenegger auch nicht. Fünfzehn Jahre vor Ronald Reagans Präsidentschaft hatten Kaliforniens Wähler den Republikaner George Murphy in den amerikanischen Senat entsandt. Er war ursprünglich Stepptänzer von Beruf und hinterließ keine Spuren."
Michael Naumann, aus: California Dreaming. Wie Amerikas Steuerzahler seit 150 Jahren einen Traumstaat finanzieren. In: DIE ZEIT Nr. 42, 9. Oktober 2003

"Alles Reden über den Zustand dieser Welt beginnt und endet mit dem Begriff der Globalisierung. Sei es als Prozess, Zustand oder Bestimmung wird ihm die ganze Dialektik von Reichtum und Armut, Frieden und Krieg, Freiheit und Zwang, Recht und Chaos aufgeladen, um sich einem genaueren Urteil über seine Dynamik zu entziehen. Nur über seine Unentrinnbarkeit, sprich Schicksalhaftigkeit für jede Gesellschaft dieser Erde herrscht Einmütigkeit, nicht aber über seine Beinflussbarkeit und den Segen für die Menschheit ...
Das liegt zum Wesentlichen daran, dass die Opfer der Entfesselung des Marktes - ob auf der Flucht vor Krieg, Verfolgung oder dem Hungertod, ob mit dem nackten Überleben in ihren zusammenbrechenden Ökonomien und Staaten oder mit der Plünderung ihrer Staatshaushalte zur Bedienung der exorbitanten Schuldendienste beschäftigt - keine Möglichkeit haben, ihren Protest und Kritik dort vorzubringen, wo die Gewinne der Globalisierung gemacht werden. Ihre Sprachlosigkeit ist die kalkulierte Kehrseite der Revolutionierung der Informatik und Telekommunikation ...
Es ist ein altes Gesetz der Dialektik, dass die Widersprüche dieser Herrschaft ihre eigenen Gegenkräfte aus sich selbst hervorbringen. Allerdings gehört es nicht zum Gesetz, dass diese Kräfte von gleicher Stärke sind. Uns so sind im Wesentlichen nur freie Forschungsinstitutionen und NGO, die die Kritik an der Ausdehnung des neoliberalen Konzepts auf die Menschenrechte und ihre Identifizierung mit den Marktfreiheiten formulieren ...
Ausgangspunkt der Kritik hat die Auflösung der ausschließlichen Identifizierung von Menschenrechten mit den Freiheitspostulaten der Welthandelsordnung zu sein. Nur unter Beschränkung auf ihren bürgerlich-liberalen Ursprung ist eine derartige Verbindung überhaupt zu begründen. Sie klammert aber die ganze von tiefen Auseinandersetzungen

geprägte Entwicklung zu weiteren Generationen sozialer und kollektiver Menschenrechte aus.

Die Frage zunächst also lautet, welche Menschenrechte sind gemeint, die zur Korrektur der Welthandelsordnung und gegen ihre desaströsen Auswirkungen in zahlreichen Ländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas ins Feld geführt werden können. Gibt es Rechte, die die Erziehung der 130 Millionen Kinder zwischen 6 und 12 Jahren fordern, die keine Schule besuchen, die die Versorgung mit billigen Medikamenten für 25 Millionen Aids-Opfer in Afrika sowie die Behandlung jener 35 000 Kinder, die täglich an heilbaren Krankheiten sterben, ermöglichen oder die ein Recht auf Nahrung und einen angemessenen Lebensstandard für die 1,2 Milliarden Menschen garantieren, die über weniger als einen Dollar pro Tag verfügen? ...

Die UNO-Charta von 1945 enthält sich weitgehend einer konkreten Bestimmung von Menschenrechten, da die Alliierten ihre grundverschiedenen Auffassungen über Inhalt und normativen Gehalt nicht mit einem Formelkompromiss überwinden konnten....Es ist zu Recht kritisiert worden, dass die Menschenrechtserklärung von 1948 weitgehend den klassischen, sprich bürgerlichen Vorstellungen von Menschenrechten entspricht, wie sie in den Staaten des westlichen Kulturkreises vorherrschten und immer noch vorherrschen. Erst im zweiten Teil, der allerdings nicht übersehen werden sollte, folgen eine Reihe von ökonomischen, sozialen und kulturellen Menschenrechten: das Recht auf soziale Sicherheit (Art. 22), das Recht auf Arbeit, gleichen Lohn, Koalitionsfreiheit (Art. 23), Erholung und Freizeit (Art. 24), soziale Betreuung, d.h. ein angemessener Lebensstandart bezüglich Bekleidung, Wohnung, ärztlicher Versorgung etc. (Art. 25), Bildung und kulturelle Betreuung (Art. 26) und Freiheit des Kulturlebens (Art. 27).

So sparsam die ökonomischen und sozialen Rechte in der Erklärung auch aufgelistet worden sind, ihre Erwähnung war bereits ein Kompromiss mit den sozialistischen Ländern, die auf einen viel umfangreicheren Katalog gedrungen hatten. Auf ihn waren die westlichen kapitalistischen Staaten auch nur deshalb eingeschwenkt, weil man sich darin einig war, dass die Erklärung keine rechtliche Verbindlichkeit, sondern nur programmatischen Charakter erhalten sollte. Der Widerstand gegen die sozialen Forderungen und die zu ihrer Durchsetzung notwendigen Kollektivrechte ist Teil der Auseinandersetzung um die soziale Frage seit ihren Anfängen im 19. Jahrhundert ...

... Die Trennung der Menschenrechte in zwei Pakte entsprach einem Vorschlag Indiens in der Menschenrechtskommission, da wirtschaftliche, soziale und kulturelle Menschenrechte eines anderen Realisierungssystems bedürfen als die bürgerlichen und politischen

Rechte. Das ermöglichte es den ohnehin unwilligen kapitalistischen Staaten, so sie denn überhaupt eine Ratifizierung der Pakte erwogen, auch die rechtliche Verbindlichkeit zu trennen und sie dem Sozialpakt vorzuenthalten ...

Einen besonderen Beitrag zum sozialen Menschenrechtsschutz hat die Internationale Arbeitsorganisation ILO mit ihren inzwischen 181 bindenden Konventionen und 189 Empfehlungen (Stand 1999) auf dem Gebiet der Arbeitsbeziehungen geleistet ... Im Zusammenhang mit den Forderungen des ILO-Generalsekretärs 1994, Sozialklauseln in einem entsprechenden Zusatz zu Art. XX Gatt zu verankern, sind einige fundamentale Sozialstandards definiert worden, die seitdem als Kernbereich (core labour laws) sozialer Arbeitsrechte gelten: Respektierung der Koalitionsfreiheit und Rechts auf gewerkschaftliche Betätigung (ILO-Konvention Nr. 87,98), Einhaltung des Verbots der Kinderarbeit (ILO-Konvention Nr. 138), Verbot der Zwangsarbeit (ILO-Konvention Nr. 129), Diskriminierungsverbot bei der Entlohnung von Frauenarbeit (ILO-Konvention Nr. 100) sowie in Beschäftigung und Beruf (ILO-Konvention Nr. 111). Es besteht heute Einigkeit darüber, dass Sozialstandards absolut zwingendes Recht sind, von dem kein Staat abweichen darf ...

... Dem entspricht die Weigerung der britischen Regierung im EU-Konvent, einklagbare europäische Sozialstandards in die neue EU-Charta aufzunehmen. Eine Weigerung, der sich de Vertreter der Bundesregierung im Konvent angeschlossen hat ...

So wenig die Weigerung der Staaten zur Effektivirrung der sozialen Rechte politisch akzeptabel ist, so wenig ist sie rechtlich begründbar. Beide Menschenrechtspakte haben für die ratifizierenden Staaten die gleiche rechtliche Verbindlichkeit und unterscheiden sich in dieser Hinsicht nicht voneinander ... Menschenrechte sind Statusrechte, die nicht nur gegen Eingriffe geschützt, sondern durch Leistung überhaupt erst geschaffen werden müssen - was gerade auch für die klassischen politischen Abwehrrechte gilt. Die Menschenrechte auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit werden nicht nur durch Zensur und Verbot verletzt, sondern existieren ebenso wenig für diejenigen, die durch Hunger, Seuchen oder Armut derartige Freiheitsrechte generell nicht wahrnehmen können, geschweige denn, dass sie deren Existenz kennen ...

... Die Deregulierung staatlichen, d.h. auch gesetzlichen Einflusses auf die Dynamik der Globalisierung und die Verlagerung politischer Entscheidungen vom Staat zu den Märkten als Mechanismen der Koordination und Steuerung ist ein bewusster Schritt zur Entpolitisierung der gesellschaftlichen Entwicklung und ihrer Überantwortung an die Kräfte des Marktes. Diesen wiederum ist das Konzept der Menschenrechte vollkommen fremd ...

... Die Folgen des Patentschutzes für die Versorgung der HIV-Infizierten - und damit der Konflikt zwischen Eigentumsrechten und sozialen Menschenrechten - sind anläßlich der Auseinandersetzungen der Regierungen von Südafrika und Brasilien mit den internationalen Pharmakonzernen besonders deutlich geworden. Die meisten Entwicklungsländer sind nicht in der Lage, eine eigene pharmazeutische Forschung und Industrie aufzubauen. Sie können ihre aus Art. 12 Sozialpakt folgende Verpflichtung zur Versorgung der Bevölkerung mit Medikamenten aus nationalen Ressourcen daher nicht nachkommen und sind auf Importe angewiesen. Angesichts der unerschwinglichen Kosten, die der Import von Anti-Aids-Medikamenten der internationalen Pharmakonzerne verursacht, sind einige Länder wie Brasilien, Indien und Südafrika dazu übergegangen, unter Berufung auf die Ausnahmeklausel des Art. 31 Tripps-Abkommen Gesetze zu erlassen, die die Produktion generischer Aids/HIV-Medikamente unter Einsatz von Zwangslizenzen im eigenen Land oder den Import derartiger billiger Substitute aus dem Ausland ermöglicht ...

Gegen das südafrikanische Gesetz reichte 39 Pharmakonzerne eine Klage beim High Court in Pretoria ein, wo am 5. März 2001 das Verfahren begann. Es war allerdings nur von kurzer Dauer, da die Konzerne auf Grund einer massiven Kampagne zahlreicher NGO unter starken öffentlichen Druck gerieten und ihre Klage bereits am 19. April in allen Punkten zurücknahmen. Einige von ihnen boten der südafrikanischen Regierung gleichzeitig stark verbilligte oder sogar kostenlose Medikamente an. Anders verlief der Widerstand gegen das brasilianische Gesetz. Hier ging die US-Regierung auf Druck der Pharmalobby in die Offensive. Sie rügte die Verpflichtung zum Aufbau lokaler Produktionsstätten als Diskriminierung und Verstoß gegen Art. 27 und 28 Trips-Abkommen, in denen die Rechte aus Patenten aufgeführt werden, sowie gegen Art. III Gatt 94, in dem die rechtliche Gleichstellung ausländischer mit inländischen Waren geregelt wird.

Brasilien war es gelungen, durch die Produktion generischer Substitute eine kostenlose Medikamentenversorgung für HIV-Infizierte aufzubauen und dadurch die Todesrate der Aids-Kranken um die Hälfte zu verringern. Am 16. Juni 2000 trat die EU wegen eigener wirtschaftlicher Interessen den Konsultationen vor der WTO bei, die aber im Dezember des gleichen Jahres ergebnislos endeten. Daraufhin beantragten die USA beim Dispute Settlement Body der WTO die Einsetzung eines Panels. Allerdings verzichteten die USA schon im Juni 2001 auf die weitere Durchführung des Panels, denn Brasilien hatte ihnen

nachweisen können, dass das US-Patentgesetz die gleichen lokalen Produktionsverpflichtungen wie das brasilianische Gesetz enthält.
... Wo ein Zustand jedoch derartig katastrophale Ausmaße für Millionen von Menschen angenommen hat, erwachsen Kräfte, die den Vorrang der Menschenrechte vor den Wirtschaftsinteressen durchzusetzen vermögen.
So auch schließlich in Doha (Emirat Katar), wo auf der 4. WTO-Ministerkonferenz im November 2001 nach harten Verhandlungen und einer Verlängerung der Konferenz die Handelsminister eine Erklärung zum Trips-Abkommen verabschiedeten, die den Streit um die Patente auf Pharmaka beenden sollte. In dieser Erklärung wird allen Regierungen das Recht eingeräumt, notwendigen Maßnahmen zum Schutz der Gesundheit der eigenen Bevölkerung zu ergreifen, ohne Sanktionen befürchten zu müssen. Damit können die Regierungen sich in Zukunft über Patentrechte hinwegsetzen, die den Zugang zu preiswerten Medikamenten verhindern, sei es dass sie Zwangslizenzen für eine einheimische Produktion erteilen oder Parallelimporte tätigen, wenn die transnationalen Pharmakonzerne ihre Preise nicht senken.
Obwohl die Doha-Erklärung ein eindeutiges Dokument für den Vorrang des Gesundheitsschutzes vor den ökonomischen Interessen darstellt, bleiben viele Fragen noch offen, die für Konflikte in der Zukunft sorgen werden. Insbesondere bleibt strittig, in welcher Weise und mit welchen Mitteln der Vorrang der Menschenrechte in den internationalen und regionalen Abkommen über Handel, Investitionen und Finanzpolitik verankert werden kann und welche Rolle die Menschenrechtsinstrumente und -organisationen der UNO sowohl bei der Absicherung der Rechte in den Abkommen wie bei ihrer faktischen Durchsetzung spielen können ...
Prof. Dr. Norman Paech, aus: Soziale Menschenrechte fehlen auf der Tagesordnung. (Langfassung in: Konflikt, Entwicklung, Frieden. Emanzipatorische Perspektiven in einer zerrissenen Welt. Festschrift für Werner Ruf, Verlag Winfried Jenior, Kassel). In: Frankfurter Rundschau 13. September 2003
Der Völkerrechtler Prof. Dr. Norman Paech lehrt seit 1982 an der Hamburger Universität für Wirtschaft und Politik. Der 65-jährige Wissenschaftlicher hat früher im Entwicklungshilfeministerium gearbeitet. Er war Vorsitzender der "Vereinigung demokratischer Juristinnen und Juristen" und Leitender Redakteur der Zeitschrift Demokratie und Recht.

2003-10-10

"... Und bevor jetzt jemand die Hände hebt und beteuert, er habe als Linker stets darauf hingewiesen, dass die DDR keineswegs als Vorbild und so weiter: Das haben die meisten getan. Und es gab selbstverständlich auch jene Linken, die grundsätzlich und vernehmlich die DDR kritisierten. Oder die von einer Reise nach drüben völlig ernüchtert zurückkamen und auf Abstand zum "realen Sozialismus" gingen. Doch solchen Distanzierungen folgte allzu oft ein Bekenntnis der (gelegentlich "kritischen") Solidarität mit Castros Cuba oder Maos China - und nur in Ausnahmefällen politisches Handeln. Stattdessen galt in den späten sechziger, den siebziger und den achtziger Jahren - nicht nur unter Linken - derjenige als gestrig, ja verschroben, der den Menschenrechten im Sozialismus mehr als nur beiläufige Aufmerksamkeit schenkte. Klar, von der DKP war das sowieso nicht zu erwarten. Sie war ein Ableger der SED, und das ist kein Gerücht, ich habe dort selber mitgemacht und kann es bezeugen. Aber auch viele Jusos, Spontis oder Autonome übten allenfalls kursorische Solidarität mit Dissidenten, selbst wenn diese zur Linken zählten. Vielmehr wurden Sozialisten, die aus dem Sozialismus flohen, mit der Bemerkung überrascht, immerhin würden ihre Staaten nicht die Dritte Welt ausbeuten ..."

... Alles vorbei. Nicht nur für die kleine Bewegung der wahnhaft Entschlossenen, sondern auch für die grosse Masse ihrer Partner. Nein, sie waren keine Kommunisten. Sie habe es sich nur mit ihnen gemütlich gemacht. Umso reibungsloser verlief nach 1989 die geistige Entsorgung. Kaum jemand der damaligen Stamokaps (besonders prominent heute: Olaf Scholz, der sogar das Wort "sozial" nicht mehr hören mag) ist seither durch Selbstkritik hervorgetreten oder hat doch wenigstens eine Auszeit aus der Politik genommen, um mit sich und seinesgleichen ins Reine zu kommen. Stattdessen haben viele ihre Überzeugungen abgelegt wie eine alte Hose. Weniger aus Opportunismus denn aus Faulheit. Anstrengend wäre es, das heimatlos gewordene Denken fortzuführen (wie es nur noch Hermann Gremlizas KONKRET gelingt), noch anstrengender, es denkend zu überwinden. Kinderleicht hingegen, nur mehr solche Gedanken zu führen, die vom Jetzt getragen werden - in den meisten Fällen sind es private oder berufliche ..."

Gero von Randow, aus: Wunderland DDR. Nicht nur die DKP, auch Gewerkschafter, Jusos, Spontis, Autonome - viele Linke hatten es sich mit dem Regime in Ost-Berlin gemütlich gemacht. Heute wollen sie nichts mehr davon wissen. In: DIE ZEIT Nrr. 41, 1. Oktober 2003

Der Ex-DKP-ler Gero von Randow tut Busse und beruft als Zeugen Gerd Koenen. Da ich die Bücher von Koenen nicht kenne, kann ich darauf nicht antworten. Ich weiss aber aus meiner Arbeit im Umfeld des Sozialistischen Büros, dass es in Deutschland sehr wohl eine unabhängige, kritische Linke gab, die immer wieder Kritik an den "sogenannten realsozialistischen Staaten" und ihrer Politik übten. Und zu erinnern ist auch an die Trotzkisten. Keiner hat von Anbeginn das stalinistische Herrschaftssystem so genau beschrieben wie der trotzkistische Geschichtswissenschaftler Issac Deutscher. Und zu erinnern ist auch an die dauernde Kritik der Anarchisten an den Unterdrückungssystemen im Osten. Wer den Spontis heute vorwirft, sie hätten damals keine Kritik an den autoritären Gesellschaften im Osten geübt, verdeckt bundesdeutsche Wahrheiten. Wir haben immer und immer wieder diese Politik kritisiert und als in der Friedensbewegung die DKP versuchte, die Einheit mittels Krefelder Appell auf die Nato-Nachrüstung zu reduzieren, haben wir auch die östliche Rüstung ins Visier genommen. Als die Genossen des Jugendverbandes der DKP, Dietmar Koschmieder fällt mir dazu ein, die Atomkraftwerke im Osten für unschädlich erklären wollten, haben wir - die Oekologiebewegung die Grenzenlosigkeit des atomaren Wahns hervorgehoben.

Als Wolf Biermann ausgebürgert wurde, habe ich im Bad Säckinger Gloria-Theater vor dem Konzert des Liedermachers Hannes Waader über zweihundert Unterschriften gegen die Ausbürgerung gesammelt. Als ich hinter der Bühne Hannes Waader fragte, ob er der Protestresolution auch seine Unterschrift gebe, antwortete der: "Ich verbaue mir doch nicht die letzte Fluchtmöglichkeit". Spätestens 1990 existierte auch für Hannes Waader (warum fällt mir jetzt Baader ein - weil Ex-RAF-Terroristen in der DDR Unterschlupf fanden? - ?) der "last exit" DDR - smile, Grüsse in die USA - nicht mehr. "Letzte Freiheit vor der Autobahn" - dieses Schild hätte man vor der Transitautobahn aufstellen können, so fade und öde war sie - die Fahrt ins "freie Berlin" durch das Land der "Brüder und Schwestern".

Doch es ist schon wahr: es gab das Duckmäusertum, die Fehleinschätzung, die falsche Solidarität auch: Als ich eine Ausstellung mit Solidarnosc-Plakaten machte und Solidarität von Grünen und DGB für Solidarnosc forderte, zeigte man mir die kalte Schulter. In einem offenen Brief kritisierte ich dies. Für mich gehörte der Aufstand der polnischen Arbeiter von Anfang an zum bürgerlichen Freiheitskampf Europas, wie der Sturm auf die Bastille, der Pariser Mai und der Prager Frühling. Dass darin der erzreaktionäre Papst, der CIA und andere kalte Krieger mitmischten, darauf wiesen damals schon kritische Denker wie der Kirchenkritiker Karl Heinz Deschner hin. (Ist es ein Zufall, dass dieser deutsche Voltaire in

den Medien nicht mehr präsent ist - sicher nicht!) Dass die Solidarnosc und ihr Lech Walesa heute (2003) am rechten Rand gelandet ist, gibt den Gewerkschaftsbossen wie Horst Stech, Lörrach (1980) nicht recht.

Und, vielleicht war ich da wirklich anders als der linke Mainstream (ein Wort, das es damals übrigens nicht gab), selbst der von mir so wertgeschätzte Daniel Cohn-Bendit legte ja 1968 Wert darauf, sich vom Reformer Dubcek zu distanzieren. Ich gestaltet meine Plastik nach dem Einmarsch der Russen: An den Nagel gehängt. Hammer und Sichel am Nagel: will sagen: Das Ende des sozialistischen Traums. Die Linke Deutschlands brauchte länger für den Abschied. Andere vor mir, ältere, hatten ihn schon länger genommen, sie hatten aber auch den Stalinismus erlebt, den Gulag, Ungarn und und und. Ein alter bürgerlicher Bonmot: Wer in seiner Jugend kein Kommunist war, hat kein Herz. Wer in seinem Alter noch Kommunist ist, keinen Verstand. Ha Ha. In den kleinen Spalt zwischen Lüge und Wahrheit passt noch viel.

Dass aber auch Autonome immer wieder ein verquertes Weltbild haben, wem sagt er das? Vor Jahren propagierte Dagmars Sohn Massimo die Fortschrittlichkeit von Gaddafis Libyen. Die Frauenräte dort seien echt spitze - eine soziale Errungenschaft und bla, bla, bla. Wenn ich dem heutigen Genderforscher jenes Weltbild zur Überprüfung vorlege, reagiert er mit Diskursverweigerung.

Da waren mir allerdings die alten Kommunisten, wie Hans Knobloch aus Steinen im Wiesental einer war, lieber. Als ich im Rahmen des Friedensratschlags der Friedensbewegung Anfang der 80er erwähnte, dass die erste deutsche Armee, die nach 1945 in ein fremdes Land einmarschierte, schliesslich die Nationale Volksbefreiungs Armee (NVA) der DDR war - und zwar 1968 in der CSSR, tobte, brüllte er und brachte unser Friedens-Forum zum platzen. Historisch ist allerdings anzufügen, da gibt die Geschichtswissenschaft dem alten Anti-Faschisten Recht, der, ein Grosser des Wiesentals, als er starb, zu Grabe getragen wurde, ohne dass die Leibles, die Offergelds, die Rübsamens und die anderen Repräsentanten des politischen Lebens des Landkreis Lörrach anwesend waren, also die Hobsbawns dieser Welt bekunden, dass die NVA-Truppen zwar geordert waren, an der Grenze jederzeit zum Einmarsch bereit, aber die Sowjetführung die Arbeit ohne DDR-Armee vollbrachte. Die Niederschlagung der Reformbewegung des Alexander Dubcek gelang auch ohne die deutschen Truppen. Jahre später verunglückte dieser Reformer bei einem Autounfall tödlich. Hatte der KGB oder der

CIA seine Hände im Spiel? Es wäre nicht verwunderlich - jeder vom Volk geliebte und verehrte Reformer ist eine Gefahr für die Herren des Bestehenden - in Moskau ebenso wie in Washington.

Und zu erinnern ist auch an die alten Genossen der deutschen Mini-KPen, wie sie China hochhielten. Auch hier decken Wernie und Angelika die Geschichte des chinesischen Gullags lieber mit Schweigen zu, als mit kritischer Aufarbeitung. Dass jener Wernie einmal in Enver Hotschas Albanien war, das nötigt mir allerdings mächtig Respekt ein. Ich kam als normaler Reisender von Jugoslawien nach Griechenland nie in dieses Land - Kommunisten dieser Richtung schon. Ich weiss, heute ist das alles ein alter Hut und aus Albanien kommen nur noch die Drogenbosse, die Mädchenhändler, die brutalste Mafia Deutschlands und und und. Doch damals war das wie Bhutan oder die verbotene Stadt des Kaisers (Bertolucci hatte noch nicht seinen grandiosen Film gedreht) im fernen Peking. Hinter jedem Schleier liegt ein Geheimnis. Dass die Preisgabe uns erfreuen soll - das ist damit nicht gemeint ...

"Die meisten Isländer hören erst mit 67 Jahren oder später auf zu arbeiten. Sie zahlen also etliche Jahre länger in die Pensionskassen ein als jemand in Deutschland. Gleichzeitig ist die Rentenbezugsdauer entsprechend kürzer. Das spart ungemein", sagt Professor Tryggvi Thor Herbertsson, Direktor des Institus für ökonomische Studien an der Universität Reykjavik.

Das isländische System ruht auf drei Pfeilern: Jedem Arbeiter steht mit 67 Jahren die steuerfinanzierte gesetzliche Rente von monatlich 94 090 isländischen Kronen (circa 1100 Euro) zu. Wer früher aus dem Erwerbsleben ausscheidet, muss für jedes Jahr einen Abschlag von fünf Prozent hinnehmen. Umgekehrt wird jedes Jahr zusätzlicher Erwerbsarbeit mit einem ebenso hohen Aufschlag belohnt. Für viele ist das ein Anreiz, länger zu arbeiten. "Die Bürger lassen sich ihre Rente immer später auszahlen, um so den ihnen zustehenden Betrag zu erhöhen. Dieser Trend wird sich in Zukunft noch verstärken", sagt Jon Saemundur Sigurjonsson, Leiter der Abteilung Soziale Sicherheit beim isländischen Sozialministerium.

Die zweie Säule bilden von Arbeitgeber und Arbeitnehmer gemeinsam angesparte Kapitaleinkünfte. Sie werden teilweise auf die gesetzliche Rente angerechnet, sodass dem

durchschnittlichen Rentenempfänger nur rund 740 Euro ausgezahlt werden. Schliesslich kann jeder Arbeitnehmer noch weitere vier Prozent seines Gehaltes in Pensionsfonds investieren. Wenn der Arbeitgeber 2,6 Prozent dazulegt, bleibt das Ganze steuerfrei - "eine Art isländische Riester-Rente", sagt Sigurjonsson, der am Institut für Sozialpolitik der Universität zu Köln promoviert hat und sich mit dem deutschen System auskennt.

Die Zahlungen aus der staatlichen und der umlagefinanzierten Rente sowie den Fonds reichen in der Regel, um den Lebensstandart in etwa halten zu können. Das funktioniert allerdings nicht, wenn man früh in Rente geht, dann sind die Abschläge zu hoch. Auch deshalb lassen sich nur wenige Isländer frühzeitig pensionieren. Mehr als 86 Prozent der isländischen Bevölkerung im Alter zwischen 55 und 64 Jahren arbeiten, bei den über 64-Jähringen sind es noch gut 34 Prozent ...

In einer so florierenden Wirtschaft ist Arbeitslosigkeit nur eine Randerscheinung. Ihren Höchststand erreichte die Quote Anfang der neunziger Jahre mit 5,3 Prozent, zurzeit liegt sie bei 3,2 Prozent. Diese entspannte Lage auf dem Arbeitsmarkt erleichtert den Isländern, bis ins hohe Alter in Lohn und Brot zu bleiben. Im Gegensatz dazu hatte in den meisten westeuropäischen Staaten die Politik gemeinsam mit der Industrie und den Gewerkschaften versucht, ihr Arbeitslosenproblem mithilfe von Frühverrentungen zu mindern. Die Erwerbslosenquote ist in Deutschland deshalb deutlich niedriger als in Island. Nur knapp 38 Prozent der 55- bis 64-Jährigen und nicht einmal 3 Prozent der über 64-Jährigen sind berufstätig. "Deutschland nutzt das Potential seiner Volkswirtschaft nicht aus", sagt der Oekonom Herbertsson dazu.

Nach seinen Berechnungen wäre das deutsche Bruttoinlandsprodukt um 13 Prozent höher, wenn hierzulande die Menschen bei der Lebensarbeitszeit so lange arbeiten würden wie in Island ..."

Celemens Bomsdorf, aus: Islands späte Rentner. Der Ruhestand ab 67 ist in Europas Norden längst Realität - gut für die Sozialkassen. In: DIE ZEIT Nr. 41. 1. Oktober 2003

"... Was ist eigentlich aus all den irakischen Überläufern, Dissidenten, Exgenerälen geworden, mit deren furchteinflössenden Insiderinformationen CIA und MI6 vor Kriegsbeginn ihre Irak-Dossiers füllten? Sie alle sind seit dem Sturz des Diktators

merkwürdig still. Dabei könnten doch gerade sie, die vermeintlichen Mitwisser der Bio- und Chemiewaffenprogramme, jetzt ganz entspannt auspacken. Die wahrscheinlichste Erklärung ist, dass sie es deshalb nicht tun, weil sie vor dem Krieg Gerüchte als Gefahren verkauften, Gerüchte, die Washington und London dann dem Rest der Welt als Gewissheiten darboten.

Auch Wenn George Bush zu Recht darauf hinweist, die Welt sei ohne Saddam Hussein ein schönerer Ort; auch wenn Tony Blair deshalb glaubt, Grossbritannien habe sich "als Land für nichts zu entschuldigen" - beide haben mit derart fadenscheinigen Beweisen einen Krieg begonnen, wie sie keinem ordentlichen Gericht genügen würden, um auch nur einen Falschparker zu verurteilen ..."

Jochen Bittner, aus: Eingepackt. In: DIE ZEIT Nr. 41, 1. Oktober 2003

"... Ich glaube, dass die Beliebtheit der Fernreisen daher rührt, dass wir die Scherze der Fremden nicht verstehen ..."

Wolfram Siebeck, aus. Rom, ölige Stadt. In: DIE ZEIT Nr. 41. 01. Oktober 2003

Fragt auf seiner ARD-SCHEIBENWISCHER-Abschiedsgala letzte Woche Dieter Hildebrandt seine Kollegen Georg Schramm: "Wieso trägst Du eigentlich diese schwarze Armbinde?". Antwortet Schramm: "Ich war gerade auf der Beerdigung von Leni Riefenstahl. Der Führer hat sie zu sich genommen." Besser und treffender kann politisches Kabarett 2003 nicht sein. Jener Kabarettist XX aus meinem Tagebuch - vielleicht erinnert sich jemand: bei Christiansens 100ter oder so - war niemand anderes als dieser Georg Schramm. Zusammen mit seinem Kollegen Mathias Deutschmann sind sie, neben Dieter Hildebrandt, die derzeitigen Vorzeigekabarettisten Deutschlands. Wie schwach dagegen all die Komödianten mit ihren Spässchen.

Monitor von Gestern verwies auf die Gefährlichkeit von Laser-Augenoperationen und davon, dass "unsere" Politiker, heissen sie Merkel (CDU), Schmidt (SPD) oder Trittin (GRUENE) mit mindestens 5000 Euro Rente leben werden, während des Kanzlers Agenda Zweitausendwieviel dem Arbeitslosen mit Hartz 2 - auch nach dreissig

Arbeitsjahren und das heisst auch dreissig Beitragsjahren in der Arbeitslosenversicherung - Einschnitte aufbürdet, die viele in die Armut, Sozialhilfe, ins Unglück stürzen wird. Ein deutlicher Beitrag. Wen wundert's dass der SPD die GenossInen davon laufen - erst die, dann die Wähler ...

www.wdr.de/tv/monitor/beitragsuebersicht.phtml

Hier der Beitrag als Text:
... (folgt, da ARD erst ab 16 Uhr liefern kann ...)

2003-10-09

Es liegt in der Problematik dieses Tagebuches, dass die schönen Texte meistens nur gekürzt wiedergegeben werden können und viele andere, durchaus lesenswerte gar nicht.

Hier ist wieder so ein schöner Text, dieses mal von Robert Menasse:

09.10.2003

Der Kürbis ist die Olive der Steiermark

Österreich als Heimat des hinkenden Vergleichs / Von Robert Menasse

Der österreichische Fußballer Andreas Herzog wurde in seiner Glanzzeit als "Alpen-Maradona" bezeichnet. Hat jemals ein argentinischer Journalist Diego Maradona als "Pampas-Herzog" gefeiert? Eben. Es gibt zahllose ähnliche Beispiele, die auf trübsinnige Weise vorführen, wie das österreichische Selbstbewusstsein, wenn es jenseits der Grenze zum Größenwahn zu wildern beginnt, nur die Kehrseite eines unheilbaren Minderwertigkeitskomplexes unfreiwillig ausstellt. Ein hierarchisches Gefälle, das durch Gleichstellung aufgehoben werden soll, wird durch diese Gleichstellung erst so richtig bewusst und festgeschrieben. Das österreichische Bundesland Steiermark, eine buchstäblich eigen-artig schöne Kulturlandschaft, wird von ihren Repräsentanten und von der österreichischen Fremdenverkehrswerbung stereotyp als "österreichische Toskana" angepriesen. Warum findet dies kein Österreicher lächerlich, obwohl selbst Österreichern die Umkehrung lächerlich erscheinen würde: dass der italienische Tourismusverband für die Toskana mit dem Slogan wirbt „"Machen Sie Urlaub in der italienischen Steiermark!"

Und: Prägen Eichen die Landschaft der Toskana? Ich kann nicht versichern, dass ich bei meinen Steiermark-Aufenthalten nie eine Eiche gesehen habe. Aber mir ist auch keine aufgefallen. Steiermark – dabei denkt man doch nicht an Eichen, sondern an Wein und Kürbiskernöl. Warum werden berühmte Söhne der "österreichischen Toskana" als "Eichen" bezeichnet? Warum huldigt man dem gebürtigen Steirer Arnold Schwarzenegger als "steirische Eiche" und nicht als "steirischer Pluzer"? (Ein Pluzer ist ein besonders großer Kürbis, gleichsam dessen Bodybuilder-Ausgabe).

Man muss weder in den Chor jener Österreicher einstimmen, die Schwarzenegger heroisieren, noch jene Zwischenrufe verstärken, die ihn als Idioten mit Muskeln denunzieren – im statistischen Mittel ist das Ergebnis so oder so eine idiotische Heroisierung –, interessanter ist die Frage, wieso die Österreicher einen so ausgeprägten Hang zu unumkehrbaren Vergleichen, zu Gleichsetzungen von Ungleichem haben: Emphatisch feiert Österreich die Tatsache, dass ein Immigrant Gouverneur von Kalifornien wurde, während im selben Österreich ein Volksaufstand ausbräche, wenn ein Immigrant versuchen wurde, Gemeinderat in einem steirischen Kaff zu werden.

Einer von uns draußen

In Österreich müssen Asylsuchende auf Anweisung des Innenministers auf der Straße schlafen, während der selbe Innenminister sich vor die Kamera drängt, um zu bekunden, wie stolz er auf Arnold Schwarzenegger sei. "Einer von uns draußen" – das ist unumkehrbar so eindeutig etwas anderes als "einer von draußen bei uns", dass man wahrlich keiner intellektuellen Hybris bedarf, um festzuhalten, dass offenbar weder die Bildung des Herzens noch des Denkens Bestandteil der Bewunderung von "Body-Bildung" sind.

Das Phänomen der Karriere des Österreichers Schwarzenegger hat zwei Seiten: Es besteht aus dem Phänomen Schwarzenegger und aus dem Phänomen Österreich. Über das Phänomen Schwarzenegger kann ich wenig sagen. Ich habe keinen seiner Filme gesehen, nur jenes Fernsehporträt, das am 7. Oktober in Österreich in der so genannten "Prime-Time" ausgestrahlt wurde: Es zeigte einen Schwarzenegger, der kaum noch Deutsch kann (wobei unklar blieb, ob er es je konnte), und der sein peinigendes deutsches Lallen allerdings jederzeit in ein schönes, flüssiges, selbstverständliches Englisch

überführen konnte. Das hatte allerdings insofern keine Bedeutung, als es in diesem TV-Porträt offensichtlich nur darum ging, dass der ORF-Interviewer (ein gewisser Her Ziesel – ein österreichischer Journalist der alten Schule: "Sei unerbittlich kritisch gegenüber der Opposition, aber auftrumpfend devot gegenüber der Regierung") minutenlang nichts anderes demonstrieren wollte, als dass er mit "Arnie" per Du ist.

Über Österreich kann ich in Hinblick auf Schwarzenegger die definitive Parabel erzählen: Unlängst berief der steirische Landeshauptmann (also der Gouverneur des Gouverneurs Schwarzenegger) eine Pressekonferenz ein, in der er mitteilte, dass das Land Steiermark eine Untersuchung in Auftrag gegeben habe, die die Qualität des steirischen Kürbiskernöls analysieren sollte. "Das steirische Kürbiskernöl", sagte er, weise "„die selben Qualitäten auf wie das beste italienische Olivenöl". Und er schloss mit den Worten – die in den österreichischen Nachrichten ironiefrei gesendet wurden –, dass man also sagen könne: "Der Kürbis ist die Olive der Steiermark!"

Schwarzenegger – das mag in den USA alles mögliche sein, und er mag dort mehr Ähnlichkeiten mit dem Gouverneur von Minnesota oder Ohio haben (wie heißen die?), als mit einem steirischen Klempner, Wirt oder Fitnesstrainer. Aber in Österreich, einem Land mit unermesslichen Kürbisäckern, ohne einen einzigen Olivenbaum, wird er gefeiert als Kürbis unter Oliven.

Ich will erst dann wieder darüber nachdenken, wenn Mike Tyson die Chance hat, österreichischer Präsident zu werden.

Robert Menasse, in: Süddeutsche Zeitung 9. September

Ich kann es immer wieder erneut sagen: lest www.perlentaucher.de

Hier finden sich die wichtigsten Beiträge zu Kultur und Politik. Ich habe perlentaucher als Startseite - so bekomme ich schon zum Frühstücksei das feuchte Salz der Salinen der Bretagne.

2003-10-08

Soeben sehe ich in der Tagesschau, dass Arnold Schwarzenegger mit 43 Prozent der Stimmen zum kalifornischen Gouverneur gewählt wurde. Seit über 80 Jahren wurde erstmals ein Gouverneur abgewählt. Der Terminator, der gerne mal Frauen in der Öffentlichkeit unter die Röcke und an die Brüste fasste, wurde gewählt - ja warum eigentlich: weil er so dumm ist wie seine Wähler, weil die amerikanische Gesellschaft inzwischen eine unpolitische, tiefreligiöse Gesellschaft ist? Nach Reagan also nun der zweite rechte Dissident als Winner. "Ich kam mit nichts hierher - Kalifornien hat mir alles gegeben. Und heute Abend habt Ihr mir das beste gegeben: das Vertrauen." Noch vor Jahren machte ich den - falschen - Joke zu meinem Bruder Gert Robert: der einzige Kennedy, der wieder Präsident werden kann, ist Arnie. Falsch, weil ein in Österreich geborener kein Präsident werden kann. Richtig, weil er schon damals als Joker im Entpolitgeschäft gehandelt wurde. Die Zeiten von Loving Spoonful, Mamas and Papas and Jefferson Airline sind wohl vorbei - aber gleich so heftig? Aus der Ferne sieht sich nur fern, aber nicht genau.

Weiteres folgt - mit Sicherheit.

"Friedrich der Grosse, der solche Windhundarten hielt, gilt vielfach als Autor des misanthropischen Wortes. "Seit ich die Menschen kenne, liebe ich die Tiere". Tatsächlich handelt es sich um eine chinesische Sentenz."

Horst Stern, in: Sterns Hunde - Bemerkungen über Hunde. Kindler Verlag, München, 4. Auflage, 1971, erhältlich noch bei www.zvab.de

"Indonesiens Justizministerium will oralen, homosexuellen und außerehelichen Sex verbieten. Haftstrafen zwischen einem und zwölf Jahren sind vorgesehen. Außerdem soll Beisammenwohnen ohne Eheschein illegal werden. Ein entsprechender Gesetzesentwurf sei in Vorbereitung, sagte ein Sprecher des Ministeriums. Danach müssten auch Striptease-Tänzerinnen und Männer, die Heiratsversprechen nicht einhalten, ins Gefängnis. Polygamie mit Eheschein soll dagegen für männliche Moslems legal bleiben, bis vier Ehefrauen sind erlaubt. Indonesien hat die größte islamische Bevölkerung der Welt, ist aber kein islamischer Staat."

MKB, aus: Justizminister plant Strafe für außerehelichen Sex, Jakarta 3. Oktober.
In: Frankfurter Rundschau 04. Oktober 2003.

Das riecht nach dem deutschen Mief der fünfziger Jahre, gemischt mit dem reaktionären Vielweiberwesen der Muslims. Warum können eigentlich wohlhabende Muslimaas nicht auch mehrere Männer haben? Wahrscheinlich haben die kritischen Islamforscherinnen Recht, dass der Koran heftig umgeschrieben wurde - aber auch der Prophet ging nicht gerade sanft mit seiner bewussten Liebhaberin um - er ließ sie töten.
Näheres nachzulesen bei Sadawie.

"... Nein, Literatur ist doch kondensiertes Leben. Marcel Proust hat einmal den Unterschied zwischen Erleben und Erfahren beschrieben. Proust sagt, Literatur kann ausschliesslich aus Erfahrung bestehen. Lesen ist also praktische Orientierung. Glauben, Ahnen, Vermuten, Begehren, sich Langweilen - das was den kompletten Menschen ausmacht, ist bedeutend für ein gutes Buch. Aber das wichtigste ist die Erfahrung des Mangels.

Was meinen Sie damit?

Zu sagen: Ich weiss, was in meinem Leben fehlt. Und das ergänzen. Sei es, indem man sich in die Arme des Autors wirft, der einen durch das Dickicht des Alltags führt oder in dem man selbst hinzufügt, was der Autor nicht erzählt. Aber dann muss der Autor zumindest eine gute Idee haben. Neulich habe ich selbst den verehrten Philip Roth aus der Hand gelegt und gedacht: Blendend geschrieben, aber das Buch langweilt mich.

Was hat Sie geärgert?

Der Autor zeigt nur permanent, dass er das Handwerk beherrscht. Ich finde es nicht mehr mutig, wenn jemand zwei Seiten übers Onanieren schreibt. Das wäre kühn, wenn man mit solchen Beschreibungen Mauern einreißen würde. Aber mit dem Thema Onanie gelingt das im 21. Jahrhundert nicht mehr. Denn letztlich interessiert mich die Arbeit an einem Webstuhl so sehr wie die am eigenen Genital. Für beide gilt derselbe Maßstab. Leider war

das Onanieren bei Philip Roth ebenso wenig ideengeleitet wie das Singen am Webstuhl bei Hermann Hesse. So etwas hat für mich keine Wallung.

Sex ist kein Reizthema mehr?

So nicht. In diesem Beispielhaft dann jemand irgendwann eine Prostata-Ermüdung. Na großartig. Ich bin inzwischen völlig resistent und vielleicht auch ungerecht, aber ich denke daran: Das Leben ist kurz. Und ich bin froh, dass ich viele langweilige Bücher in den Zeiten gelesen habe, als ich dachte, man müsse alle zu Ende lesen. Das ist vorbei. Neulich hat eine Freundin, die ein Antiquariat leitet, eine Rechnung aufgemacht und gesagt: Wie viele Bücher lese ich im Monat, zwei? Im Jahr dann 24. Wie viele stehen in meiner Wohnung? 2000. Welche Bücher werde ich noch schaffen in meinem Leben?

... Ich argumentiere aus Notwehr. Ich finde immer weniger Menschen, die die gleichen Bücher wie ich lesen, mit denen ich noch irgendwie reden kann, die meine Wirklichkeit teilen. Der Mensch, der DER DSCHUNGEL von Upton Sinclair kennt, der macht mich im Gespräch über Chicago weniger einsam, weil wir das gleiche Chicago meinen. Geteilte Wirklichkeit in Büchern überbrückt Einsamkeit. Hochwertige Bücher hinterlassen Ablagerungen der Erfahrung in den Köpfen. Aber ich glaube, es ist letztlich eine völlig sinnlose Tätigkeit, aufklärend tätig zu werden. Wäre der Buchmarkt doch nur anders.

... Ich halte es für ein Missverständnis, dass Harald Schmidt mit Kultur sehr viel zu tun hat. Auch wenn der Bundespräsident das schon gefunden hat.

Womit hat er es sich denn bei Ihnen so richtig verscherzt?

Bezeichnend war sein Besuch in der Lese-Sendung von Elke Heidenreich. Da stellt er Nick McDonnels ZWOELF vor, drei Wochen später wurde er in seiner Sendung gefragt, warum er so ein "doofes" Buch vorschlagen habe. Er habe mit einem Verleger zu Mittag gegessen und der habe ihm geraten, dieses Buch vorzuschlagen, antwortete Schmidt. Ist das nicht ein Armutszeugnis? Schmidt hat die Möglichkeit mit seinem Namen für irgendein Buch wertschätzend aufzutreten und nimmt die Empfehlung sofort zurück, als sie der kleinsten Belastung ausgesetzt wird. Entweder stehe ich zu meinem Vorschlag oder ich habe mit dem Verleger gemauschelt oder ich möchte mich keiner ernsthaften Diskussion stellen. Das finde ich flau ..."

Roger Willemsen, aus: Ich liebe gute Sätze. FR-Gespräch mit Markus Brauck und Jörg Junke, in: Frankfurter Rundschau, 2003-10-04

Willemsen, einer jener unzähligen Opfer der Qualitätskiller der öffentlich-rechtlichen Sender. Willemsens Woche war ein Höhepunkt der Fernsehunterhaltung, doch ARD und ZDF vertragen Qualität offensichtlich nicht.

Gerade zitierte die interessante Anja Kohl in den Börsennotizen der ARD den Picabia-Satz "Der Kopf ist rund, damit das Denken die Richtung ändern kann." Nicht schlecht am Börsenplatz Frankfurt

2003-10-07

"Die Odyssee der über 50 Tausend australischen Schafe an Bord des niederländischen Frachters "Cormo Express" geht weiter: Saudi-Arabien weigert sich, die Tiere ausladen zu lassen. Auch einige andere arabische Länder stellen sich quer.

Canberra. 3. Oktober. Unter anderem lehnen es auch die britischen Soldaten im Irak ab, dort beim Ausladen der Schafe als freie "Lebensmittelhilfe" zu helfen. Australiens Regierung verhandelt noch fieberhaft mit einigen möglichen Abnehmern, darunter auch Kenia und Moammar al Ghaddafis Libyen.

Nachdem ein saudi-arabischer Tierarzt sechs Prozent der Schafe als angeblich skabiösen diagnostiziert hatte, weigerte sich Saudi-Arabien, die für die religiös-rituelle Schlachtung vorgesehenen Tiere an Land zu lassen. Der australische Schiffs-Veterinär an Bord hat den Schafen allerdings "gute Gesundheit" bescheinigt. In Australiens Hauptstadt Canberra erklären die Politiker jetzt öffentlich, die Weigerung Saudi-Arabiens, die bestellten Schafe abzunehmen, sei politisch motiviert, weil Australien an der von den USA geführten Invasion Iraks teilnahm.

Am Freitag durfte die "Cormo Express" aufgrund einer befristeten Ausnahmegenehmigung in Kuwait Proviant, Futter für die Schafe und Trinkwasser an Bord nehmen. Danach muss das Schiff wieder in See stechen. Acht Wochen dauert schon die Odyssee der 53 Tausend Schafe. Seit das Schiff Freemantle mit voller Ladung verließ, sind etwa 5000 Schafe durch die Strapazen verendet.

In Australien entwickelt sich derweil eine Kontroverse um die Schafe. Die in der Öffentlichkeit geäußerten Lösungsvorschläge für die Schafskrise sind teils grotesk. Nach Ansicht der Tierschutzorganisationen und der oppositionellen Labour-Partie sollten die Schafe - notfalls durch das Durchschneiden der Kehlen - an Bord getötet werden und dann in die See geworfen werden. Quasi ein Gnadenakt, um das Leiden der Tiere zu beenden, wie es ein Fernseh-Reporter darstellte.

Die Mehrheit der australischen Bevölkerung befürwortet eine humanere Lösung. Der konservative Premierminister Hohn Howard hat sich die überwiegende Volksmeinung zu eigen gemacht. Am Freitag erklärte er vor Journalisten, dass die Schafe, falls sie nicht doch noch bis zum Wochenende verkauft werden können, nach Australien zurückgebracht werden sollen. Das Töten so vieler Tiere an Bord des Schiffes würde zu schwierig sein, meinte der Regierungschef. Offiziell gehören die Wolltiere jetzt der australischen Regierung, nachdem sie die Schafe von dem saudi-arabischen Importeur zurückgekauft hat.

Als Anlandehafen ist das westaustralische Geraldton vorgesehen. Dort sollen die überlebenden Schafe in Quarantäne kommen. Die Farmer lehnen diese Rückhohl-Aktion ab. Sie befürchten, die Tiere könnten während des Aufenthalts im Persischen Golf durch Mücken und Insekten mit exotischen Krankheitserregern infiziert worden sein und die australischen Schafherden infizieren.

Das Fiasko mit den Schafen auf der "Cormo Express" hat australische Exporteure nicht abgeschreckt, ein weiteres Schiff mit nahezu 30 Tausend Schafen abzuschicken - dieses Mal nach Kuwait. Vergeblich versuchte eine kleine Armee von Protestlern das Beladen der "Al Kuwait" zu verhindern. Einige außerordentliche Inspektionen des Schiffes und seiner Fracht durch besorgte australische Quarantäne-Beamte verzögerten das Auslaufen um viele Stunden."

Boris B. Behrsing, aus: Odyssee der kranken Schafe geht weiter, in: Frankfurter Rundschau 2003-10-07

"Die Papenburger Meyer-Werft hat die "Cormo Express" im Jahr 1989 gebaut. Laut einem Katalog der Hamburger Firma Fondshaus, die sich auf Schiffsbeteiligungen spezialisiert

hat, gehört der Schaf-Transporter mit einer Tragfähigkeit von 12711 Tonnen dem niederländischen Schifffahrtsunternehmen Vroon B.V. Das Familienunternehmen sei 1961 gegründet worden und betreibe rund 70 Schiffe. Das Sieker Unternehmen W. Sick führt die "Cormo Express" in seiner Referenzliste. Der Spezialist für Klima-, Kälte und Lüftungssysteme bezeichnet sich selbst als "weltweit führender Hersteller von Viehtransporterbelüftungsanlagen."
aus: Cormo Express, in: Frankfurter Rundschau 04. Oktober 2003

"Vielleicht keinen Trost, aber zumindest ein Licht am Ende des Tunnest versprach der Präsident des australischen Tierschutzbundes für 50 Tausend Boat-Sheep. Australien wollte sie eigentlich an Saudi-Arabien verkaufen, aber den Saudis kamen die Schafe irgendwie krank vor. Die Engländer (weil sie Ahnung von Schafen haben) wollten sie daraufhin in den Irak bringen. Irgendjemand hatte aber etwas gegen diese Idee und fortan war nicht mehr die Rede davon. Afghanistan hätte die Schafe wohl genommen, aber die iranische Regierung wollte sie nicht durch das persische Land lassen. Eine internationale Geschichte ohne Sinn und Verstand. Jedenfalls schipperten die armen Tiere völlig schafsuntypisch einen Monat lang auf einem Boot über die Meere - jetzt nimmt Australien sie wieder auf und zurück.

Australien, gutes Land, hat ein Herz für Schafe, zumal wenn australisches Blut durch ihre Adern fließt. Schafe sollen kein schafsunwürdiges Leben führen müssen. Nur nicht-australische Menschen werden gern in stacheldrahtbewehrten Internierungslagern auf abgelegenen Inseln oder in Wüsten gehalten. Wir erinnern uns an die 433 afghanischen und pakistanischen Flüchtlinge, die 2001 als Schiffbrüchige auf dem norwegischen Schiff "Tampa" aufgenommen wurden, aber nicht in Australien an Land gehen durften.

Man kann sich wahrscheinlich nicht um alles auf einmal kümmern: die viele Diskriminierung und das fehlende Landrecht der Aborigines, die viel zu vielen roten Nasen vom viel zu großen Ozonloch, die absolut zu vielen Kaninchen, Eukalyptusbombonsbärchen und Känguruhs und dann auch noch die Flüchtlinge. Too much. Vielleicht hat es aber auch damit zu tun, dass Australien von Knackis aufgebaut wurde. Zwischen 1788 und 1868 wurden dort 160 Tausend Sträflinge ausgesetzt und

bildeten die ersten weißen Zweibeiner-Siedlungen. Da kann der eigene Wolf im Schafspelz noch ganz lebendig sein. Nicht, dass etwas gegen den Schutz von Schafen einzuwenden wäre. Ganz im Gegenteil. Schafe, Kühe, Bären, Bäume, Menschen und Blumen. Das Recht auf Leben ist allerdings unteilbar. Einer, der das immer wieder auf grandiose Weise formuliert, ist niemand anderes als J.M. Coetzee."

Renée Zucker, aus: Schafe, in: Frankfurter Rundschau 2003-10-04

"... In seinen Büchern bleibt von akzeptierten Lebensentwürfen genauso wenig wie von allen Ideologien. Aber es geht noch weiter: Coetzee zerstört die angeblich moralische Grundierung unserer Diskurse, zum Beispiel über den Tierschutz oder Liberalismus, die aufgeklärte Toleranz in Rassenfragen oder Gerichtsbarkeit. Nur wer sich auf Ebenen wie Schande und Reue, Schuld und Sühne begibt, wird auch so etwas wie Gerechtigkeit finden. Das ist, wenn nicht alles täuscht, sein Entwurf. Und dieser Entwurf kann nur sinnvoll sein, wenn Coetzee sein schreiben nicht politisch situiert. So kann er Fragen und Konstellationen formulieren, für die die Politik keine Sprache besitzt. So wird ein dezidiert unpolitischer Schriftsteller politisch. So bekommt ein Schreiben, das sich durch rein schriftstellerische Fragestellungen definiert, enorme gesellschaftliche Relevanz.

Es gibt bei Coetzee eine starke Tendenz, Schuld zu akzeptieren. Da trifft er sich wieder mit Kafka. Kafkas Schriften sind davon geprägt, daß der Schuld, die christliche und jüdische Interpretation gerne als Erbsünde sehen, nicht zu entkommen ist. Bei Coetzee scheint in der Annahme der Schuld eine positivere Idee von Erlösung zu liegen. Die Folge ist Demut. Dafür - man muß es deutlich sagen, egal wie anerkannt Coetzee mittlerweile ist - sind diese Figuren nicht nur weltfremd, sie sind auch lächerlich und skandalös. Es läuft unserem Gerechtigkeitsempfinden zuwider, wenn eine vergewaltigte (wenn auch weiße) Frau keine Vergeltung will, obwohl sie die (wenn auch schwarze) Täter kennt. Und die Figur von David Lurie, der am Ende seines Weges durch das Südafrika nach Aufhebung der Apartheid, seine Erfüllung darin findet, sich um herrenlose Hunde zu kümmern, hat etwas Niederschmetterndes, durch und durch Entblößendes. Goetzee selbst scheint das zu wissen: Die tierschützende Mutter in DAS LEBEN DER TIERE, geschrieben unmittelbar nach SCHANDE, ist eine peinliche Figur.

Coetzee ist ein Schriftsteller mit Hang zum Vegetativen. Auch darin ist er ein Verwandter Kafkas, der Affen eine Stimme gibt. Coetzees heimliche Helden sind Hunde. "Ein Tier - wir alle sind Tiere - ist eine verkörperte Seele", hat er geschrieben."

Peter Michalzik, aus: Kafka lebt in Kapstadt. Schreiben im Zwiespalt: J.M. Coetzee, der südafrikanische, ebenso unpolitische wie politische bedeutsame Schriftsteller, bekommt den Literaturnobelpreis 2003. In: Frankfurter Rundschau 04. Oktober 2003

Bei der vivisimo-Suche nach skabiös komme ich auf die Skapies, hier beim Menschen:

"Krätze (Skabies)

(auch: Skabies)

Erreger
Die Krätze ist eine durch Krätzemilben hervorgerufene Hauterkrankung. Die Milbenweibchen legen in der Hornschicht der Haut ihre Eier ab und fressen dabei typische zentimeterlange Milbengänge in die Haut. Aus den Eiern entwickeln sich über ein Larvenstadium die geschlechtsreifen Tiere.

Verbreitung
Die Krätze (Scabies) des Menschen kommt weltweit vor. Die Erkrankung ist dabei nicht eine Erscheinung der armen Länder der Welt, sondern kommt auch in unseren hochindustrialisierten Ländern mit guten hygienischen Verhältnissen häufig vor." (nach deam.de)

Schafe können offensichtlich auch die Krätze bekommen - Lamas laut Internet übrigens nicht.

Wieso ist Libyen das Land von Moammar al Ghaddafi?

Alle Muslime essen Tiere, die "religiös-rituell" geschlachtet werden, ähnlich wie auch die Juden. Getötet wird immer mit dem Durchschneiden der Kehle (der Bolzenschuss der deutschen Schlachthöfe wird aus gutem Grund abgelehnt, zerbombt er doch das Gehirn

und verunreinigt die Blutbahn und bringt - beim oft vorkommenden Schlag daneben - weiteres Leid. Nach modernen Auslegungen sind sowohl im Islam, als auch im Judentum eine vorherige Betäubung erlaubt)

Wenn die Schafe krank sind - wer kann es den Ländern verwehren, die kranke Fracht anzunehmen. Australien will auch nicht mögliche Krankheiten einführen. Und: gibt es bei der Einfuhr keine amtstierärztlichen Untersuchungen.

Zu erinnern ist in diesem Zusammenhang daran, dass bereits 1990 Millionen, ich wiederhole: Millionen von Tieren - genauer: Schafen in Australien getötet wurden und als Müll entsorgt wurden. Das Einfrieren hätte ungefähr 5 Dollar pro Schaf gekostet, das Vernichten nur 3,50 Dollar. Für den Weltmarktpreis werden Millionen - ich glaube, es waren 10 - Schafe getötet, für hungernde Menschen: nothing.

Worin der Gnadenakt bestehen soll, eventuell gesunde Tiere zu töten und dann ins Meer zu werfen, verstehe ich nicht. Die Massentötung zerstört so sehr unser Sinne für Mitgefühl, dass die Folgen unabsehbar sind. Wenn - wie in Deutschland, aber auch anderswo - alle Tiere einer Region getötet werden, weil ein Verdacht auf BSE oder einer anderen Krankheit besteht, dann vernichten wir nicht nur das Leben von Tieren, sondern vernichten auch die ethische Basis der Ernährung, der Bauernschaft, dem Umgangs mit der Mitkreatur Tier.

"Solange es noch Schlachthöfe gibt, wird es auch Schlachtfelder geben."
Dostojewski, zitiert von einem ausgewiesenen Fleischesser.
Sorry.

Nachtrag:

Zu erinnert ist daran, dass eine hinduistische Union den Deutschen auf dem Höhepunkt der BSE-Krise angeboten hatte, viele, viele (sic!) Rinder abzukaufen und ihnen - in Indien? - Asyl zu gewähren, Asyl vor den Schlachthöfen mit anschließender Verbrennung (ist es da geschichtsverloren, an Auschwitz zu denken - beleidigen wir damit die Erinnerung an die vernichteten und verbrannten Juden, wenn wir auch an andere, von Menschen

vernichtete Kreatur denken, Hans Jonas?) War das den Deutschen keine Erwägung wehrt?

Und wie haben sich die Herren Sonnleitner und, wie heißen sie noch?, empört, als die grüne Umweltministerin Bärbel Höhn eine Impfung für alle landwirtschaftlich genutzten Tiere vorschlug (hat sie das, oder war es eine Auswahl - vielleicht nur die Kühe oder die Rinder oder die Geflügel oder, oder?) - als wäre die Massentötung bei Verdacht auf XY besser?

Der heilige Franz von Assisi sprach mit Tieren - sprechen wir nur noch mit dem Teufel, haben wir aufgehört, die leidende Kreatur in den Labors und in den Ställen anzuhören - zu hören?

Der Zyniker würde sagen: wem annähernd eine Million Tote in Afrika keinen Protest auf den Strassen wert ist, von Menschen wohlgemerkt - wie sollte den das Leid der Tiere scheren?

Mein Duden - Das Fremdwörterbuch sagt übrigens bei Zynismus, es ist die Lebensanschauung der Kyniker, und ein Kyniker (gr.) ist ein Angehöriger einer antiken Philosophenschule, die Bedürfnisse und Selbstgenügsamkeit forderte.
DUDEN 5, Fremdwörterbuch. 3. völlig neu bearbeitete und erweiterte Auflage 1974 - sorry, schon paar Jahre alt, aber das Web hilft auch nicht viel weiter ...

2003-10-06

"Und ein Jünger fragte: erzähl uns über die Belehrung. Und er sagte: niemand kann euch irgendetwas enthüllen, ausgenommen was bereits, halbeingeschlafen auf den Wurzeln eures Wissens ausruht. Der Meister, der mit seinen Jüngern im Schatten des Tempels spazieren geht, gibt nicht seine Kenntnisse weiter, sondern seine Treue und Liebenswürdigkeit. Wenn er wirklich weise ist, wird er euch nicht aufdrängen, in den Sitz seiner Weisheit einzutreten, sondern euch an die Schwelle eures eigenen Sinnens führen. Der Astronom kann euch das erzählen, was er vom Weltall kennt, aber er kann euch nicht seine Kenntnisse abgeben. Der Musiker kann den Rhythmus vorsingen, aber er kann weder sein Ohr noch seine Stimme hergeben, und wer geschickt mit Zahlen umgeht, kann euch die Welt der Masse und Gewichte vorstellen, aber er kann euch nicht hineinführen.

Denn die Vision eines Lebewesens verleiht seine Flügel nicht einem anderen Lebewesen. Und so wie jeder von euch alleine mit dem Gewissen Gottes ist, so muss jeder alleine mit Gottes Kenntnis und mit seinen Kenntnissen der Welt sein."

Kahlil Gibran, Der Prophet
Walter Verlag, Freiburg
gebundene Ausgabe: ISBN 3530100072

Der Freiburger Walter Verlag betreut seit Jahren die deutschen Ausgaben der Werke des libanesischen Poeten (1883 - 1931). Walter brachte viele schöne Taschenbücher heraus.

Im Patmos-Verlag sind Sämtliche Werke erschienen:
ISBN 3491507014

2003-10-01

Die Printmedien, besonders die Tages- und Wochenzeitungen stecken in einer Krise. Zu dieser Krise und den Strukturwandel der Öffentlichkeit gibt es einen guten Beitrag bei Perlentaucher: www.perlentaucher.de/artikel/1133.html

Die Frankfurter Rundschau hat ein neues out-fit. In der Beilage vom 27. September über die neue FR ist ein Interview von Christian Schlüter und Stephan Hebel mit dem Autor, Filmemacher und Medientheoretiker und Medienpraktiker Alexander Kluge. Ich bringe hier ein kurzes cut-up einiger Passagen und hoffe, dass Alexander Kluge dies nicht so humorlos aufnimmt, wie einst Frau Ranke-Heinemann, als ich ein Interview mit ihr zusammenstückelte (in: ZITTIG - andersch umme).

"Wir brauchen mehr emotionale Kraft, die uns unterstützen kann, und wir brauchen gründlichere Formen der Emanzipationswege. Emanzipation bedeutet immer dasselbe: dass ich zusammen mit anderen, also nicht als Robinson, mein Leben zunehmend selber bestimmen kann. Immanuel Kant hat es ganz einfach beschrieben: Menschen brauchen Häuser, also Architektur, Wohnungen, für ihre Erfahrung. Statt aber diese Wohnungen zu bauen, bauen sie an einem Turm von Babel, einem Hochbau. Und wie gefährdet Hochbauten sind, das haben wir in New York am 11.9. gelernt. Es geht um eine Architektonik der Vernunft, das ist der Ausdruck von Kant, und wir sind alle - Einzelmenschen oder in Medienleute - Bauherren, Baumerker, Baumeister oder einfache Mitbauer an einer solchen Konstitution von Erfahrung.

Mich interessiert die Triade aus Reportage, Erzählung und Bericht. Wenn auf einer politischen Seite das "Wörterbuch" wiederkehrt, also die gründliche Information zum Tage, der Rohstoff der Nachrichten, den man so rein und so authentisch wie möglich rüberbringt, dann muss das begleitet sein durch "Kästen", mit Untergefäßen, in denen sozusagen die zeitübergreifende Nachricht, also die Vergangenheit, die Zukunft, der Konjunktiv, die Möglichkeitsform, die Wunschform oder das Wissen, das zu einem Ereignis gehört, mitgeliefert werden ...

Auch Affekt und Gefühl?

Auch. Der Alltag, das Gefühl, die Geschichte. Nehmen Sie den Konflikt zwischen Yassir Arafat und Mahmoud Abbas, der kürzlich in Palästina stattfand. Da ist der Kampf zweier Männer, der unter Umständen zur Zerstörung des Gemeinwesens führt - eine alte Sache, viele Kriege sind entstanden aus der Unverträglichkeit zweier Meinungen. Warum gibt es hier nicht Friedensschluss im eigenen Lager, wenn doch der Friedensschluss mit fremden Lagern einen solchen inneren Frieden voraussetzt? Wie geht man um mit einer Gleichung mit sieben X und zwölf Y, die ja nach Gauss nicht lösbar ist? Was bedeutet der Tempelberg? Was ist Jerusalem? Alle diese Dinge, die ja ein Dauerthema sind, kehren mit einer Nachricht wie der vom Rücktritt Abbas' wieder. Das ist gesichertes Wissen, das nicht von der Einzelnachricht des Tages abhängt, aber der Nachricht einen Rhythmus gibt.

Was bringt das den Lesern?

Das macht es affektiv leichter. Ich stelle mir vor, was es bedeutet, abgewählt zu werden für einen, der sich 100 Tage Mühe gegeben hat. Daran denke ich aber nicht, wenn ich die Nachricht lese. Wenn ich aber andere dramatische Konflikte daneben stelle, kann ich vergleichen. Letztlich könnten Sie Danton und Robespierre neben Arafat und Abbas stellen und sagen: Die Französische Revolution ist an beiden gestorben.

Es gibt ja auch von dem, was Sie Rohstoff nennen, eine banalisierte Form zum Beispiel in der Boulevardpresse. Sie behauptet, Gefühle "authentisch" darzustellen und damit die gesellschaftliche Wahrheit zu sagen. Wie nah sollte eine seriöse Zeitung an die Sphäre von Gefühl, Gemeinschaft, Intimität gehen, um gesellschaftliche Prozesse zu verstehen?

Man sollte nicht so tun, als ob eine Zeitung Gefühle wiedergeben könnte, sondern mit den Gefühlen der Leser rechnen und ihnen Raum geben. Gerade indem man den Lesern nicht

vorschreibt, was sie fühlen sollen - was die Bild-Zeitung gelegentlich tut -, lässt man Raum für das Gefühl. Eine Zeitung, die auf sich hält, muss sachlich bleiben. Aber sie darf nicht platt Tatsachen für Tatsachen halten. Denn die Tatsache hat einen Rahmen, immer gibt es einen Horizont - das nennen wir Zukunft. Und eine Vergangenheit, das ist der andere Horizont.

Was bedeutet das für die "Komposition" einer Zeitung?

Dicht neben der Unglücksnachricht könnte eine Glücksnachricht stehen - die Geschichte besteht aus solchen Möglichkeiten. In diesem Sinne kann man die Aktualität umgraben, und man kann, etwa im Feuilleton, mit Geschichten antworten. Ein Beispiel: Ein Außenminister kommt müde im Balkan an. Und er hat die Zeit nicht für ein Nachmittagsschläfchen, was er gewöhnt ist. Jetzt geht seine Verhandlung schief - er zeigt Ungeduld. Dieses Menschliche, das kann jeder nachempfinden. Dann traue ich mir umso besser zu, etwa den Bosnienkonflikt mit Sachkenntnis zu beurteilen. Das heißt: Zwischen dem Urteil, also dem Meinungsartikel und der Nachricht sind Brücken möglich.

... Und gerade wenn sie bedroht ist - und Zeitungen waren bisher nie bedroht - könnte sie in der Not erfinderisch werden: aber hin zum Bewahren, zur Vorratsbildung. Mich hat sehr bewegt zu hören von Theologen, dass die Erzählung von der Arche Noah, also "Tiere zum Berg Acharat transportieren", auf falscher Übersetzung beruht. In Wahrheit ging es um eine Truhe mit Schriften, mit Büchern, und die wurde gerettet vor Gottes Zorn. Und von einem Buch kann sich ein Volk im Exodus nähren. Vielleicht ist heute ein Buch eher angesiedelt im Versteck der Zeitung, so wie Balzac schrieb - alle Balzac-Romane sind Fortsetzungsgeschichten aus Zeitungen. Mittendrin im Geschehen der Nachrichten, im Erfindungsreichtum der wirklichen Verhältnisse, die ja pausenlos Romane erzählen, da würde etwas Erzähltes sehr gut passen. Ich denke immer an Heinrich von Kleist mit seinen Berliner Abendblättern. Er hat dort seine Kürze erlernt. Da hatten Sie die letzte Konstellation in unserem Land, wo ein Literat für eine Zeitung tätig war.

... Wir sollten zuerst einmal festhalten, dass Emanzipation etwas ist, das Menschen durchaus wollen; man muss sie nicht erst dazu überreden. Allerdings gibt es hierbei nicht den einen Weg, sondern viele Wege, und sie sind durchaus komplex ...

... Alle gute Arbeit ist kooperativ. Navigatoren richten sich nach den fernen Gestirnen; diese können sie mathematisch exakt messen, sie sind also die Theoretiker, sie weisen

den Weg. Das reicht natürlich nicht, denn es braucht auch diejenigen, die das Schiff fahren. Es ist nicht immer gesagt, dass derjenige, der die Navigation beherrscht, auch der beste Steuermann, Segelmacher oder Schiffsbauer ist. Für die enzyklopädischen oder emanzipatorischen Prozesse gilt das analog: Wie in einer gesellschaftlichen Fabrik bildet sich ein Netzwerk. Diese neuen Netzwerke, denken Sie nur an das Internet, sind die hohe See. Sie bietet uns eine ungeheuere Fülle von Material. Was uns jetzt noch fehlt sind die Häfen, Dampfer, Flösse und eben die Navigation. Diesen Bereich gilt es zu erforschen.

... und dieses, was Sie jetzt tun, das Assoziieren ist zulässig. Es ist ein notwendiger Bestandteil unserer Erfahrung, wenn sie Klang haben soll, eine Melodie, einen eigenen Ton. Apoll ist ein Gott des Ahnungsvermögens, der Mathematik und ein grausamer Gott, der Niobes Kinder allesamt tötet. Er hat einen Sohn: Orpheus, und das ist der Musiker. Ich wusste vorher nicht, dass Mathematik und Wissenschaft mit Musik so eng verwandt sind. Nehmen Sie Monteverdi: Wenn er doch nicht so schlechte Theaterstücke und so missverstandene Tragödien als Gegenstand der Opernverfertigung geschrieben, sondern statt dessen seine Musik in den Wissenschaftskabinetten, die es damals gab, der Anatomie gewidmet hätte: Anatomie mit Kammermusik, Anatomie mit Betrachtung der vier Jupiter-Monde durchs Teleskop, Anatomie plus mikroskopische Betrachtung - dann wären die beiden Hirnhälften, die jeweils Wissenschaft und Musik getrennt wahrnehmen, vielleicht zusammengekommen. Vielleicht hätte sich Wissenschaft und Musik nicht so sehr einander entfremdet und beide zusammen wären zu den dominanten Entwicklungsrichtungen geworden, die unser Selbstbewusstsein ausmachen. Vielleicht hätte dieses Zusammenspiel die Wissenschaft vor der Selbstüberschätzung und die Musik, wenn Sie so wollen, vor der Popularisierung bewahrt.

Sind wir endlichen, durch und durch alltäglichen Wesen nicht von allerlei emanzipatorischen Projekten überfordert?

Einverstanden, ich würde Ihnen allerdings nicht folgen, indem ich unterschreibe, dass ich die Aufklärung verabschiede. Aufklärung, Emanzipation - das kann wie ein Hochseilakt sein. "Wir haben unser Niveau wieder erhöht", sagt Karl Kraus, "es hat nur noch einen Nachteil: Es steht keiner mehr drauf." Das ist nur eine Paraphrase von Marx' Satz "die Dinge an der Wurzel fassen". Wir müssen längere Zeit in der Rohstoff-Ebene verharren.

Alexander Kluge, aus: Die Aktualität umgraben und mit Geschichten antworten. In: Frankfurter Rundschau, Beilage am 27. September 2003

2003-09-30

"... Leni Riefenstahl hat nie begriffen, nie verstehen wollen, vielleicht auch nicht verstehen können, dass es bei aller Schönheit von Fahnen-Aufzügen und Appellen, von Lichterdomen und Menschenkolonnen in der akkuraten Ordnung französischer Parks sehr wohl eine Bedeutung hatte, welche Gesinnung ihnen jenseits und vor ihrer ästhetischen Erscheinung inne war und was ihre vollendete Form ideologisch sagen wollte. So hat sie auch nie begreifen können, dass man sie, auch sie, verantwortlich machte für den propagandistisch instrumentalisierten Aspekt des Schönen waren und dass ihre Kameras, etwa bei dem Parteitagsfilm Triumph des Willens (1934), sich entweder selbst ideologisch verhielten oder das Ideologische feierlich illuminierten -: das alles ist nicht wegzuleugnen, auch nicht durch manche Versuche, die es gegeben hat und sicher auch wieder geben wird, wertfrei zu interpretieren, was das, wertfrei gesagt, grandiose Lebenswerk der Leni Riefenstahl ausmacht.

Solche Versuche verdoppeln nur das Missverständnis des Schönen als einer Erscheinung, die ihren Wert in sich trägt. Denn das Schöne ist nicht selbstverständlich das Wahre und Gute, nur weil es dem Auge angenehm ist. Das Schöne ist auch des Schrecklichen Anfang. Es ist ein deutsches Missverständnis seit Goethes Tasso, dass erlaubt sei, was gefällt. Diesem Geständnis wohnt prinzipiell eine tiefe Unmenschlichkeit inne, weil es den Menschen zur Arabeske macht. Auch wenn er das unter göttlichem Aspekt und jenseits allen Historischen sein mag, ist es ein Vergehen gegen die zeitlich und historisch gebundene, vergängliche Existenz des Menschen, ihn derart zu verdinglichen. Was freilich Überlegungen sind, denen sich der Ästetizismus entzieht ..."

Peter W. Jansen, aus: Die Sprache der Körper. Mit Ornamenten und Arabesken: Die Filmregisseurin und Fotografin Leni Riefenstahl ist im Alter von 101 Jahren gestorben. In: Frankfurter Rundschau 10. September 2003

Am 27. September, vor 25 Jahren "erschien die erste Nullnummer der TAZ. Zwar sollte es noch bis zum 17. April 1979 dauern, bis die linksalternative Zeitung täglich erschien. Längst hat es die TAZ geschafft, sich in der deutschen Presselandschaft zu etablieren." Ehemalige TAZ-MitarbeiterInnen haben in der FR gratuliert. Hier ein kleiner Auszug:

"...Die TAZ ist jedenfalls ein bisschen wie Holland. Weil als abgemacht gilt, dass alle liberal, undogmatisch und emanzipiert sind, muss es niemand mehr im Alltag unter Beweis stellen. Was schade ist, denn so ist das Arbeitsklima auch nicht besser als bei anderen Zeitungen. Außer dass man wirklich machen kann, was man will ..."
Oliver Gehrs

"... Wirklich ein Vierteljahrhundert her? Diese Entstehung des bis heute zu besichtigenden publizistischen Mysteriums? Wie konnte nur aus dieser Zusammenwürfelung von flugblatttauglichen politischen Elaboraten, spärlichen Nachrichten von "der Basis" und (heute reichlich krude anmutenden) Bekenntnissen eine veritable Tageszeitung werden? Unerklärlich. Es wurde. Ein bis heute nicht reproduzierbares Unikat - nicht mehr so unverwechselbar wie einst, nicht mehr so respektlos, manchmal immer noch nervend, ewig pubertierend, mit akademischen Pickeln, allen Realisten trotzend, deshalb schwer entbehrlich, mit der beachtlichsten all ihrer bisherigen Lebensleistung: auch nach 25 Jahren noch lebendig zu sein. Glückwunsch
Vera Gaserow

"... Praktizierte Popart! Niemand verbietet, das neueste Berliner Telefonbuch ganz seriös rezensieren zu lassen, am nächsten Morgen jubelt der SFB über die gelungene Satire. Un peu fou das Ganze, und genau das ist es, was man später so sehr vermissen wird."
Ina Hartwig

"... Die Notwendigkeit, sich von den anderen Medien abzuheben, blieb. Die TAZ ist teurer als andere Zeitungen, bietet quantitativ weniger, und die Arbeit dort als als Lohnjob wenig zu rechtfertigen.....Die Schere zwischen dem, was interessierte und den Anliegen vieler Anrufenden wurde naturgemäß immer größer. So groß, dass es mir im Rückblick Leid tut, wie viel da umstandslos abgeschmettert wurde. Mit dem Anspruch allerdings, das der einzig ehrliche Zugang zu einem Thema der persönlich ist und dass, wer das Wort erhebt, einen Mehrwert vorweisen muss, das die TAZ eine Schule, deren Glocke mir noch jeden Morgen in den Ohren schrillt."
Petra Kohse

"... Manchmal hasst man sie dafür, und auf Presseterminen konnte es einem passieren, einen Platz in der Mitleidsnische zugewiesen zu bekommen. Man tag gut daran, die TAZ-Existenz "als ob" in einen ironischen Mantel zu hüllen. Richtige Zuneigung zur eigenen Zeitung empfinden die TAZler erst, nachdem sie sie verlassen haben. Heute wissen es die

meisten: Es gibt kein richtiges Leben in Wohngemeinschaften...."
Harry Nutt

Wenn ich an die frühen Tage der TAZ zurückdenke, fällt mir unser Genosse Mark Linke ein. Der warb tagsüber für die TAZ und für den Boykott der Bild-Zeitung, während er nächtens die Bild-Zeitung ausfuhr. Ein wirklich realistischer Umgang mit linker und rechter Gehirnhälfte (dazu unten mehr).

Später haben wir mal einen Anlauf gemacht, eine Lörracher Ausgabe, eine Dreyeckland-Ausgabe anzuregen, Georg Hermann streckte seine Berliner Alt-Finger aus, doch aus Berlin kam ein schroffes NJET. Der Freiburger Korrespondent war rege. Ich schrieb am Anfang für die zweite linke Neugründung: DIE NEUE, die konservativer, seriöser war, dafür aber nicht lange lebte. Ich lese die TAZ heute noch gerne - ab und an. Ich hätte sie gerne als Zweitzeitung, sie wäre immer pünktlich einen Tag später in Italien, aber 60 Euro sind mir zu viel. Sorry.

Oliver Gehrs, der die TAZ-Medienseite "flimmern und rauschen" von 1996 bis 1997 leitete, kritisiert die geplante Einstellung der TAZ-Medienseite:

"Als Christoph Keese, Chefredakteur der FINANCIAL TIMES DEUTSCHLAND, neulich zur Blattkritik bei der TAZ weilte, wurde er von seiner Kollegin Bascha Mika gefragt, was er denn an der TAZ ändern würde. Weil es so unabhängig von großen Konzernen sei, solle das linksalternative Blatt, so Keese, vor allem auf ein Thema setzen: "Medien, Medien, Medien."

Viel gegeben hat man nicht auf Keeses Meinung, In diesen Tagen zeigt sich, dass die Medienseite weichen soll - zu Gunsten einer Fernsehprogrammseite mit Interviewschnipseln und kleinen Texten zu den Sendungen. Anderen Medienthemen sollen künftig im Rest der Zeitung erscheinen, also in der Politik, in der Wirtschaft und im neu geschaffenen hinterem Buch "tazwei", das vom 18. Oktober an eine Art Gesellschaftsressort beheimatet und Kultur, Sport und die Satireseite "Die Wahrheit" zusammenführt. Gehört hat man das schon öfter: Als DIE ZEIT vor einigen Monaten ihre Medienseite einstellte, wurde auch dort versichert, dass es in Zukunft nicht weniger Geschichten über Presse und Rundfunk geben solle, nur stünden die nun woanders. Gehalten wurde das Versprechen nicht, viele Medienthemen kommen im Blatt einfach nicht mehr vor.

Es ist wohl ein Irrglaube, man könne eine kritische Berichterstattung aufrecht erhalten, wenn sich die Redaktion nicht täglich darum kümmert. Und fast aberwitzig, in einer Zeit die Medienseite abzuschaffen, in der Medien zunehmend das Bewusstsein bestimmen, ihre Inszenierungen immer mehr in den Alltag herüberlappen und global operierende Medientycoone wie Silvio Berlusconi oder Rupert Murdoch immer mehr Macht anhäufen anstatt von dem zu profitieren, was dieses Blatt anderen Zeitungen voraus hat. Und das sind mitnichten die personellen Ressourcen für einen gelungenen Gesellschaftsteil, sondern die Chuzpe, im zur Kuschelei neigenden Medienbetrieb den Spielverderber zu geben.

Tatsächlich wird die TAZ-Medien-Seite "flimmern und rauschen" in Zukunft ganz besonders fehlen, schließlich war der Claim "Eine muss es sagen", mit dem die TAZ für sich wirbt, im Medienbereich besonders sinnreich. So konnten die Berliner durch ihre Unabhängigkeit von großen Verlagen tatsächlich Dinge ansprechen, die sich andere Blätter oft versagten, weil das mit einem übergeordneten Verlagsinteresse kollidiert wäre. So berichtet der SPIEGEL grundsätzlich nicht kritisch über Johannes B. Kerner, weil dessen Sendung von einer SPIEGEL-Tochter produziert wird. Der Springer-Verlag nutzt seine Medienseiten ausufernd für Eigenlob und Werbung für konzerneigene Produkte. Selbst das schmerzliche Ausbleiben von Anzeigen hatte für die TAZ immer den Vorteil, dass sie sich nicht darum scheren musste, Werbekunden zu verprellen. Es gab ja kaum welche.

So war "flimmern und rauschen" in seiner Respektlosigkeit anderen Medienschaffenden oft ein Dorn im Auge. Der langjährige STERN-Chefredakteur Werner Funk stellte einst genervt von einem kritischen Artikel richtig, dass er nach frühem Feierabend, "nicht mit dem Porsche nach Sylt brause", sondern "mit einem Mercedes in ein kleines Dorf in der Nähe von Segeberg." Bertelsmann-Boss Mark Wössner echauffierte sich öffentlich über die TAZ-Wortkreation "Bertelkirch" - die respektlos auf den Schmusekurs der beiden Konzerne anspielte. Und GEO-Chef Peter Mathias Gaede konnte damals nicht fassen, dass es an seinem GEO auch Kritik geben kann und schrieb einen Artikel, der nicht nur Hymne war, einen zweiseitigen Frust-Brief. Auch die Fernsehkritik hob sich über Jahre aus dem Einerlei hervor - nicht zuletzt deshalb landeten etliche Autoren der TAZ in der Jury für den Grimme-Preis.

"Eine muss es sagen" - den Spruch können sie jetzt eigentlich wegschmeissen. Einer muss es mal sagen."

Oliver Gers, aus: Ausgeflimmert, abgerauscht. Die TAZ will ihre Medienseite einstellen - ein Plädoyer dagegen. In: Frankfurter Rundschau 20. September

www.taz.de/pt/.nf/home

www.grimme-institut.de

"... Desmond Morris hat beschrieben, welche unauffälligen, unbewussten Körpersignale verraten, was einer wirklich denke. Ich erinnere daran, dass bei der merkwürdigerweise im Süden, und besonders im Orient häufigeren Links-Rechts-Insuffizienz (1) dann, wenn die Erklärung und die Gebärde nicht übereinstimmen, immer die Geste, nie das Wort angibt, welche Richtung der Sprecher meint ..."

(1)
Es gibt Physiologen, die behaupten, das hinge mit der Schreibrichtung von rechts nach links zusammen, die die beiden Gehirnhälften anders als beim Abendländer beanspruche. Beim europäischen Rechtshänder hat das motorische Sprachzentrum seinen Sitz in der linken Gehirnhälfte, beim Linkshänder und beim Benutzer der arabischen Schrift werden dagegen manche Funktionen von der rechten Hirnhälfte gesteuert."

Dietmar Polaczek, aus: Geliebtes Chaos Italien, Kohler & Amelang Verlag München, 3. Auflage April 2000, ISBN 3-7339-0220-9

2009-09-29

"Mit einer Erinnerung an die Ureinwohner anstelle eines Gebetes will das Parlament im australischen Bundesstaat Tasmanien in Zukunft seine Sitzungen beginnen. Dies teilte ein Sprecher des Oberhauses am Donnerstag in Hobart mit. Statt einer Lobpreisung Gottes solle in Zukunft jede Sitzung des Oberhauses mit der Feststellung begonnen werden, dass die Aborigines die wahren Eigentümer des Landes sind."

k(atholische)n(achrichten)a(gentur), nach: Frankfurter Rundschau, 26. September 2003

"... Das Kopftuch. Zwei Schritte vor, einen zurück - die Richter trauen sich nicht, das Stück Stoff zeitgemäß zu deuten. Sonst hätten sie sich am Ende noch entscheiden und die fromme Tracht im Fall von Fereshda Ludin akzeptieren müssen.

Es stimmt alles, was gegen das Kopftuch gesagt wird. In vielen islamischen Ländern ist der Verhüllungszwang auch ein politisches Kampfmittel und eine Symbol der Unterdrückung. Selbst in Deutschland werden Mädchen und junge Frauen von ihren Vätern, von ihren Brüdern, von Geistlichen genötigt, ihr Haar zu bedecken. Setzten sie sich zur Wehr, werden sie schikaniert, eingesperrt, geschlagen. Es gibt schreckliche Schicksale. Das ist die eine, die dunkle Seite des Kopftuches. Sie verstößt gegen die Menschenwürde.

Es gibt aber ebenso die andere, die helle Seite - und sie ist Ausdruck der Menschenwürde: Eine wachsende Zahl von Muslimen legt die Tracht freiwillig an, weil sie sich wie Christen mit dem Kreuz oder Juden mit der Kippa offen zu ihrer Religion bekennen wollen. Weil die Haarbedeckung Identität stiftet und sie Selbstachtung stärkt. Viele muslimische Frauen glauben, sich mit verhülltem Haar in fremder Umgebung freier bewegen zu können. Kopftuchträgerinnen sind hierzulande längst nicht mehr bloß eingeschüchterte, eingepferchte, unterdrückte Kreaturen. Viele von ihnen sind gebildete, aufgeklärte, moderne Frauen. Sie arbeiten als Computerexpertinnen, bei der Post, in Versicherungen oder, wenn sie dürfen, auch als Lehrerinnen.

... Die Herausforderung. Multikulturalität ist das Schicksal aller modernen Länder - und sie ist unumkehrbar. Will sich die liberale Gesellschaft nicht selbst aufgeben, muss sie sich vor falscher Duldsamkeit schützen. Gleichgültigkeit kann gefährlich sein. Nur ist das Kopftuch dafür nicht der richtige Streitpunkt. Der wirkliche Konflikt bricht an anderen Stellen auf: dort, wo man verdrängt, dass Mädchen nicht mit auf Klassenreise gehen dürfen und zwangsweise verheiratet werden. Dass unter türkischen Jugendlichen unverhältnismäßig viele Schulabbrecher und Gewalttäter sind. Dass sich in vielen Städten bedenkliche Parallelgesellschaften entwickeln, die sich abschotten, nach eigenen Gesetzen leben und für Grundwerte wie die Gleichberechtigung von Mann und Frau bloß Verachtung übrig haben.

Die Kopftuchträgerin Fereshda Ludin verkörpert das genaue Gegenteil. Sie ist bereits Teil der aufgeklärten Gesellschaft und will in ihr als Lehrerin mitwirken. Die Chance sollte sie haben - überall und ohne jeden Vorbehalt."

Martin Klingst, aus: Feige Richter. Karlsruhe hat sich gedrückt - und den Streit um das Kopftuch in die Schule an die Parlamente zurückgereicht. In: DIE ZEIT Nr. 40, 25. September 2003

"Angenommen, der deutsche Staat würde die in Frankreich und in den USA vorhandene Trennung von Kirche und Staat tatsächlich einhalten, stünde einem Verbot des Kopftuch- beziehungsweise Kippa- oder Kruzifixtragens nichts im Wege. Allerdings wird in den öffentlichen Schulen Frankreichs und Amerikas kein Religionsunterricht angeboten. Noch werden im Auftrag religiöser Organisationen Steuern eingezogen. Religionslehrer und Theologen sind dort keine Staatsdiener.

Leider wird die öffentliche Debatte zu diesem Thema in Ihrem Lande oft unter der Annahme geführt, dass der deutsche Staat im franko-amerikanischen Sinne neutral sei. Systematisch wird Glaubensfreiheit mit Säkularismus verwechselt. Statt echter Neutralität wird eine (christlich geprägte) Toleranz gefordert und diese jener gleichgesetzt. Dabei verkennt man, wie im Beitrag von Herrn Fücks, den wahren Kern der Staatsneutralität.

Die in anderen Ländern konstitutionell verankerten Trennwände führen natürlich zu Spannungen und sogar Widerstand seitens religiöser Bürger, vor allem in den USA. Aber die Meinung amerikanischer Gerichte ist konstant geblieben und fordert genau das Gegenteil der von Herrn Fücks unterstellten "amerikanischen Gelassenheit". In einer ethnisch und religiös komplexen Gesellschaft habe die Religion in öffentlichen Schulen und Universitäten nichts zu suchen. Nur ihre Abwesenheit garantiere die Gleichbehandlung aller.

Deutschland ist weit davon entfernt, seinen nichtchristlichen Bürgern diesen neutralen Raum zu gewähren. Tatsächlich wird von Ausländern ein Säkularismus verlangt, dem sich die Deutschen nicht fügen und sich nicht fügen wollen. Solange diese Asymmetrie besteht, kann es keine konsequente Lösung solcher Konflikte geben."

ZEIT-Leser David Hyder, Konstanz, in: DIE ZEIT Nr. 40, 25. September 2003

"Herr Fücks sollte darauf hingewiesen werden, dass Zwangsehen in Deutschland völlig legal sind. Eine Ausländerin, die in ihrem Heimatland im Alter von 12 oder 13 Jahren zwangsverheiratet wird und dann auch Deutschland flüchtet, kann hier weder geschieden werden noch heiraten, "weil man die Gesetze anderer Länder respektieren muss", so die Auskunft hiesiger Standesämter. Es wird Zeit, solche Nonsens-Gesetze endlich abzuschaffen!"

ZEIT-Leser Dr. Peter Uetz, Karlsruhe, in: DIE ZEIT, Nr. 40, 25. September 2003

Die Leserbeiträge beziehen sie auf einen Beitrag von Ralf Fücks "Bürgerinnen unterm Kopftuch" in DIE ZEIT Nr. 38.

Für mich eines der schönsten Beispiele von Warenkunde - der Manufactum-Katalog ist jetzt zum 16. Mal erschienen. Zur Unternehmensphilosophie schreibt der Firmengründer Thomas Hoof in den Hausnachrichten, Herbst 2003:

"... Mal so, mal so. Vom Unternehmen und Unterlassen oder: Zum Lob der Balance.

Wir kriegen von Zukunftsbesorgten regelmäßig den Vorwurf um die Ohren gehauen, mit Sortiment, Katalog und sonstigem Rückwärtsgewandtheit und Nostalgie zu befördern und damit die ohnehin knappen Ressourcen an Tatkraft und Unternehmungslust in Deutschland weiter gemeingefährlich zu schmälern. Mal abgesehen davon, dass Manufactum ja durchaus auch als Beispiel ausgeübter "Unternehmungslust" gelten kann, scheint mir insgesamt der Verdacht nicht unbegründet, dass erheblicher Teil der heutzutage betätigten Tatkraft und Unternehmungslust dazu aufgewendet werden muss, die üblen Folgen vormals betätigter Tatkraft und Unternehmungslust wieder beiseite zu räumen. Das sieht man an "geschmiedeten Weltkonzernen" ebenso wie an ersteigerten Telekommunikationslizenzen, an Bildungsreformen - und an der Politik überhaupt.

Zwischen "Unternehmen" und "Unterlassen" liegt - wie bei allen grossen Gegensatzpaaren ("Fortschritt und Rückschritt", "Revolution und Reaktion", "Ordnung und Chaos" usw.) - die

Wahrheit gewiss nicht an den Polen, aber auch nicht in der Mitte, sondern vermutlich an einem, im heftigen Spiel der Kräfte und in der widersprüchlichen Wirklichkeit stets wandernden und daher schwer zu bestimmenden Gleichgewichtspunkt. Stabilität ist anscheinend immer nur das Ergebnis klug und glücklich austarierter Labilitäten.

Und dieses Austarieren gelingt wohl kaum, wenn man "fest" auf dem Standpunkt einer Markt- oder Staats-, Ordnungs- oder Chaos-, Fortschritts- oder Rückschrittsideologie steht, sondern allenfalls dadurch, dass man in der über vielen Achsen schaukelnden, paradoxen Wirklichkeit, spätestens dann, wenn die Verhältnisse wacklig werden und ins Kippen zu geraten drohen, unversagt auf die "andere", die schwächer werdende Seite tritt.

Also Tun oder Lassen? Nach linkst oder rechts? Vorwärts oder Rückwärts? Mal so, mal so. Keinem Prinzip folgend, sondern dem Gleichgewichtssinn."

Der Manufactum-Katalog kann bei www.manufactum.de bestellt werden.

Aus dem Katalog zitiere ich das Lob der Mechanischen Schreibmaschine:

"Thema Mechanisches für Wort und Bild. Zugunsten von Form, Formular und Formulierung: Eine Schreibmaschine.
Wer mit größeren Katastrophen - chipfressenden Kugelblitzen, einem auszufüllenden Formular, kalifornischen Energieversorgungszuständen und anderen Computerapokalypsen - rechnet, dem wird der Besitz dieses stromlos informationsverarbeitenden Geräts eine herzerwärmende Beruhigung sein. (Und manche der genannten Katastrophen sind ja alltägliche geworden: So ist etwa infolge der Praxis der zahlreichen Statistischen Ämter, ihre Formularausfüllabteilungen kostenfrei in die Unternehmen "outzusourcen", die einzige in unserem Betrieb verbliebene Schreibmaschine zu einer knappen Ressource geworden, vor der sich häufig Schlangen bilden.)

Aber es gibt einen weiteren Aspekt: Der Gesenkhammer schmiedet nicht nur Eisen, er schmiedet sich auch seinen Schmied. Will sagen: Werkzeuge wirken nicht nur auf das Werkstück ein, sondern auch auf den Handwerker und dessen Kunst.

Die Schreibmaschine ist ein Werkzeug zu redigierenden Niederschrift von Texten, die vorher (gedanklich) konzipiert und (handschriftlich) skizziert und formuliert wurden. Dass die Textverarbeitung diesen "Dreisprung" nicht mehr erzwingt, sondern statt dessen ein zielloses Flanieren zwischen Idee und Formulierung nahe legt, ist an vielen, computerverfertigten Texten abzulesen. Computer machen geschwätzig, heißt es unter Schriftstellern, von denen (im Gegensatz zu Journalisten) erstaunlich viele nach wie vor mit der Schreibmaschine arbeiten.

Also zugunsten von Form und Formular: wieder eine Schreibmaschine, eine der letzten nichtelektrischen und eine der großen mechanischen Schreibmaschinen des 20. Jahrhunderts, die, die Olympia SG 3N, und zwar in einer Sonderausgabe für Manufactum ...

PS: Dies ist der einzige Artikel unseres Sortiments, auf den wir einen Journalisten-Rabatt von 10% gewähren. Wir hoffen, dass nicht-journalistische Leser, diese Maßnahme als im wohlverstandenen Eigeninteresse liegend und deshalb neidlos gutheißen werden. Mit selbstkritischem Akzent kündigen wir zudem an, dass wir auch unsere Katalogredaktion mit diesen Maschinen ausstatten werden."

2003-09-26

Professor Wolfram Wette hielt einen Vortrag in Freiburg bei der Veranstaltung "Was Unrecht war, kann nicht Recht sein!"

Wolfram Wette, geboren im Jahr 1940, forschte von 1971 bis 1995 als Historiker beim Militärgeschichtlichen Forschungsamt Freiburg im Breisgau, jetzt ist er Professor für Neueste Geschichte am Historischen Seminar der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg. Wette ist Mitbegründer des Arbeitskreises Historische Friedensforschung.

"... Bei den Auseinandersetzungen über seine Tätigkeit als Marinerichter stand von Anfang an das Todesurteil gegen den Matrosen Walter Gröger im Mittelpunkt. Daher wurde dieser Fall jetzt von dem Freiburger Historiker Florian Rohdenburg noch einmal exemplarische untersucht. Sein Ergebnis deckt sich mit dem bisher Bekannten, legt aber weitere Facetten des Falles frei: Gröger versuchte im Dezember 1943 in Oslo zu desertieren. Wie seine damalige norwegische Freundin berichtet, hasste er den Krieg und wollte nicht mehr kämpfen. Er wurde verhaftet und kam vor ein Kriegsgericht. Dort zog sich der Fall lange

hin, von der Verhaftung bis zu seiner Hinrichtung am 16. März 1945. Die zwischen diesen Daten liegenden 16 Monate verbrachte der Verurteilte in Wehrmachtsgefängnissen. Marinestabsrichter Dr. Filbinger wurde mit dem Fall erst in der letzten Phase befasst. Zunächst, Anfang 1944, sollte der Deserteur Gröger nur mit 8 Jahren Zuchthaus und Verlust der Wehrwürdigkeit bestraft werden. Das akzeptierte der Gerichtsherr, ein Admiral, jedoch nicht und verlangte - auf Vorschlag des begutachtenden Marinejuristen - eine höher Strafe, nämlich die Todesstrafe. Hinsichtlich des Tatbestandes der versuchten Desertation waren keine neue Erkenntnisse hinzugekommen. Allerdings ließen sich die Militärjuristen von einer anderen Geschichte, die mit der Desertion gar nichts zu tun hatte, negativ beeinflussen: Gröger hatte die Uniformjacke eines Kameraden mit Auszeichnungen aus dem Ostkrieg als seine eigene ausgegeben. Als Filbinger in das Verfahren eintrat, lag die Forderung des Gerichtsherren, die Todesstrafe zu verhängen, bereits auf dem Tisch. Filbinger führte sie aus und beantragte als Ankläger die Todesstrafe für Gröger. Diese wurde dann vom Vorsitzenden Richter Harms verhängt und durch den Oberbefehlshaber der Kriegsmarine bestätigt. Filbinger gab dem Matrosen das Todesurteil und die Ablehnung eines Gnadenbeweises bekannt, ließ sich von diesem die Bekanntmachung schriftlich bestätigen und beaufsichtigte hernach als "Leitender Offizier" die vom Gerichtsherrn angeordnete Vollstreckung. Knapp zwei Stunden nach de Bekanntgabe wurde der Verurteilte von einem Exekutionskommando erschossen. Der Matrose Walter Gröger war gerade 22 Jahre alt ..."

Wolfram Wette, aus: Der Fall Filbinger. Erst der "furchtbare Jurist" ohne Unrechtsbewußtsein löste in Deutschland eine intensive Beschäftigung mit der NS-Justiz aus. In: Frankfurter Rundschau 24. September 2003
www.fr-aktuell.de/doku

"... Sie sprechen, beide im Leben von gesundheitlichen Leiden und Krisen heimgesucht, aus Erfahrung. Aber während Susan Sonntag sich in ihrem längst legendären Buch Krankheit als Metapher just dagegen wehrt, Krankheit mit Bedeutung aufzuladen, ist eben diese für Christa Wolf ein selbstverständlicher Denkvorgang. Man möchte sagen: ihr innigster. Sie erkennt im Einzelfall von Leukämie, eine Blutarmut der Lebensverhältnisse, in der Erkältung soziale Kälte ..."

Ursula März, aus: Metapher als Krankheit. Jeder Schmerz soll bedeutsam sein: Christa Wolf gewährt Akteneinsicht in vierzig Septembertage und Lebensjahre. In: Frankfurter Rundschau 23. September 2003

"... Untersucht man diese Muster, kommt die empirische Forschung zu typischen Verknüpfungen aus Lebensstil, Mobilitäts-Orientierung und Verkehrsverhalten. Wir nennen sie Mobilitätsstile. Für den Bereich des Freizeitverkehrs wurden diese Muster am Institut für sozial-ökologische Forschung in Frankfurt am Main im Auftrag des Umweltbundesamtes mit qualitativen und quantitativen Methoden untersucht. Fünf Gruppen mit klar unterscheidbaren Wert- und Freizeitorientierungen ließen sich beobachten:

Die stärkste Technik-Affinität haben "die Fun-Orientierten". Sie weisen traditionelle Werte vehement zurück und stehen zu ihrer Ich-Bezogenheit. Sie sind aber nicht einfach nur hedonistisch, sondern verbinden Spaß mit harter Arbeit. In dieser Gruppe, die einen Anteil von 22 Prozent aller Befragten ausmacht, gibt es überproportional viele Selbständige und Personen mit überdurchschnittlich hoher Formalbildung.

Ebenfalls eine hohe Affinität zu neuen Techniken zeigen "die Modern-Exklusiven". Dies ist eine Gruppe, die einerseits Distinktion und Exklusivität sucht, aber zugleich - und deshalb darf sie nicht mit den klassischen Aufsteigern verwechselt werden - auch ein Engagement für soziale Fragen und eine gewisse Sensibilität für die ökologische Problematik aufweist. Es handelt sich um jenen Teil der rot-grünen Wählerschaft, für den Armani und Ökologie keinen Widerspruch darstellen und der mit einem Anteil von 17 Prozent einen Ausschnitt der "neuen Mitte" repräsentiert.

"Die Belasteten-Familienorientierten" suchen überdurchschnittlich stark Sinn in der Familie, geraten aber in eine Konflikt zwischen Erwerbs-, Haus- und Versorgungsarbeit. In dieser Gruppe von 24 Prozent gibt es überdurchschnittlich viele doppelt belastete Frauen, denen es nicht gelingt, ihre Zeit so zu strukturieren, dass eigene Zeit übrig bleibt.

Bei den "Traditionell-Häuslichen" handelt es sich überwiegend um Ältere aus kleinbürgerlichen Milieus, für die Werte wie Nachbarschaft, Nähe und Häuslichkeit, aber

auch Tugenden wie Sauberkeit, Disziplin und Ordnung handlungsleitend sind. Gegenüber neuen Technologien zeigt sich diese Gruppe (26 Prozent) sehr reserviert.

Schließlich "die Benachteiligten". Dabei handelt es sich überwiegend um sozial Unterprivilegierte, deren einzige messbare Einstellung ein instrumentelles Verhältnis zur Arbeit ist. Ansonsten ist allein ihre soziale Lage kennzeichnet: Diese 26 Prozent weisen den höchsten Arbeitslosenanteil und Sozialhilfeanteil aller Gruppen auf.

Zwischen den letzten und allen anderen Gruppen gibt es einen entscheidenden Unterschied: Während sich die ersten vier durch verinnerlichte Handlungsorientierungen und Werte beschreiben lassen - Spaß, Exklusivität, Familie und Tradition - ist die letzte Gruppe durch ihre soziale Lage bestimmt. Quer zur sozialen Differenzierung der Lebensstile besteht hier eine Form sozialer Marginalisierung, die sich am klarsten in dem hohen Arbeitslosigkeits- und Sozialhilfeanteil zeigt. Diese ist aber mit einer geringeren Partizipation am sozio-technischen System Verkehr direkt verbunden.

In Zusammenarbeit mit dem Ökoinstitut Freiburg/Berlin wurde in dem Projekt auch das Verkehrsverhalten der Gruppen untersucht: "Die Fun-Orientierten" weisen die höchste Freizeitverkehrsleistung und damit die schlechteste CO2-Bilanz auf. Am anderen Ende der Skale stehen "die Benachteiligten" - Sie zeigen (neben den "Traditionell-Häuslichen") die niedrigste Verkehrsleistung in der Freizeit. Was aus der Sicht einer reich technischen Umweltanalyse als erfreulich niedriger Emissionswert pro Person analysiert werden könnte, erweist sich bei integrierter sozialwissenschaftlicher Betrachtung als Handlungsmuster der eingeschränkten sozialen Teilhabe. Die Benachteiligten fahren nicht nur signifikant kürzere Entfernungen, sie gehen auch deutlich seltener als alle anderen Gruppen aus dem Haus, haben weniger Kontakt zu Verwandten und Bekannten, das technische Ausstattungsniveau ihrer Haushalte ist deutlich niedriger. Darin kommt, wie etwa bei den "Traditionell-Häuslichen", keine Technikdistanz zum Ausdruck, es liegt vielmehr ein sozial erzwungener Ausschluss vom Zugang zu wichtigen technischen Ressourcen als Mittel der sozialen Integration vor.

Erst so wird verständlich, warum der Versuch einer Verhaltenssteuerung über erhöhte Benzinpreise so heftige Proteste auslöste: Es sind insbesondere diejenigen sozialen Gruppen, die sich am Rande der Gesellschaft wähnen, die besonders sensibel auf das regieren, was eine radikale Benzinpreiserhöhung signalisiert: den Ausschluss von der Techniknutzung, die den dynamischen Kern der Gesellschaft symbolisiert."

Konrad Götz, aus: Jawoll, ich habe kein Auto, fertig, Schluß. Wunschtraum und Lebensstil: Gerade für randständige Gruppen ist Mobilität ein Symbol der sozialen Integration. In: Frankfurter Rundschau, 23. September 2003

Konrad Götz, leitet als Soziologe die Lebensstil- und Mobilitätsforschung des Instituts für sozial-ökologische Forschung Frankfurt/Main. Siehe Studie "Mobilitätsstile in der Freizeit" - Erich Schmid Verlag, Berlin.

2003-09-25

"Dirk Schümer ist über die Käsemesse im piemontesischen Städtchen Bra geschlendert, hat hier einen von Almhirten gerührten cremigen Morlacco probiert oder dort einen nach transsylvanischem Rezept hergestellten Oscypek. Doch wie lange wird es diese Käsesorten noch geben? Abgestumpfte Konsumenten und europäische Hygieneverordnungen drohen die Käsevielfalt auszurotten.

"...nur noch Fassungslosigkeit macht sich breit, als ein geplagter Ire von einem neuen Gesetz erzählt, nach dem alle Käsereien regelmäßig mit Chlorlauge gereinigt werden müssen - der Tod für alle Bakterien und Schimmelpilze." Das wäre das Ende des "krümelig-säuerlichen Rohmilch-Pecorino aus den Marken, der mit einer aussterbenden weil schwarzfleckigen Birnensorte aus Pesaro serviert wird"."

Dirk Schümer, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 25.09.2003
zitiert nach www.perlentaucher.de

Also auf in die Käseläden des Elsass, der Käse ruft. Wieso ist eigentlich jede Käsetheke in einem französischen Supermarkt besser als in einem deutschen Lebensmittelladen?

Bei der Debatte um das deutsche Bildungssystem spielen immer wieder die Ergebnisse der Pisa-Studien eine Rolle.

Hier sind die entsprechenden links:

www.mpib-berlin.mpg.de/pisa/
Hier ist die Studie zum herunterladen vom Max-Planck-Institut für Bildungsforschung in Berlin.

www.pisa.oecd.org/
Die Seite der OECD.

www.lg-nw.de/akt064.htm
Ein Überblick über die 31 Teilnehmer an der Pisa-Studie und ihr Ranking bei Lese-Kompetenz, Mathematik-Kompetenz.

2003-09-24

"Es gibt eine französische Eigenheit, bei der man nicht so recht weiß, ob man sie peinlich oder klug finden soll: das permanente öffentliche Nachdenken über die eigene Größe, la grandeur de la France. Das gilt für die Außenpolitik so gut wie für die Literatur, den Film oder die Großkonzerne. Alstom zum Beispiel. Seit Wochen steht die hexagonale Öffentlichkeit hinter der Regierung. Es geht um Arbeitsplätze auf Staatspump. Das ist sozial-politisch richtig, verhindert aber auch jede Frage: Wessen Misswirtschaft hat auf welchen Wegen ins Desaster geführt? Wie haben die Beziehungen zwischen Management, Regierung und Großbanken ausgesehen? Eine Diskussion findet nicht statt. Es geht um den TGV als nationales Symbol, die grandeur de la France. Wo es um nationale Größensymbolik geht, leidet das Urteilsvermögen. Deswegen steht auch zu befürchten, dass der so genannte grand débat zur Lage der Education nationale, den Premierminister Raffarin und Bildungsminister Ferry nun eröffnet haben, mehr zu national-rhetorischen Höhenflügen als zu unliebsamen Analysen führen wird.

Die Situation des französischen Bildungssystems ist bekannt; die Hauptprobleme lassen sich seit langem benennen. Das französische Bildungssystem bietet nicht die geringste Chancengleichheit. Es perpetuiert mit kaum vorstellbarer Rigidität die bestehenden Klassenverhältnisse. Reiche bleiben reich, Arme arm. Das System hat nicht zur Demokratisierung der Bildung beigetragen, die Vermassung hat zu mehr sozialer Ungleichheit und zur ghettoïsation geführt. Der Staatsminister für Unterricht, Xavier Darcos, stellte fest: "Die soziale Reproduktion hat noch nie so gnadenlos funktioniert wie heute." Daran ändern auch die kleinen, der amerikanischen affirmative action nachempfundenen Quotenregelungen der E.N.A. nichts.

Umziehen für die Bildung

Darcos' Satz ist nicht nur eine boshafte Bankrotterklärung für die sozialistische Schulpolitik der vergangenen Jahre, die 60% aller Franzosen mit Universitätsdiplomen ausstatten wollte, es ist auch die Bankrotterklärung für das bereits vor 1968 ins Leben gerufene collège, das französische Gesamtschulsystem. Auf dem Papier – und in den Köpfen – soll es die republikanische Egalité gewährleisten. Realiter hat es zur Nivellierung der Unterrichtsqualität ‚nach unten' geführt und zu einer okkulten geographischen Verteilung zwischen guten und schlechten Schulen.

Informierte Eltern melden ihre Kinder in Schulen der besseren Viertel an und scheuen dafür selbst Umzüge nicht. Uninformierte Eltern schicken ihre Kinder naiv ins nächste Etablissement und erleben ihr blaues, soziales Wunder: Wenn 80 Prozent der Schüler von Haus aus des Französischen nicht mächtig sind und zur entsprechenden culture keinen Zugang haben, muss sich das auf die Unterrichtsqualität auswirken. Wer je schulische Ambitionen hatte, kann sie sich abschminken oder Privatunterricht nehmen. Kein Wunder, wenn der "soziale Aufzug", wie es im Französischen heißt, nicht mehr funktioniert, wenn also die Schule keine Aufstiegschancen bietet.

Das Gesamtschulsystem stellt in der Tat keinerlei institutionelle Distinktionsmöglichkeiten zwischen besseren und schlechteren Schülern bereit. In den collèges der sozial benachteiligten Viertel ist Intelligenz und Lerneifer nachgerade ein Handicap. Und von diesem Handicap sind in erster Linie muslimische Mädchen betroffen, die unter der Fuchtel ihrer Brüder stehen. Das Gesamtschulsystem stellt ihnen keinen Raum zur Verfügung, in dem sie dem unerträglichen sozialen Konformismus entkommen könnten. Schlimmer noch: Der militante Laizismus, wie die Intoleranz gegenüber dem Islam in der offiziellen französischen Schulideologie heißt, führt dazu, dass sie wegen des Kopftuchs, das ihnen von den Brüdern und Familienchefs anempfohlen wird, auch noch von den Lehrern angegriffen werden. Sie werden regelmäßig vor den Disziplinarausschuss zitiert und mit Schulausschluss bedroht. Damit geht der Laizismus, der muslimische Jungs merkwürdigerweise nie belangt, eine ebenso uneingestandene wie terroristische Allianz mit den Hausdespoten ein.

Den konzeptuellen Trugschluss, der die Schule dem sozialen Konformismus und dessen Reproduktion unterworfen hat, hat der Linguist Jean-Claude Milner wie folgt beschrieben: "Die politische Doktrin der Gegenwart lautet: Jede Regierung kann und muss die Gesellschaft widerspiegeln. Sonst gilt sie als autoritär und illegitim. Der Name dieses

Spiegeleffekts ist 'Demokratie'. Man muss nicht lange nachdenken, um die Idee fragwürdig zu finden. Wieso sollen sich die Gesellschaft, also die unterschiedlichen Vielen, und die Regierung, die Repräsentation des Ganzen, eigentlich spiegeln müssen? Wieso sollten und wie könnten Regierung und Regierte identisch sein? Die Dritte Republik spiegelte die französische Gesellschaft jedenfalls nicht." Sie schuf stattdessen ein elitäres Schulsystem, das die soziale Reproduktion autoritär zu unterbrechen suchte, um die institutionellen Schlüsselpositionen den 'Besten' zu überlassen.

Recht auf Ignoranz

Im Namen des Sozialen hat das französische collège in den letzten Jahrzehnten diesen republikanischen Elitismus geschleift, um das Wissen und die Bildung einem gnadenlosen Sozialdruck auszuliefern. Wenn sich die Mehrheit in Racine-Versen nicht wiedererkennt, dann spricht das nicht gegen die demokratische Mehrheit, sondern gegen Racine. Wer im Deutschunterricht Schüler tadelt, weil sie die starken Verben nicht beherrschen, bekommt mit Unschuldsmiene zu hören, dass man im sozial benachteiligten Zuhause, im Unterschied zu goethe-lastigen Bourgeois-Haushalten, das Deutsche ignoriere und deswegen ein unveräußerliches, demokratisches Recht auf Ignoranz und gute Noten habe. Welchem Ressentiment und welchem vernichtenden politischen Urteil Schüler ausgesetzt sind, die ihre starken Verben ausnahmsweise gelernt haben, kann man sich ausmalen. Es sind Feinde der Demokratie, Verächter des Volkes.

Die beiden Anekdoten sind nicht erfunden. Sie sind französischer Schulalltag. Und am schlimmsten ist vermutlich der Umstand, dass ein Großteil der – schlecht bezahlten – Lehrer die seltsame Demokratiedefinition, die zu solchen Absurditäten führt, teilt und praktiziert, weil sie mittlerweile zur Polit-Doktrin des Staatlichen Pädagogischen Überwachungsapparates selbst geworden ist, zur Doktrin der Pädagogischen Hochschulen und der Schulinspektoren. Mit aller zentralistischen Gewalt wird sie den Lehrern aufgezwungen. Noten richten sich nicht mehr nach dem Stand der Kenntnisse, sondern nach dem statistischen Mittelwert. Die pädagogische Freiheit überlebt deswegen ironischerweise am besten in den unabhängigen, katholischen Schulen.

Man braucht sich über die Misere also nicht zu wundern; man braucht auch keinen grand débat, um den Bankrott einmal mehr zu belegen. Gefragt ist politischer Mut, um dem herrschenden Konformismus entgegenzutreten und das Gesamtschulsystem als das zu denunzieren, was es ist: ein Apparat der sozialen Reproduktion, der Chancengleichheit

durch Sozialzwang ersetzt hat. Von demokratischer Talentförderung kann nicht die Rede sein. Den Mut zur Wahrheit und zur – wohl kostspieligen – Aktion gegen den Konformismus wird man von der Regierung Raffarin, die sich als Spiegel der France d'en bas, des "ganz normalen Frankreich" versteht, kaum erwarten können. Die regierende Rechte und die gesamtschulverliebte Linke sind sich einiger, als sie sich vorstellen.

Clemens Pornschlegel, aus: Freiheit, Gleichheit, Dummheit. Frankreich denkt über die Zukunft seiner Schulen nach. In: Süddeutsche Zeitung, 24. September 2003

2003-09-23

"... Als 1967 aus dem Urwald Boliviens die Meldung vom Tode Ernesto Guevaras drang, lies sich manche Filmstars nicht mehr rasieren. Der Ägypter Omar Sharif machte das Rennen und spielte einen rehäugigen Hollywood-Che, der edel wirkte wie ein Dr. Schiwago im Kampfanzug. Eine Generation später hat der womöglich noch schönere Spanier Antonio Banderas den Che in "Evita" verkörpert.

Und jetzt ist es Gael Garcia Bernal, ein 24-jähriger Herzbube aus Mexiko, der die Lehr- und Wanderjahre des jungen Ernesto darstellen darf. Der Brasilianer Walter Salles ("City of God") mag auch aus diesem Stoff einen Kino-Renner machen: Die hoch sympathischen, drastisch wie ein Schelmenroman fabulierten Reisetagebücher von Che zeigen den späteren Berufsrevolutionär von seiner attraktiven Seite: neugierig, gebildet, abenteuerlustig, humorig.

So bietet der Che-Film nun einer dritten Generation junger Leute die Lichtgestalt an, die über das Dunkel des kubanischen Kommunismus hinwegstrahlt und die revolutionäre Gewalttat verklärt.

"Diesen Tod müssen wir erst noch verdienen", schrieb Eduardo Galeano vor 36 Jahren an seine Generation, als das Bild des schönen, an den Nazarener erinnernden Leichnams um die Welt ging. Wie so viele damals - und nicht nur in Lateinamerika - meinte der junge Autor: Wir müssen uns dieses Märtyrers würdig erweisen, müssen Widerstand leisten, und sei es mit Gewalt. Kein Zweifel, dass Che das gewünscht hat, dass er schießen wollte über den eigenen Tod hinaus. "Zwei, drei, viele Vietnam" sollten entstehen, "mit ihrem Sog von Blut und von Tod". Noch härtere, blutrünstigere, dümmere Texte hat Guevara geliefert

- weit unter dem Niveau seiner Studentenjahre -, bevor er sich zur letzten Mission nach Bolivien aufmachte.

Der Intellektuelle Galeano protestiert heute gegen Todesurteile in Kuba - über deren Vollstreckung er noch vor 40 Jahren reichlich ungerührt berichtet hatte. Seinerseits fanden die Hinrichtungen in der alten Festung La Cabana über dem Hafen von Havanna statt. Ihr Kommandant, zuständig für die Ausführung der Erschießungen, war Ernesto Che Guevara."

Carlos Widmann, aus: Letzte Hoffnung Che. Repression und Todesurteile spalten die Freunde Kubas: Castro tötet, doch Guevara tröstet - noch immer. In: Süddeutsche Zeitung, Nr. 217, 20./21. September 2003

"... Doch sein Appell an den Kanzler, das Dosenpfand aussetzen, ist an die falsche Aderesse gerichtet. An Handelskonzerne und die Grossen der Getränkeindustrie hätte die IG Metall einen Brief schreiben müssen - und zwar schon Ende vorigen Jahres. Damals nämlich mussten die Unternehmen einräumen, dass sie den Aufbau eines Rücknahmesystems bis Anfang 2003 nicht mehr hinbekommen, obwohl die dafür von CDU-Umweltminister Klaus Töpfer geschaffene gesetzliche Grundlage schon länger als ein Jahrzehnt existierte. Im Dezember 2002 einigten Handel, Industrie und Regierung sich auf die Übergangsregelung: Bis zum 1. Oktober gelten die Einschränkungen bei der Rückgabe, gleichzeitig sollte bis dahin das Sammelsystem endlich errichtet werden.

Doch auch daran hielten sich Firmen und Verbände nicht. Anfang Juni stellten sie Knall auf Fall den Aufbau der Infrastruktur für leere Flaschen und Dosen ein. Dieser Zeitpunkt wäre eine weitere passende Gelegenheit für einen Brief der IG Metall gewesen, um die Wirtschaft zum Weitermachen am bundeseinheitlichen Sammelobjekt aufzufordern.

Doch für gute Taten ist es immer noch nicht zu spät. Inzwischen wird an mehreren neuen Rücknahme-Verfahren parallel gearbeitet. Wie wäre es denn, wenn Peters und andere Gewerkschafter sich dafür einsetzten, dass diese Konzepte so schnell wie möglich umgesetzt und miteinander verknüpft werden? Denn dies könnte tatsächlich Arbeitsplätze in der Verpackungsindustrie sichern."

fw, aus: Falsche Adresse, in: Frankfurter Rundschau, 18. September 2003

Lesetipp: Wer nachhaltige Stromversorgung will, braucht Windkraft. Von Marcel Krämer in: www.fr-aktuell.de/doku

"... Ganz einfach Werte hat er sie gelehrt und lange bekannt dazu, stolze 2500 Jahre alt. "Regierung ist recht machen. Wenn du recht führst, wer wird dann wagen, nicht recht zu handeln", hat der Bundespräsident die Antwort des Philosophen Konfuzius auf die Frage nach einer guten Regierung zitiert ..."

Arnd Festerling, aus: Lehren einer China-Reise, in: Frankfurter Rundschau, 15. September 2003

"... Zu freier gleichberechtigter Aktion scheint die Zeit noch nicht reif, doch der Jazz hat das Prinzip der freien Vereinbarung soweit vorangetrieben, dass man auf Grundlage einer von allen anerkannten Basis sich gleichberechtigt einbringen kann. Das Ziel, die Abwesenheit von Herrschaft in egalitärer, verantwortungsvoller (Lebens-)Improvisation, ist eine Utopie. Aber als Adorno nach der Institutsbesetzung die Polizei rief, schrieben seine aufgebrachten Studenten den wohl wichtigsten Horkheimer-Satz an die Außenwand des Hauses: "Wenn die Utopie unmöglich ist, so bedarf es umso größerer Anstrengungen, um sie möglich zu machen."

Michael Rieth, aus: Gelungener Feier-Abschied. Albert Mangelsdorffs Geburtstagskonzert mit alten Freunden in der Alten Oper, in: Frankfurter Rundschau 15. September 2003

"Wir sind hier in der größten Restrukturierung des Landes", rief Regierungschef Roland Koch (CDU) am Mittwoch den hessischen Parlamentariern entgegen, als er sich zum Thema Spar-Politik in Rage geredet hatte. Der Satz verrät eine Menge über das, was in Hessen gerade geschieht. Soziale und ökologische Strukturen, auf die das Land einst stolz war, stehen vor dem "Kahlschlag", klagen nicht nur Betroffene. 120 Projekte der Obdachlosenhilfe, Randgruppen- und Gemeinwesenarbeit, werden nicht mehr vom Land

finanziert, hat der Geschäftsführer der Landesarbeitsgemeinschaft Sozialer Brennpunkte, Reinhard Thies, nach einer ersten Durchsicht der Liste addiert ...

... Ob Ausländersozialarbeit des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, Förderung bei der Umstellung auf Öko-Landbau oder Orientierungskurs für erwerbslose Frauen: die Null in der Streichliste trifft auffallend oft diejenigen, die bei der traditionell stramm rechten Hessen-CDU schon immer im Verdacht standen, irgendwie zum rot-grünen Umfeld zu gehören.

Grünen-Chef Tarek Al-Wazi hat in der CDU-Sparliste nicht lange suchen müssen, um eine Gegensatzpaar zu finden, das die Zielsetzung der von Koch angekündigten "Restrukturierung" anschaulich macht: Landesverband des Bundes der Heimatvertriebenen - komplette Beibehaltung des Landeszuschusses auf dem Stand von 2003; Landesverband der Schwangerschafts- und Familienberatung Pro Familia - komplette Streichung des Landeszuschusses auf Null.

Das, so sagt Tarek Al-Wazir, zeige "den wahren Koch": Ein Bankrotteur, "der den Bankrott aber noch dazu nutzt, sein erzreaktionäres Weltbild umzusetzen."

Matthias Bartsch, aus: Die Null als Programm. Ein halbes Jahr nach der Wahl versucht Hessens Landeschef Koch, sich mit einem Kahlschlag-Papier zu profilieren. In: Frankfurter Rundschau 18. September 2003

2003-09-22

Einige wichtige Artikel: Willi Winklers Beitrag zu Wallraff - Süddeutsche Zeitung. In der NZZ vom 17. September: ein guter Artikel über das Schweden nach dem Mord an Anna Lindt.

"China ist auf dem Weg, die kapitalistische Gesellschaft mit der weltweit ungerechtesten Einkommensverteilung zu werden", sagt der habilitierte Volkswirt und Harvard-Absolvent Hu Angano, Leiter des Zentrums für China-Studien der Pekinger Tshinghua-Universität, der seit Jahren zu den einflussreichsten Wirtschaftsberatern der Regierung zählt. Trotz seiner Nähe zur Regierung wirft Hu den Kommunisten vor, "drei große Ungleichgewichte" geschaffen zu haben: zwischen einer reichen Stadt- und einer armen Landbevölkerung, einer reichen Ostküste und armen West- und Nordprovinzen sowie zwischen Arbeitslosen und gut Verdienenden in den Städten.

Ungleichheit messen Ökonomen unter anderem mit dem so genannten Gini-Koeffizienten, der Werte zwischen null und eins annehmen kann. Null steht für völlige Gleichheit, eins bedeutet extreme Ungerechtigkeit: Einer besitzt alles, alle anderen nichts. Bis Mitte der achtziger Jahre lag der Gini-Koeffizient in China unter o,2 - niedriger als in Dänemark, dem Industrieland mit der traditionell ausgeglichensten Einkommensverteilung. 2001 lag er nach Informationen der führenden Pekinger bei 0,459, Tendenz: steigend. "Für einen ähnlichen Wandel der Einkommensstruktur hat Deutschland 100 Jahre benötigt", sagt Hu. Schon nähert sich China bedenklich den Verhältnissen Lateinamerikas, wo die lokalen Gini-Koeffizienten um 0,5 schwanken und der Unterschied zwischen Arm und Recht weltweit am größten ist.

... "Chinas arbeitende Bevölkerung zählt 740 Millionen, die von Europa und den USA gemeinsam nur 430 Millionen", sagt Wen. "Jedes Jahr drängen bei uns zehn Millionen Menschen neu auf den Arbeitsmarkt, die Zahl der Arbeitslosen liegt bei 14 Millionen und die Zahl der Wanderarbeiter, die nach Arbeit in den Städten suchen, bei 120 Millionen. Die Arbeitslosigkeit setzt China unter enormen Druck".

... Ausserdem müssen Hu und Wen ein brachliegendes Sozialsystem neu aufbauen - zwischen 1995 und 1999 verloren die chinesischen Krankenversicherungen 53 Millionen Mitglieder. Nur ein knappes Fünftel der Bevölkerung ist noch krankenversichert ..."

Georg Blume, aus: Einige werden zuerst reich. In nur zwei Jahrzehnten hat China sich radikal gewandelt: Aus der egalitären Volksrepublik wurde ein Land mit extremen sozialen Gegensätzen. Machtlos schaut die kommunistische Führung zu. In: DIE ZEIT, Nr. 39, 18. September 2003

2003-09-17

Mein Webmaster ermahnte mich, den Leser respektive die Leserin meines Tagebuches nicht mit zu langen Texten zu überfordern. Halte ich mich heute also kurz:

FR-Leser Klaus Paulsen aus Ammerland verweist am 12. 09. im Zuge der Wallraff-Stasi-Debatte auf bundesrepublikanischen Umgang mit Nazi-Tätern: "Wenn man liest, dass Birthlers Gauck-Behörde weit über 3000 (!) Mitarbeiter zählt, kann man den Eindruck gewinnen, dass es im vorigen Jahrhundert auf deutschem Boden nichts Schlimmeres gegeben hat als die DDR und den Staatssicherheitsapparat. Wer weiss noch, dass die

Zentralstelle für NS-Verbrechen in Ludwigsburg in ihren besten Zeiten nur fünf (!) Mitarbeiter hatte? Diese Zahlen wurden kürzlich auf einer Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung "Zur Aufarbeitung von NS-Staat und DDR" genannt."

"Zwei Drittel des weltweit gehandelten und bis zu 90 Prozent des in Europa konsumierten Heroins stammen nach Schätzungen der Vereinten Nationen aus Afghanistan. Für September erwarten Experten eine neue Rekordernte, die den 1999 erreichten Höchststand von 4600 Tonnen, die auf 91 000 Hektar Anbaufläche geerntet wurden, noch übertreffen könnte. Heroin ist heute der Hauptexportartikel des Landes, in dem 7o Prozent der Bevölkerung unterernährt sind. "Die Drogenbekämpfungspolitik der westlichen Geberländer ist ein eklatanter Misserfolg", sagt der stellvertretende afghanische Landwirtschaftsminister Mohamad Sharif. ...
Zur britischen Kompensationszahlung addierte sich der Erlös aus dem vermeintlich zerstörten Rohopium, der im vergangenen Jahr bei 350 Dollar pro Kilo lag. ... Opium gedeiht im Schatten von Armut und Korruption. Distriktgouverneure verdienen kaum mehr als 30 Dollar monatlich, allein ein Sack Reis kostet aber 35 Dollar....Schon trauert in den Provinzen so mancher Afghane dem autoritären Taliban-Regime nach. Die Muslimextremisten hatten im Juli 2000 ein Anbauverbot für Schlafmohn erlassen und so rabiat durchgesetzt, dass die Ernteerträge von 3300 Tonnen (2000) auf nur noch 185 Tonnen im Jahr 2001 sanken. Der Grundbesitzer Asghar aus Laghman in Osten des Landes erzählt: "Als die Taliban hier waren, haben sie die Waffen der Privatleute eingesammelt und die Opiumfelder vernichtet. Heute brauche ich eine Kalaschnikow, um meine Familie zu schützen, und ich finde nicht mehr genug Landarbeiter, um meine Weizenfelder zu bestellen, weil die meisten zu den Opiumbauern abgewandert sind."

Andrea Exler, aus: Arme Bauern, reiche Ernte. Mitten im Chaos Afghanistans blüht der Anbau von Schlafmohn - das Land ist wieder der größte Heroinproduzent der Welt, in: DIE ZEIT, Nr. 37. 04. September 2003

"..Seit Wochen traktieren Medien und Politiker die Schüler mit Moralpredigten. Selbst in den großen Ferien wurde allseits die neue deutsche Ungezogenheit beklagt, und Kultusminister aller Couleur profilierten sich mit sittenstrengen Gegenmaßnahmen. Den Anfang machte Bremens Bildungssenator Willi Lemke (SPD). Via Bild-Zeitung beklagte er die fehlende Höflichkeit der Schüler und forderte von den Mädchen der "Generation

bauchfrei", ihre "Reizwäsche" für die Disko zu reservieren und ordentlich gekleidet zum Unterricht zu kommen..."

Najda Kirsten, aus: Mit Anstand unterrichten. Allerorten werden Benimm-Programme für deutsche Schulen gefordert. Eine Schule in Jena zeigt, dass es auch anders geht. In: DIE ZEIT, Nr. 37. 04. September.

Lustig sich vorzustellen, der Herr Kultusminister hätte einige weibliche Lehrlinge in seinen Vorzimmern. Er könnte ob der ihn überschwemmenden Sinnlichkeit der Reizwäsche nicht mehr an sich halten ...

"...An der Gewerkschaftsbewegung fand ich immer sehr dürftig und enttäuschend, dass sie überwiegend nur mengenmäßige Forderungen gestellt hat, quantitatives Mehr, statt auch qualitativ-werthafte Veränderungen: Teilhabe am Produktivvermögen (Langfristigkeit), Geschlechtergleichstellung, umweltgerechtere Wirtschaftsweise in Produktion, Verwaltung und Produktentwicklung. ....Den Begriff der Verteilungsgerechtigkeit dimensional zu öffnen, auch in die Sphäre der Versöhnung des Verhältnisses von Mensch und Natur, das wäre wahrhafte Innovation, zu der weder der Turbo-Kapitalismus noch die alte Linke fähig zu sein scheinen."

FR-Leser Heinz Markert, Frankfurt am Main zum Beitrag von Oskar Negt (Auszüge habe ich im Tagebuch wiedergegeben), in: Frankfurter Rundschau, 05.September 2003

"... Im Gegensatz dazu haben Erdbebenforscher in China in den siebziger Jahren die Öffentlichkeit aufgefordert, nach möglichen Vorboten, die nach uralten chinesischen Traditionen bevorstehende verheerende Erdbeben ankündigen würden, Ausschau zu halten und sie den Behörden zu melden. Im Juni 1974 gab die Staatliche Seismologische Behörde Chinas eine Warnung aus, dass aufgrund einer historischen Analysen und geologischer Messungen in den nächsten Jahren in der Provinz Liaoning mit einem schweren Erdbeben zu rechnen sei.

Daraufhin wurde das wissenschaftliche Beobachtungsnetzwerk vergrößert, und in Fabriken, Schulen und landwirtschaftlichen Genossenschaften wurden Gruppen von Amateurbeobachtern zusammengestellt. Über 100 000 Menschen wurden dafür ausgebildet, nach ungewöhnlichem Verhalten von Tieren und Veränderungen im Niveau und in der Trübung von Wasser in Brunnen Ausschau zu halten sowie auf seltsame Geräusche und ungewöhnliche Formen von Blitzen zu achten.

Mitte Dezember 1974 erwachten Schlangen aus dem Winterschlaf, krochen aus ihren Nestern und erfroren auf der schneebedeckten Erdoberfläche. Ratten tauchten in großen Scharen im Freien auf und waren oft so verwirrt, dass sie mit der Hand eingefangen werden konnten. ... Am 22. Dezember kam es zu einem schwächeren Erdbeben, aber im Januar 1975 gab es immer wieder Berichte über ungewöhnliches tierisches Verhalten, wobei über 20 Arten starke Anzeichen von Angst bekundeten. Man entwickelte Pläne zur Evakuierung von Haicheng, einer Großstadt mit rund einer halben Million Einwohner. Anfang Februar nahm die Zahl der Berichte erheblich zu, als Rinder, Pferde und Schweine in Panik zu geraten begannen....Am Morgen des 4. Februar wurde beschlossen, Haicheng zu evakuieren. Am selben Tag ereignete sich schließlich um 19.36 Uhr das vorhergesagte Erdbeben, das eine Stärke von 7,3 auf der Richterskala aufwies. Mehr als die Hälfte der Gebäude in der Stadt wurde zerstört. Zehntausende hätten vielleicht ihr Leben verloren, wenn es die rechtzeitige Warnung nicht gegeben hätte...."

Rupert Sheldrake, Vorahnungen bei Tieren, in: Der siebte Sinn der Tiere. Warum Ihre Katze weiss, wann sie nach Hause kommen und andere bisher ungeklärte Fähigkeiten der Tiere. Ullstein Taschenbuch, 1999, Nr. 36292,
ISBN 3-548-36292-3

Sheldrake versucht sein Modell der morphogenetischen Felder anhand des Tierverhaltens nachzuweisen: Hunde, die Krebs bei Menschen früh erkennen, Hunde und Katzen, die Epileptiker rechtzeitig vor bevorstehenden Anfällen warnen, Küken,die ihre künstliche Robotermutter dazu bewegen, sich dem Käfig zu nähern, Vögel, die ihre Heimat über Tausende von Kilometern wiederfinden und Tiere, die den Tod eines menschlichen Freundes vorherfühlen. Ein Kaleidoskop wunderbarer Sinneserfahrungen, die uns zeigen, dass es noch eine Menge zu entdecken gibt, in der Welt des Lebendigen hier auf Erden.

2003-09-16

"Was andererseits einen brillanten Dokumentarfilmer wie Huismann (Lieber Fiedel) bewogen hat, die Destabilisierung und den Komplott gegen die Volksfront-Regierung weitgehend als innere Angelegenheit der Chilenen zu behandeln, bleibt rätselhaft. Verrat in Santiago aus der Reihe Politische Morde, ARD 15.09.2003, bietet eine Menge Zeitzeugen und interessanter Details aus den verschiedenen politischen Lagern, konturiert allerdings kaum die divergierenden Interessen der US-Administration und de Großkonzerne von ITT bis zu Pepsi Cola"

Rainer Braun, aus: Blutspuren, Zahlreiche Dokumentationen zum 30. Jahrestag des Putsches gegen Allende in Chile, in: Frankfurter Rundschau 08. September 2003

Laut Huismann war der Anruf aus Valparaiso eine Falle für Allende. 3000 Telefonverbindungen waren gekappt - nur die eine funktionierte. Allende sollte in die Moneda gehen. Pablo Zepete, ein Leibwächter Allendes stellt seinen Tod anders dar. Er beschreibt ihn so, als seien seine Leute um ihn versammelt gewesen und hätten zugeschaut, wie er sich tötet. Ein Widerspruch - ich würde aus dem Bauch heraus nicht dieser Version glauben.

Interessant: Kissinger rühmt sich, dass er verhindert habe, dass die Russen Allende mit Krediten unterstützten. Und eine mit Breschnew geheim vereinbarte Waffenlieferung wird noch auf den Weltmeeren vom KGB umgeleitet - Allende wartet vergeblich auf neue Waffen. Doch hätten die russischen Waffen Pinochet auf Allendes Seite gehalten? Laut Huismanns Zeugen glaubte der Präsident noch am 11. September, Pinochet stände auf seiner Seite. Unerträglich: Der amerikanische Botschafter, der Allende als einen Bourgeois beschreibt, der dem Volk fern war, aber nah den schönen Frauen, dem guten Essen, den Yachten. Ebenso unerträglich: das gute Gewissen der interviewten Putschisten, was seien die paar Tausend Tote in Chile gegen die Millionen in der Sowjetunion. Ein düsteres Dokument. Mit Musik von Ulli Simon, der uns einst in Bad Säckingens Gewerbeschule - mit der Unterstützung des Gewerbeschullehrers Wöllner - Lieder aus Chile sang.

2003-09-15

"...In Argentinien wurden aufgrund eines Haftbefehls der spanischen Justiz 46 Militärs in Haft genommen oder wegen ihres Alters unter Hausarrest gestellt. Der neue Präsident Kirchner hatte das Dekret aufgehoben, das die Auslieferung argentinischer Staatsbürger verbot. Dann beschlossen - ebenfalls auf Initiative des Präsidenten - Parlament und Senat

die Aufhebung der Amnestiegesetze. Nun liegt die Entscheidung darüber, ob die schon kurz nach Ende der Diktatur geführten und dann auf Druck der Militärs eingestellten Prozesse gegen die Menschenrechtsverletzer wiederaufgenommen werden, in den Händen der argentinischen Justiz. Kirchner hat mit der Androhung, die Militärs nach Europa auszuliefern, die heimische Justiz in Zugzwang gebracht. Durch eine geschickte Choreographie stärkte er den Staatsanwälten und Richtern, die eine Strafverfolgung im eigenen Land anstreben, den Rücken. Dies ist auch ein großer politischer Erfolg für die dortige Menschenrechtsbewegung, die auch in scheinbar aussichtslosen Situationen nie aufgegeben hatte und sich immer sowohl im In- als auch im Ausland um Strafverfolgung bemühte.

Die seit Mitte der 90er Jahre in Spanien, Italien, Frankreich, aber auch in Deutschland anhängigen Verfahren haben zu der neuesten Entwicklung in Argentinien beigetragen. Seit 1998 versucht in Deutschland die "Koalition gegen Straflosigkeit", nach dem spanischen Beispiel argentinische Militärs vor deutsche Gerichte zur bringen ...

Ein Fall ganz besonderer Art ist ebenfalls bei der Staatsanwaltschaft Nürnberg anhängig: der Fall der 18 verschwundenen Gewerkschafter bei Mercedes Benz in Argentinien. Die Journalistin Gaby Weber (ihr Buch "Die Verschwundenen von Mercedes Benz" erschien in dem Berliner Verlag Assoziation A) hatte recherchiert, dass die aktiven Gewerkschafter unter Mithilfe der Firma verschleppt und später getötet wurden. Sie fand neben anderen Beweismitteln einen überlebenden Gewerkschafter, der als Zeuge einen deutsch-argentinischen Manager beschuldigte, durch Weitergabe einer Adresse Beihilfe zum Mord geleistet zu haben. Auch in diesem Verfahren ist ein internationaler Haftbefehl beantragt worden. (siehe die Dokumentation auf der Labournet-Website

... Die Arbeit an den deutsch-argentinischen Fällen ist nur möglich geworden durch den Zusammenschluss von Menschenrechtsgruppen, kirchlichen Organisationen und Juristenverbänden unter der Führung des Nürnberger Menschenrechtszentrums in der schon erwähnten "Koalition gegen Straflosigkeit"

Eine Seite 1976 in Argentinien tätige Gruppe von deutschen Müttern hatte mit Hilfe des Friedensnobelpreisträgers Perez Esquivel diesen ungewöhnlichen Zusammenschluss initiiert. Juristische Professionalität verbindet sich hier mit politischem und karitativem Engagement, und eine vorrangige Aufgabe ist es, die "Verschwörung des Schweigens" zu

brechen, also über die Verbrechen der argentinischen Militärdiktatur, aber auch über die Rolle der deutschen Politik und Wirtschaft aufzuklären."

Wolfgang Kalek, aus: Kampf gegen Straflosigkeit, in: Ossietzky Nr. 18, 06. September 2003

Wolfgang Kaleck ist Vorsitzender des Republikanischen Anwältinnen- und Anwältevereins (RAV).
www.sopos.org/ossietzky
www.linksnet.de

"...Dr. Jenan stellt mir zwei Kinder vor und bittet mich, diese nach Österreich zur Behandlung zu bringen. Ein siebenjähriges Mädchen leiden an einem angeborenen grauen Star des rechten Auges, das Auge ist blind. Das andere Kind, Alaa, hat eine ausgedehnte Infektion im Gesicht und ist dadurch schwer verunstaltet. Hier kann nur eine plastische Operation helfen, die unter den derzeitigen Umständen im Irak nicht durchführbar ist. Bei dem neunjährigen Mädchen war im Mai eine Leukämie festgestellt worden, das Kind hatte gut auf die Therapie angesprochen, dann aber kam es zu dieser schweren Infektion, die unter den gegebenen Umständen und mit den vorhandenen Mitteln nicht beherrscht werden kann. Während die Behandlung des ersten Kindes keinen Akutfall darstellt, sollte Alaa so rasch wie möglich außer Landes gebracht werden. Wie aber? Der Vater war früher Hafenarbeiter, durch den Krieg hat er seine Arbeit verloren. Er besitzt wie die meisten Iraker keinen Pass. Es gibt in Basra wie im gesamten Irak keine Behörde, die einen Pass ausstellen kann. Der Irak ist ein einziges Gefängnis, das war er vorher unter anderen Umständen, das das ist er jetzt....."

Eva Maria Hobiger, aus: Wir beneiden die Toten..., in: Ossietzky Nr. 18 2003

Die österreichische Ärztin hat vor und nach dem Krieg über den Krieg in Ossietzky berichtete. Inzwischen hat sie ein weiteres Mal im Rahmen des Projekts Aladins Wunderlampe unter großen Schwierigkeiten medizinische Hilfsgüter in das besetzte Land gebracht und unterwegs ihre Beobachtungen notiert.

"Heute handelt es sich um eine klare, zynische und eindeutige Aggression, die keinerlei Rechtfertigung, ja nicht einmal ein ernsthaftes Alibi hat. Und außerdem möchte ich sagen,

dass man ganz allgemein Amerika nicht als den Mittelpunkt der Welt ansehen darf. Es stellt die größte Weltmacht dar? Gewiss. Aber Vorsicht. Es ist weit davon entfernt, der Mittelpunkt der Welt zu sein. Als Europäer hat man sogar die Pflicht, es nicht als Mittelpunkt der Welt zu betrachten, sondern man muss seine Blicke den Vietnamesen, den Kubanern, den Afrikanern, allen Freunden in der Dritten Welt zuwenden, die sich zur Existenz und zur Freiheit emporarbeiten und eben gerade jeden Tag beweisen, dass die größte Weltmacht nicht in der Lage ist, ihnen ihre Gesetze aufzwingen, dass sie die verletzlichste Macht ist und dass die Welt sie nicht als Gravitationszentrum gewählt hat. Natürlich geht die Entwicklung auch in den Vereinigten Staaten vorwärts, langsam, sehr langsam, aber eher, wenn man ihnen Widerstand leistet, als wenn man ihnen Moralpredigten hält...."

Jean Paul Sartre, einige Wochen nach Verleihung des Literaturnobelpreises an Sartre und seiner Ablehnung desselben, übersetzt aus Le Nouvel Observateur vom 01. April 1965, deutsch in: Flugschrift Voltaire 2, zitiert nach:
Karl-Heinz Hansen, Fortschritt, in: Ossietzky Nr. 18 2003

"...Der Untersuchungsrichter Juan Guzman, der in einem schäbigen Barackenaufsatz auf dem Dach des Justizpalastes gegen eine wachsende Zahl hoher Offiziere ermittelt, ist fast ein Außenseiter. Gegen 540 mutmaßliche Täter, darunter Pinochet selbst und 21 weitere Generäle, leiteten er und seine Kollegen Verfahren ein (Pinochet kam wegen seines Gesundheitszustandes an einem Prozess vorbei). 1500 Leichen ließ Guzman exhumieren; bei 20 ließ sich beweisen, dass es sich um Opfer der Militärherrschaft handelt.

Doch von der Politik fühlt Guzman sich im Stich gelassen. Er vermisst auch die ihm nötig erscheinende Unterstützung des Obersten Gerichtshofes. Seine Kritiker behaupten, er neige zum Übereifer und sei profilierungssüchtig; die Skepsis der Gerichte halte ihn auf dem Boden der Tatsachen. Seine Standesorganisation mahnte ihn wegen Verstoßes gegen das Berufsethos ab, als er sich in Spanien während noch schwebender Verfahren wie ein Star feiern ließ.

Das Militär gewährt Guzman hingegen jede Unterstützung. Eine neue Armeespitze hat mit der Vergangenheit gebrochen. Unter Pinochet entlassende Putschgegner wurden wieder in die Streitkräfte aufgenommen. Ein neuer Oberbefehlshaber versicherte, die Armee werde sich nie wieder gewaltsam in die Politik einmischen. Im August entschuldigte sich auf seine Initiative hin acht Generäle für das Leid, das sie verursacht hatten...."

Reiner Luyken, aus: Diskretes Erinnern, in: DIE ZEIT Nr. 38, 11. September 2003

"Jorge Edwards: Vielleicht keinen offenen (Bürgerkrieg, DEB), aber einen verdeckten sehr wohl. Es war Allendes großes Versäumnis, den Mittelstand im Land nicht als Verbündeten gewonnen zu haben und damit zuzulassen, dass diese wichtige Bevölkerungsgruppe offen wurde für ein faschistisches Abenteuer. Leider existierte auch keine Allianz zwischen den regierenden Unidad Popular und den Christdemokraten, der großen demokratischen Oppositionspartei. Es gab zwar Verhandlungen, doch endeten diese Treffen als Fiasko. Als die Christdemokraten die Gespräche für gescheitert erklärten, wirkte dies wie grünes Licht für jene Kräfte in der Armee, die sich auf einen Staatsstreich vorbereiteten. Damit war das Schicksal der Allende-Regierung besiegelt.

ZEIT: Welche Rolle spielten damals die kubanischen und sowjetischen Berater?

Jorge Edwards: Bis heute wird der Einfluss Moskaus auf Allende überschätzt - wie umgekehrt der Einfluss Washingtons auf die Putschisten. Nein, da hilft alles nichts: Das Dilemma war hausgemacht. Wobei Kuba natürlich tatkräftig die extreme Linke innerhalb und außerhalb der Sozialistischen Partei unterstütze. Diese oft auch paramilitärische bewaffneten Gruppierungen taten alles, um sich den Mittelstand zum Feind zu machen und beispielsweise die Nationalisierungen und Landreformen, die nur die Oligarchie treffen sollten, maßlos auszuweiten, Einen schlimmeren Bärendienst hätte man dem eigentlich doch luziden Präsidenten Allende nicht erweisen können. Ich glaube nicht, dass bei diesem Spiel auch die Sowjetunion mitmischte. Im Gegenteil: Die absolut moskauhörige KP, die mit in der Koalitionsregierung saß, war strikt gegen diese Aktionen und verfocht einen eher moderaten Kurs. Clodario Blest, der legendär gewordene Gründer der chilenischen Arbeitervertretung, hatte es offen ausgesprochen. "Hört sofort mit dieser selbstmörderischen Politik auf!". Der Präsident konnte nur resigniert schweigen, denn ihm war die Kontrolle über die Linksaußen-Aktivisten längst entglitten. Anstatt Gerechtigkeit zu schaffen, gelang es diesen Leuten, das Land in atemberaubender Schnelligkeit herunterzuwirtschaften. Endlose Autoschlangen vor den Tankstellen, leere Metzgerländen in der Hauptstadt, selbst Mangel an so etwas Banalem wie Zahnpasta: eine Alltagsmisere nach der anderen und ein Dilettantismus, der es mit geradezu lehrbuchhafter Konsequenz fertig brachte, auch viel der so genannten kleinen Leute gegen die Regierung aufzubringen.

ZEIT: Warum wagt man auch nach drei Jahrzehnten nicht, darüber zu reden? Weil das Stichwort "Chile" noch immer ein abrufbereite Vokabel im ideologischen Diskurs darstellt?

Jorge Edwards: Genau um diese Folklore und Legendenbildung geht es. Mit Verweis auf den durch Pinochet einsetzenden Horror lässt sich noch heute jede kritische Frage nach der Zeit davor als "revisionistisch" abstempeln. Hinzu kommt, dass viele chilenische Intellektuelle durch ihre Exilzeit geprägt sind - wenn sie an Chile denken, dann vor allen an jene traumatische Zeit nach dem 11. September 1973. Sie befinden sich noch immer in einem emotionalen Ausnahmezustand, der es unmöglich macht, kühlen Blutes die Vergangenheit zu analysieren. Natürlich ist es noch heute sehr einfach, die damalige Rolle der Vereinigten Staaten zu dämonisieren. Es stimmt, sie übten damals einen sehr üblen Einfluss aus und hatten Pinochet bereits vor dem 11. September heimlich unterstützt; ich fürchte allerdings, diesen Putsch hätte es auch ohne diese Beihilfe gegeben. Die reaktionäre Oligarchie hatte Angst um ihre Pfründe, der Mittelstand wurde von der Regierung verprellt, während die Planwirtschaft das Land verarmen ließ...

Edwards: ...Man darf ja nicht vergessen, dass die Freiräume in Chile nicht auf ein Konzilianz der Militär-Junta zurückzuführen waren, sondern auf die Stärke der Zivilgesellschaft. Im Zentrum um Pinochet waren natürlich die unzähligen Mörder und Folterer, die ihre Repression sogar ins Ausland trugen, wie die Ermordung von Allendes ehemaligem Außenminister Orlando Letelier in Washington zeigte. Gleichzeitig gab es jedoch auch die so genannten Chicago Boys, junge Wirtschaftsexperten, Liberalisierer im ökonomischen Bereich. Für diese Leute war der Terror nach innen und außen zuerst einmal schlecht fürs Geschäft - also versuchten sie, die Militärs zu mäßigen. Auch wenn es manche Linke bis heute nicht wahrhaben wollen. Die Frage des privaten Eigentums und seines Schutzes ist eine ganz zentrale - gerade dann, wenn man eine demokratische Emanzipation der Gesellschaft will. Der private Sektor, von Pinochet nicht abgeschafft, wurde in den achtziger Jahren mehr und mehr zum Motor der Veränderung, so etwa im Bildungswesen, wo an privaten Schulen und Akademien freies, diktaturkritisches Denken gelehrt werden konnte. Und vergessen Sie nicht all die Buchhandlungen, in denen regimekritische Lesungen veranstaltet wurden. Als jemand, der die totale Kontrolle in Kuba erlebt hat, kann ich immer nur wiederholen, wie wichtig und subversiv diese Vielzahl von Freiräumen sein kann. Es war ein langer Lernprozess, dem sich auch die katholische Kirche und der Mittelstand, ja selbst Teile der Oberschicht nicht länger verschließen konnten: Es gibt keine wirkliche Modernisierung ohne Demokratisierung, folglich mussten

die Militärs weg. Besonders die Kirche hat sich dann im Oktober 1988 aktiv dafür eingesetzt, dass die Bevölkerung an dem von Pinochet schließlich akzeptierten Referendum auch wirklich teilnahm und mit ihrer Stimme die Zukunft des Landes entschied. Lange Reihen vor den Wahllokalen, lebende Gedichtzeilen in Erwartung der Freiheit - Pablo Neruda hätte es bestimmt gefallen. Als dann gegen vier Uhr morgens klar wurde, dass wir gewonnen hatten und sich Pinochet zurückziehen musste, begann in Santiago ein riesiges Fest. Das zählt zu den schönsten Erinnerungen meines Lebens, aber um nun nicht in romantisierenden Kitsch zu verfallen, darf man eines nicht vergessen: 60 Prozent der Chilenen votierten gegen Pinochet, aber immerhin 40 Prozent für ihn.

ZEIT: Und heute?

Jorge Edwards: Würde man jetzt noch einmal die gleiche Umfrage starten, gäbe es für ihn natürlich deutlich weniger Zustimmung, aber all das beweist nur eines: Die Verhältnisse vor und nach dem 11. September 1973 waren ungleich komplexer, als es die Ideologen der Linken oder auch der Rechten bis heute wahrhaben möchten."

Jorge Edwards im Gespräch mit Marko Martin, aus: Die Schuld der Linken an Chiles Untergang. In: DIE ZEIT, Nr. 38. 11. September 2003

Jorge Edwards ist einer der angesehensten chilenischen Schriftsteller. Als Diplomat vertrat er sein Land in Brüssel, Havanna, Lima und Paris. Nach dem Putsch 1973 ging er für fünf Jahre ins Exil. Auf Deutsch erschienen bislang nur seine "Erinnerungen an Pablo Neruda" (Luchterhand Verlag).

"...Bis dahin hatte der Andenstaat zu den wenigen industrialisierten Staaten Lateinamerikas gehört. Nun brachen ganze Branchen unter dem Druck der ungehindert ins Land strömenden ausländischen Produkte zusammen. Die wirtschaftspolitischen Berater der Militärs erklärten die Sozialversicherung, die älteste außerhalb Europas, zum Auslaufmodell: Diese und andere traditionelle Solidarstrukturen waren nicht mehr gefragt in der entstehenden Ellenbogen-Gesellschaft. Ebenso wenig wie kraftvolle Gewerkschaften.

So begann in Chile der Siegeszug neoliberaler Konzepte, die Weltbank und Weltwährungsfonds später verschuldeten Staaten aufzwangen und die bis heute vielen rund um den Globus als Lösung aller ökonomischen Probleme gelten.

Die Diktatoren gossen ihre wirtschaftspolitische Strategie in die "Verfassung der Freiheit". Sie zeichnete die Rückkehr des Andenstaates zur Demokratie vor, die die Militärs Ende der 80er Jahre nicht mehr verhindern konnten. Die Generäle traten beruhigt ab, denn die Verfassung bewahrte den Geist der Diktatur. Mit der Konstitution, die auch künftig nur schwer zu verändern sein dürfte, ist in Chile das in der Diktatur geformte Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell festgeschrieben."

Werner Balsen, aus: Vom Geist der Generäle, in: Frankfurter Rundschau 11. September 2003

"Die Linke ist nur noch eine Handelsgesellschaft, die ihr Erbe im Schaufenster ausstellt."

Marco Inrequez-Ominami, Sohn des ermordeten MIR-Führers Marco Enriquez auf den Spuren der Weggefährten seines ermordeten Vaters, die es in der Übergangsphase der Rehdemokratisierung zu Amt und Würden gebracht haben.

Aus: Chile - Die Helden sind müde. ARTE, 12.09.2003

"...Die Rechte konnte sich mit der Wahl Allendes nie abfinden, und die Linke, vor allem Allendes eigene Sozialistische Partei, drängte auf die kompromisslose Verwirklichung des Programms der Unidad Popular. Kupferminen und Banken wurden verstaatlicht und eine Agrarreform begonnen. Das Kapital hielt sich mit Investitionen zurück, Transportunternehmer organisierten politische Streiks-, und Frauen aus der Oberschicht schlugen auf Kochtöpfe, um gegen Versorgungsengpässe und Inflation zu protestieren. Fabrikarbeiter gingen daran, ihre Betriebe zu bewachen, und organisierten die Verteilung knapper Konsumgüter. Die rechtsradikale Patria y Liberdad sabotierte Eisenbahnlinien und sprengte Brücken. Die linksradikale MIR rief die Bauern dazu auf, Ländereien zu besetzen, und verlangte die Bewaffnung des Volkes (worunter sie die Fabrikarbeiter und die Einwohner der Armenviertel verstand.)

Auch das Ausland bezog Position. Die USA sperrten bereits zugesagte Kredite; die CIA setzte Geld und Waffen ein, um das Land zu destabilisieren und Allende zu stürzen. Er könne nicht einsehen, hatte sich US-Außenminister Henry Kissinger schon am 27. Juni

1970 in vertrauter Washingtoner Runde vernehmen lassen, "weshalb man daneben stehen und zuschauen soll, wenn ein Land kommunistische wird, bloß weil seine Bevölkerung so verantwortungslos ist."

Bei den Parlamentswahlen im Mai 1973 erhielt die Unidad Popular 43 Prozent der Stimmen. Das inzwischen vereinigte konservative Lager erreichte zwar 55 Prozent, verfehlte aber die Zweidrittelmehrheit, die es ihm ermöglicht hätte, Allende abzuwählen. Der sozialistische Präsident sah sich nun mit einer Blockadehaltung von Parlament, Justizapparat und Rechnungshof konfrontiert. Und auch in der Armee, die - anders als in Lateinamerika üblich - auf eine lange Tradition der Verfassungstreue zurückblicken konnte, begann es zu rumoren. Ende Juni scheiterte ein dilettantischer Putschversuch eines Panzerregiments. Schließlich sah Allende nur noch einen Ausweg: Das Volk sollte entscheiden, ob er im Amt bliebe oder zurückträte.
Am 9. September 1973, es ist Sonntag, empfängt der Präsident in seiner Privatresidenz im Nordosten Santiagos Heeresgeneral Augusto Pinochet, den Mann, der zweit Tage später weltweit für Schlagzeilen sorgen wird. Der Gast kommt in Zivil. Allende erläutert ihm seine Absicht, am 11. September in einer öffentlichen Rede ein Plebiszit anzukündigen. Pinochet ist irritiert. Offensichtlich sieht der General seine Pläne durchkreuzt. Der Putsch ist für den 14. September vorgesehen. Aber wie soll die Armee ihn begründen, wenn Allende selbst drei Tage vorher öffentlich verkündet, er mache seine Zukunft vom Votum der Chilenen abhängig? Es bleibt nichts anderes übrig, als den Tag X vorzuverlegen. Dem Präsidenten kommen wohl erst an diesem Tag Zweifel an der Loyalität des Generals, den er selbst drei Wochen zuvor zum Heerschef ernannt hat. Carlos Prats, der am 23. August das Kommando abgegeben hatte und mit dem Allende eng befreundet war, hatte ihm Pinochet als seinen Nachfolger vorgeschlagen. Der 58-jährige General hatte bei der Meuterei im Juni Allende seiner Loyalität versichert und war höchstwahrscheinlich erst 72 Stunden vor dem Putsch, der ihn dann an die Macht spülen sollte, in dei konkrete Planung des Staatsstreiches eingeweiht worden; treibende Kraft war die Marine.

Am Montag, dem 10. September, kommt der Präsident um 21.30 nach Hause. Zum späten Essen in seiner Residenz finden sich Innenminister Carlos Briones und Verteidigungsminister Orlando Letelier ein; auch der Journalist Augusto Olivares, Leiter des Fernsehsenders Canal 7, und Präsidentenberater Juan Garces sind zugegen. Man diskutiert über die Rede, mit der Allende das Plebiszit ankündigen will. Das Telefon klingelt. Aus der Moneda, dem Präsidentenpalast im Zentrum Santiagos, ruft Allendes

Privatsekretärin an und berichtet von Truppenbewegungen im Norden der Hauptstadt. Auch Carlos Altamirano, Chef der Sozialistischen Partei, meldet sich. Er will mit dem Verteidigungsminister sprechen, weil er ebenfalls von mobilisierten Soldaten erfahren hat. Letelier erkundigt sich bei General Herman Braca, dem designierten Chef der 2. Armeedivision, die für die Hauptstadt zuständig ist. Brady gibt vor, nichts zu wissen. Er wolle sich erkundigen. Beim zweiten Anruft Leteliers erzählt er etwas von Vorbereitungen für die Parade am 19. September, dem traditionellen Tag der Streitkräfte.

Dienstag, 11. September. Um fünf Uhr erhält Jorge Urrutia, General der Carabineros, einer dem Verteidigungsministerium unterstellten kasernierten Polizei, einen Anruf. "Herr General", meldet sich der Kommandant der Carabineros der Hafenstadt Valparaiso (120 Kilometer nordwestlich von Santiago), "Einheiten der Marine ziehen durch die Strassen und schießen. Die Leute werden aufgefordert, ihre Häuser nicht zu verlassen." Urrutia alarmiert sofort den Präsidenten. Allende weist General Brady an, Truppen nach Valparaiso zu schicken. Der verspricht es, läßt es jedoch sein. Verteidigungsminister Letelier eilt in sine Büro, wird aber von der Wache seines Ministeriums unter Arrest gestellt.

Um 7.20 verläßt Allende seine Residenz und fährt in kleiner Fahrzeugkollonne, die von zwei weißen Panzerwagen der Carabineros eskortiert wird, zur Moneda. Begleitet von den Genossen der GAP (Grupo de Amigos Personales), seiner persönlichen Schutztruppe, inspiziert Allende das Gebäude und erörtert Verteidigungsmaßnahmen. In der Hand hält er eine Kalaschnikow, die auf dem Kolben eine Gravur trägt: "Für Salvador, von seinem Waffengenossen Fidel". Das Gewehr hat ihm Castro bei einem Besuch in Santiago im Dezember 1971 geschenkt. Bei jener Gelegenheit hielt Allende im Nationalstadion eine Rede. "Ich habe nicht das Zeug zum Märtyrer", sagt er, "aber diejenigen, die deas Rad der Geschichte zurückdrehen (...)wollen, sollen wissen: Ich werde keinen Schritt zurückweichen, ich werde die Moneda erst verlassen, wenn das Mandat, das mir das Volk gegeben hat, abgelaufen ist. (...). Wer mich hindern will, das Programm des Volkes zu verwirklichen, wird mich mit Schüssen durchsieben müssen.".

Um 7.55 Uhr hält der Präsident - über Radio Corporacion, den Sender seiner Sozialistischen Partei - eine Rede an das Volk. Er berichtet von der Marine-Meuterei in Valpariso. In Santiago sei "bis zu diesem Zeitpunkt" noch alles normal. Jeder sollte sich an

seinen Arbeitsplatz begeben und weitere Instruktionen des Genossen Präsidenten" abwarten.

Um 8.20 wendet sich Allende ein zweites Mal ans Volk. Eher gibt zu, dass die Putschbewegung größer ist, als zunächst angenommen, und bittet alle, Ruhe zu bewahren. und an den Arbeitsplätzen auszuharren. Schon kurz danach ruft ihn Oberst Roberto Sanchez, Adjutant der Luftwaffe, an, um ihm mitzuteilen, dass ihm Luftwaffengeneral Gabriel Van Schouwen ein Flugzeug anbiete, in dem er, seine Familienangehörigen und seine engsten Mitarbeiter in sein Land seiner Wahl ausreisen können. Der Präsident lehnt ab. Zwölf Jahre später werden Tonbandaufnahmen bekannt, die von den Telefonen der putschenden Generäle gemacht wurden: Admiral Patricio Carvajal, der im Verteidigungsministerium das Kommando übernommen hat, fragt Pinochet, ob die Offerte, Allende ausreisen zu lassen, aufrechterhalten werden. Pinochet: "Das Angebot, ihn aus dem Land zu bringen, steht....und wenn er in der Luft ist, Alter, stürzt das Flugzeug ab."

Kaum hat Allende seine zweite Rundfunkrede beendet, ertönt - es ist 8.30 Uhr - auf Radio Agricultura Marschmusik. Dann wird die erste Proklamation einer militärischen Regierungs-Junta verlesen: "Angesichts der schweren wirtschaftlichen, sozialen und moralischen Krise, die das Land zerstört, der Unfähigkeit der Regierung, dem zunehmenden Chaos Einhalt zu gebieten, und des Anwachsens paramilitärischer Gruppen, die von den Parteien der Unidad Popular organisiert und ausgebildet werden und die Chile unweigerlich in einen Bürgerkrieg stürzen", hätten die Streitkräfte die historische Aufgabe übernommen, "für die Befreiung des Vaterlandes vom marxistischen Joch zu kämpfen und Ruhe und Ordnung wiederherzustellen". Die Bürger sollen in ihren Häusern bleiben. Es zeichnen: Heereschef General Augusto Pinochet, Marinechef Admiral Toribio Merino, Luftwaffenchef General Gustavo Leigh, und Cesar Mendoza, Generaldirekttor der Carabineros. Merino hat sich an die Stelle des am Vorabend festgenommenen Admiral Raul Montero gesetzt, und Mendozas Posten hat legal immer noch Jose Sepulveda inne, der sich in der Moneda aufhält.

Sepulveda ist zwar loyal, aber seine Mannen gehorchen ihm nicht mehr. Die Panzer der Carabineros, die vor der Moneda aufgefahren sind, ziehen auf Befehl Mendozas ab. Inzwischen haben die Genossen der GAP im Innern des Gebäudes einige Maschinengewehre und Raketenwerfer in Stellung gebracht. Sie verschanzen sich hinter

den Fenstern. Es wird geschossen. Scheiben klirren. Allende wendet sich zum letzten Mal ans Volk, nunmehr - Radio Corporation ist bereits zum Schweigen gebracht - über Radio Magallanes, den Sender der Kommunistischen Partei. Er liest seine Botschaft stehend, ans Pult seines Büros gelehnt: "Das ist bestimmt meine letzte Gelegenheit, mich an euch zu wenden (....) Ich werde nicht zurücktreten (...) Ich werde die Loyalität zum Volk mit meinem Leben bezahlen. Sie haben zwar die Macht, uns zu unterwerfen, aber gesellschaftliche Prozesse kann man nicht mit Verbrechen und Gewalt aufhalten (....) Es werden andere Menschen diesen grauen und bitteren Augenblick, in dem sich der Verrat durchsetzt, vergessen machen. (...) Von neuem werde sich die breiten Alleen öffnen, auf denen der freie Mensch voranschreitet, um eine bessere Gesellschaft aufzubauen (...) Das sind meine letzten Worte. Ich habe die Gewissheit, dass mein Opfer nicht vergebens sein wird, zumindest ist es eine moralische Lektion, die den Treubruch, die Feigheit und den Verrat strafen wird.". Allende kennt die Kräfteverhältnisse und ruft nicht zum offenen Widerstand gegen die Putschisten auf.

9.30 Uhr: Aus dem nahen Verteidigungsministerium ruft Admiral Carvajal an und fordert die Kapitulation. Andernfalls werde die Moneda bombardiert. Noch einmal bietet er dem Präsidenten und seiner Familien freies Geleit ins Ausland an. Allende lehnt kategorisch ab und bezeichnet die Junta-Mitglieder als Verräter. Und solchen traue er ohnehin nicht. Dann legt er das Telefon auf den Tisch, sodass die Umstehenden die Stimme aus dem Verteidigungsministerium mithören: "Wir müssen sie also wie Ratten töten."

Kurz danach ruft der Präsident alle Personen, die sich in der Moneda aufhalten, in den Saal, der Staatsakten vorbehalten ist. Während draußen ununterbrochen Schüsse fallen, macht er ihnen klar, dass die Sache verloren ist. "Wir haben keine organisierten militärischen Kräfte auf unserer Seite", sagt er, "die Mehrheit von euch ist jung, hat Frau und kleine Kinder. Ihr habt ihnen gegenüber eine Verpflichtung. Das hier ist nicht die letzte Schlacht. Die Genossinnen bitte ich nicht, ich befehle es ihnen, die Moneda zu verlassen. Die Genossen, die keine Aufgaben haben, keine Waffen besitzen oder nicht mit ihr umzugehen wissen, bitte ich, jetzt zu gehen, da es noch möglich ist.". Er selbst erde aushalten und bis zum Ende kämpfen. Nach der Rede herrsch betretenes Schweigen. Kaum einer kann die Tränen zurückhalten. Schließlich wird die Nationalhymne gesungen.

Die meisten kommen der Aufforderung des Präsidenten nach und treten mit weißer Fahne auf die Strasse hinaus. Auch die Palastgarde der Carabineros, die loyal geblieben ist, geht

fast vollzählig. Sechs Frauen begleitet der Präsident persönlich zu einem Nebeneingang der Moneda, unter ihnen zwei seiner Töchter: Isabel Maria und die hochschwangere Beatriz, die sich jahrelang vorwerfen wird, ihren Vater alleingelassen zu haben, und 1977 im kubanischen Exil Selbstmord begeht. Zurück bleiben 56 Personen: 19 Beamte, Berater und Freunde des Präsidenten (unter ihnen 5 Minister), 16 Polizisten, 20 GAP-Genossen und Salvador Allende selbst.

Im Präsidentenpalast werden nun die Gewehre und Gasmasken verteilt, welche die Carabineros zurückgelassen haben. Allende hat sich einen Stahlhelm aufgesetzt und schießt mit dem Maschinengewehr aus seinem Privatsekretariat auf anrückende Panzerwagen. Der Armee gelingt es trotz verschiedener Vorstöße nicht, den Palast einzunehmen. Um 11.55 Uhr überfliegen vier Hawker Hunter die Moneda und werfen Bomben ab. Es folgen sieben weitere Angriffe aus der Luft. Nach einer Viertelstunde steht ein Tel des Palastes in Flammen. Druckwellen haben Türen und Fenster aufgerissen. Die Notfallstation im Untergeschoss ist komplett zerstört. Überall dringt schwarzer Rauch hervor. Im Erdgeschoss hat sich der Journalist Augusto Olivares, ein enger Freund des Präsidenten, eine Kugel in den Kopf geschossen. Die Ärzte sind machtlos. Er stirbt. Allende ordnet mitten im Chaos eine Gedenkminute an.

In der Moneda klingelt wieder das Telefon, das seltsamerweise noch immer funktioniert. Es ist General Ernest Baeza aus dem zwei Straßenblocks entfernten Verteidigungsministerium. Er verlangt die Kapitulation. Allende schickt schließlich eine dreiköpfige Delegation zu Verhandlungen. Das Feuer wird kurz eingestellt. Und während ein gepanzerter Wagen die drei Emissäre abholt, fragt Admiral Carvajal bei Pinochet nach, was zu tun sein. Der sagt knapp: "Bedingungsloses Kapitulation, keine Verhandlungen." Also werden die Emissäre im Verteidigungsministerium festgenommen.

Der Arzt Oscar Soto und einige weitere Personen befinden sich gerade auf der Treppe zwischen Erd- und Obergeschoss, als 20 Soldaten ihnen entgegenstürmen und sie unter Kolbenhieben und Fußtritten auf die Strasse zerren, wo sie sich - Gesicht nach unten - auf den Asphalt legen müssen. Schließlich wird Soto in die Moneda zurückgeschickt, um den Übrigen, die sich im Obergeschoß verschanzt haben, ein Ultimatum zu überreichen: Innerhalb von zehn Minuten müssen alle ohne Waffen ins Erdgeschoß hinunterkommen, das bereits von Soldaten besetzt ist.Soto überbringt das Ultimatum an Allenden. Nach

einer kurzen Beratung mit seinen Mitarbeitern ordnet der Präsident an: "Alle sollen hinunter gehen.Ohne Waffen. Ich komme als letzter."

Einer nach dem andern geht nach unten. In der allgemeinen Konfusion hat sich Allende in den "Saal der Unabhängigkeit" zurückgezogen, wo er sich hinsetzt. Der Gobelin hinter ihm zeigt ländliche Szenen, ihm gegenüber hängt, in goldenem Rahmen, das Gemälde Der Unabhängigkeitsschwur von Pedro Subercaseaux. Im Treppenhaus hört man zwei Schüsse in schneller Abfolge. Der Chirurg Patricio Guijon, der noch mal ins Obergeschoß gerannt ist, weil er seinen Kindern als Andenken an das historische Ereignis eine Gasmaske mitbringen will, trifft als erster auf den toten Präsidenten. Mit zerschossenem Schädel sitzt Allende, nach rechts gebeugt, auf dem Sofa, das Gewehr noch zwischen den Beinen. Guijon fühlt den Puls des Präsidenten, nimmt das Gewehr und legt es auf den Boden - zur Sicherheit, weil jede Sekunde die Soldaten hereinstürmen können.

General Javier Palacios, der die Truppe in der Moneda anführt, vermutet zunächst, dass Guijon, den er neben dem Toten antrifft, Allende erschossen hat. Er lässt ihn festnehmen. Schon bald kommen die Fotografen und Ballistik-Experten des Morddezernats. Der Befund der Polizei: "Schädel-Hirn-Trauma aufgrund einer Schussverletzung in suizidärer Absicht". Im offiziellen Bericht wird später festgestellt, dass sich Allende "mit einem automatischen Gewehr, dass er zwischen den Knien hielt und dessen Lauf er am Kinn ansetzte", das Leben genommen hat.

Am 12. September hebt eine Maschine der Luftwaffe mit der Leiche des Präsidenten nach Valparaiso ab. An Bord befinden sich Allende Ehefrau Hortensia Bussi, seine Schwester Laura, zwei seiner Neffen und eine Enkel der Schwester. Im nahe Vina del Mar wird Salvador Allende anonym beerdigt. Hortensia Bussi, die aus der Privatresidenz des Präsidenten geflohen ist, kurz bevor auch diese bombardiert wurde, trifft am 17. September im mexikanischen Exil ein. Sie wird erst 1988 zurückkehren - zehn Tage bevor Pinochet unter dem Druck der Opposition und der US-Regierung ein Plebiszit über die Fortsetzung seiner Diktatur durchführt und verliert.

Noch Jahre nach der Tragödie in der Moneda hielten Anhänger am Mythos fest, Allende sei von den Soldaten erschossen worden, er habe bis zum letzten Atemzug gekämpft. Patricio Guijon und die Gerichtsmediziner hätten nur unter dem Druck der Militärs an der Version des Selbstmordes festgehalten. Spätestens 1990 zerplatzte dieser Mythos. Die

Leiche Allendes wurde ein Jahr nach dem Sturz der Diktatur exhumiert, neu obduziert, nach Santiago überführt und dort auf dem Zentralfriedhof beigesetzt.

In der Moneda kamen vermutlich vier Verteidiger ums Leben: die Übrigen wurden festgenommen und von den Siegern unterschiedlich behandelt. Die Ärzte kamen, bis auf Guijon, noch am Tage des Putsches frei, die Polizisten - sie hatten ja nur ihre dienstlichen Pflichten erfüllt - einen oder zwei Tage später. Die meisten Minister und Regierungsbeamte wurden für einige Monate auf der Dawson-Insel im arktischen Süden des Landes gefangen gehalten, bevor sie ins Exil ausreisen durften. Von den zwanzig Genossen der GAP überlebten nur vier ihre Festnahme. Die Anderen wurden nach schwerer Folter füsiliert oder gelten bis heute als vermisst.

Über Chile war die Nacht hereingebrochen. Sie dauerte fast 17 Jahre lang - bis zu den Wahlen von 1990. Mehr als dreitausend Menschen wurden ermordet, hunderttausend eingesperrt und gefoltert. Selbst im Ausland schlug Chiles Geheimdienst zu: 1974 tötete eine Autobombe in Buenos Aires den Allende-treuen General Carlo Prats und dessen Frau; der ehemalige Verteidigungsminister Orlando Letelier fiel 1976 einem Attentat in Washington zum Opfer.

Vor einem Monat sprach Chiles Präsident Ricardo Lagos, der - wie einst Allende - der Sozialistischen Partei angehört, den Angehörigen der Ermordeten und auch den Gefolterten Entschädigung. Gegen rund 160 chilenische Militärs sind Strafverfahren anhängig. Pinochet selbst wird wohl für seine Verbrechen nicht mehr büßen müssen.

Das Oberste Gericht Chiles hat dem 88-Jährigen vor einem Jahr eine unheilbare Altersdemenz attestiert."

Thomas Schmidt, Soziologe und Journalist aus Berlin, aus: Der andere 11. September. Vor 3o Jahren bereitete Chiles Militär Salvador Allendes Traum vom demokratischen Sozialismus ein brutales Ende. Die Chronik eines Schreckentages. In: DIE ZEIT Nr. 38. 11. September 2003

2003-09-12

"Mich befällt bei der Feststellung, dass nun erst nach einer neuerlichen Studie vor den Krebs erregenden Eigenschaften der Hormon-Ersatz-Therapie gewarnt wird, grosse Wut. Sie verharmlost, dass diese Tatsache bereits 1975 in den USA zugegeben werden

musste. Sogar davor war schon das Risiko bekannt, wurde aber mit viel Propaganda zur Durchsetzung der Ersatz-Therapie verschleiert und ignoriert.

Nach den massiven Risikowarnungen gab die New York Times vom 05. Dezember 1975 Meinungen der überwiegend männlich besetzten Gynäkologenschaft wieder, nach denen sich alle Ärzte weigerten, ihre Behandlungspraxis zu ändern. In ihren Hirnen hatte sich nämlich festgesetzt, dass die Menopause eine Mangelkrankheit wie Diabetes ist. Folglich wären die Frauen behandlungsbedürftig, am besten bis zu ihrem Tod.

Die feministische Philosophin Mary Daly veröffentlichte bereits 1975 (in Deutschland 1980) diese bestürzenden Ergebnisse in Gyn/Oekokogie und stellte einen Bezug zur verbreiteten Frauenverachtung, Reglementierung ihrer Sexualität bis hin zum Frauenhass in patriarchalen Gesellschaften her. Sie schrieb:
"Frauen nach den Wechseljahren sind Männern suspekt, da sie drohen, potentielle Ausbrecherinnen, Abweichlerinnen und weise Alte zu werden." Danach gilt, Frauen mit allen Mitteln von diesem "Wahn" zu heilen, und koste es ihren Tod. Von 18 000 Frauen, die pro Jahr in Deutschland an den Folgen der Brustkrebserkrankung sterben, gehen gut 3000 auf das Konto der Behauptung und seines Glaubens, die Menopause sei eine Mangelkrankheit.

Seit 1975 gerechnet sind demnach nur bei uns zwischen 70000 und 81000 Frauen von den Messiassen der Gynäkologie, ihrer Zulieferer in der Pharmazie und auch den Verantwortlichen im Bundesamt für Arzneimittel und Medizinprodukte sehenden Auges in einen nicht leichten Tod geschickt worden. Ein moderner Femizid an Frauen jenseits der Menopause!

Übringes - auch die Pille zur Verhütung hat nicht nur zur Unkenntnis der eigenen Sexualität bei Frauen geführt, was eh' traurig genug ist, sondern auch zu einer erheblichen Steigerung der Gefahr von Schlaganfällen. Wer warnt die jungen Frauen davor?"

FR-Leserin Gudrun Nositschka, Mechernich,
in: FR 06. September 2003
(Antwort auf den FR-Artikel Für ein längeres Leben lesen Sie die Packungsbeilage, FR 21.08.2001)

"...Kets der Vries (Führer, Narren, Hochstapler - Essays über die Psychologie der Führung, Verlag Internationale Psychologie im Verlag Klett Cotta, Stuttgart, 1998, erweiterte zweite Auflage in Vorbereitung) - er lehrt an der Isead-Business School in den USA - fragt in diesem "Leckerbissen" für Liebhaber fundierter Führungsliteratur nach den unbewussten Motiven, die Verhalten und Handlungen von Führungspersonen bestimmen können. Wenn ein Chef etwa hochnarzißtisch und egozentrisch ist und keinen ausser sich gelten lässt - was in den Führungsetagen kein aussergewöhnliches Verhalten ist - kann es, - so seine eindringliche Warnung -, passieren, dass die von ihm geführte Organisation nach und nach alle jene qualifizierten führenden Mitarbeiter verliert, deren sie um des Erfolgs und des Überlebens willen bedarf.

...Doch das vielleicht wichtigste, weil auf der Suche nach den Wurzeln der Misere aufschlussreichste Buch ist das von Christine Bauer-Jelinek, Wirtschaftcoach und Psychotherapeuten in Wien: "Buisinesskrieger - Überleben in Zeiten der Globalisierung (Verlag C.H.Beck, München 2003). Es liefert eine ungemein erhellende Analyse des derzeitig hochbeschleunigt ablaufenden Wandels von der "friedfertigen", auf Substanzerhalt und Mitarbeiterpflege bauenden europäischen, zur "kriegerischen", auf maximalen Ertrag unter allen Umständen und Mitarbeiterverschleiß ausgelegten amerikanisierten Wirtschaft. "Es herrscht Krieg in der Wirtschaft", konstatiert die 52jährige Wienerin, "wir erleben im Berufsleben ein Ausmaß an Zerstörung und Gewalt, das man tatsächlich als eine neue Art von Krieg bezeichnen könnte: als Busineßkrieg." Die treibende Kraft ist für sie das anglo-amerikanische Wirtschaftssystem mit seinem Anspruch auf Weltgeltung, das sich am Finanzkapital und nicht wie frühere Kapitalisten am Realkapital orientiert.

Und last but not least gilt es, auf Feridand Rohrisch hinzuweisen. Der Professor für Philosophie an der katholischen Universität Eichstädt-Ingolstadt, der sich seit langem mit führungsphilosophischen Themen beschäftigt, erinnert mit seiner tiefgründigen Veröffentlichung "Führen durch Persönlichkeit - Abschied von der Führungstechnik" (Gabler Verlag, Wiesbaden 2002)daran, "dass man etwas nur dann wirklich gut kann, wenn man die Grenzen des eigenen Tuns kennt.".

...Lutz Dziarnowski, Gründer und Inhaber des Beraterteams, wird noch deutlicher....Seine Situationsbeschreibung lautet: es herrschen Chefs, die das Klima vergiften, die

Arbeitsfreude und Produktivität zerstören und darüber hinaus auch noch "unberatbar" sind. 80 Prozent der befragten mittleren Angestellten, konstatiert Dziarnowski, beschwerten sich über Tyranneien und Demütigungen durch ihre Chefs. Darüber hinaus auch über die Selbstbedienungsmoral ihrer Vorgesetzten. Er fragt: "Wer kennt sie nicht, die Neurotiker unter den Vorgesetzten, die ihre Leute wie Sklaven leiden lassen, deren verborgener Charakter und mangelhafte Kompetenz (ganz zu Schweigen von Intelligenz) das Arbeitsleben unerträglich macht? Ihr Einfühlungsvermögen ist verkümmert, sie sind unfähig, das eigene Trachten und Treiben zu reflektieren. Kritik meiden sie. Gefühle fürchten sie, schuld sind immer die anderen." Diese Chefs sind kommunikationsgestört, stellt er fest, ihr Realitätssinn ist grotesk verzerrt. Mit dem Herrschen über andere, mit Status und Erfolg, will der neurotische Vorgesetzte seine getrennte Seele streicheln. Wo andere Identität fühlen, braucht er das Konzentrat Macht: Ich herrsche, also bin ich ...

... Allen Lippenbekenntnissen von geschmackvoll geschmückten Rednerpulten, allen den Büchermarkt überflutenden Publikationen, allen hieb- und stichfesten wissenschaftlichen und praktischen Erkenntnissen zum Trotz: Bei den meisten Führungskräften rangiert die Menschenpflege ganz unten auf der Skala der Erfolgsfaktoren. Dziarnowski: "Der Wunsch und die Notwendigkeit von kurzfristigem Erfolg drängt die Menschen zu beklagenswertem Handeln. Und das, obwohl das weitreichende Konsequenzen für die Produktivität und Rentabilität hat. Doch dieser Wirkungszusammenhang wird negiert und kategorisch abgelehnt."...

... Vielleicht entlockte ja diese Erkenntnis dem grossen Erforscher menschlichen Verhaltens, Irenäus Eibl-Eibesfeld, die Bemerkung "Wir Menschen sind Werdende, mit der Chance zu verunglücken."

Hartmut Volk, aus: Wenn nichts mehr zählt als nur das Geld. "Wer sich auf den Karriereweg nach oben macht, zieht in den Krieg". Neue Bücher und Erkenntnisse übe das Tun und Lassen von Managern. In: Frankfurter Rundschau, 06.September 2003

"...Seit mehr als einem halben Jahrhundert ist Deutschland von Kriegen verschont geblieben. Unser Land von unseren Eltern aufgebaut, und wir erben nun die Früchte dieser Leistung. Im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts werden in Deutschland mehr als zweitauschend Milliarden Euro vererbt. Unsere Gesellschaft verfügt damit über ein materielles Wohlstandsfundament, das es auf einem solchen hohen Niveau in der Geschichte noch niemals gegeben hat.

Und es geht weiter: Auch wenn das Wirtschaftswachstum in diesem Jahr "nur" bei 0,5 Prozent liegt, bedeutet dies, dass wir die Produktionsrekorde der letzten Jahre toppen. Selbst Nullwachstum bedeutet Produktion auf Rekordniveau. Auf das geerbte Reichtumsfundament setzen wir also Jahr für Jahr neue größere Gütermengen, die der Gesellschaft zur Verfügung stehen.

Jahr für Jahr arbeiten wir effektiver. In immer kürzerer Zeit und mit immer weniger menschlicher Arbeitskraft wird immer mehr hergestellt. Um ein Kilo Brot kaufen zu können, mußte 1960 durchschnittlich 20 Minuten gearbeitet werden. Heute reicht die Hälfte der Arbeitszeit. Bei Butter oder Zucker verkürzte sich die notwendige Arbeitszeit sogar auf ein Sechstel.

... Um die gegenwärtige Massenarbeitslosigkeit abzubauen und allen Erwerbsarbeit suchenden Menschen Jobangebote machen zu können, müsste die Wirtschaft während einer langen Reihe von Jahren sogar jährlich um vier, fünf oder sechs Prozent wachsen. Derart hohe Wachstumsraten waren ausgehend von einem extrem niedrigen Niveau in der Aufbauphase nach dem Krieg möglich. Unter den heutigen Bedingungen sind solche Wachstumsraten aber kaum zu wiederholen. Ob ein solches Wachstum auf Dauer umweltverträglich sein könnte, wäre auch mehr als fraglich. Es kommt daher einer Lebenslüge gleich, wenn Politiker und Medien der Öffentlichkeit vorgaukeln, allein mit Wirtschaftswachstum ließe sich die gegenwärtige Erwerbsarbeitslosigkeit überwinden.

Die reale Alternative lautet vielmehr anders: Entweder wir nehmen weiterhin hohe und wahrscheinlich sogar wachsende Massenarbeitslosigkeit hin mit den damit verbundenen negativen ökonomischen, sozialen und politischen Folgen oder wir definieren Arbeit grundsätzlich neu und verteilen sie fair auf möglichst viele Erwerbsarbeit suchende Menschen.

Berechnungen von Hartmut Seifer (WSI) zeigen denn auch, dass im internationalen Vergleich diejenigen Länder beschäftigungspolitisch erfolgreich sind, die kurze Arbeitszeiten haben. Nirgendwo in Europa arbeiten die Beschäftigten so kurz wie in den Niederlanden. Dort lag die durchschnittliche tatsächliche Wochenarbeitszeit (einschließlich Teilzeitarbeit) bei nur 29,5 Stunden gegenüber 35,5 Stunden im Durchschnitt der 15 EU-Länder. Gleichzeitig wies in den Niederlanden die Arbeitslosenquote mit 3,2 Prozent (nach Luxemburg) den niedrigsten Wert in der EU auf, während der Durchschnittswert bei 8,0 Prozent lag. Ein ähnliches Bild zeigt sich in Dänemark. Hier arbeiten die Beschäftigten mit

33,7 Stunden pro Woche deutlich kürzer als in den übrigen EU-Ländern bei einer mit 4,7 Prozent relativ niedrigen Arbeitslosigkeit.

Wohlstand bedeutet mehr als materieller Reichtum. Wer sein eigenes Leben betrachtet, in Familien hineinschaut, mit KollegInnen und FreundInnen spricht, stellt fest, dass die Zeitnot im letzten Jahrzehnt dramatisch gewachsen ist und weiter wächst: beruflicher Streß, Arbeiten ohne Ende und mit Terminen überbuchte Wochenenden sind typische Merkmale eines Mangels an Zeitwohlstand. Offenbar arbeiten immer mehr Menschen zu viel und zu lange, während gleichzeitig andere Menschen von der Beteiligung an Erwerbsarbeit und Erwerbseinkommen ausgeschlossen sind.

Wurde in der Folge von Wirtschaftswachstum und Produktivitätsgewinnen die durchschnittliche Arbeitszeit wirklich kürzer? Für viele scheint dies nicht zu gelten. Typisches Beispiel: Wenn in 1960 der Mann beispielsweise 44 Stunden pro Woche erwerbstätig war und die Frau ihre Leistungen auf Haushalt und Kinder konzentrierte, betrug die Erwerbsarbeitszeit von Mann und Frau zusammengenommen: 44 Wochenstunden. Eine Generation später hatten die Gewerkschaften eine Verkürzung der tariflichen Arbeitszeit auf durchschnittlich 38 Wochenstunden durchgesetzt. Gleichzeitig begannen viele Frauen parallel zu Haushalt und Kindererziehung ebenfalls erwerbstätig zu sein, überwiegend in Teilzeit. Die tarifliche Erwerbsarbeitszeit eines durchschnittlichen Paares beträgt nun 38 + 20 = 58 Wochenstunden. Die Erwerbsarbeitszeit von Mann und Frau liegt also mit 58 Wochenstunden (falls beide Vollzeit berufstätig sind, sogar mit 76 Wochenstunden) deutlich höher als in der Generation unserer Eltern.

Der Trend zu mehr Erwerbsarbeit wird weitergehen ...

Die Alternative ist, die durchschnittliche Länge der Arbeitszeit neu zu definieren. Hierzu sind viele Menschen bereit. In einer europaweit durchgeführten repräsentativen Untersuchung führte die Frage: "Wie viele Stunden pro Woche möchten Sie arbeiten - vorausgesetzt, dass Sie (und ihr/e Partner/in) ihre Arbeitszeit frei wählen könnten, und wenn sie daran denken, ihren Lebensunterhalt verdienen zu müssen?" zum Ergebnis, dass 35 Prozent der Befragten mit ihrer tatsächlichen Arbeitszeit zufrieden sind, elft Prozent würden gerne länger arbeiten, aber 49 Prozent möchten ihre Arbeitszeit verkürzen - auch mit Einkommensminderungen. Per Saldo wird eine im Durchschnitt fünf Stunden kürzere reale Arbeitszeit angestrebt.

Sollen das gesellschaftliche Arbeits(zeit)-volumen und die damit verbundenen Einkommen fair verteilt werden, kann die "neue Normalarbeitszeit" auf absehbare Zeit also nicht bei 42, 40 oder 38 Wochenstunden liegen, sondern unter Einbezug aller an Erwerbsarbeit interessierten Männer und Frauen eher bei einem Umfang von 32 oder 30 Stunden pro Woche (oder einer entsprechenden Jahresarbeitszeit).

.....
Es gibt zwei Währungen für Wohlstand: Geld und Zeit. Bei einer Politik der "kurzen Vollzeit für alle" fallen Verlust und Gewinn bei unterschiedlichen Personengruppen und in unterschiedlichen Währungen an. Die jetzigen "Langarbeiter" verlieren Arbeitszeit und Einkommen, gewinnen aber freie Zeit, die derzeit Arbeitslosen gewinnen neue Jobperspektiven. Bei einer Erwerbsarbeitszeit von durchschnittlich vielleicht 32 Stunden in der Woche gewinnen Männer und Frauen einen nie gekannten Zeitwohlstand. Die wäre dann keine (bisweilen negativ betrachtete) Teilzeit, sondern die neuen gesellschaftliche Normalität.

..
Mit der zielbewußten Verteilung von Erwerbsarbeit, aber auch von unbezahlter Arbeit für und mit Kindern, Alten und Freunden, im Haushalt und beim Engagement für gesellschaftlich nützlich zivilgesellschaftliche Aufgaben werden entscheidende Weichen in die Zukunft gestellt: Wollen wir Arbeitszeitverlängerung für immer weniger (männliche) Arbeitsplatzbesitzer oder "gute Arbeit" und "gutes Leben" für möglichst viele Menschen mit genügend materiellem Reichtum und auch mit Zeitwohlstand, ohne Spaltung der Gesellschaft zwischen Erwerbstätigen und Arbeitslosen, mit mehr Geschlechtertätigkeit und einer größeren Chance für Männer und Frauen auf soziale Sicherheit und eine gute Balance von Arbeiten und Leben?"

Helmut Spitzley, aus: Kurze Vollzeit für alle. Plädoyer für eine andere Arbeitskultur, in: Frankfurter Rundschau 10. September 2003

Prof. Dr. Helmut Spitzley, Jahrgang 1948, ist seit 1983 Hochschullehrer im Studiengang Arbeitswissenschaft der Universität Bremen. Sprecher der Forschungseinheit Wandel der Arbeitsgesellschaft und Wirtschaft (IAW).

"....Die homosexuelle Subkultur, wie sie sich in den Metropolen der westlichen Welt seit den siebziger Jahren herausbildete, hat, wie Minderheiten und Außenseiterkulturen dies

oftmals eigen ist, unerkannt eine Pionierfunktion für die Gesellschaft im Ganzen übernommen. Fünf Linien lassen sich benennen:

Erstens die Umstellung von Stabilität auf Mobilität: Das gegenwärtige Ideal von Selbstverwirklichung jedes Einzelnen innerhalb eines Paares erfordert hohe geographische Mobilität, und diese erhält den Vorzug vor der Stabilität der einmal gewählten patrilokalen Lebensform ...

Zweitens die Umstellung von Monogamie auf sequentielle Monogamie: Die Ehik der intelligiblen Ehe - "bis dass der Tode Euch scheidet" - büßt heute zunehmend ihren Status der Unbedingtheit ein und verblasst zu einer Orientierungsfunktion neben anderen. An die Stelle der alten Form - Ehe plus Junggesellendasein als Restgröße - tritt eine Pluralität von Single- und Eheformen...

Drittens die Umstellung auf Kinderlosigkeit: Kinder zu haben verliert den ehemals kulturell universellen absoluten Imperativ. Auch hiefür wurde das Stichwort schon in den siebziger Jahren geprägt: dinks ("double incom, no kids")...

Viertens die Umstellung von Koitus auf Onanie und parakoitale Vollzüge: Ausnahmslos alle seriösen wissenschaftlichen Untersuchungen über das sexuelle Verhalten in den Industriegesellschaften stimmen darin überein, dass die gesamt heterosexuelle Welt immer inaktiver wird: abnehmende Koitushäufigkeit, abnehmende außereheliche Beziehungen bei Verheirateten, relative Abnahme der Bedeutung des Koitus innerhalb des total sexual outlet. Das Onanie-Tabu wird immer durchlässiger. Das paarbildende Koitus-Gebot - seinen ehelichen Pflichten nachkommen - verliert an Kraft. Was sexuell "läuft", wird zunehmend zu einer Sache der diskursiven Verhandlungsmoral. Auch das ist bei Homosexuellen schon immer so gewesen.

In der heterosexuellen Welt begann dieser Trend mit der Angleichung der ersten Koitus- und Masturbationserfahrung der Frau an die des Mannes. Hier sind zwei 1968-er Effekt statistisch besonders eindrucksvoll: Der statistische Sprung "nach oben" findet bei den Geburtsjahrgängen 1950 - 1954 statt, also bei den Frauen, die 1968 14 bis 18 Jahre alt waren. Dies ist die erste Jahrgangsgruppe, in der die Frau, was das Alter beim ersten Koitus angeht, mit dem Mann gleichzieht, und gleichzeitig die Jahrgangsgruppe, in der die Frau ebenso früh wie der Mann die erste Selbstbefriedigung praktiziert. Kurz gesagt: Die Frau wird nicht mehr vom Mann "in die Liebe eingeführt"; sie führt sich jetzt selbst ein....

Fünftens die Umstellung der Fetisch-Regel: Beide Partner, nicht mehr nur die Frau, müssen sich heutzutage als "sexy" inszenieren, und das heißt: über Fetisch-Attribute am Körper verfügen. Früher war es allenfalls ein schöner Nebeneffekt, wenn der Mann sportlich war, aber es war nicht erforderlich; er durfte auch "stattlich" sein. Heute sollen beide Partner body-gestylt, parfümiert und sexuell körperbetont gekleidet sein. Der Satz von Lacan, dass der Mann den Phallus habe, die Frau aber der Phallus (des Mannes) sei, behält zwar seine intelligible Wahrheit, verliert jedoch zunehmend sine empirische Pointe. Der Mann muss sich nunmehr selbst nach dem Ebenbilde stylen, nach dem er in den vergangenen Kulturepochen die Frau als Fetisch geformt hat.

Das lässt sich besonders eindrucksvoll an den drei mikrohistorischen Etappen der Durchsetzung des Fitneß-Centers zeigen: Die Sportstudio-Bewegung begann bei den Homosexuellen, die auch hier Avantgarde-Funktion übernahmen: In den späten siebziger Jahren wurde für Homosexuelle die "Selbstaustreibung der Weiblichkeit", wie Martin Dannecker sie genannt hat, zur Pflicht. Auch die Tucken gingen nun ins "Gym". Diese Linie führte in den achtziger Jahren weiter zu den Frauen; das alte Schlankheitsideal wurde sukzessive umgeschrieben und erhielt einen deutlichen Akzent von Durchtrainiertheit und androgyner Muskelbildung. Erst zuletzt erreichte diese Bewegung den heterosexuellen Durchschnittsmann."

Reimut Reiche, aus: Die Homosexualisierung der Gesellschaft. Nach der Trennung der Lust- von der Zeugungsfunktion hat sich das Geschlechtsleben gravierend verändert. In: Frankfurter Rundschau 09. September 2003

Reimut Reichem, praktizierender Psychoanalytiker, vertritt zur Zeit den Lehrstuhl für Pscychoanylse der Universität Frankfurt am Main

2003-09-11

11. September. Der Tag wird zum amerikanischen Gedenktag - 11. September 1973: Putsch in Chile. Henry Kissinger www.trialofhenrykissinger.org und seine US-Getreuen hatten alles getan, um die Regierung des Salvador Allendes zu stürzen und den Schlächter P. www.tni.org/pinochet an die Macht zu bringen.

Gestern in ARTE: Ein Begleiter Salvador Allendes beschreibt sein Ende in der Moneda, dem von Putschisten umstellten und bebombten Präsidentenpalast: Allende sagt den

andern Getreuen, sie sollen gehen. Er kommt zuerst mit, dann bleibt Allende stehen und sagt: "Scheiße, ein Allende ergibt sich nicht", nimmt seine MP, richtet sie gegen sich und schiesst. Sein Kopf zerfetzt. Es klingt wie aus einem schlechten US-Film und ist vielleicht doch die Wahrheit.

11. September 2001: Die Zerstörung der Twin-Towers. Der erste grosse Angriff auf die USA im eigenen Land mit Tausenden von Toten.

Andreas von Bülow, einst sozialdemokratischer Bundesforschungsminister, bezweifelt den Hergang: Link zu Amazon.de

Seltsam ungenaue Befragung von Sandra Maischberger in ihrer zweiten TV-Sendung, der Live-Publikum nicht bekommt. Volksnähe und kritischer Journalismus werden nicht durch Publikum im Studio hergestellt.

Der 11. September war aber auch noch der Geburtstag von Theodor W. Adorno. Er wäre heute 100 geworden.

"... Die Gentechnik weitet den Interventionsbereich noch einmal aus und macht es möglich, dass Menschen den Rest unbestimmter Natur nach dem eigenen Ebenbild modellieren. Das wäre für Adorno eine ungeheuerliche Vorstellung gewesen, nachgerade die Selbstdemaskierung der modernen, auf Unterwerfung zielenden "Rationalität". Ihr blinder Wille, alles Fremde und Unbestimmte beherrschen zu wollen, verschiebt die Grenzen ins Ungeborene, in die Nichtidentität des Kindes. Die Menschen würden sich nicht mehr als autonome Subjekte begegnen, sondern als unlebendig lebendige Designerprodukte ihres Willens, eben als Identisches.

Für Adorno wäre die Folge klar gewesen. Wenn sogar die innere Natur des Menschen ein technisch manipuliertes "Etwas" ist, dann kommt der Bildungsprozess der Gattung zum Erliegen - die Herrschaft des Wissens über das "Lebendige" ist total. In Adornos Augen wäre das aber nicht ein Menetekel der Freiheit, sondern ein Zeichen andauernder Unfreiheit, eine Deformation des "Geistes". Deformiert ist der menschliche Geist, wie er

sich absolut setzt und nicht frei ist, seiner Freiheit eine Grenze zu setzen. In ihm haust immer noch ein archaischer Zwang. Die Moderne ist nie modern gewesen.

Noch befremdlicher klingt in zeitgenössischen Ohren das, was Adorno als "Neutralisierung" bezeichnet. Mit Neutralisierung ist das letzte Kapitel seiner Negativen Dialektik überschrieben, und man sollte es getrost als das lesen, was es ist: als Vermächtnis. Auf den ersten Blick handelt es sich um die notorische Klage über das übel der kapitalistischen Kulturindustrie und die Herrschaft der Reklame. Darüber müsste man kein Wort verlieren, sind doch Adornos Schwarzmalereien in den medial fortgeschrittenen Ländern längst Realität geworden. Wenn in den neoliberal enthemmten Kampfgesellschaften die TV-Shows dazu übergehen, sogar Arbeitslose dem Publikum zum Frass hinzuwerfen, übertrifft das so ziemlich alles, was Adorno sich an sensorischer Verrohung hatte vorstellen können. Auch das Kasperletheater, das der italienische Regierungschef veranstaltet, ähnelt auf verblüffende Weise dem, was Adorno der Demokratie prophezeit hat: nämlich die mafiöse Herrschaft aus Konzern und Clique. Berlusconi schafft sich ein paar Fernsehsender an, bricht ihnen das Rückgrat und lässt sie nach seiner Pfeife tanzen. Was ist das anders, als der berüchtigte "Verblendungszusammenhang" als kulturindustrielle "Neutralisierung"?....

Thomas Assheuer, aus: Der wahre Konservative. Seine Negativität hat viele erschreckt. Mit Adorno lässt sich kein Staat machen. Heute überzeugt gerade seine Kritik am verordneten Optimismus. In: DIE ZEIT, Nr. 37, 04. September 2003.

Soweit zum "Papst der Radikalität" (Günther Anders über Adorno).

"Das gesamte Denken des 20. Jahrhunderts hatte eine ungezügelten Kult der Offenheit und eine entsprechende Phobie für jede Art der Verschlossenheit. Die Offenheit ist eine ständige Wanderung und eine Sehnsucht nach der ständigen Abwesenheit des Geliebten. Der Primat der Sprache ist unentwegt als grundlegende Offenheit der Menschheit aufgefasst worden.

... Man muss sich doch fragen, ob diese Herrschaft der offenen Dimensionen nicht im Sinken begriffen ist: Vielleicht gewahren wir ja, dass unsere Beziehung zu der Verschlossenheit des anderen wichtig ist. Der vorhin zur Sprache gekommene aidos der

Griechen meinte diesen Respekt vor dem anderen als einem Verschlossenen - im Hinblick auf die ideai, den Erscheinungen, den Abbildern, die im Jenseits verschlossen sind, sich selbst genügend, nicht manipulierbar. Nach der Orgie des Mitseins des 20 Jahrhunderts entdecken wir möglicherweise unser - vielleicht vollkommenes - Bedürfnis nach Einsamkeit.

Diese Filme zeigen uns ja die Liebe und die Fürsorge für jemanden, der seinerseits nicht offen ist, sondern vielmehr hermetisch und vielleicht definitiv verschlossen. Diese Verschlossenheit, könnten wir mit Heidegger sagen, bestürzt uns: Wir sind versucht, dem der atmet und nicht einmall als Animalisches herausgestellt ist, die Humanität abzusprechen. Aus diesem Grunde übrigens schreien wir laut das Recht auf Abtreibung heraus: Wir nehmen dem Fötus jede menschliche Eigenschaft einzig aus dem Grund, weil wir ihn für verschlossen halten, nicht nur im Bauch der Mutter, sondern verschlossen vor der Welt der Menschen (obwohl die Biologie uns zeigt, dass dies in keiner Weise stimmt: Der Fötus wird im Verlauf seiner Entwicklung immer offener). "Wer nicht spricht, lebt nicht", sagt im Kern der Modernismus, während er hinabdämmert. In unserer Beziehung zu dem Alzheimerkranken, zu dem "Mongoloiden", zu dem, der im Koma liegt, zu dem Fötus - zu allen, die nicht sprechen oder deren Sprachfähigkeit zerstört ist - überschreiten wir eine Grenze, die über unser Nachdenken als eigentlich Animalische hinausgeht: Endlich berühren wir die Präsenz als wesenseigene Verschlossenheit vor der Menschheit. Das heisst: Die eigentlich ethische Offenheit gegenüber dem andern ist Offenheit vor der Verschlossenheit des anderen, mehr noch, es ist Inhibition - aidos - vor unserer Offenheit (sich den anderen nicht nehmen).

Die Postmoderne verabscheut die Moral, weil sie hemmend ist, den pragmatischen Überschwang des Homo faber bremst, dessen Subjektivität sich in der Welt ausbreitet - doch ist es dieser anachronistische Ruf nach Respekt und Scham vor dem andren (die vegetabilische Natur eingeschlossen), der uns heute bis zu Marcos Tränen befragt, uns erschaudern lässt angesichts der Tiere, die zum Schlachthaus geführt werden. Das Bedürfnis nach Respekt vor dem Realen gerade in seiner Undurchsichtigkeit und Verschlossenheit taucht wieder auf - den wir sind noch vor allen Projekten, vor jeder Hinwendung auf die Zukunft, vor allem Austausch und aller Kommunikation, vor aller Intersubjektivität reale Präsenzen. Dickköpfige, törichte Ereignisse der Welt.

Mein Vater war Schüler und Freund von Benedetto Croce in Neapel. Als ich Kind war, vertraute er mir an, warum er nicht mehr an den Hegelianismus Crocescher Prägung glaubte. In seiner Anwesenheit hatte jemand versucht, mit Croce in dessen Wohnzimmer in Spaccanapoli über nichts weniger als über den Tod zu reden. Der Philosoph aus Neapel reagierte irritiert und unwillig: "Was geht mich denn der Tod an", sagte er, "ich werde in meinen Büchern leben!" Da nahm mein Vater vor meinen Augen ein Buch auf, das er geschrieben hatte, und sagte mit verzogenem Gesicht: "Und ich, Mario Benvenuto, sollte wirklich in diesen fünf, sechs beschmierten Seiten weiterleben? In diesem Namen auf einem orangefarbenem Einband?"

Da nun, durchtränkt mit fortschrittlichem Rationalismus, reagierte auch ich, wie Croce, irritiert. Doch ich glaube, mein Vater hatte etwas sagen wollen, das erst viel später in mir zur Reife gelangte. In einem gewissen Sinn hat der Idealismus - und auch der Postidealismus, den die Philosophen des Primats der Sprache darstellten - die Stelle der tröstlichen Verheissung der Religion eingenommen: "Nicht mehr deine einzigartige Seele wird post mortem weiterleben, sondern dein Denken, dein Wort, deine Schriften! Deine blosse Präsenz - das, was du bist - zählt absolut nichts. Das reale Sein des Menschen ist unerheblich".

Ich glaube, endlich erwachen wir aus dem Traum, der die blosse Präsenz des Körpers in den grossartigen, fortschreitenden Fährnissen des hohen Wortes annulliert. Wir müssen uns wieder um die Präsenz kümmern."

Sergio Benvenuto, aus: Der andere spricht nicht. Reine Anwesenheit und die Wiederkehr des naturalistischen Denkens. In. Lettre International - Europas Kulturzeitung, Nr. 61, II/03.

"Auf der ganzen Welt finden sich Menschen, die dazu imstande sind, anderen Menschen entsetzliche Dinge zuzufügen, indem sie leugnen, dass diese überhaupt Menschen sind, oder indem sie sich einreden, dass diese Menschen auf einer niedrigeren Entwicklungsstufe stünden, und Tiere oder Untermenschen seien. Abgesehen von allem, was uns dies zu tun erlaubte, ist das Leugnen des allgemeinen Menschseins selbst ein ganz besonderes Übel. Es ist das Übel, das Margalit als Unanständigkeit bezeichnet ...

Wenn wir keinen Stolz auf unser Land empfinden und selbst nichts falsch gemacht haben, könnten uns die Fehler, die unsere Vorfahren und Landsleute begangen haben, womöglich ungerührt lassen. Aber dieses Niveau wurzelloser Gleichgültigkeit wäre ungewöhnlich. Wenn wir irgendeinen Stolz auf unser Land empfinden wegen irgend etwas, das wir nicht persönlich selbst vollbracht haben - wie es jene tun, die über eine Kricket-Worldcup-Sieg der Australien Ashes jubeln oder die vielen Schönheiten und Annehmlichkeiten des gewöhnlichen Lebens in Australien geniessen oder wie ich wissen, dass sie glücklich sein können, hier zu leben -, wie können wir uns dann dem Gefühl der Scham entziehen, wenn die Geschichte unseres Landes beschämende Elemente enthält? Stolz und Scham gehen miteinander einher: entweder beides oder keines von beidem. Jeder, der ersteres beansprucht, muss gleichermassen auch letzteres auf sich nehmen. Oder wie Margalit es ausdrückt: "Eine anständige Gesellschaft ist eine, die ihr Schamgefühl nicht verloren hat." Wo die Wunden tief sind, tritt so leicht keine Heilung, aber häufig Frustration in. Aber verantwortliches Engagement für Wiedergutmachung ist für eine Gesellschaft unerlässlich, die Anspruch auf Anständigkeit erhebt. Dies ist eine Verantwortung, die die Regierungen ehren sollten."

David Malouf, aus: Australisches Bewusstsein. Träume von Land und Meer, Gefühle von Scham uns Stolz. In. Lettre International, Europas Kulturzeitung, Nr. 61, II/03

2003-09-08

"Walter Gröger wäre heute 81 Jahre alt. Er starb mit 24, am 16. März 1945, als einer von 20 000 hingerichteten Wehrmachts-Deserteuren. Sein Ankläger hiess Hans Karl Filbinger und regierte von 1966 bis 1978 Baden-Württemberg als nationalkonservativer CDU-Ministerpräsident. Dann machte Rolf Hochhuth die Vergangenheit des "furchtbaren Juristen" Filbinger publik. Eine NS-Schulddebatte durchfuhr die Bundesrepublik. Filbinger freilich bereute nichts, bis die eigene Partei ihn fallen liess, zumal bekannt wurde, dass der Landesvater an drei weiteren Todesurteilen beteiligt war. Überliefert ist ein Ausruf seines späteren Amtsnachfolgers Erwin Teufel: "Mein Gott, Herr Ministerpräsident, wo haben Sie denn sonst noch überall herumgerichtet?" Filbinger gestand Gedächtnislücken und besann sich auf den Satz: "Was damals rechtens war, kann heute nicht Unrecht sein". Das kostete ihn den Kopf, natürlich nur im übertragenen Sinne. Am 15. September wird er 90 Jahre alt. Tags darauf wollen sich Teufel und Filbinger wieder begegnen, beim Empfang in der Stuttgarter Staatskanzlei. Die Jahrzehnte seit seinem Zwangsabschied von der Macht

verbrachte der Jubilar mit Unschuldsbeteuerungen. Dennoch hat der Deutsche Bundestag am 17. Mai 2002 die Wehrmachts-Deserteure rehabilitiert, gegen die Stimmen von Union und FDP. Noch 200 Betroffene durften das erleben - wie Hans Filbinger, der wohl auch betroffen war, davon, wie den Verweigerern von Hitlers Krieg ihr Recht geschah."

Christioph Dieckmann,Ein Jubilar? Hans Karl Filbinger wird 90, in: DIE ZEIT, Nr. 37. 04. September 2003

"Der Schmerz über das Verlorene, über die Zerstörung der deutsch-jüdischen Symbiose, der Schmerz über den unwiederbringlichen Verlust an Kultur, der Schmerz, den man empfindet, wenn man heute etwa in Galizien oder Thessaloniki ist, der Schmerz über den Verlust dieser alten jüdischen Kultur, die dort von den Nationalsozialisten dauerhaft zerstört wurde - das alles ist auch eine Selbstzerstörung deutscher Kultur. Das endete mit der Zerstörung alter deutscher Städte, mit dem Verlust der Heimat und mit der Zerstörung alter deutscher Minderheiten in Südost- und Osteuropa. Dieser Selbstzerstörung kann man allerdings nicht gedenken, indem man bei 1944 beginnt. Das muss früher beginnen ..

... Aber mir geht es auch um den kulturellen Verlust. Wenn wir über die deutsche Sprache in der Europäischen Union diskutieren, weiss ich: Wir werden das, was sie einmal war, nicht wiederbekommen. Damit meine ich nicht nur den Umstand, dass es ihre Träger, die deutschen Minderheiten kaum noch gibt, sondern auch, dass die deutsche Sprache Orientierungspunkt für die Eliten in weiten Bereichen Europas war, basierend auf dem jüdischen Bürgertum in Deutschland wie in weiten Teilen Ost- und Südeuropas. Ist uns wirklich bewusst, dass wir bis heute den Verlust an Wissenschaft, an Intelligenz, Kultur, Film und Literatur nicht aufholen konnten? Haben wir je mit uns selbst diskutiert, was Deutschland an Zerstörung deutscher Minderheitenkultur zu verantworten hat, anstatt auf die Tschechen und auf andere mit dem Finger zu weisen? Wenn Frau Steinbach so käme, dann würde die Diskussion einen Sinn machen, weil sie zum Prozess einer sehr kritischen Selbstvergewisserung und Selbstfindung beitrüge. Damit würden wir vielleicht etwas wiederfinden, das unser Land unter den Nazis verloren hat...

Die Verantwortung für unsere Geschichte bestimmt die Grundlagen unserer Demokratie. Heute gründen wir, wenn auch im Widerstreit, auf diese belastbare Tradition der bundesrepublikanischen Demokratie. Heute gründen wir auf der normativen und

institutionellen Wirklichkeit einer der liberalsten Gesellschaften in Europa, die in allen Bevölkerungsschichten tief verwurzelt ist. Dieses Misstrauen, das meine Generation lange Jahre bestimmt hat - mich selbst bis zur Wiedervereinigung - hat sich aufgelöst. Die gilt aber - notabene! - nicht für die Notwendigkeit von Wachsamkeit, zum Beispiel gegenüber allen Formen des Antisemitismus und der Diskriminierung von Minderheiten. Also: Mir ist um die Substanz unseres Landes nicht bange. Das sage ich übrigens auch all jenen, die meinen, dass solcher Geschichtsrevisionismus funktionieren könnte respektive zu fatalen Konsequenzen führen werden. Diese Sorge teile ich nicht mehr."

Joschka Fischer im Gespräch mit Gunter Hoffmann und Bernd Ulrich, aus: Was haben wir getan? Ein ZEIT-Interview mit Aussenminister Joschka Fischer über ein Zentrum gegen Vertreibungen und über das Geschichtsbild der Deutschen, in: DIE ZEIT, Nr. 30, 28. August 2003

"... Menschenverachtend? Zynisch? Feindselig? Mit Sicherheit ist es ignorant, sich einzumischen, zu urteilen und zu verurteilen, wenn man nicht weiss, dass sich die 1988 verfasste und bis heute unverändert gültige Hamas-Charta in Artikel 7 auf das Wort des Propheten beruft, dass "Muslime die Juden bekämpfen und sie töten" sollen, die Zeit beschworen wird, da sich "die Juden hinter Felsen und Bäumen verstecken, welche ausrufen: Oh Muslim! Da ist ein Jude, der sich hinter mir versteckt; komm und töte ihn!" Dass in Artikel 20 vom "Nazismus der Juden" die Rede ist. Dass dort in Artikel 22 zu lesen steht: "Die Feinde (...) häuften einen riesigen und einflussreichen materiellen Wohlstand an (...), der es ihnen ermöglichte, die Kontrolle über die Weltmedien wie etwa Nachrichtenagenturen, Zeitungen, Verlagshäuser, Fernsehsender und ähnliches zu übernehmen. (...). Auch haben sie ihr Geld benutzt, um Geheimorganisationen zu gründen, die sich in der ganzen Welt ausbreiten, um die Gesellschaften zu zerstören und zionistische Interessen zu verfolgen. Derartige Organisationen sind: die Freimaurer, Rotary Club, Lions Club, Bnei Brith und ähnliches.(...) Was die regionalen Kriege und Weltkriege betrifft, so verhält es sich zweifellos so, dass sie hinter dem Ersten Weltkrieg standen, um das islamische Kalifat auszulöschen (...). Sie standen auch hinter dem Zweiten Weltkrieg, in dem sie immense Profite aus dem Handel mit Kriegsmaterialien zogen und auf den Boden für die Etablierung ihres Staates vorbereiteten. Sie haben die Errichtung der Vereinten Nationen und des Sicherheitsrates in Nachfolge des

Völkerbundes angeregt, um die Welt mit Hilfe ihrer Mittelsmänner zu beherrschen. Es gibt keinen Krieg, wo auch immer, der nicht ihre Fingerabdrücke trägt." Und dass in Artikel 13 erklärt wird: "Für die Palästinafrage gibt es keine andere Lösung als den Dschihad. Die Initiativen, Vorschläge und internationalen Konferenzen sind nichts als Zeitverschwendung." ...

Um zu urteilen oder zu verurteilen, sollte man auch wissen, dass es die 1928 gegründete ursprünglich ägyptische Muslimbruderschaft war, die den Heiligen Krieg oder die Todessehnsucht des Martyriums neu entdeckte. Dass diese Bruderschaft dann vom europäischen Faschismus inspiriert wurde. Dass der Mufti von Jerusalem Amin el-Husseini im Bündnis mit dieser Bruderschaft den Antisemitismus zum wichtigsten Bestandteil der gemeinsamen Weltanschauung machte. Dass Waffenlieferungen und Finanzhilfen der Nazis den von jenem Mufti geführten Aufstand 1937 gegen die "Gefahr" eines jüdischen Staates ermöglichten. Man sollte wissen, dass es eine Vereinbarung gab zwischen dem Mufti und Himmler, der Nationalsozialismus solle "als völkisch bedingte deutsche Weltanschauung und der Islam als völkisch bedingte arabische Weltanschauung unter Herausstellung der gemeinsamen Feinde (Judentum, Angloamerikanismus, Kommunismus, Freimaurer, Katholizismus) gelehrt werden." Dass der Heilige Krieg von Anfang an untrennbar mit dem Judenhass verbunden war. Nicht als antikoloniale, sondern als antijüdische Bewegung, wurden die Muslimbrüder, die heute mit der Hamas die wichtigste palästinensische Dschihad-Organisation sind, zur Massenbewegung. Und man sollte wissen, dass in der Hamas-Charta festgeschrieben ist, jeden Versuch einer friedlichen Lösung des Konflikts und jeden Versuch eines israelisch-arabischen Dialogs, jede Einigung mit den Israelis, die den Rückzug ihrer Siedler und Soldaten aus den besetzten Gebieten beinhaltet, zu torpedieren. Dass sich die islamistischen Attentate nicht gegen Politiker oder Militärs, sondern fast ausschliesslich gegen die Zivilbevölkerung richten ..."

Ulla Berkewicz, aus: Feindseligkeit, Weshalb Ted Hondrichs Buch "Nach dem Terror" nicht hätte erscheinen dürfen und weshalb unsere Reaktion auf den israelisch-palästinensischen Konflikt ignorant ist. In. DIE ZEIT NR. 36, 28. August 2003.

"Jürgen Klausenitzer: Herr Negt, Sie sind seit den 60er Jahren theoretisch und praktisch aktiv daran beteiligt, Alternativen zum Regelschulsystem zu begründen. So haben Sie z.B.

die Glocksee-Schule in Hannover gegründet und wissenschaftlich begleitet. Nun werden seit einiger Zeit Versuche unternommen, die Bildungssysteme der deutschen Länder nach Massgaben von Markt und Management zu restrukturieren. Zentrale Begriffe zur Begründung dieses Wandels sind Autonomie und Eigenverantwortung, Chancengleichheit, selbstreguliertes Lernen, selbständige Schule und Gestaltungsfreiheit, wesentliche Orientierungen also der Reformpädagogik. Müsste Ihnen da nicht das Herz aufgehen?

Oskar Negt: Ja, ich sehe viele Elemente, die aus der Ohnmacht gegenüber der alten Situation jetzt etwas formulieren, wofür die Glocksee-Schule gegründet und jahrelang gekämpft haben. Die Formelhaftigkeit aber, in der jetzt alle diese Elemente der Reformpädagogik vorgebracht werden, sind für mich Grund für allergrösste Skepsis, dass sich wirklich etwas verändert. Im Grunde ist diese eine Tendenz der Entstaatlichung des Bildungssystems, die zu einer betriebswirtschaftlichen Rationalisierung der schulischen Einrichtungen führt. Es ist ein sehr subtiler Versuch, die Marktgängigkeit von Bildung auf diese Weise zu verknüpfen mit Forderungen, die an sich ganz vernünftig sind. Ich bin der Auffassung, dass Schule nach wie vor eine vom Gemeinwesen und von staatlicher Finanzierung abhängiges System sein soll, aber auch mit der Tendenz zu grösserer pädagogischer Autonomie dieser Schulen. Aber gegenwärtig läuft etwas ganz anderes ab, und das gilt für die Universitäten genauso wie für die Schulen, nämlich gewissermassen die Verantwortung für Einschränkungen, Kürzungen, Rationalisierungen, Evaluationen auf Einzelinstitutionen abzuwälzen. Und so etwas wie Standardisierung von Lernzielen über die ganze Bundesrepublik hinweg - nach der Pisa-Studie ein der erhobenen Forderungen - , das widerspricht zentralen Forderungen der pädagogischen Fantasie und pädagogischen Experimentierlust, die ich für absolut notwendig halte.

Jürgen Klausenitzer: Wie erklären Sie sich den Bedeutungswandel so zentraler Begriffe wie Autonomie und selbstreguliertes Lernen?

Oskar Negt: Man muss diese Rückwendung auf Eigenverantwortlichkeit in dem Sinne sehen, dass nun jeder sein eigener Unternehmer seiner Arbeitskraft sein soll. Der "Arbeitskraftunternehmer" ist ja eine Sprachformel, die es vor zehn Jahren noch nicht gegeben hat, die auch keiner in den Mund hätte nehmen können. Oder nehmen Sie diesen gruseligen Begriff "Ich-AG": Das bedeutet ja, die alleinige Verantwortung für das eigene Schicksal zu übernehmen nach dem Motto "Jeder ist seines Glückes eigener Schmied". Die Mündigkeit und Urteilsfähigkeit der Menschen, die Erziehung zur

Widerständigkeit der Menschen ist mit dieser Autonomie gar nicht gemeint, sondern dass jeder irgendwie selbst zurecht kommen muss unter den globalen Marktbedingungen. Langfristig führt das auch zur Konkurrenz unter den Schulen mit ihren Angeboten. Im Grunde ist es so, dass die Schüler genauso wie die Studenten inzwischen behandelt werden sollen als Kunden, die man bedient.

Jürgen Klausenitzer: In der gegenwärtigen Debatte von Schulverwaltungsbeamten, Erziehungswissenschaftlern und Medien um die Restrukturierung der Bildungssysteme ist zwar pausenlos die Rede von Qualität und Qualitätssicherung. Die Inhalte aber von Bildung im emphatischen Sinne, jenseits von Effizienzmaximierung und Standardisierung, spielen kaum eine Rolle. Wie erklären Sie sich diesen Umstand?

Oskar Negt: Sie haben ganz Recht, als z.B. die Reaktionen auf die Pisa-Studie führten zu einer Scheinaktivität in höchst formalisierten Tätigkeitsfeldern. Ein wesentliches Element der Pisa-Studie besteht zum Beispiel darin, dass die Lesekompetenz nicht als eine Deutungskompetenz des Gelesenen, sondern als blosse Fertigkeit begriffen wird. Wir haben das in der Glocksee-Schule überprüft: Die Kinder, die die Möglichkeit haben, ihre emotionale und soziale Leistungsfähigkeit zu entwickeln, können auch lesend deuten. Das ist einer der Gründe, warum die Systeme in Finnland und in Schweden bis zur 9. Klasse nicht selektieren; denn diese Selektion unterbricht schon sehr früh den inneren Kommunikationsprozess der Schüler beim Lernen untereinander. Das heisst, die Schwächeren und die Stärkeren gehen keinen Kooperationsprozess im Lernen ein. Die Stärkeren können in Folge dessen nicht die Sachen dadurch begreifen, dass sie es den Schwächeren erklären. Wie umgekehrt für die Begabteren emotionale Probleme dadurch gelöst werden können, dass sie sich Schwächeren zuwenden. Ich entnehme der Pisa-Studie die Aufforderung: Wir müssen die alte, absolut richtige und begründete Forderung der ersten Reformperiode nach einer Gleichgewichtigkeit von kognitiven, emotionalen und sozialen Lernprozessen wieder aufnehmen. Aber davon ist in den Reaktionen überhaupt keine Rede. Auch bei Linken nicht. Auch in der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft nicht.

Jürgen Klausenitzer: Kann man sagen, dass diese weitgehend passive Hinnahme dieser gegenwärtigen Veränderung auch darin ihren Grund hat, dass Bildungspolitik nicht mehr als Gesellschaftspolitik gedacht wird?

Oskar Negt: Das ist ganz bestimmt so. Aber das hat natürlich seinen Grund darin, dass das, was unter Gesellschaftspolitik heute verstanden wird, sehr fragmentiert ist. Wenn man immer wieder von Reformen spricht, z.B. der Rentenreform, dann muss man sagen, dass der Reformbegriff selber eingebunden ist in Formen von Rationalisierung. Dass sind alles Kürzungsreformen. Dieser abgemagerte Reformbegriff ist ja in den 60er und 7oer Jahren völlig unbekannt gewesen. Man hätte die gegenwärtigen Veränderungen nicht als Bildungsreform verstanden.

Jürgen Klausennitzer: Welche Rolle können Alternativschulen übernehmen im Kontext gegenwärtiger Entwicklungen, die man bezeichnen muss als Rationalisierungs- und - perspektivisch - Privatisierung?

Oskar Negt: Eine grosse Rolle, weil gerade in Deutschland, wie sonst in keinem anderen Land, ein Vorrat an pädagogischer Organisationsphantasie vorhanden ist. Ich beziehe mich nicht nur auf die Konzepte und Erfahrungen, aus der Zeit der Weimarer Republik, die schon in den 60er und 70er Jahren nicht in die Gesamtschulkonzeption eingegangen sind. Mit der Idee der Einheitsschule - die Einheitsschule ist ja nicht in das Projekt Gesamtschule aufgenommen worden - meine ich unter anderem das Öffentlichmachen eben solcher Alternativschulprojekte, wie es z.B. die Glocksee-Schule und die Bielefelder Laborschule sind. In der gegenwärtigen Situation ist das ganz zentral, weil die Orientierung an Alternativen praktisch verlaufen. Im Augenblick machen wir in der Glocksee-Schule z.B. einen jahrgangsübergreifenden Unterricht, indem wir die ersten, zweite und dritte Klasse zusammennehmen, also in jeweils einem Drittel. Wir haben hervorragende Erfahrungen mit der Auflösung der Jahrgangsklassen gemacht und experimentieren da weiter.

Jürgen Klausenitzer: Sie setzen darauf, dass das gute Beispiel der Alternativschulen Früchte trägt. Allerdings muss man auch sagen, dass die gegenwärtige Restrukturierung in ihrem Kern eine Verwaltungsreform und weniger eine Bildungsreform ist.

Oskar Negt: Ich sehe keine anderen Möglichkeiten. Das mag sein, dass das klein ist, aber z.B. dieses kleine Glockseeprojekt, das seit 30 Jahren existiert, hat vielleicht 5000 Lehrerbesuche gehabt. Wenn Lehrer in einem solchen Projekt die Möglichkeit haben, alternative Lernpraxis zu studieren, kann das nicht wirkungslos sein."

Oskar Negt, emeritierter Soziologieprofessor an der Universität Hannover und vor gut 30 Jahren Mitbegründer der alternativen Glocksee-Schule ("Lernen ohne Angst und Noten") im Gespräch mit Jürgen Klausennitzer. Stark gekürzte Fassung des Interviews aus der September-Ausgabe der Zeitschrift Widersprüche (Heft 89 mit dem Themenschwerpunkt Bildung),
Kleine Verlag, Postfach 101668, 33516 Bielefeld.
www.kleine-verlag.de

aus: Wolf im reformpädagogischen Schafspelz. Der Soziologe Oskar Negt zu emanzipatorischer Bildung und zum wachsenden Druck auf die Schulen in Deutschland, Marktgesetze zu befolgen. In: Frankfurter Rundschau, Nr. 205,
03. September 2003

"Diese Richter sind in doppeltem Sinne wahnsinnig. Erstens sind sie es politisch. Und zudem sind sie überhaupt verrückt. Um diesen Beruf auszuüben, müssen sie geistesgestört sein und psychische Probleme haben. Sie machen diesen Beruf, weil sie anthropologisch andersartig sind als der Rest der menschlichen Rasse".

Italiens Ministerpräsident Silvio Berlusconi, im Interview mit der Zeitung La Voce di Rimini über die Richter im Andreotti-Prozess, der die Verbindung Andreottis mit der Mafia bewies, wegen Verjährung aber zum Freispruch Andreottis führte.

Zitat aus: Frankfurter Runschau, 05. September 2003

"Hessen ist nicht vorn, auch nicht mehr bei der Bonität. Zwar haben die Hessen ihren Ministerpräsidenten kürzlich mit der absoluten Mehrheit prämiert und Roland Koch damit für nationale Spitzenämter nominiert. Doch die Rating-Agentur Standard & Poor's hat das Bundesland wegen seiner Schuldenlast und seines Haushaltlochs gerade von der höchsten Kreditwürdigkeitsnote (AAA) herunter gestuft. Die Opposition schäumt über die "Verschuldungsorgie", als hätten frühere Regierungen damit nichts zu tun, und klagt, Hessen verliere "bares Geld", so der Haushaltsexperte der Grünen. Eine Zeitung hat errechnet, dass die Rückstufung binnen zehn Jahren zusätzliche 21 Millionen Euro an Zinsen kosten werde.

So kann es gehen. Zwar rangiert Hessen unter den deutschen Ländern immer noch auf den vorderen Plätzen und weit vor, sagen wir: der Ukraine oder Mali, aber der Fluch der Globalisierung fällt auch auf die Spitzenregionen zurück. Sie haben den gnadenlosen Wettbewerb gefordert und weniger entwickelten Gegenden der Welt aufgezwungen, jetzt dürfte auch die Bundesrepublik ihr tripple A über kurz oder lang verlieren. Wetteiferten früher nur sozialdemokratische A- mit christdemokratischen B-Ländern um die besseren Reifeprüfungen, ist mit PISA der Bildungswettbewerb globalisiert worden. Ebenso gerankt und geratet werden Arbeitsproduktivität, Lohn(neben)kosten, Steuerbelastung, Ausgaben für Forschung und Entwicklung, desgleichen "gefühlte Werte" wie der output gab (die angenommene Differenz zwischen dem tatsächlichen und dem möglichen Bruttoinlandsprodukt einer Nation) und ein "Index der wirtschaftlichen Freiheit". Und was immer die Rating-Agenturen messen - der frühere Wirtschaftsstreber Deutschland schneidet schlecht ab.

Gar nicht wahr, beteuern Finanzminister, Stadtkämmerer und nicht zuletzt die Firmenchefs deutscher Weltkonzerne; ThyssenKrupp wurde vor kurzem auf Ramsch-Niveau abgestuft, zuletzt erwischte es die Münchner Rück. Plötzlich kommen ihnen Zweifel an der Objektivität der drei Rating-Agenturen, die den Weltmarkt zu 95% beherrschen. Neben S&P nehmen Moody's und die Agentur Fitsch alles unter die Lupe, was Geld leiht und verleiht - Banken, Unternehmen und eben auch Staaten. Was der kleine Krauter zu spüren bekommt, wenn er fürs neue Auto oder eine Renovierung Kredit aufnehmen will, tritt auch ihnen entgegen: eine SCHUFA im Weltmassstab.

Gewiss muss es neutrale Einrichtungen geben, die Kreditrisiken bewerten, Schuldverschreibungen beurteilen und den Risikogehalt einer Kapitalanlage abschätzen, und je höher dieses Risiko eingestuft wird, desto höher steigt der Zinssatz, den man für eine Anleihe auf internationalen Kapitalmärkten entrichten muss. Das Lamento der hessischen Opposition zeigt jedoch, dass diese Noten offenbar als Wort Gottes gilt.

Dabei lenkt weder eine überirdische Instanz noch eine unsichtbare Hand den Finanzmarkt, sondern konkrete Agenturen mit Sitz an der Wall Street oder in der Eurocity Frankfurt am Main, wo ein ganz bestimmter Typus von Wirtschaftsabsolventen ein homogenes, um nicht zu sagen: borniertes Milieu bildet. In ihren Bewertungen fliessen neben den üblichen Wirtschaftsindikatoren politische Faktoren ein, und beide orientieren sich strikt am neoliberalen Dogma. Die Vereinigten Staaten rangieren deswegen stets vor Kanada, die

Schweiz vor Schweden, und das Oligopol der drei Rating-Agenturen gilt heute als einflussreicher als die (nicht minder problematischen) Vorgaben von Weltbank und Internationalem Währungsfonds.

Alle agieren sie vornehmlich im Sinne der institutionellen Anleger, der grossen Investment- und Pensionsfonds, und deswegen haben wir es auch hier mit einem Fall von "Privatisierung der Weltpolitik" zu tun - indem private, von niemandem kontrollierte Firmen weltöffentliche Kernaufgaben wie die Regulierung des Finanzsystems an sich ziehen und die Entwicklungschancen der Dritten Welt bestimmen, die immer weniger auf staatliche Hilfen hoffen darf, sondern privates Geld beschaffen soll. Rating macht auch Nationalstaaten zu Marken, und nichts schadet bekanntlich mehr als ein schlechter Leumund, ganz gleichgültig, ob er verdient ist oder nicht.

Dagegen regt sich nur vor allem in Europa Unmut. In Zweifel gezogen wurden die Rating-Agenturen bereits Mitte der 90er Jahre, als rosige Bewertungen die Asien-Krise verschärften. Und dann erhielt ausgerechnet der texanische Konzern Enron, der schlimmste Geisterfahrer der Finanzwelt, Bestnoten, kurz bevor sein Riesenbetrug aufflog. Das zeigt auf welch schmaler Informationsbasis die Agenturen ihre oft nur geratenen Ratings vornehmen - in seltsamer Übereinstimmung. Ausgerechnet den hoch bezahlten Wettbewerbshütern fehlt, was sie ihren Kunden immer auferlegen: Wettbewerb und Transparenz. Dafür habe sie, was sie an Staaten stets kritisieren: bürokratische Macht.

Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) sieht in den Rating-Agenturen "die grösste unkontrollierte Machtstruktur im Weltfinanzsystem", fügt aber sogleich hinzu, nie im Leben könne eine deutsche Behörde US-Agenturen beaufsichtigen. Dennoch ist die Kritik nicht spurlos an den Agenturen vorübergegangen, und sie hat zu einer fatalen Überreaktion gefühlt: Um ihre Strenge zu beweisen, stufen sie Unternehmen uns Staaten nun gleich serienweise herunter.

Was der Kapitalmarkt allerdings zunehmend ignoriert, weil so gut wie alle in den Keller gegangen sind, und insofern ist es ein Witz, wenn ausgerechnet Rot-Grün, jetzt auch in Berlin, das Verdikt der Rating-Agenturen bekräftigt, statt ihr Gebaren, wie das von Wirtschaftprüfern und Analysten, unter politische Aufsicht zu nehmen und die Kontrolleure endlich zu kontrollieren. Roland Koch will nun (brutalstmöglich) "sparen wie noch nie". Damit befördern Ratings das vor Jahrzehnten von Maggie Thatcher und Ronald Reagan gesteckte Ziel, die öffentlichen Hände systematisch kaputt zu sparen und ihnen damit die

Möglichkeit zur Fürsorge für öffentliche Kollektivgüter zu entziehen. Angesichts dieser Finanzkrise ist unsere finanzpolitische Debatte beklagenswert provinziell.

Claus, Leggewie, Brutalstmögliches Sparen. Der Fluch der Globalisierung fällt auch auf die Spitzenregionen zurück: Zur dubiosen Rolle der Rating-Agenturen in der neuesten Sparrunde.
In: Frankfurter Rundschau Nr. 206. 04. September 2003

"Die nächste Welle der Globalisierung rollt: jetzt stehen Bürotätigkeiten in der weltweiten Konkurrenz - von einfacher Datenerfassung bis zu den vor kurzem noch umworbenen so genannten Wissenschaftsarbeitern, also Ingenieure und IT-Spezialisten, aber auch Architekten, Anwälte und Ärzte. Für die auf Kostenoptimierung bedachten Konzerne und Verwaltungen winken Stundensätze, die 80 bis 90 Prozent unter den Kosten in den Hochlohnländern Europas und in den USA liegen. Gibt es demnächst Greencard-Programme der indischen oder der chinesischen Regierung?

Ein paar Beispiele: Radiologen in Bombay checken die Ergebnisse der Computer-Tomografie von Patienten aus dem Massachusetts General Hospital in Boston/USA. Die CT-Bilder gehen digital nach Bombay, und von dort werden die Arztberichte wieder nach Boston übermittelt. Angestellte in Indien erfassten bis vor kurzem die Daten von arbeitslosen Wohlfahrtsempfängern im US-Bundesstaat Ney Jersey, bis ein öffentlicher Aufschrei in den USA den Unsinn stoppte. Die New Yorker Strafmandate für Falschparker werden in Ghana sortiert. Die amerikanischen IT-Konzerne IBM, Microsoft, Oracle und andere haben vor kurzem angekündigt, in grossem Umfang die Software-Entwicklung speziell nach Indien zu verlagern. Der Dienstleistungssektor in den USA wird nach einer Studie von Forrester Research bis zum Jahre 2015 3,3 Millionen Arbeitsplätze verlieren. Diese Arbeitsplätze wandern nach Indien, China, Philippinen etc. Nach dieser Studie sind neben etwa 500 000 IT-Jobs ungefähr zwei Millionen Bürojobs betroffen. Das betrifft nicht nur einfache Call Center- oder Helpdesk-Aufgaben, sondern anspruchsvolle Tätigkeiten im Einkauf, bei der Aktienanalyse, der Bearbeitung von Versicherungs-Schadensmeldungen oder in der Buchhaltung. 25 Prozent der 500 grössten US-Konzerne verlagern gegenwärtig Jobs nach Übersee.

In Europa das gleiche Bild: Für die europäischen Finanzdienstleister erwartet Deloitte Consulting in den nächsten Jahren die Verlagerung von 700 000 oder von 15 Prozent aller IT-Arbeitsplätze. Die Deutsche Bank ist hier Vorreiter mit der Ankündigung, über 10 000 IT-Arbeitsplätze auszulagern, davon etwa die Hälfte in Billiglohnländern ... SAP will die Entwicklung in Bangalore/Indien demnächst auf 2000 Mitarbeiter aufstocken; es wäre naiv zu glauben, dass davon die Beschäftigung in Deutschland nicht betroffen ist.

... Wer als IBM-, Siemens- oder Infineon-Beschäftigte/r einen qualifizierten Bewerber anschleppte, der anschliessend auch eingestellt wurde, konnte eine dicke Geldprämie kassieren. Angestreckt von der spekulativen Überhitzung im IT-Sektor, produzierte auch die deutsche Politik eine Green-card-Regelung nach US-Vorbild, die auch jetzt in Krisenzeiten und trotz der negativen Erfahrungen vieler "Greencard-Inhaber" beibehalten wird. Denn unter anderem mit dieser Regelung wird langfristig dafür gesorgt, dass qualifizierte Spezialisten künftig nicht mehr knapp sind und dass die Gehälter niemals mehr in den Himmel wachsen. Kurz: das auch am IT-Arbeitsmarkt die Käufer der Arbeitskraft die Preise bestimmen.

... Allerdings hätte es schon stutzig machen müssen, dass der behauptete Fachkräftemangel nur für die Altersgruppe von 23 bis 35 galt.

Jetzt ist alles anders: Die weltweite Konjunkturschwäche und das Platzen der IT-Blase speziell machen Kostensenkung zur obersten Priorität. Plötzlich tauchen Manager und Vorstände zum Beispiel auf Siemens-Betriebsversammlungen mit Tabellen auf, was Entwickler und Ingenieure in Rumänien oder in China oder sonst wo kosten. Die Botschaft an die Beschäftigen ist eindeutig: Im globalen Vergleich seid Ihr zu teuer! ...

... Unter den so genannten Offshore-Ländern hat Indien bislang eine Ausnahmestellung. Laut Garter Group gehen 90 Prozent aller weltweiten Offshore-Umsätze dahin. Das liegt neben den guten Englisch-Kenntnissen der indischen Hochschulabsolventen vor allem an dem riesigen Potential gut ausgebildeter IT-Arbeitskräfte und Informatiker. Jahr für Jahr kommen in Indien so viele frische diplomierte Informatiker auf den Arbeitsmarkt, wie in Deutschland insgesamt Informatik studieren. Und fast die Hälfte der indischen Informatik-Absolventen sind Frauen.

Die US-Konzerne GE und American Express haben die Verlagerung von Jobs nach Indien vor zehn Jahren ins Rollen gebracht. GE hat inzwischen 22 000 Beschäftigte in Indien,

getreu der von Ex-GE-Chef Jack Welch aufgestellten 70-70-70-Regel: 70 Prozent aller Prozesse und Aufgaben outsourcen, davon 70 Prozent ins Ausland verlagern, und von denen wiederum 70 Prozent nach Indien! Fast 12 000 GE-Beschäftigte in Indien arbeiten allein in Call Centern. "Jeder Job, der auf der englischen Sprache in Märkten wie USA, UK oder Australien basiert, kann in Indien gemacht werden." 48 Prozent der gesamten Software-Entwicklung von GE passiert in Indien ...

"Indien erwächst Offshore-Konkurrenz" titelt das Branchenblatt Computerwoche (22/2003). Auslagerungsalternativen gibt es dem Blatt zufolge unter anderen in China, Russland und Polen. Der Kostendruck lässt die europäischen und US-amerikanischen Anwender nach günstigsten Offshore-Angeboten suchen. Gartner rechnet für Europa allein für dieses Jahr mit einem Zuwachs von 40 Prozent bei der Auslagerung in Billiglohn-Länder. Unter dem weltweiten Überangebot an qualifizierten Programmierern werden nicht nur immer mehr IT-Arbeitsplätze aus den USA- und Europa verlagert, sondern die Tagessätze zum Beispiel für indische Programmierer sind laut Nasscom, dem indischen IT-Branchenverband, von Frühjahr 2002 auf 2003 um zehn Prozent gefallen, auf etwas 35 US-Dollar die Stunde unter dem Hinweis auf noch günstigere Stundensätze in Vietnam, Russland und vor allem China. Laut Meta Group verlangen Anbieter hier zu Lande zwischen 70 und 110 Euro ...

Bei den genannten Preisunterschieden auf dem freien Markt zwischen den Kosten eines qualifizierten Entwicklers in Deutschland oder in den USA im Vergleich zu Indien, China oder Rumänien ist guter Rat teuer. Geradezu albern muten da die Zumutungen der Allparteien-Koalition zur Senkung der Lohn(neben)kosten an. Denn bei den Operationen der Agenda 2010 etcetera geht es um wenige Prozentpunkte in den nächsten Jahren, die den Entwickler in München allenfalls so billig wie seinen Kollegen in Frankreich oder Schweden oder Finnland machen. Für die Unternehmen sind das nette Extraprofite, die sie gerne einstreichen, während sie gleichzeitig munter weiter Arbeitsplätze verlagern. Dann an dem riesigen Gefälle zu den Lohnkosten in Rumänien, Indien oder China ändert das gar nichts.

Ebenso wenig helfen betriebliche Bündnisse oder Zugeständnisse der Gewerkschaften weiter, wie sie etwa zur Sicherung von Fertigungsstandorten und von Arbeitsplätzen in der Produktion immer wieder vereinbart wurden. Denn es gibt einen fundamentalen Unterschied in der betriebswirtschaftlichen Betrachtung von Fertigungsarbeiten und

(qualifizierte) Büro- oder Entwicklungsjobs: In der Fertigung machen Lohnkosten immer nur einen Teil der Herstellkosten des Produkts aus, in der Chipindustrie sogar nur wenige Prozent. Deswegen werden nur ausgesprochen lohnintensive Fertigungen in Niedriglohn-Länder verlagert, oder die Fertigungen werden dort aufgebaut, wo wichtige Absatzmärkte sind (zum Beispiel die deutschen Autobauer in den USA). Bei der Software-Entwicklung dagegen betragen die Lohnkosten nahezu 100 Prozent der Herstellungskosten. Und bei den "unproduktiven" Bürotätigkeiten (Sachbearbeiter etc.) sind die Lohnkosten ebenso der grösste Kostenblock.

Gegen diesen globalen Trend auf die internationale Vernetzung der Gewerkschaften zu setzen - sofern die überhaupt praktisch funktioniert und sofern es in den Niedriglohn-Ländern in diesen Branchen überhaupt Gewerkschaften gibt -, ist eine Aufgabe für die nächsten Jahrzehnte. Zudem kann den Gewerkschaften zum Beispiel in Indien das Interesse unterstellt werden, dass die Verlagerung von Arbeitsplätzen aus den USA oder auch Deutschland nach Indien weitergeht.

Offensichtlich sind jetzt Antworten gefragt, und zwar nicht nur im nationalen Massstab. Denn wenn die Lohnvergleiche der Konzerne stimmen, sind mehr oder weniger alle industrialisierten Länder betroffen. Die Gewerkschaften müssen die Diskussion darüber lostreten und Handeln von der Politik, etwa von der EU, einfordern.

In den USA gibt es längst eine öffentliche Debatte zu dem Thema. Alle Tageszeitungen und die grossen Magazine berichten regelmässig darüber. Inzwischen liegen in fünf US-Bundesstaaten - New Jersey, Connecticut, Maryland, Missouri und Washington - auch Gesetzesentwürfe vor, nach denen entweder der Einsatz von ausländischen Beschäftigten bei öffentlichen Aufträgen untersagt sein soll oder die verlangen, dass sich ausländische Call-Center-Beschäftigte bei jedem Anruf identifizieren müssen. Der US-Gewerkschafts-Dachverband AFL-CIO fordert von der US-Regierung, dass die oberste Finanzbehörde GAO (General Accounting Office) eine Untersuchung über die wirtschaftlichen Auswirkungen des Offshoring durchführt.

US-Gewerkschaften verlangen ausserdem gezielte lokale Steuererleichterungen für Firmen, die in den Gemeinden gute Jobs schaffen und nicht nur Versprechungen machen. Die US-Firmen laufen mit ihren Lobbyisten Sturm gegen diese Debatte, und vor allem gegen die Gesetzesentwürfe, und beschwören die Vorzüge der Globalisierung. Sie stehen aber zugleich in der Öffentlichkeit am Pranger. Jüngstes Beispiel ist der Computerkonzern

IBM: Aus den Vorstandsetagen landete eine vertrauliche Ansprache des Personalchefs über die Vorteile der Auslagerung nach Indien und China binnen kurzem auf der Titelseite der New York Times."

Wolfgang Müller, aus: Am Ganges und am Jangtse sprießen IT-Jobs. Viele Konzerne verlagern nun auch qualifizierte Arbeitsplätze aus den Industrieländern in so genannte Niedriglohn-Länder. In: Frankfurter Rundschau Nr. 206, 04. September 2003

Wolfgang Müller hat lange als Software-Entwickler bei US-Computerfirmen gearbeitet und leitet heute in München das Siemens-Team der IG Metall. 2002 ist sein Buch "HighTech Report: Zur Situation und Zukunft der HighTech-Industrie" erschienen (Toeche-Mittler Verlag, ISBN 3-87820-110-0)

2003-09-06

Dass es gute Gründe gibt Lohnunterschiede zuzulassen, zeigt Nikolaus Piper, Wirtschaftsfachjournalist der Süddeutschen Zeitung,
einst auch als Redakteur der Badischen Zeitung in Lörrach tätig:

"Völkerwanderung in Deutschland

Wenn das Kapital flieht

Warum Betriebe und Arbeitskräfte das Land verlassen

Ungefähr dreißig Jahre lang haben die Deutschen gebraucht, um zu merken, dass sie in einem Einwanderungsland leben. Jahrelang bestritten die einen das Offensichtliche, die anderen taten so, als handele es sich bei der multikulturellen Gesellschaft um ein ewiges Straßenfest. Längst hat es auch die CSU gemerkt: Die Gastarbeiter gehen nicht mehr zurück, Migration ist ein zentrales Element unseres Alltags geworden. Noch ist diese Erkenntnis kaum gereift, da ahnen es Weitsichtige: Wir sind nicht nur ein Ein-, wir sind auch ein Auswanderungsland. Es wandern Arbeitsplätze aus, und es wandern mehr und mehr Arbeitskräfte aus.

Migration wird unübersichtlich. Ein Spielzeughersteller aus dem Fränkischen verlagert seine Puppenproduktion nach Tschechien, der Lohnkosten wegen. Auf Großbaustellen in Berlin, München und anderswo wird polnisch, tschechisch und englisch gesprochen, aber

kaum noch deutsch. Infineon, die Münchner Siemens-Tochter, erwägt, die Firmenzentrale in die Schweiz zu verlagern. Die Hypo Real Estate, eine Absplitterung der krisengeschüttelten HypoVereinsbank aus München, führt vom 6. Oktober an ihre wichtigsten Geschäftsfelder von Dublin aus. Dort hat auch der neue Chef der Bank, ein Deutscher übrigens, seinen Hauptwohnsitz. Eine angehende Volkswirtin aus Frankfurt studiert an der London School of Economics, macht dort einen Abschluss, bekommt einen Job in der Londoner City und merkt irgendwann, dass sie gar nicht mehr nach Deutschland zurück möchte.

Die Republik ist in Bewegung. Vor unseren Augen vollzieht sich ein so gravierender demographischer Umbruch, dass Bevölkerungswissenschaftler ihn mit jenem des Dreißigjährigen Krieges vergleichen. Im sechsten Teil unserer Migrationsserie untersucht Nikolaus Piper, warum Deutschland im Moment zum Auswanderungsland wird.

"Die Bourgeoisie reißt alle Nationen in die Zivilisation", schrieben Karl Marx und Friedrich Engels 1848 im "Kommunistischen Manifest". Heute würde man sagen: Die Welt ist ein Dorf und niemand kann sich dem globalen Wettbewerb entziehen. Die Migration von Kapital und Arbeit macht vielen Menschen Angst, vor allem wenn sie die Dimension begreifen, die diese Migration inzwischen erreicht hat. Aber es liegt auch eine Chance darin, wenn Migration auch als Auswanderung wahrgenommen wird. Dann erkennt man: Migration ist nicht auf das Wirken anonymer Mächte zurückzuführen sondern das Ergebnis meist sehr rationaler, individueller Entscheidungen.

Wer die ökonomische Dimension des Problems erfassen will, kommt um eine Kategorie nicht herum: den Standort. Seit den achtziger Jahren diskutieren die Deutschen, ob der "Standort Deutschland" noch wettbewerbsfähig ist. Eigentlich ein Missverständnis, denn für einen Standort ist Deutschland viel zu groß. München ist ein Standort, Duisburg oder vielleicht auch der Landkreis Pinneberg, aber niemals eine mittelgroße Nation. Standorte sind Orte, an denen produziert wird, an denen Wohlstand entsteht. Deshalb konkurrieren Städte und Landkreise um Kapital, aber auch um Menschen, die Wohlstand schaffen können.

Das war schon immer so. Nach dem Dreißigjährigen Krieg lockten deutsche Regionalfürsten Juden mit Vergünstigungen ins Land, um das verwüstete Land wieder aufzubauen. Diese brachten Kapital mit, Wissen und Gewerbefleiß. Aber als hohe Grenzzäune Europa durchschnitten, war der Wettbewerb zwischen den Standorten noch

wenig ausgeprägt. Heute, da die Grenzen offen sind, werden einige grundlegende Tatsachen dieses Wettbewerbs deutlich: Eine starke Position in diesem Wettbewerb haben all jene, die wählen können, die gut ausgebildeten Fachkräfte, die wettbewerbsfähigen Betriebe; sie werden umworben und können Forderungen stellen. In einer schwachen Position sind die weniger Mobilen, die an einen Standort gebunden sind, weil sie woanders nicht mit Arbeit rechnen können oder weil sie aus persönlichen Gründen in der Heimat bleiben. Sie sind die Werbenden im Wettbewerb.

Nun verursacht Migration Kosten, auch für den Migrierenden. Kein Betrieb verlagert seinen Sitz ohne Not: Er muss neue Gebäude errichten, neue Arbeitskräfte anwerben, sich in einem neuen Umfeld zurechtfinden. Daher gibt es eine Sperre gegen die Abwanderung von Arbeitsplätzen. Aber diese Sperre ist nicht unendlich hoch. Eine höhere Steuerlast mag noch hinnehmbar sein, auch höhere Kosten für den Umweltschutz, höhere Löhne, mehr Bürokratie. Aber alles zusammen lässt dann eines Tages die Bilanz zu Lasten eines Standorts ausfallen.

Ähnlich sieht es für Arbeitskräfte aus. Ein junger hoch qualifizierter Techniker nimmt es vielleicht noch hin, dass er in Kassel weniger verdient als in London. Wenn er dann aber damit rechnen muss, dass die Sozialbeiträge immer weiter steigen, wenn er zu gewärtigen hat, dass seine Kinder in schlechte Schulen gehen, dann zieht er eben eines Tages weg, wenn er die Möglichkeit dazu hat. Wahrscheinlich war es die Aussicht, dass in Deutschland alles schlechter wird, die in den vergangenen Monaten für so viel Überdruss unter jungen, gut ausgebildeten Deutschen gesorgt hat. Man hat die Kosten der deutschen Wirtschafts- und Sozialpolitik auf den Gegenwartswert heruntergerechnet und seine Schlüsse gezogen.

Im deutschen Sozialstaat, so wie er heute verfasst ist, liegt daher eine ungeheure Sprengkraft. Das wird besonders deutlich in der gespenstischen, aber oft gebrauchten Formulierung, die Wohlhabenden müssten zur Finanzierung von Renten, Gesundheitsvorsorge und anderem "herangezogen" werden. Bei offenen Grenzen lässt sich niemand mehr so einfach "heranziehen". Wer es trotzdem versucht, wer ein hohes Versorgungsniveau durch immer höhere Abgaben zu sichern sucht, der erzielt einen doppelten Effekt: Er schreckt Einzahler in das Sozialsystem ab, und er lockt Empfänger von Sozialleistungen an, auch aus Ländern, in denen harte Arbeit nur einen Bruchteil der

deutschen Sozialhilfesätze bringt. Die Erkenntnis ist unbequem, aber kann den Sozialpolitikern, besonders in den Regierungsparteien, viele Enttäuschungen ersparen.

Der größte Fehler liegt vielleicht darin, Deutschland als ein homogenes Gebilde zu sehen, als einen einheitlichen Standort, in dem Löhne, Abgaben und Lebensqualität möglichst gleich sein müssen. Das ist das Drama der deutschen Tarifpolitik, es ist insbesondere das Drama der Lohnpolitik in Ostdeutschland. Es gibt vermutlich wenig Faktoren, die die Arbeitslosigkeit in den neuen Bundesländern so in die Höhe getrieben haben, wie die Politik der Lohnangleichung durch Arbeitgeber und Gewerkschaft, jenen "Populisten der Einheit im Raum", wie sie der Ökonom Herbert Giersch einmal genannt hat.

Der Mechanismus lässt sich leicht beschreiben: München ist ein attraktiver Standort. Das ist zum Teil einfach Glück: Siemens ist nach dem Zweiten Weltkrieg an der Isar geblieben, BMW hat 1959 eine schwere Unternehmenskrise überwunden; es ist zum Teil das Ergebnis kluger Politik und es ist, was man nicht unterschätzen sollte, ein Geschenk der Natur. Qualifizierte Menschen wohnen einfach gerne in München, und sei es nur, weil sie im Winter Ski fahren wollen. All dies rechtfertigt hohe Immobilienpreise und hohe Löhne. Wenn nun aber jemand versucht, die Münchner Löhne dem ganzen Land zu verordnen, muss er an weniger attraktiven Standorten notwendigerweise Arbeitslosigkeit produzieren, Arbeitsplätze wandern ab, Betriebe schließen.

Dies sind keinesfalls theoretische Überlegungen. Seit Jahrzehnten bestimmt der Großraum Stuttgart, dank DaimlerChrysler ein ebenfalls sehr attraktiver Standort, über die Lohnforderungen der IG Metall mehr oder weniger direkt das Lohnniveau in der Metall verarbeitenden Industrie der ganzen Republik. Wo die Bedingungen weniger gut sind als am Neckar, treibt dies erst die Arbeitsplätze und dann die qualifizierten Arbeitskräfte aus dem Land. Herbert Giersch, der frühere Präsident des Instituts für Weltwirtschaft, fordert als Rezept gegen das Ausbluten des Landes, mehr Lohndifferenzierung: Wenn man Migration von Arbeit und Kapital im Inland zulässt, dann ist weniger Migration aus Deutschland heraus zu befürchten.

Im Grunde ist die Sache für die Politik ganz einfach: Man sollte Migranten, egal welcher Nationalität, als denkende Wesen ernst nehmen. Sie sind weder Opfer noch vaterlandslose Gesellen, sondern Menschen, die ihr Lebensglück suchen."

Nikolaus Piper, aus: Süddeutsche Zeitung 06. September 2003. Originaltext

2003-09-05

Peter Bofinger, Wirtschaftsprofessor an der Universität Würzburg seziert in der Frankfurter Rundschau die sieben gängigsten Klagen über die deutsche Wirtschaft.
Klagelieder

Er zeigt darin, dass wenig stimmt, was so an populistischen Stammtischparolen von den Westerwelles, Hundts und Lehmanns der Berliner Republik in den TV-Shows verzapft wird.

"Zu jeder Stammtisch-Diskussion gehört das Argument, dass es sich für einen Sozialhilfe-Empfänger doch überhaupt nicht lohne, eine Arbeit anzunehmen. Auch der Mainzer Kardinal Karl Lehmann fühlt sich hier zu einem deutlichen Statement aufgerufen: "Arbeit muss sich mehr lohnen als Nicht-Arbeit. Im Sozial- und Arbeitsrecht muss manches überdacht werden, was die Schaffung neuer Arbeitsplätze verhindert. Auf diesem Wege muss die bedrückend hohe Arbeitslosigkeit grundlegend verändert werden."

Belegt wird eine solche Argumentation stets mit den Zahlen für eine Familie mit Kindern, bei der der Unterschied zwischen dem Einkommen aus einem regulären Arbeitsverhältnis und der "Stütze" in der Tat recht gering sein kann. Für viele Ökonomen ist dieser Befund dann die Rechtfertigung für ihre Forderung, das Niveau der Sozialhilfe um 30 Prozent oder noch deutlicher zu senken. Nur so werde wieder ein ausreichender Arbeitsanreiz geschaffen.

Was die Experten verschweigen und die Laien leicht übersehen, ist die Tatsache, dass es unter den Sozialhilfeempfängern nur wenige Familien mit zwei oder mehr Kindern gibt: Von den rund 1,2 Millionen "Bedarfsgemeinschaften", die Sozialhilfe beziehen, sind das gerade noch einmal 83 000 oder 6,9 Prozent. Ganz offensichtlich scheinen die meisten der rund sechs Millionen deutschen Familien mit zwei und mehr Kindern den Status eines Sozialhilfeempfängers als nicht besonders attraktiv zu empfinden. Vielleicht sollte sich Kardinal Lehmann etwas mehr Zeit für Gespräche mit Familien nehmen, um dann auch qualifizierte Aussagen über die Sozialpolitik machen zu können.

Der Grossteil der Sozialhilfeempfänger sind Singles mit und ohne Kinder. Hier ist der Abstand zwischen der Sozialhilfe und dem Nettoeinkommen aus Erwerbstätigkeit durchaus von Bedeutung. Für die mehr als 600 000 allein stehenden kinderlosen

Empfänger von "Stütze" geht es dabei um immerhin rund 376 Euro netto im Monat. Aus der Sicht eines Professors oder Klerikers ist das wahrscheinlich nicht viel Geld, doch für einen Menschen am Rande des Existenzminimums dürfte das durchaus ins Gewicht fallen.

Es ist also wirtschaftlich und politisch unredlich, wenn man die Forderung einer allgemeinen Senkung der Sozialhilfe mit dem Abstand zum Einkommen im Fall einer Familie mit Kindern begründet.

Einkommensunterschied zwischen einem regulären Beschäftigungsverhältnis (Niedriglohnsektor) im Vergleich zur Sozialhilfe. Quelle: Ifo-Institut.
in Euro im Monat:

Single 376 €
Verheiratet ohne Kinder 166 €
Verheiratet ein Kind 132 €
Verheiratet zwei Kinder 222 €
Verheiratet drei Kinder 121 € "

Peter Bofinger: "Abstand zwischen "Stütze" und Einkommen ist keineswegs zu gering. Bevor wir uns zu Tode jammern: Gegen ökonomische Halbwahrheiten und Fehldiagnosen. In: Frankfurter Rundschau 29.09.2003

Und hier noch eine andere Halbwahrheit:

"... Kann es ein Land geben, das noch schlechtere Rahmenbedingungen hat als die Bundesrepublik?

Wiederum lohnt es sich, über den Tellerrand hinauszusehen. In allen Rankings, mit denen die Standortbedingungen (dazu zählen etwa: Stand der Technologie, Qualität der öffentlichen Institutionen, Infrastruktur, Rechtssicherheit) einzelner Länder beurteilt werden, schneidet Deutschland durchaus nicht mit einer Spitzenposition ab. Aber: Die Bundesrepublik liegt im Vergleich mit den anderen Ländern der Europäischen Union

durchweg im Mittelfeld. Und: Sie wird in diesen Vergleichen stets erheblich besser beurteilt als die viel dynamischere und ausgesprochen investitionsfreudige französische Wirtschaft.

Wenn Deutschland in den vergangenen Jahren um rund einen Prozentpunkt jährlich weniger gewachsen ist als die Europäische Union im Durchschnitt, lässt sich dies also nicht einfach mit überzogenen Regulierungen begründen - auch wenn das immer wieder gerne gemacht wird.

Wie sehr der Einfluss solcher Faktoren überschätzt wird, verdeutlicht das Beispiel der Schweiz. Die Eidgenossen erhalten bei allen Rankings hervorragende Beurteilungen. In den neunziger Jahren lagen unsere Nachbarn im Süden jedoch mit einem jährlichen Pro-Kopf-Wachstum von nur 0,2 Prozent weit abgeschlagen am Ende aller Mitgliedsländer der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD).

Da es die Bundesrepublik immerhin noch auf einen Zuwachs von 1,3 Prozent brachte, ist es unzutreffend, Deutschland die rote Laterne in Europa anzuhängen. Diese gebührt eindeutig unseren Schweizer Nachbarn.

Rangfolge von Ländern nach Qualität der Standortbedingungen laut World Economic Forum:

1. USA
2. Finnland
3. Taiwan
4. Singapur
5. Schweden
6. Schweiz
7. Australien
8. Kanada
9. Norwegen
10. Dänemark
11. Großbritannien
12. Island
13. Japan

14. Deutschland
15. Niederlande
16. Neuseeland
17. Hongkong
18. Österreich
19. Israel
20. Chile
21. Korea
22. Spanien
23. Portugal
24. Irland
25. Belgien
26. Estland
27. Malaysia
28. Slowenien
29. Ungarn
30. Frankreich
31. Thailand
32. Südafrika
33. China
34. Tunesien
35. Mauritius
36. Litauen
37. Trinidad/Tobago
38. Griechenland
39. Italien
4o. Tschechien

Peter Bofinger, An der Bürokratie krankt das deutsche Wachstum keineswegs. In: Frankfurter Rundschau 26. August 2003

"Über Don Quichotte und seinen romantischen Kampf gegen die Windmühlen haben sich mittlerweile 400 Jahre lang Leser köstlich amüsiert. Der heutige Kampf gegen

Windmühlen von Politikern wie dem Ministerpräsidenten Erwin Teufel ist dagegen nur ärgerlich und unverständlich. In Baden-Württemberg stehen etwa 100 mal mehr Strommasten als Windräder. Durch die Netze der Masten fließt überwiegend Atomstrom, was ihn nicht stört, aber die paar Dutzend Windräder, die wir endlich haben, stören ihn. Wer soll das verstehen? Warum verteufeln Sie die Windenergie, Don Quichotte Erwin Teufel?

... Wenn wir einfach so weitermachen, reicht in einigen Jahrzehnten das gesamte Bruttosozialprodukt der Welt nicht mehr aus, um nur noch die Naturschäden zu reparieren. Das haben die Chefmathematiker der Münchner Rückversicherung errechnet. Verdrängen hilft nicht mehr, Energieprobleme müssen jetzt politisch gestaltet werden.

In dieser Situation kämpfen einige Politiker wie wild gegen umweltfreundliche Windstromanlagen. Ihr Hauptargument ist ein ästhetisches: Landschaftsverschandelung und Landschaftsschutz!

Aber es gibt künftig keinen Landschaftsschutz mehr ohne Klimaschutz. Und dafür sind auch Windräder unverzichtbar. Atomstromgegnern wurde zu Recht vorgehalten, dass der Strom nicht aus der Steckdose kommt, sondern zuerst produziert werden muss. Auch Wertkonservative wie ich haben durch Tschernobyl lernen müssen, wie gefährlich AKWs wirklich sind. Auch deutsche Kernkraftwerke sind nicht 100 prozentig sicher. Wir brauchen Alternativen.
....

Atomenergie bleibt gefährlich, die fossilen Brennstoffe gehen bald zu Ende, werden immer teurer und verursachen den Treibhauseffekt. Allein ein Energiemix aus erneuerbaren und preiswerten Energieträgern wie Sonne, Wind, Wasser, Biomasse, Erdwärme und solarem Wasserstoff garantiert einem modernen Industrie- und Tourismusland Zukunft. Die Sonne kennt auch keinen "Blackout", wie in diesen Tagen Dutzende von US-Kraftwerken.

Die partielle und notorische Technikfeindlichkeit gegenüber Windrädern verhindert jeden Fortschritt. Mit windigen Protesten wird das Land nicht zukunftsträchtig. Ein Argument gegen Windenergie ist besonders infam: Windräder kosten Steuergelder. Das trifft sicher für Kohle- und Atomstrom zu, aber Windräder werden von engagierten Bürgern und über eine Umlage von allen Strombeziehern finanziert ...

Sonne und Wind stehen noch für Milliarden von Jahren zur Verfügung: preisgünstig, umweltfreundlich und ohne die Notwendigkeit von Ressourcen-Kriegen. Jedes Windrad, jede Solaranlage und jede Biogasanlage sind Zeichen des Friedens. Sonne und Wind sind ein Geschenk des Himmels. Teufel sollte sich als Christ und Konservativer nicht länger diesem Himmelsgeschenk der natürlichen Energiegewinnung verschließen. Wir brauchen die Energie von oben. Don Quichotte lebte schon damals in einer Traumwelt. Wenn wir nicht aufwachen, werden uns die nächsten Katastrophen sehr unsanft aufwecken."

Franz Alt, aus: Windige Proteste. Deutschland braucht die erneuerbaren Energien. In: Frankfurter Rundschau, 02. September 20032
www.sonnenseite.com/fp/archiv/home/index.php

"... "Blöd" bedeutete früher "schüchtern", "scheu", und "sich ent-blöden" hieß dementsprechend "seine Scheu aufgeben". Als das Wort "blöd" seine ursprüngliche Bedeutung verlor (und in Richtung "dämlich" zu tendieren begann), wurde das Verb "sich entblöden" nicht mehr verstanden, und um den Sinn der Wendung halbwegs zu retten, wurde eine Verneinung eingeschoben. Das heutige "sich nicht entblöden" bedeutet also genauso viel wie früher "sich entblöden". Noch das Grimmsche Wörterbuch hält die Verneinung für falsch, Christoph Martin Wieland meinte mit "sich entblöden" "etwas wagen" ...

Dr. Peter Krupka, Baltmannsweiler, FR-Leser, aus: Nadja Abdel Farrag hat ihre Schüchternheit abgelegt - oder auch mehr. In:
Leserbrief, Frankfurter Rundschau 20. August. 2003

Na dann - Prosit.

2003-09-04

Jahrestage. Nicht nur Uwe Johnson gedenkt ihrer. Wenige Tage noch und der Putsch der freigewählten Regierung des Marxisten Salvador Allende jährt sich zum 30ten mal. Noch immer ist der Diktator P. frei, zuletzt schützten ihn ärztliche Atteste, die ihm Alterssenilität bescheinigten. Doch so leicht wollen wir es den Schlächtern dieser Welt nicht machen, dass sie sich mit Alzheimer und Demens aus der Geschichte stehlen können. Argentinien hat - Gott sei Dank - das unselige Amnestiegesetz (Amnesiegesetz?) aufgehoben. Doch

aus Belgien kommen schlechte Nachrichten - unter amerikanischen Druck hat das Parlament die Möglichkeit rückgängig gemacht, Völkermörder in Belgien anzuklagen.

Die Schwestern von Walter Kröger, der im Frühjahr 1945 als Deserteur hingerichtet wurde, Eva Maria Mäschke (68) und Ursula Galke (74) sagen: "Wir sehen Filbinger als Mörder unseres Bruders an. Wir fordern die baden-württembergische Landesregierung deshalb auf, diesen Empfang abzusagen." (Sächsische Zeitung, nach: FR 30. August 2003). Filbinger war als Anklagevertreter im Januar 1945 am Todesurteil gegen Gröger beteiligt und nahm auch an der Hinrichtung teil. Am 15. September wird der "Ehrenvorsitzende" der CDU und ehemalige baden-württembergische Ministerpräsident, der nach Rolf Hochhuths Enthüllungen dieses Falles zurücktreten musste, 90 Jahre alt. Gegen einen Empfang in seiner Heimatstadt Freiburg hatte der Lörracher DGB-Vorsitzende schon vor Wochen - erfolgreich - protestiert.

"Soziale Ungerechtigkeit muss immer noch angeprangert und bekämpft werden. Von selbst wird die Welt nicht besser".
Der Geschichtswisssenschaftler
Eric J. Hobsbawn, in: Gefährliche Zeiten -
Ein Leben im 20. Jahrhundert.
Carl Hanser Verlag, München 2003

Und dann liegt mir noch die Verwandlung sozialdemokratischer Politiker am Herzen, wenn sie vom engagierten Sozialdemokraten zum Verteidigungsminister mutieren. Herr Scharping war so einer, Herr Struck ein anderer. Wie gerne lies Herr Scharping sich im Kreis der kritischen Intelligenz sehen, Hüsch, Wecker, zu all jenen und anderen hatte er freundschaftliche Kontakte als - auch regierender - Sozialdemokrat. Dann wurde er Verteidigungsminister, und er war nicht mehr zu erkennen. Das Wohl der Armee lag ihm fortan am Herzen, so sehr dass er auch kritische Armeereformer wie die Weizsäcker-Kommission düpierte und ihre Vorschläge missachtete. Im Jugoslawien-Krieg entdeckte er Gräuel, die es nicht gab. Aber als ein Journalist auf einer seiner Propaganda-

Pressekonferenzen ihn nach den Streubomben der Nato fragte, lachte Herr Scharping herablassend und sagte, von der Existenz solcher Bomben sei ihm nichts bekannt. Da hatte die Militärlüge nichts mehr vom Charme des Jimmy Chea, des philosophischen Nato-Sprechers im gar nicht so fernen Nato-Hauptquartier (auch er bekannte nach dem Krieg, dass er es mit der Wahrheit nicht immer so genau genommen hatte, Philosophie der humanitären Intervention hin, Menschenrechte her).

Und auch der Herr Struck wurde, sobald er Verteidigungsminister war, ein humorloser Vertreter eines rückständigen Militarismus. Als zur Jubiläumssendung von Christiansen der Kabarettist xx den fernen Afghanistan-Einsatz kritisch begleitete, empörte der sozialdemokratische Herr der Soldaten sich: "So eine Frechheit, das ist ja ungeheuerlich." Selbst Stoiber machte an diesem Abend einen besseren Eindruck, schaute der doch nur treudoof in die Kameras und machte so allen klar, dass der Kanzlerkandidat (Stoiber nach dem vermeintlichen Sieg bei der letzten Bundeswahl: "Da öffne ich dann das erste Glas Sekt") die Feinheiten des Kabaretts nicht so ganz verstand, obwohl der grosse Karl Valentin jahrelang den Münchnern half, die Welt besser zu verstehen.

Ist jeder Sozialdemokrat ein kleiner autoritärer Militarist oder warum werden Sozialdemokraten immer solche militaristischen Arschlöcher, wo wir doch einst - im Zeitalter von Willy Brandt - vom Demokraten in Uniform sprachen? Sachdienliche Hinweise nimmt jede SPD-Zentrale entgegen.

2003-09-01

1. September. Antikriegstag. Kaum wagt mann es ja - angesichts der vielen aktuellen Kriege - auf den Beginn des zweiten Weltkriegs hinzuweisen.

"... Die Arbeit (Monika Burkart: Das Recht in Würde zu sterben - ein Menschenrecht. Polygraphischer Verlag, Zürich 1984) zeigt deutlich die Bewegung, die in Europa in dieser Frage gekommen ist. Eines Tages wird es nicht mehr notwendig sein, dass jemand, der für eine spätere Selbstmord-Vorsorge Schlaftabletten sammelt, ins Ausland reisen oder sonst auf unwürdige Weise etwas durchaus Würdiges vorbereiten muss. Und eines Tages wird es auch in der Bundesrepublik nicht mehr zu der Absurdität kommen, dass Tarifverträge und Beamtenrecht zwei Tage Urlaub nach dem Tod eines Vaters gewähren,

dass aber derjenige die Arbeit nicht verlassen darf, der zu einem Sterbenden eilen und diesem beistehen will.

Monika Burkart zitiert ihren Landsmann, den Philosophen Hans Saner. Die ideale Verwirklichungsreform des Rechtes, in Würde zu sterben, sei dann erreicht, "wenn der Sterbende nicht als ein Verlassener sozial vereinsamt, nicht als Verängstigter und Erledigter sozial verkümmert und nicht als ein Gemarterter entwürdigt wird, sondern wenn er, in die Gemeinschaft der Menschen aufgenommen bis in den Tod, diesen annehmen kann und im Sterben selbst bestimmt, welche Leiden er sich zutrauen darf und welche nicht. Der eine mag dann die Schmerzen wählen, um womöglich sein Sterben in vollem Bewusstsein zu erleben; der andere mag sich gegen sie entscheiden. Kein Dritter ist die Instanz, die sagen darf, dass das eine oder andere nicht sein soll. Leiden haben nicht an sich einen Sinn. Der mögliche Sinn kommt aus dem, der sie trägt, mithin aus dem Sterbenden allein. Deshalb muss er nach seiner Wertwelt wählen dürfen. Wo das Geschick sich aber gegen den Sterbenden wendet, ihm nicht den "schönen" und "leidlosen" Tod vergönnt, sondern ihm mit einem grausamen peinigt, da soll der Mensch nicht noch das Elend verdoppeln, sondern die Hilfe gewähren, welche die leidende Kreatur sprechend oder stumm verlangt."

Hanno Kühnert, Der Sterbende wird nicht gefragt, Erstveröffentlichung in: ZEIT 11. Mai 1984, im Sammelband: Die Rechthabenden -Reportagen aus der Justiz, Greno 11/20, 1988.

Hanno Kühnert, Rechtsanwalt und Journalist aus Freiburg starb vor wenigen Wochen. Seine Reportagen aus der Justiz sind auch heute noch, fast zwanzig Jahre nach deren Erstveröffentlichung, lesenswert. Der Titel ist antiquarisch noch bei zvab.com erhältlich.

Seine Web-Seiten sind zumindest heute noch einsehbar:
http://home.t-online.de/home/Hanno_Kuehnert

2003-08-30

"... Man stelle sich dänische Verhältnisse in Deutschland vor: Eine rechtskonservative Regierung unter Führung von Roland Koch, toleriert von Populisten wie Ronald Schill (allerdings ohne dessen bohemehafte Cholerik), erklärt Europa zum ökonomischen Netzwerk, das kulturell allerdings nur begrenzt Fruchtbares dem deutschen Alltag

beisteuern könne. Türkischstämmigen Deutschen ist die Heirat mit Menschen ohne deutschen Reisepass, aber nichteuropäischer Herkunft mehr oder weniger so stark erschwert, dass sie nicht möglich wird. Überhaupt artikulierte diese Regierung, alles, was nicht deutsch sei, müsse toleriert werden, aber gewiss nicht in Deutschland. Man erkennt: Eine solche Regierung könnte sich in Deutschland nicht eine Woche lang halten. Man würde sie des Rassismus zeihen, der Herzlosigkeit - und obendrein der Kollision mit jenem Grundgesetzartikel, der Ehe und Familie schützt.

... Widerstand regt sich? Spurenweise. Am Wochenende wird in Kopenhagen gegen die Pläne der Regierung demonstriert, das alternative Christiania zu planieren. Das Musterprojekt dänischer Aussteiger im Geiste Woodstocks soll kein Marktplatz für Drogen mehr sein. Die Regierung sagt, dass die Haschischdistribution vollständig in der Hand der kriminellen Hells Angels sei. Womit sie, nach allem, was man hört, Recht hat. Es wird also ein nostalgischer, folgenloser Protest: Gegen die (von Pia Kjaersgaard schon vor zehn Jahren propagierte) Idee, die einst als Easy-Rider-hafte Rockerbande verklärte Organisation zu zerstören, ist kein Kraut gewachsen".

Jan Feddersen, aus:
Die Doggen sind kampfbereit.
Streifzüge durch Europa (V und Schluss): Kultureller Austausch? Nein, danke! Dänemark galt lange als liberaler Musternachbar im Norden. Inzwischen sollte man das Land eher als Problemfall ansehen.
In: Die Tageszeitung 30. August 2003

Dann wird es also langsam höchste Zeit, bei unserem Freund - Mitfeierer auf unserer Hochzeitsparty in Wilfried Merkels Galerie - Anders Hansen in Christiania vorbeizuschauen. Schon beim letzten Konzert von Miles Davis in Montreux ahnte ich, dass, würde ich jetzt nicht zu Miles gehen, ich ihn nie mehr live sehen würde. Wir sollten einfach mehr auf unsere Ahnungen hören, unser Gspüür - unserem dritten Auge vertrauen und uns aus den Sesseln der Trägheit bewegen.

Solange es noch Christiania gibt: www.christiania.org

2003-08-29

"... Aristoteles hat im Buch V seiner Nikomachischen Ethik nahezu vollständige den Begriff "Gerechtigkeit" auseinander gelegt und damit ins Zentrum der politischen Philosophie bis zum heutigen Tage gerückt. Gerechtigkeit ist, auf deren Zentralfunktion zugespitzt, ein wesentliches Medium des gewaltfreien Zusammenhalts einer Gesellschaft. So kann Aurelius Augustinius gut 600 Jahre später die rhetorische Frage stellen: "Was anders sind also Reiche, wenn ihnen Gerechtigkeit fehlt, als grosse Räuberbanden?" Selbst ein Gerechtigkeitsbegriff, wie ihn Gustav Radbruch prägt, wenn er feststellt: "Recht ist der Wille zur Gerechtigkeit" liegt auf der Traditionslinie von Aristoteles, als Form von institutioneller Gerechtigkeit.

... Angesichts einer gesellschaftlichen Wirklichkeit, in der chronische Arbeitslosigkeit herrscht, die Polarisierung von Armen und Reichen beständig wächst, 15 Prozent der unter 24-Jährigen in unserer Gesellschaft, eine der reichsten der Welt, unter Armutsbedingungen aufwachsen - angesichts dieser Selbstzerrissenheit und dem wachsenden Angstrohstoff, der dem sozialdarwinistischen Überlebenskampf der Menschen entspringt, müsste der Realitätsblick also in eine ganz andere Richtung gehen als die, welche die politischen Entzauberer eingeschlagen haben.

... Soziale Gerechtigkeit in ihrem ganzen Umfang begriffen, bedeutet nichts weniger als die Herstellung einer Gesellschaftsordnung, die wirtschaftliches Handeln, die Imperative von Kapital und Markt, in den Kulturzusammenhang menschlicher Zwecke zurückgenommen hat.

Zum ersten Mal in der Geschichte kann man davon sprechen, dass die Gesellschaft und die darin handelnden Menschen Anhängsel von Kapital und Markt geworden sind. Es ist die geschichtlich fortwirkende Substanz des demokratischen Sozialismus in seinem ganzen Ideenvorrat, diese entwürdigende Abhängigkeit der Menschen aufzuheben. Daran ist nichts antiquiert, vielmehr höchst aktuell."

Oskar Negt, aus: Das falsche Pathos. Kapitalismus-Kritik ist nicht antiquiert. In: Frankfurter Rundschau, Nr. 197, 25. August 2003

Professor Oskar Negt lehrte von 1970 bis 2002 Soziologie an der Universität Hannover. Letzte Veröffentlichung: "Kant und Marx. Ein Epochengespräch. Steidl Verlag, Göttingen.

2003-08-28

Sorry, Gustav: es waren vier Finger einer Hand.

2003-08-27

"Das statistische Bundesamt meldet "einen neuen Spitzenwert": Im zweiten Quartal, wenn es warm wird und die Bäume ausschlagen und gewöhnlich die Beschäftigung zunimmt und die Politiker über den Aufschwung jubeln, ist im Jahr 2003 im Vergleich zum Vorjahr die Beschäftigung so rapide zurückgegangen wie noch nie zuvor im vereinten Deutschland: 646 000 Arbeitsplätze wurden abgebaut. Das bedeutet: 646 000 Menschen weniger erhalten Lohn; mitbetroffen sind die Familienangehörigen, insgesamt also mehr als eine Million Menschen. Entsprechend verringert sich die Nachfrage auf dem Binnenmarkt. Wie die Lohnsumme sinkt auch das Aufkommen für die Sozialversicherung. Und dem Staat fliesst weniger Lohnsteuer zu. ..."

Eckart Spoo, aus: Die stille Katastrophe, in: Ossietzky 17, 23. August 2003

"... Uns wird ständig erzählt, wie gefährlich Atomwaffen sind und dass sie keinesfalls in die Hände von unerwünschten Elementen oder von Schurkenstaaten fallen dürfen. (...) Was man uns nicht erzählt, ist, dass diese Waffen in der Hand befreundeter Nationen genauso gefährlich sind. Wir werden nicht daran erinnert, dass in voller Kenntnis dieser Gefahren sogar die USA sich verpflichtet haben, ihre Nukleararsenale abzuschaffen.

... Wir müssen hartnäckig darauf hinweisen, dass Amerikas Haltung zum NVV ungeheuerlich ist. Die USA haben einen völkerrechtlichen Vertrag unterzeichnet und ratifiziert, in dem sie sich zur Abschaffung von Atomwaffen verpflichten, und dennoch verfolgen sie eine Politik, die die Beibehaltung dieser Waffen auf unbestimmte Zeit erforderlich macht.

Wir müssen diese grundsätzliche Widersprüche in der Politik der USA betonen. Die USA müssen wählen: Wenn sie ihre Atomwaffen beibehalten wollen, dann sollten sie aus den NVV austreten (was wahrscheinlich zu deutlich mehr Atomwaffenstaaten führen würde). Andernfalls müssen sie die Vertragsklauseln des NVV einhalten und ihre Nukleararsenale abschaffen. Tertium non datur. Eine dritte Möglichkeit gibt es nicht....

Wir machen unsere Aussenpolitik immer noch nach dem veralteten Prinzip, dass unser Überleben militärische Stärke voraussetzt. Das ist ein Überbleibsel aus der Frühzeit, als der Mensch sein Überleben und das Überleben seines Geschlechts nur mit Hilfe von Gewalt sicherstellen konnte. Dabei werden die radikalen Änderungen, die sich aus den wissenschaftlichen und technischen Fortschritten ergeben, vollkommen übersehen - Änderungen, die eine solche Überlebensstrategie überflüssig machen. Bei fairer Verteilung würden unsere Ressourcen trotz des raschen Anwachsens der Erdbevölkerung zur Deckung sämtlicher Grundbedürfnisse der ganzen Menschheit ausreichen.

(...) In einer Welt voller Massenvernichtungswaffen, deren Einsatz zum Ende der ganzen Zivilisation führen kann, können wir uns keine polarisierte Gesellschaft mit der inhärenten Drohung mit militärischen Auseinandersetzungen leisten. In diesem technologischen Zeitalter ist eine globale, gerechte Gesellschaft, der wir alle als Weltbürger angehören, lebensnotwendig."

Professor Sir Joseph Rothblatt, in: Es wächst die Gefahr, dass ein nukleares Wettrüsten beginnt. Die USA weigern sich, den Vertrag über die Nichtverbreitung von Atomwaffen zu erfüllen, und provozieren damit nicht nur andere Staaten. In: Frankfurter Rundschau, 06. August 2003
Vortrag, gehalten am 19. Juli 2003 bei der 53. Pugwash Conference on Science and World Affairs in Halifax, Kanada.

Rothblatt wurde 1908 geboren. Der emeritierte Physikprofessor veranlasste im Zweiten Weltkrieg an der Universität in Liverpool ein Projekt zur Entwicklung der Atombombe und beteiligte sich später am Manhattan-Projekt der USA in Los Alamos. Als feststand, dass Deutschland nicht an der Bombe arbeitet, verliess er das Projekt - bis zu den Atombombentests als einziger Wissenschaftler. Seither widmet er sein Leben der Aufgabe, die Gefahr eines Atomkrieges abzuwenden und für die Abschaffung von Atomwaffen zu werben. 1995 erhielt er gemeinsam mit der Nichtregierungsorganisation Pugwash Conferences, die er 1957 mitbegründete, den Friedensnobelpreis.
www.pugwash.de

"Die USA lagern derzeit etwa 60 Atombomben auf deutschem Boden, und zwar in Büchel (Eifel) sowie in Ramstein. Piloten der Bundeswehr üben mit Tornado-Kampfflugzeugen

den Einsatz dieser Massenvernichtungswaffen. Hiroshima und Nagasaki mahnen, alle Atomwaffen abzuschaffen, denn sie bedrohen das Leben auf Erden..."

Joachim Fischer, Bremen, FR-Leser, aus: Leserbrief, in: Frankfurter Rundschau, 13. August 2003

"Die "Napalmbomben" werden erst kurz vor dem Einsatz mit der brennbaren Flüssigkeit befüllt. Der Grund ist vermutlich das geringere Sicherheitsrisiko. In früheren Jahren, im Zeitalter der mit Kolbentriebwerken angetriebenen Propellermaschinen war es Flugbenzin. Als diese von den "Jets" verdrängt wurden, stand nur der dafür erforderliche Treibstoff, das Kerosin, ein Leichtpetroleum, zur Verfügung - in Nato-Kreisen JP4 genannt.

Ich würde mir wünschen, dass in Journalistenkreisen der Unterschied endlich begriffen wird. Der Einsatz von "Flugbenzin" in Düsentriebwerken hätte katastrophale Folgen."

Klaus Matthies, Hamburg, FR-Leser, aus: Leserbrief, in:
Frankfurter Rundschau 16. August 2003

"... Von den jährlich rund 200 000 an deutschen Kliniken vorgenommenen Gebärmutterentfernungen ist "mindestens jede Zweite überflüssig". Bei Frauen, denen auf Grund von Bauchbeschwerden der Blinddarm entfernt wurde, stellt sich laut Prof. J. Waninger von der Universität Freiburg heraus, dass in 75 Prozent aller Fälle die Beschwerden auch nach dem Eingriff noch vorhanden waren. Bei 40 Prozent aller Eierstockoperationen lag nach Prof. H. Koester, ehemaliger Direktor der Frauenklinik der Städtischen Klinik Dortmund, keine ausreichende medizinische Begründung vor ...

Falls das Verhalten der Ärzte selbst und ihrer Familienangehörigen zum Maßstab benommen würde, könnten sich nach Schätzungen von Experten allein 30 Millionen Krankenhaustage oder ca. 22. Milliarden Euro eingespart werden - aber auch Zehntausende von Toten sowie Hunderttausende Medizingeschädigte pro Jahr verhindert werden. Bei Operationen der Gallenblase liegt die Eingriffshäufigkeit 84 Prozent höher, bei Hämorrhoiden-Operationen 83, bei Gebärmutteroperationen 53 Prozent und bei Mandeloperationen immer noch 46 Prozent höher als bei Ärzten und ihren

Familienangehörigen. Lediglich bei Blinddarmoperationen liegen die Vergleichszahlen bei der übrigen Bevölkerung mit acht Prozent nur unwesentlich höher als bei Ärzten. Dafür lehnen fast 95 Prozent der Ärzte für sich und ihre Familienangehörigen eine Chemotherapie bei Krebs ab ...

Kurt G. Blüchel, aus: Arzneimittel-Tollhaus Deutschland. Das Diktat des Überflusses. Eine Bestandaufnahme der gigantischen Verschwendungen im deutschen Medizinbetrieb. In: Frankfurter Rundschau. 16. August 2003
veröffentlichte u.a.: "Die weißen Magier", "Das Medizin-Syndikat", "Heilen verboten- töten erlaubt".

"Ein amerikanischer Senator, der sich den Kampf gegen das, was er als obszön empfand, auf seine Fahnen geschrieben hat, warnte einst vor "einer Fotografie zweier Männer unterschiedlicher Rassen", die beim Akt "auf einem Marmortisch" dargestellt würden. Ein solches Bild findet sich aber nicht im gesamten Werk des Fotografen Robert Mappletthorpe, das den Senator damals so dringlich und drängend beschäftigte. Das Motiv war reine Phantasie. Jesse Helms hatte es erfunden.

Wie wir jetzt aus dem erweiterten Atelier des Malers Immendorff vernehmen, ist die Vervielfachung des weiblichen Körpers, der sich hingibt, noch immer populär. Überprüft man die pornographische Motivik, kann man zudem ergänzen, dass auch die Erektion zweier Männer im gleichen Raum zum Panoptikum der Räusche gehört. Es gibt keine prinzipielle Furcht des heterosexuellen Mannes vor der Sexualität eines anderen Mannes. Vorausgesetzt, das Triebziel wird verkörpert durch eine Frau. Was die heterosexuellen an homosexuellen Männern wirklich aufbringt, ist der Umstand, dass Frauen in der Ikonegraphie ihrer Begierde nicht vorkommen. Da ist eine schwarze Stelle der Wahrnehmung, etwas, dass man nicht versteht und sich deshalb umso stärker vorstellen muss. Jesse Helms' Bildidee ist ein Beleg dafür, und die Ausführungen des soeben gestürzten Senators Schill sind ein weiterer: Sie stellen sich homosexuelle Männer per se kopulierend vor. Sie sind besessen von der Lücke in der Matrix.....

.. Zu Hamburg gehört der homosexuelle Mann wie die Brise, die von der Elbe her weht. Der Hamburger Schriftsteller Hubert Fichte hat notiert, man könne die Stadt nicht "von hinten begehen, ohne an einige Juristen zu erinnern, die zum schwulen Selbstbewusstsein

mehr beigetragen haben als Ärzte, Politiker, Journalisten." Seine Lieblingsfigur aus der Nachkriegszeit war der Staatsanwalt Ernst Buchholz, der Kunst von Pornographie unterscheiden konnte....
... Auftritt die Schwulenbewegung als Tugendwächter, deren Maßstab die bürgerlichen Verhältnisse sind, an die sie sich soeben legal angeschlossen hat. Erste, zweite, dritte Ehe, das kann schon sein. Piekfeine Promiskuität dagegen wird nicht zugelassen. Es könnte letztlich sehr wohl so kommen, dass von Beust im Moment in einem gewaltigen Missverständnis als Schwuler umarmt und mit seiner unbedingten Forderung nach Diskretion dennoch allein bleiben wird. Wie die traurige Geschichte von Clinton und seiner Grand Jury gelehrt hat, ist die juristische Wahrheitsfindung offen für pornographische Diskurse, die einen jeden - den "Täter" und sein "Zeugen" - in Geschlagene verwandeln."

Ulf Erdmann Ziegler, aus: Lücke in der Matrix. Zu Hamburg gehört der homosexuelle Mann wie die Brise, die von der Elbe her weht. Hamburger Juristen und das Werkzeug der Homosexualität, in: Frankfurter Rundschau 22. August 2003

"

... Und es fehlt nicht viel, dass sie ihre Wüstentour als Friedensfahrt bezeichnen. Die Szenerie hat etwas Surrealistisches und könnte aus einem Film von Bunuel stammen: Da wird rings um die Sahara mit jeder erdenklichen Grausamkeit gekämpft, eine islamistische Partisanenarmee fällt mit grässlicher Regelmäßigkeit über Schulen, Klöster und Privatleute her, und während die Einwohner der betreffenden Länder ein wegen der prekären politischen Lage besonders hartes Leben führen, tauchen hin und wieder Grüppchen von bleichgesichtigen Westeuropäern auf und toben mit nonchalanter Heiterkeit in Autos und auf Motorrädern durch den Wüstensand...."

Burkhard Müller-Ullrich, aus: Airbag-Dialektik. Draufgängertum im Wandel und die neuen Asozialen. In: Frankfurter Rundschau 21. August 2003
www.mueller-ullrich.com

In Bad Säckingen hat sich ein junger Mann mit einem Messer seinen Penis abgeschnitten. Er sah in der Selbstkastration die einzige Möglichkeit, seinen Sexualtrieb zu bändigen. Der

Polizeibericht vermeldete, dass es der Polizei nicht bekannt sei, ob der Penis wieder angenäht wurde.

Dem ehemaligen Säckinger Jugendzentrums-Nachbar Gustav geschah etwas ähnliches mal mit seinem Finger. Allerdings schnitt er ihn aus Versehen beim Holzsägen ab. Dummerweise saß nebendran der Hund, der den Finger sofort auffraß. Gustav erzählte gerne davon.

Ob der jungen Mann auch eines Tages gerne seine Geschichte erzählen wird?

2003-08-21

"...Etwas ist uns abhanden gekommen nach der langen Kette gleissender Tage unter der Glasglocke eines gesamteuropäischen Hochs. Oder zumindest haben wir jetzt einen Eindruck davon, was uns abhanden kommen könnte.

Der Süden als Sehnsuchtsort. der Grundton, auf den die Seelen fein empfindender Nordeuropäer seit Jahrhunderten gestimmt sind. Die beflügelnde Gewissheit, man müsse bloß die Alpen überqueren, um ein helleres Licht zu trinken und eine ganz andere lindere Luft zu atmen. Das unvergleichliche Erlebnis, das Goethe nach seiner Ankunft in Trient hatte, als er sich fühlte wie jemand, der "von einer Grönlandfahrt, von einem Walfischfange" zurückkehrt, und hingerissen notierte: "Auch der Abend ist vollkommen milde wie der Tag". Der grosse Italienreisende wusste nur zu gut: "Wenn mein Entzücken hierüber jemand vernähme, der in Süden wohnte, von Süden herkäme, er würde mich für sehr kindisch halten". Aber das eben ist (oder muss es schon heissen: war?) das Privileg der Bedauernswerten, die unter dem "bösen Himmel" des Nordens wohnen: dass sie "diese Freude als Ausnahme fühlen, die wir als eine ewige Naturnotwendigkeit immerfort geniessen sollten". Die Freude nämlich, die sich nur dann einstellt, wenn einem ausnahmsweise zuteil wird, was man sonst nicht hat.

Für den wahren, kindischen Geniesser ist es betrüblich genug, dass Requisiten und Ingredienzien südländischer Lebensart sich inflationär über ganz Europa verbreitet haben, oft ohne Sinn und Verstand. Reist du heutzutage nach Italien, stehen da die Marmorbilder herum und sehn dich dämlich an: Was hat man dir, du armes Kind, getan, dass du zu Hause an jeder Frittenbude Latte macchiato trinken musst? Wer schlau ist, kauft sich keine Espressomaschine für den Hausgebrauch und testet auch nicht jeden heimatlichen

Pizzeria-Kaffee, sondern gönnt sich den Duft einer genuin italienischen Bar beim Grenzübertritt wie eine seltene Droge. Nur wer die Sehnsucht kennt, dem winkt die Ferne.

Früher sprühten wir im deutschen Sommer stets ein ziehendes Sehnen nach dem wirklichen, dem glühenderen Sommer, nach dem irren Zirpen des Pan, den Fieberdünsten in Gustav Aschenbachs Venedig, dem von Jacob Grimm gerühmten "heiteren Himmel, der monatelang keinen Tropfen Regen fallen lässt". Dieses Verlangen hat sich in den vergangenen Wochen auf beängstigende Weise verflüchtigt. Wenn wir jetzt, nachdem der Euro die kulturelle Egalisierung gerade wieder ein grosses Stück vorangetrieben hat, auch noch die Einebnung klimatischer Unterschiede zu vergegenwärtigen haben, kann ein ganzes Sehnsuchtsgefüge auseinanderbrechen. Denn mit dem kochenden Asphalt und den schulterfreien nächtlichen Pizza-Sitzungen ist es wie mit Rucola und Tiramisu: Was einem hier bis zum Überdruss serviert wird, das mag man irgendwann auch in Rom und Florenz nicht mehr bestellen.

...Der Süden: eine fremdartige, verlockende und zugleich bedrohliche Welt. Als Topos, als Mythos geht er uns vorerst nicht verloren. Was aber wäre das Heimweh nach Arkadien ohne den Kontext des Körpergefühls, ohne das elementare sinnliche Glück, das der Übertritt aus der gemässigten Grauzone ins Treibhaus der abendländischen Kultur uns jedes Mal aufs neue verschaffte? Nein, wir möchten ohne diese Verheissung nicht leben. Und wünschen, dass der nächste Sommer nördlich der Alpen die reine Grönlandfahrt werden möge."

Kristina Maidt-Zinke. Aus: Auch der Abend ist milde wie der Tag. Die Kastanien von Motten zerfressen, das Vieh verdurstet, die Hirne geschmolzen: Wie wir die Sehnsucht nach dem Süden verloren. In: Süddeutsche Zeitung, Nr. 186, 14./15. August 2003

2003-08-21

Wunderbar. Deutschlands Top-Maler Jörg Immendorff wird mit 11 Prostituierten im Düsseldorfer Hotel mit ein paar Gramm Kokain erwischt, muss nun mit einer Strafe von einem Jahr und dem "Verlust" seiner Professorenstelle rechnen. Wunderbare Zeiten. Eine fünfstellige Summe soll der Maler für den Spaß gezahlt haben und die, die gerne dabei gewesen wären, schreien jetzt Zeder und Mordio. Doch in jeder Verurteilung der Orgie liegt die geheime Sehnsucht nach ihr.

Tobias Kniebe schreib dazu in der Stuttgarter Zeitung von heute:
"...Das garantiert Unspannende an der Sache versuchte uns schon der Deutschlehrer in seiner Exegese von "Tod in Venedig" nahe zu bringen: Zwei Seiten habe nun mal die Kunst. Auf der einen Seite eine ordnende, disziplinarische, zum Reinen strebende, die er "apollinisch" nannte; auf der anderen Seite eine "dionysische", nach Leidenschaft, Exzess und Chaos lechzend, verbunden mit dem Gott des Weines und der Ekstase, Dionysos. Dionysos, bei den Römern dann Bacchus genannt, sei jene ewige Antriebskraft, die Künstler immer wieder zwinge, auf den Beamtenstatus zu pfeifen, Moral und Gesetze zu ignorieren und für diese Grenzüberschreitung mit Knast oder Irrenhaus zu büßen. Gleichzeitig ist Dionysos der Urvater der Orgie: Das staatsfeindliche und gefährliche Potential seiner Freudenfeiern, Bacchanalien genannt, wurde bereits im alten Griechenland und später vom römischen Senat erkannt, der 186 v. Chr. ein Verbot aussprach. Wunderbar klar das alles, seit Jahrtausenden bekannt, und eigentlich hat sich an der Problematik "Orgie und Künstlertum" auch nichts geändert – nur die Drogen wechselten, möglicherweise. Justiz und Staatsanwaltschaft, die als natürliche Feinde der Orgie auftreten, sind in Wirklichkeit ihre Komplizen: Der orgiastische Künstler, ein scheues Wesen, verwischt gern die Grenze von Leben und Imagination. Erst in dem Moment, wo seine Taten aktenkundig und prozessrelevant wurden, konnte seine Geschichtsschreibung und Mythisierung wirklich beginnen...."

Der Rechtspopulist Schill wurde endlich vom Hamburger Bürgermeister geschasst. Hoffentlich das Ende einer mehr als unappetitlichen Affäre, der über 20% der Hamburger Wählerschaft ihre Zustimmung gaben.

Willi Winkler schreibt dazu in der heutigen Süddeutschen Zeitung:

www.sueddeutsche.de/sz/feuilleton/red-artikel600/print.html

Schillout

Hamburger Schmierentheater: Der Skandal beginnt erst da, wo die Politik anfängt

In den alten Zeiten, wo noch Recht und Ordnung herrschten, schöpfte Karl Kraus aus seiner Erfahrung als Gerichtsreporter einen ewig gültigen Schluss: "Der Skandal fängt an, wenn die Polizei ihm ein Ende macht."

In Hamburg hetzte ein Richter namens Schill so eifrig gegen die vermeintlichen Feinde von Recht und Ordnung, gegen Demonstranten also und weitere polizeiauffällige Subjekte, dass er sich bald der besonderen Zuneigung der lokalen Hetzpresse erfreuen durfte. Das war kein Skandal, sondern eine Stilfrage. Das Land bedurfte nämlich dringend neuer Männer (neuer Frauen notfalls auch), die richtig zupacken konnten. Gemeinsam wollte man sich für den von den großen Parteien vernachlässigten "rechtschaffenen Bürger" verwenden, also endlich durchgreifen und wegsperren. Knapp zwanzig Prozent der Hamburger Wähler wollten 2001 diese "rechtsstaatliche Offensive" unterstützen, genug jedenfalls, damit der CDU-Kandidat Ole von Beust mit Richter Schills Hilfe durch die Senatswahlen Bürgermeister wurde. Auch das war kein Skandal, sondern Politik.

Der Richter wurde ein Star, und dass er in der Viertelwelt von Kokainkonsumenten und Disco-Schlägern verkehrte, zeigte doch nur, wie ernst er seine Milieustudien betrieb. Aus diesem Milieu bezog Schill, wie er nun kund gab, ein Wissen über das Privatleben des Bürgermeisters, das er jetzt – vielleicht, vielleicht auch nicht – benutzte, um seinen Vorgesetzten zu erpressen. Bürgermeister Beust ließ sich das nicht gefallen und hat seinen Innensenator mit dem Bemerken entlassen, er sei für das schöne Amt "charakterlich nicht geeignet" – eine interessante Volte, denn hatte der Richter nicht ganz besonders viel Charakterstärke bewiesen, als er Langhaarige in Handschellen vorführen ließ? War es nicht auch charakteristisch, als er, kaum ins neue Amt gehoben, unter frenetischem Beifall eine Radarfalle abschaltete? Endlich herrschten Gesetz und Ordnung, und die Polizei bekam neue Uniformen geschenkt.

Und jetzt diese Empörung über den charakterlosen Schill! Dabei ist die Verleumdung des Gegners in der Politik schöner Brauch seit alters. Der Shakespearesche Mark Anton versteht sich bei den aufgeregten Römern beliebt zu machen, indem er den Caesar-Mörder mit einem arg vergifteten Kompliment lobt: "Doch Brutus ist ein ehrenwerter Mann." Die Geschichte ist von der vorrevolutionären Halsbandaffäre am Versailler Hof bis zum Eulenberg-Skandal beim männerbündelnden Kaiser Wilhelm II. voller mehr oder weniger gelungener Anschwärzungen. Auch wenn sich nicht mehr klären lässt, wie weit der Auftrag Uwe Barschels an den sauberen Herrn Pfeiffer reichte: der Herr Ministerpräsident hätte es doch gern gesehen, wäre sein Gegner Engholm als schwul und gleich auch noch als aids-infiziert bloßzustellen gewesen.

Der Skandal hat vielleicht nicht immer viel mit Charakter, aber um so mehr mit Politik zu tun. Nicht alle sind dabei so grob zu Werke gegangen wie der Erpresser Schill. Der Skandal beginnt da, wo die Politik anfängt, wie sollte er da je aufhören?"

Ansonsten: Freigekaufte deutsche Touristen aus algerischer Terroristenhaft wieder in Deutschland. Was nötig sein wird: eine Pflichthaftpflichtversicherung für Traveler.

Ein zerbombtes UN-Gebäude in Bagdad. Damit trafen die Bomber jene, die den Irakern am ehesten ihre Unabhängigkeit geben konnten. Es sind die gleichen Mechanismen. Auch gestern wieder in Israel. Wenige radikale Bombenleger verhindern einen Friedensprozess. Nur der Friedenswillen des Volkes kann hier etwas verändern. Doch wann werden die irakischen und palästinensischen Massen zum Protest gegen die islamistischen Bombenleger auf die Strasse gehen, wie die Menschen des Baskenlands gegen den Terror der ETA? Es wird wohl noch viele Jahre dauern.

2003-08-16

"Im Blätterwald der Weimarer Republik war sie das renommierteste Presseorgan: die Frankfurter Zeitung. Rücksichten aufs Publikum oder die angeschlagene wirtschaftlich Lage der Zeitung wurden nicht genommen; über-, nicht unterfordern, lautete die Devise. Als es 1929 nach dem Abdruck von Döblins Berlin Alexanderplatz zu Leserprotesten kam, antwortete Siegfried Kracauer im Namen der Redaktion stolz: "Was wir wollen, ist: Ihnen die Augen öffnen über gesellschaftliche Zustände und menschliche Verhältnisse, von den Sie morgens am liebsten nichts wissen möchten. An diesen Attentaten gegen Ihre Gemütsruhe ist uns allerdings viel gelegen."

Oliver Phohlmann, aus:
Attentate gegen Gemütsruhe. Traumhaft: Das journalistische Werk Siegfried Kracauers.

In: Frankfurter Rundschau, 01. August 2003
über:
Helmut Stalder: Siegfried Kracauer. Das journalistische Werk in der "Frankfurter Zeitung"

1921 - 1933.
Könighausen & Neumann, Würzburg 2003, 203 Seiten, 42 €

2003-08-15

"Die Stadt als moralische Anstalt. Die Kommune als Arena, in der Integration und Partizipation, Widerspruch und Streit tolerant, auf jeden Fall weitgehend erträglich gelebt werden: Denn wo sonst vergegenständlichen sich Demokratie und Rechtsstaat, wenn nicht in ihren kommunalen Institutionen und Dienstleistungsangeboten. Die Schliessung von solchen Repräsentationsräumen des demokratischen Staates dürfte mental schwerwiegende Folgen haben. Mit jedem Jugendzentrum wie wahrscheinlich auch mit jedem Schwimmbad, das aufgegeben wird, mit jeder Stadtbücherei, die nicht mehr zur Verfügung steht, wird das Vertrauen in das Dienstleistungssystem Demokratie gestört. Denn Schwimmbad oder Stadtteilbücherei, der Kindergarten genauso wie das Jugendzentrum oder der Botanische Garten sind Orte der Selbstbegegnung, Schauplätze nicht allein der Partizipation und der Integration, sondern Resonanzräume der Repräsentanz des Staates...."

Christian Thomas, aus: Moralische Anstalt. Die rot-grüne Fürsorge lässt die Kommunen verkommen. In: Frankfurter Rundschau, Nr. 185, 11. August 2003

"...Im weiteren Verlauf der Zerstörung der Städte gestattet die übergeordnete föderale Ebene, in diesem Fall der Bund, den größten Konzernen, sich aus der Abgabe von Gewerbesteuern weitgehend zurückzuziehen. Unternehmen mussten also für die Standorte und die Infrastruktur, die auch für sie bereitgestellt wurde, nichts mehr zahlen, nicht für die U-Bahn und nicht für den Kindergarten, nicht für das Museum oder die Wasserversorgung. Also wuchsen die Schulden der Gemeinden dramatisch, allein dieses Jahr werden es wohl zehn Milliarden Euro werden, was die Handlungsspielräume, so überhaupt noch vorhanden, weiter einschränkte. So konnte es passieren, dass eine wirtschaftlich höchst gesunde Stadt wie München über Nacht Pleite ging. Man nannte das exogene Faktoren, die für den Untergang der Städte verantwortlich seien. Folglich hatte auch das für die in dieser exogenen Zone agierenden Bundes- und Europapolitiker natürlich nicht...

Und jetzt überlegen Sie mal bitte einen Moment: An wen würden Sie, wenn Sie es sich aussuchen könnten, eher Steuer zahlen? An Ihre Heimatgemeinde oder an den Bund? Was, fragen wir mal überspitzt, macht eigentlich der Bund außer der Bundeswehr? Für Renten, Gesundheit und Altenpflege gibt es eigene Kassen. (Und was macht eigentlich die EU außer Gesetzen, die die Gemeinden umsetzen müssen? Aber lassen wir die Polemik). Was machen dagegen die Kommunen? Sie schaffen den Dreck weg und das Wasser herbei, sie stellen Strom und Gas zur Verfügung. Sie bauen Kindergärten und unterhalten sie, sie sind für den so genannten Personennahverkehr zuständig. Sie unterhalten Schwimmbäder, Bibliotheken, Theater und Museen, sie schaffen also die öffentlichen Orte, an denen wir uns treffen können. Außerdem müssen die Städte ja permanent gebaut und umgebaut werden. Trotzdem sollen gerade die Städte bald keine eigene Steuer mehr haben....

...Die schon länger spürbare Agonie dieses vor sich hin faulenden Lebensraumes zeigt bereits seit Jahren das Ende der einst stolzen Stadt. Möglicherweise lässt sich das nicht umkehren. Die momentane Politik des Bundes aber macht kenntlich, dass sei nicht einmal mehr ein Sensorium für den Verlust hat. Es ist ausgemachte Sache: Die Zeit der Stadt geht zu Ende, wir leben in der Phase des letzten Siechtums.

Natürlich fällt einem da, kurz vor dem Exitus, noch einmal den Kerntraum der europäischen Demokratie, freie Menschen, die sich auf dem Marktplatz zum Austausch der Meinungen treffen, die dort direkt über ihre Geschicke abstimmen, die die Dionysien gemeinsam im Theater verbringen und sich dort der Grundlagen ihres Gemeinwesens versichern. Man lässt die Gedanken weiter durch die jüngere europäische Geschichte schweifen, man denkt, dass unsere Geschichte seit der Renaissance viel mehr als eine Geschichte der Städte war, als uns das die nationalstaatlich denkende, dominante Geschichtsschreibung immer wieder suggerieren will.

Die Stadt, das war der Versammlungsort ihrer Bürger, das war das Stein gewordene europäische Modell einer umfassenden, vielschichtigen Kommunikation, die an die Präsenz ihre Teilnehmer geknüpft war. Damit ist ebenfalls Schluss. Die wirkliche Stadt wird sich zwischen der Gobal City und der Telepolis im Nichts auflösen und bald nur noch als Vorbild einer virtuellen Realität denkbar sein. Denn niemand fühlt sich mehr für die alte Stadt zuständig, niemand wird es gewesen sein. Es wird einfach so passieren. Nur das

strukturlos zersiedelte Land - weder Stadt noch Natur - wird uns als Schatten, den die verschwundene Stadt in die Zukunft wirft, noch lange Zeit erhalten bleiben."

Peter Miachlzyk, Aus: Das Ende der Stadt. Eine kleine Chronik der rasanten Zerstörung urbanen Lebens. In: Frankfurter Rundschau, Nr. 182, 07. August 2003

"Vor kurzem las ich die Protokolle des Prozesses gegen Radislav Krstic, den serbischen General in Bosnien (Srebrenica. Ein Prozeß. Suhrkamp 2002), Dokumente eines zum Völkermord verkommenen Nationalgefühls, Zeugnisse erschütternden Leidens, und ich schämte mich, Europäer zu sein. In Uniformen der UN, die sie den holländischen Soldaten entwendet hatten, täuschten die Aggressoren die bosnische Bevölkerung und trieben sie zusammen, um dann vom 12. bis zum 18. Juli 1995 etwa 7500 - 8000 bosnische Jungen und Männer zu ermorden. Der französische General Bernard Janvier, der Befehlshaber der im ehemaligen Jugoslawien stationierten UN-Truppen, zögerte, gegen die Aggressoren die Luftstreitmacht einzusetzen, die den Völkermord verhindern können.

Es steht den Europäern nur dann zu, den unilateralen Hegemonismus und die Ordnungsmacht Amerikas zu verurteilen, wenn die zu Kerneuropa gehörenden europäischen Mächte wegen ihrer Weichlichkeit in Srebrenica vor Scham im Erdbeben versinken! Und wenn sie auch in ihrer Erinnerung bewahren, dass nicht etwa sie es waren, die die albanische Minderheit retteten, sondern die - in mancher Hinsicht zur Recht - kritisierten amerikanischen Luftstreitkräfte....

....Die Gleichsetzung von Busch und Amerika ist insofern schädlich, weil sie demokratische Kritik aus der Perspektive des internationalen Rechts und der Menschenrechte diskreditierte.

Dabei können wir auf diese Kritik nicht verzichten, wenn wir nicht in einer Welt leben wollen, in welcher der Präsident von Amerika mit Blick auf die Interessen der Ölmagnaten und seine eigene Wiederwahl, von Zeit zu Zeit festgelegt, welche Länder zur Achse des Bösen gehören. Das wäre eine Welt, in der nur ein einziges Machtzentrum vorstellbar wäre, und selbst dieses würde nicht von moralischen Überlegungen, sondern allenfalls von dem Bewusstsein einer göttlichen Bestimmung geleitet. In dieser Welt ließen sich unter Berufung auf den Kampf gegen den Terrorismus angefangen von der Genfer

Kriegsgefangenenkonvention bis hin zum Verbot von Folter, auch die Redefreiheit und zahlreiche weitere Errungenschaften von Demokratie und Menschenrechten außer Kraft setzen, also genau das, was wir vor dem Fanatismus der Terroristen schützen wollen.

Diese Art Pax Americana wäre schwer zu ertragen, doch mit bloßen Protesten und aufgebrachten Kommentaren lässt sie sich nicht in ihre Schranken weisen. Es ist ein Europa von Nöten, das stark genug ist, auf seinem Gebiet keinen staatlichen oder paramilitärischen Massenmord ertragen zu müssen..."

Istvan Eörsi, aus: Tief verwurzelte Vasalleninstinkte. Unterschiede als Chance: Nachgetragene Anmerkungen zur Europa-Debatte, von ihrem Rand aus betrachtet.
(Der 1931 geborene Istvan Eörsi ist Schriftsteller, Dramatiker und Publizist und lebt in Budapest und Berlin

2003-08-07

Vor ungefähr zwei Wochen sah ich im Meer einen jungen Mann, so um die 20 mit einem ungefähr gleichaltrigen Mädchen innig verschlungen sich küssend. Der junge Mann hatte nur kurze Arme und ich war erstaunt, dass ich - 2003 - ein zwanzigjähriges "Contergankind" sehe. Aber wie es so ist, der Wind wehte, das Wasser war schön und obwohl der Mann in meiner Erinnerung einige Tage auftauchte, verlor sich bald seine Spur und die Hitze befördert auch nicht gerade das strukturierte Denken.

Gestern Abend nun brachte das ARD nachts um 23 Uhr einen Film über den Fall Contergan. Wie wohl die meisten Menschen dachte ich, Contergan sei etwas altes, etwas aus den 60er Jahren, längst verboten, überholt, noch nicht ganz vergessen. Eine Tragödie, aus der die Menschen gelernt hätten. Der Film belehrt uns eines "besseren(?)".

Die deutsche Firme Grünendahl brachte das Contergan als Schlafmittel heraus. Eine Arzneizulassung gab es in den 50er-Jahren des letzten Jahrhunderts in Deutschland noch nicht. Doch bald zeigten sich die ersten schädlichen Folgewirkungen - neugeborene, verstümmelte Kinder. Ein Hamburger Arzt war achtsam und teilte seine kritischen Beobachtungen der Firma mit. Doch diese reagierte nicht und nahm das Mittel nicht vom Markt. Es wurde nicht nur in Deutschland, sondern weltweit vermarktet. In die DDR wurde das Schlafmittel mit der teuflischen Nebenwirkung für Schwangere nicht importiert - so blieb den "Brüdern und Schwestern drieben" diese Tragödie erspart. In den USA gab es

damals schon eine Arzneizulassungsprüfung und als das Mittel zur Zulassung eingereicht wurde, gab es eine junge Ärztin, gerade neu bei der Behörde, die die Zulassungsunterlagen gründlich erforschte. Die Firma hatte schon vielen Ärzten das Mittel zum Probieren überreicht, und man drängte mit Wucht auf die amerikanischen Markt. Doch die Ärztin bezweifelte die Wirksamkeit und verhinderte so die Zulassung. So gab es nur wenig behindert geborene Kinder in den USA, und sie bekam dafür eine hohe Auszeichnung von Präsident John F. Kennedy. Doch viele Menschen traf das Unglück. Wie jene Frau aus Hamburg, ihr Vater war an dem Tag gestorben und sie nahm einmal dieses Schlafmittel. Sie war schwanger. Und sie brachte ein Contergankind zur Welt. So wie sie weltweit 15 Tausend. 1961 wurde offiziell der Verkauf eingestellt, doch Restbestände lagen noch in Praxen, Kliniken etc. rum. Erst 1968 kam es zum Conterganprozess, der 1971 mit der Einstellung endete. Es wurde eine Stiftung gegründet, die vom Staat und von der Firma Grünendahl finanziert wurde - bis heute sollen 400 Millionen Mark gezahlt worden sein. Ein Conterganerwachsener erhält heute ungefähr 500 Euro, sehr wenig für einen kranken Menschen im Rollstuhl, der auf Hilfe angewiesen ist. Die Firmengelder sind inzwischen aufgebraucht und die Stiftung wird nur noch vom deutschen Staat bezahlt - die Stiftungsgelder der Firma wurden natürlich als Ausgaben von der Firma von der Steuer abgesetzt und somit vom deutschen Steuerzahler finanziert. Als die Angehörigen beim Prozess ihre verstümmelten Kinder mitbringen wollten, lies das Gericht dies nicht zu. Es kam zu keiner Verurteilung, und bis heute hat die Firma sich nicht entschuldigt für das Leid, das sie so vielen Menschen angetan hat.

Doch schlimmer noch: Mittel mit dem Contergan-Wirkstoff Thalidomid sind seit 40 Jahren immer erhältlich gewesen und werden heute zunehmend verstärkt eingesetzt in der Therapie gegen Aids (in den USA, wo diese Mittel jetzt zugelassen sind -sic!), Knochenkrebs (eine Heidelberger Klinik hat sich darauf spezialisiert) und Lepra. Und so kommt es, dass heute wieder weltweit Contergankinder geboren werden - viele in Südamerika, wo das Mittel gegen die Lepra eingesetzt wird und oft - auch wegen der weit verbreiteten Leseunfähigkeit ("Ich sage nur: Cuba, Cuba, Cuba" Dieter Emil Baumert, 7. August 2003) vieler armer Menschen, die die Hinweise nicht lesen können (eine Zeichnung einer Schwangeren mit einem Kreuz darüber wird gelesen als Hinweis dafür, dass dieses Mittel zur Abreibung geeignet ist).

Soweit zu den Fortschritten der Menschheit.

Links zu Contergan:

www.ndr.de

www.contergan.de

www.contergan-hamburg.de

www.m-ww.de

Fast zu banal die folgenden drei Einträge, aber sie gehören doch auch zum Leben:

"...Für die zurückbleibenden klassischen Innenstadtbewohner bezeichnen Planer als "die fünf 'As"¨: Arme, Alte, Auszubildende, Ausländer und Arbeitslose", betont Hartmut Häussermann, Stadtsoziologe an der Berliner Humboldt-Universität: "Das sind die Schwächsten am Wohnungsmarkt, die als erste weichen müssen." Wissenschaftler zeichnen ein Zukunftsbild der europäischen Stadt, die zerfällt: In den renovierten Gründerzeithäusern leben beruflich erfolgreiche und kulturell interessierte Großstadtmenschen. Dann folgen die Wohnsilos und grauen Vororte der Armen - eine Mischung aus aufgegebenen Industrieflächen, Großmärkten und Gebrauchtwagenladen. Und weit draußen liegen die Oasen betuchten Privatlebens - mit Wäldern, Golfplatz und Swimmingpool..."
Thomas Gesterkamp, aus: Schwierige Nachbarn. Leere Haushaltskassen verschärfen Konflikte zwischen Grosstädten und umliegenden "Speckgürteln". In: Frankfurter Rundschau 02.August 2003

"... Eine kürzlich unter Leitung der Ex-Außenministerin Madelaine Albright als "Pew Poll" in mehr als 44 Ländern durchgeführte Meinungsumfrage ergab, dass in jedem einzelnen der untersuchten Staaten das Misstrauen gegenüber den USA dramatisch zugenommen hat. Dieser Befund betrifft so brisante Staaten wie Pakistan, Saudi-Arabien, die Türkei und Indonesien, wo im Sommer 2002 nur 36 Prozent der Befragten eine negative Einschätzung der USA äußerten, im Mai 2003 dagegen 83 Prozent.....

Der Krieg im Irak führt Zug um Zug tiefer in die Bredouille. Trotzdem sieht es unterm Strich so aus, als bliebe die Lüge unhinterfragt und hätte Bush sein Vabanquespiel gewonnen.

Doch was passiert, wenn die nächste Lüge auf den Tisch kommt und das nächste Vabanquespiel vom Zaun gebrochen wird? Es schadet vielleicht nicht, an andere mächtige Nationen zurückzudenken, deren Oberhäupter gerne logen und riskante Glücksspiele liebten - und die siegten und siegten und siegten und abermals siegten, bis sie zuletzt an ihre eigenen Lügen glaubten und ihr riskantes Spielchen einmal zu oft trieben."
Stephan Eric Bronner,
Professor für Politikwissenschaft und Vergleichende Literaturwissenschaft an der Rutgers-University in New Brunswick.
Aus: Misstrauen. Weder Zuhören noch Debattieren: Die USA machen zur Zeit alles falsch. In: Frankfurter Rundschau, 04. August 2003

"Eugen Drewermann hat schon vor Jahren in seinem Skandalbuch "Die Kleriker" beschrieben, wie sehr die Kirche einerseits Angst vor schwulen Priestern hat, wie stark sie andererseits den nicht-männlichen Mann als Idealbild eines Priesters propagiert. Das zeigt sich schon in der Kleidung. Noch die Schultern werden in dieser Kleidung mit einem Tuch umhüllt, das die eckige Statur des Mannes durch runde Formen mildert. Albe und Soutane verbergen den Rest des männlichen Körpers, dafür betont ein Gürten - das Zingulum - die Taille ganz wie weibliche Mode. Vom unbefangenen Umgang mit Spielarten von Homosexualität, wie sie Drewermann etwa bei den Schamanen findet, ist die katholische Kirche allerdings sternenweit entfernt. Denn bei jenen gilt Homosexualität als religiöse Begabung, die mittlere Stellung zwischen den Geschlechtern gewissermassen als Versinnbildlichung der Mittlerfunktion der Schamanen zwischen Göttlichem und Menschlichem, Tag und Traum.

Sicher ist genau in dieser Mitte zwischen den Geschlechtern auch die religiöse Attraktivität des zölibatär lebenden Priesters zu einem Teil begründet. Die katholische Kirche hat diese Mitte allerdings immer als eine asexuelle verstanden. Nun packt sie zunehmend die Angst, dass diese Asexualität gefährdet ist. Zum einen, weil sie das Klischee des tuntigen Schwulen zum Maßstab nimmt, für den das Spiel zwischen männlicher und weiblicher Identität Lust bedeutet. Zum anderen, weil das Zölibatssystem auch dadurch geprägt ist, dass die Frauen außen vor bleiben und mit ihnen die sexuelle Versuchung. Wenn sich aber Priester von Priestern sexuell angezogen fühlen können, kommt das ganze System ins Wanken.

Verhindern kann die Kirche nicht, dass viele ihrer Priester schwul sind. Aber das hält sie nicht davon ab, Homosexualität in ein schiefes Licht zu rücken. Vielleicht ist das Kalkül an dieser Stelle dann für die Kirche ungewohnt pragmatisch und präventiv. Je höher der moralische Druck ist, den sie auf schwule Priester ausübt, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, dass sie es für sich behalten, dass sie schwul sind. Was man nicht verhindern kann, kann man wenigstens verbieten."
Markus Brauk
Aus. Aus- oder Abtreibung? Die katholische Kirche verhindert homosexuelles Leben.
In: Frankfurter Rundschau, 04. August 2003

2003-08-01

"Da reibe ich mir doch die Augen, als ich in diversen Publikationen lese, dass Beamte und Pensionäre möglicherweise eine Reduktion ihres Weihnachtsgeldes hinnehmen müssen. Habe ich mich verlesen? Pensionäre bekommen Weihnachtsgeld?

800 000 Pensionäre bekommen 70 Prozent einer Monatspension in jedem Jahr als Weihnachtsgeld. Summa summarum 1,1 Milliarden Euro jährlich, die wir einsparen könnten, ohne dass ein arbeitender Beamter oder Angestellter im öffentlichen Dienst Kürzungen erleiden müsste. Das so genannte Weihnachtsgeld ist (in der Industrie) tariflich eine Prämie für geleistete Arbeit, und ist nicht an Rentner/Pensionäre zu zahlen.

Unser Staat leistet sich da eine Luxus, der unverständlich ist. Bei Ministern sind das sogar 7000 Euro Weihnachtsgeld."
FR-Leser Thomas Laufer, Kelkheim
FR 20.07.2003

"..Warum haben Jungen das Nachsehen? Die Soziologin Heike Diefenbach sagt: wegen der Grundschullehrerinnen. "Je höher der Anteil von Grundschullehrerinnen in einem Bundesland ist, so die Münchner Soziologin, "desto grösser sind die Nachteile für Jungen". Ein Beleg: 93,3 Prozent der Grundschullehrer in Brandenburg sind weiblich, Jungen schneiden um 19,3 Prozent schlechter ab als Mädchen. 66,7 Prozent der baden-württembergischen Grundschullehrer sind weiblich - und Jungen sind "nur" um 7,2 Prozent hinter Mädchen zurück.

Lehrerinnen scheinen also Jungen und Mädchen nicht gleich zu behandeln, sondern das "starke Geschlecht" zu benachteiligen. Schon liegt der Anteil weiblicher Grundschullehrer in allen ostdeutschen Bundesländern bei über 90 Prozent (im Westen zwischen 63 und 82 Prozent).

Die schulstatistische Untersuchung von Heike Diefenbach in: Zeitschrift für Pädagogik 6/2002, Beltz-Verlag, Weinheim."
Michael Klein
Aus: Von wegen Gleichberechtigung.
In der Schule sind Jungen gegenüber Mädchen benachteiligt.
In: Frankfurter Rundschau 30. Juli 2003

Ich gehöre noch zu den baden-württembergischen Schülern, die sechs Jahre in einer reinen Jungenklasse erzogen wurde. Ich kann nicht behaupten, dass mir das geschadet hat, auch wenn der Umgang dann mit Mädchen am Anfang recht holprig war. Aber das legte sich mit der Zeit (smile).

"Anders als in den Vereinigten Staaten, wo sich das Interesse sehr stark auf den indischen Arbeitsmarkt konzentriert, blicken deutsche Manager und ihre Kollegen aus den Nachbarländern stärker nach Zentral- und Osteuropa. Gefördert werde das durch die bevorstehende Erweiterung der Europäischen Union. Besonders Ungarn und die Slowakei gelten dabei als attraktive Standorte, gefolgt von Rumänien, Weissrussland und der Tschechischen Republik. Der Stundenlohn in diesen Ländern wird von den Autoren der Studie (Studie der internationalen Unternehmensberatung A.T. Keatney, Anmerkung DEB) mit maximal drei Euro angegeben, der Durchschnitt in der Europäischen Union mit 22,7o Euro, in Deutschland mit 26,50 Euro..."

sal, aus: Banken wollen Jobs in Niedriglohnländer verlagern.
Beraterstudie kalkuliert mit Abbau von 100 000 Arbeitsplätzen in Heimatstaaten europäischer Finanzkonzerne.
In: Frankfurter Rundschau, 30. Juli 2003

"Wenn einer eine demokratisch gewählte Regierung als rassistisch bezeichnet, ist er fehl am Platz", sagte Herr Westerwelle. Kann mir mal jemand erklären, wie das Eine

(demokratisch gewählt) mit dem Anderen (rassistisch) zusammenhängt? Oder vielmehr, warum das eine das andere automatisch ausschliesst? Ein doch eher eigenwilliges Demokratieverständnis".
Jutta Kotrzynski, FR-Leserin aus Frankfurt
in: Frankfurter Rundschau, 29. Juli 2003

2003-07-28

Dem Frankfurter Rundschau-Leser Heinz Dieter Schneider aus Ludwigsburg verdanken wir diese klare Analyse der Krise des deutschen Gesundheitssystems. (FR 22. Juli 2003)

Er erinnert mich in seiner Radikalität an den - verstorbenen - Stettener Arzt Wolf Burde. Als wir noch in Stetten bei Christa Braun - und deren Söhnen Uwe und Martin und ihrem Freund - wohnten, wurde ich - unversichert in alternativen Jahren - von ihm zu Hause behandelt. Ich glaube, ich hatte eine Grippe und er gab mir Medikamente und ärztliche Untersuchung im Hausbesuch umsonst. Mit der Großzügigkeit des Grandseigneurs sagte er auf die Frage, was dies kostet: "Betrachten Sie sich als meinen Gast".

"Es fällt einem älteren Arzt immer schwerer, sich zu äußern. Ich habe stets versucht, mich aus dem unseligen Gezerre um die Pfründe herauszuhalten. Man fürchtet um Besitzstände - ist völlig verschlossen gegenüber allen Erneuerungen.

Die Industrie wird immer dafür sorgen, dass der Milchzug bei ihr hält. Gegen die Industrie gibt es keine Gesundheitsreform. Zweitens, es gibt auch keine Reform gegen die Klienten, die annehmen, dass nur die neuesten chemischen Substanzen ihnen zur gewünschten Gesundheit verhelfen. Und drittens, solange der Arzt nur Geld verdient, wenn er bei fast Gesunden zum Ausschluss schwerer Erkrankungen alle möglichen Diagnostiken bemühen muss, werden die Kassen geplündert. Meist mit dem Ergebnis: außer Spesen nischt gewesen. Ich habe mir mal den Spaß gemacht, auf abgelegten Karteikarten das Datum zu bestimmen. Medikamente unterliegen tatsächlich einer Mode, man sollte es nicht glauben. Wie viele Arzneien, die als der Weisheit letzter Schluss angepriesen wurden, sind den Orkus hinuntergegangen. Als Allergologe konnte ich bisweilen den Pharma-Vertretern voraussagen, wann ihr Präparat wieder verschwunden sein wird. Solange der unmündige Patient nicht die volle Verantwortung für seine Gesundheit übernimmt, wird es keine Verbesserung im Gesundheitswesen geben. Und das ist überhaupt keine Frage von Geld, sondern der Einstellung."

2003-07-23

"....Wie einer der Gründer die Firmenphilosophie mal formulierte, geht es darum, "kongeniale Führer, die leidenschaftlich kampfbereite Teams aufbauen wollen, miteinander zu verbinden". Im Zuge dessen soll die Armee zu einer "lernenden Organisation" werden, ein Prozess, der nicht zentral gesteuert werden, sondern - und das stellt im hierarchischen Kosmos des Militärs vielleicht den größten Bruch mit Tradition dar - sich eher im Stile von Graswurzel-Bewegungen vollziehen soll.

Am Horizont dämmert damit eine kooperative Struktur herauf, die einem Amoeba-Organismus gleicht. Die ist ein Organismus, der aus mannigfaltigen Molekülen, Millionen von Operationseinheiten zu bestehen scheint. Ein Organismus aber auch, dessen Grenzen niemals klar umrissen sind, der ständig wachsen kann. Ein Organismus schließlich, der ein weltumspannendes Netzwerk ist. Angelegt ist dieses Modell bereits in der Organisationsform US-amerikanischer Truppenpräsenz im Ausland. Seit dem Ende des zweiten Weltkrieges werden Militärbasen nicht nur erhalten, sondern auch in den unterschiedlichsten Ländern neu gebaut und somit eine neue Form des militärischen Außendienstes kultiviert: Die Art, wie die US-Armee in fremden Ländern ihre Zweigstellen installiert und unterhält, erinnert nicht zufällig an den Operationsmodus von transnationalen Konzernen, die für ihre Angestellten im Ausland ganze Wohnsiedlungen bauen lassen und im Gegensatz zu den Praktiken der Kolonialära das Gastland nicht unterwerfen, sondern - in friedlicher Mission und auf rechtlicher Basis durch Verträge abgesichert - von innen unterwandern.

...Nicht mehr und nicht weniger muss die Armee heute leisten. Eine zeitgeistige Firmenpsychologie, hippe Werbeclips, vorbildlich-wegweisende Strukturen, die von Vernetzung, dezentralem Wissensmanagement bis hin zur Privatisierung reichen, sowie der Anspruch, weltweit präsent zu sein, lassen sie zum ökonomischen Vorbild avancieren, zu der Firma, die gegenwärtig die Standards in der Weltwirtschaft setzt. Diese Entwicklung dürfte insofern nicht verwundern, da Kriege nicht das Außen des globalen Kapitalismus, sondern immer schon dessen barbarisierte Innenseite waren. Doch was überraschen, ja beunruhigen muß, ist, daß diese Entwicklung nicht mehr irgendwo da draußen zwischen Angola und Kolumbien, sondern unter den Vorzeichen der New Economy in unserem unmittelbaren Umkreis eine kaum mehr greifbare Gestalt angenommen hat..."

Krystian Woznicki
Army inc.
aus: Die Arme als Konzern: Die tot geglaubte New Economy lebt in den Reihen der Militärs weiter.
in: Frankfurter Rundschau Nr. 159, 12. Juli

2003

Es gilt also Abschied zu nehmen von unseren alten, verstaubten Bildern von Militär und die Jetzt-Zeit so zu sehen, wie sie ist. modern times um mit Charlie Chaplin zu sprechen. Aber das Internet wurde ja auch von den Militärs in Auftrag gegeben - oder nicht?

Jürgen Koenig aus Hirschberg-Leutershausen verdanken wir aus der gleichen FR einen hilfreichen Vergleich zur aktuellen Pisa-Debatte:

"....Wenn man vergleicht, dann bitte auch Folgendes:

Ein Gymnasiallehrer in Baden-Württemberg hat 25, ein Realschullehrer 27 und ein Grund- und Hauptschullehrer 28 Unterrichtsstunden.

Dabei unterrichtet er zurzeit in der Regel in Klassen um die 30 Schüler (ausgenommen von Fächern wie Technik, Hauswirtschaft, weil es dort nicht anders geht und ausgenommen im Kurssystem der Oberstufe des Gymnasiums, was aber wieder abgeschafft ist.)

Im Vergleich dazu unterrichtet der finnische Lehrer 20 Unterrichtsstunden, in der Regel in Klassen von 16 bis 20 Schülern mit zwei Lehrern gleichzeitig! Das heißt, um finnische Verhältnisse zu erreichen, müsste die Anzahl der Lehrer in Deutschland mehr als vervierfacht werden!...."

2003-07-11

"Eine Studie der GFK Markforschung zur Veränderung des Bildes der Deutschen im Ausland findet magere 7 Prozent Briten, die Deutschland negativ gegenüberstehen, und kommt global zu dem Schluss, dass die Hypothese, die Deutschen würden im Ausland unter dem Eindruck des Rückgangs der wirtschaftlichen Stärke auch im generellen Image leiden, für kein Land in relevantem Umfang zutreffe.

Eine noch deutlicher Sprache sprechen die wirtschaftlichen Daten: Zehn Prozent des Welthandelsvolumens bestreitet der Vize-Exportweltmeister Bundesrepublik, die Auslandsinvestitionen von 40,4 Milliarden Euro liegen auf einer Höhe mit dem Boom-Markt China. Ein Mitarbeiter des Bundesbeauftragten für Auslandsinvestitionen berichtet, dass angesichts der objektiven Standortfaktoren zwei Prozent mehr oder weniger Steuern egal seinen, und hält die Diskussion politische motiviert. Doch die Akteure des Re-Brandings spielen nicht nur mit falschen Karten, sie liegen auch fachlich daneben. Der Begriff der Marke impliziert die Kontrolle über alle Wahrnehmungsmöglichkeiten einer Marke - war nur durch eine klare Markenführung möglich ist.

Das Gesamtbild all dieser echten und inszenierten Initiativen taugt zwar nicht für eine groß angelegte Verschwörung. Aber es werden Vorstellungen deutlich, die inzwischen auch publizistisch flankiert werden, wenn das einstige "Sturmgeschütz der Demokratie", der Spiegel, sich mit einer Titelstory auf die "verstaubte Verfassung" einschießt. Das dezentral organisierte, aber dennoch gemeinsame Projekt der verschiedenen Kräfte ist ein stärker zentralistisch organisiertes, von nicht demokratisch legitimierten Eliten geführtes Land, in dem Arbeitnehmerrechte keine Rolle mehr spielen und man die Armen endlich wieder an ihren Zahnlücken erkennt - ein Land, das auf Kosten der Schwächsten austestet, wie sehr man sich dem sozialen Kältepunkt nähern kann, ohne sich die Finger zu verbrennen."

Gunnar Luetzow, aus: Die Spielmacher - Coolness, Kraft, Verantwortung: So bastelt man Deutschland ein neues Image. In:
Frankfurter Rundschau, Nr. 145, 26. Juni 2003

2003-07-07

"Das Statut des Nürnberger Militärgerichtshofs ist deshalb von historischer Bedeutung, weil das ius ad bellum darin in ein ius contra bellum verwandelt wird: Die Aggression wird zu einem Verbrechen gegen den Frieden erklärt... Die Gesetze wurden so genau auf Hitlers Schandtaten abgestimmt, dass die Alliierten nicht merkten, dass sie auch auf ihre eigenen angewendet werden konnten. Angriffs- und Eroberungskriege, Massenmord an Zivilisten, standrechtliche Erschießungen, Misshandlungen von Gefangenen, Foltern, Völkermord, all das wurde damals zum Verbrechen erklärt. Mit Recht; aber diese brisanten Bestimmungen hätten, nachdem sie es ermöglicht haben, Göring auf die Anklagebank zu bringen, in der Folge dazu führen können, dass Salazar wegen seiner Angolapolitik oder - wer weiss? - ein französischer oder englischer Minister unter Anklage gestellt wurden... Im

Zusammenhang mit dem schwersten internationalen Verbrechen - der Aggression - sagte der Hauptankläger Jackson, der im Namen der Vereinigten Staaten sprach, sogar unvorsichtigerweise: 'Obwohl diese Gesetze zum ersten Mal auf die deutschen Aggressoren angewendet werden, so können doch - wenn sie wirklich von Nutzen sein sollen - andere Anwendungsmöglichkeiten nicht ausgeschlossen werden; jede Aggression muss verurteilt werden, gleichviel, welcher Staat sich ihrer schuldig gemacht hat, die Staaten, die hier die Verhandlungen führen, nicht ausgeschlossen.'"
Jean Paul Sartre, zitiert nach Norman Paech - Können die USA Unrecht tun? in: Ossietzky, Nr. 11, 31. Mai 2003

2003-07-03

Mein Bruder, Gert Robert Baumert, hat seine wunderschöne Galerie du Midi am Hamburger Hafen dichtgemacht. Wo alle Welt über den Zustand der Hamburger Gesellschaft, Politik und Kultur lamentiert, hatte ich erwartet, dass dem Ende dieses provencalischen Liebesbeweises einige wohlwollende Worte in den Kulturkolumnen der Hamburger "Weltpresse" folgen würden. Irrtum. Wie habe ich die Hamburger überschätzt (na ja, vielleicht folgt ja in Gremlizas Konkret noch ein Nachruf, ich schlage präventiv schon einmal Günter Amendt als Autor vor.)

Als kleiner Ersatz hier einige Originalworte von GRB, sozusagen der directors cut:

"nein es gab keine abschiedskolumnen, keine tränen,
kein herzeleid, die loite die vorher nicht kamen, kommen
einfach auch weiterhin nicht, so spielt das leben, wer zu früh geht . . . .
während des ausverkaufs kamen meine kunden, bedauerten den
abgang, aßen meine köstliche fischsuppe und tranken meinen
wein; gingen überwiegend ohne zu kaufen und einige die auch
nichts kauften, beschwerten sich über das ende der galerie midi,
wohin geht man jetzt wenn besuch kommt? so war das!"

Die provencalischen Köstlichkeiten sind übrigens auch weiterhin erhältlich.

Bestellungen an:
mail@galerie-midi.de bzw. bei www.galerie-midi.de Grundangebot ansehen.

2003-07-02

Dem Frankfurter Rundschau Leser Dr. Hans Grossmann, Maintal verdanken wir seit dem 28. Juni 2003 folgende Erkenntnis:

"Von Dr. Walter Hoblefelder, zu Umweltminister Töpfers Zeiten einer der ranghöchsten Beamten im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, seit Jahren schon Aufsichtsratsvorsitzender der E.ON Kernkraft GmbH und Vorstandsmitglied der E.ON Energie AG, stammen die folgenden Formulierungen:

"Es gibt da offenbar ein grundlegendes Missverständnis. Über einen Ausstieg aus der Kernenergie haben wir uns mit der Bundesregierung keineswegs geeinigt. Geeinigt haben wir uns in einem Kompromiss über den sicheren Weiterbetrieb der bestehenden Anlagen und ihre Entsorgung - nicht mehr, aber auch nicht weniger. Dem Ausstieg aus der Kernenergie haben wir ausdrücklich nicht zugestimmt." "

Dies also als Warnung vor einer drohenden Energiewende, weg von den zukunftsweisenden Energieformen wie Sonne und Wind - hin zu den alten zerstörerischen Energieformen.

1986 war übrigens nicht nur das Jahr von Tschernobyl, sondern auch das Jahr, indem das italienische Volk in einer Volksabstimmung beschloss, im eigenen Land keine Atomkraftwerke zuzulassen.

2003-06-24

Bei Luigi Pintor,
Der Mispelbaum, Wagenbach-Verlag lese ich:

Bevor er seinen letzten Atemzug tut, zitiert er die Verse: "O Brunnen-Mund, du gebender, du Mund, der unerschöpflich Eines, Reines spricht,..." (Rainer Maria Rilke, Sonette an Orpheus, II,15.). In seinem Testament steht, dass in Wirklichkeit das Wasser das Allerschönste ist, das klare Wasser der Quellen, das durchscheinende Wasser der Bäche, das Wasser, das in einen Krug läuft und überfließt, das Wasser, das man mit der Hand auffängt und an die Lippen führt, um den Durst zu löschen, wenn der Tag zu Ende geht."

2003-06-01

"Afrikas Probleme: Im Zentrum des Kontinents tobt seit viereinhalb Jahren ein Krieg, dem mindestens zwei Millionen Menschen zum Opfer gefallen sind; nach anderen Schätzungen sind es mehr als doppelt so viele. Das große Schweigen hat wohl auch mit der Natur dieses Konfliktes zu tun: Er ist zu kompliziert, zu unübersichtlich geworden, und je genauer man ihn unersucht, desto schwerer fällt es, Lösungen zu finden....

Was tun? Eine schnelle Eingreiftruppe in den Distrikt Uturi senden! Sie könnte nicht nur die völkermörderischen Umtriebe beenden, sondern auch die Gefahr eines neuen Krieges reduzieren. Aber die Mühlen der UN mahlen langsam, und der Handlungsdruck ist gering. Niemand käme etwa in Europa auf die Idee, für den Frieden im Kongo zu demonstrieren. Das nährt den Verdacht vieler Afrikaner, dass ihr Leben im Weltmaßstab eben doch weniger zähle"
Bartholomäus Grill, Afrikas erster Weltkrieg, in: Zeit Nr. 23, 28. Mai 2003.

"Joschka Fischer hat nach dem Massenmord von Srebrenica im Juli 1995 gesagt: "Zu meiner politischen Überzeugung gehört, dass bei Massenmord entsprechend der UN-Konvention von 1948 zur Verhütung und Bestrafung des Völkermords gehandelt werden muss." Doch Deutschland will an einem Kongo-Einsatz nicht teilhaben....

US-Präsident Bill Clinton reagierte 1994 auf Butros-Ghalis verzweifelte Bitte mit der Mahnung an die UN, sie müssten lernen auch einmal "nein zu sagen". Es war das Todesurteil für 800 000 Menschen in Ruanda"
Mathias Nass,
Nie wieder Ruanda, in
Zeit, Nr. 23, 28. Mai 2003

Soweit zur Friedensbewegung und zum "neuen Denken" der Rot-Grünen Regierung.

Ansonsten ist das Wetter traumhaft und ein warmer Wind liegt in den Lüften.

Karl Grobe zitiert in der Frankfurter Rundschau vom 15. April 2003 den Washingtoner Militärgeheimdienst DIA:

"... Iraks Möglichkeiten zur Gegenwehr sind offenbar überschätzt worden. Dafür gibt es freilich eine Reihe Erklärungen. Die erste (und meist übersehene) besteht in der Tatsache, dass Saddam Husseins bewaffnete Kräfte schon vor zwölf Jahren in nur hundert Stunden vernichtend geschlagen worden sind, ihre damalige Stärke nie wieder erreichen konnten und durch Erfahrungen wie das Massaker auf dem Rückzug aus Kuwait im Februar 1991 nachhaltig demoralisiert sind. In jenen hundert Stunden fielen rund 100 000 irakische Soldaten, 300 000 wurden verwundet, 160 000 desertierten und 60 000 wurden gefangen genommen, wie der Washingtoner Militärgeheimdienst DIA errechnete. Die aktuellen Verlustzahlen sind bisher nicht bekannt."

DPA meldet am 14. April: "Mehreren Berichten zufolge sind nach dem Golf-Krieg von 1991 Tausende Kunstwerke aus Irak geschmuggelt und noch bis Mitte der 90er Jahre auf dem internationalen Kunstmarkt angeboten worden".

Seltsame Zeiten, in denen ein liberaler Journalist, Helmuth Karasek, den Kriegsgegner Eugen Drewermann abkanzelt, indem er ihn (bei Vorsicht: Friedmann, 16. KW 2003) einen christlichen Fundamentalisten nennt.
Drewermann hatte darauf hingewiesen, dass der amerikanische Präsident George W. Bush einen großen Teil seines Einkommens durch Zinsgewinne erzielt und hatte versucht die Probleme der Zinswirtschaft zu problematisieren. Friedmann wollte sich kein schlechtes Gewissen machen lassen und die hektische Atmosphäre in Friedmanns Talkshow hatte dem immer sanft sprechenden Drewermann keinen Platz für eine ruhige, ausführliche Begründung gelassen.

Karasek mag es ja spitzbübisch klug finden, jetzt einmal nicht Georg W. Bush des christlichen Fundamentalismus zu bezichtigen, sondern Eugen Drewermann. Oder benützt er das Wort Fundamentalismus nur als das übliche Schweigwort, mit dem unliebe Kritiker abgekanzelt werden? (Ich denke zum Beispiel an die Debatte bei den bundesdeutschen Grünen Ende der 1980er Jahre). Wer erst mal in der Fundamentalistenecke ist, dessen Argumente müssen nicht mehr gehört und gewägt werden. Seltsame Zeiten...

2003-05-21

"Das Ziel menschlicher Sicherheit besteht darin, die Kernbereiche der Existenz jedes Menschen so vor kritischen, schweren Gefahren zu schützen, dass ein erfülltes Leben möglich ist."

Die internationale Kommission für Menschliche Sicherheit unter dem Vorsitze der früheren Hohen Kommissarin der VN für Flüchtlinge, Sadako Ogata, und der Nobelpreisträger Amartya Sen arbeitet mit obiger Definition.

"Die weltweiten Militärausgaben haben 2001 870 Milliarden US-Dollar erreicht (Preise von 2002)...
2001 waren weltweit etwa 7, Millionen Menschen in der Rüstungsproduktion beschäftigt..."
Aus dem Jahresbericht des Internationalen Konversionszentrums Bonn
(ganzer Bericht in englischer Sprache im Nomos Verlag erschienen)

"Als ein weiteres Merkmal der aktuellen Krise in den USA muss der Gangsterkapitalismus erwähnt werden: Die Financial Times veröffentlichte am 31. Juli 2002 einen Untersuchungsbericht über die 25 größten Konkurse von US-Unternehmen seit Januar 2001. Die 81 Vorstände und 27 Direktoren der Pleiteunternehmen häuften ein Privatvermögen von 3,5 Milliarden Dollar an, während die von ihnen geleiteten Unternehmen untergingen. Dieses Vermögen entstand im wesentlichen durch Aktienspekulationen; die Spitzenmanager fälschten Bilanzen und wiesen Gewinne aus, die es tatsächlich nicht gab. Während so getäuschte Anleger bereits wertlos gewordene Aktien kauften, liquidierten die als "Barons of Bankruptcy" bezeichneten Industriekapitäne ihre eigenen Aktiendepots. Betrug im großen Stil führte zur Vernichtung von mehr als 1,5 Millionen Arbeitsplätzen und zu einer in die Milliarden gehenden Geldvernichtung an den Börsen"
Werner Biermann - Schuldnerstaat USA, in: Ossitzky, 10, 2003

"Die Plünderer waren wohlvorbereitet. Einerseits raubten sie in den Museen gezielt die wertvollsten, größtenteils einmaligen Schätze. Andererseits vernichteten sie bewusst Handschriften über die Entstehung und Entwicklung des Islam, Dokumente über die Neokolonialisierung während des Ersten Weltkrieges unter der Federführung Großbritanniens, auch Aufzeichnungen aus der Zeit des Krieges zwischen dem Irak und den Iran.

McGuiere Gibson, Professor für mesopotamische Archäologie in Chicago, stellte fest, dass die Plünderer des Nationalmuseums Schlüssel für gesicherte Räume benutzten und wichtiges mesopotamisches Material aus Safes entnahmen. "Ich habe den Verdacht, dass dies von außerhalb des Landes organisiert wurde, ja ich bin mir ziemlich sicher, dass das so ist". Dem schließt such auch der Münchner Archäologe Michael Roaf an, der von

"organisierten kriminellen Handlungen, unterstützt von westlichen Kunsthändlern" spricht. Es wurde beobachtet, dass sich amerikanische Soldaten mehrere Stunden allein in den Museen aufhielten und dann Museumsgegenstände abtransportierten, dass Gipsrepliken zerschlagen, aber wertvolle Artefakte mit Samthandschuhen vorsichtig aus den Vitrinen gehoben wurden, dass Benzin als Brandbeschleuniger in die oberen Stockwerke des Nationalarchivs geworfen wurde"
Herbert Altenburg, aus: - Die falschen Freunde des Irak, in:
Ossietzky, Nr. 10, 2003

"Nur: Effizienz ist eine technologische Leistungskategorie; und der Erfolg gehört zuweilen zum Wertsystem pragmatisch-kapitalistischer Ideologiebildung. Beides drängt die Revolution auf falsche Wege. Also ist der Marxismus doch besser, dem einige Zweifel aufkommen. Wie gesagt: Es ist unendlich schwierig, daraus revolutionäre Strategien zu entwickeln, die auch unter anderem gegen die Effizienz kapitalistischer Herrschaftsstrategien und Herrschaftsinstitutionen zu kämpfen haben. Aber nur daraus entwickelt sich eine revolutionäre Bewegung, die die Emanzipation in ihrem eigenen Verlauf und in den Strukturen ihrer Organisation schon verwirklicht und nicht auf jenen Tag nach dem erfolgreich-endgültigen Sieg verschiebt"
Johannes Agnoli: Nachbemerkung über die politische Sprengkraft der Skepsis, 1980. in: J. A.: Politik und Geschichte, Schriften zur Theorie, Freiburg i. Br. 2001

Wir sind stolz, einer in der Regel nicht organisierten Gruppe anzugehören, der diese Leitworte Johannes Agnoli galten und gelten.

Johannes Agnoli

ehren und gedenken wir aktuell also.
Humorvoll, radikal, geboren 1925, ist er am 4. Mai 2003 bei Lucca gestorben.
(Traueranzeige von Elmar Altvater, Oskar Negt, Jürgen Seifert, Klaus Vack, Ekkehart Krippendorf, Urs Müller-Plantenberg, Peter Grohmann, Joachim Hirsch, Peter Kammerer, Roland Roth und anderen, in:
Frankfurter Rundschau, 17. Mai 2003

Und aus einer Traueranzeige für Ursula A. Merck auf der gleichen Seite:
"Der Tod ist kein Argument gegen das Leben, kein Argument gegen die Liebe, kein

Argument gegen die Hoffnung auf Vollendung der Welt..."
Ernst Lange

2003-05-19

"Du siehst ihn ja von Anfang an in der Rolle des "Chefs" und dir bleibt ihm gegenüber dann nur noch die des "armen Schluckers" oder "Knechts" - und das ist verständlicherweise nicht sehr angenehm."

Eine der ersten Reaktionen auf den Text "Adam - wo warst Du?"

Mein Lewwer, ich glaube, da liegt ein Missverständnis vor. Aber dies hat wohl mein Text befördert. Eigentlich wollte ich Texte schreiben, die Verständnis befördern - die Missverständnisse fahren jederzeit sowieso als blinde Passagiere mit.

Vielleicht habe ich einige der zentralen Punkte nicht genügend herausgearbeitet. Ich glaube, dass der deutschen Gesellschaft der Parameter Gleichheit abhanden gekommen ist. Gleichheit ist aber wie Geschwisterlichkeit eines der Grundprinzipien moderner Gesellschaften, Gesellschaften nach der französischen Revolution. Da sind ehemals "Alternative" nur noch ein schmerzlicherer Sprieß im Fuß meines Köpers, als es das allgemeine Gedankengut ist.

Ich habe nichts gegen Chefs, es sind die Macher, die Führer, die Motoren der Warenwirtschaft. Nur zeigt im "Erfolg" der Chef die geistigen, ethischen Grundlagen seines Handelns auf.

Der einstmals "Alternative", der einen Verein - eines der strukturell demokratischsten Gebilde im deutschen Rechtswesen - nur als Zweck benützt, eigene Ziele durchzusetzen, ohne demokratische Strukturen zu beachten: was ist von ihm und seiner Vorstellung von Alternativ zu halten? Alternativ heißt doch alternativ zum Mainstream-Modell von Gesellschaft.

Der Unternehmer gestaltet, investiert, unternimmt, wagt und im Glücksfall gewinnt er. Gewinnt die Gesellschaft auch?

Was ist von einer Gesellschaft zu halten, in der die acht Aufsichtsratsvorsitzenden der Deutschen Bank mehr verdienen, als alle 5oo Volksvertreter zusammen?

Der Mann und die Frau auf der Strasse bewundern die Gebrüder Abrecht, schließlich kauft "man" bei Aldi gut und billig und mit dieser Idee wurden die Brüder die reichsten Männer Deutschlands (oder kamen wenigstens in die Top 10 der deutschen Reichen). Wäre es nicht möglich gewesen, der Aldi-Kassiererin einen kleinen Teil davon abzugeben, so dass sie mit ihrer 5köpfigen Familie gut über die Runden kommt?

Ein Moritz Suter, Gründer und langjähriger CEO der Schweizer Luftfahrtgesellschaft Crossair hat ein faszinierendes Luftfahrtunternehmen geschaffen. Es war zugegebener Massen nur möglich, weil die Swissair ihre schützende Hand über ihn hielt. Und es war klar, dass die Swissair eines Tages den Preis fordern würde. Nach dem Grounding der Swissair war es soweit und die Bosse forderten den Preis: die Crossair. Dass jetzt die selben Pfeifen das nächste Grounding, jetzt das der Swiss, vorbereiten, ist eine andere Geschichte (im Dritten schweizer Radioprogramm am Freitag: Andrè Dose dementiert, dass er Taylor Brulé den Auftrag gegeben hat, ein neues Wort für Grounding zu entwerfen) und um die geht es mir im Augenblick nicht. Moritz Suters Vermögen wird heutzutage auf 180 Millionen Franken geschätzt. Dies ist schön für ihn, und der Volksmund behauptet, Erfolg gibt Recht. Ja, er hat eine der besten Airlines der Welt (für die Besserverdienenden) geschaffen und es war immer eine Freude, in den blauen Ledersitzen den Champagner oder später den Brut zu trinken und feine Häppchen zu genießen. Das firmenkulturelle Niveau war äußerst hoch, und wir könnten sagen, das reicht doch. Der Mann hat doch genug gegeben. Aber - und dieser Gedanken wurde auch im Kreise der Führungsetage der Crossair ausgesprochen - wäre es nicht wenigstens möglich gewesen, die 5 bis 10 Getreuen der ersten Tage so auszustatten, dass sie nach über zwei Jahrzehnten Crossair nicht mehr darauf angewiesen sind, irgend ein Fränkli in die Pensionskasse einzuzahlen. Die Hilde Ricklis und die Ursula Zahnds der Crossair - alles nur Wasserträger?

In den Vitas der Chefs, wenn sie denn offen geführt werden, ist sehr wohl nachzulesen, welches Weltbild unsere Firmenchefs haben.

Der vielgescholtene Bill Gates hat etliche seiner "Mitarbeiter" (da taucht plötzlich wieder der alte Arbeiter auf, der doch, so die Saga, seit Jahrzehnten die Bühne verlassen hat....) am Aktienerfolg seiner Firma teilhaben lassen und viele sind heute Millionäre.

Der Pop-Unternehmer Richard Branson von Virgin (auch so ein Überflieger, der eine Airline gründete und damit Erfolg hatte) hat dieser Tage seinen Mitarbeitern eine Insel vor Australien gekauft.

Wo sind diese modernen Unternehmer im deutschsprachigen Raum? Ich sehe sie nicht.

Wenn ein Psychologe auch Coaching macht, dann muss er sich auch fragen lassen, welche Wege zum Erfolg er propagiert. Die Wege der Scientologen, der Telefonverkäufer und der Heiligen der letzten Tage sind die Wege der Vergangenheit.

Und wenn der Körpertherapeut im offenen weißen Mercedes durch sein Städtchen fährt, zeigt er damit, dass er die Bildergeschichte des Erfolgs studiert hat. Die schönen Frauen Hollywoods fallen uns ein, wie sie sich aus ihren weißen Cabrios lehnen und lächeln. Dieses Lächeln hinzubekommen ist nicht so einfach, aber wem sag ich das. Und, das wissen wir auch, kann das Lächeln die Tragödie dahinter leicht verbergen. Die lächelnde Marilyn im Auto - zu Hause schmeißt sie sich den Pillencocktail ein.
Die Bilder sind schön und ich bin der letzte, dem es Unbehagen bereitet, sich frische Luft ums Hirn wehen zu lassen (auch an dieser Stelle keine Schelte an diejenigen, die mittels Trillerpfeifen sich ihre Lungen leeren - haben sie deswegen wenig im Kopf, Herr Kanzler?).

Allerdings finde ich es nach einigen Jahrzehnten neuer Therapien doch hilfreich, sich ab und an die Ergebnisse anzusehen. Von den Vertretern der neuen Psychologie habe ich wenig gelesen in letzter Zeit zu den Problemen der Welt. In Deutschland haben sich die Vertreter der freudschen und der jungschen Psychoanalyse vehement zu Wort gemeldet und den Weg der Weltmacht USA und ihres Präsidenten kritisiert - Horst Eberhard Richter und Eugen Drewermann. Habe ich all die Einsprüche der Körpertherapeuten übersehen? Oder gab es sie schlicht nicht?

Einige Fragen.
13:26

2003-05-14

"An dem Tag, an dem in den geplünderten Krankenhäusern von Bagdad der Mob die verstümmelten Opfer des Bush-Kriegs aus den Betten kippte, um sich das Bettzeug unter die Nägel zu reißen, trat in Washington der Kriegsherr nach dem Besuch eines Militärkrankenhauses vor die Kameraaugen der Welt und äußerte seine Genugtuung

darüber, daß für die eigenen Opfer des Krieges das Menschenmögliche aufgebracht werde. Dies war ein Auftritt von atemberaubender Obszönität, der die Opfer in zwei Sorten unterteilte: die eigenen, denen er alles dem Menschen Mögliche zuteil werden läßt, um ihre Nöte und Schmerzen zu lindern. Und die anderen, deren Leiden sein Herz nicht berühren"
Michael Ebert, in: Frankfurter Rundschau, 07. Mai 2003

2003-05-01

Tag der Arbeit.

Internationaler Kampftag der Arbeiterklasse. Aber mein Alter, es gibt doch gar keine Arbeiterklasse mehr, sagt mir mein alter Freund M. Arbeiterklasse sind alle, die nur ihre Arbeitskraft zu verkaufen haben, also die grosse Mehrheit der Bevölkerung. Und der alte Urchrist aus Tübingen verweist auf den internationalen Aspekt von Unterdrückung und Ausbeutung. Wo werden sie sein, die 5 Millionen Deutschen, die in den Statistiken als Arbeitslose auftauchen - da ist noch keine Dunkelziffer dabei. Werden sie auf den Marktplätzen der Städte auf den Gewerkschaftskundgebungen ihren Unwillen bekunden? Du weißt, dass die Frage rhetorisch ist - natürlich werden sie nicht da sein. Sie sitzen in der Gemeinschaft der TV-Geschädigten vor RTL, ProSieben und Sat1 und grummeln vor sich hin.

Die Welt ist entsetzt über die Krankheit SARS. Ist sie auch entsetzt über Malaria? Täglich sterben in Afrika 3000 Kinder an Malaria, alle 30 Sekunden ein Kind. Doch die 1,5 Dollar pro Kind für die Medizin hat die Welt nicht übrig.

Die FR meldet am 24. April: "Zur Eindämmung der Geflügelpest hat Belgien am Mittwoch die Schlachtung einer weiteren Million Hühner und anderer Vögel angeordnet". Am 25. April meldet die FR: "Die niederländischen Behörden lassen im Kampf gegen die Geflügelpest rund sechs Millionen weiterer Tiere schlachten".

Wir sind stupid geworden, stupid white men um mit dem diesjährigen Oskargewinner zu sprechen. FR vom gleichen Tag: "Laut Tierschutzbericht 2003 der Bundesregierung wurden im Jahr 2001 mehr als 2,1 Millionen Tiere für Versuche benutzt. Das waren rund 300 000 mehr als im Jahr zuvor und so viele wie seit Anfang der 90er Jahre nicht mehr.

Mäuse, Ratten, Kaninchen, Hunde, Katzen und Affen verendeten nach den zumeist quälenden Versuchen oder würden anschließend getötet."

Der große Kirchenkritiker Karl Heinz Deschner sagte vor einigen Jahren sinngemäss: "Wenn ich noch einmal beginnen würde, würde ich mich der Rechte der Tiere annehmen". Weil der Mensch doch nicht lernfähig, leidensfähig ist, nicht fähig zur Solidarität? Nicht fähig zur Solidarität mit seinesgleichen, nicht fähig zur Solidarität mit anderen Kreaturen?

1. Mai. Tag der Arbeit. Internationaler Kampftag der Arbeitklasse. Mein Alter, sagt mir mein alter Freund M., die Arbeiterklasse gibt es doch schon lange nicht mehr. Du kämpfst geschlagene Schlachten, du gehst durch offene Türen. Und ich denke an Marguerite und seine Bilder von offenen Türen im Himmel - ja, mein Freund, lass uns ins Freie gehen, so wie heute wieder mein Freund Christian mit seinen FreundInnen die alljährliche Gegenveranstaltung zur Gewerkschaft per Velo macht, lass uns den Blick erweitern, den Geist öffnen und mitfühlen mit aller geschundenen Kreatur.

2003-04-26

Drei Szenen aus dem Irakkrieg:

Der amerikanische Präsident verkündet diese Woche, man werde die Massenvernichtungswaffen des Saddam-Regimes finden. Auf jeden Fall.

Im UN-Gebäude ein lachender Hans Blix. Er hofft, dass die angekündigten Waffenfunde der Amerikaner mehr Substanz hätten als bisher: Die Angaben der Amerikaner über das Atomwaffenprogramm des Irak sei ein Fake gewesen. Lacht und geht von Dannen.

Und ein irakischer Informationsminister, der lauthals verkündet, "Wir haben alles unter Kontrolle", während wenige hundert Meter entfernt schon die amerikanischen Panzer Stellung bezogen haben.

In Weltkonzernen, zum Beispiel der schweizerischen Luftfahrtgesellschaft Swiss, glauben Mitarbeiter inzwischen, Parallelen ihrer Führungsriege mit der Mannschaft aus Bagdad erkennen zu können. Marthalers Theaterstück Grounding wird bald wegen Neuüberarbeitung in den Hangar gezogen werden müssen, wenn die Nachrichten des Flurfunks zutreffen. Apropos Funk: Das Parlament in Eriwan hat die Todesstrafe abgeschafft. Wie haben wir sie geliebt, die Witze von Radio Eriwan.

2003-04-23

Dank Monitor und Sonja Mikich - www.wdr.de/tv/monitor/archiv.phtml - wurde ich auf www.iraqbodycount.org aufmerksam. Diese Initiative zählt bisher minimum 1933 zivile Tote und maximum 2380 Tote im Irakkrieg.

Die Schweizer Regierung wollte letzten Monat eine solche Liste im Web veröffentlichen, zog sich dann aber wegen methodischer Undurchführbarkeit zurück.
www.eda.admin.ch/eda/g/home/recent/press/04.html#0002

Soweit zum Tod im Irak.

2003-04-23

Nawal El Saadawi schreibt in Fundamentalismus gegen Frauen

Dietrichs-Verlag, München, 2002:

"... Aber was mich noch viel mehr verwunderte, war die Tatsache, dass mich kein Journalist jemals danach gefragt hat, was ich über den Tod der Hunderttausenden Iraker empfand oder über die Tatsache, dass eine halbe Million irakischer Kinder aufgrund des Wirtschaftsembargos an Unterernährung starb, oder dass täglich junge Palästinenser von israelischen Soldaten massakriert werden, weil auch sie ein Land benötigen, wo sie leben können. Ist es vielleicht denkbar, dass das menschliche Leben von einer Hierarchie bestimmt wird, dass ihm sein Wert entsprechend seiner jeweiligen Position in der Hierarchie des Gelds und der nuklearen Macht beigemessen wird. ..."
(Überarbeitete Fassung eines Essays, verfasst in Montclair, New Jersey, 13. Oktober 2001)

Karl Grobe zitiert in der Frankfurter Rundschau vom 15. April 2003 den Washingtoner Militärgeheimdienst DIA:

"... Iraks Möglichkeiten zur Gegenwehr sind offenbar überschätzt worden. Dafür gibt es freilich eine Reihe Erklärungen. Die erste (und meist übersehene) besteht in der Tatsache, dass Saddam Husseins bewaffnete Kräfte schon vor zwölf Jahren in nur hundert Stunden vernichtend geschlagen worden sind, ihre damalige Stärke nie wieder erreichen konnten

und durch Erfahrungen wie das Massaker auf dem Rückzug aus Kuwait im Februar 1991 nachhaltig demoralisiert sind. In jenen hundert Stunden fielen rund 100 000 irakische Soldaten, 300 000 wurden verwundet, 160 000 desertierten und 60 000 wurden gefangen genommen, wie der Washingtoner Militärgeheimdienst DIA errechnete. Die aktuellen Verlustzahlen sind bisher nicht bekannt."

DPA meldet am 14. April: "Mehreren Berichten zufolge sind nach dem Golf-Krieg von 1991 Tausende Kunstwerke aus Irak geschmuggelt und noch bis Mitte der 90er Jahre auf dem internationalen Kunstmarkt angeboten worden".

Seltsame Zeiten, in denen ein liberaler Journalist, Helmuth Karasek, den Kriegsgegner Eugen Drewermann abkanzelt, indem er ihn (bei Vorsicht: Friedmann, 16. KW 2003) einen christlichen Fundamentalisten nennt.
Drewermann hatte darauf hingewiesen, dass der amerikanische Präsident George W. Bush einen großen Teil seines Einkommens durch Zinsgewinne erzielt und hatte versucht die Probleme der Zinswirtschaft zu problematisieren. Friedmann wollte sich kein schlechtes Gewissen machen lassen und die hektische Atmosphäre in Friedmanns Talkshow hatte dem immer sanft sprechenden Drewermann keinen Platz für eine ruhige, ausführliche Begründung gelassen.

Karasek mag es ja spitzbübisch klug finden, jetzt einmal nicht Georg W. Bush des christlichen Fundamentalismus zu bezichtigen, sondern Eugen Drewermann. Oder benützt er das Wort Fundamentalismus nur als das übliche Schweigwort, mit dem unliebe Kritiker abgekanzelt werden? (Ich denke zum Beispiel an die Debatte bei den bundesdeutschen Grünen Ende der 1980er Jahre). Wer erst mal in der Fundamentalistenecke ist, dessen Argumente müssen nicht mehr gehört und gewägt werden. Seltsame Zeiten...

Nachtrag
2003-04-18

Der kleine Junge heißt Ali Ismail Abbas.

Laut Reuter und DPA vom 13. April spricht das US-Verteidigungsministerium von 114 getöteten US-Soldaten und 2320 getöteten irakischen Soldaten. Die britischen werden hier nicht erwähnt.

2003-04-17 18:32

"Ich rufe hiermit zum allgemeinen Massaker auf, jeder gegen jeden, ich meine, es sollte einmal pro Jahr einen Dschihad-Tag geben. Die Polizei bleibt weltweit von der Strasse... sämtliche Grenzen offen... keine Feuerwaffen, nur Messer, Knüppel, Schlagringe und ähnliches Zeug. Möglicherweise werde ich mich beim Dschihad genötigt sehen, "Tod den amerikanischen Tunten" zu schreien und Dave W. den Kopf abzuschlagen. Wenn ein Pavian von einem stärkeren angegriffen wird, organisiert er eine Attacke auf noch schwächere Artgenossen - und wer bin ich, das ich unser glorreiches äffisches Erbe verleugne."

William Burroughs
in: Homo, geschrieben 1956
zitiert nach:
Kirsch, Hans, Christian
Dies Land ist unser
Die Beat-Poeten William S. Burroughs, Allen Ginsberg, Jack Kerourac
List-Verlag, München, Leipzig
1993

Ein Zitat mit solcher Wucht von Aktualität, dass ich es in mein Tagebuch aufnehme.

Gründonnerstag in Apulien, 2003.

In Bagdad haben Marodierende das Nationalmuseum ausgeraubt. Das Archiv der Menschheit hat - wahrscheinlich unwiederbringlich - Schätze verloren. Die neuen Machthaber schützten es nicht. Das ist ein ebenso großes Verbrechen wie die Sprengung der Buddha-Statuen durch die Taliban. Weltweit marodierende Banden. Und der Westen feiert den Transport eines irakischen Kindes in eine Hightechklinik. Ich will meine Arme wieder haben, sagt er - aber er wird sie nie wieder bekommen (aber immerhin eine Prothese). Während Hunderte, Tausende, da stocke ich, denn jetzt kommen Zehntausende und dann....

Die Kriegsforscher sagen, auf einen gestorbenen Soldaten kommen in den modernen Kriegen 800 Zivilisten. Dieser Tage spricht man von 30 tausend gefallenen irakischen Soldaten. Zählen sie auch bei dieser Rechnung? Dann wären es bis heute so cirka 30.100

tote Soldaten (wenn ich die der Allianz mit 100 schätze). Mal acht: schon nicht mehr mit meinem Kopf zählbar, also Papier, rechnen.

240.800

Ich schaue nach, das kann doch nicht sein. Doch. Eine Viertel Million Opfer.

Hoffentlich haben sich die Wissenden der modernen Kriege verrechnet. Doch was, wenn nicht? www.web.de bittet, der Unicef-Kinderhilfe zu spenden.